Das 20. Jahrhundert

Institut für deutsche Sprache
Jahrbuch 1997

Das 20. Jahrhundert

Sprachgeschichte – Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Heidrun Kämper und Hartmut Schmidt

Walter de Gruyter • Berlin • New York
1998

Redaktion: Franz Josef Berens

⊗ Gedruckt auf säurefreiem Papier, das die
US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Institut für Deutsche Sprache <Mannheim>:

Jahrbuch ... · Institut für Deutsche Sprache. - Berlin ; New York :
de Gruyter.

Früher Schriftenreihe

ISSN 0537-7900

1997. Das 20. Jahrhundert. – 1998

Das **20. Jahrhundert** : Sprachgeschichte – Zeitgeschichte . hrsg. von
Heidrun Kämper und Hartmut Schmidt. Berlin ; New York :
de Gruyter, 1998

(Jahrbuch ... Institut für Deutsche Sprache : 1997)

ISBN 3-11-016156-7

© Copyright 1998 by Walter de Gruyter & Co., D-10785 Berlin

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Druck: Werner Hildebrand, Berlin

Buchbinderische Verarbeitung: Lüderitz & Bauer-GmbH

Inhalt

Heidrun Kämper/Hartmut Schmidt: Vorwort	1
Gerhard Stickel: Eröffnung der Jahrestagung 1997	5
Peter von Polenz: Vom Sprachimperialismus zum gebremsten Sprachstolz. Das 20. Jahrhundert in der sprachpolitischen Geschichte der deutschsprachigen Länder	9
Jochen Hörisch: „Seekrankheit auf festem Lande“ – Zur Krise der Literatursprache	27
Siegfried Grosse: Lyrik und Linguistik	43
Dieter Cherubim: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts	59
Hartmut Schmidt: Traditionen des Formulierens: Apposition, Triade, Alliteration, Variation	86
Franciszek Gruzca: Aspekte des Deutschen aus polnischer Sicht	118
Volker Hinnenkamp: Mehrsprachigkeit in Deutschland und deutsche Mehrsprachigkeit. Szenarien einer migrationsbedingten Nischenkultur der Mehrsprachigkeit	137
Eva Maria Jacobs/Ulrich Püschel: Von der Druckstraße auf den Datenhighway	163
Wolfgang Teubert: <i>Eigentum, Arbeit, Naturrecht</i> . Schlüsselwörter der Soziallehre im Wandel	188
Ulrike Haß-Zumkehr: Die Weimarer Reichsverfassung – Tradition, Funktion, Rezeption	225
Georg Stötzel: Geschichtliche Selbstinterpretation im öffentlichen Sprachgebrauch seit 1945. Der Befreiungsdiskurs zum 8. Mai	250
Konrad Ehlich: „...., LTI, LQI, ...“ Von der Unschuld der Sprache und der Schuld der Sprechenden	275
Heidrun Kämper: Entnazifizierung – Sprachliche Existenzformen eines ethischen Konzepts	304
Dieter Herberg: Schlüsselwörter – Schlüssel zur Wendezeit	330
Abschlussdiskussion	345
Anschriften der Autoren	369
Das Institut für deutsche Sprache im Jahre 1997	372

Vorwort

Das 20. Jahrhundert geht seinem Ende zu. Bisher konnte es durch Sprachwissenschaftler vorzugsweise unter dem Aspekt der Sprachgegenwart betrachtet werden. In wenigen Jahren wird diese Epoche im Ganzen Teil und Objekt der Sprachgeschichte sein. Die deutsche Sprachgeschichtsschreibung hat bisher um die jeweils jüngere und jüngste Vergangenheit eher einen Bogen geschlagen. Die entsprechenden Kapitel unserer historischen Standardwerke sind fast regelmäßig die kürzesten und bieten oft kaum mehr als einige wichtige summarische Hinweise. Offenbar ist es leichter, die ältere Vergangenheit eingehend zu beschreiben und zu würdigen, als eine Epoche zu betrachten, die man zwar zu kennen meint, zu der aber der Abstand fehlt. Die Scheu, sich der jüngsten Vergangenheit zu stellen, hier also den Texten und der aus ihnen zu rekonstruierenden Sprachkompetenz unserer Eltern und Großeltern, darf beim 20. Jahrhundert sicher nicht mit Interesselosigkeit verwechselt werden. Allein in Deutschland sind die späte Kaiserzeit und der Erste Weltkrieg, die Weimarer Republik, der NS-Staat und der Zweite Weltkrieg, die Nachkriegszeit, die Jahre der erneuerten, aber getrennten Staatlichkeit und des schließlich wiedergewonnenen Einheitsstaates politische Abschnitte der Geschichte dieses Jahrhunderts, die sich tief in unser Epochenbewußtsein eingebrannt haben. Die bewältigten wie die unbewältigten Probleme dieser hundert Jahre haben selbstverständlich auch unsere Sprache geprägt und ihr Facetten eingeschliffen, die in das Bewußtsein der Sprachgeschichtsforschung zu rücken sind. Zur Sprachgeschichte des Deutschen gehören aber ebenso die Sprachentwicklung – oder Teile der Sprachentwicklung – in Österreich und in der Schweiz, schließlich die Schicksale des Deutschen in anderen Ländern mit deutschsprechenden Bevölkerungsanteilen und natürlich auch die Geltung des Deutschen in der internationalen Kommunikation oder der Gebrauch, den Deutschsprachige und Deutschsprechende im anderssprachigen Ausland von dieser Sprache machen oder gemacht haben, z. B. im Krieg oder als Besatzungsmacht und auch als Gäste oder Touristen.

Zugleich müssen wir uns aber davor hüten, die zu beschreibende Entwicklung des Deutschen und seinen gegenwärtigen Zustand auf zu simple Weise nur mit den Interpretationshilfen des Zeithistorikers zu deuten und auf Politik und Politikfolgen zu reduzieren. Unter allen zu berücksichtigenden historischen Umständen folgt die Entwicklung einer Sprache zunächst einmal und in noch zu entschlüsselnder Tiefe Wirkungsprinzipien.

die wenig mit der Zeitgeschichte, aber viel mit den Veränderungsbedingungen nichtautonomer Systeme zu tun haben.

Unsere Tagung war offen für beides, hat aber den ersten Gesichtspunkt stärker betont. Allen Beteiligten war ohnehin klar, daß es nur um Einstiege in ein Problemfeld gehen konnte, das viel zu komplex ist, um mit wenigen ersten Zugriffen erschöpft zu werden. Die Tagung sollte und wird hoffentlich einen Anstoß geben, die sprachhistorischen Probleme dieses Jahrhunderts anzupacken, solange die Erinnerungen der Beteiligten und die Aussagen der Sprachhistoriker sich gegenseitig noch korrigieren können.

‘Sprache und Politik’ – in dieses tatsächlich grundlegende Kapitel der Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts führt Peter von Polenz ein mit dem Thema ‘Vom Sprachimperialismus zum gebremsten Sprachstolz. Das 20. Jahrhundert in der sprachenpolitischen Geschichte der deutschsprachigen Länder’. Der bereits Ende des 19. Jahrhunderts sich abzeichnende deutsche Imperialismus hat seinen sprachspezifischen Höhepunkt in der ‘Sprachenpolitik’ des NS-Systems, seiner überheblichen Deutschumsideologie und der aggressiven Diskriminierung anderer Sprachen. Mit diesem Beitrag korrespondiert der von Franciszek Grucza, der ‘Aspekte des Deutschen aus polnischer Sicht’ darlegt und die Wirkung des NS-Imperialismus gleichsam aus der Opferperspektive beschreibt. Er gelangt zu dem Ergebnis: Selbst die perfide, in menschenverachtende Politik umgesetzte Polenfeindlichkeit der Nazis hat es nicht vermocht, die guten Traditionen des polnisch-deutschen Verhältnisses auszulöschen.

Dem nach außen gerichteten Imperialismus, der die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmt, entsprechen Totalitarismus und Diktatur nach innen, wieder kulminierend in der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis 1945. Drei Vorträgen liegt diese politische Entwicklung als Folie zugrunde. Konrad Ehlich führt in seinem Beitrag ‘... LTI, LQI, ... – Von der Unschuld der Sprache und der Schuld der Sprechenden’ eine Methodendiskussion. Seinem Plädoyer für eine pragmatische Semantik als Analysemodus für Sprache in der Diktatur geht eine Relektüre von Victor Klemperers ‘LTI’ voraus. Auf die sprachlich manifestierte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach 1945 beziehen sich zwei weitere Beiträge. Georg Stötzel rekonstruiert unter der Überschrift ‘Geschichtliche Selbstinterpretation im öffentlichen Sprachgebrauch seit 1945. Der Befreiungsdiskurs zum 8. Mai’ den geschichtlichen Selbstdeutungsdiskurs der Deutschen auf der Grundlage von Texten zum 8. Mai 1945 und zeigt, daß *Befreiung* resp. *Niederlage* als Orientierungsvokabeln dem politischen, von den Parteien ausgetragenen Kampf dienstbar gemacht werden. Der Beitrag von Heidrun Kämper, ‘Entnazifizierung – Sprachliche Ausdrucksformen eines ethischen Konzepts’, hat den Nationalsozialismus in der Weise zum Gegenstand, daß seine Reflexion am Beispiel des Schuld diskurses rekonstruiert wird. Teilnehmer dieses Diskurses

sind auf der intellektuellen Ebene Parteien, Kirche, Zeitkritik, auf der handlungspolitischen Ebene Administration und Justiz, auf der Ebene der Täter die Angeklagten, die in Bezug auf das sog. 'Befreiungsgesetz' ihre persönliche Schuld zu reflektieren hatten. Dabei wird deutlich, daß dieses Befreiungsgesetz wesentliche Voraussetzungen schafft für den sprachlich manifestierbaren Eskapismus der Täter.

Dem Nationalsozialismus voraus geht die Weimarer Republik und wenn imperialistisches und undemokratisches Denken schon die ersten zwei Dekaden des 20. Jahrhunderts prägen, so kann die Weimarer Verfassung als Abschluß eines ersten Abwehrprozesses und als Ergebnis eines demokratischen Gegenkonzepts gewertet werden. Ulrike Haß-Zumkehr fragt nach 'Tradition, Funktion, Rezeption' der Weimarer Verfassung und zeigt, daß dieser Text nicht nur die traditionelle juristische, sondern wichtige gesellschaftliche und politische Funktionen erfüllt.

Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts ist wesentlich auch bestimmt von Literaturgeschichte und Geschichte der Literatursprache. Aus literaturwissenschaftlicher Sicht denkt Jochen Hörisch, 'Seekrankheit auf festem Lande – Zur Krise der Literatursprache', über die von der Literatur sich selbst verschriebene(n) Sprach-Krise(n) nach, die keine seien, weil Literatur nicht nach wahr/falsch, sondern nach stimmig/nicht stimmig zu befragen ist. Lyrik und ihre experimentelle und innovative Bedeutung für die Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts untersucht Siegfried Grosse, dessen Beitrag 'Lyrik und Linguistik' auch als Plädoyer für die Relativierung der Fächergrenze zwischen Sprach- und Literaturwissenschaft zu lesen ist.

Zwei Beiträge sind sprachlichen Kontinuitäten bzw. dem Verhältnis von Stabilität und Variabilität gewidmet. Dieter Cherubim stellt 'Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts' einander gegenüber und stellt fest: Sprachliche Kontinuitäten sind dominierende sprachliche Erscheinungen, denen gegenüber sich Diskontinuität greifbar z. B. in der Reflexion als Sprachbewußtseins- bzw. Sprachbewertungskategorie ausdrückt. Hartmut Schmidt behandelt 'Traditionen des Formulierens: Apposition, Triade, Alliteration, Variation' und zählt die Entwicklung und Tradierung sprachlicher Versatzstücke unterschiedlicher Provenienz und ihren jeweils modischen Einsatz als Variationsklischees zu den Facetten der Epochencharakteristik.

Deutsche Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts – das ist auch ein Kapitel 'Mehrsprachigkeit'. Volker Hinnenkamp, 'Mehrsprachigkeit in Deutschland und deutsche Mehrsprachigkeit', weist visuell und diskursiv vergegenwärtigte „Nischenkulturen der Mehrsprachigkeit“ im Deutschen nach und wirbt mit seinem Beitrag gleichzeitig auch für einen Bewußtseins- und Bewertungswandel zugunsten stärkerer Akzeptanz und Förderung von Mehrsprachigkeit.

Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts ist nicht nur bestimmt von vergangenheitsorientierten sprachlichen Ausdruckformen, sondern auch von den technischen und medialen Innovationen der Gegenwart. Eva-Maria Jakobs und Ulrich Püschel verstehen die Entwicklung von Zeitungen als Weg 'Von der Druckstraße auf den Datenhighway' und zeigen eine Korrespondenz zwischen textuellen Präsentationsformen und Lesegewohnheiten. Der „Ganzlektüre“, welche die Anfänge des Zeitungswesens bis weit ins 19. Jahrhundert hinein bestimmt, stehe heute die „selektive Lektüre“ gegenüber, welcher die Entwicklung fester Zeitungsrubriken und eine differenzierte Textgliederung vorausgeht. Die Online-Versionen von Zeitungen nehmen diese Entwicklung verstärkend auf, verändern gleichzeitig mit den Möglichkeiten, die ihre hypertextuelle Struktur bereithält, dieses Medium.

Wolfgang Teubert zeichnet in seinem Beitrag '*Eigentum, Arbeit, Naturrecht*. Schlüsselwörter der Soziallehre im Wandel' hundert Jahre kirchliche Soziallehre nach. Die Sozialenzykliken der katholischen Kirche werden im Hinblick auf die Schlüsselwörter *Eigentum, Naturrecht / Menschenrecht(e)* und *Arbeit* geprüft, deren Verwendung mit den jeweiligen politisch herrschenden Ausdeutungen korrespondiert. Der kirchliche Sozialdiskurs manifestiert sich sprachlich als Bewegung von konservativem über liberales hin zu neokonservativem Denken, das sich heute in dem Einssetzen von Naturrecht und Menschenrecht ausdrückt.

Ob die Wendezeit 1989/90 gleichzeitig auch die Wende zum 21. und das Ende des 20. Jahrhunderts markiert, muß noch offen bleiben. Den innenpolitischen Abschluß der deutschen Nachkriegsgeschichte behandelt Dieter Herberg unter dem Thema 'Schlüsselwörter – Schlüssel zur Wendezeit'. Er demonstriert am Beispiel, daß Zeitgeschichte nicht zuletzt in Schlüsselwörtern aufgehoben ist, die gesellschaftliches Denken und Handeln sprachlich repräsentieren.

Das abschließende Podiumsgespräch hat sich der Aufgabe gestellt, unter den Stichworten 'Moderne', 'Ideologie', 'Gesellschaft' und 'Medien', Anregungen der Referenten und der Tagungsdiskussionen aufzugreifen, kritisch zu bewerten und fortzuführen.

Wir hoffen, daß die Referate und die Diskussionen dieser Jahrestagung des IDS dem Satzungsauftrag des Instituts gerecht werden, „die deutsche Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte wissenschaftlich zu erforschen und zu dokumentieren“, und daß sie so auch im Fach und in der Öffentlichkeit ihr Echo finden werden. Allen Teilnehmern und vor allem allen Gästen, die hieran durch Leistung und Kritik mitgewirkt haben, sei herzlich gedankt.

Heidrun Kämper
Hartmut Schmidt

GERHARD STICKEL

Eröffnung der Jahrestagung 1997

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zur 33. Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache heiße ich Sie herzlich willkommen. Wie Sie den Unterlagen vielleicht schon entnommen haben, wird unsere diesjährige Zusammenkunft von der Stadt Mannheim in besonderer Weise wahrgenommen. Die Tagung ist wohl die größte Wegmarke der Mannheimer Sprachmeile, einer Folge von Veranstaltungen mit den Leitmotiven „SprachZeit“ und „WortRaum“, beide Wörter in modischer InterCity-Graphie, also mit Binnengroßschreibung. Ich freue mich, Herrn Bürgermeister Mark begrüßen zu können, der als Kulturdezernent der Stadt für das Abstecken dieser sprachkulturellen Wegstrecke verantwortlich zeichnet. Besonders begrüßen möchte ich auch Frau Dr. Ulrike Demske, die diesjährige Preisträgerin der Hugo-Moser-Stiftung.

Es liegt nahe, die altertümliche Maßeinheit Meile im Sinne unseres Tagungsthemas „Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“ umzudeuten. Die geometrische Eindimensionalität von Meile ist der des Zeitstrahls vergleichbar. Als metrische Einheit ist Meile aber eher ein Vorwurf an die Sprach- und Zeithistoriker, die brauchbare Einheiten zur Vermessung des 20. Jahrhunderts erst noch finden oder erfinden müssen.

Das Tagungsthema „Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“ referiert zumindest auf zwei Dimensionen: die des zeitlichen Nacheinanders sprachlicher Erscheinungen, politischer Ereignisse und gesellschaftlicher Entwicklungen und die Dimension der aufzudeckenden Beziehungen zwischen bemerkenswerten sprachlichen Phänomenen und bedeutsamen außersprachlichen Ereignissen. Ich vermute, dass der eine oder andere Referent versuchen wird, den Verlegenheitsbindestrich zwischen den Wörtern *Sprachgeschichte* und *Zeitgeschichte* im Tagungsthema auszudeuten: Sprachgeschichte als Teil der Zeitgeschichte, Sprachgeschichte als Symptomatik oder Spiegelung der Zeitgeschichte, Sprachgeschichte bedingt, verursacht durch Zeitgeschichte und derartige Beziehungen mehr. Dass es sich lohnt, beide Geschichten methodisch gelegentlich auch getrennt zu halten, um ihren Zusammenhang zu erkennen, wird hoffentlich ebenfalls in einigen Beiträgen deutlich werden.

Bei den Vorüberlegungen zum Tagungsprogramm kam rasch das Verb *bilanzieren* auf, das auch ich gelegentlich gebraucht habe, etwas vor-schnell, wie ich nun meine. Das bevorstehende Jahrhundert- und Jahrtausende legt zwar den Gedanken an eine zusammenfassende historische Beschreibung nahe. Für eine bilanzierende Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts ist es aber wohl noch zu früh. Bis zum kalendarischen Ende des Säkulums sind es noch knapp drei Jahre, in denen auch sprachlich Einiges passieren kann. Dem nüchtern beschreibenden und analysierenden Sprachhistoriker fehlt eben deshalb auch die objektivierende Beobachterdistanz. Die Bilanzierungsfrage wird sicherlich bei der abschließenden Podiumsdiskussion übermorgen erneut zur Sprache kommen, bei den Versuchen nämlich zu bestimmen, was überhaupt zur Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts gehört.

Selbst wenn eine sprach- und zeitgeschichtliche Jahrhundertrechnung verfrüht wäre, kommt diese Tagung mit ihrem Thema dennoch nicht zu früh. Gerade auch im Hinblick auf die künftige Sprach- und Zeitgeschichtsschreibung erscheint es als wichtig, Befunde und Kommentare zur jüngsten und zur laufenden Sprachentwicklung festzuhalten, zu denen erfahrene Wissenschaftler aus der Nähe zeitgenössischer Mitbetroffenheit gelangen. Auch für die bisherige Sprachgeschichtsschreibung war als Sprache nie bloß das Korpus überlieferter objektsprachlicher Daten wichtig, sondern auch das, was frühere aufmerksame und kritische Zeitgenossen von ihrer Sprache und deren Veränderung wussten und meinten. Zur Zeitgeschichte der deutschen Sprache gehört eben auch, dass sie von ihren Sprechern und Schreibern zu Beginn des Jahrhunderts anders gesehen wurde, als wir sie heute sehen. Man kann sogar etwas spitzfindig behaupten, dass die deutsche Sprache sich seit dem Beginn des Jahrhunderts auch deshalb geändert hat, weil sich die Vorstellung davon, was eine Sprache ist, mit der Entwicklung der neueren und der neuesten Linguistik gewandelt hat. Wir heutigen Linguisten haben zwar kein einheitliches Konzept von unserer Sprache. Unabhängig von den objektiven Veränderungen der deutschen Lexik und/oder Morphologie unterscheiden sich aber unsere teilkomplementären Bilder vom heutigen Deutsch merklich von den Vorstellungen, welche die Germanisten zu Beginn des Jahrhunderts von ihrer Sprache hatten. Als Organismus oder als Gebäude ist die deutsche Sprache etwas anderes denn als Code, als semiotisches System, als komplexe kognitive Disposition, als Varietätenkonglomerat oder als Geflecht kommunikativer Konventionen.

Geändert haben sich auch die Einstellungen deutschsprachiger Laien zu ihrer Sprache. An die Stelle einer oft kultischen Verehrung der Muttersprache, der Sprache der Dichter und Denker, die bis in den zweiten Weltkrieg hinein vorherrschte, ist in der Nachkriegszeit bei vielen Menschen ein unsicheres, gebrochenes Verhältnis zur eigenen Sprache getreten. Dieses hat dann möglicherweise auch die unreflektierte sprachliche Wursch-

tigkeit der nächstjüngeren Generation mitbewirkt, neben der sich erst in den letzten Jahren wieder ein zunehmendes sprachliches Selbstbewusstsein entwickelt. Mit solchen Annahmen greife ich aber einigen der Referenten vor, besonders Herrn von Polenz, der sich nachher mit den politischen Folgen der Spracheinstellungen der Deutschen befassen wird.

Anstelle einer voreiligen Bilanz erhoffen wir uns von den Vorträgen Erkundungen möglicher Beschreibungswege durch das Sprachgeschehen dieses Jahrhunderts. Die Nazizeit, die vorausgehende Weimarer Republik und die nachfolgende Periode der deutschen Teilung und ihrer Überwindung sind besonders markante zeitgeschichtliche Orientierungen für die Beobachtung von Veränderungen und Konstanten in Lexik, Phraseologie und Textsorten des Deutschen.

Über die Katastrophen- und Krisenzeiten hinaus reichen die Tagungsbeiträge über die medientechnisch-bedingten sprachlichen Neuerungen dieses Jahrhunderts und die sprachlichen Höhen- und Grenzphänomene in der Literatur, darunter auch in der Lyrik. Dass weltliche Politik sprachliche Symptome und Folgen hat, ist seit langem bekannt. Ich bin nun neugierig darauf zu erfahren, welche Spuren die kirchliche Soziallehre im Deutsch dieses Jahrhunderts hinterlassen hat.

Die fehlende zeitliche Distanz zur sprachlichen und politischen Gegenwart lässt sich vielleicht zum Teil durch räumlichen Abstand kompensieren. Jedenfalls freuen wir uns darauf zu erfahren, wie sich die deutsche Sprach- und Zeitgeschichte von außen ausnimmt, aus der Sicht der polnischen Nachbarn.

Mit dem Stichwort *Mehrsprachigkeit* führt einer der Beiträge schon über den herkömmlichen Gegenstandsbereich der Germanistik hinaus, zu dem zwar die innere Vielfalt des Deutschen gehört, der aber die Kontakte des Deutschen mit anderen Sprachen im In- und Ausland bisher allenfalls als Randbereiche tangiert. Der thematische Bogen von der inneren Mehrsprachigkeit Deutschlands zur inneren Mehrsprachigkeit Europas wird sich im Rahmen dieser Tagung wohl nur andeuten lassen. Da die europäische Entwicklung aber deutlich in diese Richtung geht, werden wir uns mit den zeitgeschichtlichen Fragen zur Entwicklung des Deutschen in einem mehrsprachigen Europa sicher bei einer künftigen Tagung zu befassen haben.

Das Programm der Tagung ist wie fast immer ein Kompromiss aus einem abstrakten und differenzierten ersten Themenplan und der Bereitschaft von einschlägig erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, sich auf den Themenbereich mit eigenen Beiträgen einzulassen. Ich habe den Eindruck, dass im diesjährigen Programm Wunsch der Planer und Bereitschaft der Referenten ziemlich gut kongruieren. Zum Vorbereitungsausschuss gehörten der Kollege Dieter Cherubim (Göttingen) und Heidrun Kämper, Hartmut Schmidt und Wolfgang Teubert vom IDS. Frau Kämper und Herr Schmidt haben sich in der Federführung abgewechselt. Alle vier

Genannten haben aber nicht nur geplant, sondern sich sehr früh auch dazu verpflichtet, an der Tagung mit eigenen Vorträgen mitzuwirken. Ihnen, den anderen Referenten, den Beteiligten der Podiumsdiskussion und den Moderatoren danke ich herzlich für die Bereitschaft, zu dieser Tagung aktiv beizutragen.

Mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die an der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren und sind, möchte ich schon aus Aberglauben bis zum Tagungsschluss warten. Wir werden dann eine bessere Übersicht haben über all das, was gut gegangen ist, und die hoffentlich wenigen Pannen, die trotz aller Mühe und Umsicht bis dahin vielleicht noch passieren.

PETER VON POLENZ

Vom Sprachimperialismus zum gebremsten Sprachstolz. Das 20. Jahrhundert in der sprachenpolitischen Geschichte der deutschsprachigen Länder

Abstract

In der sprachenpolitischen Entwicklung Mitteleuropas beginnt das 20. Jahrhundert mit aggressiven Wirkungen des preußisch-deutschen Sprachnationalismus, der besonders seit der „konservativen Wende von 1878/79“ (Wehler) zur Legitimierung und Emotionalisierung des neuartigen 'Reichsnationalismus' mit zunehmender Unterdrückung und Verdrängung von Minderheitensprachen sprachimperialistisch wurde, mit Parallelererscheinungen in Österreich-Ungarn. Der Nationalsozialismus führte diese Sprachenpolitik verschärfend weiter mit dem Ergebnis einer (nicht nur sprachenpolitischen) Katastrophe. Äußerer Widerstand gegen deutschen Sprachimperialismus äußerte sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit in der Schweiz als stärkere Distanzierung vom 'Hochdeutsch'-Sprechen, in Luxemburg als Etablierung einer eigenen Nationalsprache, weltweit allgemein als Rückgang von Deutsch als Minderheiten-, Fremd- und Wissenschaftssprache, vor allem in westlichen Ländern. Seit der späteren Nachkriegszeit gibt es zur Schadensbegrenzung Ansätze zur Überwindung des monolingualen deutschen Sprachstolzes: Akzeptanz von Englisch als weltweite Verkehrssprache, kooperatives bilinguales Sprachenrecht für (traditionelle) Minderheiten, Bemühungen um mehr 'Begegnung' mit Nachbarsprachen.

In einer älteren „Deutschen Sprachgeschichte“, von einem der renommiertesten Vertreter der traditionellen Germanistik, findet sich ziemlich am Ende ein kurzes Resümee über den historischen Weg der deutschen Sprache und ihre internationale Stellung in der Gegenwart. Dieser deutschen 'Sprachstolz' demonstrierende Text stammt – trotz der Schlüsselwörter *Volk, völkisch, Führer, Germanentum, Einheit des Bluts* – nicht aus der Zeit des Nationalsozialismus, sondern aus dem späten Wilhelminismus. Er steht in der „Deutschen Sprachgeschichte“ von Friedrich Kluge, die 1920 erschienen, aber wahrscheinlich bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg begonnen worden ist. Einen biographischen und fachgeschichtlichen Exkurs dazu will und kann ich hier nicht unternehmen; ich möchte mich auch an die Warnung von Hartmut Schmidt auf der IDS-Tagung über das 19. Jahrhundert halten, die alte Germanistik nicht als „einheitliches Argumentationssystem“ mißzuverstehen und bei dem, was die

Zehn Jahrtausende und mehr hat sich die Lebensgeschichte unserer Sprache erstreckt. Das Erbe der Väter, das sich stets befestigt und gemehrt hat, bleibt uns ewig treu wie des Himmels Licht. Es hat uns in Zeiten voll Macht und Herrlichkeit gezeigt, wie angestammter Reichtum an innerem Besitz uns in den Mittelpunkt der Weltgeschichte begleitet hat. Es hat uns vom Tiefstand notvoller Zeiten auf die Höhe der Menschheit geführt, wo deutscher Geist in hellem Glanz für uns und für andere strahlt. Ein großes Volk findet große Führer, und unsere Weltstellung bestimmt auch unsere Sprache. Beides entfaltet sich zur höchsten Höhe nur selten. Aber unsere Sprache ist das herrliche Gefäß, in dem Volk und Führer sich und ihre völkische und persönliche Eigenart spiegeln.

Unser Volkstum war Germanentum und ist Deutschtum; das ist die Einheit des Bluts und des geschichtlichen Erlebens. Aus diesen beiden Quellen ist unsere Sprache gewachsen und zu selbständiger Bedeutung unter den Völkern herangereift. Den Urkräften alles Seins dient die Muttersprache immer und ewig. Aber ihre heiligen Aufgaben erschließen sich jedem, der ihr treu dient. Dichter und Denker lehren uns, sie zu lieben und gebieten uns, ihr zu dienen. Sie verheißen uns über Nachbarn Ruhm und Weltherrschaft im Geist und in der Wahrheit. Das sind keine Entwürfe, die der Mensch, der vergängliche Sohn der Stunde, aufbaut auf betrügerischem Grunde.

(aus: Friedrich Kluge, *Deutsche Sprachgeschichte*, Leipzig 1920, S. 340)

alten Germanisten geäußert und getan haben, nicht allzu leichtfertig persönliche politische Biographie mit Fachgeschichte zu vermischen (Schmidt 1991, S. 284 f.). Zu Kluges Biographie ist hier aber wichtig, daß er von 1880 bis 1884 Privatdozent an der „Reichsuniversität Straßburg“ im „Reichsland Elsaß-Lothringen“ war. Ich möchte das Kluge-Zitat lieber in den politisch-historischen Zusammenhang stellen, der anzudeuten ist mit den beiden Tatsachen, daß die Forderung nach Annexion Elsaß-Lothringens etwa einen Monat vor dem Kriegsbeginn 1870 durch einen leidenschaftlichen Appell der Historiker Treitschke, Sybel und Mommsen u. a. und eine breite Pressekampagne propagiert worden ist, ehe sie Bismarck, der sie zunächst als eine „Professorenidee“ ablehnte, in die Kriegsziele aufnehmen ließ (Wehler 1995, S. 324 f.), und daß die radikalnationalistische Politisierung des deutschen Antisemitismus in Berlin nicht nur von dem Hofprediger Stoecker publizistisch angefeuert worden ist, sondern auch sehr wirkungsvoll von Treitschke in den „Preußischen Jahrbüchern“ 1879, was wiederum eine scharfe „Abwehrfront“ von 75 Prominenten, darunter berühmten Berliner Professoren und Oppositionspolitikern, gegen den damals Mode gewordenen „*Rassenhaß und Fanatismus*“ aus-

löste (Wehler 1995, S. 924 ff.). Auch wenn Friedrich Kluge bei seiner Formulierung „*über Nachbarn Ruhm und Weltherrschaft im Geist und in der Wahrheit*“ nur an so etwas wie Luther, Lessing, Goethe und Wissenschaften gedacht haben mag, müssen wir heute den germanistischen Elfenbeinturm verlassen und nach konkreteren sprachgeschichtlichen ‘Nachbarn’- und ‘Welt’-Beziehungen fragen.

Außer dieser Klugeschen ‘Sprachstolz’-Demonstration war mir die Lektüre des 3. Bandes (1849–1914) von Hans-Ulrich Wehlers „Deutscher Gesellschaftsgeschichte“ (1995) Anlaß für diese Themawahl, aber auch die Erinnerung an das Forum „Sprachenpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten im 19. Jahrhundert“ auf der IDS-Tagung 1990 (Wimmer 1991, S. 95–184), das wir vor allem deshalb eingeplant hatten, weil hier ein Nachholbedarf der traditionellen germanistischen Sprachgeschichtsschreibung bestand: Von deutschsprachigen Minderheiten und Sprachinseln im Ausland war da stets gern die Rede, nicht aber, oder nur einseitig und fragmentarisch, von dem Verhalten der Deutschsprachigen zu ihren eigenen fremdsprachigen Minderheiten und zu anderen Sprachen. Auf dieser Tagung über das 20. Jahrhundert muß dieses Thema weitergeführt werden. Inzwischen ist über diese Themenbereiche ein erfreulich reichhaltiges Angebot neuerer empirischer Forschungsliteratur entstanden, von über 50 Autoren, von denen allen ich viel Neues, viel Genaueres, viel früher Verdrängtes gelernt habe für zwei sehr lang geratene sprachpolitische Kapitel des in Arbeit befindlichen Bandes III meiner „Deutschen Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart“.

Nun zu einigen sprachpolitisch-historischen Fakten: Zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg häufen sich Maßnahmen zur Unterdrückung von Minderheitensprachen und entsprechende Widerstandsaktionen in Grenzregionen des Deutschen Reiches und in Österreich-Ungarn:

- ab 1897: „Badeni-Krise“: Deutschnationale Verhinderung der gesetzlichen Gleichstellung des Tschechischen in Böhmen als Amts- und Gerichtssprache (Sutter 1960; Hutterer 1991; Haider 1996)
- 1898: Geheimes „Gravensteiner Protokoll“: Ausweisung dänischer Sympathisanten und Sprachpatrioten in Schleswig (Petersen 1995)
- 1899–1908: Schulkämpfe in der Provinz Posen: Widerstand gegen das Verbot des Polnischen auch im Religionsunterricht; Schulstreiks, Gefängnisstrafen für Eltern mit Aberkennung des Erziehungsrechts (Glück 1979, S. 289 ff.; Gessinger 1991)
- 1904–08: Verbot des Französischen in Versammlungen, im Landtag, in Volksschulen in Elsaß-Lothringen; Schulkämpfe (Hartweg 1985; Hartweg 1987; Hartweg 1991)
- 1908: Verbot des Dänischen in Versammlungen, Gottesdiensten, im Religionsunterricht in Schleswig (Petersen 1995)
- 1908: Radikalisierung des deutsch-italienischen Sprachenkampfes in Südtirol, auch durch reichsdeutsche Einmischung (Conrad 1993)
- 1914–18: Verbot des öffentlichen Gebrauchs des Französischen, auch auf Schildern, in Elsaß-Lothringen. Widerstand gegen das Französisch-Verbot bei der alten zweisprachigen Minderheit in Ost-Belgien (Hartweg a. a. O.)

In all diesen Fällen deutscher und österreichischer Unterdrückung von Minderheitensprachen bzw. nicht anerkannter Nationalsprachen wird von Historikern stark emotionale Publizität festgestellt, erfolgloser Widerstand sozialistischer, freisinniger, liberaler, katholischer und z.T. auch konservativer Gruppen in Parlamenten sowie kritisches Echo im Ausland. Es war also am Vorabend des Ersten Weltkriegs international offensichtlich, daß in dem halbdiktatorischen ersten deutschen Nationalstaat und in der Nationalstaaten verhindernden Vielvölkermonarchie der Habsburger der deutsche Sprachnationalismus sich verschärfte und vom Stadium des Zwangs zur offiziellen asymmetrischen Zweisprachigkeit immer mehr zur deutschsprachigen Zwangs-Einsprachigkeit überging.

Diese Art von Sprachenpolitik ging über Sprachnationalismus und Sprachhegemonie hinaus und muß – entsprechend der allgemeinen Politik um 1900 – als *Sprachimperialismus* bezeichnet werden. Diesen engeren Begriff 'Sprachimperialismus' möchte ich unterscheiden von dem heute in der Linguistik und Publizistik öfters anzutreffenden metaphorischen Begriff 'Sprachimperialismus', mit dem polemisch übertreibend beispielsweise die heutige Asymmetrie und Dominanz des deutschländischen Deutsch gegenüber dem österreichischen und schweizerischen Deutsch „*linguistic imperialism*“ genannt wird (Clyne 1995a, S. 31; Schmid 1990) oder die heutige Sprachverbreitungspolitik anglophoner Länder für Englisch als weltweite Verkehrs-, Bildungs- und Wissenschaftssprache (Phillipson 1992; Ammon 1991, S. 527; Ammon 1996, S. 263; dagegen Fishman u. a. 1996, S. 8 ff., S. 15 ff.). Unter *Sprachimperialismus* im engeren Sinne der politischen Geschichte ist nicht solche Sprachhegemonie oder Sprachdominanz zu verstehen, sondern deren radikalisiertes Endstadium der bewußt versuchten oder tatsächlichen Sprachverdrängung, des Zwangs zum Sprachwechsel, schließlich der Bewirkung eines Linguocids ('Sprachtodes'). Louis-Jean Calvet (1972, dt. 1978) hat dies polemisch „*Glottophagie*“ ('Sprachenfresserei') genannt und vor allem in Bezug auf die innerfranzösischen und überseeisch-kolonialistischen Auswirkungen der jakobinischen Sprachtheorie dargestellt, nach der seit der radikalen Phase der Revolution in der französischen Republik nur noch das Pariser Französisch als Sprache der 'Freiheit', 'Gleichheit' und 'Wahrheit' zugelassen, also jegliches *patois* und andere Sprachen verdrängt werden sollten (Calvet 1978, S. 138 ff.; Eichinger 1991, S. 100; Hartweg 1985, S. 1953 ff.; Hartweg 1988). Manche nennen es *Sprachkolonialismus*.

Solche glottophagischen Tendenzen gab es in Preußen nicht erst seit der Jahrhundertwende. Abgesehen von der Verdrängung des Niederdeutschen im 16./17. Jahrhundert, sind sie vor allem Auswirkung der Reichsgründung und ihrer verfassungsrechtlichen Veränderung des Verhältnisses zwischen Staat und Nation, eines „Wandels vom Nationalgedanken des

frühen 19. Jahrhunderts zum aggressiven Nationalismus des imperialistischen Zeitalters“ (Born 1994, S. 22 f.), konkret sichtbar im Protest der polnischen und dänischen Minderheiten, der Elsässer und verfassungsbewußter Oppositionspolitiker sofort nach der Reichsgründung. Beispielsweise für die etwa 2,4 Millionen polnischer Mehrheiten bzw. Minderheiten in den Ostprovinzen, die bis zur Reichsgründung im spätabolutistischen Status königlich preußischer Untertanen lebten und deren Vorfahren (außer in Schlesien) auch nichts mit dem untergegangenen Alten Reich zu tun hatten, bedeutete dies, daß sie plötzlich durch den Bismarckschen ‘Staatsstreich’ der Reichsgründung ungefragt zu Angehörigen eines neuartigen deutschen Nationalstaates gemacht wurden (Wehler 1995, S. 961 ff.). Auf sie wurde in preußischer Weise der rigorose jakobinische Sprachnationalismus angewandt: Als Zwangs-Deutsche sollten sie ihre polnische Nationalsprache aufgeben oder aus diesem Nationalstaat verschwinden. So ist der äußerst scharfe und erfolgreiche Widerstand der polnischen Bevölkerung mit Unterstützung der katholischen Geistlichen gegen die mit der evangelischen Kirche verbündete preußische Verwaltung seit 1872 zu erklären (Glück 1979, S. 237 ff.; Wehler 1995, S. 961 ff.; Gessinger 1991).

Die Unterdrückung der polnischen Sprache, offiziell *Kampf gegen den Polonismus*, *Entpolonisierung* oder *Germanisierung* genannt, wurde bereits in der Bismarckzeit, z. T. vom Reichskanzler selbst, in internen mündlichen und schriftlichen Äußerungen mit dem zynischen rassistischen Vokabular benannt, das wir (historisch kurzzeitig) als „Sprache des Dritten Reiches“ oder „Sprache des Faschismus“ zu bezeichnen gewohnt sind. Da heißt es: *Fremdvölkische, Parasiten, Bazillen, Trichinen, zersetzend, entartet, slawische Flut, ausrotten, ausmerzen, exmittieren, Vernichtung, Germanisierung des Bodens, Lebensraum, Rassenpflege*, usw. (Glück 1979; Wehler 1995, S. 962 f.; Cobet 1973). Auch die dementsprechende Praxis begann schon in der späten Bismarckzeit: 1872 begannen die Verhaftungen und Ausweisungen polnischer Priester. 1885 wurden rund 48.000 Polen und Juden, größtenteils alteingesessene, z.T. verdiente preußische Kriegsteilnehmer, in einer Nacht- und Nebel-Aktion wegen angeblich „ungeklärter Staatsangehörigkeit“ aus den preußischen Ostprovinzen vertrieben, gegen den empörten Widerstand oppositioneller und selbst konservativer Abgeordneter (Wehler 1995, S. 963; Glück 1979, S. 260 ff.). 1872 wurde, im Zusammenhang mit antipolnischen Maßnahmen in Oberschlesien, auch die auf das Verschwinden der *wendischen* Sprache gerichtete preußische Sprachpolitik gegen die Sorben in der Niederlausitz weiter verschärft (Oschlies 1990, S. 21 f.; Gessinger 1991).

Das schlimme 20. Jahrhundert begann also bereits bald nach der Reichsgründung, vor allem durch die antilibérale „konservative Wende von 1878/79“ (Wehler 1995, S. 943 ff., S. 990 ff.), die im Zusammenhang mit der ökonomischen *Gründerkrise* als abenteurliche imperialistische ‘Flucht nach vorn’ den deutschen ‘Sonderweg’ bis zur Katastrophe von 1919 und schließlich bis zur Zerstörung des Deutschen Reiches im Jahre 1945 entscheidend bestimmt hat. Mit diesem von Bismarck und den hin-

ter ihm stehenden Kreisen vorgenommenen Kurswechsel wurde der noch unpopuläre, legitimationsbedürftige Reichsnationalismus wahltaktisch emotionalisiert; immer neue äußere und innere *Reichsfeinde* wurden diskriminiert: Franzosen, Elsässer, Dänen, Engländer, Zarismus, Polen, Slawen, Juden, Liberale, Katholiken, Sozialdemokraten usw. (Wehler 1995, S. 945, S. 952 ff.). Es wurde publizistisch eine „politische Religion“ (Wehler) geschaffen, mit Einheitszwang, Groß- und Weltmachtsucht als Ersatzlegitimation von Herrschaft anstelle des obsolet gewordenen Gottesgnadentums der Fürsten und der ständischen Privilegien, auch zur Verhinderung eines neuen Staatsnationsbegriffs aus parlamentarischer Volkssouveränität. „Heilsfunktionäre“ (Wehler) dieser Ersatzreligion waren nationalprotestantische Pfarrer und Oberlehrer, Beamte, Juristen, Professoren, Studentenverbindungen und andere von „Staatsnähe“ beseelte Bildungsbürger und Akademiker, die – neben Großindustriellen – tonangebend waren in den seit um 1880 vor allem in Berlin wirkenden radikalnationalistischen Vereinen. Diese verbanden in ihrer populistischen Agitation den Reichsnationalismus mit Antipolonismus, Antisemitismus, Kolonialismus und machten diese Ideologien „gesellschaftsfähig“ (Wehler 1995, S. 925 ff.; Glück 1979, S. 274 ff., S. 326 f., S. 375 ff.). Dazu gehörten u. a. die *Christlich-soziale Partei*, der *Deutsche Kolonialverein*, der *Allgemeine deutsche Sprachverein*, die *Deutsche Antisemitische Vereinigung*, der *Aldeutsche Verband*, der *Deutsche Ostmarkenverein*, der *Deutsche Flottenverein*. In Österreich wirkte auch seit den 1880er Jahren eine deutschnational-rassistische Bewegung um Georg v. Schönerer radikalisiert gegen slawische Völker und Juden. Von deren Zielen und Schlagwörtern wurde Hitler in seiner Jugend ideologisch geprägt (Haider 1996, S. 102, S. 128 ff.). – Zur allgemeinen Radikalisierung des Sprachnationalismus in Europa in der Zeit von 1880 bis 1914 s. Hobsbawm 1991, S. 128 ff.

Im Ersten Weltkrieg wurden in Minderheitsgebieten die Maßnahmen militärdiktatorisch verschärft, auch in Elsaß-Lothringen, Luxemburg und Ostbelgien. 1919 kam im südlichen Österreich der Sprachenkampf zwischen Deutschsprachigen und Slowenischsprachigen hinzu. In der Nazizeit und vor allem im Zweiten Weltkrieg wurden durch gezielte Aktionen im Rahmen der *Volkstums-* oder *Umvolkungspolitik* Hitlers und Himmlers Massenvertreibungen weit größeren Ausmaßes durchgeführt: bei Tschechen, Polen, Slowenen, Elsässern, Ost-Lothringern, und die traditionell-preußische *Entwelschungs-*Politik in Elsaß-Lothringen wurde auch auf die Luxemburger angewandt (Dostert 1985). Über sprachpolitische Menschenverfolgungen und weitere Pläne für die Zeit nach dem propagierten *Endsieg* hat Gerd Simon bedenkenswerte Fakten und Quellen zutage gefördert (Simon 1979; 1986; 1989). Auch *Volksdeutsche* aus dem Osten und aus Südtirol wurden mit Zwang umgesiedelt.

Dem alten deutschen Sprachstolz entsprach auch eine relativ geringe Neigung der Deutschsprachigen (weniger der Deutschschweizer) zum Fremdsprachenlernen seit dem 19. Jahrhundert. Noch in der frühen Goethezeit war Sprachenlernen als Mittel der Bildung und des sozialen Aufstiegs selbstverständlich, vor allem Latein, Französisch, Italienisch, bis in die untere Mittelschicht hinein (Schreiner 1992). In der napoleonischen Zeit hat sich jedoch der politisierte deutsche Sprachnationalismus negativ ausgewirkt (Schröder 1989): Durch deutschnationalistische Publizistik ist das Französische in Deutschland als Sprache der Okkupation und des besiegten Feindes verteufelt worden. Frankophone Französischlehrer wurden durch nur philologisch ausgebildete deutsche Gymnasialprofessoren ersetzt. Französisch – einst auch Sprache der 'Freiheit' und der 'Aufklärung' – wurde reduziert zur Lesesprache literarischer Buchlektüre, in der spätfudalen Oberschicht zur sozialdistanzierenden Konversationssprache *höherer Töchter* und Geheimhaltungssprache gegenüber dem Hauspersonal. Moderne Sprachen überhaupt wurden in Deutschland seit der Restaurationszeit als etwas nur 'Nützliches' geringgeschätzt, höhere 'Bildung' wurde auf monolingualen Muttersprachunterricht und angeblich *deutschem Wesen* gemäße Latein- und Altgriechisch-Philologie konzentriert in „einem für das deutsche höhere Schulwesen wenig rühmlichen Klima aus neuhumanistisch-idealistischer Halbbildung, teutonischer Kraftmeierei und nationalem Dünkel [...], das Rassenhaß begünstigt und das Dritte Reich von langer Hand vorprogrammiert hat“ (Schröder 1989, S. 58). Seit der wilhelminischen Zeit, stärker in den 20er und 30er Jahren, wurde der schon stark zurückgedrängte Französischunterricht durch Englisch als 1. Fremdsprache noch weiter zur kleinen Oberstufen-Zugabe degradiert.

Dem deutschen Sprachimperialismus gegenüber Minderheiten-, Nachbar- und Fremdsprachen entsprach innersprachlich eine Steigerung des Rigorismus in Bezug auf Sprachnormung (Rechtschreibung, Hochlautung), Sprachpurismus und politische Sprachregelung. Auch in diesen Bereichen spielt die wilhelminische Zeit eine bedeutende Rolle, ebenso wie, nach einer kurzen Liberalisierungsphase in der frühen Weimarer Zeit, die nationalsozialistische Diktatur solche sprachpolitischen Einstellungen und Aktivitäten verstärkte.

Allerdings konnte sich das Deutsche Reich im diplomatischen Sprachgebrauch und in der auswärtigen Sprachverbreitungspolitik vor Hitler noch keinen wirklichen Sprachimperialismus leisten. Als Sprache der Diplomatie und der internationalen Verträge hat die deutsche Sprache nach der bei Ammon (1991, S. 282 ff.) ausgewerteten Forschungsliteratur niemals eine bedeutende Rolle gespielt. Selbst Bismarck hat daran nichts ändern können. Die auswärtige Sprachförderungs- und -verbreitungspolitik in der wilhelminischen Zeit verdient noch nicht die Bewertung 'sprach-

imperialistisch' (Ammon 1991, S. 530 ff.; Düwell 1976, S. 268 ff.; Düwell/Link 1981): Die von Erfolgen der britischen und französischen auswärtigen Kulturpolitik angeregte weltpolitisch motivierte Sprachwerbung war nationalegoistische Imagearbeit, nicht viel Anderes als ökonomische Warenwerbung für deutsche Industrieprodukte, seit 1906 in einem wirtschaftsliberalen Kreis um Friedrich Naumann und in zahlreichen Auslandsvereinen sogar als antimilitaristische, kulturautonome Vorstufe der späteren Arbeit des Goethe-Instituts zu verstehen (Kloosterhuis 1981). Die Politisierung der gemäßigten *kulturpolitischen* Auslandsarbeit vieler halboffizieller und privater Institutionen, auch des *Vereins für das Deutschtum im Ausland*, wurde erst in den späten 20er Jahren unter nationalsozialistischem Einfluß sprachimperialistisch, indem deutsche Sprachminderheiten im Ausland als 'Fünfte Kolonne' für deutsche Machtpolitik und Kriegshetze mißbraucht wurden (Ammon 1991, S. 532).

Es gab innere und äußere Opposition gegen den deutschen Sprachimperialismus. Die Opposition im Reichstag und in Landtagen, in der Presse, auch in der Zunft der Sprachexperten innerhalb und außerhalb der Germanistik mußte noch genauer untersucht werden; aber sie blieb ja leider ohne Erfolg. Sprachgeschichtlich relevanter ist die Distanzierungsbewegung in südwestlichen Nachbarländern des Deutschen Reichs, in der Schweiz und in Luxemburg, wo in unterschiedlicher Weise die alte Tradition des deutsch/französischen Bilinguismus gegen den reichsdeutschen Monolinguisimus früher oder später verteidigt werden mußte.

In der Schweiz begann diese Opposition bereits um 1900 als verhaltener Widerstand gegen die reichsdeutsche Standardsprachdominanz (Sonderegger 1985, S. 1921 ff.; Ammon 1995, S. 231 ff.): Der Große Rat des Kantons Bern weigerte sich, gegen Züricher Verhochdeutschungstendenzen, das *Hochdeutsche* als Verhandlungssprache zu verwenden. Die teilweise norddeutsch orientierte Siebssche „Deutsche Bühnenaussprache“ wurde als „nach preußischem Schnabel geschliffene Aussprache“ abgelehnt. Zur Zeit der nationalsozialistischen Bedrohung bemühten sich unter der Losung „geistige Landesverteidigung“ deutschschweizerische Sprachpatrioten um die Etablierung einer eigenen Sprache *Schwyzertütsch* oder *Alemannisch*, allerdings ohne Erfolg. Im Jahre 1938 wurde als ostentatives anti-sprachimperialistisches Signal gegen italienischen Irredentismus und deutschen Nationalsozialismus das Bündnerromanische mit überwältigender Mehrheit als 4. Nationalsprache anerkannt. So ist auch die bis heute immer weiter voranschreitende deutschschweizerische Vermeidung gesprochener deutscher Standardsprache im innerschweizerischen Verkehr in Medien und Öffentlichkeit, also die scharfe Diglossie zwischen Dialekt als Nationalsymbol eines viersprachigen Landes und als fremd empfundenem Schriftdeutsch, zu erklären als wirksame praktische Abwehr gegen den deutschländischen Sprachstolz, der heute manchmal dadurch beschämend gebremst wird, daß Bundesdeutsche von jüngeren Deutschschweizern mitunter in Englisch als *Lingua franca* angesprochen werden.

Ebenfalls schon vor dem Ersten Weltkrieg begann die defensive sprachseparatistische Bewegung in Luxemburg (Hoffmann 1979; Dostert 1985): 1912 war das Letzeburgische als Unterrichtsfach in Volksschulen eingeführt und 1938 im Anschluß

an die Unabhängigkeitsfeiern per Gesetz zur obligatorischen Nationalsprache gemacht worden. Die Folgen der Sprachunterdrückung durch das deutsche Besatzungsregime, der die luxemburgische Bevölkerung in beispielhaftem basisdemokratischem Widerstand begegnete, sind ein bedenkenswertes sprachgeschichtliches Lehrstück: Durch bewußtes sprachpolitisches Verhalten, angeführt von der Großherzogin über BBC im Exil, und durch kompetente Sprachplanung in der Nachkriegszeit ist eine neue Nationalsprache neben Französisch geschaffen und das Deutsche in einer erstaunlichen Dreisprachigkeit auf den dritten Platz jenseits nationaler Identifikation verwiesen worden.

Auch der Rückgang deutscher Minderheitensprache und der Nachfrage nach Deutsch als Fremdsprache in aller Welt, besonders der westlichen in und nach beiden Weltkriegen (Ammon 1991, S. 423 ff.) ist als Reaktion auf deutschen Sprachimperialismus zu erklären. Dies alles waren zeitgeschichtlich konsequente Symptome für die große Krise des reichsdeutschen Sprachstolzes, die auch in der Germanistik viel zu spät wahrgenommen und ernstgenommen wurden. Das Ende des deutschen und österreichischen Sprachimperialismus durch die beiden internationalen Friedensordnungen von 1919 und 1945, mit ihren folgenreichen Veränderungen durch willkürliche Grenzziehungen, durch Befreiung alter und Entrechtung neuer Sprachminderheiten, schließlich durch millionenfache Flucht und Vertreibung, ist zu bekannt, als daß ich es hier kommentieren müßte. Im Rahmen der mitteleuropäischen Sprachengeschichte ist nun danach zu fragen, ob und inwieweit sich in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, nach dem Verschwinden der beiden imperialistischen deutschsprachigen Staatsgebilde, am Verhältnis der Deutschsprachigen zu Sprachminderheiten, Nachbar- und Fremdsprachen etwas geändert hat.

Es ist ein grundsätzlicher Fortschritt im sprachpolitischen Denken in einigen Teilen Mitteleuropas, daß – nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit – wenigstens für einige der Sprachminderheiten (im traditionellen Sinne) allmählich kooperative Lösungen mit einigermaßen geregelter Zweisprachigkeit gefunden werden konnten: für deutschsprachige Minderheiten in Nordschleswig, in Ost-Belgien, in Südtirol, in Ungarn (Born/Dickgießer 1989), für nicht-deutschsprachige Minderheiten: die dänische in Südschleswig, die sorbische in der Lausitz, die ladinische in Südtirol. Daß für sehr kleine, isolierte Sprachminderheiten wie Sorbisch, Friesisch, Rätomanisch die Sprach-Erhaltung nach wie vor gefährdet erscheint, hängt mit Bedingungen der modernen Industriegesellschaft zusammen, die mit Sprachimperialismus im eigentlichen Sinn nicht viel zu tun haben: Urbanisierung, Industrialisierung, Bevölkerungsmobilität, Tourismus, Massenmedien usw. Im allgemeinen sprachpolitischen Bewußtsein ist nach Ulrich Ammon (1991, S. 86 ff.) „ein Teil des möglichen Konfliktstoffes zwischen sprachlicher Minderheit und Mehrheit heutzutage dadurch abgebaut, daß die

Kenntnis der Mehrheitssprache unter den Minderheiten weit fortgeschritten ist“ und daß staatsnationale Zweisprachigkeit, auch auf Kosten des Muttersprachgebrauchs, nicht mehr als irredentistisch zu beklagendes oder zu korrigierendes Unglück bewertet wird, sondern als ganz normale Entwicklung, die individuelle soziale Chancen der betroffenen Individuen als Staatsbürger moderner, postnationalistischer Staaten fördert und gegebenenfalls „besonders günstige sprachliche Voraussetzungen“ dafür bietet, daß zweisprachige Minderheiten „Vermittlerdienste zwischen den Staaten oder Nationen leisten“ (Ammon a. a. O.). Es ist dabei allerdings wichtig, daß man die gefährlich polyseme Bezeichnung *deutsch* vermeidet und durch *deutschsprachig* ersetzt. – Es gibt jedoch andere Minderheitenregionen, in denen die sprachenrechtlichen Probleme noch keineswegs befriedigend gelöst sind. Dies gilt auch für die neuartigen Sprachminderheiten, die in deutschsprachigen Ländern seit der Nachkriegszeit durch Arbeitsimmigration, Aussiedlung und Asylsuche entstanden sind. Darüber habe ich die vielfältige Forschungsliteratur noch nicht genügend rezipieren können und ich hoffe, aus dem Vortrag von Herrn Hinnenkamp auf dieser Tagung viel zu lernen.

Für eine Entwicklung zu mehr Sprachtoleranz gab es in der Nachkriegszeit in den beiden deutschen Staaten, besonders dem westlichen, günstige äußere Bedingungen: Der Untergang Preußens und des Deutschen Reiches, kulturelle Dezentralisierung durch eine stark föderative Verfassung, eine mehr staatsnationale Tendenz im Sinne von Verfassungspatriotismus, europäische Integrationspolitik, stärkere Bevölkerungsmischung durch Flucht, Vertreibung, Arbeitsimmigration und berufliche Mobilität, Abbau elitärer Bildungsprivilegien durch Massenstudium und Massenmedien, mehr Sprachenkontakte durch Internationalisierung, Tourismus, Partnerschaften und Audiomedien, usw.

Die Begegnung mit anderen Sprachen wird einerseits systematisch erschwert dadurch, daß in Deutschland und Österreich in Hörfunk und Fernsehen fremdsprachige Rede meist durch totale Synchronisation ferngehalten wird, anstatt mehr mit sprachlernfördernden Untertiteln zu arbeiten (wie z. B. in den Niederlanden und skandinavischen Ländern), andererseits wird sie rein formal gefördert durch Kleinigkeiten wie z. B. fremdsprachige Ortsnamensformen in Fahrplänen, Flugplänen, auf grenznahen Verkehrsschildern, Originalaussprache fremdsprachlicher Namen in Hörnachrichten. Die neue Offenheit gegenüber fremdsprachlichen Elementen zeigt sich in je nach Textsorte häufigen Interferenzen und Entlehnungen, in fremdsprachlichen Texten ganzer Sachbereiche. Der allgemeine Rückgang des deutschen Fremdwortpurismus bis zu verhaltener, resignierter Anglizismenkritik – anders als in Frankreich – ist in der Sammlung „Kontroverse Begriffe“ von Stötzel, Wengeler u. a. (1995, S. 245 ff.) beschrieben. Hier geht gebremster Sprachstolz z. T. in geschwächte Sprachloyali-

tät über, was sprachpuristische Kritiker im In- und Ausland beanstanden, die kein Verständnis dafür haben, daß es etwas ganz Normales ist, wenn Nachkriegsdeutsche sich um mehr Toleranz und Offenheit gegenüber anderen Sprachen bemühen, und daß die deutsche Sprache seit langem und immer mehr eine Mischsprache ist wie das Englische (Munske 1988). Daß Wandel des Fremd- und Lehnwortgebrauchs viel mit Sprachgesinnungswandel zu tun hat, wird z. B. daran deutlich, daß Wörter aus dem Jiddischen heute zunehmend in deutscher Publizistik und in der Jugendsprache gern verwendet werden, und zwar in neuartiger, nicht mehr antisemitischer, teilweise spielerischer Weise (Althaus 1995).

Wie steht es mit dem Fremdsprachenlernen in Deutschland und Österreich? In zahlreichen Denkschriften, Empfehlungen, Verordnungen und Abkommen wurde seit 1945 immer wieder auf das hingewiesen, was die stark monolingualen Deutschsprachigen zur Verbesserung der Völkerverständigung besonders nötig hatten: Vermehrung und Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts, vor allem früherer Beginn im Kindesalter, Verwendung als Unterrichtssprache in bestimmten Sachfächern und „Diversifikation“ in Bezug auf Nachbarsprachen, kleinere Sprachen und Minderheitensprachen (Christ 1980; 1991; Christ/Liebe 1981). Was sich aber wirklich in den letzten 50 Jahren in den westlich orientierten deutschsprachigen Ländern verbessert und in fast alle Bevölkerungsschichten verbreitet hat, sind Kenntnisse und domänenspezifischer Gebrauch der ersten Weltsprache Englisch, wenn auch noch nicht ganz so erfolgreich wie in west- und nordeuropäischen Ländern. Seit der Wende 1989/90, seit dem Ende des wenig erfolgreichen Zwangs zum Russischunterricht, wird in den neuen Bundesländern ebenso wie in ostmitteleuropäischen Ländern, selbst in der ehemaligen Sowjetunion, der Nachholbedarf in Englisch befriedigt. Diese einseitig auf die Erfolgssprache Englisch konzentrierte Entwicklung ging auf Kosten des Französischen und anderer direkter Nachbarsprachen, ebenso in Nordeuropa und Osteuropa. Vor dieser bequemen Einseitigkeit haben Harald Weinrich (1985, S. 311 ff.) und andere Linguisten eindringlich gewarnt. Die damit verbundene Geringschätzung der Nachbarsprachen habe auf die Dauer auch den Verfall des Interesses für Deutsch als Fremdsprache in der Welt ebenso wie in Mitteleuropa zur Folge, was in Frankreich direkt nachzuweisen sei.

So sind seit den 80er Jahren in Deutschland und Österreich zahlreiche Projekte zur Förderung der „Begegnung mit den Nachbarsprachen“ in Gang gebracht worden (Pelz 1989; Koschat/Wagner 1994; Sprachen Lernen ... 1994; Gellert-Novak 1993; Wodak/de Cillia 1995). Über deren unterschiedlichen Erfolg habe ich im Winter 1996/97 kurze Informationen von 22 Kollegen, Kolleginnen und Bekannten in Randregionen Deutschlands und Österreichs erbeten, denen ich für bereitwillige, vielseitige Antworten dankbar bin.

Bei dieser Umfrage ist deutlich geworden, daß in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland offizielle Bemühungen zu einer Vermehrung des Französischunterrichts geführt haben, auch in der Grundschule als „Begegnungssprache“ in praktisch-sachbezogenen oder spielerischen Formen und mit französischen Partnerschaftsbeziehungen. Das gleiche gilt für Niederländisch in Grenzregionen Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens und Dänisch im nördlichen Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen z. B. lernten 1996 an 83 Schulen 5.755 Schüler Niederländisch, doppelt so viele wie im Jahre 1990, in Schleswig-Holstein 3.727 Dänisch. Weitaus niedriger liegen die Zahlen für slawische Sprachen in den neuen Bundesländern, in Bayern und Österreich. Trotz offizieller Bemühungen seit der Wende 1990 blieben Angebot und Nachfrage nach den östlichen Nachbarsprachen geringer. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ist Polnisch an einigen Schulen Unterrichtssprache in der bilingualen Oberstufe. Beachtlich sind die Projektschulergebnisse in Sachsen: Im Schuljahr 1995/96 lernten an 18 Grundschulen immerhin 955 Teilnehmende Tschechisch als Begegnungssprache, außerdem gab es Tschechisch als 2. oder 3. Fremdsprache an 4 Gymnasien und einigen Mittelschulen. In Österreich sind die Fremdsprachenkenntnisse allgemein zwischen 1974 und 1990 von 44% auf 62% der Bevölkerung im Alter von 15 bis 69 Jahren gestiegen. Das nach der Wende 1990 gestiegene Interesse für Nachbarsprachen, besonders an Volkshochschulen, ist (ebenso wie in Bayern) inzwischen wieder etwas zurückgegangen. In Schulpflichtfächern liegen neben 75,2% Englisch, 7,9% Französisch, 6,1% Latein, 1,9% Italienisch alle anderen Nachbarsprachen weit unter 0,5% (Wodak/de Cillia 1995, S. 41, S. 46). In Volkshochschulen sei die Nachfrage nach Italienisch und Magyarisch etwas stärker als die nach Tschechisch, am schwächsten die nach Slowakisch und Slowenisch (Muhr 1994). Einige bilinguale Schulprojekte sind eingeleitet (Koschat/Wagner 1994; Sprachen lernen ... 1994). In der Wirtschaft liegt die Nachfrage nach Fremdsprachen bei Stellenausschreibungen in Deutschland (mit 13,95%) an 6. Stelle nach Italien (24,37%), Spanien, Ungarn, Niederlande, Großbritannien (Glück 1995, S. 44).

Friedrich Kluges Glaube an das Deutsche mit „*Weltherrschaft im Geist und in der Wahrheit*“ erscheint heute am stärksten zerstört durch den auffälligen Rückgang von Deutsch als internationaler Wissenschaftssprache. Nach Ammons Auswertung der Forschungsliteratur (Ammon 1991, S. 212 ff.) gehörte Deutsch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, noch bis um 1920, zu den drei herausragenden Wissenschaftssprachen, auch in den Naturwissenschaften. Der Abstieg begann um 1930, parallel zum Rückgang des Französischen und zum rasanten Aufstieg des Englischen. Heute steht in den Naturwissenschaften Deutsch mit weitem Abstand hinter Englisch und Russisch, teils auch schon hinter Japanisch. Deutschsprachige Publikationen werden in den Naturwissenschaften, aber auch in einigen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern wie theoretische Linguistik, kaum mehr zur Kenntnis genommen. Deutsch erscheint in solchen Fächern zurückgestuft auf angewandte Wissenschaft, Lehrbücher, Fallstudien, populärwissenschaftliche Publizistik. Auch die skandinavischen Länder und die Niederlande haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg weitgehend vom traditionellen teilweisen Gebrauch des Deutschen als Wissenschaftssprache abgewandt und sind zum Englischen übergegangen, teil-

weise auch die Sowjetunion. In ostmitteleuropäischen Ländern ist zwar seit der Wende 1990 ein verstärktes Interesse für Deutsch vor allem bei internationalen Kongressen festzustellen. Aber neuere Untersuchungen haben gezeigt, daß überall die Jüngerer stärker zum Englischen neigen und Deutsch als *Lingua franca* eher in mehr alltäglichen, praktischen Domänen weiterbenutzt wird (Ammon 1991, S. 138 ff.; Földes, in Born/Stikkel 1993, S. 220 ff.). Der Wende-Boom sei rückläufig: „Ein Statusverlust des Deutschen in Mittel- und Osteuropa ist unübersehbar. Die Anfang der 90er Jahre überschäumende Nachfrage stagniert“ (Helmut Glück, in: F.A.Z. 14.12.1996, S. 11).

Als Ursachen für den Rückgang des Deutschen als Wissenschaftssprache führt Ammon (1991, S. 255 ff.) verschiedene Gründe an: Neben der Abwendung der west- und nordeuropäischen Nachbarländer vom Deutschen aus historisch-politischen Gründen sei er vor allem als innerwissenschaftlicher „Verdrängungsprozeß“ durch das Englische zu erklären, was er (nach Sabine Skudlik 1990, S. 319) anhand der Verminderung der Zahl deutschsprachiger Nobelpreisträger und deutschsprachiger naturwissenschaftlicher Publikationen nach Referatenorganen demonstriert. In einer etwas weiteren sprachenhistorischen Perspektive wäre aber im Anschluß an Harald Weinrich (1985) noch auf den langfristigen Konkurrenzprozeß hinzuweisen: Dem Gebot weltweiter kooperativer Wissenschaftskommunikation ohne Muttersprachvorteil wurde jahrhundertlang bis ins 18. Jahrhundert in der europäischen Welt durch das universale Latein Genüge getan, das niemandes Muttersprache war und unter dessen klerikal-akademischer Dominanz jedenfalls die Lateingebildeten aller Völker gleichberechtigt waren. Seit der Renaissance, vor allem seit der Aufklärung wurde daneben und dagegen die popularisierende Ersetzung des Lateins durch Volkssprachen betrieben. Daraus entstand in internationaler wissenschaftlicher Kommunikation die Konkurrenz zwischen Italienisch, Spanisch, Französisch, Niederländisch, Deutsch, Englisch usw., die mit Muttersprachvorteil und entsprechender Sprachlern-Nötigung der Anderen verbunden war. Zunächst hat sich Französisch als spätfeudale Herrschafts- und aufklärerische Modernisierungssprache auch in den Wissenschaften neben Latein durchgesetzt, wurde aber durch politischen Expansionismus seit der Revolution in den deutschsprachigen Ländern im Prestige sehr geschwächt. Im 19. Jahrhundert gingen dann die Deutschsprachigen zum gleichen nationalegoistischen Monolinguisimus über, hatten aber nur so lange Erfolg mit ihren wissenschaftlich vorbildlichen Leistungen, bis die beiden großen deutschsprachigen Staaten sprachimperialistisch unbeliebt geworden waren. Dies war die große Chance für das Englische, das jedenfalls in Mitteleuropa niemals mit dem Makel der Herrschaftssprache belastet war. Die immer stärkere Hinwendung zu Englisch als *Lingua franca* auch in den Wissenschaften ist also weithin auch als prinzipielle

Rückkehr zum kooperativen, noch nicht nationalegoistischen Zustand der alten lateinischen Wissenschaftskommunikation zu erklären, als Zeichen für das Ende des nationalistischen Zeitalters in diesem hochkulturellen Bereich, zumal das Welt-Englisch heute alles andere als eine Nationalsprache ist (Fishman u. a. 1996, S. 8, S. 20).

Die nach wie vor sehr schwache Stellung des Deutschen in internationaler politischer und diplomatischer Kommunikation dürfte den Kennern der historischen Entwicklung nichts Neues sein. Französisch (statt Latein) blieb trotz der Niederlagen Frankreichs 1813 und 1871 die unbestrittene Sprache der Diplomatie bis zum Ersten Weltkrieg. Erst bei den Pariser Verhandlungen und Verträgen 1919 trat Englisch mit Französisch in Konkurrenz. Deutsch war damals ebenso ausgeschlossen wie im Völkerbund, so auch in den Vereinten Nationen. Deutsch hatte niemals die Fürsprecher, die das Englische, trotz seiner restlichen Kolonialherrschaft, seit 1919 in aller Welt hatte (Ammon 1991, S. 290). Wie auf der IDS-Jahrestagung 1992 berichtet wurde (Born/Stickel 1993), ist die Lage noch heute für das Deutsche sehr ungünstig: In den Vereinten Nationen ist Deutsch trotz des Beitritts von 4 deutschsprachigen Staaten bis heute weder als Amts- noch als Arbeitssprache anerkannt, nur als „Dokumentensprache“ auf eigene Kosten der deutschsprachigen Länder. In den Europäischen Organisationen ist Deutsch zwar als Amts- und Arbeitssprache formal anerkannt, aber die Praxis ist, vor allem seit dem Beitritt Großbritanniens und anderer Länder, weit überwiegend auf Französisch und Englisch festgelegt, so daß Deutsch – zusammen mit Spanisch, Portugiesisch, Italienisch, Griechisch, Niederländisch, Dänisch – alles andere als gleichberechtigt ist (Ammon 1991, S. 308 ff.; Coulmas 1991; Debus 1994; Schloßmacher 1995).

Nun ist seit der Wende 1990 eine sprachenpolitisch brisante Situation in Europa entstanden: Es gibt wieder ein größeres Deutschland, Österreich ist der EG beigetreten und die von der Ostblockisolierung befreiten ostmitteleuropäischen Länder wollen beitreten, Länder, die – wie schon in einem Antrag deutscher, ungarischer und polnischer Abgeordneter des Europarats ohne Erfolg demonstriert – dazu neigen, auch Deutsch häufiger als Verhandlungs- und Arbeitssprache der EG zu verwenden. Genau dies befürchten aber die nichtdeutschsprachigen alten EG-Länder, nicht nur aus negativen historisch-politischen Erinnerungen an deutsche Hegemoniewirkungen, sondern auch aus verständlicher pragmatischer Abneigung gegen die enorme Kostenerhöhung durch weitere EG-Arbeitssprachen außer Englisch und Französisch, wobei zugleich z. B. auch über Spanisch, Portugiesisch oder Niederländisch entschieden werden mußte, später auch über ostmitteleuropäische Sprachen (Schröder 1992; Finkenstaedt/Schröder 1992). Auch die deutschen EG-Praktiker wissen dies genau und verhalten sich deshalb ebenso vorsichtig und partnerorientiert wie die Österreicher und die Deutschschweizer. So ist es nur allzu erklärlich, daß

gelegentliche Versuche einiger Bonner Spitzenpolitiker, mehr Deutsch als Arbeitssprache der EG zu erreichen, im westlichen Europa auf Nichtachtung, Spott oder Ablehnung stoßen (Stötzel/Wengeler 1995, S. 266 ff.; Debus 1994). Mit den Argumenten der größten Sprecherzahl, Wirtschaftskraft und Beitragshöhe und der Benachteiligung deutscher Mittelstandsfirmen – ohne an die gleiche Situation z. B. niederländischer, dänischer oder spanischer Firmen zu denken (Ammon 1991, S. 176 ff.) – wird nicht kooperative, partnerorientierte Sprachengesinnung demonstriert, sondern eher Ansätze zu traditionellem Nationalegoismus. Ohne Fürsprache und Bereitschaft der Partner ist das Fordern einer Aufwertung der eigenen Sprache nutzlos und kontraproduktiv. Die großen Chancen von Deutsch als euroregionaler Verkehrssprache können nicht durch offizielles deutsches Drängen, sondern allenfalls von den interessierten Nachbarländern her gefördert werden. Hierin stehen die Deutschsprachigen im postnationalistischen Zeitalter auf dem Prüfstand, vor der Frage, ob sie in über- und internationalen Sprachbeziehungen noch immer (oder wieder) zu Monolinguisismus, asymmetrischer Eigensprachdominanz und Muttersprachvorteil neigen, oder ob sie sich im neuen Europa durch Anerkennung der weltweiten Lingua-franca-Funktion des Englischen, Rücksicht auf die Sprachwahlinteressen der Partner und etwas mehr Gegenseitigkeit in Bezug auf Nachbarsprachen in den Kreis der verständigungsbereiten europäischen Völker einfügen. Aber der von Experten empfohlene Übergang vom einsprachigen Nationalstaat zur mehrsprachigen, sprachenteiligen, multikulturellen Gesellschaft ist ein langfristiger, schwieriger Prozeß für Generationen.

Literatur

- Althaus, Hans Peter (1995): Zocker, Zoff & Zores. Zur Integration von Jiddismen ins Deutsche. Trier. (Privatdruck).
- Ammon, Ulrich (1991): Die internationale Stellung der deutschen Sprache. Berlin / New York.
- Ammon, Ulrich (1995): Die deutsche Sprache in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Das Problem der nationalen Varietäten. Berlin / New York.
- Ammon, Ulrich (1996): The European Union: Status change of English during the last fifty years. In: Fishman u. a. (eds.), S. 241–267.
- Besch, Werner / Reichmann, Oskar / Sonderegger, Stefan (Hg.) (1985): Sprachgeschichte. Berlin / New York.
- Born, Joachim / Dickgießer, Sylvia (Hg.) (1989): Deutschsprachige Minderheiten. Ein Überblick über den Stand der Forschung für 27 Länder. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes hg. v. IDS. Mannheim.
- Born, Joachim / Stickel, Gerhard (Hg.) (1993): Deutsch als Verkehrssprache in Europa. Berlin / New York. (IDS-Jahrbuch 1992).
- Born, Karl Erich (1994): Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg. 15. Aufl. München. (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 16).

- Calvet, Louis-Jean (1978): Die Sprachenfresser. Ein Versuch über Linguistik und Kolonialismus. Aus d. Franz. v. Peter Hagemeister. Berlin.
- Christ, Herbert (1991): Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000. Sprachenpolitische Betrachtungen zum Lehren und Lernen fremder Sprachen. Tübingen.
- Christ, Herbert / Liebe, Elisabeth (Hg.) (1981): Fremdsprachenunterricht in amtlichen Verlautbarungen. Augsburg.
- Christ, Herbert u. a. (Hg.) (1980): Fremdsprachenpolitik in Europa. Homburger Empfehlungen für eine sprachenteilige Gesellschaft. Augsburg.
- Clyne, Michael (1995): The German language in a changing Europe. Cambridge.
- Cobet, Christoph (1973): Der Wortschatz des Antisemitismus in der Bismarckzeit. München.
- Conrad, Claus (1993): Multikulturelle Tiroler Identität oder 'deutsches' Tirolertum? Zu den Rahmenbedingungen des Deutschunterrichts im südlichen Tirol während der österreichisch-ungarischen Monarchie. In: Baumann, Jürgen / Günther, Hartmut / Knoop, Ulrich (Hg.): Homo scribens. Perspektiven der Schriftlichkeitsforschung. Tübingen. S. 273–298.
- Coulmas, Florian (1991): Die Sprachenregelung in den Organen der EG als Teil einer europäischen Sprachenpolitik. In: Sociolinguistica 5, S. 24–36.
- Debus, Friedhelm (1994): Sprachenprobleme im Vereinigten Europa. In: Veröffentlichungen der Joachim-Jungius-Gesellschaft d. Wiss. Hamburg 77, S. 47–61.
- Dostert, Paul (1985): Luxemburg zwischen Selbstbehauptung und nationaler Selbstaufgabe. Die deutsche Besatzungspolitik und die volksdeutsche Bewegung 1940–45. Luxemburg.
- Düwell, Kurt (1976): Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente. Köln / Wien.
- Düwell, Kurt / Link, Werner (Hg.) (1981): Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871. Geschichte und Struktur. Köln / Wien.
- Eichinger, Ludwig M. (1991): Sprachenpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten im 19. Jahrhundert. In: Forum ..., S. 95–105.
- Finkenstaedt, Thomas / Schröder, Konrad (1992): Sprachen im Europa von morgen. Berlin usw.
- Fishman, Joshua A. / Conrad, Andrew W. / Rubal-Lopez, Alma (eds.) (1996): Post-Imperial English. Status Change in former British and American Colonies, 1940–1990. Berlin / New York.
- Forum: Sprachenpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten im 19. Jahrhundert. In: Wimmer (Hg.) (1991), S. 95–184.
- Gellert-Novak, Anne (1993): Europäische Sprachenpolitik und Euroregionen. Ergebnisse einer Befragung zur Stellung der englischen und deutschen Sprache in Grenzgebieten. Tübingen.
- Gessinger, Joachim (1991): Preußen. In: Forum ..., S. 106–124.
- Glück, Helmut (1979): Die preußisch-polnische Sprachenpolitik. Eine Studie [...] am Beispiel der preußisch-deutschen Politik gegenüber der polnischen Minderheit vor 1914. Hamburg.
- Glück, Helmut (1995): Fremdsprachenkenntnisse als Berufsqualifikation in Europa. In: Bergmann, Rolf (Hg.): Germanistik und Kommunikationswissenschaft. Bamberg. S. 43–45.
- Haider, Markus Erwin (1996): Im Streit um die österreichische Nation. Nationale Leitwörter in Österreich 1866–1938. Typoskript. Salzburg.
- Hartweg, Frédéric (1985): Die Entwicklung des Verhältnisses von Mundart, deutscher und französischer Standardsprache im Elsaß seit dem 16. Jahrhundert. In: Besch u. a. (Hg.), S. 1949–1976.

- Hartweg, Frédéric (1987): Die Sprachsituation im Elsaß zwischen 1870 und 1918. In: Beiträge zur Erforschung der deutschen Sprache 7, S. 127–145.
- Hartweg, Frédéric (1988): Sprachpolitik, Sprachideologie und Französische Revolution im Elsaß. In: Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung 41, S. 199–207.
- Hartweg, Frédéric (1991): Elsaß. In: Forum ..., S. 136–163.
- Hobsbawn, Eric J. (1991): Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Aus dem Englischen von Udo Rennert. Frankfurt/M.
- Hoffmann, Fernand (1979): Sprachen in Luxemburg. Sprachwissenschaftliche und literarhistorische Beschreibung einer Triglössie-Situation. Luxembourg / Wiesbaden.
- Hutterer, Claus Jürgen (1991): k. u. k. Monarchie. In: Forum ..., S. 164–171.
- Kloosterhuis, Jürgen (1981): Deutsche auswärtige Kulturpolitik und ihre Trägergruppen vor dem ersten Weltkrieg. In: Düwell/Link (Hg.), S. 8–45.
- Kluge, Friedrich (1920): Deutsche Sprachgeschichte. Werden und Wachsen unserer Muttersprache von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Leipzig.
- Koschat, Franz / Wagner, Gottfried (Hg.) (1994): Bilinguale Schulen. Lernen in zwei Sprachen. Bildungsk Kooperation mit Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Bilingualer Unterricht in Österreich. Wien.
- Muhr, Rudolf (1994): Die Nachbarsprachen im Alpen-Adria-Raum. Die Suche nach alten und neuen Gemeinsamkeiten. In: Spillner, Bernd (Hg.): Nachbarsprachen in Europa. Frankfurt/M. usw. S. 143–151.
- Munske, Horst H. (1988): Ist das Deutsche eine Mischsprache? Die Stellung der Fremdwörter im deutschen Sprachsystem. In: Munske, Horst H. u. a. (Hg.): Deutscher Wortschatz. Berlin / New York. S. 46–74.
- Oschlies, Wolf (1990): Die Sorben – slawisches Volk im Osten Deutschlands. Bonn.
- Pelz, Manfred (Hg.) (1989): Lerne die Sprache des Nachbarn. Grenzüberschreitende Spracharbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Frankfurt/M.
- Petersen, Thomas Peter (1995): Preußens Sprachpolitik in Nordschleswig. Diss. Münster.
- Phillipson, Robert (1992): Linguistic imperialism. Oxford.
- Polenz, Peter von (1991/94): Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Bd. I: 15. und 16. Jh. Berlin / New York. Bd. II: 17. und 18. Jh. Berlin / New York.
- Schloßmacher, Michael (1995): Zum Gebrauch von Deutsch in den Organen der EU. In: Deutsche Sprache 23, S. 219–239.
- Schmid, Georg (1990): ... sagen die Deutschen. Annäherung an eine Geschichte des Sprachimperialismus. In: Rathkolb, Oliver u. a. (Hg.): Österreich und Deutschlands Größe. Salzburg. S. 23–34.
- Schmidt, Hartmut (1991): Deutschland 1848 – Vaterland der Germanisten? Anfragen im März 1990. In: Wimmer (Hg.), S. 283–290.
- Schreiner, Sabine (1992): Sprachenlernen in Lebensgeschichten der Goethezeit. München.
- Schröder, Konrad (1989): Über Volkshaß und über den Gebrauch einer fremden Sprache. Zur historischen Dimension des Schulsprachenstreites Englisch-Französisch, unter besonderer Berücksichtigung der nachnapoleonischen Zeit. In: Kleinschmidt, Eberhard (Hg.): Fremdsprachenunterricht zwischen Sprachenpolitik und Praxis. Tübingen. S. 58–70.
- Schröder, Konrad (1992): Fremdsprachen im Europäischen Haus. Frankfurt.
- Simon, Gerd (Hg.) (1979): Sprachwissenschaft und politisches Engagement. Zur Problem- und Sozialgeschichte einiger sprachtheoretischer, sprachdidakti-

- scher und sprachpflegerischer Ansätze in der Germanistik des 19. und 20. Jahrhunderts. Weinheim.
- Simon, Gerd (1986): Freiheitsentzug für Sprachsünder. Zum einhundertjährigen Jubiläum der Zeitschrift „Muttersprache“. In: *Umbruch* 6, 5–6, S. 15–18.
- Simon, Gerd (1989): Sprachpflege im 'Dritten Reich'. In: Ehlich, Konrad (Hg.): *Sprache im Faschismus*. Frankfurt/M. S. 58–86.
- Skudlik, Sabine (1990): Sprachen in der Wissenschaft. Deutsch und Englisch in der internationalen Kommunikation. Tübingen.
- Sonderegger, Stefan (1985): Die Entwicklung des Verhältnisses von Standardsprache und Mundarten in der deutschen Schweiz. In: Besch u. a. (Hg.), S. 1873–1939.
- Sprachen Lernen – Menschen Verstehen: Eine Herausforderung. (1994). Hg. v. Bundesministerium für Unterricht und Kunst. Wien.
- Stötzl, Georg / Wengeler, Martin (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin / New York.
- Sutter, Berthold (1960): Die Badenischen Sprachverordnungen von 1897. 2 Bde. Graz / Köln.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. III: 1849–1914. München.
- Weinrich, Harald (1985): Wege der Sprachkultur. Stuttgart.
- Wimmer, Rainer (Hg.) (1991): Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch. Berlin / New York. (IDS-Jahrbuch 1990).
- Wodak, Ruth / de Cillia, Rudolf (Hg.) (1995): Sprachenpolitik in Mittel- und Osteuropa. Wien.

JOCHEN HÖRISCH

„Seekrankheit auf festem Lande“ – Zur Krise der Literatursprache

Abstract

Die Sprache der Literatur ist krisenfrei. Denn Dichtung ist bekanntlich – und bekanntlich heißt: das ist seit Hesiod und Platon uralteuropäisches Basiswissen – nicht auf Wahrheit verpflichtet. Ihre Betriebslizenz, wenn sie denn erteilt wird, ist vielmehr das Recht zur systematischen Lüge. Was auch zur Folge hat, daß es wenig sinnvoll ist, literarische Aussage mit Sätzen zu bestreiten wie „Hans Castorp war doch gar nicht in Davos“ oder „Madame Bovary hat ihren Mann doch gar nicht betrogen“. Schöne Literatur ist negations- und also ganz ungewöhnlich krisenimmun. Diese Einsicht in die Krisenimmunität der literarischen Sprache ist so alt und schlicht, daß sie ein wenig Brisanz erst gewinnt, wenn die elementare Verlässlichkeitskrise des Mediums Sprache so kontrastiv zum Modethema avanciert – also zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dichtung muß nämlich in gesteigerter Irritation erfahren, daß sie an dieser Krise nicht teilhat – gewissermaßen seit knapp dreitausendjähriger Wartezeit immer noch nicht an der so offen ausbrechenden Sprachkrise teilhat. Daß Dichtung lügt, ist seit ihren Anfängen unumstritten. Streiten kann man dann darüber, ob und ggf. unter welchen Rahmenbedingungen die systematische Lüge der Dichtung statthaft ist oder ob man die Dichtung, weil sie lügt, verbieten soll. Aber es wäre auch und gerade in der Zeit moderner Ausdifferenzierung von Funktionssystemen absurd, ausgerechnet vom fiktionalen Medium Literatur zu erwarten, daß es richtige Bezeichnungen oder gar wahre Namen für Dinge, Sachverhalte und Zusammenhänge bereithält. Die Sprache der Literatur folgt, um modern und also systemtheoretisch zu reden, nicht dem Code richtig/falsch, sie ist vielmehr dem Code stimmig/nichtstimmig verpflichtet.

Ein junger Mann – so will es eine frühe Erzählung Franz Kafkas – geht tagtäglich in die Kirche. Nicht ein frommes Bedürfnis, sondern die Liebe zu einem Mädchen, das dort häufig Ruhe sucht, treibt ihn in den sakralen Bau. Sein Wunsch nach Nähe zu diesem Mädchen und nicht etwa nach der Nähe Gottes wird enttäuscht. Denn die junge Schöne bleibt aus. Statt des Mädchens trifft der junge Mann in der Kirche nun aber häufig auf einen ekstatischen Beter. Und dieser fasziniert ihn fast so sehr wie das vermißte Mädchen. Denn der Beter, der sich bei seinen „frommen Ausbrüchen“ offenbar gerne von zahlreichen „zuschauenden Leuten“ umgeben

läßt, scheint ein Geheimnis zu bergen, das der Beobachter ergründen will. Und so stellt er ihn eines Tages ohne Scheu vor Handgreiflichkeiten beim Verlassen der Kirche zur Rede. In deutlicher Anspielung auf die alttestamentarischen Worte Jacobs, der mit dem (Engel des) Herrn um den göttlichen Segen rang¹, schreit er in einem pointiert nicht-biblichen Kontext, nämlich „in den Lärm der vorüberfahrenden Straßenbahn: 'Ich lasse Sie nicht. (...) Sie sind ein Glücksfang. Ich beglückwünsche mich.'“²

Der Beobachter ringt mit dem Beter – nicht etwa wie Jacob um Gottes Segen (den er auch kaum braucht, beglückwünscht er sich doch selbst), sondern aus einem deutlich geringer zu wertenden Motiv: weil er wissen will, warum der Beter eine so offenbare Lust daran habe, sich beim Beten beobachten zu lassen. „Wie benehmt Ihr Euch doch in der Kirche! Wie kann man andächtig sein, wenn man Euch anschauen muß.“ Die Reaktion auf diese Vorwürfe ist entwaffnend offen: „Ärgert Euch nicht, wenn ich sage, daß es der Zweck meines Lebens ist, von den Leuten angeschaut zu werden.“ Grund zu einer gewissen Verärgerung gibt diese Antwort schon. Immerhin ist Kafkas kurze Erzählung 1904 entstanden (sie wurde erst fünf Jahre später veröffentlicht) – also zu Zeiten, in denen man noch nicht daran gewohnt bzw. medientechnologisch konditioniert war, z. B. den Papst televisionär beim Beten zu beobachten. Der namenlose Beter ist schon durch diesen Begriff 'Beter' als ein Sprechender charakterisiert. Aber eben als still Sprechender. Man kann ihm bei dem eigentümlich stillen Sprechakt, der da Beten heißt, zusehen, aber nicht verstehen geschweige denn sehen, was er zu Gott spricht.

Der Beobachter, der sein ursprüngliches Interesse am Mädchen offenbar völlig vergessen hat, reagiert auf dieses Geständnis des stillen Beters, daß er sich gerne als Objekt eines eigentümlichen Voyeurismus anbiete, geradezu überwertig gereizt. „Was sagt Ihr da“, rief ich viel zu laut ..., aber ich fürchtete mich dann, die Stimme zu schwächen. 'wirklich was sagtet Ihr da. Ja ich ahne schon, ja ich ahnte es schon, seit ich Euch zum erstenmal sah, in welchem Zustande Ihr seid. Ich habe Erfahrung und es ist nicht scherzend gemeint, wenn ich sage, daß es eine *Seekrankheit auf festem Lande* ist. Deren Wesen ist so, daß Ihr den wahrhaftigen Namen der Dinge vergessen habt und über sie jetzt in einer Eile zufällige Namen

¹ 1. Mose 32, 24–26 (Luther 1546): „Da rang ein Man mit jm bis die morgenröte anbrach. Vnd da er sahe / das er jn nicht vbermocht / rüret er das Gelenck seiner hüfft an / Vnd das gelenck seiner hüfft ward vber dem ringen mit jm / verrenckt. Vnd er sprach / Las mich gehen / denn die morgenröte bricht an / Aber er antwortet / Ich las dich nicht / du segnest mich denn.“

² F. Kafka: Gespräch mit dem Beter. In: Erzählungen, ed. M. Müller. Stuttgart 1995, S. 11. Zu Kafkas Sprachreflexionen cf. K. Pape: Sprachkunst und Kunstsprache bei Flaubert und Kafka. St. Ingbert 1996.

schüttet. Nur schnell, nur schnell! Aber kaum seid Ihr von ihnen wegge-
laufen, habt Ihr wieder ihre Namen vergessen. Die Pappel in den Feldern,
die Ihr den 'Turm von Babel' genannt habt, denn Ihr wußtet nicht oder
wolltet nicht wissen, daß es eine Pappel war, schaukelt wieder namenlos
und Ihr müßt sie nennen 'Noah, wie er betrunken war.' / Ich war ein wenig
bestürzt, als er sagte: 'Ich bin froh, daß ich das, was Ihr sagtet, nicht ver-
standen habe.' / Aufgeregt sagte ich rasch: 'Dadurch, daß Ihr froh seid dar-
über, zeigt Ihr, daß Ihr es verstanden habt.'³

Die textimmanente Warnung ist unüberhörbar. Wer versucht, diesen rät-
selhaften Wortwechsel zu verstehen und in hermeneutisches Kleingeld zu
transferieren, geht das Risiko ein, sich lächerlich zu machen. Die funk-
tionale Problemlage aber, die von dieser Textpassage fokussiert wird, läßt
sich immerhin angeben und analysieren. Ersichtlich geht es in dem zitier-
ten Text, der als ein herausragendes Beispiel für die um 1900 besonders
virulente Krise eben *nicht so sehr der Literatursprache*, sondern der
Spracherfahrung überhaupt gilt, um die Unverlässlichkeit des Mediums
Sprache. Aber diese verbreitete Feststellung ist, um die berühmte Wen-
dung aus Poes Erzählung 'The purloined letter' zu zitieren, „a little bit too
obvious.“ Daß wir seit dem Kollaps des Turms zu Babel die wahren
Namen der Dinge vergessen haben, daß Pfingstereignisse (um zurückhal-
tend zu formulieren) selten und also nicht institutionalisierbar sind, daß
die Sprache nichts als ein vagabundierendes Heer von Metaphern und Me-
tonymien ist, daß wir in der sprachlich gedeuteten Welt nicht sehr verläß-
lich zu Haus sind, daß Worte wie modrige Pilze im Munde zerfallen kön-
nen, daß Signifikanten arbiträr sind – all das ist spätestens seit Nietzsche,
Mauthner, de Saussure, Rilke und Hofmannsthal theoretisch-literarische
Basiseinsicht. Kafka wäre nur einer von vielen Sprachskeptikern um
1900, wenn sein Text nicht mehr Aufschluß gäbe. Der erfahrene Beobach-
ter in seiner Erzählung ist mit der Diagnose des Problems, das ein ande-
rer hat, ja auch bemerkenswert schnell (ein wenig zu schnell) zur Hand.
„Ich habe Erfahrung – es ist eine Seekrankheit auf festem Lande – Ihr habt
die wahrhaftigen Namen der Dinge vergessen.“ Das aber: daß wir für die
Dinge und Sachverhalte keine wahrhaftigen Namen, sondern nur arbiträre
und konventionelle Zeichen haben, ist eine noch weniger originelle Ein-
sicht. Denn sie datiert nicht aus der Zeit um 1900, sondern ist einige Jahr-
tausende älter, wie die witzige Anspielung auf den Turmbau zu Babel
umgehend anzeigt. Was folgt, ist eine durch bloße Assonanzen und Bild-
ähnlichkeiten (wie Turm – hoher Baum – Schwanken im Wind – Schwan-
ken bei Trunkenheit) zusammengehaltene Assoziationskette, an der Freud
seine helle Freude hätte. Diese Ton-Bild-Kette ist sachlich hochheikel, je-

³ Kafka: l.c., p. 12.

doch in sich stimmig. Denn sie führt über die Wörter „Pappel“ und „Babel“ zum Gebabbel des trunkenen Noah, der sein Geschlecht nicht den Blicken seiner Söhne entzieht⁴ – sich also so problematisch den Blicken darbietet wie der Beter.

Dargeboten aber wird somit auch ein Problem, das mehr Aufmerksamkeit verdient als das spätestens seit Nietzsches epochalem Essay ›Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinne‹ (er entstand schon 1873, wurde aber erst 1903 posthum publiziert) überdeutliche Problem der Unverlässlichkeit von Sprache. Nämlich – ich komme zu meiner ersten These – das Problem, daß die Literatursprache genau dieses Problem nicht hat. Die Sprache der Literatur ist krisenfrei. Denn Dichtung ist bekanntlich – und bekanntlich heißt: das ist seit Hesiod und Platon uralteuropäisches Basiswissen⁵ – nicht auf Wahrheit verpflichtet. Ihre Betriebslizenz, wenn sie denn erteilt wird, ist vielmehr das Recht zur systematischen Lüge. Was auch zur Folge hat, daß es wenig sinnvoll ist, literarische Aussage mit Sätzen zu bestreiten wie „Hans Castorp war doch gar nicht in Davos“ oder „Madame Bovary hat ihren Mann doch gar nicht betrogen“. Schöne Literatur ist negations- und also ganz ungewöhnlich krisenimmun. Diese Einsicht in die Krisenimmunität der literarischen Sprache ist so alt und schlicht, daß sie ein wenig Brisanz erst gewinnt, wenn die elementare Verlässlichkeitskrise des Mediums Sprache so kontrastiv zum Modethema avanciert – also zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dichtung muß nämlich in gesteigerter Irritation erfahren, daß sie an dieser Krise nicht teilhat – gewissermaßen: seit knapp dreitausendjähriger Wartezeit immer noch nicht an der so offen ausbrechenden Sprachkrise teilhat. Daß Dichtung lügt, ist seit ihren Anfängen unumstritten. Streiten kann man dann darüber, ob und ggf. unter welchen Rahmenbedingungen die systematische Lüge der Dichtung statthaft ist oder ob man die Dichtung, weil sie lügt, verbieten soll. Aber es wäre auch und gerade in der Zeit moderner Ausdifferenzierung von Funktionssystemen absurd, ausgerechnet vom fiktionalen Medium Literatur zu erwarten, daß es richtige Bezeichnungen oder gar wahre Namen für die Dinge, Sachverhalte und Zusammenhänge bereithält. Die Sprache der Literatur folgt, um modern und also systemtheoretisch zu reden, nicht dem Code richtig/falsch; sie ist vielmehr dem

⁴ 1. Mose 9, 20–23 (Luther 1546): „Noah aber fieng an vnd ward ein Ackerman: vnd pflantzte Weinberge. Vnd da er des Weins tranck / ward er trunkken / vnd lag in der Hütten aufgedeckt. Da nun Ham / Canaans vater / sahe seines Vaters scham / saget ers seinen beiden Brüdern draussen. Da nam Sem vnd Japhet ein Kleid / vnd legten es auff jre beide Schulder / vnd gingen rücklings hin zu / vnd deckten jres Vaters scham zu.“

⁵ Cf. Heinz Schlaffer: Poesie und Wissen – Die Entstehung des ästhetischen Bewußtseins und der philologischen Erkenntnis. Frankfurt/M. 1990

Code stimmig/nicht-stimmig verpflichtet. Und die Assoziationskette Babel-Gebabbel-Pappel-Schwanken-Noah-Unsagbares-bzw.-Unerhörtesehen ist sachlich unhaltbar und poetisch hochgradig stimmig.

Krisen eines Mediums oder eines Funktionssystems kann es nur geben, wenn selbst- oder fremdgesetzte Ansprüche nicht erfüllt werden. Literatur aber erfüllt ihren eigenen und den an sie herangetragenen Anspruch glänzend, den Code wahr/falsch zugunsten des Codes stimmig/unstimmig zu unterlaufen. Und also ist die Sprache der Literatur krisenfrei – so krisenfrei, wie nach der berühmten These des platonischen Kratylos alle Rede, die nicht mehr zu leisten behauptet als eben dies: zu sagen, was sie sagt, Aussage und eben nicht Transportmittel für Ausgesagtes zu sein. Auf den Turmbau zu Babel verweist Kafkas Erzählung ausdrücklich. Ihr auf- und anregenderer Subtext aber ist die These des Kratylos von der krisenfreien Kraft einer Sprache, in der „alle Worte und Benennungen gleich richtig sind“ – einer Sprache, die Sagen und nicht Etwas-Aussagen, die Sprechakt und nicht Vermittlung eines propositionalen Gehalts ist. Sokrates ist irritiert – so irritiert wie in keinem zweiten platonischen Dialog. Er, der von sich sagt „Ja, guter Kratylos, ich wundere mich selbst schon lange über meine eigene Weisheit und kann kaum daran glauben“ unterwirft die kratylistische These, daß es keine falschen Benennungen gebe, einer strengen Prüfung, indem er eine ganze Reihe von Wortklassen kasuistisch analysiert und immer zum selben erzvernünftigen, eben sokratischen Ergebnis kommt: die These des Kratylos von der grundsätzlichen Richtigkeit der Sprache ist unhaltbar. Selbst für den Sonderfall der Namen, die doch in einem besonders innigen Verhältnis zum Benannten zu stehen scheinen, trifft sie nicht zu. „Sokrates: Lügt auch etwa nicht einmal derjenige, welcher sagt, er heiße Hermogenes? Daß nur nicht am Ende auch das nicht möglich ist: zu sagen, er sei Hermogenes, wenn er es nicht ist? / Kratylos: Wie meinst du das? / Sokrates: Ob dies etwa, daß man überhaupt nichts Falsches sagen könnte, ob dies der Gehalt deines Satzes ist? Denn gar manche behaupten dies, lieber Kratylos, jetzt und auch sonst schon. / Kratylos: Wie sollte denn auch, Sokrates, wenn einer doch das sagt, was er sagt, er nicht etwas sagen, was ist? Oder heißt das nicht eben Falsches reden (pseudā legein): sagen, was nicht ist (to me ta onta legein)? / Sokrates: Dieser Satz, Freund, ist für mich und für mein Alter zu hoch.“⁶

So viel fröhliche Krisenjen- oder wohl eher: -diesseitigkeit ist nicht nur Sokrates suspekt. Dabei läßt sie sich problemlos in linguistisches Neudeutsch transformieren: wenn einer sagt, was er sagt, sagt er etwas, was

⁶ Platon: Kratylos. In: Werke in acht Bdn griech-dt., ed. G. Eigler, Bd. 3. Darmstadt 1990, S. 539 (429c,d).

ist, weil es statthat – nämlich einen Sprechakt. Sprechakte sind Sprechakte sind Sprechakte und können als Sprechakte nicht falsch sein. Man kann ein Versprechen brechen; die durch den Sprechakt eines Standesbeamten gestiftete Ehe kann scheitern; der Urteilsspruch eines Gerichtes kann durch eine Revision angefochten werden. Und doch gilt, daß diese Stiftungs-Sprechakte als Sprechakte, die etwas stiften, sagen, daß sie etwas stiften und also sagen, was ist. Diese weitreichende und tiefgründige Banalität gilt selbstredend für alles Gesagte und Geschriebene: als Sprech- und Schreibakte sagen und schreiben sie, was sie sind. 'O geographa geographa: quod scripsi, scripsi; quod dixi, dixi!'. Damit sagen Sprech- und Schreibereignisse zugleich, daß sie als solche nicht falsch sein können. Falsch können nur Propositionen sein, sofern man sie im Hinblick auf ihren propositionalen Gehalt überprüft. Die Sprache der Literatur aber besteht nicht aus Propositionen⁷, die irgendeinem wie immer auch zu definierenden „realistischen“ Adäquatheitskriterium, sondern nur einem Stimmigkeitskriterium unterliegen. Und so ist die Literatursprache der Möglichkeit beraubt, in fundamentale Krisen zu stürzen. Wenn bei IDS-Vorträgen zu kalauern erlaubt ist: die Sprache der Literatur stiftet ihre Aussagen und geht dann stiften. Um mit einem banalen und doch für viel Aufregung sorgenden Beispiel zu illustrieren: wenn Stefan Hermlin in einem Verwaltungsfragebogen angibt, im KZ gewesen zu sein, ist das eine falsche Angabe. Wenn er in seiner gattungsmäßig schwer einzuordnenden, jedenfalls belletristischen Prosa „Abendlicht“ dasselbe schreibt und angibt, ist das Literatur. Wie abgründig oberflächlich es um das Verhältnis von Wahrheit und Sprache bestellt ist, weiß schon jene weise Kinderfrage: „Kannst du die Wahrheit sagen? – Ja! – So sag sie doch! – Irritiertes Schweigen. – Ätsch: 'Die Wahrheit!'“⁸ Man kann dieselbe Einsicht auch in anderem genus dicendi vortragen. Etwa so wie in den Versen Stefan Georges, die schon der letztjährige Duden-Preisträger Helmut Henne, umsichtig die Nietzsche- und die Duden-Linie der Sprachbetrachtung auslotend, für seine „sprachliche Erkundung der Moderne“ herangezogen hat: „Worte trügen worte fliehen / Nur das lied ergreift die seele.“⁸

Kurzum: die Sprache der Literatur ist von elementarer Krisenunanfälligkeit. Und eben das macht ihre Dauer-Krise aus. Denn nichts ist so langweilig wie Krisenabstinenz. Vor allem für Literatur, die bekanntlich zweierlei soll: aut prodesse aut delectare. Belehren kann man nur, wenn

⁷ Der Verweis auf die klassischen phänomenologischen Untersuchungen von Roman Ingarden (Das literarische Kunstwerk. Tübingen 1972, bes. p. 191 und Fn p. 236) und Käte Hamburger (Die Logik der Dichtung. Ffm/Berlin/Wien 1980) ist hier obligatorisch.

⁸ Zit. und kommentiert bei H. Henne: Sprachliche Erkundung der Moderne. (Rede des Preisträgers zum Duden-Preis 1996). Mannheim 1996. S. 27

man Neues sagt. Neues aber ist per definitionem eine Krise des Alten. Und erfreuen oder gar erregen kann man nur, wenn man Krisentaugliches erzählt. Man kann es auch so banal wie Reich-Ranicki sagen: Literatur darf nicht langweilig sein. Und deshalb – so meine zweite These – verschreibt sich das auffallend krisenfreie Sprachmedium, das da Literatur heißt, selbst systematisch Krisen. Literatur prozediert als Symptomverschreibungsmedium. Unheilbar gesund mag und darf Literatur nicht sein. Und so sucht sie angestrengt nach Möglichkeiten, sich Blessuren zu holen. Beliebte Möglichkeiten dafür sind z. B. Grenzüberschreitungen zwischen Diskursgattungen: Literatur tut so, als könne sie sachlich mitreden. Und deshalb legt sie sich gerne mit Spezialistendiskursen an und bestreitet z. B. Kernphysikern, daß sie Murphys Gesetz (was schiefgehen könne, gehe häufiger schief, als die Wahrscheinlichkeitsrechnung es nahelege) angemessen berücksichtigt haben oder IDS-MitarbeiterInnen, daß die neue Orthographiereform sinnvoll ist. Die für unsere Themenstellung spannende Möglichkeit ist, besonders stark auf den poesiespezifischen Code stimmig/unstimmig zu setzen und z. B. für einen besonders reizvollen Reim jede sachliche Plausibilität der Aussage für irrelevant zu erklären. Dann kann man so schöne und – in soziologischer Perspektive unsinnige – Verse schmieden wie Gottfried Benn es tat: „Der soziologische Nenner, / Der hinter Jahrtausenden schlief, / Heißt: ein paar große Männer / Und die litten tief.“

Die Sprache der Literatur kann sich Krisen auch verschreiben, indem sie Referenz auf andere Literatur oder auf Eigentümlichkeiten einer Sprache (wie z. B., daß es im Deutschen kein Reimwort auf den ja nicht ganz unwichtigen Begriff 'Mensch' gibt) für wichtiger hält als das, was man Weltreferenz nennen könnte. Von Peter Rühmkorf stammen die prächtigen Verse, die sich zur Illustration dieser poetischen Disposition besonders gut eignen: „Die schönsten Gedichte der Menschen – / Nun finden Sie mal einen Reim! – / Sind die Gottfried Bennschen: / Hirn, lernäischer Leim / Sinkende Euphratthrone, / Rosen auf Rinde und Stamm – / Gleite Epigone / Ins süße Benn-Engramm.“ Der Einfallsreichtum des Mediums Literatur bei ihrem steten Bemühen, auch ordentlich krisengeschüttelt zu sein, ist groß und kann hier naturgemäß nicht erschöpfend behandelt werden. Denn es bleibt bei der These von der abgründigen Krisenunanfälligkeit der Literatursprache. Die Sprache der Literatur kann so esoterisch bis unverständlich sein, wie sie will; Literatur kann die Linearität der Schrift aufsprengen und in mehreren Kolumnen schreiben (wie Joyce, Arno Schmidt oder Derrida es vorexerziert haben); sie kann lallen oder beleidigen; sie kann (wie die Klingklanglyrik von Thomas Kling oder Jirgls die deutsch-deutsche Grenze ebenso wie die Grenzen von Oralität und Schriftlichkeit auslotenden Roman ›Abschied von den feinden‹) ihre eigenen Orthographieregeln oder unerhört neue Worte erfinden, die keiner

hören oder lesen will; sie kann ihre interne Stimmigkeit sogar in extremer Dissonanz und Unstimmigkeit suchen – sie bleibt doch unrettbar gesund. Um auf Kafkas Worte zurückzukommen: die Krise der Literatursprache war, ist und bleibt eine „Seekrankheit auf festem Lande“.

Festen Boden haben wir nie unter den Füßen; die Erde dreht sich bekanntlich mit einer Geschwindigkeit, die es erklärungsbedürftig macht, warum wir nicht ständig megaseekrank sind. Die Literatur hat von den Abgründigkeiten, Kreiselbewegungen und Unverlässlichkeiten des Mediums Sprache ein elementares Bewußtsein. Das macht sie so stabil und krisenunanfällig: in der Sprache der Literatur gerät die Krise der Sprache in eine Krise. Und diese Dialektik versetzt sie in die Lage zu beobachten, wie liebenswürdig unsinnig alle Versuche sind, dem Medium Sprache – etwa durch sprachanalytischen Exorzismus oder durch das, was Derrida den „Terrorismus des Konsenses“ nannte – Stabilität zu verleihen. Die Frage nach stabilen Beziehungen zwischen Wirklichkeit und Sprache bzw. zwischen Sein und Sinn ist eine Kinderfrage – und von der peinlichen Unvermeidbarkeit aller Kinderfragen. Es ist, wie das Medium Literatur erkennt, ein Grundirrtum, ihre Lösung ausgerechnet Sprachphilosophen, Linguisten oder Philologen anzuvertrauen. Denn diese können immer nur dasselbe herausfinden – nämlich: daß kratylistische Programme aller Art außerhalb der Literatur zum Scheitern verurteilt sind.⁹ Für intersubjektiv einigermaßen verlässliche Korrelationen zwischen Sein und Sinn sorgt eben nicht das Medium Sprache, das ja auch nicht auf Identitäten und Korrelationen, sondern vielmehr auf Dissenz und Differenz spezialisiert ist.

Für die ontosemiologische (also Sein auf Sinn, Ontologie auf Semiologie et vice versa beziehende) Suggestion, Sein sei sinnvoll und Sinn sei vorhanden, sorgen vielmehr die „shared symbolic systems“ (Talcott Parsons), die Gesellschaften zusätzlich zum Krisenmedium Sprache als verbindliche bis funktional unvermeidliche Massenmedien emergieren lassen, um basale soziale Synthesis zu garantieren. Die Literatur der Neuzeit, der Moderne und der Postmoderne hat für unsere sog. abendländische Kulturtradition vor allem drei ontosemiologische Leitmedien fokussiert: das Abendmahl, das Geld und die neuen AV-Medien.¹⁰ Sie organisieren medientechnologisch den Rahmen, in dem Korrelationen von Sein und Sinn geschaltet und intersubjektiv akzeptiert werden. Die großen literarisch reflektierten Sprachkrisen um 1600 und 1900 sind deshalb weniger als interne Krisen des Mediums Sprache, sondern vielmehr als Epiphäno-

⁹ Zur hartnäckig anhaltenden Nachwirkung der Kratylos-These cf. G. Genette: *Mimologiken – Reise nach Kratylien*. München 1996 (Paris 1976).

¹⁰ Hierzu J. Hörisch: *Brot und Wein – Die Poesie des Abendmahls*. Frankfurt/M. 1992 und ders.: *Kopf oder Zahl – Die Poesie des Geldes*. Frankfurt/M. 1996.

mene ontosemiologischer Erosionen zu verstehen. Wenn Hamlet auf die Frage „Prince, what do you read?“ die grandiose Antwort gibt: „words, words, words“; wenn Don Quixote lernen muß, daß zwischen dem Buch der Welt und der Welt der Bücher keine verlässlichen Beziehungen herrschen; oder wenn Emblemata die Zuordnungen von *pictura* und *scriptio* problematisieren – so hat das wenig mit der schon damals uralten und vertrauten Krise des Mediums Sprache, sehr viel aber mit der postreformatorischen Erosion des Glaubens zu tun, daß das Wort Fleisch ward und mitten unter uns lebte und daß die Transsubstantiation von Sein in Sinn et vice versa sich unendlich reproduzieren läßt und jeden Sonntag, den Gott werden läßt, neu gelingt. Europa stellt um 1600 vom Leitmedium Eucharistie auf das seltsam oblatenähnliche Leitmedium Geld um. Wenn 300 Jahre später (dadurch, daß er seine Worte Lord Chandos, also einem Zeitgenossen Shakespeares in den Mund legt, schlägt Hofmannsthal selbst die Brücke zwischen den Sprachkrisen um 1600 und um 1900) die Worte wie modrige Pilze im Munde zerfallen, so auch deshalb, weil das neue ontosemiologische Leitmedium Geld altert und von einer neuen Formation beerbt wird: der Formation der AV-Medien. Natürlich müssen auch poetisch-moderne Worte modern (modern/modern), wenn Fotografien und Filme das Reale besser speichern und wiedergeben können als Schrift es je vermochte.¹¹

Zurück zur Kafka-Formel von der „Seekrankheit auf festem Lande“! Mit dieser Formel hat es ersichtlich (und nicht etwa unüberhörbar) eine eigentümliche Bewandnis. Ist das Wort „Seekrankheit“ doch völlig homophon mit dem Wort „Seh“- im Sinne von „Augenkrankheit“. Die ergänzende Wendung „auf festem Lande“ und der unmittelbare Kontext, der so deutlich vom Wortfeld „schwanken“ dominiert wird, lassen die auf Homophonie abhebende Lesung „Sehkrankheit“ erst einmal unplausibel erscheinen. Und doch: daß der stille Beter es zum „Zweck (s)eines Lebens“ erklärt, „von den Leuten angeschaut zu werden“, und daß Kafkas Erzählung so deutlich die visuelle mit der kommunikativen Sphäre kontrastiert, macht diese Lesung legitim. Überdies hat Kafka das Problem des Kontrastes zwischen Wahrnehmung und Kommunikation ja in sein Schlüsselwort hineinkopiert: die Differenz von See- und Sehkrankheit läßt sich eben nur sehen, nicht aber hören. Und damit bin ich bei meiner dritten These: weil die Sprache der Literatur krisenfrei ist, traut sie sich eine ungeheure Aufgabe zu. Nämlich: Wahrnehmungen kommunizierbar zu machen. Der Unsagbarkeitstopos begleitet Literatur seit ihren Anfängen. Zumeist wird er mit erhabenen Qualitäten versehen. Erhaben ist (nach F. Lyotards bündi-

¹¹ Zu Hofmannsthals Reaktion auf die neuen Medien cf. Uwe C. Steiner: *Die Zeit der Schrift – Die Vergänglichkeit der Schrift und die Vergänglichkeit der Gleichnisse bei Hofmannsthal und Rilke*. München 1996.

ger Kant-Exegese), was sich der Repräsentation und Darstellung entzieht. Wenn Leidens- oder Glückserfahrungen so erhaben sind, daß nur poetische Sprache sie auszudrücken vermag, wenn ein Gott einem Dichter zu sagen gibt, was und wie er leidet oder genießt, dann scheint der Unsagbarkeitstopos erfüllt zu sein. Wer so argumentiert, übersieht geradezu systematisch das schlichte und eben nicht erhabene systematische Problem, das zu lösen die Literatursprache antritt: das zu sagen, was einfach deshalb unsagbar ist, weil es wahrgenommen und eben nicht kommuniziert wurde.

Lassen Sie mich dieses Problem an einem Text illustrieren, der auf der Schwelle der literarischen Moderne steht.¹² „Er wußte, daß es da eine Geschichte gab von einem Mann ohne Schatten.“ So heißt es in H. C. Andersens 1847 entstandener Geschichte „Der Schatten“ („Skyggen“)¹³ von einem Gelehrten, der eben nicht umsonst Gelehrter ist. Er trägt schwer an dem Wissen der Vorwelt. Und so weiß er, als auch er in einem heißen Land seinen Schatten verliert, wieviel Mühe er sich geben muß bzw. wieviel Mühen ihm noch bevorstehen, wenn er bei seiner Heimkehr noch eine originelle Geschichte erzählen will. Denn die Leute in seiner Heimat würden ansonsten sagen, „daß er herging und nachahmte, und das hatte er nicht nötig.“ Der Gelehrte will keine Geschichte haben, die ein bloßer Schatten von Peter Schlemihls Schattengeschichte wäre.

Der Preis für diese Originalitätssucht wird hoch sein. Zwar scheint sich vorerst die Lage wunderbar zu lichten. Dem Gelehrten wächst nämlich flugs ein neuer Schatten nach. Er kehrt in sein nördliches Heimatland zurück und schreibt wie zuvor „Bücher über das Wahre in der Welt, über das Gute und über das Schöne.“ Doch damit nicht genug. Nach Jahren kehrt auch sein alter Schatten zurück. Dem ist es, wie seine elegante Kleidung bezeugt, in der Zwischenzeit offenbar gut gegangen. Nun will er sich vom ehemaligen Herrn freikaufen und seinen Weg zur Menschwerdung vollenden. Und so hätte der Gelehrte in deutlicher Umkehrung der Schlemihl-Geschichte beides: einen neuen Schatten und viel Geld. Doch der Gelehrte will kein Geld, sondern, wie es sich in der Neuzeit für einen rechten Gelehrten gehört, ungewöhnliche Geschichten mit hohem Neuigkeitswert. Und die kann der Ex-Schatten versprechen: „Ein Mann ein Wort! / Ein Wort ein Schatten!“

Ungewöhnlich ist die Geschichte gewiß. Denn der Schatten kam seinem Herrn auf buchenswerte Weise abhanden. An den Abenden, an denen

¹² Das Folgende ist die überarbeitete Fassung eines Essays, der in der Neuen Zürcher Zeitung vom 21./22.12.96 unter dem Titel „Ich sah das Allerundenkbarste – Der schreckliche Schatten schöner Literatur“ veröffentlicht wurde.

¹³ Der Schatten. In: H. Ch. Andersen: Schräge Märchen – ausgesucht und übertragen von H. Detering. Frankfurt/M. 1996. S. 9–26.

im heißen Land die Schatten und das Leben eigentlich erwachen, warf der Gelehrte mit Hilfe einer Zimmerlaterne seinen Schatten auf die Wand des geheimnisvollen Hauses auf der anderen Straßenseite, auf dessen Balkon sich selten genug eine wunderschöne Jungfrau gezeigt hatte. Auf ausdrücklichen Wunsch seines Herrn war der Schatten ins Haus gedrungen – und nicht zurückgekehrt. Warum sollte er auch? Das Haus war nämlich nichts anderes als der Palast der Poesie. Die Poesie aber nimmt ganz offenbar keinen Anstoß daran, wenn in ihrem Kreis Wesen verkehren, die keinen Schatten oder keinen Schattenspende und also jene Double-Struktur nicht haben, an dem jede Vorstellung von Adäquanz oder Korrelation hängt. Im Palast der Poesie blieb der Schatten drei Wochen lang. Und in diesen drei Wochen wurde er zum Menschen – ja zu einem Übermenschen, da er mit schlechthin allem vertraut wurde, was es zu sehen und zu wissen gibt. „Ich sah alles, und ich weiß alles“ ist seitdem die stehende Wendung desjenigen, der sich im Bann der Poesie von seinem Schattendasein emanzipierte.

Ja, was sah er denn? Na, eben alles. Der Gelehrte wird betrogen. Der Schatten hat sich signifikant versprochen, als er versprach, nichts weniger als „alles“ zu berichten. Denn „alles“ – nicht auszuschließen, daß diese Interpretation hier zu einem Schatten wird, der sich von der eigentlichen Geschichte emanzipiert – „alles“ läßt sich eben nicht aussagen. Sprechen läßt sich nur über „etwas“, nicht über „alles“. Deshalb gibt es Unausprechliches. Und es gibt das Unausprechliche gleich dreifach: als Erhaben-Unsagbares, als niederes Unausprechliches und als funktional nicht Kommunizierbares. Der Gelehrte, der über das Gute, Wahre und Schöne schreibt, wird zwar nicht erfahren, was der Schatten alles sah, aber er muß erfahren, daß der Schatten seine Allwissenheit und All-Einsicht recht pragmatisch genutzt hat. „Ich sah das Allerundenkbarste bei den Frauen, bei den Männern, bei den Eltern und bei den süßen, reinen Kindern.“ Man kann es auch weniger poetisch sagen: seinen Reichtum verdankt der Schatten seiner Kunst der sexuellen Erpressung, die niederes Unausprechliches gleichwohl weitersagt.

Nichts ist hier leichter und stimmiger, als die Geschichte vom Mann, der seinen Schatten an eine Jungfrau verloren hat und der von diesem Verlust „gar nicht reden wollte“, psychoanalytisch zu deuten: als Geschichte einer homosexuellen Voyeur-Lust bzw. eines homosexuellen Verlustes. Bei Andersen liegt man damit fast immer richtig. Ein Mann hat seinen ständigen Begleiter, der ihn und den er deckte, an eine schöne Frau verloren. Was dieser im Reich der heterosexuellen Lust sah, kann er dem alten Freund unmöglich verständlich machen. Anspruchsvoller und aufschlußreicher als diese freudianische Deutung ist es allerdings, die sachlich-funktionale Variante des Unsagbarkeits-Topos zu betrachten. Denn Andersens Schatten-Geschichte stellt in klarer schwarz-weiß-Akzentuierung das

alte, aber von klassischen Ästhetiken und Poetiken viel zu wenig bedachte Problem heraus, das jüngst Niklas Luhmanns Untersuchung „Die Kunst der Gesellschaft“ in neuer systemtheoretischer Akzentuierung aufgerollt hat. Das so simple wie weitreichende Problem nämlich, dem das System Kunst und Literatur nichts Geringeres als seine Existenz und Funktionalität verdankt – das Problem, daß Wahrnehmung einfach nicht oder doch zumindest nicht einfach kommunizierbar ist. „Ich sah alles, und ich weiß alles.“ Aber ich sag's nicht. Weil es sich nicht sagen/schreiben/kommunizieren läßt.

Wer einmal versucht hat, einem Blinden den schlichten Unterschied zwischen blau und grün in dünnen Worten mitzuteilen, wird schnell bereit sein zuzugestehen, daß Wahrnehmung nicht in Kommunikation et vice versa übersetzbar ist. Die Sprache der Literatur versucht sich dennoch an dieser Unmöglichkeit. In Luhmanns Worten: „Kunst (ist) eine Art von Kommunikation, die ... Wahrnehmung in Anspruch nimmt.“¹⁴ Und das, obwohl sie weiß, daß „das Bewußtsein ... nicht kommunizieren (und) die Kommunikation ... nicht wahrnehmen (kann). Übereinstimmungen bei so verschiedenen Operationsweisen müssen daher sehr abstrakt formuliert werden; denn es handelt sich um ganz verschiedene, je für sich operativ geschlossene, also überschneidungsfrei operierende Systeme. Mit Begriffen wie selbstreferentielles Ereignis, Unterscheidung, Form und Paradoxie haben wir die erforderliche Abstraktionslage erreicht. Dieser Hintergrund ermöglicht ... Rückschlüsse auf die Eigenart von Kunst. Kunst macht Wahrnehmung für Kommunikation verfügbar, und dies außerhalb der standardisierten Formen der (ihrerseits wahrnehmbaren) Sprache. Sie kann die Trennung von psychischen und sozialen Systemen nicht aufheben. Beide Systemarten bleiben füreinander operativ unzugänglich. Und gerade das gibt der Kunst ihre Bedeutung. Sie kann Wahrnehmung und Kommunikation integrieren, ohne zu einer Verschmelzung oder Konfusion der Operationen zu führen.“¹⁵

Man kann es auch poetischer ausdrücken als Niklas Luhmann: Kunst (und ihr so eigentümliches, weil zugleich kommunikatives und antikomunikatives Double Literatur zumal) ist der lange Schatten, den das Problem der Nichtmittelbarkeit und Nichtkommunizierbarkeit von Wahrnehmungen wirft. Denn schöne Literatur, die mit gutem Grund und offensiv die Stilmittel der literarischen Bildlichkeit in Anspruch nimmt, ist der stets erneut scheiternde und deshalb nicht endende Versuch, dieses Problem der Nichtmittelbarkeit von Wahrnehmungen vergessen zu machen. Was (in Shakespeares „Sommernachtstraum“) Zettels Vision gewesen ist, kann keine noch so kunstvolle Ballade jemals ausdrücken. Allenfalls kann Sha-

¹⁴ N. Luhmann: Die Kunst der Gesellschaft. Frankfurt/M. 1995. S. 26

¹⁵ Ibid., S. 82.

Shakespeares Drama sich geistreich oder tiefsinnig darüber auslassen, wie komisch es ist, Wahrnehmungen dramatisch mitzuteilen und also auszudrücken, daß sich da etwas nicht kommunizieren läßt. „Zettel: Ich habe ein äußerst rares Gesicht gehabt. Ich hatte 'nen Traum – 's geht über Menschenwitz, zu sagen, was es für ein Traum war. Der Mensch ist nur ein Esel, wenn er sich einfallen läßt, diesen Traum auszulegen. Mir war, als wär' ich – kein Menschenkind kann sagen, was. Mir war, als wär' ich, und mir war, als hätt' ich – aber der Mensch ist nur ein lustiger Hanswurst, wenn er sich unterfängt zu sagen, was mir war, als hätt' ich's; des Menschen Auge hat's nicht gehört, des Menschen Ohr hat's nicht gesehen, des Menschen Hand kann's nicht schmecken, seine Zunge kann's nicht begreifen und sein Herz nicht wieder sagen, was mein Traum war“ (IV/1 – Schlegel/Tieck-Übersetzung; Wieland radikalisiert hier noch stärker als die Romantiker den Witz Shakespeares, wenn er dessen Wendung „at her (=Thisbes) death“ mit „wenn ich mich erstochen habe“ übersetzt).

Dies aber: daß sich Wahrnehmung nicht kommunizieren läßt, hat Zettel in synästhetisch deliranter Lust immerhin gesagt. Und er hat es so dicht, schön und kratylistisch unfehlbar gesagt, daß wir zu recht bereit sind, diese Passage als eine der großen der Weltliteratur zu akzeptieren. Zumal sie ja auch analytisch klar fortfährt – nämlich mit dem Hinweis auf Anschlußmöglichkeiten beim Versuch, das Problem der Nichtkommunizierbarkeit von Wahrnehmung zu lösen, indem man es bewahrt. „Ich will den Peter Squenz dazu kriegen, mir von diesem Traum eine Ballade zu schreiben; sie soll Zettels Traum heißen, weil sie so seltsam angezettelt ist, und ich will sie gegen das Ende des Stücks vor dem Herzog singen. Vielleicht, um sie noch anmutiger zu machen, werde ich sie nach dem Tode singen.“ In ›Zettels Traum‹ und also in dem wunderbar monströsen Werk, das wie kein zweites im 20. Jahrhundert seinen Reiz daraus bezieht, der Literatursprache Krisen zu verschreiben, hat Arno Schmidt getan, was Peter Squenz unterlassen hat.

Arno Schmidts opus magnum macht auch mit wünschenswerter Entschiedenheit deutlich, daß die Sprache der Literatur eben nicht kommunikativ, sondern antikommunikativ ist: sie erschwert Verständigung, sie wirft Schatten, sie lenkt ab, sie verschiebt systematisch Bedeutungen, sie spielt mit Doubles, sie kommuniziert über metaphorische und metonymische Ecken. Und das heißt: sie fürchtet nichts so sehr wie den Schein schattenlos-direkter Kommunikation. Warum? Weil, mit Lacan zu formulieren, etwas nicht aufhört, sich nicht zu schreiben. Und wenn es doch aufhört, sich nicht zu sagen, zu schreiben und zu lichten, dann um einen ungeheuren Preis: den der apokalyptisch strahlenden Klarheit, die alle Schatten vergehen oder eben alles zu Schatten werden läßt.

Was sein Ex-Schatten gesehen hat und was er weiß, wird der gelehrte Herr aus Andersens Märchen nie erfahren. Er grämt sich darüber und über

den Umstand, daß die Welt am Wahren, Guten und Schönen gar kein Interesse hat, so sehr, daß er zum Schatten seiner selbst wird. Jahre später kommt sein alter, nun fast schon dick gewordener Schatten wieder. Er, der schattenlose Ex-Schatten, sucht nämlich einen Reisebegleiter für die Zeit seiner Kur, die seine Bartlosigkeit (und also ein männliches Defizit) kurieren soll – er sucht einen Kurschatten. Der Gelehrte sagt zu. „Der Schatten war nun Herr, und der Herr war Schatten“, wie es in Andersens seltsam schattenlos-direkter Prosa heißt. Doch das Verlustdrama wiederholt sich. Statt sich über die Wiedervereinigung und die neue Rollenverteilung zu freuen, geht der Ex-Schatten fremd. Er gewinnt das Herz einer „wunderschönen Königstochter, die an der Krankheit litt, daß sie allzu scharf sehen konnte“ und die also sieht, daß nicht die Bart-, sondern die Schattenlosigkeit das Problem ihres Galan ist. Deshalb verweist der auf seinen exklusiven, nämlich menschlichen Schatten. Der Gelehrte muß sich buchstäblich unterwerfen und als Schatten seinem Herrn zu Füßen liegen. Der Königstochter gefällt das offenbar, und der Hochzeit steht nichts mehr im Wege. Doch – der gedemütigte Mensch/Schatten droht, „alles“ zu sagen. Aber das geht einfach nicht: er wird hingerichtet. Der zum Schatten seiner selbst gewordene Mensch wird als Schatten in die Hadesregionen eingehen.

Der Mensch/Schatten aus Andersens bester (präziser: wohl einzigen wirklich guten Geschichte) wird sich demnach einreihen in die lange Ahnenreihe derer, die zu Schatten wurden. Andersens Geschichte ist ein Schatten. Sie steht deutlich im Schatten nicht nur der berühmtesten Schatten-Geschichte: der Geschichte Peter Schlemihls. Sie wird auch von den vielen weiteren Schatten-Geschichten, die ihr vorangegangen sind, in den Schatten gestellt. Sie steht im Schatten des platonischen Höhlengleichnisses; im Schatten von Antigones großer Abschiedsklage an die untergehende Sonne über Theben, die sie ein letztes Mal sieht, bevor sie ins Reich der Schatten hinab muß; im Schatten von Orpheus und Euridice; im Schatten Amphitryons und seines göttlichen Doubles und und und. Bis die Aufzählung zu Hofmannsthals „Frau ohne Schatten“ oder zu Peter Weissens „Der Schatten des Körpers des Kutschers“ vorgedrungen sein wird, wird sie an schattiger Länge alle zumutbaren Größenordnungen überschritten haben. Alle Schatten auch nur der wirklich bedeutenden Literatur aufzählen zu wollen hieße diesen kleinen Vortrag zum (bestenfalls blutlos gelehrt) Schatten seiner selbst zu machen.

Große Literatur lebt von der Differenz zu anderer großer Literatur. Sie will mehr sein als nur deren Schatten. Umso bemerkenswerter ist es deshalb, daß so gut wie alle Schatten-Geschichten von Wahrnehmungs- und Mitteilungsdefiziten oder aber eben von allzu scharfer Wahrnehmung berichten. Ihnen fällt auf, daß zwischen Wahrnehmung und Kommunikation ein Abgrund klafft. Und kluger Literatur fällt eben nicht nur auf, daß auch

ein Licht sein muß, wo Schatten ist, sondern daß geblendet werden kann, wer dieses Licht unmittelbar ohne den filternden Schutz von Schatten sehen will. „Alles“ läßt sich nicht sagen und schreiben. Weil wir das Licht nicht unmittelbar schauen können, weil jede vollendete Offenbarung auch eine explosive Apokalypse wäre, deshalb sind binär prozedierende Theoriekonzepte, die Licht und Schatten aufeinander beziehen, so unwiderstehlich. Alle großen Weltanschauungen, Erzählungen und Theorien arbeiten mit Differenzbegriffen, die einander zugeordnet sind wie Licht und Schatten. Schlechthin alle fundierenden Terme der Theoriegeschichte führen einen Schatten- und Komplementärbegriff mit sich.

Mit der eigentümlichen Unterscheidung zwischen Hell und Dunkel bzw. dem eigentlichen Sein der Ideen und dem uneigentlichen Sein des Materiellen hatte die Geschichte der Großtheorien ihren platonischen Startpunkt gefunden. Mit der theologischen Urunterscheidung von Licht und Schatten, von Gut und Böse, von Gott und Teufel war diese platonische Grundgeste zwanglos assoziierbar. Draw a distinction, unterscheide Primäres von Sekundärem, ordne Licht und Schatten einander zu! Viel weiter als die religiös-platonische Tradition ist auch das avancierte Theoriedesign bislang nicht gekommen. Wir denken bis heute (fast) unabweisbar in binären Schemata und Begriffen: das Unbewußte ist der Schatten des Bewußten, die Basis der des Überbaus, der Signifikant der des Signifikats, Anima der von Animus, die Umwelt der des Systems, das Nichts der des Seins etc. Modern sind Theorien dann, wenn sie eine Umwertung der eingespielten Zuordnungen von Licht- und Schattenbegriffen versuchen. Die Geschichte neuerer Theoriebildungen ab 1850 ist zumeist die Geschichte solcher Umwertungen aller bisherigen Bewertungen. Mit Marx kann man dann argumentieren, die Basis sei bedeutender als der Überbau; mit Nietzsche, das Nichts sei mächtiger bzw. eigentlicher als das Sein; mit Freud, das Unbewußte sei der eigentliche Herr im Haus des Ich; mit de Saussure, der Signifikant dominiere das Signifikat etc.

Das Spiel der Umwertungen ist oder war doch zumindest reizvoll. Vom alten Denkwang, es müsse verlässliche Zuordnungen zwischen Wahrnehmung und Kommunikation, zwischen Sein und Zeichen, zwischen Sachen und Wörtern geben, haben wir uns zwar verabschiedet. Allzu klar machen Schatten deutlich, daß sie je nach der Beobachterperspektive und der Lichtquelle, der sie sich verdanken, kürzer oder länger (aus)fallen können als das, wovon sie Schatten sind. Vielleicht sind postmoderne Theorien einen kleinen Schritt weiter gelangt. Sie machen es möglich, nicht nur Licht und Schatten zu unterscheiden, sondern auch die Funktion dieser Unterscheidung selbst zu beobachten. Sie schalten, um im systemtheoretischen Jargon zu reden, auf second-order-observation um: sie beobachten nicht nur (wie der Schatten des Gelehrten), sondern sie beobachten

Beobachtungen. Z.B. die Beobachtung von Licht-/Schatten-, Wahrnehmung/Kommunikation- oder Sprache/Literatursprache-Differenzen. Sie können dabei zu so abgründigen Schlußsätzen wie dem aus Kafkas ›Gespräch mit dem Beter‹ kommen: „Und Geständnisse würden am klarsten, wenn man sie widerriefe.“

SIEGFRIED GROSSE

Lyrik und Linguistik

Abstract

Die Texte der zeitgenössischen Lyrik werden bisher kaum von der Sprachgeschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts berücksichtigt, auch nicht in Grammatiken und Wörterbüchern. Das liegt vermutlich daran, daß sich die einzelnen Sektionen des Faches Germanistik weit voneinander entfernt haben: Linguistik und Literaturwissenschaft pflegen wenig Gemeinsamkeiten. Auf diesen Mangel, der sich nachteilig auf beide Seiten auswirkt, will der Beitrag 'Lyrik und Linguistik' aufmerksam machen; denn die gebundene Rede ist besonders reich an sprachlichen Experimenten und Neuerungen in der Semantik (Metaphern), Wortbildung, Phrasologie und Syntax, die als Ausdruck der Zeit nicht ignoriert werden dürfen.

Die beiden Begriffe 'Lyrik' und 'Linguistik' scheinen auf den ersten Blick nur durch die Alliteration miteinander verbunden zu sein. Im folgenden möchte ich versuchen, diese zufällige klangliche Affinität zu vertiefen und zeigen, daß für den Linguisten und Literaturwissenschaftler eine zwangsläufige Verbindung zwischen der lyrischen Textquelle und ihrer Erschließung bestehen sollte. Diese, wie mir scheint, heute vernachlässigte Aufgabe kann zum besseren Verständnis der modernen Lyrik beitragen und die Beschreibung der Gegenwartssprache ergänzen. Die Zahl der Linguisten, die sich mit der zeitgenössischen Lyrik befaßt, wird etwa der Anzahl der Literaturwissenschaftler gleichkommen, die sich für die Linguistik als interpretative Hilfswissenschaft interessiert. Eine Zusammenarbeit beider könnte Verkrustungen der fachlichen Einseitigkeit aufbrechen, wodurch Unsicherheiten abgebaut und das Urteilsvermögen gestärkt würden.

Denn die vormalig bestehende Einheit des Faches gibt es nur noch auf dem Papier und nicht mehr in Forschung, Lehre und Studium des Universitätsalltages. Die zentrifugale Entwicklung, die das Fach in Einzelgebiete getrennt hat, begann vor etwa drei Jahrzehnten. Sie hat mit zunehmender Beschleunigung die Spezialisierung innerhalb des Zeitraums der letzten Hochschullehrergeneration vorangetrieben, zu der z. B. ich gehöre.

Deshalb sei es erlaubt, aus der Distanz der Emeritierung aufgrund der eigenen Beobachtungen und Erfahrungen einige Anregungen an eine statt-

liche Versammlung von Kolleginnen und Kollegen der nächsten Generation weiterzugeben.

Die germanistischen Teilgebiete haben in den 60er Jahren ihre Eigenständigkeit gewonnen, die sie in manchen Universitäten sogar organisatorisch voneinander getrennt und in unterschiedliche Fachbereiche oder Fakultäten eingeordnet hat. Seither sind sie in sachlicher Differenzierung und personeller Ausstattung gewachsen. Die gegenseitige Abgrenzung hat zweifellos die Profile der mediävistischen und neueren deutschen Literaturwissenschaft, der Sprachgeschichte und der Linguistik ausgeprägt und geschärft. Aber die Fachvertreter sind mit dem zunehmenden Grad ihrer Spezialisierung in eine merkwürdige fachinterne Isolation geraten, obwohl sie anderen Fächern gegenüber ihre interessierte Aufgeschlossenheit zeigen. So liegt z. B. dem Linguisten die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit der Fremdsprachenphilologie, der Allgemeinen Sprachwissenschaft, Psychologie oder Informatik näher als innerhalb der Germanistik etwa die mit der neueren Literaturwissenschaft. Die Zahl der Literaturwissenschaftler, die dem Wissenschaftlichen Rat des IDS angehören, bewegt sich auf Null zu.

Natürlich muß man sich vor Generalisierungen hüten. Ich möchte stellvertretend nur drei Ausnahmen nennen: Judith Macheiner belegt ihre scharfsinnigen und anregenden Beobachtungen im 'Grammatischen Varietät' (1991) stets mit Beispielen aus der zeitgenössischen anspruchsvollen Prosaliteratur, Anne Betten verdanken wir eingehende Analysen der Dialoge im modernen deutschsprachigen Drama (1985), Helmut Henne hat im letzten Jahr seine Rede anlässlich der Verleihung des Duden-Preises der Sprachlichen Erkundung der Moderne gewidmet (1996). Auch die Studien zu sprachlichen Einzelphänomenen literarischer Texte sollen weder ignoriert noch gering geachtet werden.

Aber es steht doch außer jedem Zweifel, daß sich seit der Gründung der germanistischen Linguistik und der Wendung zu Synchronie und Pragmatik die Textgrundlage der linguistischen Analysen geändert hat. Das Hauptinteresse gilt nicht mehr der Literatur, sondern selbst gebildeten Beispielen, expositorischen Texten und der gesprochenen Sprache. Dieser bewußte Wandel markiert in der Fachgeschichte einen tiefen Einschnitt.

Zu Recht hat man Mitte der 60er Jahre das lastende Übergewicht der Diachronie und ihre Neigung zum Positivismus reduziert und relativiert. Wer es nicht selbst miterlebt hat, der kann wohl heute kaum ermessen, welche weiten Forschungs- und Lehrdimensionen damals die Linguistik dem Fach plötzlich eröffnet und hinzugewonnen hat. Aber im Überschwang dieser Entwicklung hat man den literarischen Text, der seit der Gründung der Germanistik zu Beginn des 19. Jahrhunderts in der diachron angelegten Grammatik und Lexikologie das maßgebende und einseitige Belegreservoir gewesen ist, aus den Augen verloren. Diese Erinnerungs-

lücke betrifft seit 30 Jahren besonders nachhaltig die deutsche Lyrik, so daß sprachliche Innovationen und Experimente, die im komprimierten Text der gebundenen Rede häufig sind, bei Beschreibungen der Gegenwartssprache unbeachtet bleiben. Jetzt sollten die zeitliche Distanz und die inzwischen gesammelten Erfahrungswerte erlauben, einen abwägenden reflektierenden Ausgleich zwischen den Disproportionen der Textbasen herzustellen.

Wenn bei der Lektüre eine Sprachbarriere zu überwinden ist, also beispielsweise bei den Liedern des Minnesangs und bei Gedichten in einem regionalen Dialekt oder in einer Fremdsprache, dann kann die literaturwissenschaftliche Interpretation erst einsetzen, nachdem die sprachwissenschaftlich fundierten Kenntnisse den Verständniszugang eröffnet haben. Hier erfordert die Besonderheit des Textes die Einheit des Faches, oder anders ausgedrückt: die literatur- und sprachwissenschaftliche Bildung des Interpreten. Diese Situation kennt der Auslandsgermanist als Regelfall, weshalb er die binnengermanistische Trennung der Teilgebiete als fremdartig empfindet.

Den Gattungsbegriff 'Lyrik' fasse ich sehr weit. Ich meine damit in sich abgeschlossene Texte, die subjektive Gefühle und Stimmungen ebenso auszudrücken vermögen wie Reflexionen über Ereignisse und Situationen. Dabei nutzt der Sprachduktus die stilistischen Merkmale der gebundenen Rede: Takt, Rhythmus, Metrik, Vers, Reim und Strophe, die Bildung von Neologismen und Metaphern und Eigenmächtigkeiten in der Wortfolge. Man kann heute allerdings die Auflösung dieser Formen beobachten, so daß sich der Sprachverlauf der Prosa nähert, ohne die Abgehobenheit von der Alltagssprache aufzugeben. Bei Sarah Kirsch finden wir sogenannte Prosagedichte (z. B. S. Kirsch 1977, S. 67).

Bisher ist immer wieder der öffentliche Sprachgebrauch Gegenstand linguistischer Monographien, Kolloquien und Abhandlungen gewesen. Sie untersuchen textsortenspezifische Eigenheiten der Verwaltungs- und Gesetzessprache, der Parteien, von politischen Debatten, Reden, Predigten, Fachsprachen, der Wirtschaftswerbung und der Medien. Die Pragmatik vermag das Netz der sozialinternen Kommunikation transparent zu machen. Aber komplementär zur Gesellschaft muß man auch die Stimme des Einzelnen zur Kenntnis nehmen, der individuell mit der Sicht des Außenstehenden das Wort ergreift.

Die meisten heutigen gewichtigen Gedichte sind ernste, mutige Bekenntnistexte oder Appelle fern jeder Banalität, die den großen Nöten, die dieses Jahrhundert grausam geprägt haben, gelten: Krieg und Gefangenschaft, Flucht und Exil, Hunger und Armut, Reichtum und Verschwendung, der Vereinsamung, dem Protest gegen die Schändung der Natur, dem Wandel ethischer Wertmaßstäbe und nicht zuletzt dem Verhältnis zum eigenen Körper, zum Nächsten und zum Tod. Diese engagierten Texte wer-

den vom lauten Geklapper der bunten Kommunikations- und Medienmaschinerie übertönt. Aber wir Linguisten dürfen sie nicht ignorieren, um das Vokabular, die semantischen Brechungen und die subjektiven Experimente mit sprachlichen Formen als Zeitzeichen kennenzulernen. Sie sind im raschen Wandel ihrer Botschaften wichtige Indikatoren der Bewußtseins-, Gesellschafts- und Stilgeschichte. Die historischen Wurzeln und Veränderungen der heutigen Lyrik und ihrer vielfältigen Erscheinungsformen darzustellen, ist die Aufgabe des Literaturwissenschaftlers. Trotz aller Krisendiskussionen, die periodisch regelmäßig die Poetik in Frage stellen, und trotz Adornos Prophezeiung, daß nach Auschwitz kein Gedicht mehr möglich sei, entstehen laufend neue und interessante Gedichte, wie die Zeitschriften 'Akzente', 'Sinn und Form' und 'Sprache im technischen Zeitalter' zeigen. – Ihrer manchmal schweren Verständlichkeit sollte der Linguist tolerant begegnen, schließlich mutet auch seine Diktion dem Leser einiges zu.

Ein lyrischer Text in diesem weit gefaßten Sinn unterscheidet sich von der alltäglichen Sprache erheblich: denn er will nichts mit ihr zu tun haben, um Aufmerksamkeit wecken zu können. Er ist nicht selten, sondern er begleitet uns lebenslang, und zwar auf doppelte Weise: als laienhafte Volkspoesie und als literarische professionelle Lyrik. Auf beide Erscheinungsformen möchte ich kurz eingehen, damit die sehr unterschiedlichen Verbreitungsgebiete von Kreativität und Rezeption deutlich werden. Es handelt sich um zwei bemerkenswerte, weil noch zu entdeckende Textkorpora.

Zur Volkspoesie ist anzumerken:

Schon im frühesten Lebensalter begleiten das Kind Verse und Reime, die dem Spracherwerb förderlich sind. Die Bilderbücher enthalten rhythmische Texte, oft von vokalischem Wohlklang. Sie werden vom Kind schnell auswendig gelernt.

Später treten die beliebten, von Generation zu Generation meist mündlich überlieferten Ab- und Auszählverse hinzu, die eng mit Spielen verbunden sind. Sie gibt es in vielen, landschaftlich breit gestreuten Varianten. Ihr Rhythmus und Klang sind sehr viel wichtiger als der Inhalt, der oft in die Gattung der Unsinnspoesie gehört. Ihr stark rhythmisierter Text gilt als Vorstufe des Kinderliedes, das mit seiner einfachen Melodie die Eingängigkeit des verbalen Duktus stabilisiert und im Gedächtnis fester haften läßt. Auch regt der Abzählvers das Kind an, Variationen zu bilden und erste sprachspielerische Experimente auszuprobieren.

Das Gedicht hat im Schulunterricht der letzten Generation vermutlich an Bedeutung verloren, und zwar sowohl in der Lektüre als auch in der Aufgabe des Auswendiglernens und Rezitierens, zumindest gilt das für das zeitgenössische Gedicht.

Das liegt nicht nur am Wandel der pädagogischen Konzeptionen, sondern auch, was die heutige Lyrik angeht, an der oft spröden Sperrigkeit

ihrer Diktion und der nicht leichten Verständlichkeit, die weniger glatt memorabel sind als die Verse des 19. Jahrhunderts von der Klassik bis zum Impressionismus.

Das gereimte Bilderbuch im Vorschulalter, der Abzählvers, das Kinder-, Wander- und Weihnachtslied, der Lesekanon des schulischen Curriculums und nicht zuletzt die in vielen deutschen Haushalten vorhandene große Gedichtanthologie von Theodor Echtermeyer, Ludwig Reimers oder Karl-Otto Conrady sind Ausgangspunkte und Muster für die unermeßliche Menge an außerliterarischer Volkspoesie. Tagtäglich entstehen Texte für das Poesiealbum und das Gästebuch, als Gelegenheitsgedicht bei Geburtstagen, Hochzeiten, Familienfesten, Vereinsfeiern, Firmenjubiläen, als Laudatio, in der Bütt bei Karneval, Fastnacht und Fasching, in der Werbung und schließlich in den Gratulationsanzeigen der Lokalpresse.

Die heterogene Konsistenz dieser unübersehbaren Textmenge kann man weder beschreiben noch werten und in ihrer unterschiedlichen Qualität auch nicht 'Lyrik' nennen. Aber ob die Texte nun aus trivial abgegriffenen Versatzstücken grob zusammengefügt oder komplizierte intellektuelle Konstruktionen sind: ihre Autoren verstehen sie unterschiedslos als eine von der täglichen Umgangssprache abgehobene Form der Äußerung, die einem besonderen Anlaß gerecht werden soll. Man darf nicht vergessen, daß in der Sprachgemeinschaft laufend und breit gestreut über alle Regionen und soziale Schichten hinweg solche Texte angefertigt und vorgetragen werden. Die Autoren weichen bewußt von der Norm der alltäglichen Kommunikation ab, weil sie die paragrammatischen Möglichkeiten der gebundenen Rede mit mehr oder weniger Geschick nutzen wollen: den Wechsel von Hebung und Senkung und die gelenkte Rhythmisierung des Sprachduktus, die Apokope, bewußt falsch gesetzte Betonungen, den Reim, die Strophenform, den Refrain, Zitate, Metaphern, ad-hoc-Wortbildungen zur Kennzeichnung von Personen und Situationen, Auflösung fester phraseologischer Wendungen, Änderung der Semantik durch eine Verfremdung des Kontextes, Wortspiele, Freiheiten der Wortstellung im Satz und anderes mehr. Dort, wo die Abweichungen von Norm und Konvention sprachlichen Witz oder Scherz erkennen lassen, zeigt sich ex negativo sehr wohl die Kenntnis der Regeln und Gesetze, gegen die um des Effektes willen verstoßen wird. Diese hier nur skizzierten Beobachtungen sollten einmal eingehend untersucht werden, um eine bisher kaum beachtete Dimension des gegenwärtigen Sprachgebrauchs zu erschließen.

Roman Jakobson verdankt seine ersten Beobachtungen zur Phonologie und zur Interdependenz zwischen Poesie und Grammatik, mit deren Studium er 1920 in Prag begann, Kinderreimen und der folkloristischen Oral Poetry. Es ist sehr anregend, seine Überlegungen erneut zu lesen (Jakobson 1982, S. 10 ff.).

Der Blick auf die erstaunlichen Aktivitäten der Laienpoeten könnte vermuten lassen, es bestünde in unserem Sprachgebiet ein elementares Rezeptionsinteresse für die Poesie überhaupt. Aber da scheint die Moderne, zu deren Erkundung Herr Henne mit Recht nachdrücklich auffordert, der Leserschaft eine Barriere zu errichten, ähnlich der, die vielen Hörern das Interesse für die Neue Musik so erschwert oder verschließt.

Joseph Brodsky bezeichnet die Lyrik als knappste und präziseste Form der menschlichen Rede, und deshalb gibt er den nachdrücklichen Rat: „Um einen guten literarischen Geschmack zu entwickeln, gibt es nur einen Weg: Lyrik lesen.“ Diesen Weg aber schlagen, wenn man die Auflageziffern lyrischer Publikationen betrachtet, nicht viele ein: 8000 Exemplare eines deutschsprachigen Lyrikbändchens gelten bereits als respektabler Erfolg. Verhältnisse wie in Rußland, wo vor ein paar Jahren Gedichtbände mit einer Startauflage von 200 000 Stück in kurzer Zeit vergriffen waren, können wir nur staunend zur Kenntnis nehmen; auch in Großbritannien sind 3 oder 4 Auflagen heute nicht selten (Sartorius 1996, S. 8).

Das heißt: bei uns haben die heutigen Lyriker nur eine schwache Resonanz, obwohl sie – verglichen mit den Epikern, Essaisten und Dramatikern, zahlenmäßig die größte Autorengruppe bilden und, wie ich meine, mit einigen ihrer Repräsentanten den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchen.

Deshalb war es ein kühner Versuch, als Marcel Reich-Ranicki und Joachim Sartorius ihre beiden umfangreichen Anthologien vor der Buchpublikation in zwei überregionalen Zeitungen, der Frankfurter Allgemeinen und der Tageszeitung, inmitten alltäglicher Presseinformationen, haben erscheinen lassen. Damit erhält die vermeintlich elitäre Literaturgattung eine weit gestreute Verbreitung und die Möglichkeit, von dem einen oder anderen gelesen zu werden, der sich nicht vorgenommen hatte, den Tag mit der Lektüre eines Gedichtes zu beginnen.

Immerhin gehen bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf den zweisprachigen Abdruck eines Gedichtes jedesmal 70 bis 80 Leserbriefe ein, die sich mit Fragen und Anmerkungen auf die deutsche Übersetzung beziehen (Sartorius 1996, S. 7).

Zwischen der folkloristischen und der literarischen Poesie liegt die recht große Gruppe der ambitionierten, aber nicht entdeckten Autoren. Gedichte verfassen sehr viele, vor allem junge Leute, man wird nie abschätzen können, wie viele es sind; denn oft schreiben sie im Verborgenen. Meine Beobachtungen konnten ich immer wieder als Jurymitglied bei literarischen Wettbewerben machen. Die zahlreichen eingesandten Gedichte haben nicht die Merkmale der Laienpoesie. Denn ihre Autoren sind keine naiven Sonntagspoeten, sondern sie besitzen vergleichende Lektüreerfahrung und kennen die Regeln der gebundenen Rede. Meist stehen sie im Schatten eines Vorbildes, aus dem sie nicht herauszutreten vermö-

gen, um zur eigenständigen Form und Aussage zu finden. Ähnliche Erfahrungen machen die Verlagslektorate beim Anlesen unverlangt zugesandter Manuskripte.

Wenden wir uns nun der zweiten großen Gruppe zu, nämlich den Dichtern, die mit ihren Publikationen während der letzten 30 Jahre die deutschsprachige Lyrik repräsentieren.

Das Kritische Lexikon der Deutschen Gegenwartsliteratur, das laufend ergänzt und fortgeschrieben wird, verzeichnet beim Stand der 53. Lieferung vom 1.4. 1996 563 Autoren, von denen 233 Lyrik veröffentlicht haben. Der Zeitraum 'Gegenwart' wird nicht definiert. Sie beginnt, ähnlich wie in der Linguistik, noch immer 1945, einem Jahr, das für geistesgeschichtliche Prozesse keinesfalls leichtfertig mit 0 bezeichnet werden darf, wie schon mancher Kurzschluß peinlicherweise gezeigt hat. Die wesentliche Wirkungszeit der verzeichneten Autoren ist also die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts. Von ihnen wurden 8 vor 1900 geboren, 26 zwischen 1900 und 1919, 111 zwischen 1920 und 1939, 82 zwischen 1940 und 1959 und 3 nach 1960.

Neben der nach Vollständigkeit strebende Registratur des Literaturlexikons veröffentlichen Zeitschriften wie 'Akzente', 'Sinn und Form' und 'Sprache im technischen Zeitalter' laufend neue Gedichte, und es gibt viele Anthologien, die Entwicklungen und literarische Verflechtungen kaleidoskopartig zeigen wollen. Da die Auswahlkriterien subjektiv sind und die Leitbegriffe der Systematisierungsversuche wechseln, weichen die Sammlungen in der Präsentation der Autorinnen und Autoren erheblich voneinander ab. Immer wieder tauchen neue Namen auf, so daß sich eine genaue Anzahl der professionellen Lyriker nicht ermitteln läßt. Es dürfte die Gesamtzahl etwa 400–450 betragen.

Wir haben das Glück, einige vorzügliche Kollektaneen zu besitzen, die den Blick über die verwirrend vielfältige Topographie mit allen nur denkbaren Formen erleichtern, weil sie Wertmaßstäbe aus den Kontrastierungen und Interdependenzen der Vergleiche gewinnen.

Den Anfang bildet die 'Menschheitsdämmerung', die Kurt Pinthus 1920 als 'Symphonie jüngster Dichtung' herausgegeben und 1959 als 'ein Dokument des Expressionismus' neu aufgelegt hat. Er sagt, er wolle mit seiner Sammlung in die deutsche Dichtung hineinhören. 40 Jahre später gibt Hans Magnus Enzensberger das 'Museum der modernen Poesie' heraus, das wie Pinthus 1910 beginnt und aus den 35 Jahren bis 1945 88 Poeten der Weltliteratur bringt, unter ihnen 13 deutschsprachige. Aus der zeitlichen Distanz betont er die literarische Bedeutung des Jahres 1910, weil damals „eine ganze Kette von poetischen Explosionen die literarische Öffentlichkeit aller führenden Länder erschüttert habe.“ Das Museum hat weite Horizonte eröffnet, neue Maßstäbe gesetzt und dadurch nachhaltig junge Autoren beeinflußt und angeregt. Menschheitsdämmerung und Museum orientieren kritisch bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Und das

Jahr 1910 sollte anregen, darüber nachzudenken, daß weder die Zahlen eines Säkulumbeginns oder -endes noch politische Ereignisse Markierungspunkte für die Strukturierung geisteswissenschaftlicher Prozesse sein müssen. 30 Jahre nach Enzensbergers Museum versucht Harald Hartung etwas Ähnliches. Unter dem Titel 'Luftfracht' gibt er Gedichte von 127 internationalen Autorinnen und Autoren, darunter 17 deutschsprachigen, aus den Jahren zwischen 1940 und 1990 heraus. Und schließlich erscheint 1996 als jüngster Sammelband der 'Atlas der neuen Poesie' von Joachim Sartorius. Er präsentiert 65 Lyrikerinnen und Lyriker aus 36 Ländern und 21 Sprachen, unter ihnen 9 aus dem deutschen Sprachgebiet.

'Museum', 'Luftfracht' und 'Atlas' wollen keine Anthologien sein, weil sie die prozessuale Entwicklungsgeschwindigkeit der modernen Poesie sehen und deshalb eine starre Fixierung, die jeder Sammlung eigen ist, vermeiden wollen. Deshalb betonen sie in den Vorworten die Subjektivität ihrer Selektion. Gerade diese persönliche Wertung und dazu der internationale Kontext machen die Sammlungen zu aufschlußreichen poetischen Zeitzeugnissen, wie sie das Kritische Lexikon nicht bieten kann, da ihm die interpretierende Redaktion fehlt. – Den fremdsprachigen Originaltexten stehen deutsche Übersetzungen gegenüber. Lyrik zu übersetzen dürfte zu den schwierigen philologischen Aufgaben gehören; aber zu den unschätzbaren Erkenntnisquellen für die kontrastive und interkulturelle Linguistik. Die Problematik zeigt sich auch innerhalb unserer Sprachgeschichte. Jeder Versuch, mittelhochdeutsche Lyrik möglichst exakt in neuhochdeutsche Lyrik zu übertragen, mißlingt und auch die Wahl der Prosafassung führt zu unbefriedigenden Ergebnissen, weil selbst die beste wörtlich dem Original entsprechende Version nicht imstande ist, den poetischen Gehalt des Ausgangstextes wiederzugeben. Deshalb haben die drei genannten Anthologien Übersetzerinnen und Übersetzer gewonnen, die in beiden Sprachen zu Hause sind und etwas von Poesie verstehen. Es gibt Themen, deren Gestaltung über die Grenzen hinweg eine poetische lingua franca formt, und zwar nicht nur in der Bildung von Neologismen und der Verwendung von Metaphern, sondern auch im experimentellen Umgang mit der Sprache.

400–450 Autorinnen und Autoren und unter ihnen etwa 50, deren Ruf über die Sprachgrenze hinweg dringt, sind ein beachtliches Corpus der kleinen prägnanten Sprachform, das auf linguistische Analysen wartet.

Gedichte folgen Geboten, die mit den gängigen Regeln von Morphologie, Syntax, Wortbildung, Textstruktur und Semantik frei umgehen, um ihre Aussage in komprimierter Form zu fassen.

In Volker Brauns Gedicht 'Tagtraum' gibt es den Vers „Die Seltenzeit erblühte oktoberlich“ (Reich-Ranicki, 1996, Bd. 10, S. 279). *Seltenzeit* – klanglich erinnernd an *Seltenheit* – ist ein ungewöhnliches Kompositum, dem *erblühte* als Verb folgt, das gleichfalls überrascht. Die Aussage wird

ergänzt durch das Adverb *oktoberlich*, das verständlich aber unüblich ist. Der metaphorische Gehalt der drei Wörter wird noch verstärkt, wenn man erfährt, daß hier ein bestimmter Oktober gemeint ist, nämlich der Monat der russischen Revolution. Verschlüsselt schreibt Braun aus und von der DDR. Diese drei Wörter des heutigen Deutsch verschließen sich zunächst dem unmittelbaren Verständnis, obwohl ihre Komponenten bekannt sind. Auch die weitere Lektüre der sechs vierzeiligen Strophen, in denen der zitierte Vers steht, helfen erst nach mehrmaliger Wiederholung weiter.

Erste Hilfe für eine Bedeutungserschließung könnte man in einem Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache suchen. Aber man findet dort keine Wörter und Wendungen, die den Sprachstand der heutigen Lyrik repräsentieren und die ein deutscher Leser kaum und ein Ausländer nicht versteht. Nur wenige Lemmata werden in den Wörterbüchern stilistisch als 'dichterisch' oder 'gehoben' gekennzeichnet. Als 'dichterisch' gelten z.B. *Born, gülden, Lenz, Leu und Odem*, als 'dichterisch veraltet': *Aar, Ahndung, beglänzen, Hag, Hain, Hindin und Zähre*. Wo die Grenze zwischen 'heute gebräuchlich' und 'veraltet' verläuft, wird zeitlich nicht markiert. Die Bewertungen 'dichterisch' und 'gehoben' überschneiden sich: Eine exakte Trennung ist offenbar nicht möglich. Denn als 'gehoben' bezeichnet z.B. das Universalwörterbuch (1989) eine gepflegte Ausdrucksweise, wie sie bei feierlichen Anlässen und gelegentlich auch in der Literatur verwendet wird (Drosdowski 1989, S. 9). Dieses Merkmal tragen z.B. *Antlitz, Balsam, buhlen, harren, Haupt, licht* (= hell), *munden, prangen, Reis, Schwinge* (= Flügel), *speisen, Speis und Trank, Trunk, umwallen*. 'Gehoben und veraltet' werden *entfleuchen, Harm und Huld* genannt. Alle diese Beispiele, ob 'dichterisch' oder 'gehoben', stammen aus poetischen Texten des 18. und 19. Jahrhunderts. Vereinzelt mag sich das eine oder andere in Texten des frühen 20. Jahrhunderts finden, vielleicht bei Stefan George. Aber in der Lyrik der letzten dreißig Jahre kommen sie nicht vor, und vermutlich – ich möchte sagen hoffentlich – auch nicht bei feierlichen Anlässen. *Lenz, Leu und Odem* sind lexikographische Topoi, die in unerbitterlicher Kontinuität von Auflage zu Auflage als poetische Diktion auf breiter Front mitgeschleppt werden. Das Kreuzworträtsel übernimmt diese Definition und verbreitet sie als volkstümlicher Multiplikator. Es fragt – wohl glücklich über Wörter mit einem geringen Buchstabenaufkommen – die Begriffe immer wieder ab, so daß auch Ratende sie als poetischen Wortschatz kennen, die keine Gedichte lesen.

So entdeckt man archaische Inseln in den Wörterbüchern der Gegenwartssprache. Sie gehören zum passiven Sprachschatz, und sie stehen auch völlig zu Recht in den Lexika, weil sie mehr- z. T. vielfach belegt sind. Aber es ist bedauerlich, daß die solitären individuellen Wortbildungen dagegen keinen Eingang finden, weil sie nicht dem allgemeinen

Sprech- und Schreibgebrauch angehören. So wäre es sträflich irreführend, wollte man aufgrund der mit 'dichterisch' gekennzeichneten Vokabeln den Wortschatz der heutigen Lyrik rekonstruieren.

Diese Überlegung führt zu der Frage, ob wir nicht ein Stellenwörterbuch des heutigen poetischen Sprachgebrauchs haben sollten, das über Norm und Konvention liegt und Einblicke in die individuell gelenkte verbale Kreativität der Gegenwart gewährt. Man könnte dort erfahren, in welchem Kontext *todübertodunter* steht (Reiner Kunze in: Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 37), was *verwelklich* bedeutet (Christoph Meckel in: Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 166), welche Farbe oder Stimmung *herzgrau* meint, und man könnte den Phraseologismus *durch das Gras einen Scheitel ziehen* (Christoph Meckel in: Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 161) finden. Es müßte eine Sammlung sein, die zum Lesen reizt und zum Nachdenken anregt. Deshalb würde sich empfehlen, statt der bei Nachschlagewerken üblichen alphabetischen Anordnung eine nach zusammengehörigen Begriffsfeldern zu wählen. Hier könnte das im IDS entstandene Lexikon des Öffentlichen Sprachgebrauchs 'Brisante Wörter' wegweisend sein. Zur Sprache der Gegenwart gehört auch die Form der Mitteilung, die sich in origineller Prägung über alle Varianten der alltäglichen Kommunikation erhebt und singulären Charakter hat. Außerdem entstünde ein vorzügliches Instrumentarium für Untersuchungen zum Stilwandel der poetischen Sprache und zur komparatistischen Standortbestimmung der deutschen Gegenwartslyrik.

Die Zahl der Neologismen ist groß. Meist handelt es sich um Komposita, deren Konstituenten bekannt sind. Sprachverwendung und Bedeutung erschließt der Kontext. Sie sind ein wichtiges Stilmittel, um die komprimierte Prägnanz der Aussage zu erreichen. Wulf Kirsten z. B. bezeichnet eine Menge zugleich davonfliegender Vögel als *Vogelwolke* (in: Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 71), die ein Windstoß aufhebt und davonbläst wie Spreu. Von ihm stammt auch das viergliedrige Kompositum *Generalbaßzeitalter* (ebd. S. 61), womit er die Musikperiode Johann Sebastian Bachs und des Orgelbauers Gottfried Silbermann meint. Christoph Meckel spricht vom *Tropfenüberschuß des letzten Regens* (ebd. S. 175), Friederike Roth nennt *Lippenkleinigkeit* (ebd. S. 503) eine winzige nicht verstandene Mitteilung.

Neben den Substantiven gibt es viele neugebildete Adjektive: z. B. *die müdschwere Kraft*, *traurigzarte Farbe*, *der wüstgefallene Friedhof*, *sarglange Schieblöcke*. Durs Grünbein nennt den Flugreisenden, der mit den Folgen der überstandenen Zeitverschiebung kämpft, *zeitkrank* (Grünbein 1994, S. 44).

Eng mit den Neologismen sind die bildhaften Ausdrücken verbunden: Bei Reiner Kunze *splittern Seufzer von der Seele ab* (in: Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 19), oder *es kommt ein Name auf der Radiowelle geschwommen* (ebd.), Sarah Kirsch spricht vom *Schnee, der ins Herz fällt*

und glüht (ebd. S. 123) und vom stotternden Kuckuck (ebd. S. 135). Rolf Dieter Brinkmann hört *schwarze Tangos* in Köln (ebd. S. 297) und Ulla Hahn zieht *einen Menschen aus der Senke seiner Jahre* (ebd. S. 459). Meine Beobachtung, daß die Anzahl der Metaphern wesentlich kleiner ist, als ich erwartet hatte, wird von Joachim Sartorius bestätigt. Er meint, die Vorrangstellung des tiefen Bildes, das seit der Romantik die generative Zelle des Gedichts gewesen ist, sei gebrochen. Und er sieht einen Grund für diese Entwicklung in der anschwellenden Produktion und Distribution von Bildern im Alltag (Sartorius 1996, S. 9). Diese interessante Hypothese wäre sorgsam zu überprüfen.

An einigen Textbeispielen möchte ich weitere sprachliche Eigentümlichkeiten lyrischer Texte, die vom Duktus der Standardsprache abweichen, zeigen. Die Auswahl von fünf Autorinnen und Autoren ist ebenso klein wie subjektiv: Hans Magnus Enzensberger ist mit 68 Jahren der älteste, Durs Grünbein mit 35 der jüngste. Zwischen ihnen liegen Sarah Kirsch, Resi Chromik und Volker Braun. Die kleine Textmenge gibt mit insgesamt 72 z. T. sehr knapp formulierten Zeilen eine Fülle von Informationen, Denk- und Assoziationsanstößen zu wichtigen Lebensbereichen: dem Krieg, der Bindung des Menschen an den Nächsten, seiner Heimatlosigkeit in einer Welt, die immer anonym und schnell-lebiger wird, und schließlich der Trennung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Alle fünf Gedichte sind typographisch so gesetzt wie das Reimgedicht alter Prägung. Reime aber sind nur bei Volker Braun vorhanden. Seine Verse sind paarweise gereimt bis auf den dritten, dessen Aussage ohne klangliche Korrespondenz allein gelassen bleibt, weil der gewichtige Inhalt isoliert herausgehoben wird. Das Ende des Gedichtes betont Braun mit einem dreifachen Reim. Die anderen vier Gedichte haben keine Reime, aber sie bewahren den vertrauten Gedicht-Satz, obwohl das jeweilige Versende selten ein Sinneinschnitt ist. Ja, sie reihen sich optisch noch weiter in die Tradition ein; denn Enzensberger und Grünbein schreiben Zweizeiler, Chromik und Kirsch Strophen. Diese Beibehaltung der vertrauten Typographie traditioneller Lyrik ist ein Kennzeichen der heutigen. Würde man die Texte als Prosa fortschreiben, also auf den Verssatz verzichten, und stellte einem Leser die Aufgabe, daraus das vom Autor bestimmte Schriftbild zu rekonstruieren, so würden vermutlich auch diejenigen das Ziel verfehlen, die bei der Interpretation des vom Autor dargebotenen Schriftsatzes keine Verständnisschwierigkeiten haben. Der Autor benutzt die Optik des Verssatzes, um den Sprachfluß zu gliedern und um mit Widerständen die Lesegeschwindigkeit zu verlangsamen oder zu beschleunigen.

Bis auf Enzensbergers 'Der Krieg, wie' sind die Texte rhythmisch, wobei die Anzahl von Hebungen gleichmäßiger geregelt ist als die Menge der zwischen ihnen liegenden Senkungen. Enzensberger verzichtet bis auf das Komma in der Überschrift auf jede Interpunktion. Die typographische

Satztechnik und der große Buchstabe am Versbeginn genügen ihm. Dagegen gibt Grünbeins Interpunktion Gliederungssignale, wie man sie von der Norm kennt. Daß er am Ende des dritten Verses nach 'Flugplatz' kein Komma setzt, heißt wohl, daß damit eine zu starke Zäsur entstünde, falls diese Deutung nicht die philologische Hyperinterpretation eines Versehens ist. Sarah Kirschs Gebrauch von Punkten und Kommata und im Wechsel dazu der völlige Verzicht auf sie ist stets individuell und oft keine Hilfe für den Nachvollzug des Sinns. Braun schließt jeden Vers mit einem Punkt, da dort auch eine Sinneinheit zu Ende ist. So ist der apodiktische Sprachduktus dem provokativen Inhalt angemessen.

Neben den Satzzeichen bekommt die Leerstelle ihre Bedeutung, d. h. der Wegfall eines Gliederungssignals, das der sprachnormerzogene Leser erwartet, weil die syntaktische Zäsur als Verständnishilfe ein Zeichen fordert. So wird der Satz des Schriftbildes als optischer Freiraum genutzt.

Resi Chromiks Epitaph ist die Minimalform eines Gedichts. Es besteht aus vier Wörtern, die dreimal in einer anderen Folge erscheinen. Die Überschrift enthält den Namen des Angeredeten 'Christian', der wie die erste Variante zu erkennen gibt, nicht mehr lebt. Stets liegt der Ton auf der dritten Zeile. Dadurch verändert sich jeweils die Bedeutung des nicht veränderten Wortbestandes. Es entsteht eine aufsteigende Spirale der Erinnerung, deren erstes und letztes Wort *Leben* ist.

RESI CHROMIK CHRISTIAN

Leben
mit dir
war.

Leben
war
mit dir.

Mit dir
war
Leben.

(in: Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 347)

'Der Krieg, wie', ein neuerer Text von Hans Magnus Enzensberger, zerlegt und bestimmt einen zentralen Begriff unseres Jahrhunderts mit Vergleichen von scheinbar beiläufiger Alltäglichkeit. Die fragmentarische Überschrift läßt zunächst nicht erkennen, ob *wie* eine Frage oder einen Vergleich einleitet. Das letztere ist der Fall, nicht sprachlich, aber dem Inhalt nach: denn die zehn folgenden Vergleiche schließen sich nicht unmittelbar an das *wie* des Titels an. Sie setzen neunmal als eigene Aussagen

mit dem Personalpronomen *er* ein, das den Titelbegriff substituiert, der bis zum Ende latent und zentral vorhanden bleibt, aber kein einziges Mal mehr genannt wird. Das *wie* fügt scharf beobachtete Situationen an, deren Harmlosigkeit trügt, weil diese den Keim der kriegerischen Auseinandersetzung in sich tragen kann. Die Bedeutung der einzelnen Wörter überschreitet die Grenze des Verses, in dem sie stehen, so daß man sie wie Mosaiksteine einander zuordnen kann. Über den syntaktischen Bezügen liegt ein semantisches Netz, das alle Verse umspannt. Die vier Verben am Schluß, für die Charakterisierung des lauten Krieges vom Inhalt her sehr still, werden von einem *wie* gefolgt und beenden den Text so offen wie die Überschrift ist.

Der Krieg, wie

Er glitzert wie die zerbrochene Bierflasche in der Sonne
an der Bushaltestelle vor dem Altersheim

Er raschelt wie das Manuskript des Ghostwriters
auf der Friedenskonferenz

Er flackert wie der bläuliche Widerschein des Fernsehers
auf den somnambulen Gesichtern

Er riecht wie der Stahl der Maschinen im Fitness-Studio
wie der Atem des Leibwächters auf dem Flughafen

Er röhrte wie die Rede des Vorsitzenden

Er bläht sich wie die Fatwah im Munde des Ajatollah

Er zirpt wie das Videospiel auf der Diskette des Schülers

Er funkt wie der Chip im Rechenzentrum der Bank

Er breitet sich aus wie die Lache hinter dem Schlachthof

Atmet

raschelt

bläht sich

rieht

wie

(Enzensberger 1996, S. 139)

Wie Enzensberger ist auch Grünbein ein poeta doctus, der sich vor allem dem klassischen Altertum verpflichtet fühlt. So denkt man beim ersten Blick auf sein Gedicht an das zweizeilige elegische Distichon, aber es sind weder Hexa- noch Pentameter, sondern freie Vier- und Dreieheber. Die ersten sieben Zeilen kommen ohne Verb aus. Das Geschehen ist in Verbalsubstantive gefaßt: *Warten, Transport, Ankunft, Abschied*. Erst im Relativsatz des achten Verses erscheint das erste Verb. Aber das in der Menge angeredete anonyme *Du* wird schon zwei Zeilen später wieder in die dritte besprochene Person umgewandelt und damit distanziert. Kurz und prä-

nant folgen subjektive Eindrücke hastig aufeinander wie die Bilder eines Filmstreifens. Parenthesenartige Einschübe unterbrechen den linearen Sprachablauf und öffnen Assoziationsfelder der simultanen Wahrnehmung: Transport, Ankunft, Flugplatz, Abschied, Förderband, Evakuierung, Taxi, Zugluft, Bahngleis. Bis in die Präpositionen hinein wird der bewegte Reise-, Migrations-, Flucht- und Transportsog wiedergegeben, der unsere Zeit kennzeichnet und in dem der einzelne die Bodenhaftung verliert, weil ihn niemand in seinem Fall auffängt. Auch hier sind die semantischen Bindungen fester als die syntaktischen.

Und immer das Warten auf den Transport
 Zwischen den Orten, wo Ankunft
 Ein Portal ist im Regen, ein weißer Flugplatz
 Der sofort Abschied meint: Exit
 Durch ein Tageskino, ein helles Nachtcafé.
 Vorbei an den Förderbändern
 Mit raunenden Koffern, Taschen, vertauscht.
 Niemand da, der dich auffängt,
 Trittst du zeitkrank ins Freie, schwankend
 Vor Raumnot, ein Evakuierter,
 Den ein Taxi holt aus der Zone des Bebens
 Ins Hotel, vor die Schalterhallen,
 Wo Zugluft ihn abschiebt aufs nächste Gleis.

(Grünbein 1994, S. 44)

Das Gedicht Sarah Kirschs aus der Zeit vor der politischen Wende thematisiert die Ost-Westwanderung der Autorin vom neuen, westlichen Wohnort aus. Beide Strophen beginnen mit *ich*; das Präteritum der ersten weicht dem zeitfreien und futuristischen Präsens in der zweiten. Der schon erwähnte freie Umgang mit der Interpunktion erschwert bei der ersten Lektüre die syntaktische Zuordnung einzelner Aussagen, da sie als Apokoinu-Konstruktionen gemeinsame Schnittmenge haben. Dadurch entstehen wechselnde Geschwindigkeiten der Rezeption: einmal bewegt sich die syntaktische Konstruktion vor und zurück, und zum anderen entsteht eine Irritation, die eine Wiederholung des Lesens zur Folge hat. Damit wird bewußt der Lese- und Aufnahmerrhythmus verändert.

Reisezehrung

Ich mußte eine Menge Zaubersprüche lernen
 Mit großer Kühnheit im preußischen Wald
 Pentagramme kritzeln das kleine Land
 Bei Nacht und Nebel verlassen die Könige auch
 Und wieder frei sein.
 Die grauen Feldjäger die fleißigen Flurhüter

Hatten das Nachsehen. So halten sie mir
 Heute und morgen den Schlagbaum geschlossen.
 Ich gedenke nicht am Heimweh zu sterben.
 Unauslöschlich hab ich die Bilder im Kopf
 Die hellen die dunklen. Ich kann in Palermo sitzen
 Und doch durch Mecklenburgs Felder gehen
 Auf gelben Stoppeln schwenkt mir der Bauer den Hut.
 Die Schwalben stürzen und steigen vorm Fenster
 Vertraute Schatten, sie finden mich
 Wo ich auch bin und ohne Verzweiflung.

(Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 151)

Volker Brauns Gedicht habe ich als Abschluß nicht nur als inhaltliche Gegensicht zu Sarah Kirsch gebracht. Es ist formal das konventionellste der fünf Beispiele. Braun weckt Assoziationen nicht wie Enzensberger mit Vergleichen oder durch die Querverbindungen der Wortsemantik wie Grünbein, sondern mit Varianten von Zitaten, dem raschen Wechsel zur Umgangssprache und dem Wortspiel. *Krieg den Hütten, Friede den Palästen* verhöhnt das Zitat aus dem Hessischen Landboten von 1834; der *Sommer der Begierde* läßt an den Winter des Mißvergnügens in Shakespeares Richard III. denken; – die Redensarten *bleiben, wo der Pfeffer wächst* und *etwas auf der Kralle haben* gehören dem Alltagsdeutsch an; und im Schlußvers begegnet noch ein etwas verkrampftes Wortspiel zwischen dem Possessivum *mein* und dem Verb *meinen*. Es ist ein bitteres Gedicht mit der provokativen Erkenntnis *und unverständlich wird mein ganzer Text*, die man nicht teilen wird.

DAS EIGENTUM

Da bin ich noch: mein Land geht in den Westen.
 KRIEG DEN HÜTTEN FRIEDE DEN PALÄSTEN.
 Ich selber habe ihm den Tritt versetzt.
 Es wirft sich weg und seine magre Zierde.
 Dem Winter folgt der Sommer der Begierde.
 Und ich kann *bleiben wo der Pfeffer wächst*.
 Und unverständlich wird mein ganzer Text.
 Was ich niemals besaß, wird mir entrissen.
 Was ich nicht lebte, werd ich ewig missen.
 Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle.
 Mein Eigentum, jetzt habt ihrs auf der Kralle.
 Wann sag ich wieder *mein* und meine alle.

(Reich-Ranicki 1996, Bd. 10, S. 269)

Allen fünf Beispielen ist die Spannung zwischen der kurzen, prägnant gestochenen Form und dem weiten assoziativ geöffneten Inhalt eigen.

Das Resümee meines Vortrages möchte ich in einer Bitte zusammenfassen: Nutzen Sie bei Ihren linguistischen Analysen auch den lyrischen Text als Zeitzeugnis der Sprachentwicklung.

Literatur

- Arnold, Heinz Ludwig (Hg.) (1978 ff.): Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur. 9 Bde. München.
- Betten, Anne (1985): Sprachrealismus im deutschen Drama der 70er Jahre. Heidelberg.
- Bingel, Horst (Hg.) (1963): Deutsche Lyrik seit 1945. München.
- Conrady, Karl Otto (Hg.) (1978): Das große deutsche Gedichtbuch. 2. Auflage. Königstein.
- Drosdowsky, Günther (Hg.) (1989): Duden. Deutsches Universalwörterbuch. 2., völlig neu bearbeitete und stark erweiterte Auflage. Mannheim / Wien / Zürich.
- Echtermeyer, Theodor (Hg.) (1987): Auswahl deutscher Gedichte für höhere Schulen. 32. Auflage v. Ferdinand Becker. Halle.
- Enzensberger, Hans Magnus (Hg.) (1960): Museum der modernen Poesie. Frankfurt am Main.
- Enzensberger, Hans Magnus (1996): Gedichte 1950–1995. Frankfurt am Main. (suhrkamp taschenbuch 2548).
- Grünbein, Durs (1994): Fallen und Falten. Gedichte. Frankfurt am Main.
- Hartung, Harald (Hg.) (1991): Luftfracht. Internationale Poesie 1940 bis 1980. Frankfurt am Main. (Die andere Bibliothek).
- Henne, Helmut (1996): Sprachliche Erkundung der Moderne. Mannheim / Leipzig / Wien / Zürich.
- Hohoff, Curt (Hg.) (1956): Flügel der Zeit. Deutsche Gedichte 1900–1950. Frankfurt am Main / Hamburg.
- Jakobson, Roman (1982): Poesie und Grammatik. Gespräch mit Krystina Tomarska. Frankfurt am Main. (suhrkamp taschenbuch 386).
- Kirsch, Sarah (1977): Rückenwind. Ebenhausen bei München.
- Macheiner, Judith (1991): Das grammatische Variété oder die Kunst und das Vergnügen, deutsche Sätze zu bilden. Frankfurt am Main. (Die andere Bibliothek 74).
- Pinthus, Kurt (Hg.) (1959): Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus. Mit Biographien und Bibliographien neu herausgegeben. Hamburg. (Rowohlt's Klassiker der Literatur und der Wissenschaft. Deutsche Literatur Bd. 4).
- Reich-Ranicki, Marcel (Hg.) (1996): 1000 Deutsche Gedichte und ihre Interpretationen. 10 Bände. 3. Auflage. Frankfurt am Main und Leipzig.
- Reimers, Ludwig (Hg.) (1976): Der ewige Brunnen. Ein Hausbuch deutscher Dichtung. 2., durchgearb. und erw. Ausg. München.
- Sartorius, Joachim (Hg.) (1996): Atlas der neuen Poesie. Hamburg.

DIETER CHERUBIM

Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts¹

Abstract

Die Entwicklung der deutschen Sprache im 19. Jahrhundert ist in den letzten Jahren näher untersucht worden. Es stellt sich die Frage, ob sich die Sprachentwicklung im 20. Jahrhundert deutlich davon abgrenzen läßt oder ob eher von Kontinuitäten in der Sprachentwicklung um 1900 auszugehen ist. Es gibt einige Evidenzen dafür, daß zwar Veränderungen im Sprachbewußtsein und in der Sprachbewertung zu konstatieren sind, daß viele Modernisierungsprozesse aber, z. B. der Ausgleich zwischen geschriebenen und gesprochenen Formen des Deutschen, bis in die jüngste Zeit kontinuierlich fortschreiten. Einige allgemeine Überlegungen zum Verhältnis von Sprachwandel und Kontinuität führen dann zur Skizzierung eines Forschungsansatzes, bei dem generationale Kontinuität (age grading) in Texten alter Menschen untersucht werden soll.

1. Vorbemerkungen

Die Jahrestagung 1990 des Instituts für deutsche Sprache war dem 19. Jahrhundert gewidmet, in diesem Jahr geht es um das 20. Jahrhundert, das ohnehin primärer und zentraler Gegenstand der Sprachforschung dieser Forschungseinrichtung ist.² Schon bei der Behandlung des 19. Jahrhunderts war Janusköpfigkeit angesagt: Man konnte es nicht fassen, ohne einerseits den Blick zurück auf den Prozeß der Ablösung der ständischen Welt des 18. Jahrhunderts durch das bürgerliche Zeitalter des 19. Jahrhunderts zu richten und ohne andererseits zur Kenntnis zu nehmen, daß es bereits hier um die Voraussetzungen und Grundlagen der Gegenwartsspra-

¹ Nur leicht veränderte und um entsprechende Hinweise ergänzte Fassung des Vortrags auf der Jahrestagung.

² Vgl. Wimmer (1991) und die zum 25jährigen Jubiläum herausgegebene Broschüre: Institut für deutsche Sprache. 25 Jahre. Mannheim 1989.

che, also der Sprache unserer Zeit, ging.³ Überschreiten wir nun die Grenze vom 19. zum 20. Jahrhundert, so scheint auch dafür eine zweifache Perspektive angebracht zu sein: In der Sprachgeschichte oder, wie es am Ende des 19. Jahrhunderts so gerne hieß, im „Sprachleben“⁴ geht es ebenso um die Übergänge wie um die Brüche, um Kontinuitäten ebenso wie um Diskontinuitäten, wobei aber in der Sprachpraxis der Beteiligten und Betroffenen die Kontinuitäten ungleich wichtiger sind, auch wenn ein geschärftes Sprachbewußtsein oder eine lautstark vorgebrachte Sprachkritik bisweilen die Brüche stärker betonen, als es der Realität selbst oder unseren sprachhistorischen Befunden im einzelnen entsprechen mag. Dafür ließen sich viele Beispiele beibringen⁵, unmittelbare Anschauung können uns gerade wieder einmal die aktuellen Debatten um die Orthographiereform vermitteln.

Um Kontinuität und Diskontinuität in der neueren Entwicklung des Deutschen geht es mir auch in meinem Referat, und ich will dieses Thema in drei Schritten bearbeiten, ohne es freilich damit erschöpfen zu können. Erstens will ich – dreifach ansetzend – die Frage behandeln, ob und wo wir überhaupt deutliche sprachliche Differenzen zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert fassen können; wo also vielleicht Brüche erkennbar sind oder wenigstens Übergänge sichtbar gemacht werden können, die man doch voraussetzen scheint, wenn man – wie im Titel dieses Beitrags – leichtfertig von *der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts* spricht.⁶ Zweitens möchte ich einige allgemeine Überlegungen zum Pro-

³ Vgl. dazu Polenz (1987), Cherubim Mattheier (1989) und Cherubim Mattheier/Grosse (1998). Natürlich berührt dies auch das Problem einer Periodisierung der Sprachgeschichte. Vgl. Mattheier (1983), Polenz (1989), Schmidt (1996, S. 27 ff.).

⁴ Vgl. etwa die bekannten Titel von Whitney (1875/1878) und Wegener (1885), zur methodologischen Funktion solcher Metaphorisierungen vgl. Schmidt (1986) und Bechert (1988).

⁵ Zu denken ist hier natürlich besonders an das Bewußtsein der Sprachkrise am Ende des 19. Jahrhunderts, worauf gleich näher eingegangen werden soll.

⁶ Aus guten Gründen wird jedoch in den meisten wissenschaftlichen Arbeiten eine solche Formulierung vermieden, sondern stattdessen vom „Deutsch von heute“ (Möller 1961), „heutigen Deutsch“ (Moser 1977), „Gegenwartsdeutsch“ (Glück/Sauer 1990) oder (deutscher) „Gegenwartssprache“ (Braun 1993) gesprochen, womit aber die (jeweils) „zeitgenössische“ deutsche Sprache gemeint ist. Eggers (1973, S. 7 f.) spricht von der „deutschen Sprache im 20. Jahrhundert“, um dem Anspruch auf Vollständigkeit synchronisch wie diachronisch zu entgehen, greift aber ebenso wie Henne (1996), der von der (sprachlichen/literarischen) „Moderne“ redet, bis in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurück. Schmidt (1993, S. 30) führt für das „Deutsch der Neuzeit“ (1450 – Gegenwart) als letzte Untergliederungen das „Deutsch der jüngeren Neuzeit“ (1800–1950) und das „Deutsch der jüngsten Neuzeit“ (1950 – Gegenwart) an.

blem von Kontinuität und Diskontinuität in der Entwicklung von Sprachen anstellen, um so einen notwendigen begrifflichen Rahmen für meinen nächsten Schritt zu entwerfen: nämlich drittens für eine Voruntersuchung zur intergenerationalen Kontinuität in der Sprache des 19. und 20. Jahrhunderts, deren Ansatz ich hier in gebotener Kürze zur Diskussion stellen möchte.

2. Brüche oder Übergänge in der Entwicklung des Deutschen vom 19. zum 20. Jahrhundert

2.1 Das Epochenjahr 1900

Wo die Grenzen des 19. Jahrhunderts und damit zugleich der Beginn des 20. Jahrhunderts sprachhistorisch angesetzt werden können, ist bisher nicht systematisch begründet worden. Man wird kaum annehmen wollen, daß der exakte chronologische Beginn des 20. Jahrhunderts, also jenes magische Jahr 1900 oder 1901⁷, sprachgeschichtlich einen epochalen Einschnitt rechtfertigen könnte, obwohl sich eine Reihe von historischen Ereignissen nennen lassen, die wenigstens symptomatisch für eine Umbruchsituation im Bewußtsein der Zeitgenossen stehen könnten, weil sie zur Reflexion über die Zeit anregen und – freilich in unterschiedlicher Weise – ambivalente Einstellungen auslösten: die Pariser Weltausstellung (1900), die den Triumph der modernen Technik und Wissenschaften so augenfällig machte, aber nicht nur Hoffnungen, sondern auch Ängste auslöste; der Tod der englischen Königin Victoria (1901), die einem ganzen Zeitalter ihren Namen aufgeprägt hatte; die Verleihung des ersten Friedensnobelpreises (1901); der erste erfolgreiche Flug eines lenkbaren Luftschiffs, des Zeppelins (1900), und der Beginn der modernen Fliegerei; das Erscheinen von S. Freuds „Traumdeutung“ (1900), die eine neue innere Dimension, das Unterbewußte, erschloß; physikalische Studien von A. Einstein und M. Planck (1900 ff.), die ein neues Weltbild begründeten; die Entwicklung des Kinos (seit 1894) und die größere Ausbreitung des Telefons u. a. m.⁸ Gerade wenn man die unterschiedlichen „Stimmen der Zeit“ um 1900 berücksichtigt, die verschiedenen Äußerungen zu dem, wie die Vergangenheit wahrgenommen wurde und was man von der Zukunft erwartete, so zeigt sich das Doppelgesicht von „fin de siècle“ und „belle

⁷ Beide Daten werden tatsächlich in verschiedenen Arbeiten für den Jahrhundertwechsel in Anspruch genommen; vgl. etwa Schwartz (1992, S. 284 und passim).

⁸ Für die Ängste und Schwierigkeiten, die z. B. mit der Entwicklung und Etablierung der Fernsprechtechnik verbunden waren, vgl. jetzt den exemplarischen Beitrag von Schwitalla (1996).

époque“, ein Kontinuum mit vielen Nuancierungen oder Brüchen, aber kein scharfer Schnitt, der auch sprachlich hätte verarbeitet werden müssen.⁹

Auch im sprachkulturellen und sprachhistorischen Bereich wird man keinen besonderen Einschnitt um 1900 ansetzen wollen, eher einen kontinuierlichen Übergang sehen, der mit vielfältigen und z. T. widersprüchlichen Erscheinungen etwa die Zeit zwischen 1880 und 1914 ausfüllt. Lutz Mackensen geht z. B. in seiner bekannten Darstellung (1971, S. 9 ff.) von 1889, dem Jahr der Uraufführung von G. Hauptmanns Erstlingsstück „Vor Sonnenaufgang“, aus, in dem er den Beginn eines Prozesses lokalisiert, der letztlich zum Verlust der Vorbildfunktion der Dichtersprache führte und eine neue, „wahre“ oder „moderne“ Sprachform in den Blick rückte, die den lebendigen Sprachgebrauch der Zeit, zumindest in den städtischen Zentren, immer mehr bestimmt: die Umgangssprache. Diese Wendung zur Gegenwart und „Moderne“¹⁰ hat auch seine Entsprechung in der Sprachwissenschaft der Zeit. 1894 erscheint nämlich Hermann Wunderlichs Buch über die Syntax der (geschriebenen) Umgangssprache, dem seine Satzlehre von 1892 vorausgeht; beides Arbeiten, in denen bis zu einem gewissen Grade ernst gemacht wird mit der seit etwa 1880 immer wieder erhobenen Forderung der sog. junggrammatischen Richtung, die sprachhistorischen Untersuchungen müßten an der Gegenwart ansetzen, um dort die „Prinzipien“ der Sprachentwicklung zu erkennen, ohne die eben keine wissenschaftliche Erfassung und Erklärung sprachhistorischer Vorgänge in Vergangenheit und Gegenwart möglich sei.¹¹ Und Wunderlichs Ansätzen von 1892 und 1894, die sich zugleich heftig gegen die unprofessionelle Sprachkritik G. Wustmanns und dessen unangemessenen Sprachbegriff gewandt hatten, korrespondierte dann genau zum Jahrhundertwechsel jener richtungsweisende Ansatz zu sprechsprachlichen Einflüssen in der Schriftsprache von Otto Behaghel, den er 1899 auf der Hauptversammlung des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins in Zittau

⁹ Vgl. dazu u. a. Cassou (1962), Jost (1989), Gutsche (1989), Schwartz (1992, S. 231 ff.).

¹⁰ Vgl. dazu Mackensen (1971, S. 21 f. und 270); Henne (1996, S. 14 ff.).

¹¹ Explizit findet sich diese Forderung im berühmten Vorwort zu den „Morphologischen Untersuchungen auf dem Gebiet der indogermanischen Sprachen“ von Osthoff/Brugmann (1878), aber sie wird vorbereitet durch W. Scherer (1868). Daß auch Hermann Paul, dessen tatsächliche Hinwendung zur Gegenwartssprache schon in seinen „Prinzipien“ von 1880, mehr noch in der 2. Aufl. von 1886, erst recht in seiner „Deutschen Grammatik“ von 1912–1920 sichtbar ist, Anreger für H. Wunderlich sein konnte und war, belegt Neumann (1988a, S. 32). Generell zum Verhältnis von Sprachsituation und Sprachwissenschaft am Ende des 19. Jahrhunderts vgl. ders. (1988b).

gehalten hatte.¹² Behaghel verweist dabei deutlich auf die Zusammenhänge, die dieses neue Interesse motivierten: nämlich auf die Mundartforschung, die seit 1876 als Großunternehmen (Deutscher Sprachatlas) betrieben wurde, und die Erforschung sozialer Sondersprachen, die besonders durch F. Kluges Arbeiten gefördert wurde.¹³

Otto Behaghel und Friedrich Kluge waren wie Theodor Matthias und Hermann Wunderlich Sprachwissenschaftler, die sich bis zu einem gewissen Grade vom 1885 gegründeten Allgemeinen Deutschen Sprachverein vereinnahmen ließen, während andere ihm eher fernstanden oder ihn sogar ablehnten. Auf die unterschiedlichen Gründe ist hier nicht einzugehen.¹⁴ Auch der Allgemeine Deutsche Sprachverein beschäftigte sich ja mit der Sprache seiner Zeit, wie nicht zuletzt die Rubrik „Zur Schärfung des Sprachgefühls“ in seiner Zeitschrift und viele einzelne Beiträge dort und in seinen anderen Publikationen (Monographien, Richtlinien, Beihefte) zeigen, aber doch vorwiegend unter einer restaurativen und nationalistischen Perspektive. Darauf weisen auch die Hauptschlagwörter seines Programms, Sprachreinigung und Sprachbereicherung, hin. Sein Hauptgeschäft waren also Sprachkritik und Sprachpflege; eine neutrale Bestandsaufnahme und Deutung sprachlicher Entwicklungen seiner Zeit waren von ihm kaum zu erwarten. Dennoch reflektieren Kritik und Verbesserungsvorschläge *auch* Teile der sprachlichen Zeitgeschichte, mindestens Formen ihrer Wahrnehmung.¹⁵ Wunderlich (1892, S. VI) hatte schon die Frage nahegelegt, warum eigentlich die Sprachsituation am Ende des 19. Jahrhunderts von so vielen Beobachtern als „krisenhaft“ erlebt wurde. Polenz (1983) führt diese Erfahrung der Sprachkrise auf eine allgemeine-

¹² Behaghel (1900). Nach einer am Schluß dieses Beitrags stehenden Bemerkung (S. 232) sollen die im selben Beiheft der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins folgenden Beiträge von ihm (zur Wortstellung, zum Dativ-*e* und zur Sprachform der Reden Bismarcks) „einzelne Anschauungen und Aufstellungen“ des ersten Beitrags „weiter ausführen oder näher [...] begründen“. Zur späten Nachwirkung von Behaghels Vorstoß vgl. Betten (1977), (1978).

¹³ Im Umkreis des Behaghelschen Vortrags finden sich weitere, verwandte Beiträge. So Th. Matthias: Die Mundart im Spiegel der Schriftsprache (Beiheft 10. 1896, S. 173–200); H. Wunderlich: Das Sprachleben in der Mundart (Beiheft 12/13. 1897, S. 33–70); O. Brenner: Über das Spiel der Kräfte in der Geschichte der deutschen Schriftsprache (Beiheft 25. 1904, S. 129–142). – Nicht uninteressant sind in diesem Zusammenhang auch eher populär gehaltene Sammlungen von Beobachtungen zum gegenwärtigen Sprachgebrauch bzw. besonderen Erscheinungen; vgl. etwa Brennert (1898). Daß auch die neuen Syntaxdiskussionen am Ende des 19. Jahrhunderts (vgl. Ries 1894) für das Interesse an der Gegenwartssprache förderlich waren, ist, wie gerade die Arbeiten Hermann Wunderlichs zeigen, anzunehmen. Vgl. auch Cherubim (1996a und b).

¹⁴ Vgl. dazu Bernsmeier (1977), Greule/Ahlvers-Liebel (1986, S. 23 ff.).

¹⁵ Vgl. zu diesem Ansatz auch Cherubim (1983a), Meyer (1993).

re Krisenerfahrung, eine Krise des bildungsbürgerlichen Bewußtseins zurück. Dem will ich mich im folgenden noch etwas näher zuwenden, um möglichst weitere Gesichtspunkte für die Abgrenzungs- und/oder Übergangsproblematik zu gewinnen.

2.2 Die Erfahrung der Krise als Symptom des Übergangs

Für viele Historiker und Sprachhistoriker heute ist das 19. Jahrhundert das bürgerliche Zeitalter schlechthin;¹⁶ was nicht meint, daß es aus einem Guß oder in sich geschlossen gewesen wäre. Vielmehr entfaltete sich in ihm „Bürgerlichkeit“ in ganz unterschiedlichen Formen und Graden, z. B. als traditionelles Stadt- und modernes Staatsbürgertum, als Bourgeoisie und Kleinbürgertum, als Bildungsbürgertum u. a. m. Alle diese Formen und Ausprägungen lassen sich vielleicht auf den gemeinsamen Nenner einer bürgerlichen Kultur bringen, die das ganze Jahrhundert dominierte. Jürgen Kocka (1987b, S. 42 ff.) hat deutlich gemacht, daß trotz aller Unschärfen im einzelnen, der Vorteil dieses Begriffs von bürgerlicher Kultur ist, daß er auch als Entwicklungsparameter genutzt werden kann: Mit seiner Hilfe könnten dann Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert sichtbar gemacht werden, um die es hier ja geht.

In diesem Sinne hat Hans Mommsen (1987) die „Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert“ behandelt und diese Entwicklung an einigen Punkten, die auch für Sprachhistoriker wichtige Schnittstellen liefern können, verdeutlicht: etwa an dem Krisenbewußtsein und Werte-Relativismus im mentalen Bereich, an der Ablösung altliberaler durch neokonservative Strömungen im politischen Bereich, am Übergang von Formen offener, selbstbestimmter Assoziationen (des bürgerlichen Vereinswesens im frühen 19. Jahrhundert) zu formierten Gesinnungs- und Lebensgemeinschaften (bis hin zu den späteren Partei- und Massenorganisationen des 20. Jahrhunderts), an der Verunsicherung hinsichtlich der Führungsrolle der Honoratiorengesellschaft, der Entwicklung zweckbestimmter, professioneller Parteiensysteme, der damit verbundenen Delegitimierung des Parlamentarismus usw. usw.

Auch für die Sprachgeschichte, soweit sie, wie bei einigen Autoren, zuletzt bei Angelika Linke (1996), ausdrücklich als Teil einer Geschichte der bürgerlichen Kultur konzipiert ist, lassen sich beim Wechsel vom 19. zum 20. Jahrhundert eher Übergänge als Brüche erkennen: Übergänge nämlich, die meist noch bis in unsere Zeit nachwirken und daher das bürgerliche bzw. sprachbürgerliche Zeitalter bis zur Gegenwart (und vielleicht noch darüber hinaus) verlängern. Ich greife, um das konkreter zu machen,

¹⁶ Vgl. dazu Kocka (1987a), Cherubim (1983b) und einige Beiträge in Cherubim/Mattheier (1989).

zwei Punkte heraus, verweise aber auch in diesem Zusammenhang noch einmal auf das von Mackensen (1971) zusammengetragene, reichhaltige Material.

Man hätte vielleicht erwarten können, daß der Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert bei denen, die sich vor allem als Hüter der deutschen Sprache berufen fühlten, eine besondere Reflexion auf die Sprachsituation und Sprachentwicklung ausgelöst hätte. Sieht man sich daraufhin einmal den ersten Jahrgang des neuen Jahrhunderts, genauer: den 15. Jahrgang der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins (ADSV) von 1900 an, so dominiert offenkundig in den zwölf Nummern dieses Jahrgangs die einfache Fortschreibung des seit 1885 bekannten Programms. Denn die Nr. 1 wird eröffnet mit einem Beitrag zur „Häßlichkeit der Fremdwörter“ und einem weiteren zu dem von G. Wustmann bekanntlich inkriminierten Relativpronomen *welcher, welche, welches* (er stammt übrigens von O. Behaghel); es folgt dann ein Abdruck eines Briefwechsels zwischen Heinrich von Treitschke und Gustav Freytag (eigentlich prononcierten Gegnern des ADSV, die hier aber ein gewisses Verständnis für die Anliegen des Vereins signalisieren) – „unsere Sache hat Fortschritte gemacht“, kommentiert es K. Lohmeyer für den Sprachverein; schließlich findet sich eine Liste von Verdeutschungsmöglichkeiten für das Wort *Interesse* „und seine Sippe“. ¹⁷ Der Eindruck der Kontinuität in Sprachpflege und Sprachpraxis („business as usual“) ändert sich auch nicht, wenn man den gesamten Inhalt dieses 15. Jgs. in den Blick nimmt. Ich nenne aber einige, nicht alle angebotenen Themen: Verdeutschung der Monatsnamen, gute alte Wörter in der Schule, Verdeutschung der Speisekarte, militärischer Stil, der Turnvater Jahn als Sprachmeister, Straßennamen, Heeressprache (in vier Teilen!), Beisatz und Aussagewort mit *als* (*Goethe als solcher*), ältere und neuere Erlasse (als Exempel), ein Sprachkritiker des 17. Jahrhunderts (Jakob Sackmann), der Wortschatz eines dreivierteljährigen Kindes, neueste „sprachliche Verirrungen“ (es geht um Neologismen), die volkstümliche Bildersprache, die deutsche Sprache in Ostafrika, die neue Felddienstordnung, Wortschatz der Bauern, deutsche Blumennamen, (noch einmal) die deutsche Speisekarte, dann einige kleinere Wortbeiträge zu *Scheck*, *Snob* und (horribile dictu!) *opening day* (als „Mahnung für deutsche Geschäftsleute“!). ¹⁸

¹⁷ Eine eindrucksvolle Übersichtstafel der Verdeutschungsmöglichkeiten von *Interesse* und seiner Sippe findet sich als Beilage zu Nr. 3 des 16. Jgs. der Zeitschrift des ADSV von 1901 (nach S. 97).

¹⁸ Auch die von mir durchgesehen Nachbarjahrgänge zum Datum 1900 (1896–1899 und 1901–1904) bieten ein ähnliches Bild: Im Vordergrund stehen Kampf gegen Fremdwörter (bes. aus dem Englischen), Verdeutschungsbemü-

Es ist, wie man sieht, das alte Programm von Sprachreinigung und Sprachbereicherung, mit deutlicher Akzentuierung von ersterem, mit rückwärts gewandter Tendenz, was Zielsetzung und Vorbilder angeht, und mit unreflektierter, negativer Bewertung der, wie gerade die Abhandlungen von Mackensen (1971) zeigen, tatsächlichen Vielfalt und Dynamik der sprachlichen Wirklichkeit in dieser Zeit. Nur wenige Beiträge in diesem Jahrgang enthalten so etwas wie Zukunftsperspektiven: so ein kleiner Rezensionsartikel von Otto Behaghel zur Zukunft unseres Genitivs (mit einer nicht zutreffenden Prognose) und ein Artikel zur Musteraussprache von Karl Luick, der an die gerade aktuelle Ausspracheregulation anknüpft.

Aufschlußreicher erscheint aber für unser Thema ein sprachhistorischer Rückblick in Heft 4 dieses 15. Jahrgangs. Sein Titel: „Unsere Muttersprache im 19. Jahrhundert“, verfaßt von Konrad Fischer aus Trier. Dem Verfasser geht es vor allem um die nationale Bedeutung der deutschen Sprache: „Mit dem 19. Jahrhundert ist auch die deutsche Sprache wieder zu Ehren gekommen“, heißt es gleich zu Anfang (Sp. 89). Seine Darstellung umfaßt etwa folgende Argumentationsschritte: Um 1800 lag die deutsche Sprache (nach einem Zitat von Friedrich Schiller) als eine „gebildete“ vor (ebda.). Sie wurde aber zunächst noch nicht national angenommen, ja es gab geradezu Neigungen zum Antinationalen (etwa bei Herder und Wieland oder den Romantikern). Das änderte sich zum Glück mit den Freiheitskriegen und der nationalen Erhebung von 1813. Alles hätte so herrlich weitergehen können. Aber um die Jahrhundertmitte gewann dann doch wieder die französische Kultur einen „neuen Reiz“:

„Und so tief faßte diese Vorliebe wieder Wurzel, daß in deutschen Familien sich kein Vorwurf regte, wenn sie ihre Kinder französischen Erziehern oder Erzieherinnen anvertrauten oder sie gar für einige Jahre in französische Schulanstalten schickten, 'zur Vollendung ihrer Bildung', wie es hieß“ (Sp. 93).

Auch an einzelnen Fürstenhöfen war Französisch immer noch Umgangssprache. Folge von all dem war natürlich: „So gerieten die Deutschen in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts ziemlich stark in den Bann des Welschen“ (ebda.). Doch es gab auch Lichtblicke und unbeirrbare Förderer der reinen Deutschs. Hervorgehoben werden die jungdeutschen Dichter, die Schule, die Sänger- und Turnervereine. Dann aber heißt es – endlich –: „Der Völkerfrühling kam. Aus den Heldentaten des Jahres 1870 blühte Segen auf für alle Nationalgüter, auch für die deutsche Sprache“ (ebda.). Seitdem sind Fortschritte zu konstatieren: „In der Reinigung von allem Fremden und Undeutschen, in dem Vordringen des

hungen (bes. im institutionellen Bereich), aktuelle Themen wie Hochlautung (1898) und Rechtschreibung (1901), hier und dort auch Sprachhistorisches.

Hochdeutschen und endlich, allerdings nur in leisen Ansängen, in der Pflege der Aussprache“ (ebda.).

Für die Zukunft sieht der Autor gute Aussichten für die Reinigung (tatsächlich waren die Wirkungen hier, wie wir heute wissen, zwar nicht durchgreifend, aber doch erheblich, was man z. B. am Sprachstand deutscher Emigranten aus dieser Zeit noch ablesen kann). Die Ausbreitung des übergreifenden Hochdeutschen zuungunsten der regional gebundenen Mundarten wird ebenfalls positiv eingeschätzt; sie wird aber als „seltsam“ (Sp. 94) empfunden angesichts des lebhaften Interesses an den Mundarten und ihrer Erforschung in dieser Zeit. Auch hier ist aber aus heutiger Sicht kein Umbruch, sondern eher ein Ausgleich auf der Ebene gesprochener Umgangssprache erfolgt, ein Vorgang, der trotz Otto Behaghels Festvortrag von 1899 damals noch selten von Sprachpflegern und Sprachwissenschaftlern thematisiert wurde. Mit Recht vermerkt wird auch die zunehmende Entstehung einer medialen Diglossie:

„Wer ein Auge dafür hat, kann mit Freude wahrnehmen, daß namentlich die Fähigkeit, das Hochdeutsche schriftlich zu gebrauchen, auf dem besten Wege ist, Allgemeingut zu werden. Heute sind auch die unteren Klassen, Arbeiter und dienende Personen, imstande, sich innerhalb ihres Anschauungskreises schriftlich auszudrücken. Die Kluft, die gerade hierin die Gebildeten von den Ungebildeten trennte, ist wesentlich verkleinert, ein Triumph der deutschen Volksschule“ (Sp. 95).

Aber für die gesprochene Sprache, speziell die Ausspracheregulierung, ist noch viel zu tun. Hier fehlt es sogar an der entsprechenden Moral bei den Gebildeten und insbesondere bei den Frauen:

„Unser Volk ist nur mit einem bescheidenen Sinne für das Schöne ausgestattet, und wenn es ihm auf einem Gebiete dient, geht es achtlos und gleichgültig auf andern Gebieten an ihm vorüber. Man unterwirft sich willig jedem Zwange der Mode, ist auf peinlichste bemüht, alle Regeln des feinen Anstandes und des guten Tons zu befolgen – und ist doch dabei lässig im Gebrauch der Sprache, macht offenbar Fehler und legt keinen Wert auf eine schöne wohlklingende Aussprache, auch wenn die Natur die Mittel dazu gewährt hat. Besonders häufig kann diese Erfahrung gemacht werden, wo eine im Untergehen befindliche Mundart sich mit dem Hochdeutschen mischt und der Sprache etwas Charakterloses und darum Unschönes aufträgt. Wundern mag man sich billig darüber, daß hier das weibliche Geschlecht so wenig helfend und beispielgebend eintritt, in dessen Hand das Scepter der Schönheit sonst so sicher ruht. Es scheint, als ob ganz vergessen würde, daß das Ohr der Sinn des Gemüts ist, und welch ein herzwinnender Zauber in einer wohlklingenden, angenehmen Aussprache liegt“ (ebda.).¹⁹

¹⁹ Einen vergleichbaren Beitrag mit Behandlung der jüngsten Sprachgeschichte und Zukunftsperspektive liefert Brenner (1904). Interessante Stichworte sind hier „Demokratisierung“ der Sprache (keineswegs positiv gemeint), Einfluß des Oberdeutschen und für die Zukunft die Befürchtung eines „Sprachkampfes mit England um Sein oder Nichtsein des Deutschen“ (S. 141), die Anreicherung der

Selbst wenn man die freilich arg beschränkte sprachhistorische Perspektive dieses Trierer Herrn akzeptierte, so lassen sich dem doch keine Evidenzen für entscheidende sprachliche Umbrüche am Beginn dieses 20. Jhs. entnehmen. Es sind die zentralen, seit dem Abschluß der ersten Standardisierung des Deutschen am Ende des 18. Jahrhunderts hervortretenden Aspekte, die jedoch über das Stichdatum 1900 noch hinausweisen, ja bis heute von Bedeutung sind: das Verhältnis von selbständiger und durch Kontakt mit anderen Sprachen beeinflusster Sprachentwicklung, das Verhältnis von Auto- und Heterozentrierung beim Ausbau des Standards und das Verhältnis von gesprochener und geschriebener Umsetzung in den unterschiedlichen Formen der Sprachpraxis.

Nun noch zu einem zweiten Punkt. Vom Krisenbewußtsein im Bürgertum des ausgehenden 19. Jahrhunderts war schon die Rede. Diese Krise setzte sich ebenfalls weit in das 20. Jahrhundert hinein fort. Konzept und Ideale des traditionellen Bürgertums verloren sich bereits für die junge Generation in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg. Ein Zeitzeuge, der Soziologe Theodor Geiger, notierte für 1932 (ich zitiere nach Mommsen 1987, S. 307):

„Die Jugend aller Bevölkerungsteile hat Gefühl und Begriff der Bürgerlichkeit schlechthin verloren. Für uns ältere Generation war Bürgerlichkeit noch eine Lebensform, von der wir die Anschauung hatten, auch wenn wir sie für uns ablehnten. [...] Für die jüngste Generation liegt die Bürgerlichkeit außerhalb aller Erörterungsbedürftigkeit, jenseits jedes Oppositionsinteresses, ja außerhalb der bloßen Kenntnisnahme.“

Diesem allgemeinen Krisenbewußtsein um die Jahrhundertwende entsprach zugleich eine Sprachkrise als Krise des bürgerlichen Bildungsdeutschs, wie es Peter von Polenz (1983) erklärt hat. Während die eben in den Blick geholte, sattsam bekannte Sprachkritik des ADSV als praktische Konsequenz eher eine Flucht aus der Gegenwart in die Fiktion einer klassischen Vergangenheit (zu Schillers „gebildeter“ Sprache) nahelegte, zielte eine andere Sprachkritik, die u. a. mit Namen wie Fritz Mauthner oder Karl Kraus verknüpft ist, eher auf die Gegenwart und Zukunft der deutschen Sprache, wobei sich wiederum mehrere Möglichkeiten abzeichneten: z. B. Sprachskepsis bis hin zur Sprachverweigerung oder Apathie, Sprachverfremdung als „listige“ Sprachkritik der Praxis und das Sprachspiel als Auflösung oder Relativierung der Verbindlichkeiten in der sog. Unsinnspoesie oder im Dadaismus, wovon Helmut Henne (1996) gehandelt hat. Hintergrund dieser anderen Sprachkrise waren, so von Polenz,

Bildhaftigkeit der Sprache durch neue Bezugsbereiche wie Fabrikarbeit, Verkehrsmittel, Wissenschaft und Technik, Geographie, schließlich Kampf gegen Pedanterie und Schwerfälligkeit der Sprache.

u. a. Strömungen in der Philosophie (Nietzsches und Schopenhauers Kulturpessimismus, später auch die Positivismuskritik) sowie die Popularisierung, Kommerzialisierung und Trivialisierung des Bildungsdeutschen in der Massenkultur und in der Massenpresse. Tendenzen also, die eben weit über den Jahrhundertbeginn hinausreichen, so daß man sich, wie von Polenz es tut, sehr wohl die suggestive Frage stellen kann, „ob nicht etwa unsere ganze Epoche, von der Jahrhundertwende bis heute, Sprachkrise genannt werden muß“ (1983, S. 13).

Alle Beobachtungen und Überlegungen in diese Richtung zeigen also, daß das 20. Jahrhundert weder sozialgeschichtlich noch sprachhistorisch wirklich um 1900 begann. Zwar waren im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bedeutende Veränderungen auch in den sozialen und kommunikativen Bedingungen der Sprachpraxis eingetreten, Veränderungen also, die kaum *ohne* Auswirkungen auch auf die interne Systematik der deutschen Sprache bleiben konnten, aber man muß sich viele dieser Auswirkungen eher als mittelfristig wirksame und kontinuierliche Umschichtungen vorstellen, die keine wirklichen Umbrüche mit sich brachten. Die Sprachen haben, schon um ihre Verständigungsfunktion zu erhalten, eher einen längeren Atem, und es herrscht in ihnen eine Art Subsidiaritätsprinzip, das kurzfristige Veränderungen in einem Bereich (meist in der Lexik) durch längerfristige Beharrung in anderen (vor allem in der Grammatik) aufängt oder den Ersatz von Veränderungen in einer Varietät durch Möglichkeiten anderer Varietäten vorsieht. Dazu gleich mehr.

2.3 Umbrüche in der Sprache des 20. Jahrhunderts?

Wo könnten aber vielleicht doch in der Entwicklung der neueren deutschen Sprache Veränderungen angesetzt werden, die dann echte Differenzen zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert begründeten? Käme dafür die Zeit nach dem 1. Weltkrieg, also die Jahre nach 1918 in Frage? Vieles deutet darauf hin, daß wir es auch hier nur mit der Verstärkung von Tendenzen zu tun haben, die schon länger erkennbar waren: z. B. der Tendenz zur Vermittlung zwischen geschriebener und gesprochener Sprache oder zur Politisierung und Nationalisierung der öffentlichen Sprache, der Tendenz zur Professionalisierung, Spezialisierung und partiellen Formalisierung vieler Bereiche von Alltagssprache, der Tendenz zur Öffnung und Entautomatisierung der Literatursprache (und was man sonst noch finden mag). Sicher sind die Veränderungen im Medienbereich (Presse, Telefon, Hörfunk, Film) bedeutend, aber sie dürften sich sprachlich auch nur längerfristig ausgewirkt haben. Größere Untersuchungen hierzu fehlen leider noch. Ebenso kann man davon ausgehen, daß die neuen Formen der politischen Organisation des Lebens (Parlamente, Parteienpresse, Massenorganisationen usw.) oder die stark veränderten wirtschaftlichen Verhältnis-

se (einschließlich der Wirtschaftswerbung) auch sprachliche Folgen hatten; doch auch hier ist, wie die Analyse politischer Texte zeigen kann, weniger mit starken Neubildungen im einzelnen als mit Verlängerungen, Umdeutungen und spezifischen Instrumentalisierungen eher traditioneller Sprach- und Textmuster zu rechnen.

Daß die 30er Jahre unseres Jahrhunderts sprachgeschichtlich einen Umbruch mit sich brachten, will ich aus ähnlichen Gründen, wie den bereits genannten, nicht glauben. Blicke als Kandidat für einen wirklichen Kontinuitätsbruch noch das Ende des 2. Weltkriegs, also die Zeit zwischen 1945 und 1950. Und tatsächlich begründen diese Zeit bzw. die in ihr auftretenden Veränderungen für viele Sprachhistoriker einen ganz neuen Abschnitt, wenn nicht gar eine neue Epoche. Ich nenne nur einige aktive Vertreter dieser Position: Hans Eggers, Rudolf E. Keller, Stefan Sonderegger, Joachim Schildt, Hugo Moser, Christopher J. Wells, Peter von Polenz und auch die völlig neu bearbeitete, aber immer noch unter dem Namen Wilhelm Schmidts laufende „Geschichte der deutschen Sprache“ (1996). Andere Arbeiten, die sich mit den sog. Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache beschäftigen (z. B. Drosdowski/Henne 1980, Sommerfeldt 1986 oder Glück/Sauer 1990) gehen eher implizit von einer „deutlichen Zäsur“ (eine Formulierung Hugo Mosers) aus, während eine dritte Gruppe (z. B. Urs Widmer in seiner Dissertation von 1966 oder Peter Braun, zuletzt in 3. Aufl. 1993) selbst hier noch Argumente für einen eher kontinuierlichen Übergang finden.

Die These vom großen sprachlichen Umbruch nach 1945 wird unterschiedlich begründet und meist nur an sehr allgemeinen Prozessen festgemacht; sie betrifft zudem – zumindest in der ersten Zeit – fast nur die geschriebenen, also die leichter kontrollierbaren Spracherscheinungen, vor allem in Presse und Literatur, und davon wiederum oft nur den Wortschatz. Gerade von den jüngsten Erfahrungen mit der deutschen Wiedervereinigung her wäre es aber auch interessant zu wissen, wo Kontinuitäten oder Diskontinuitäten im Sprechen sichtbar wurden. Hans Eggers (1973, S. 16) sah hier eine Art Akzeleration der Sprachveränderungen wirksam, die dann zum qualitativen Umschlag führte:

„Als Gegenwartssprache gilt uns diejenige Sprachgestaltung, die seit dem Ende des letzten Krieges immer ausgeprägter in Erscheinung tritt. Allerdings rechnen wir [...] mit einer langdauernden Übergangsperiode, die um 1870 einsetzt. Eine anfängliche Phase währt bis zum Ende des Ersten Weltkrieges und läßt den sich anbahnenden Wandel uns erahnen. Von da an vollziehen sich die Änderungen sehr viel stürmischer, und nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein Zustand der Schriftsprache erreicht, dessen Strukturen sich deutlich als neuartig charakterisieren lassen.“

Für Peter von Polenz (1989, S. 15) wird die Differenz zwischen seiner vorletzten und letzten Phase durch einen Wandel in der Orientierung begrün-

det: Während von 1870 bis 1950 noch eine monozentrische Tendenz vorherrschte, sei die Entwicklung nach 1950 polyzentrisch verlaufen, eine Art Rückfall, so könnte man fast meinen, hinter die von Oskar Reichmann (1988) postulierte Vertikalisierung des Varietätenspektrums im Deutsch der frühen Neuzeit.

Vor allem kommunikationsgeschichtlich hat Hugo Steger (1983) den „Epochenschnitt“ von 1945 begründet. So ist nach ihm (und in Ergänzung dazu) auf folgende Prozesse hinzuweisen, die eine neue Gegenwartssprache hervorgebracht haben sollen: auf den Wandel im institutionellen Gefüge der Gesellschaft (im Westen zudem anders als im Osten), in den Medien (die zunächst strenger Kontrolle unterlagen), im Bewußtsein (zumindest gewisser literarischer und intellektueller Kreise). Ferner auf den starken Einfluß von seiten des Angloamerikanischen (vor allem im Westen), später auch auf den wesentlich geringeren Einfluß der sog. Gastarbeitersprachen (z. B. Übernahme von Restaurant-Exotismen), schließlich der Sprachen der kaum noch deutschsprechenden Spätaussiedler; auf die durch Flucht, Vertreibung und Aussiedlung bedingte Durchmischung der Regionalsprachen bzw. den damit verbundenen Standardisierungsschub; auf die neuen Medien und deren Gestaltungsformen (zunächst Hörfunk und Fernsehen, Illustrierten-, Boulevard- und Magazinpresse, heute elektronische, z. T. interaktive Medien, daneben unkonventionelle Medien wie Flugschriften, Wandzeitungen und Graffiti); auf neue Generations-, Gruppen- und Szene-Sprachen; auf neue Formen sprachlicher Professionalität und Semi-Professionalität; auf neue Techniken der sprachlichen Persuasion in Werbung, Politik und Beratung; neue Ausdrucksweisen sprachlicher Betroffenheit und eines feministisch motivierten Sprachwandels usw. usw.²⁰

Ich breche an dieser Stelle ab. Eine detailliertere Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts ist erst noch zu konzipieren, aber es ist jetzt schon vor auszusehen, daß darin die Kontinuitäten der Sprachentwicklung eine größere Rolle spielen werden als die Diskontinuitäten. Bevor ich das Problem noch von einer anderen Seite angehe, komme ich im folgenden auf einige allgemeine Gesichtspunkte zu sprechen.

²⁰ Auch neuere Arbeiten zum Erinnerungsjahr 1995 (Schlosser 1995) sehen für 1945 mehr Kontinuitäten (besonders in der literarischen und Alltagskommunikation) als Brüche (z. B. im institutionellen Bereich und der Presse). Restaurative Sprachentwicklungen, Wiederanknüpfungen an alte Sprachmuster, z. B. im Vereinswesen oder der Jugendarbeit, müßten auch erst aufgearbeitet werden. Sprachsystematische Details finden sich am ehesten bei Drosdowski/Henne (1980) und Sommerfeldt (1988), eine neue begriffsgeschichtliche Sprachgeschichte nach 1945 hat vor allem G. Stötzel initiiert. Vgl. z. B. die Hefte 63 und 64 (20. Jg. 1989) der Zeitschrift „Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht“ und den Beitrag G. Stötzels in diesem Band.

3. Kontinuität und Diskontinuität als Problem der historischen Sprachwissenschaft

Mein Versuch, in Anlehnung an die einschlägige Forschungsliteratur Differenzen zwischen dem Deutschen im 19. und im 20. Jahrhundert auszumachen, hat eher sprachgeschichtliche Kontinuitäten als Diskontinuitäten zwischen diesen Jahrhunderten in den Blick gerückt. Erst die relativ deutlich veränderten Kommunikationsbedingungen nach 1945 machten gewisse Umbrüche und damit wirkliche Differenzen wahrscheinlich. Im Detail und überzeugend *nachgewiesen* wurden sie aber bisher, so viel ich sehe, *nicht*. Manches spricht sogar dafür, daß wenigstens zeitweise – vielleicht aus ideologischen Gründen – die Diskontinuitäten stärker betont, die Kontinuitäten und Wiederanknüpfungen an alte Sprachmuster, z.B. in der Literatur-, Wissenschafts- und Alltagssprache, eher vernachlässigt wurden. Das Verhältnis von Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Sprachentwicklung ist aber auch ein allgemeines Problem der historischen Sprachwissenschaft. Mit ihm will ich mich im folgenden kurz befassen, bevor ich dann wieder zu einem konkreteren Aspekt, der Kontinuität bzw. Diskontinuität zwischen den Sprachgenerationen, komme.

Historische Sprachwissenschaft hat es vorrangig mit Sprachwandel und Sprachentwicklung zu tun. Das Problem des 'Sprachwandels' ist eher ein theoretisches oder, wenn man so will, ein zeichentheoretisches Problem: Es geht um Zeichenbildung und Zeichenverwendung. Darauf will ich jedoch nicht eingehen, zumal es ja eine lebhafteste, aktuelle Diskussion dazu gibt. Das Problem der 'Sprachentwicklung' wird traditionellerweise in Sprachgeschichtsdarstellungen behandelt, die sich auf Folgen von Sprachveränderungen konzentrieren, und zwar vor allem auf solche, die sich in funktional interpretierbare, gerichtete Zusammenhänge einordnen lassen. Faßt man historische Einzelsprachen generell als spezielle Techniken kommunikativer Verständigung auf, die sozialer Kontrolle unterliegen und von Generation zu Generation weitergereicht werden müssen, so gehören auch Veränderung und Entwicklung notwendig zu ihrer Erscheinungsweise. Denn sie können als Techniken, die unterschiedliche Aufgaben (mit unterschiedlichen Mitteln) zu erfüllen haben, nur dann funktionieren, wenn ihre Systematik ständig erneuert und angepaßt, gleichsam justiert wird, angepaßt u. a. an veränderte soziale Bedingungen oder neue Situationen sozialen Handelns, an unterschiedliche Interessen und Wissensvoraussetzungen der Handelnden, an deren neuartige Ausdrucksbedürfnisse oder an kommunikative Zwecke, die zwar als Anforderungen schon vorher existierten, aber bisher nicht optimal erreichbar erschienen. Man hat diesen permanenten Prozeß des „Werdens von Sprache“ (Coseriu 1980), der Veränderungen notwendig einschließt, auch

als sich selbst regulierenden (kybernetisch organisierten) Mechanismus verstehen wollen, läuft dann aber Gefahr, Wandel und Entwicklung von Sprachen eben von der Sprachpraxis abzukoppeln, die ihnen notwendig vorausgeht und zugrundeliegt.²¹

Wenn nun aber das Moment der Veränderung unabdingbar zur Erscheinungsweise von Sprachen gehört und prinzipiell weder zu ihrer Systematik noch zu ihrer Funktionsfähigkeit in Widerspruch steht, dann stellt sich die konkretere Frage, wie diese Sprachveränderungen im einzelnen motiviert, eingeführt und schließlich in die vorhandene Systematik eingepaßt werden. Uriel Weinreich u. a. haben dafür schon 1968 eine Reihe von Problemtypen benannt, mit denen jede sprachhistorische Analyse und Entwicklungsbeschreibung fertig werden muß. Ich zähle sie nur auf, ohne sie zu erläutern: Das Restriktions-, das Übergangs- und das Einbettungsproblem, ferner das Bewertungs- und das Auslösungsproblem. In diesen Zusammenhang scheint mir auch das Problem von Kontinuität und Diskontinuität bei der Veränderung und Entwicklung von Sprachen zu gehören. Worum geht es dabei?

Schon Saussure hat bei seiner zeichentheoretischen Begründung des Sprachwandels darauf hingewiesen, daß jeder Wandel Kontinuität voraussetze. Das kann in unterschiedlicher Weise verstanden werden. Zunächst setzt ja Wandel immer eine Differenz bzw. Veränderung zwischen mindestens zwei Zuständen voraus, die auf einer höheren Ebene zu einer gemeinsamen Klasse gehören. Der Begriff 'Wandel' „erheische“, so Helmut Lüdtké (1980, S. 4), einen Komplementärbegriff 'Kontinuität': „Trivial ausgedrückt: es muß ein bestimmtes Etwas geben, an welchem sich Wandel ausdrückt.“ Man könnte vielleicht auch – bewußt mehrdeutig – sagen, im Wandel zu einem späteren Zustand B ist jeder frühere Zustand A gleichsam aufgehoben. Das ist auch die Interpretation, die Saussure (1967, S. 87 f.) vornimmt: „Das Vorherrschende bei einer jeden Umgestaltung ist aber, daß die ursprüngliche Materie dabei fortbesteht: die Abweichung vom Vergangenen ist nur relativ. Insofern also beruht die Ausgestaltung auf der ununterbrochenen Fortpflanzung.“²²

Eine zweite Interpretation des Kontinuitätsprinzips ergibt sich, wenn man ein allgemeineres kommunikatives Prinzip dazustellen. Sprachliche

²¹ Vgl. z. B. Lüdtké (1980). Anders Keller (1990), der Sprachwandel aus den Bedürfnissen der kommunikativen Praxis *und* naturgesetzlich erklären will.

²² Vgl. auch Jacob Grimms Äußerung in der Vorrede zum 1. Bd. des Deutschen Wörterbuchs (S. 5): „bei allen durch die zeit hervorgebrachten verschiedenheiten waltet im groszen dennoch eine beträchtliche durchblickende gemeinschaft zwischen alter und neuer sprache, die in allen ihren wendungen und sprünge zu belauschen überraschende freude macht.“

Veränderungen unterliegen auch der Kontrolle durch Verständlichkeit: m. a. W. sie müssen kommunizierbar, nachvollziehbar sein. Morris Halle hat in diesem Zusammenhang von einem „intelligibility constraint“ gesprochen. Das kann durch verschiedene praktische Verfahren sichergestellt werden, z. B.

- durch Minimierung des Abstandes zwischen dem Ausgangszustand und dem veränderten Zustand oder durch Einschalten kleiner Zwischenschritte (wie bei bestimmten Prozessen des Lautwandels),
- durch Ausdehnung des Wandels über einen längeren Zeitraum (z. B. beim grammatischen Wandel),
- durch Begrenzung des Wandels zunächst auf periphere Erscheinungen, bis er später ausgeweitet wird (wie beim morphologischen Wandel),
- durch Nutzung von tradiertem Material oder gängigen Mustern (wie beim analogischen Wandel),
- durch Nutzung von Veränderungstechniken, die üblichen Sprachbildungsverfahren (z. B. Metonymie, Intensivierung, Remotivierung) entsprechen.²³

Eine dritte Interpretation des Kontinuitätsprinzips („jeder Wandel in der Sprache muß durch Kontinuität gesichert sein“) betrifft die Erhaltung der Systematik von Sprachen. Kontinuität wird dadurch gesichert,

- daß sprachliche Veränderungen immer nur bestimmte Bereiche oder Varietäten betreffen, andere hingegen unverändert bleiben (z. B. Wandel im Standard vs. Substandard und vice versa),
- daß selbst bei Überlagerung einer Sprache durch eine andere nicht einfach Ersatz der einen durch eine andere Technik stattfindet, sondern unterschiedliche Verteilungen oder Schichtungen (z. B. Nah- vs. Distanz-kommunikation) intervenieren,
- daß Veränderungen, die von außen kommen (Entlehnungen), prinzipiell, wenn auch in unterschiedlichen Graden, strukturellen Anpassungen unterworfen werden können,
- daß Rückgriffe auf früher aktive Möglichkeiten (Archaismen und Historismen) möglich und durchaus üblich sind.

Geht man also davon aus, daß in den Sprachen Kontinuitätssicherung komplementär zu ihrer Veränderung notwendig ist, so kann man sich fragen, wo sie konkret auszumachen ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang folgende Typen von Kontinuität unterscheiden:

²³ Vgl. auch Cherubim (1980).

- (1) Sprachkontinuität, bei der in der eben diskutierten Weise Verständlichkeit und Systematik gesichert wird.
- (2) Textkontinuität, und zwar sowohl hinsichtlich der Form wie des Inhalts von Texten (etwa bei religiösen oder literarischen Texten, Beispiel: Märchen).
- (3) Normkontinuität, wie sie infolge von Standardisierungen und entsprechenden Kodifikationen entsteht.
- (4) Schriftkontinuität, die über die Tradition von Schreibsystemen hinaus auch bestimmte Strukturen von Sprachen über längere Zeiträume hin bewahren kann.
- (5) Kompetenzkontinuität, d. h. Kontinuität im Sprachbewußtsein und im Sprachkönnen von Individuen oder Gruppen, wobei je nach Ausbildung, Interessen usw. große Unterschiede möglich sind.
- (6) Generationenkontinuität, die durch die Koexistenz verschiedener Altersgruppen in einem Raum (Ort, Zeit, Gruppe) gegeben ist. Hierbei können wieder zwei Untertypen ausgemacht werden:
 - (6.1) Kontinuität der Sprache durch Weitergabe zwischen den Generationen (Helmut Lüdtkke (1980, S. 4) spricht hier von „Staffettenkontinuität“) und
 - (6.2) Kontinuität durch Koexistenz unterschiedlicher Altersgruppen, also durch Altersschichtung (age-grading) innerhalb von Sprachgemeinschaften.

Mit dem zuletzt genannten Phänomen möchte ich mich im folgenden beschäftigen und dabei den Bogen zurückschlagen zu dem zuerst behandelten Thema, der sprachhistorischen Kontinuität zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert in der Entwicklung des Deutschen.

4. Untersuchungen zur Rekonstruktion von Sprachwandel in biographischen Texten

Das Konzept der Altersschichtung innerhalb von Sprachgemeinschaften zu einem bestimmten Zeitpunkt ist, soweit ich sehe, zum ersten Male ausführlicher von Charles F. Hockett (1950) diskutiert, das Phänomen natürlich schon vorher beobachtet worden. Hocketts Vorstellungen wurden dann von William Labov aufgegriffen und für seine bekannten Stadtsprachenuntersuchungen (Labov 1972) genutzt. Die Annahme, um die es hier geht, ist folgende: In jeder natürlichen Sprachgemeinschaft leben Individuen, die sich verschiedenen Generationen zuordnen lassen. Da die zwischen den Generationen tradierte, gemeinsame Sprache von jeder Generation neu rekonstruiert und unter anderen Bedingungen systematisiert werden muß, entstehen – trotz aller sozialer Kontrollen – generationale Diskontinuitäten, die in einem bestimmten Umfang als Projektionen von Sprachwandelprozessen verstanden werden können. Man kann daher

Sprachwandel (wie bisher üblich) im realen Zeitablauf (per Vergleich oder in Längsschnittbeobachtungen) oder indirekt in den Projektionen der Altersschichtung von Sprachgemeinschaften untersuchen.

Rudolf Große (1991) hat in diesem Zusammenhang betont, man dürfe die generationale Schichtung von Sprachgemeinschaften nicht nur in Analogie zur biologischen Generationenabfolge sehen. Jeder Mensch bekommt es im Laufe seiner Sprachsozialisation nicht nur mit seinen Eltern, Großeltern auf der einen Seite, Kindern und Kindeskindern auf der anderen Seite, sondern auch mit Repräsentanten anderer Generationen in ganz unterschiedlichen Kontexten (z. B. in peer-groups, Schule und Berufsausbildung, Vereinen, Institutionen) zu tun. Im ganzen kann man jedoch annehmen, daß jedes sozialisierte Individuum aufgrund dieser Erfahrungen a) eine bestimmte sprachliche Prägung mitbekommt und b) über ein bestimmtes Generationenbild verfügt, das – in unterschiedlichem Grade wahrscheinlich – Zuordnungen von sprachlichen Techniken und Verhaltensweisen zu Altersgruppen ermöglicht. Genau diese Kompetenz mit ihrer jeweiligen generationalen Prägung und einem entsprechenden Sprachbewußtsein, das auch eine Art kollektives Gedächtnis darstellt, kann nun auch Gegenstand sprachhistorischer Untersuchungen sein. Und dies wird bereits praktiziert.

So untersucht Anne Betten seit 1989 biographische Erzählungen jüdischer Emigranten, die in den 30er Jahren von Deutschland nach Israel vertrieben wurden, also zum Zeitpunkt der Aufzeichnung diese Erzählungen, schon recht betagt waren, und die seit ihrer Emigration keine prägenden Kontakte mehr mit dem weiterentwickelten, modernen Deutsch hatten. Betten (1993 a und b) vermutet nun, daß sie in ihren Interviews, Texten einer „distanzierten Mündlichkeit“, die Sprechsprache des gebildeten deutschen Bürgertums der 20er Jahre unseres Jahrhunderts fassen kann, die sich von der heutigen Sprechsprache (in vergleichbaren Konstellationen) deutlich unterscheidet. Sie hofft, durch ihre Untersuchungen die These vom Rückgang der Wirkung schriftsprachlicher Normen in der Sprache seit 1945 (vgl. P. v. Polenz' Polyzentrismusannahme) empirisch bestätigen zu können. In ähnlicher Weise untersucht auch Ulla Fix (Leipzig) biographische Erzählungen, die kommunikative Erfahrungen mit rezentem Sprachverhalten und offenkundigen Sprachveränderungen in den neuen Bundesländern zum Thema haben. Auch sie erhofft sich, über die Rekonstruktion des kollektiven Gedächtnisses Sprach- und Kommunikationswandel innerhalb des durch dieses Gedächtnis begrenzten Zeitraumes erfassen und dokumentieren zu können.

Ich selbst arbeite seit einiger Zeit an Untersuchungen zu Texten alter und sehr alter Menschen, die ebenfalls sprachhistorisch ausgewertet werden sollen. Mein Material umfaßt bisher drei Sorten von Texten: Altersbriefe, im Alter geschriebene Lebenserinnerungen und Interviews mit

alten Menschen, die von meinem ehemaligen Göttinger Kollegen Ernst-August Roloff im Rahmen einer oral-history-Studie aufgezeichnet wurden.²⁴ Da ich hier noch keine detaillierten Ergebnisse vorlegen kann (leider sind mir solche auch aus den anderen Projekten bisher nicht bekannt), beschränke ich mich auf einige Überlegungen, die meinem Untersuchungsansatz zugrundeliegen und erste Beobachtungen. Einige Beispieltex-te finden Sie in den Materialien.

Ziel der Untersuchungen ist zunächst, die historische Bandbreite in den biographischen Texten zu erfassen. Das betrifft einmal alle sprachsystematischen Ebenen von der Schreibgestaltung und Textpräsentation bis zu den Textmustern und Techniken der Versprachlichung bestimmter Situationstypen und Anlässe; dann auch die unterschiedlichen Varietäten, also neben den standardsprachlichen Mitteln dialektale/regionalspezifische und soziolektale Züge, die oft im Alter erstaunlich „wiederkommen“, meist veranlaßt durch oder im Zusammenhang mit Erinnerungen an die Kindheit. Ein Beispiel dazu finden Sie auch in den Materialien.

Schwieriger sind die historischen Zuordnungen. Historische Nachschlagewerke (Wörterbücher, Grammatiken, Sprachgeschichtsdarstellungen) beschränken sich meist nur auf die (angeblichen) Erst- oder Frühbelege, verzichten aber (auch aus Platzgründen) im allgemeinen auf die Verfolgung von Konstanten oder Kontinuitäten. Historische Stilistiken sind noch Mangelware, man muß sich oft mit normativen Stillehren unterschiedlicher Zeitstufen behelfen. Die Übertragung von Beobachtungen an einzelnen Texten auf die Ebene der historischen Entwicklung von Sprachen ist strenggenommen nicht möglich. Hypothesen über solche Entwicklungen könnten aber dadurch motiviert, vielleicht sogar begründet werden, zumal wenn die Beobachtungen an den Texten sich zunehmend verdichten lassen und durch Textvergleiche kontrolliert werden.

Wie groß die Verfügung über historische Sprachmöglichkeiten im Einzelfall ist, hängt von den jeweiligen Erfahrungen, d. h. Lebensalter, Bildung, Tätigkeit, Interessen etc. ab. Die Sozialdaten der einzelnen Personen, insbesondere ihre Lebensläufe, sind also in jedem Fall mitheran-zuziehen. Texte liefern natürlich immer nur begrenzte Ausschnitte aus Kompetenzen. Das könnte durch Berücksichtigung weiterer Texte derselben Person etwas ausgeglichen werden. Meine Altersbriefe entstammen z. T. Sequenzen, die über einen größeren Zeitraum reichen.

Die Verfügung über die Entwicklung einer Sprache beim einzelnen Menschen (einschließlich der Beeinflussung durch andere Sprachen) kann unterschiedlich groß sein: Für das Sprachstadium der Gegenwart gehen einige Autoren von etwa 4 Generationen (also einem Zeitraum von 120 Jahren) aus. Für Lenneberg (1967) ist das der Raum, in dem normalerwei-

²⁴ Vgl. Roloff (1985).

se Generationsunterschiede manifest werden; bei Überlappung der Generationen kann sich das noch verlängern. Man kann aber auch noch eine größere Zeitdimensionierung annehmen. Etwa, wenn man bedenkt, daß man mit alten Menschen Kontakt hat, die ihrerseits in der Jugend mit den Erzählungen alter Menschen konfrontiert wurden und das wieder weitererzählen. So erzählte mein eigener Großvater von Erzählungen eines alten Mannes in seinem Dorf, der noch in der Völkerschlacht bei Leipzig (1813) mitgekämpft hatte. Eine Meldung der Braunschweigischen Landeszeitung von 1890 (also aus der Jugendzeit meines Großvaters) bestätigt diese Konstruktion. Und im Royal Hospital in London zeigt ein Foto in der Vorhalle, das etwa zur gleichen Zeit aufgenommen wurde, ein Treffen der letzten Veteranen, die noch bei Waterloo mitgekämpft hatten. Von Otto v. Bismarck stammt, so berichtet ein Biograph, die Bemerkung, den Erlebnissen eines Menschen müsse man hinzurechnen, was er durch Erfahrung und Erzählung der letztvergangenen zwei Generationen in sich aufgenommen habe.²⁵

Und selbst darüber hinaus sind Erweiterungen noch denkbar, die z. B. indirekt über historische Studien erreicht werden: Theodor Fontane, 1819 geboren, schreibt 1877/78 seinen ersten großen Roman („Vor dem Sturm“) der kurz vor 1813 spielt, in den Erzählungen und Gesprächen der handelnden Personen aber auch immer wieder in die Zeit des „Alten Fritz“ oder (in historischen Exkursen) sogar bis ins 16. und 17. Jahrhundert zurückgreift. Das mögen seltene Ausnahmen sein (obwohl sich bei Schriftstellern das bekanntlich öfters findet), doch man muß eben auch mit Leseerfahrungen in Texten älterer Menschen rechnen, die über ihre eigene Zeit und deren unmittelbare Vorzeit hinausgehen.

Doch sprachhistorisch aufschlußreich sind nicht nur die Archaismen und Historismen unterschiedlichen Kalibers und unterschiedlicher Technik, die nach meinen Beobachtungen auch eher seltener in solchen Texten vorkommen, oft noch inbezug auf die Aufnahmesituation distanzierend („so sagte man eben/damals“) markiert sind. Ebenso interessant sind typische sprachliche Modeerscheinungen, die natürlich auch an bestimmte zeittypische Perspektiven und Kulturen gebunden sind, etwa im Bereich des Gefühlsausdrucks, der sozialen Einordnung anderer Personen oder der Bewertung institutionell-politischer Bereiche (wie Militär, Hofleben, Patriotismus, heute Tourismus, den es in dieser Form früher nicht gab (vgl. Artikel Sommerfrische in den Materialien)).

Weitere Beispiele kann ich aus Platzgründen nicht mehr anführen. Der Vorteil solcher Analysen biographischer Quellen besteht ohne Zweifel darin, daß hier die sprachhistorischen Aspekte in ihren kommunikativ-

²⁵ Nach Ernst von Jagemann: Bismarckerinnerungen. In: Deutsche Revue Bd. 37. 1912, S. 248 ff.

pragmatischen Zusammenhängen erscheinen. Die Nachteile liegen, so habe ich auch zu zeigen versucht, auf der Hand.

Literatur

- Bechert, Johannes (1988): Zur vorwissenschaftlichen Herkunft linguistischer Theoriebildungen. In: *Papiere zur Linguistik* 39/2, S. 55–58.
- Behagel, Otto (1900): Geschriebenes Deutsch und gesprochenes Deutsch. In: *Wissenschaftliche Beihefte zur Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins* 17/18, S. 213–232.
- Bernsmeier, Helmut (1977): Der Allgemeine Deutsche Sprachverein in seiner Gründungsphase. In: *Muttersprache* 87, S. 369–395.
- Betten, Anne (1977, 1978): Erforschung gesprochener deutscher Standardsprache. In: *Deutsche Sprache* 5, S. 335–61; 6, S. 21–44.
- Betten, Anne (1993a): Die literaturorientierte Dialogsprache der zwanziger Jahre. Beobachtungen an Interviews mit ehemaligen deutschen Juden in Israel. In: Löffler, Heinrich (Hg.) (1993): *Dialoganalyse IV. Referate der 4. Arbeitstagung in Basel 1992. Teil 1.* Tübingen. S. 187–198.
- Betten, Anne (1993b): Stilphänomene der Mündlichkeit und Schriftlichkeit im Wandel. In: Stickel, Gerhard (Hg.) (1993): *Stilfragen.* (Institut für deutsche Sprache. Jahrbuch 1994). Berlin / New York. S. 257–279.
- Born, Karl Erich (1981): Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.) (1981): *Moderne deutsche Sozialgeschichte.* Königstein/Ts. S. 271–284.
- Braun, Peter (1993): Tendenzen in der deutschen Gegenwartssprache. Sprachvarietäten. 3., erw. Aufl. Stuttgart / Berlin / Köln.
- Brenner, Oskar (1904): Über das Spiel der Kräfte in der Geschichte der deutschen Schriftsprache. In: *Wissenschaftliche Beihefte zur Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins* 25, S. 129–142.
- Brennert, Hans (1898): *Modeworte. Modedeutsch. Bierdeutsch. Das gebildete Deutsch.* Berlin.
- Cassou, Jean (1962): Politik, Gesellschaft, geistiges Leben. In: Cassou, Jean/Languis, Emil/Pevsner (1962): *Durchbruch zum 20. Jahrhundert. Kunst und Kultur der Jahrhundertwende.* München. S. 5–115.
- Cherubim, Dieter (1980): Abweichung und Sprachwandel. In: ders. (Hg.) (1980): *Fehlerlinguistik. Beiträge zum Problem der sprachlichen Abweichung.* Tübingen. S. 124–152.
- Cherubim, Dieter (1983a): Sprachentwicklung und Sprachkritik im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Konstitution einer pragmatischen Sprachgeschichte. In: Cramer (1983), S. 170–188.
- Cherubim, Dieter (1983b): Zur bürgerlichen Sprache des 19. Jahrhunderts. Historisch-pragmatische Skizze. In: *Wirkendes Wort* 33, S. 398–422.
- Cherubim, Dieter (1996a): J. Ries. In: *Stammerjohann* (1996), S. 793–794.
- Cherubim, Dieter (1996b): H. Wunderlich. In: *Stammerjohann* (1996), S. 1022–1023.
- Cherubim, Dieter/Mattheier, Klaus J. (Hg.) (1989): *Voraussetzungen und Grundlagen der Gegenwartssprache. Sprach- und sozialgeschichtliche Untersuchungen zum 19. Jahrhundert.* Berlin / New York.
- Cherubim, Dieter/Grosse, Siegfried/Mattheier, Klaus J. (Hg.) (1998): *Sprache und bürgerliche Nation. Beiträge des 2. Bad Homburger Kolloquiums zur deutschen und europäischen Sprachgeschichte des 19. Jahrhunderts.* Berlin / New York.

- Cheshire, Jenny (1987): Age and generation-specific use of language. In: Ammon, Ulrich Dittmar, Norbert Mattheier, Klaus (Hg.) (1987): *Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft*. Berlin New York. S. 760-767.
- Coseriu, Eugenio (1980): Vom Primat der Geschichte. In: *Sprachwissenschaft* 5. S. 125-145.
- Cramer, Thomas (Hg.) (1983): *Literatur und Sprache im historischen Prozeß. Vorträge des Deutschen Germanistentages Aachen 1982. Bd. 2: Sprache*. Tübingen.
- Drosdowski, Günther Henne, Helmut (1980): Tendenzen der Gegenwartssprache. In: Althaus, Hans-Peter Henne, Helmut Wiegand, Herbert Ernst (Hg.) (1980): *Lexikon der Germanistischen Linguistik*. 2., vollst. neubearb. und erw. Aufl. Tübingen. S. 619-632.
- Eggers, Hans (1973): *Deutsche Sprache im 20. Jahrhundert*. München.
- Fischer, Konrad (1900): Unsere Muttersprache im 19. Jahrhundert. In: *Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins* 15 4. S. 90-96.
- Fix, Ulla (1995): Das Generationsgedächtnis und der Sprachwandel. Sprachbiographisches Erinnern als Methode zum Erfassen von Sprachgebrauchswandel. In: Lerchner, Gotthard-Schröder, Marianne Fix, Ulla (Hg.) (1995): *Chronologische, areale und situative Varietäten des Deutschen in der Sprachhistoriographie: Festschrift für Rudolf Große*. Frankfurt. S. 31-38.
- Glück, Helmut Sauer, Wolfgang Werner (1990): *Gegenwartsdeutsch*. Stuttgart.
- Greule, Albrecht Ahlvers-Liebel, Elisabeth (1986): *Germanistische Sprachpflege. Geschichte, Praxis und Zielsetzung*. Darmstadt.
- Große, Rudolf (1991): Zur Problematik der Generationen im Prozeß des Sprachwandels. In: Bahner, Werner-Schildt, Joachim Vieweger, Dieter (Hg.) (1991): *Proceedings of the 14th Internat. Congress of Linguists. Vol. II*. Berlin. S. 1372-1374.
- Gutsche, Wilhelm (1989): Jahrhundertwartungen in Deutschland. In: Klein Aretin (1989), S. 377-386.
- Halle, Morris (1962): Phonology in Generative Grammar. In: *Word* 18, S. 54-72.
- Henne, Helmut (1996): *Sprachliche Erkundung der Moderne*. Mannheim. (Duden-Beiträge zu Fragen der Rechtschreibung, der Grammatik und des Stils. H. 53).
- Hockett, Charles F. (1950): Age-grading and linguistic continuity. In: *Language* 26. S. 449-457.
- Jost, Hans Ulrich (1989): Kulturkrise und politische Reaktion. Krisenbewußtsein? In: Klein Aretin (1989), S. 303-317.
- Keller, Rudi (1990): *Sprachwandel. Von der unsichtbaren Hand in der Sprache*. Tübingen.
- Klein, Fritz Aretin, Karl Otmar von (Hg.) (1989): *Europa um 1900. Texte eines Kolloquiums*. Berlin.
- Kocka, Jürgen (Hg.) (1987a): *Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert*. Göttingen.
- Kocka, Jürgen (1987b): Bürgertum und Bürgerlichkeit als Probleme der deutschen Geschichte vom späten 18. zum frühen 20. Jahrhundert. In: Kocka (1987a), S. 21-63.
- Labov, William (1972): *Sociolinguistic Patterns*. Philadelphia.
- Lenneberg, Eric H. (1967): *Biological Foundations of Language*. New York.
- Linke, Angelika (1996): *Sprachkultur und Bürgertum. Zur Mentalitätsgeschichte des 19. Jahrhunderts*. Stuttgart Weimar.

- Lüdtke, Helmut (1980): Sprachwandel als universales Phänomen. In: ders. (Hg.) (1980): *Kommunikationstheoretische Fragen des Sprachwandels*. Berlin / New York. S. 1–19.
- Mackensen, Lutz (1971): *Die deutsche Sprache in unserer Zeit. Zur Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts*. 2., neubearb. Aufl. Heidelberg.
- Mattheier, Klaus J. (1983): Sprachgeschichte im 19. Jahrhundert. Protokoll einer Diskussionsrunde. In: Cramer (1983), S. 202–203.
- Mattheier, Klaus J. (1987): Alter, Generation. In: Ammon, Ulrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J. (Hg.) (1987): *Soziolinguistik. Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft*. Berlin / New York. S. 78–82.
- Meyer, Kerstin (1993): Wustmanns 'Sprachdummheiten'. Untersuchungen zu einem Sprachratgeber des 19. Jahrhunderts. In: *Sprachwissenschaft* 18, S. 223–315.
- Möller, Georg (1961): *Deutsch von heute. Kleine Stilkunde unserer Gebrauchssprache*. Leipzig.
- Mommsen, Hans (1987): Die Auflösung des Bürgertums seit dem späten 19. Jahrhundert. In: Kocka (1987a), S. 288–315.
- Moser, Hugo (1977): Sprachnorm und Sprachwandel im heutigen Deutsch. Festrede [...] gehalten aus Anlaß der feierlichen Eröffnung des Akademischen Jahres 1975/76 am 20. 10. 1975. Köln / Bonn.
- Neumann, Werner (1988a): Über das Verhältnis von Sprachtheorie und Sprachsituation in Deutschland gegen Ende des 19. Jahrhunderts. In: *Beiträge zur Erforschung der deutschen Sprache* 8, S. 5–33.
- Neumann, Werner (1988b): 1887: die sprachwissenschaftliche Germanistik zwischen Höhepunkt und Krise. In: *Zeitschrift für Germanistik* 9, S. 523–536.
- Nipperdey, Thomas (1993): *Deutsche Geschichte*. Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*. München.
- Osthoff, Hermann/Brugmann, Karl (1878): *Morphologische Untersuchungen auf dem Gebiete der indogermanischen Sprachen*. Teil I. Leipzig.
- Polenz, Peter von (1983): Die Sprachkrise der Jahrhundertwende und das bürgerliche Bildungsdeutsch. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 14/52, S. 3–13.
- Polenz, Peter von (1987): Historische Tiefe in der Sprachforschung. In: *IdS-Sprachreport* 1, S. 5–7.
- Polenz, Peter von (1989): Das 19. Jahrhundert als sprachgeschichtliches Periodisierungsproblem. In: Cherubim/Mattheier (1989), S. 11–30.
- Reichmann, Oskar (1988): Zur Vertikalisierung des Varietätenspektrums in der jüngeren Sprachgeschichte des Deutschen. In: Munske, Horst Haider u. a. (Hg.) (1988): *Wortschatz. Lexikologische Studien* [...]. Berlin / New York. S. 151–180.
- Ries, John (1894): *Beiträge zur Grundlegung der Syntax: Was ist Syntax?* Marburg.
- Roloff, Ernst-August (1985): *100 Jahre Bürgertum in Braunschweig. Teil I: Von der Jasperallee zur Kaiser-Wilhelm-Straße*. Braunschweig.
- de Saussure, Ferdinand (1967): *Grundfragen der Allgemeinen Sprachwissenschaft*. [...] Übers. von H. Lommel. 2. Aufl. hg. von Peter von Polenz. Berlin.
- Scherer, Wilhelm (1868): *Zur Geschichte der deutschen Sprache*. Berlin.
- Schlosser, Horst Dieter (1995): Gab es 1945 sprachlich eine Stunde Null? In: *Muttersprache* 105, S. 193–209.
- Schmidt, Hartmut (1986): *Die lebendige Sprache. Zur Entstehung des Organismuskonzepts*. Berlin. (Linguistische Studien. Reihe A. Arbeitsberichte 151).

- Schmidt, Wilhelm (1996): *Geschichte der deutschen Sprache*. Ein Lehrbuch für das germanistische Studium. 7., verb. Aufl., erarb. unter der Leitung von Helmut Langner. Stuttgart : Leipzig.
- Schwartz, Hillel (1992): *Zeitenwende – Weltenende? Visionen beim Wechsel der Jahrhunderte von 990–1990*. Aus dem Amerikanischen von Wieland Grommes und Margret Schulz-Wenzel. Braunschweig.
- Schwitalla, Johannes (1996): Telefonprobleme. (Leidvolle) Erfahrungen mit einem neuen Medium. In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik* 24, S. 153–174.
- Sommerfeldt, Karl-Ernst (Hg.) (1988): *Entwicklungstendenzen in der deutschen Gegenwartssprache*. Leipzig.
- Sonderegger, Stefan (1979): *Grundzüge deutscher Sprachgeschichte. Diachronie des Sprachsystems. Bd. I: Einführung – Genealogie – Konstanten*. Berlin / New York.
- Stammerjohann, Harro (Hg.) (1996): *Lexicon Grammaticorum. Who's Who in the History of World Linguistics*. Tübingen.
- Steger, Hugo (1983): *Sprache im Wandel*. In: Benz, Wolfgang (Hg.) (1983): *Die Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Kultur*. Frankfurt/M. S. 15–46.
- Wegener, Philipp (1885): *Untersuchungen ueber die Grundfragen des Sprachlebens*. Halle/S.
- Weinreich, Uriel/Labov, William/Herzog, Marvin I. (1968): *Empirical foundations for a theory of language change*. In: Lehmann, Winfried P./Malkiel, Yakov (eds.) (1968): *Directions for historical linguistics*. Austin/London. S. 95–188.
- Whitney, William D. (1875): *The Life and Growth of Language. An Outline of Linguistic Science*. New York / London.
- Widmer, Urs (1966): *1945 oder die 'neue Sprache'*. Düsseldorf.
- Wimmer, Rainer (Hg.) (1991): *Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch*. Berlin / New York. (Jahrbuch 1990 des IdS).

Materialien

Süddeutsche Zeitung, 4.9.1995

Sommerfrische

Jeder Vergleich mit allen Benennungen unserer Tage für das nur scheinbar Vergleichbare, den „Urlaub“, verbietet sich schon durch den bloßen Klang, eine Melodie, die unversehens mitschwingt bei dem altmodischen Begriff Sommerfrische. Wer einmal in seinem Leben zu Ferienbeginn auf einem Flughafen war, um den Weg in blaue Fernen anzutreten, weiß, was gemeint ist. In der „Sommerfrische“ liegt schon die Dauer eines Zustands, in dem sich Ruhe, gelegentlich Abgeschiedenheit, Musik, Literatur, Familientreffen, gesellschaftlicher Umgang und produktive Unruhe zusammenfinden.

Vordergründig mag man bei Sommerfrische an Wiener Literaten und Komponisten, an Monarchen in der Trachtenjoppe auf der Pirsch, an Altaussee und Bad Ischl, an Oberbayern und Südtirol denken. An versunkene Welten in jedem Fall, als Personal selbstverständlich, Geld scheinbar auch und Zeit im Hofmannsthalschen Sinn zwar ein „sonderbares Ding“, aber eben auch „rein gar nichts“ war, „wenn man so hinlebt“. Womit nicht der reine Müßiggang gemeint ist, sondern ein arbeitsames Verschwenden an die Zeit, in deren Ablauf der Lehrer für die Kinder oder der Instruktor genauso eingebaut waren wie die Köchin und das Hausmädchen.

Welche Welten liegen zwischen dem Aufbruch in die Sommerfrische und dem Last-minute-Angebot in die Karibik einerseits, dem Club-Urlaub, der „Besinnung“ verheißt – auf was? –, dem Aktiv-, Erlebnis- oder gar „Kur-laub“, dem Stau auf der A 8 von immer neuen Rekordlängen und vor allem der grenzenlosen Hast

und der ungeheuren Erwartungshaltung, die dem allen innewohnt. Die angestregte Bemühung, sich möglichst zu Hause und doch fern vom Alltag zu fühlen, macht das allerorten verordnete geforderte und vom Urlauber zu erfüllende Streben nach „Erholung“ zu einem Spiel mit manchmal ungewissem Ausgang.

Kehren wir zurück zur verblichenen Sommerfrische, zum „Davor“ und wie es bewältigt wurde: Man kann davon ausgehen, daß in der großbürgerlichen Familie sehr wohl das Familien„oberhaupt“ Zeitpunkt und vor allem Ort des sommerlichen Erholungseinlasses bestimmte. Und daß es dann der weiblichen Seite überlassen blieb, die nötigen Schritte zur Erreichung des angestrebten Zieles zu unternehmen. Der Aufbruch war von wochenlanger Unruhe begleitet, die sich speiste aus den vielfältigsten Überlegungen, allen Beteiligten gerecht zu werden, und vor allem dem, was ein Umzug so mit sich bringt. Denn nichts anderes war sie, die Sommerfrische: ein Umzug. Der bedeutete End- und Schlußpunkt unter ein wahrscheinlich arbeitsreiches Jahr einerseits und verdienter Genuß des Sommers, den im gelungenen Fall der Dichter dann als „sehr grob“ bezeichnen konnte.

Sozusagen exterritorial verlagerte sich das gesellschaftliche Leben als Variation des städtischen Daseins. Ob die immer größer werdende Familie Mann mit Sack und Pack ins „Tölzhaus“ zog, oder Gerhart Hauptmann in Hiddensee hoffte, Gustav Mahler sich in sein Komponierhäuschen in Maiernigg am Wörthersee vergrub, Johannes Brahms seine Arbeits-sommer in Pörschach oder in Altaussee

verbrachte, Gabriele Münter in Murnau mit Kandinsky zu höchster Form von Kunst- und Lebenssymbiose fand – die Sommer wurden unabhängig von Wetter und Unbilden äußerer Natur schaffend und ruhend gleichermaßen gelebt. Der gesellschaftliche und der ökonomische Bezug fand sich nicht grob und abrupt abgeschnitten, sondern vertieft, erweitert.

Von Gustav Mahler ist verbürgt, daß er mit zwei Dienstmädchen, einem Kindermädchen, drei Klavieren nach Toblach in Südtirol aufbrach, wo die Hunde der Nachbarschaft eingesperrt werden mußten, damit sie den Meister nicht beim Komponieren störten ... Der Gedanke an „Festspiele“ in Salzburg entstand in langen Gesprächen in dem Kreis, der sich um Hugo v. Hofmannsthal in Altaussee scharte, die Musik zu „Elektra“ wurde daselbst von Richard Strauss komponiert, und in Bansin an der Ostsee ging die Arbeit am „Zauberberg“ zwar nicht im gewünschten Tempo, aber dennoch vorstatten. – Die europäische Geistesgeschichte wäre fast undenkbar ohne die Sommerfrische.

Sicherlich ist es dem demokratischen Gedanken bekömmlicher, daß heutzutage Millionen Menschen wählen dürfen zwischen der Erkundung fremder Kulturen auf den Fidschi-Inseln, Rafting in Kanada oder Sonne auf den Kanaren. Dies alles zu wohlfeilen Preisen. Wir wollen nicht verhehlen, daß die so beschriebene Sommerfrische wohl nur einem kleinen Bevölkerungskreis möglich war. Da wäre dann als Gegensatz auch der Einfachheit der Sommerfrische das Wort zu reden; der Bescheidung, mit der man sich wohl abfand im sommerlichen Quartier. Trotz der

mitreisenden Hilfsgeister.

Es sei erinnert, daß preußische Familien schon immer gerne in Oberbayern ihre Ferien verbrachten und sie damit auch eine für sie fremde Lebensart studieren konnten. Beredtes Zeugnis davon geben der vornehme Knabe Arthur und sein ländlich-bodenständiger Gegenspieler Ludwig in Thomas *Lausbuben* Geschichten. Schwarzpulver und Blindschleichen, die dabei eine große Rolle spielen, wären an der Côte d'Azur undenkbar.

Freilich – es sei erinnert, daß da und dort wohl noch „Sommerfrische“ als Lebensgefühl gewünscht und erlebt wird. Es wäre zu bemerken, daß sich sogar höchste politische Amtspersonen gerne jedes Jahr in eine solche begeben. Wovon dann in bunten Gazetten bewundernd ob der Resistenz gegen mallorquinisch-karibisch-kanarische Genüsse zu berichten ist, Trachtenjoppe ersetzt durch Freizeitlook, Hausmädchen durch Staatssekretär, und Fax und das Fernsehen als stiller Teilnehmer des ländlichen Glücks Hofberichterstattung machen dürfen.

Ob allerdings, wie in die „Kaiservilla“ in Bad Ischl, jahrzehntelang sonnenfrischer Ort Franz Joseph I. und seiner Sissi, in achtzig Jahren noch Touristenströme an den Wolfgangsee ziehen werden, darf füglich bezweifelt werden. Wobei man hoffen darf, daß Jahrhundertentscheidungen, wie die Kriegserklärung zum Ersten Weltkrieg, die in Bad Ischl unterfertigt wurde, am Wolfgangsee nie zur Disposition stehen. Also ein Hoch auf die Demokratie, die uns solchermaßen vor Unbilden bewahrt und dafür Masse beschert. RENATE GRÄFIN MATUSCHKA

Die Straße der eigenen Kindheit

Wo ist man nicht schon überall entlanggeschlendert? Die Nathan-Road in Hongkong oder den Sunset-Strip in „L.A.“, die Via Condotti in Rom oder die Champs Elysées in Paris. Doch eine Straße gibt es in der Welt, die jeden Menschen besonders anrührt: Es ist die Straße der eigenen Kindheit.

Es war Zufall. Ich parkte auf dem Wilhelmitorwall – dort, wo ich vor mehr als 50 Jahren gewohnt habe. Plötzlich tauchten Bilder auf. In diesen knorrigen Baum vor Dr. Noltes Haus habe ich einst meine Holz-„Peker“ geschleudert, bis die Kastanien prasselten. Im Garten von Nr. 4 rumpelte ich mal in einem Bollerwagen den Abhang hinab in den damals noch reichlich Okerwasser führenden Bosselgraben. Horst Hosse, der Nachbarsjunge, zog mich wieder raus. Dort, unter Sefkows Balkon, sammelten wir nach dem schweren Ostersonnabend-Angriff 1944 Bombensplitter am Rand der riesigen Trichter.

Mit manchen Häusern verbinden sich Namen, die keiner mehr nennt. Doch an anderen Türen hängen noch die gleichen Namensschilder wie damals: Mühlenpfordt und Gutzeit, Fricke und Lange.

–pf.

Braunschweiger Zeitung, 29.7.1995

Das Neueste von gestern

Vor 100 Jahren, im Jahr 1890, berichtete die Braunschweigische Landeszeitung, die Vorgängerin der heutigen Braunschweiger Zeitung, unter anderem über diese Begebenheiten:

„Am vorigen Freitag starb in Görlitz ein fast 95 Jahre alter, am 13. März 1795 geborener Veteran der Freiheitskriege von 1813–1815, Georg Schmidt. Im Jahre 1814 war er am Typhus erkrankt, für tot gehalten und deshalb in die Leichenkammer geschafft worden, wo ihn am andern Tage zu ihrem nicht geringen Erstaunen die Leichenträger, die ihres Amtes walten wollen, inmitten der Soldatenleichen sitzen sahen.“ (30. Januar)

Braunschweiger Zeitung, 1990

HARTMUT SCHMIDT

Traditionen des Formulierens: Apposition, Triade, Alliteration, Variation¹

Abstract

Der Vortrag macht an einigen exemplarischen Bereichen auf sich wandelnde Formulierungsgewohnheiten der jüngsten Sprachgeschichte aufmerksam. Knapp behandelt werden zunächst auffällige Gebrauchsänderungen von engen Appositionen, nachgestellten Adjektivattributen, iterativen Triaden und Alliterationen. Genauer ausgeführt wird die – vor allem, aber nicht nur in Medientexten – immer intensiver genutzte Technik des anspielenden, variierenden Zitierens, die zur Ausbildung eines wachsenden Vorrats an Formulierungsmustern führt, die – als Halbfertigprodukte – durch einfache Variationstechniken den aktuellen Zwecken angepaßt werden können.

Eine germanistische Sprachwissenschaft, die sich mit der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts befasst, kann die Sprachwirklichkeit der letzten 100 Jahre nicht undifferenziert als eine allen Zeitgenossen gemeinsame (und genügend bekannte) „deutsche Gegenwartssprache“ voraussetzen. Diese Sprachwirklichkeit ist in sich vielfältig gegliedert und ihre Träger machen vom mehr oder weniger gemeinsamen Fundus einen höchst unterschiedlichen Gebrauch. Man kann diesen unterschiedlichen Gebrauch im Wandel des bevorzugten Wortschatzes, im Wandel grammatischer Regeln oder im Wandel von Kommunikationsgewohnheiten festzumachen versuchen. Das Ziel dieses Vortrags ist es, auf einen bestimmten Ausschnitt sich entwickelnder Formulierungsgewohnheiten aufmerksam zu machen, nicht auf die wechselnde Bevorzugung und Ausprägung einzelner Wörter, sondern auf den Gebrauch von Syntagmen. Freude an Formulierungstechniken und Spaß am Zitieren und an der variierten Wiederholung besitzen linguistische und sprachgeschichtliche Bedeutung. Ich werbe für

¹ In die Druckfassung des Vortrags wurden Zeitungsbelege bis zum April 1997 eingearbeitet.

einen Erweiterungsbereich der klassischen Lexikographie und Lexikologie, für die großzügigere Berücksichtigung sprachlicher Techniken der Medien, der Literatur- und Alltagssprache, die zur Ausbildung mehr oder weniger stabiler und also auch modischer Formeln führen. Um einen solchen Ansatz – im Gesamtrahmen einer historisch interessierten Phraseologie- und Formulierungsforschung – auch forschungsgeschichtlich zu begründen, verweise ich auf das Einleitungskapitel von Otto Jespersens 'Philosophy of Grammar' (1924); ich halte Jespersens Unterscheidung von Formeln ('formules') und freien Formulierungen ('free expressions') weiterhin für grundlegend, und auch die Schwierigkeiten der Abgrenzung zwischen formelhafter und freier Sprache, auf die Jespersen aufmerksam macht, bieten nach meiner Überzeugung bis heute ungelöste und anregende Problemstellungen, darunter durchaus auch Problemstellungen, die in Ansätzen zur Ausarbeitung einer „Theorie des Formulierens“ noch der Lösung harren. An Jespersen knüpfen die neuesten einschlägigen Arbeiten von Stephan Stein (1995), Hans Ruef (1995) und Helmut Feilke (1996) in unterschiedlicher Deutlichkeit wieder an. Genauere Grundlagen für den Kernpunkt unserer Darstellung (s. die Abschnitte 5–7) sind im Handbuch der Phraseologie (Burger/Buhofer/Sialm 1982) gelegt. Übergänge zu den Hauptrichtungen der Phraseologieforschung bietet Fleischer (1982). Interessante Berührungspunkte mit den Strategien der reformulierenden Bezugnahme auf vorausliegende öffentliche Texte ergeben sich aus Steyer (1997). Ein „Programm einer Theorie des Formulierens“, das als „Rekonstruktion der Handlungsweise FORMULIEREN“ definiert wird (Antos 1982, S. 33), sollte sich für Fragen wechselnder Formulierungsstile und -tendenzen und für die Berücksichtigung stabiler oder variabler Satzbau- steine (Stereotype, Klischees) großzügig öffnen. Für die 'allmähliche Verrückung der Gedanken' während des Äußerungsprozesses nutzen wir nicht nur bei gedankenlosem Routinesprechen im Sprachgedächtnis haftende tradierte Wortgruppen, teils unverändert, teils syntaktisch eingepasst, teils stärker (z.B. lexikalisch) abgewandelt. Wir tun dies auch in sorgfältig reflektierten Realisierungen kreativer Sprache. Und wir nutzen für unsere eigenen Äußerungen auch sehr routiniert modische syntaktische Muster (vgl. die Abschnitte 1–4). Nach der knappen Behandlung einiger Beispiele aus dem Bereich modischer Attributgruppen, iterativer Triaden und Alliterationen werde ich etwas genauer auf Techniken des Zitierens, insbesondere die Variation von Zitaten und daraus entstehende Variationsstereotype, Anspielungsmuster oder eben offene Formulierungsklischees eingehen. Es sollte deutlich werden, dass sich formulierungsgeschichtliche Untersuchungen nicht auf die Betrachtung der Lexik beschränken können, dass sie es vielmehr mit einem ziemlich differenzierten Komplex lexikalischer, grammatischer und textueller Gegebenheiten und mit Änderungen solcher Gegebenheiten zu tun haben.

1. Asyndetische, „enge“ Appositionen

Zeit ist Geld, auch Formulierungen müssen kurz und knapp sein. Syntaktisches Drumherum ist verzichtbar. Das ist die Stunde der engen Appositionen, der als Namen oder namenartig an ein Substantiv angefügten Nominalattribute: *Haus Europa*, *Standort Deutschland*, *Aufschwung Ost*, *Leitbild Kultur*, *Faszination Natur*, *Unternehmen Zukunft*. Derartige Benennungen sind zwar nicht neu, aber erst seit wenigen Jahren treten sie modisch extrem gehäuft auf. Im Sammelband von Valentin (1992) werden sie nur ganz am Rande erwähnt (S. 9). Deutlich ausführlicher – nach den Prinzipien der X-bar-Syntax – behandelt werden die engen Appositionen bei Lawrenz (1993, S. 13 ff.). Bezeichnend ist, dass diese Bildungen noch in Teuberts Analyse der Valenz des Substantivs, die auf Untersuchungsmaterial bis zum Jahr 1979 beruht, „zumeist durch geographische und Personennamen aktualisiert“ werden (Teubert 1979, S. 142). Andere Realisierungen erschienen damals noch völlig isoliert. Dieses Bild hat sich spätestens in den neunziger Jahren drastisch verändert, die Anfänge liegen früher.

Im Ersten Weltkrieg war Hindenburg *Oberbefehlshaber Ost*, das von ihm kontrollierte Gebiet hieß *Ober Ost*. Seine Presseabteilung gab 1917 einen dicken Band heraus „*Das Land Ober Ost*“. Schon in der Nazizeit wurde die *Festung Europa* geboren (vgl. [1943] Th. Mann 1956, S. 704); sie hat sich inzwischen zum *Haus Europa* und letztlich sogar zur *Heimat Europa* ([V. Havel vor dem deutschen Bundestag] NZZ, 25.4.97, S. 3) abgerüstet. Aus dem Zweiten Weltkrieg erinnern wir uns an die *Organisation Todt*, das *Unternehmen Barbarossa*, die *Heeresgruppe Mitte* oder die *Hauptabteilung Umsiedlung* (Sereny 1997, S. 268). Die Nachkriegsjahre hielten militärisch knappe Benennungen solcher Art im Gedächtnis und im Gebrauch. Die Wiedervereinigung schenkte uns dann die Formel *Aufschwung Ost* und löste damit eine Benennungslawine aus. In den Medien begann es sehr schnell zu wimmeln, als sei es das Wichtigste, die eben überwundene staatliche Zweiteilung mit neuem Anstrich zu stabilisieren: *Abgrenzung Ost* (Wochenpost, 29.8.96, S. 12), *Wohngeld Ost* (Wochenpost, 22.8.96, S. 7), *Landwirtschaft Ost* (Tagesspiegel, 24.1.97, S. 3), *Einkaufsoffensive Ost* (Spiegel, 19.12.96, S. 3), *Schulterschluß Ost* (Tagesspiegel, 27.9.96, S. 4) und sogar *Sonderkonjunktur Ost* (Berl. Ztg., 26.9.96, S. 5) oder *Aufbruch Ost* (Wochenpost, 30.5.96, S. 16) und daneben dann *Landwirtschaft West* (Tagesspiegel, 24.1.97, S. 3), *Bauer West* (Tagesspiegel, 24.1.97, S. 3), sogar *Kaderschmiede West* (Wochenpost, 18.7.96, S. 48 f.) oder *Absturz West* (Tagesspiegel, 19.2.97, S. 3) und *Volkswut West* (Tagesspiegel, 1.4.96, S. 17). Das wuchert und wuchert und will nicht zusammenwachsen. Aber die Wirksamkeit des Formulierungsmusters bleibt nicht im Ost/West-Konflikt stecken: Im *Modell Bundesrepublik*

(Wochenpost, 4.7.96, S. 10) haben wir den *Bauherrn Demokratie* (Zeit, 5.7.96, S. 37) und die *Baustelle Berlin* (Tagesspiegel, 13.5.96, S. 9), das *Schlachtfeld Arbeitsplatz* (MM, 17.4.96, S. 9) und den *Lebensraum Schule* (Tagesspiegel, 1.4.96, S. 11), die *Faszination Fußball* (Berl. Ztg., 29./30.6.96, S. 12) und den *Treibstoff Dollar* (Zeit, 19.4.96, S. 30), das *Gesamtkunstwerk Sport* (Spiegel, 5.8.96, S. 116), das *Stiefkind Strafvollzug* (FR, 24.9.96, S. 3), den *Streitpunkt Schlechtwettergeld* (Tagesspiegel, 25.3.97, S. 15), den *Treffpunkt Schweiz* (NZZ, 8./9.3.97, S. 25), die *Zuflucht Schweiz* (NZZ 8./9.3.97, S. 61) und den *Mythos Schweiz* (NZZ 1./2.3.97, S. 26), seit Januar 1991 den *Standort Deutschland* (vgl. H. Schmidt 1997b, S. 41 ff.) und inzwischen auch das *Standortrisiko Manager* (Zeit, 19.4.96, S. 32), die *Selbstbedienung Treuhand* (Zeit, 16.8.96, S. 17) und den *Tatort Sexshop* (MM, 15.8.96, S. 13 [übrigens in Mannheim]), schließlich das *Unternehmen Kirche* (MM, 8.5.96, S. 5), und wenn es ganz trostlos wird, das *Abenteuer Nähe* (Zeit, 19.4.96, S. 87). Um das weite Spektrum der Anwendung enger Appositionen zusätzlich zu kennzeichnen, seien Zufallsbelege (meist aus Überschriften) einer einzigen Woche im März 1997 genannt: *Baustelle Deutschland* (Tagesspiegel, 10.3.97, S. 1), *die Dimension Auflehnung* (Spiegel, 17.3.97, S. 234), *Drehkreuz Ostsee* (Ostpreußenblatt, 15.3.97, S. 24), *Feindbild Polizei* (Tagesspiegel, 13.3.97, S. 14), *Die Gefahr Arbeitslosigkeit* (Junge Welt, 15./16.3.97, S. 6), *Kunststück Zukunft* (Zeit, 14.3.97, S. 49), *Modell Bundesrepublik* (SZ, 15./16.3.97, Beil. 1), *Das Modell Schweden* (Tagesspiegel, 19.3.97, Beil. S9), *Müllhalde Weltall* (Rhein-Neckar-Ztg., 15./16.3.97, S. 17), *Netzwerk Verkehr* (3 sat, 16.3.97), *Risiko Europa* (Tagesspiegel, 18.3.97, S. 27), *Schauplatz Leipzig* (FAZ, 15.3.97, S. 12), *Zukunftsentwurf Antifaschismus* (Ulrich Schneider 1997 [Buchtitel]). Zur Besetzung der Appositionsstelle können auch Ziffern dienen, so in vielen Inanspruchnahmen der Hoffnung auf das Jahr 2000, von der geplatzten Bewerbung *Olympia 2000* in Berlin bis zu *Brandenburg 2000* (Tagesspiegel, 6.2.97, S. 15), *Modell Germany 2000* (Tagesspiegel, 27.4.96, S. 6), *EXPO 2000* (NZZ, 1./2.3.97, S. 25), *IC 2000* (NZZ, 1./2.3.97, S. 26), sogar *Karriere 2000* (Tagesspiegel, 16.2.97, S. 37), das *Friedenskomitee 2000* (Tagesspiegel, 3.2.97, S. 10) und endlich auch *Frieden 2000*, leider vorläufig nur als Bezeichnung eines Informationsdienstes (Spiegel, 3.2.97, S. 60).

Wollen wir das kreativ modische Element im derzeitigen Aufkommen enger Appositionen genauer erfassen, so müssen wir versuchen, die Beispiele für seit langem etablierte Bildungsmuster beiseite zu lassen. Wir können nach herrschender Meinung die engen Appositionen systematisch in zwei Gruppen einteilen, nämlich in solche, die einen Eigennamen (*mein Freund Paul*) und solche, die eine Maßangabe enthalten (*ein Liter Bier*) (Eisenberg 1994, S. 255). Zwar stellt sich für beide Gruppen die schwie-

rige Frage der wechselnden internen Abhängigkeitsverhältnisse (was ist regierender Kern, was regiertes Attribut, vgl. Eisenberg 1994, S. 256 ff. und schon Paul 1937, S. 288 f.). Aber dieses grammatische Problem hat die modische Zunahme der Verwendung nicht behindert. Diese heute zu beobachtende radikale Öffnung eines alten grammatischen Musters hat kaum mit der Gruppe der Maßangaben zu tun, betrifft aber die Gruppe der Namen-Appositionen und einen Erweiterungsbereich, der mit diesen offenbar in einem interessanten, wenn auch etwas undeutlichen Zusammenhang steht. J. Erben hat früh darauf aufmerksam gemacht, dass vor jetzt reichlich 60 Jahren schon Arthur Hübner die neue Formulierungstendenz in Fällen wie *Elektrizitätswerk Mark* auffällig fand, „die Neigung, auf Beugungs- und Ableitungsmittel mehr und mehr zu verzichten, der Hang, die Wörter wie rohe Blöcke nebeneinander zu fügen“ (Hübner zit. durch Erben 1958, S. 92). Dieser Prozess hat ganz offensichtlich in den letzten Jahren erneut an Intensität gewonnen.

Lassen wir aus unserer Beispielliste alle eindeutigen Namenappositionen (einschließlich der Namen der Himmelsrichtungen *Ost, West*) beiseite, so bleiben mindestens Fälle wie *Hauptabteilung Umsiedlung, Bauherr Demokratie, Schlachtfeld Arbeitsplatz, Lebensraum Schule, Faszination Fußball, Treibstoff Dollar, Gesamtkunstwerk Sport, Stiefkind Strafvollzug, Streitpunkt Schlechtwettergeld, Standortrisiko Manager, Selbstbedienung Treuhand, Tatort Sexshop, Unternehmen Kirche, Abenteuer Nähe, Dimension Auflehnung, Feindbild Polizei, Gefahr Arbeitslosigkeit, Kunststück Zukunft, Müllhalde Weltall, Netzwerk Verkehr, Zukunftsentwurf Antifaschismus* und die Reihe der Zweitausender übrig. In mehreren Fällen liegt die Möglichkeit einer unkomplizierten Ausweitung der Gruppe der Namenappositionen (hier mit fingierten Beispielen) auf der Hand: *Bauherr Demokratie* < *Bauherr Meier*, *Stiefkind Strafvollzug* < *Stiefkind Erna*, *Tatort Sexshop* < *Tatort Mannheim*, *Unternehmen Kirche* < *Unternehmen Müller und Söhne*, *Feindbild Polizei* < *Feindbild Großdeutschland*, *Lebensraum Schule* < *Lebensraum Brandenburg*, *Müllhalde Weltall* < *Müllhalde Kleckersdorf*. Doch die Fülle der täglich hinzutretenden Beispiele macht deutlich, dass die Grenzen der tradierten Operationsbereiche der Appositionen längst überschritten sind. Die Möglichkeiten der Bildung enger Appositionen erlauben inzwischen sogar Formulierungen mit Adjektivattribut in der Appositionsfuge, so das aus DDR-Zeiten bekannte Bürokratenwort *Waren täglicher Bedarf* (z. B. *Großhandels-gesellschaft „Waren täglicher Bedarf“* [ND, 31.3.69, S. 6]) oder neuere Benennungen wie *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* (Junge Welt, 15./16.3.97, S. 3). Während sich der zuletzt genannte Fall leicht auf das Muster „Name“ bzw. „Thema“ (*Alternative Wirtschaftspolitik*) und „benannte Größe“ (*Arbeitsgruppe*) zurückführen lässt, sind die internen Beziehungen in anderen Fällen komplexer: ein *Reformprojekt Berufliche Bildung*

(Tagesspiegel, 17.4.97, S. 1) enthält das „Thema“ (*Berufliche Bildung*), vermittelt aber zugleich die für diese Benennung vermutlich wichtige Aussage, dass das Thema ein Reformprojekt sei (während die *Alternativ-Wirtschaftspolitik* keine „Arbeitsgruppe“ ist, sondern nur deren Gegenstand).

2. Nachgestellte Adjektivattribute (und vergleichbare Konstruktionen)

Die Substantivmode, die natürlich zur Gebrauchseinschränkung anderer grammatischer Modelle führt, steht in enger Beziehung mit ähnlichen Tendenzen im Bereich der Adjektivattribute. Auch hier gewinnt die über lange Zeit eher altmodische flexionslose Koppelung von Bezugswort und Attribut seit wenigen Jahren geradezu dramatischen Zuwachs. Wir sind in germanistischen Beispielsammlungen nun nicht mehr auf das alte *Röslein rot*, den Aufenthalt *bei einem Wirte wundermild* oder andere poetische Hervorbringungen angewiesen (vgl. Erben 1958, S. 110; Marschall 1992, S. 72f.; Zimmer 1997, S. 79). Ein sich langsam ausdehnender Kreis von ursprünglichen Fremdwörtern und vorerst noch ganz wenige einheimische erweitern unsere Ausdrucksmöglichkeiten, vorläufig vorzugsweise in Überschriften:

Kultur analog (Kultur News, Febr. 1997, S. 18),
Deutschland brutal (Berl. Ztg., 26.6.96, S. 35),
Einstein digital [Software für Windows] (Tagesspiegel, 13.11.96, S. 30),
Urlaub exklusiv (Zimmer 1997, S. 79),
Fusion frontal (Tagesspiegel, 6.5.96, S. 14),
Golf kompakt (Tagesspiegel, 28.9.96, S. 6),
Kultur light (taz, 8./9.3.97, S. 25),
Entnazifizierung light für Publizisten (taz, 9.7.96, S. 12),
Ökonomie paradox (Zeit, 4.10.96, S. 24),
Schubert philharmonisch (Tagesspiegel, 24.5.96, S. 23),
Ahnungslosigkeit pur (Tagesspiegel, 27.4.96, S. 14) oder auch
Erotik pur (Berl. Ztg., 20./21.7.96, S. 47),
Kino total (MM, 22.5.96, S. 40),
Tango totalitär (Spiegel, 6.1.97, S. 144);
 aber eben auch: *Apocalypse flau* (Tagesspiegel, 20.2.97, S. 26),
Schizophrenie schrill (Tagesspiegel, 19.4.97, S. 19),
Klassik schwul (Berl. Ztg., 19.2.96, S. 25),
Erlösung fünf [das 5. Evangelium] (FAZ, 15.3.97, S. 35),
Aerobic meisterlich (Berl. Ztg., 16.4.97, S. 19 [Bildunterschrift]),
Kunst satt (MM, 21.7.96, S. 1) und sogar
Arbeitsplätze satt (Berl. Ztg., 30./31.3.96, S. 4).

Damit ist eine modische Formulierungstendenz im Begriff, die grammatische Eiszeit für nachgestellte unflektierte Adjektive tatsächlich zu beenden, wobei die Frage nach der syntaktischen Qualität der nachgestellten Elemente aber unterschiedlich zu beantworten ist und genauerer Behandlung bedarf, als das hier möglich ist. Von den ungewohnten Nachstellungen muß heute ein besonderer Reiz ausgehen, so als hätten wir sie lange entbehrt. Sie knüpfen historisch natürlich nicht einfach ans *Röslein rot* und seine Konstruktionsverwandten an, aber sie füllen, wie man so schön sagt, offensichtlich eine Lücke. G.R. Marschall hat vor fünf Jahren mit Anführung zahlreicher Beispiele darauf aufmerksam gemacht, dass Adjektivnachstellungen schon immer vor allem in poetischer Sprache begegnen, zunehmend aber auch in der „Sprache von Warenverkehr, Handel, Werbung und Konsum“ (1992, S. 72). Offenbar gilt diese Beschränkung in der Sprache der Medien bereits heute nicht mehr (zur grammatischen Bewertung vgl. auch Lawrenz 1993, S. 170 f.).

Die neueste Tendenz zur Nachstellung von Adjektiven in bestimmten Funktionen und Texten hat eine auffällige Parallele etwas älteren Datums. Spätestens um die letzte Jahrhundertwende gewann die Adjektivnachstellung ihren Platz auf deutschen Speisekarten. Heute sind Adjektivnachstellungen hier gang und gäbe (*Huhn indisch, Fischfilet gebacken, Schollenfilet „Panier“ vs. Bunter Salat, Grüne Nudeln, gefüllte Paprikaschote, Glacierte Karotten*; alle Beispiele aus der Mannheimer Post-Kantine, 1997). Über den Stil von Speisekarten und Menüempfehlungen um 1900 belehrt uns Blüher (1907). Seine reichen Beispielreihen zeigen sehr klar, dass die Adjektivnachstellung zum Jahrhundertbeginn auf deutschen Karten zwar noch selten war, aber, wohl angeregt durch das auch in Deutschland damals weithin übliche Restaurantfranzösisch, als potentielle Stellungsvariante praktiziert wurde. Bevorzugte deutsch französische Formulierungsvarianten waren: *Römischer Salat / Salade romaine* (Blüher 1907, S. 356); *Geschmortes Hähnchen / Poulet braisé* (S. 355); *Gebratene pommersche Gans / Oie de Pommeranie rotie* (S. 396). Daneben begegnen nachgestellte (oft noch durch ein Komma abgehobene) prädikative Partizipien, denen im Französischen allerdings meist Präpositionalphrasen entsprechen: *Steinbutt, verkrustet / Tourbot au gratin* (S. 356); *Aal, blaugesotten / Anguille en bleu* (S. 369), bzw. *au bleu* (S. 389); *Rentier-Rücken, gebraten* (S. 456, ohne französisches Pendant). Aus solchen Gebrauchsweisen entwickeln sich nachgestellte Attribute, die vorzugsweise die Herkunft oder die Zubereitungsart bezeichnen: *Aal grün* (S. 448), *Aal blau* (S. 436), *Karpfen blau* (S. 437), *Forelle blau* (S. 442), *Poularde kalt* (S. 481), *Kalbsleber naturel* (S. 509), *Leber sauer* (S. 513), *Karpfen polnisch* (S. 500), *Hammel-Keule bretonisch* (S. 355), *Roastbeef englisch* (S. 513), *Rheinlachs geräuchert* (S. 485), *Kalbsbries gebacken* (S. 502) oder auch *Brötchen illustriert* (S. 511). Es ist auch in diesen Fällen nicht

immer leicht zu entscheiden, ob die nachgestellten Elemente wie z. B. in *Leber sauer* eher prädikativ (< die Leber ist sauer) oder eher adverbial (< die Leber ist auf saure Art zubereitet) zu deuten sind; vgl. *Ahnungslosigkeit pur* (< die *Ahnungslosigkeit* ist *pur*) und *Aerobic meisterlich* (< *Aerobic*, *meisterlich* dargeboten). Die Adjektivnachstellung auf Speisekarten hat sich – trotz unterschiedlicher funktionaler Charakterisierung – im 20. Jahrhundert als stabile Stellungsvariante fest etabliert. Einer Textsorte von so weiter öffentlicher Geltung ist durchaus zuzutragen, dass sie die Adjektivnachstellung in anderen modischen Anwendungen wenn nicht angeregt, so doch erheblich gestützt hat. Eine wichtige andere Domäne nachgestellter Attribute bilden Inventarlisten, Angebotsverzeichnisse und dergleichen. Hierher gehören wohl auch einzelne Beispiele in Grammatiken: Jung (1980, S. 145) nennt *Salz, lose / Stahl, gewalzt / Strömungskupplungen, regelbar, drehmomentbegrenzt*, Helbig/Buscha (1984, S. 598) machen auf die Sprache von Zeitungsinseraten aufmerksam und bieten *Kulhfellmantel, schwarz, neuwertig*. Diese Fälle zeigen, dass heute nicht nur in Speisekarten, sondern auch in anderen listenähnlichen Texten auf die Gegenstandsbenennung (z. B. in Form alphabetisch geordneter Substantive) jeweils die spezifizierenden Attribute folgen. Engel nennt in einer Reihe *Campari bitter, Henckell trocken, Racke rauchzart* und fährt fort mit Beispielen wie *Aral Super, Benzin bleifrei, Golf Diesel, Opel Ascona*, um den Kreis mit *Putenschenkel bratfertig* wieder zu schließen. Sein zusammenfassendes Urteil lautet: „Es handelt sich hier möglicherweise um eine Tendenz, die sich längerfristig als gleichberechtigte Alternative durchsetzen wird [...] eine Generalisierung kann [...] nicht mehr ausgeschlossen werden“ (Engel 1991, S. 612 f.). Zwar ist diese Generalisierung noch nicht eingetreten, aber auch die hier beobachtete Entwicklung hat an Tempo gewonnen und ihren Einzugsbereich in jüngster Zeit nochmals ausgeweitet.

3. Iterative asyndetische Triaden

Unsere dritte Formuliertchnik, die Triade, hat tatsächlich ehrwürdige Ursprünge. Ursprünge, die nichts mit deutscher Sprachgeschichte zu tun haben: *Heilig, heilig, heilig ist der Herr Zebaoth* heißt es bei Jesaja 6,3, mit der Dreizahl auch im Urtext. *Words, words, words* antwortet Hamlet dem Polonius auf die Frage, was er lese (Hamlet II, 2); *Seid einig – einig – einig!* verlangt Schillers Attinghausen (Wilhelm Tell IV,2). Hier herrscht ein über-einzelsprachliches Prinzip, das sogar für den Teufel gilt: *Du mußt es dreimal sagen* verlangt Mephisto, als Faust sein *Herein* nur einmal wiederholt hat (Faust v. 1531). In der Phraseologieforschung haben Dreierformeln bisher deutlich geringeres Interesse als die Zwillingformeln gefunden (vgl. Pilz 1981, S. 81 f.; Fleischer 1982, S. 111–115; Bur-

ger/Buhofer/Sialm 1982, S. 37 f.; Palm 1995, S. 46–48). Das liegt wohl daran, dass Drillingsformeln aller Art – also auch unsere Triaden – bisher seltener als Zwillingsformeln historische Stabilität erlangt haben, obwohl sie als Stilfigur wie die Zwillingsformeln exzessiv genutzt werden. Die Beschränkung auf iterative, also wortwiederholende Triaden erfolgt hier aus Gründen der Materialbegrenzung: Die nicht-iterativen Triaden (wie *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* oder *Wein, Weib, Gesang*) folgen ebenfalls einem reich genutzten Formulierungsmuster; sie unterscheiden sich aber auch konzeptuell, weil ihnen das semantische Moment des besonderen Nachdrucks oder auch des Überdrusses, das die iterativen Formeln oft vermitteln, zugunsten des Aspekts der Aufzählung alles Wichtigen in der Regel fehlt. Die Berücksichtigung der syndetischen Varianten (die Verbindung durch – in der Regel – koordinative Konjunktionen) muss hier ebenfalls aus Raumnot unterbleiben.

Lange dümpelte die iterative Triade in deutschen Texten dahin. Wenn der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. seine Landeskinder mit dem Stock prügelte, soll er verlangt haben: *Lieben, lieben, lieben sollt Ihr mich* (Tagesspiegel, 2.12.96, S. 12). Wilhelm II. warf zu Beginn unseres Jahrhunderts den USA vor, ihnen ginge es *lediglich um den Dollar, Dollar, Dollar* (Werner-Kautzsch 1927, S. 210). Auffällig ist die geradezu explosive Steigerung des Triadengebrauchs – und dabei eben besonders der asyndetisch iterativen – in den letzten Jahren. Iterative Substantiv-Triaden können als Frage, als Aufforderung oder als akzeptierendes oder auch ablehnendes Urteil intoniert werden. Sie können – z. B. in Überschriften – satzwertig sein, aber sie können auch Satzgliedfunktion haben und als Wortgruppe ein benennbares semantisches Konzept repräsentieren. Obwohl sie also unterschiedliche Funktionen ausüben können, läuft die gegenwärtige Häufung in der Tat auf ein dominantes semantisches Konzept hinaus, in dem sich ein Krisenbewusstsein aus Unmut, Klage und Forderung zusammenballt. Meine Beispielliste bietet deshalb ein aktuelles Stimmungsbild aus Wirtschaft, Kultur und Lebensalltag, das wird auch ohne weiteren Kontext deutlich. Ein paar Zeitungsbelege des letzten Jahres (1996/97): *Akten, Akten, Akten* (Spiegel, 19.2.96, S. 87), *Arbeit, Arbeit, Arbeit* (BR, 10.3.96 [Fernsehdiskussion]), *Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze* (Zeit, 12.7.96, S. 2), *Fahndungen, Fahndungen, Fahndungen* (taz, 27./28.4.96, S. 18), *Forschung, Forschung, Forschung* (Tagesspiegel, 18.3.96, S. 21), *Fragen, Fragen, Fragen* (SZ, 13./14.4.96, S. 22), *Geld, Geld, Geld* (Tagesspiegel, 26.2.96, S. 23), *Kohle, Kohle, Kohle* [= 'Geld'] (Spiegel, 29.7.96, S. 170), *Medaille, Medaille, Medaille* [Olympiahoffnungen] (Spiegel, 29.7.96, S. 162), *Musik, Musik, Musik* (MM, 20.2.97, S. 33), *Ost, Ost, Ost* (Wochenpost, 22.2.96, S. 3), *Profit, Profit, Profit* (MM, 24.5.96, S. 6), *Regen, Regen, Regen* (Tagesspiegel, 15./16.5.96, S. 44), *Scheiße, Scheiße, Scheiße* (Spiegel, 12.2.96, S. 110),

Spaß, Spaß, Spaß (Zeit, 3.1.97, S. 11; MTV-Slogan), *Steuerreduzierungen, Steuerreduzierungen, Steuerreduzierungen* (MM, 23.5.96, S. 39), *Streit, Streit, Streit* (Tagesspiegel, 28.1.97, S. 14), *Tempo, Tempo, Tempo* (Tagesspiegel, 6.3.97, S. 23), *Termine, Termine, Termine* (Tagesspiegel, 19.7.96, S. 3), *Umsatz, Umsatz, Umsatz* (Spiegel, 4.11.96, S. 218), *Verrat, Verrat, Verrat* (Spiegel, 8.1.96, S. 161), *Zahlen, Zahlen, Zahlen* (Tagesspiegel, 8.8.96, S. 24). Um Sigmund Freud zu zitieren: „Der Sprachgebrauch bleibt selbst in seinen Launen irgend einer Wirklichkeit treu“ (Freud 1931, S. 297).

Unsere schöneren Wünsche und Hoffnungen kodieren wir in deutschen Zeitungen und anderen Medien offenbar noch lieber auf Englisch, mit Vorliebe unter Rückgriff auf populäre Texte: *Boys, Boys, Boys* (Tagesspiegel, 19.2.97, S. 21), *Fun, Fun, Fun* (Tagesspiegel, 15.7.96, S. 19), *Girls, Girls, Girls* (Spiegel, 18.3.96, S. 166), *Jobs, Jobs, Jobs* (Zeit, 19.1.96, S. 1), *Love, Love, Love* (Tagesspiegel, 22.7.96, S. 7), *Money, money, money* (Spiegel, 1994, H. 18, S. 196), *Party, Party, Party* (TV Today, 1996, Nr. 15, S. 56). Aber nach der Party auch hier: *Shit, Shit, Shit* (SZ, 20./21.4.96, S. 19).

Das lässt sich fortsetzen für andere Wortarten, vor allem für Verben, Adjektive, Adverbien, Interjektionen und Namen. Die Verb-Triaden sind überwiegend imperativisch gemeint: *arbeiten, arbeiten, arbeiten* ([Wohnungs-]Looser, 1996, H. 4, S. 3), *beten, beten, beten* (MM, 4.3.97, S. 22), *laufen, laufen, laufen* (MM, 30./31.3.96, Beilage, S. 3), *lernen, lernen, lernen* (SZ, 20./21.4.96, Beilage, S. VI), *lesen, lesen, lesen* (Tagesspiegel, 16.2.97, S. 8), *reden, reden, reden* (Berl. Ztg., 1./2.97, S. 50), *sparen, sparen, sparen* (Tagesspiegel, 17.1.96, S. 10), *üben, üben, üben* (SZ, 20./21.4.96, Beilage, S. VII).

Adjektiv-Triaden in intensivierender Funktion begegnen überwiegend in prädikativer Stellung oder als Satzäquivalente: *gut, gut, gut* (Spiegel, 20.5.96, S. 120), *Das ist super, super, super* (MM, 5.8.96, S. 3), *Ja, es war schon traurig, traurig, traurig* ([1970] Die Feuerzangenbowle [Film]), *Sie ist vulgär, vulgär, vulgär* (Berl. Ztg., 31.5.96, S. 3).

Vorwiegend als Satzäquivalente in intensivierender Funktion können auch Triaden von Adverbien und Partikeln erscheinen: *Danke, danke, danke* (Tagesspiegel, 12.8.96, S. 9), *Nein, nein, nein* (Tagesspiegel, 15.7.96, S. 3), *oft, oft, oft* (Tagesspiegel, 28.2.97, S. 25 [Überschrift]), *vielleicht, vielleicht, vielleicht* (Tagesspiegel 17.8.96, S. 3).

Besonders häufig sind Triaden von Interjektionen, Onomatopoetika und interjektionsähnlichen exklamativen Namensrufen: *bum, bum, bum* (Berl. Ztg., 25.7.96, S. 32), *klack, klack, klack* (Wochenpost, 20.6.96, S. 54), *Plop, plop, plop* (Tagesspiegel, 28.6.96, S. 9 [Überschrift]); *hurra, hurra, hurra!* (Tagesspiegel, 9.4.97, S. 22), *Toi, toi, toi* (Berl. Ztg., 23.1.96, S. 19); *Berlin, Berlin, Berlin* (Tagesspiegel, 7./8.4.96, S. 8 [Bildüberschrift]),

Wien!, *Wien!!*, *Wien!!!* (Zeit, 28.2.97, S. 48); – *etc. etc., etc.* (MM, 3.4.96, S. 24), *und und und* ([1986] Maltzan 1987, S. 219).

Aus dem Bestand der hier nicht behandelten syndetisch verknüpften iterativen Triaden, erwähne ich nur die alte VW-Käfer-Werbung: *und läuft und läuft und läuft* oder die in den DDR-Jahren aus dem Russischen übersetzte und intensiv zitierte Forderung Lenins aus dem Jahr 1923 *Lernen, lernen und nochmals lernen*, die beide reiche Nachfolge gefunden haben. Auch hier ist eine stilistische Spielerei auf dem besten Wege, sich als stabile Ausdrucksform mit konventionalisiertem semantischem Konzept zu etablieren.

4. Alliteration

Schon die iterativen Triaden erfüllen lautlich die Alliterationskriterien, sie sind sozusagen „rührende Stabreime“. Der Stabreim selbst ist ältestes deutsches Kulturgut, aber auch er hat über Jahrhunderte eher im Verborgenen geblüht. Literarische Zeugnisse in Prosatexten aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts gibt es schon, aber sie bleiben vergleichsweise dünn. 1919 schreibt ein verzweifelter Ernst Troeltsch: *Daß die Rechte auf Restauration, Rache und Rechthabenwollen verzichten lernen könnte, das wäre eines der wichtigsten Mittel der Rettung* (zit. in: Zeit, 24.6.94, S. 31). 1922 publiziert Hans Friedrich Blunck den Titel: *Hein Hoyer. Ein Roman von Herren, Hansen und Hagestolzen*. Carl Schmitt spricht 1925 von der Moderne, dem *Monstrum mit den drei Köpfen [...]: Reformation, Revolution und Romantik* (s. Breuer 1995, S. 52). 1931 veröffentlicht Hans Fallada seine *Bauern, Bonzen und Bomben*. Das ist alles nicht mehr die relativ naive Deutschtümelei von Turnvater Jahn's *frisch, fromm, fröhlich, frei* turnenden Schülern aus dem Beginn des 19. Jahrhunderts, die noch von der Stabreimbegeisterung des gerade reaktivierten Nibelungenliedes getragen war. Das hat auch nicht die Leichtigkeit der besten Stabreimpassagen Richard Wagners: *Winterstürme wichen dem Wonnemond, in mildem Lichte leuchtet der Lenz; auf lauen Lüften, lind und lieblich, Wunder webend er sich wiegt* (R. Wagner, Die Walküre I, 3).

Die Stabreime der 20er und 30er Jahre bilden in der Literatur und Presse durchaus noch keinen dichten Filz, sie schmecken aber einfach zu oft nach Blut und Boden und künstlich erneuertem Germanentum. Aber dann gibt es kurz nach dem Zweiten Weltkrieg einen geradezu eruptiven Neubeginn: Mechthilde Lichnowsky hatte 1913 in Leipzig einen Reisebericht unter dem Titel *Götter, Könige und Tiere in Ägypten* veröffentlicht. Das war keine andere Titeltechnik, als sie Goethe in seiner Farce *Götter, Helden und Wieland* schon 1774 angewandt hatte. Aber mit ihrem Thema und ihrem Titel wirkte die Fürstin Lichnowski auf Ceram (Kurt Marek), der 1949 seinen „Roman der Archäologie“ unter dem Titel *Götter, Gräber und*

Gelehrte herausbrachte. Wolfgang Mieder hat die gewaltige Wirkung dieses Stabreimtittels beschrieben (Mieder 1975, S. 39).

Als ob die Rösser von Wagners Walküren nun endlich vom nationalistischen Stallgeruch befreit und entfesselt worden wären und in die deutsche Medienlandschaft toben konnten, wurde der Stabreim jetzt fast über Nacht zu einem der liebsten Stilmittel der Nachkriegszeit. Alliterationen aus zwei, drei, vier und mehr Gliedern, aus Substantiven, Verben und Adjektiven sind heute täglich in zahlreichen einfachen und kunstvoll verschränkten Varianten zu lesen:

Kapitalismus, Kohl und Kaviar (Spiegel, Jub.-Nr. 1997, S. 200),

Luxus, Lage und Legende (Tagesspiegel, 22.1.97, S. 9),

Macht, Masse und Magie (Spiegel, 17.6.96, S. 58),

Pleiten, Pläne und Prognosen (Berl. Ztg., 10.9.96, S. 16),

Stecken, Stab und Stangl (Drama von Elfriede Jelinek, s. Zeit, 19.4.96, S. 57),

Tore, Tritte und Tumulte (Tagesspiegel, 4.3.96, S. 9),

Zar, Zimmermann und Zahnarzt (Tagesspiegel, 25.1.97, S. 23).

Sie finden alliterierende Formulierungen vom *Bucher Boten* über den *Mannheimer Morgen* bis zur *Neuen Zürcher Zeitung*, nicht nur im Titel und in den Überschriften, sondern massenhaft auch im Text. Dabei sind die Medien ja nicht in schlechter Gesellschaft. Selbst der alte Thomas Mann notiert in sein Tagebuch Sätze wie den folgenden: „[Artikel:] *Über den [Wahl-]Sieg Adenauers [...]: Sie [die Deutschen] haben wahrscheinlich aus Führerkult u. Wille zum Wohlleben den dritten Weltkrieg gewählt angehalten dazu von Amerika*“ (Th. Mann 1995, S. 147). Nur die Haltung zu diesem euphonischen Textornament ist gebrochen, im Übermaß angewandt, wird es zur Billigware: „Alliteration, ein beliebtes Stilmittel mittelmäßiger Blattmacher“ (Tagesspiegel, 20.2.96, S. 19). Ein ungerechtes Urteil, denn nur das Übermaß sollte kritisiert werden. So ist die tägliche Praxis auch des Tagesspiegels: *Waigel-Worte schwächen Währungen* (22.9.95, S. 18), *Brüssel löst Bremsen bei Bus-Fusion* (11.2.95, S. 15), *Trennung der Touristenströme, Marketing für Museen, [...] Venedig zu verkaufen* (22.9.95, S. 25), *Schütze, Schurke, Schlüsselfigur: Mehmet Scholl ist alles in einem* (1.4.96, S. 13). Aber so nicht nur in den Überschriften, sondern auch in den Texten: *Zwei deliziose Detektive im dezenten Designer Dekor, die [...] auf die Jagd nach Diamanten gingen [...]* (29.9.95, S. 27), *Wer Jahre zwischen Baubuden, Bulldozern, Betonbrocken und Baggern an Bauzäunen vorbeibalancierte, konnte schon mal den Glauben an Phönix' Auferstehung aus dem Bauschutt verlieren* (29.2.96, S. 3).

Am schönsten alliteriert es sich im Feuilleton, wo mittelmäßige Blattmacher ja Zutrittsverbot haben. Ein Tagesspiegel-Text des sehr geschätzten Kollegen Tilman Krause beginnt so: „*Es ist zu schön, um wahr zu sein,*

aber es stimmt tatsächlich: In Deutschland findet eine Debatte über Literaturkritik statt. Es versteht sich natürlich in unseren Breiten von selbst, daß man dabei Purzelbäume schlägt vor Vergnügen am Ver zweifeln, daß 'intellektueller Ausverkauf' und 'Niedergang des analytischen Niveaus' noch die mildesten Monita sind, mit denen der [...] Zustand der literaturkritischen Zunft umschrieben wird. Herrlich, daß wir wieder einmal so richtig schwelgen können im Ausstellen von Armutszeugnissen. Aber bei allem Verständnis für den Reiz des Runtermachens" [usw. usw.], dann wird Reich-Ranicki gelobt, der „sein Wort in die Wagschale warf, wobei er weniger würdigte, was der Autor sich vorgenommen hatte (was nehmen sich deutsche Schriftsteller nicht alles vor!)“ (Tagesspiegel, 19.12.95, S. 19).

Die meisten anderen deutschsprachigen Zeitungen nutzen gegenwärtig alliterierende Ornamente ähnlich intensiv, bis hin zur Neuen Zürcher mit der schönen Bildunterschrift: *Wohnkabinen, Kritzendorf: Wer des Wassers Weite suchte, fand die Nähe der Genossen* (NZZ, 23./24.9.95, S. 58). Das ist aktuelle Medienpoesie.

Die bis jetzt erwähnten Techniken mag man für modische Stilmittel halten, Moden, die auch wieder vergehen. Das ist anders beim Zitat und der Zitatvariation. Den Weg über Triaden und Stabreime habe ich allerdings auch deshalb gewählt, weil beide Formulierungstechniken den Anspruch vermitteln, es handle sich eben nicht um Einfälle des Augenblicks, sondern um vorgeprägtes, überliefertes, eben zitierbares Sprachgut, um Zitate.

5. Zitat und Variation

Dass unsere Medientexte und literarischen Texte seit langem geradezu überquellen von offenen und versteckten Zitaten, kann ich hier jetzt nur behaupten. Auf das Faktum ist schon verschiedentlich hingewiesen worden. Schon in der „Jugend“ von 1901, der „Münchener illustrierten Wochenschrift für Kunst und Leben“ heißt es, die Gegenwart sei „die goldene Epoche der Zitate“ (Jugend 1901, Bd. I, S. 31). Im Tagesspiegel vom 28.11.1996 (S. 30) lesen wir – am Ende des Jahrhunderts – dasselbe: „es ist die Zeit der Zitate, es ist alles schon da oder vorbei, selbst die tollste Metapher [...]. 'Guter Satz', würde Mick sagen oder Alice oder Mia, 'aus welchem Film hast du den?'“ Die Neue Zürcher sagt es noch philosophischer: „Seit sich die Ansicht vom Triumph der Simulation über die Wirklichkeit durchgesetzt hat, feiert der Mythos des 'Authentischen' in der deutschsprachigen Literatur wieder fröhliche Urständ“ (NZZ, 30.11./1.12.96, S. 49). Und auch da kann man gleich wieder fragen: „Guter Satz, ...“. Das Zitat steht im Grunde für die Simulation und das Authentische zugleich, die Variation für die eigene Kreativität (eine Kreativität, die sich an Rahmenbedingungen hält). Wir lassen das Original

tanzen, die Musik ist von heute: Der Schlussvers von Hölderlins 'Andenken' (1803) aus den vaterländischen Gesängen lautet: „Was aber bleibt, stiften die Dichter“. Daraus macht Rudolf Bossert: *wenn wer was stiftet, dann bleiben wir dichter* (Jahrbuch 1989 der Henning-Kaufmann-Stiftung 1994, S. 16). Die Zeitschrift EXIT hat 1982 ein ganzes Heft bereitgestellt, um Varianten zu Goethes „Über allen Gipfeln ist Ruh“ anzuregen und einzufangen. Zur Variantenernte gehörten (hier aus dem Textzusammenhang gelöst): *Über allen Gipfeln / war Ruh* (Karlhans Frank); *Über allen Gipfeln / ist Euphemie* (Erich Fried); *Gipfeln über alles / stellst du?* (Uli Becker); *Über allen Gipfeln / rattert es* (Bernd Schneider); *Überfall! In Gipfeln / Nie Ruh* (Ferry Blume-Werry); *Unter allen Gipfeln / Schüsse* (Fritz Deppert) und *über sämtlichen höhn / herrscht stille* (Gerhard Rühm).

Wolfgang Mieder hat angesichts der immensen sprachspielerischen Erinnerungsbearbeitung unserer Epoche, bezogen auf die Variation von Titelformulierungen, 1975 von einer „Sprache aus zweiter Hand“ gesprochen (Mieder 1975, S. 43). Elke Rößler hat das textwissenschaftliche Interesse am Problem der Textvernetzung durch Zitatvariation, also der Intertextualität insbesondere in Zeitungstexten, hervorgehoben (Rößler 1994, S. 151 ff.). Mir ist wichtig, dass offenes und verstecktes Zitieren zu einem Kontinuum gehören, das erlernte Formeln aller Art umfasst, z. B. die Formeln des Anredens, des Begrüßens, des Verabschiedens, des Gratulierens und Beileidwünschens, des Fragens nach dem Weg, des Lobens und Kritisierens usw. (vgl. Burger/Buhofer/Sialm 1982, S. 348), so auch den reichen Bestand an gespeicherten Klischeesätzen. Es gibt eine Fülle von Paradigmen, die mit Formulierungsmustern für alle Fälle und Wechselfälle des Lebens besetzt sind und uns zur Nutzung bereit stehen. Sie sind ausgezeichnet durch relative Stabilität und erlauben trotzdem die Anpassung an den besonderen Fall durch begrenzte Variation.

Auch Zitate werden also variiert und erlangen dadurch einen mittleren Status zwischen zitierter und kreierter Rede. Variierte „Sprache aus zweiter Hand“ ist nichts Minderwertiges, sondern eines der spannendsten Kreativpotentiale des Redens und Schreibens. Vor allem ist sie heute eine der wichtigsten Schnittstellen und Vermittlungsinstanzen zwischen Literatursprache, Medien-, Politik- und Werbesprache und einem modernen Alltagsdeutsch. Unmarkierte Zitate laden den Leser zu einer kleinen Anstrengung ein. Zitatvariation bringt Lust an der Verkleidung und Freude an der Enthüllung ins Geschäft. Wer heute gängige Texte aller Art, nicht nur die der Medien, aber doch die ganz besonders, aufmerksam liest, fühlt sich eingeladen zur Teilnahme an einem öffentlichen Zitierspiel. Einige Beispiele:²

² Vgl. H. Schmidt (1997, S. 31 f.); ähnliche Listen bei Rößler (1994, S. 155 f.) und – eingehend klassifiziert und interpretiert – schon bei Wilss (1989, passim).

Das deutsche Volk wird [...] entweder christlich sein oder es wird nicht sein (Kardinal M. Faulhaber 1934, S. 103),
Liebende aller Länder vereinigt Euch (Ninotschka [USA 1939], ZDF 1.2.97),
Money; Money über alles (MM, 17.6.89, Lokalseite),
Ruhe heißt die erste Spielerpflicht (MM, 1.7.94, S. 4),
Schuld war nur die Supernova (Berl. Ztg., 4.1.95, S. 8),
Wieviel Marxismus braucht der Mensch (Zeit, 27.10.95, S. 22),
Würste, Würste über alles (Zeit, 26.1.96, S. 8),
Aus Harvard nichts Neues (Berl. Ztg., 17.4.96, S. 32),
An den Finanzmärkten der Welt geht ein Gespenst um: die Zinswende (Zeit, 10.5.96, S. 23),
Eine Dose ist eine Dose (Spiegel, 27.5.96, S. 217),
Der mit dem Frieden spielt (Zeit, 27.9.96, S. 7),
Bosnien die riskanteste Versuchung, seit es Volker Rühe gibt (Zeit, 13.12.96, S. 4),
ein Präsident zum Anfassen (Spiegel, 5.8.96, S. 40),
87 Jahre und kein bißchen müde (Wochenpost, 18.7.96, S. 24),
Wien oder nicht Wien – das ist jetzt die Frage (Zeit, 13.9.96, S. 52),
Das gesammelte Schweigen des Präsidiums (SZ, 13./14.4.96, S. 48),
Auf der Suche nach den verschwundenen Tausendern (Wochenpost, 15.8.96, S. 26),
Schau mal in die Bücher: Kleines (buch aktuell, Winter 1996, S. 100),
Der alte Mann und das Pult [Yehudi Menuhin] (Pavillon, Febr. 1997, S. 4),
[Der Mainzer Karneval] Die Mutter aller Sitzungen (MM, 8./9.2.97, S. 57),
Die Liebe in den Zeiten der Prüderie (MM, 14.2.97, S. 24),
Lächeln für Deutschland (Tagesspiegel, 16.2.97, S. 8),
blühen mögen die Landschaften der deutschen Komödie (Tagesspiegel, 20.2.97, S. 27),
Ich teile Ihren Geschmack nicht, aber ich würde mein Leben dafür geben, daß Sie dieses Kleid anziehen dürfen (taz, 8./9.3.97, S. 8).

Zitate und kein Ende.

Weil Formelvarianten solcher Art systematisch in Werbetexten genutzt werden, haben schon Burger/Buhofer/Sialm (1982, S. 48 f.) eine Liste von siebzehn einschlägigen Formulierungen an zwei Testgruppen (Studenten und Deutschlehrern) auf ihre Rückführbarkeit auf Basistexte geprüft, mit erstaunlich positivem Ergebnis. Über Abstufungen des Realisierens intertextueller Bezüge – ebenfalls auf der Grundlage von Probandenbefragungen – berichtet auch Rößler (1994, S. 153). Solange die Freude am Verschlüsseln und Erraten im Vordergrund steht, bleibt die Zitatvariation ein Spiel. Sie bleibt es auch, wenn das Erraten unlösbare Rätsel aufgibt und an die Stelle der Freude das Gefühl der Belästigung und des Ausgeschlos-

senseins aus einem exklusiven Zirkel tritt.³ Denn das augenzwinkernde Spiel einer Verständigung auf zweiter Ebene ist eine Veranstaltung, die ein demokratiegewöhntes Publikum wieder in Schichten teilt. Man spielt nicht mit jedem.

6. Kollektives Gedächtnis

Die Untersuchung geläufiger Zitate und Zitatvariationen hat noch eine andere interessante Seite. Wir stoßen bei der Suche nach erinnerten und variierten Zitaten auf zahlreiche epochenabhängige Formulierungen, die sich bei näherer Betrachtung als ein interessantes, oft auch überraschendes oder unerwünschtes Erbe unserer Gegenwartssprache erweisen. Unser Jahrhundert bietet uns ein Formulierungserbe aus dem späten Kaiserreich, aus der Weimarer Republik, dem NS-Staat und aus der zweigeteilten Nachkriegszeit. So wenigstens für den engeren, sozusagen reichsdeutschen Blick. Noch runder wird die Geschichte, wenn wir wenigstens die österreichischen, Südtiroler und Schweizer Traditionen einbeziehen. Besonders hervorheben möchte ich hier die Sondergruppe politisch markierter Formulierungen, die zu offenen Klischees geworden sind, Formulierungsklischees der Gegenwartssprache, mit denen uns die Zeitgeschichte bedient hat:

- Sie wissen, seit 1806 ist in Preußen *Ruhe die erste Bürgerpflicht*. Neue Klischeebesetzungen der Gegenwart sind *Ordnung* (Welt, 13.7.74, S. 11), *Gehorsam* (Zeit, 12.10.90, S. 54), *Sparsamkeit* (Zeit, 16.5.68, S. 3), *Schweigen* (SAT1, 30.8.95 [Fußballkommentar]), aber auch *Denken* (ND, 22.10.64, S. 2) und sogar *Unruhe* (Tagesspiegel, 12.2.97, S. 19), *Mißtrauen* (Spiegel, 6.11.95, S. 79) und *Widerstand* (Rüdiger Liedtke 1984 [Buchtitel]).
- Die zweite, nicht-offizielle preußische Hymne war die *Wacht am Rhein*. Seit Jahrzehnten nicht mehr gesungen, generiert sie wie andere deutsche Nationalhymnenzeilen bis heute Formulierungsvarianten (vgl. H. Schmidt 1997b, S. 37 f.): *Die Macht am Rhein* [die Bonner Regierung] (Spiegel, 1993, H. 20, S. 26), *die Wacht am Main* [gemeint ist Jürgen Habermas] (Spiegel, 1993, H. 29, S. 126) oder auch die *Macht am Main* [nämlich die deutsche Bundesbank] (TV Hessen 3, 6.8.95, Hörbeleg) und schließlich *die Wacht am Golf* (FAZ, 14.9.96, S. 14), *Die Wacht am Bosphorus* (Ostpreußenblatt, 8.3.97, S. 24) und sogar die *Wacht an der*

³ Zum vergleichbaren Variationsspiel mit Redensarten vgl. Koller (1977, S. 188 ff.); genau und ausführlich über abgewandelte „Geflügelte Worte“ [darunter Zitate, Buch- und Filmtitel] und ihren Gebrauch in der Gegenwartssprache Burger/Buhofer/Sialm (1982, S. 43 ff.), spezieller Carstensen (1971).

- Ostsee* (TV Nord 3, 22.9.96), nämlich Moskaus. Die Konzeptbedingung lautet: Ein Gewässername muss es sein.
- Wilhelm II. stellte am 4.8.1914 anlässlich der Mobilmachung fest: „*Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur [noch] Deutsche*“. Auch dieser Satz lebt in seinen Varianten fort, nun bis ins dritte und vierte Glied. Schon für 1915 ist die fiktive Variante eines Gymnasiasten bezeugt: *Ich kenne kein Latein mehr, ich kenne nur noch Deutsch* (Liller Kriegszeitung 1915, S. 154). Moderne Varianten sind: *Ich kenne keine Gruppen mehr; ich kenne nur noch Professoren* [Wilhelm Kewenig in den Mund gelegt] (Zeit, 1.11.85, S. 52), *Ich kenne keine Völker mehr, ich kenne nur noch Menschen* (Zeit, 22.9.95, S. 64), *Da kenne ich keine Linken und keine Rechten, sondern nur noch den Willen zur Profilierung* (Tagespiegel, 26.10.95, S. 14). Gelegentlich wird der syntaktische Rahmen des Klischees reduziert oder aufgebrochen: *Die Italiener kennen keine Parteien mehr* (Überschrift) (Tagesspiegel, 24.1.96, S. 3), *am Ufer sitzen Teenager [...], eine Internationale, die keine Polen, keine Deutschen mehr kennt, sondern nur noch Süchtige* (Spiegel, 14.10.96, S. 145).
 - Am 12.6.1900 verlangte der englische Admiral Seymour im Chinakrieg *The Germans to the front*. Schon 1903 machte ein pfiffiger Händler daraus die Werbeformel: *Deutsche Industrie vor die Front. Elektrische Taschenlampe (4 Volt) versendet franko per Post [...]* Eckert's Bazar, Hamburg. (Berl. Ill. Zeitung, 15.11.1903, S. 736). Und wir formulieren: *Junge Politiker* (Welt, 10.9.54, S. 1) / *Pädagogen* (taz Sonderheft 1/2, 20.10.89, S. 1) oder auch *Amerikaner an die Front* (Spiegel 1993, H. 22, S. 154).
 - Aus der Weimarer Republik zitiere ich die schöne Formulierung des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinsky aus dem Jahre 1926 *Die Polizei, dein Freund und Helfer* (Büchmann/Urban 1994, S. 501). Die wurde sogar in der DDR aufgegriffen. Eines der Themen, die 1953 zu den Abituraufgaben gehörten, lautete: *Die Volkspolizei, dein Freund und Helfer*, und wenig später heißt es in einem der Pater-Brown-Filme: *Die Kirche, dein Freund und Helfer* (Er kann's nicht lassen, Deutschland 1962, Regie A. v. Ambesser). Heute lesen wir: *Die Polizei – dein Freund und Mörder* [über schießwütige Polizisten] (taz, 21.3.97, S. 11).
 - Ein anderes Beispiel ist Friedrich Eberts Formulierung *Der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter* (am 6.2.1919 zur Eröffnung der Nationalversammlung, s. Büchmann/Urban 1994, S. 501). Er ist verdrängt worden durch den *Geist von Potsdam* (Heimspiel 1960, S. 8) und hat auch sonst viele illegitime Kinder gezeugt: *Den Geist von Ahlen* (Zeit, 30.1.87, S. 22), *von Camp David* (Spiegel 1994, H. 26, S. 133), *von Genf* (Zeit, 15.11.85, S. 3), *von Maastricht* (FAZ, 1993 cosm.), *von Rapallo* (Welt, 25.8.49, S. 1), *von Rio* (FAZ, 1995 cosm.), *von Taschkent* (FAZ, 12.1.66, S. 1) oder *von Vichy* (FAZ, 1995

cosm.). Sie alle hatten in der Regel ein ebenso kurzes und zum Teil unrühmliches Leben wie der *Geist von Weimar* und auch wie der *Geist von 1914* (Zeit, 22.2.85, S. 10) der *Geist von 1937* (MM, 27.8.87, S. 32) und der *Geist von 1949* (FR, 3.4.90, S. 6), ganz überwiegend eben Klischeegeister.

Erlauben Sie, dass ich etwas länger bei Formulierungen der Nazizeit verweile. Wir brauchen sie seit über 50 Jahren nicht mehr aus offiziellem Munde zu hören. Schriftsteller wie Böll, Brecht, Kempowski und viele andere haben in ihren Werken wiederholt an typische Nazi-Lösungen erinnert. Aber nicht nur die kritische Erinnerung, sondern auch die bemerkenswert unkritische der davongekommenen Generation dürfte dieses unverwesliche Erbe an uns weitergegeben haben. Einige Beispiele:

- Die Nazis formulierten: *Führer befiehl, wir folgen* [z.B. in Sprechchören 1943] (Goebbels 1991, Bd. 2, S. 205). Zur Währungsreform 1949 gab es Schaufensterplakate: *Erhard befiehl, wir folgen* (Spiegel, 13.1.97, S. 97). Die FAZ fordert 1995: [wir müssen] *das Befiehl-wir-folgen-Denken* [überwinden] (FAZ, 1995 cosm.), und im Tagesspiegel stellt ein Theaterkritiker seine Rezension von Thomas Jonigks Stück „Rottweiler“ in diesen Tagen unter die Überschrift: *Führerin, befiehl, wir folgen* (Tagesspiegel, 8.3.97, S. 20).
- Die Nazis holten Deutschsprachige aus den okkupierten Gebieten *Heim ins Reich* (z.B. Goebbels 1991, Bd. 1, S. 335). 1989 wurde die Formel in zahlreichen Zeitungsartikeln wiederbelebt, meist kritisch, aber aus einem intakten Sprachgedächtnis. Und heute finden wir Variationen wie *heim ins russische Reich* (Spiegel, 1993, H. 23, S. 180), *heim ins italienische Reich* (Spiegel, 1994, H. 19, S. 148), *Heim ins Reich der Mitte* (Zeit, 28.6.96, S. 3).
- Göring verband seinen ersten Vierjahresplan mit einer Kampagne *Kampf dem Verderb*. Das *Kampf dem ...*-Muster statt *Krieg dem ...* beginnt in unseren Sammlungen tatsächlich erst mit Göring. Die Göring-Formel gelangte sofort in die Kochbuchvorworte (vgl. MM, 14.12.95, „In alten Kochbüchern geblättert“) und damit in zahlreiche deutsche Küchen. Ich will den Zusammenhang nicht behaupten, solange ich ihn nicht beweisen kann, aber auffällig sind die vielen dazu passenden Nachkriegslosungen schon: *Kampf dem Atomtod* (ND, 8.3.59, S. 4; Stern, 4.10.90, Sonderseite S. 12), *Kampf dem Terror* [USA-Krimi 1975] (MM, 13.12.95 [TV-Programm]), *Kampf dem Männlichkeitswahn* (MM, 28.4.89 cosm.), *Kampf dem Muskelkater* (MM, 27.11.89 cosm.), *Kampf dem Feiertagspeck* (MM, 28.12.89 cosm.), *Kampf dem Herzinfarkt* (MM, 8.4.91 cosm.), *Kampf dem Eberfleisch* (Spiegel, 1993, H. 45, S. 107).
- Eine der frühesten antisemitischen Losungen, intensiv propagiert durch die Nazis, war: „*Kauft nicht bei Juden*“. Der erinnerungsfeste Rückgriff

machte auch daraus ein verfügbares Klischee mit gegenwartssprachlichen polemischen Besetzungen wie *Kauf nicht beim Wessi* (Spiegel, 1996, H. 39, S. 53), *Kauft nicht bei Goethe* [über Boykotts der Goethe-Institute] (Zeit magazin, 31.1.97, S. 8), oder: *Deutsche, kauft nicht bei Franzosen* (FAZ, 1995 cosm.).

- Aus der offenbar ebenfalls unvergesslichen Urlaubskampagne der Nazis *Kraft durch Freude* wird in unseren Tagen: *Kraft durch Freunde* [gemeint ist die frühere SPD-Spitze] (Spiegel, 1994, H. 36, S. 18), *Kraft durch Nörgeln* (Zeit, 18.10.96, S. 81), oder auch *Kraft durch Froede* [ein früherer Entwicklungschef von NSU] (MM, 13.8.87, S. 3), *Kraft durch Ruhe* (FAZ, 1995 cosm.); dazu noch ein ironisches Textbeispiel: *Kraft durch Freude wahrlich ein Programm für heutige Leistungssportler* (FAZ, 1995 cosm.).
- Eine der wichtigsten disziplinierenden Naziformeln war: *Ein Volk, ein Reich, ein Führer*. Dieses Erinnerungsklischee wird heute so abgewandelt: *ein Volk, ein Reich, ein Schönhuber* (Stern, 1.2.90, S. 195), aber eben auch so: *ein Volk, ein reiches Land, ein Kanzler* (MM, 10.6.91, Lokalseite) oder so: *Ein Volk, ein Land und viele tolle Wahnideen* (so Henryk Broder in: buch aktuell, Winter 1996, S. 30), *Ein Mann, ein Volk und viele Sender* (Tagesspiegel, 10.6.94, S. 3), *Ein Volk, eine Partei und die Kirche soll auch dazu gehören* (Spiegel, 21.8.95, S. 44). Die FAZ fragt 1995 [bezogen auf Jugoslawien]: *wessen bedarf es, daß ein Volk seinem Reich entsagt und seinen Führer fallen läßt* (FAZ, 1995 cosm.). Und vielleicht steht die zwingende Naziformel sogar hinter der harmlosen Überschrift: *Ein Wort, ein Satz, ein Sinn* (Tagesspiegel, 4.11.96, S. 26).
- *Wer Jude ist, bestimme ich*, sagte Göring. *Wer Hutu ist, bestimme ich* titelt die FAZ (20.8.94, S. 26), *Wer Güstrower ist, bestimme ich* heißt es im Rheinischen Merkur (16.2.90, S. 2) in Erinnerung an das Schmidt-Honecker-Treffen vom 13.12.1981.
- Im Jahr 1927 prägte Carl Schmitt die Bezeichnung *Der totale Staat* (Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, 1927, s. Büchmann/Urban 1994, S. 502). 1935 folgte Erich Ludendorff mit dem *totalen Krieg* (Bertelsmann Taschenlex. 16, 1992, S. 141). Am 18. Februar 1943, nach Stalingrad, fragte Goebbels im Berliner Sportpalast sein Publikum: „Wollt Ihr den totalen Krieg?“ (Goebbels 1991, Bd. 2, S. 205). Auch diese Tradition wird heute in kleiner Klischee-Münze fortgeführt: *Wollt ihr den gerechten Krieg?* (Die Kirche, 20.8.95, S. 11), *Wollt ihr den totalen Film?* (Tagesspiegel, 8.9.96, S. 23), *Wollt Ihr die totale Wahrheit?* (Arndt-Buchdienst, Herbst 1996, S. 3), *Wollt ihr die totale Erklärung?* (taz, 30.4.97, S. 20).
- Die offizielle Parteihymne der NSDAP seit 1930, das sogenannte Horst-Wessel-Lied, hatte im NS-Staat den Rang einer zweiten Nationalhymne. Kein Deutscher, der diese Zeit mitgemacht hat, kann diesen Text ganz vergessen haben und alle, so meine ich, wissen ihn einzuord-

nen (vgl. H. Schmidt 1997b, S. 38 f.). Der Text enthält die Zeile „Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen.“ Sieben Zitatvarianten: *die schwarze Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen, so marschierten sie* [...] *durch die Hamburger Innenstadt* [vermummte Chaoten] (Stern, 12.11.87, S. 20), *Die CDU der DDR hält jetzt [...] die Reihen um so fester geschlossen* (FAZ, 16.12.89, S. 4), *Mein Eindruck ist, daß sich die Reihen fest geschlossen haben hinter ihm* [Engholm] (SZ, 25.3.93, S. 2), *ahnen die Genossen schon, daß die eigenen Reihen nicht mehr fest geschlossen sind* (Tagesspiegel, 24.2.97, S. 18), *Ausgerechnet jetzt, wo die Reihen fest geschlossen sein sollten, auch noch Streit bei Goethens selbst* [Goethe-Institut] (Wochenpost, 17.8.95, S. 2), *Wenn die Welt schon böse ist, dann gilt es um so mehr, die Reihen fest zu schließen und sich nicht ständig von außen anrempeln zu lassen* (FAZ, 1995 cosm.), *Die Dosen hoch – die Reihen fest geschlossen* [Kommentar über Neo-Nazis mit Bierdosen] (RTL Spiegel TV, 20.4.97). Auf dieser festen Grundlage ergibt sich ein Klischee (*Reihen* wird variiert): *Die Ohren verstopft, die Augen fest geschlossen* (Zeit, 4.7.86, S. 43), *die Grenzen fest geschlossen* (Rhein. Merkur, 4.5.90, S. 4), *Die Preise hoch, die Saaltüren fest geschlossen* ([Dieter Hallervorden] ARD, 21.3.95, Hörbeleg).

Die Frage, welchen Umgang wir mit Formulierungen der NS-Diktatur haben sollten, lasse ich beiseite. Ich stelle nur fest, dass auch dieses sprachliche Erbe immer noch Früchte trägt, harmlos aussehende, ironisierte, aber auch spürbar vergiftete. Ich behaupte nicht, dass alle hier ausgewählten Beispiele für das Fortleben von Formeln der Nazizeit schon den Status allgemein üblicher Klischees haben, deren Herkunft uninteressant geworden ist. Aber einige sind auf diesem Wege schon weit vorangekommen. Unser Bedarf an gängigen Formulierungsklischees kümmert sich nicht um Sprachmoral; genommen wird, was im Gedächtnis bereit steht. Tragen wir Verantwortung für unser Gedächtnis? Oder ist wirklich nur das Vergessen ein Problem?

Dasselbe wäre nun für die unmittelbare Nachkriegszeit und die Epoche der Teilung fortzuführen. Dabei wird sich herausstellen, dass ein erstaunlicher Teil von DDR-Klischees inzwischen die gesamtdeutsche Weihe erlangt hat, von der verstummten Nationalhymne mit den Zeilen *Auferstanden aus Ruinen* und *Deutschland einig Vaterland* bis zu Lenins *lernen, lernen und nochmals lernen* und dem dazu passenden *Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen*, von der frühen Losung *Deutsche an einen Tisch* bis zum *real existierenden Sozialismus* (vgl. H. Schmidt 1997, S. 40 f.) und der späten Behauptung *Wir sind ein Volk*. Dazu kämen dann z. B. die vielen schönen Wahlparolen der alten Bundesrepublik von *Sicherheit für alle* bzw. *Wohlstand für alle*, über *Keine Experimente, Modell*

Deutschland bis Freiheit, Sicherheit, Wohlstand, Mehr Demokratie wagen, Liebe Deine Umwelt wie Dich selbst und Endstation Volksfront (s. Toman-Banke 1996). Auch sie sind unvergessen, und auch ihre kreative Potenz und ihre Traditionslinien liegen auf der Hand.

7. Offene Klischees, Variationsstereotype, Phraseoschablonen, Anspielungsmuster

Der Gang durch Formeltraditionen, die aus dem NS-Staat stammen, zeigt eines mit besonderer Deutlichkeit: Zahlreiche einschlägige Formulierungen funktionieren als vielfältig abrufbare Anspielungsmuster im Sinne von Wilss (1989). Aber zugleich bilden auch hier Zitat und Zitatvariation den Nährboden für an bestimmten Positionen systematisch variierbare Stereotype, die offenen Klischees. Erst mit der Etablierung des offenen Klischees im Bewusstsein der Sprachteilhaber wird die volle Ernte des Zitierrspiels für die Alltagssprache eingebracht. Wir gewinnen Formulierungsstereotype, die wir als Satzbausteine verwenden können; die Besetzung der offenen Stellen liegt in der Hand jedes Sprechers. Das Zitatspiel wird wieder demokratisch, fast niemand erwartet mehr eine Antwort auf die Frage „von wem ist das eigentlich?“ Auf die variable Füllung solcher Klischees ist inzwischen mehrfach aufmerksam gemacht worden: Wolfram Wilss bietet – neben anderen Reihen – 55 Variationen zu *Der Spion, der aus der Kälte kam* (Wilss 1989, S. 165 ff.). Auch Ulrich Holbein hat für den Tolstoi-Titel *Wieviel Erde braucht der Mensch?* eine respektable Zahl von Varianten festgestellt: *Wieviel Fläche / Wieviel Straße / Wieviel Arbeit / Wieviel Urlaub / Wieviel Arzt / Wieviel Staat / Wieviel Zensur [usw.] braucht der Mensch / der Tierschutz / der Beamte [usw.]* (Holbein Sprachlupe 1996, S. 58). Die Wiener Fackel-Wörterbuch-Gruppe um Werner Welzig hat in ihrem Probedruck vorgeführt, wie Karl Kraus ganz allein die Redensart *Mir wern kan Richter brauchen* variiert: *Mir wern kan Kadi / kan Komiker / kan Kritiker / kan Orakel / kan Preisrichter / kan Weltgericht [usw.] brauchen* (Welzig 1996, S. 515), ein schöner Beleg dafür, dass endlich auch literatursprachliche Formulierungsvarianten lexikographisch gewürdigt werden. Leider ist das bisher eine sehr seltene Ausnahme.

Der Terminus „offenes Klischee“ wird dann nicht akzeptiert werden, wenn seine negative alltagssprachliche Konnotation als dominant empfunden wird. Diese Negativkonnotation sollte in unserem Zusammenhang aber ausdrücklich neutralisiert werden. Offene Klischees sind formelhafte Wendungen, deren aktuelle Ausgestaltung dem Sprecher – bei Einhaltung bestimmter konzeptueller Kriterien – freigestellt ist. Als Rahmenformel sind sie stabil, in der Füllung des Rahmens handelt der Sprecher kreativ. Die jeweilige „Urformel“, von der alle aktuellen Varianten ihren Ausgang genommen haben, kann als Prototyp verstanden werden, der die

einzuhaltenden konzeptuellen Kriterien vorgibt, solange die prototypische Bindung aktualisiert wird. Aber auch wenn diese Brücke nicht mehr trägt (der Bezug auf die Urformel unsicher geworden oder verloren ist), können die Kriterien fortgelten, weil sie inzwischen die Autorität von semantischen Besetzungsregeln gewonnen haben. Hier soll ausdrücklich betont werden, dass es um die Sache geht und nicht um die Bezeichnung. Selbstverständlich böte sich auch die Übernahme des Terminus „Phraseoschablone“ an, den Fleischer (1982, S. 135 ff.) für bestimmte syntaktische Strukturen benutzt, deren lexikalische Füllung variabel ist (*Dienst ist Dienst; geschenkt ist geschenkt* u.ä.), und der u. a. von Palm (1995, S. 68 f.) aufgenommen wird; aber dann müsste die Einengung der Phraseoschablonen auf eine relativ kleine Gruppe solcher syntaktischen Modelle aufgegeben werden. Wilss spricht im Hinblick auf die Urformeln mit guten Gründen von „Anspielungsmustern“: „Demjenigen, der die alltagssprachlichen Printmedien regelmäßig und in sprachlicher Hinsicht einigermaßen aufmerksam liest, bleibt nicht verborgen, daß sich bestimmte Bezugselemente für Anspielungen in allen möglichen Abwandlungen und Kontexten wiederholen und damit den Charakter von Anspielungsmustern annehmen“ (Wilss 1989, S. 164). Wir versuchen, mit dem Terminus „offenes Klischee“ für das regelhaft variable Stereotyp stärker den Umstand zu betonen, dass stereotype Anspielungen langsam ihren Anspielungscharakter verlieren können und sich zu alltagssprachlichen „Schablonen“ wandeln, die vorzugsweise an einer (oder auch mehreren) Position(en) „offen“ für variable Besetzungen sind und als freie Klischees kreativ verwendet werden. In der Sache sind wir mit Wilss (1989, S. 190) weitgehend einig: „Anspielungsmuster eröffnen ihrem Konstruktionsprinzip nach einen einfachen und bequemen Zugang zu einem sprachlichen Erfahrungsschatz, der inzwischen zur anspielungstechnischen Leerformel geronnen ist“. An gleicher Stelle spricht Wilss deshalb auch von „Baukastenmentalität“. Die beobachteten syntagmatischen Versatzstücke sind „Einheiten des Gedächtnisbesitzes und damit ‘Bausteine von Satzstrukturen’“ ([1989] H. Schmidt 1991, S. 174). Indem wir versuchen, für unseren Ansatz im weiten Haus der Phraseologie einen Platz zu finden, müssen wir uns vorerst mit einer Randexistenz zufrieden geben und wollen das gern tun: G. Gréciano hat schon 1983 erklärt, „das phraseologische Material ist abgezirkelt“ (Gréciano 1983, S. 232). Ihre Übersicht bietet den hier vorgestellten Formeln am ehesten Unterschlupf in der phraseologischen Dachkammer der geflügelten Worte (so auch Palm 1995, S. 5). Nur verführt der Büchmann-Titel, wenn er in phraseologischen Darstellungen benutzt wird, gar zu leicht zu der Annahme, es ginge vor allem um den Nachweis des Gebrauchs und der Herkunft von Zitaten. Unser Interesse an Homers „epea pteroenta“ gilt aber über die Flugkunst hinaus vor allem dem systematischen Gestaltwechsel dieser Flugkörper.

Wenn wir den offenen Klischees die nötige Aufmerksamkeit widmen, werden wir uns künftig nicht nur mit semantischen Konzepten und syntaktischen Rahmen solcher Klischees befassen müssen, sondern auch mit dem Rhythmus und den Lautungen der Varianten, bis hin zu auffälligen Reimbindungen (vgl. H. Schmidt 1997). Unser Gegenstand verliert dadurch ein wenig von seiner manchmal wüstenhaften Kargheit, er wird facettenreicher und wirklicher; seine historische Tiefe und seine literatursprachliche Funktion rücken wie selbstverständlich wieder ins Bild.

Ich kann hier nur wenige zusätzliche Beispiellisten genauer ausführen.

(1) Zuerst nenne ich eine Reihe von Varianten für Bölls *Gruppenbild mit Dame* (1974; eine etwas knappere, aber ältere Beispielreihe von Varianten bieten schon Burger/Buhofer/Sialm 1982, S. 46):

Gruppenbild mit Baby (Tagesspiegel, 24.8.96, S. 11).
Gruppenbild mit Bundespräsidenten (MM, 30.10.96, S. 4).
Gruppenbild mit Bürgermeister (Tagesspiegel, 27.9.96, S. 12).
Gruppenbild mit Eiszeitmenschen (MM, 11.10.96, S. 18).
Gruppenbild mit Familie (MM, 14.3.87 cosm.).
Gruppenbild mit Freizeitkeglern (MM, 26.4.91 cosm.).
Gruppenbild mit General (Tagesspiegel, 15.3.97, S. 3).
Gruppenbild mit Herr (MM, 22.1.91 cosm.).
Gruppenbild mit Hund (Berl. Ztg., 2.5.96, S. 49).
Gruppenbild mit Kamel (MM, 4.1.89 cosm.).
Gruppenbild mit Königin Silvia (MM, 6.8.96, S. 7).
Gruppenbild mit Mördern (Spiegel, 1993, H. 1, S. 79).
Gruppenbild mit Originalfälschung (MM, 14.10.85 cosm.).
Gruppenbild mit Picknickkorb (Zeit, 1.8.86, S. 38).
Gruppenbild mit Polizist (Tagesspiegel, 30.7.96, S. 16).
Gruppenbild mit Riesen (Zeit, 17.11.95, S. 43).
Gruppenbild mit Rindern (Tagesspiegel, 2.12.96, S. 14).
Gruppenbild mit Sartre (MM, 8.1.86 cosm.).
Gruppenbild mit Urne (Spiegel, 24.2.97, S. 227)
 und sogar
Gruppenbild mit Lexikon (Tagesspiegel, 6.11.96, S. 9).

Ich halte solche Reihen für beweiskräftig in der Frage, um die es mir geht. Wir haben hier ganz deutlich ein offenes Klischee, dessen zwei erste Positionen stabil sind, dessen letzte Position variabel ist. Stabilität und Variabilität stehen in einem geordneten Verhältnis. Typisch ist die Besetzung mit Personenbezeichnungen. Hier wird also in der Mehrzahl der Fälle auch ein semantisches Konzept eingehalten. Niemals erscheint – wie im „Archetyp“ – der bestimmte oder unbestimmte Artikel, ganz selten sind weitere Attribute. Dieselbe Formulierung lässt auf anderen Positionen des

Anspielungsmusters auch die freie Variation zu: *Gruppenbild ohne Dame*, *Gruppenbild für Demokratie*. Solche gelegentlichen Varianten sind aber nicht bis zur Ausbildung eines offenen Klischees gelangt.

(2) Um die nachhaltige sprachliche Wirkung von Filmtiteln zu demonstrieren, sei an die Verfilmung von Betty Mahmoody's Ehegeschichte, in der deutschen Fassung (1991) unter dem Titel *Nicht ohne meine Tochter*, erinnert. Zwar gibt es diese ganz normalsprachliche Formulierung vorher auch in anderen Zusammenhängen, so z. B. in der Kurt-Hoffmann-Verfilmung des „Dr. med. Hiob Prätorius“ (1964) von Curt Götz. Aber erst der Mahmoody-Filmtitel hat diese Wortgruppe zum offenen Klischee werden lassen, das vorzugsweise zwei semantische Konzepte bedient.

1. Konzept: 'Familienangehörige':

Nicht ohne meine Eltern (Richard Frede [rororo-Titel] 1996),

Nicht ohne meine Familie (TV Today, 1996, H. 14),

Nicht ohne meinen Mann (Elle, 1996, H. 10, S. 122),

Nicht ohne ihren Mann (Tagesspiegel, 12.8.95, S. 23),

Nicht ohne meine Mutter (FAZ, 29.10.96, S. 40),

Nicht ohne seine Schwester (TV Today, 1996, H. 19, S. 11),

Nicht ohne meinen Sohn (Frau im Spiegel, 6.2.97, S. 82),

Nicht ohne seine Tochter (Berl. Ztg., 28.9.95, S. 3),

Nicht ohne meinen Vater (Zeit, 3.3.95, S. 26).

2. Konzept: 'Nahes persönliches Eigentum':

Nicht ohne meinen Computer (Elle, 1995, H. 2, S. 296),

Nicht ohne meine Decke (Zeit magazin, 27.9.96, S. 42),

Nicht ohne meine Fernbedienung (Elle, 1995, H. 6, S. 7),

Nicht ohne meine Handschuhe (Tagesspiegel, 3.9.96, S. 9),

Nicht ohne meine Handtasche [die Queen] (Zeit magazin, 19.4.96, S. 8),

Nicht ohne meinen Hund (Freundin, 1997, H. 5, S. 118),

Nicht ohne meinen Koffer (USA, TV-Komödie, 1993 [Titel]),

Nicht ohne mein Messerbänkchen (Berl. Ztg., 24.12.96, S. 42),

Nicht ohne meine Schokolade (McKevett [Econ-Titel] 1996),

Nicht ohne meinen Taschenkalender (taz, 23./24.11.96, S. 4),

Nicht ohne meine Unterschrift (Zeit, 10.5.96, S. 68),

Nicht ohne meine Zigarre (Berl. Ztg., 13.1.97, S. 8).

So auch französisch:

Jamais sans ma brillante (Madame Figaro, 12./13.4.97, S. 104).

(3) Natürlich gibt es auch – vor allem im Grenzbereich zu den „Phrasenschablonen“ (Fleischer 1982, 135 ff., S. 98) – zahlreiche offene Klischees, die nicht mehr zweifelsfrei auf bestimmte Autoren zurückgeführt werden können. Ich nenne als Beispiel: *einmal Student, immer Student*.

So im Material zuerst 1947 aus Th. Mann, Doktor Faustus (1961, S. 418) bezeugt. Das ist aber wohl nicht beweisend. Es folgen:
einmal Agent, immer Agent (ARD Report Baden-Baden, 22.7.96),
einmal Bulle, immer Bulle (SAT1, Bei Aufschlag Mord, 5.7.96),
einmal Chefarzt, immer Chefarzt (Spiegel, 1994, H. 23, S. 92),
Einmal Cop, immer Cop. So jedenfalls sieht es bei Don Johnson [in der TV-Serie 'Miami Vice'] aus (TV Serien 1996, H. 14, S. 18),
einmal Dada, immer Dada (MM, 16.9.86, S. 22),
einmal Entwicklungsland, immer Entwicklungsland (MM, 10.1.89 cosm.),
Einmal Girlie, immer Girlie. Darfst du nicht erwachsen werden? (TV TODAY 1997, H. 7, S. 15),
einmal Polizist, immer Polizist ([1986] ARD Tatort, 8.1.96),
einmal Reporter, immer Reporter (FAZ, 1993 cosm.),
einmal Staatspartei, immer Staatspartei [PDS] (MM, 20.1.97, S. 2),
einmal Stasi, immer Stasi (Loest, Nikolaikirche 1995, S. 406),
einmal Talk, immer Talk! (Berl. Ztg., 2.7.96, S. 4),
einmal Unternehmer, immer Unternehmer (FAZ, 1995 cosm.);
 oder auch
einmal oben, immer oben, einmal unten, immer unten (FAZ, 1993 cosm.),
einmal rechts, immer rechts (Die Kirche, 21.1.96, S. 5),
einmal rot, immer rot (FAZ, 29.8.90, S. 5) usw.

(4) Ein viertes Beispiel zeigt, dass ein beträchtlicher historischer Vorlauf bestehen kann, der aber zunächst ohne deutliche Wirkung bleibt: Schon bei Geiler von Keisersberg heißt es *Gott ist überall* (s. DWB XI, 2, Sp. 129). Johann Peter Hebel benutzt im Kalender des Rheinländischen Hausfreundes auf das Jahr 1814 die Formulierung *Ulm ist überall*. Das ist nicht mehr optimistisch gemeint wie Geilers Satz, sondern pessimistisch: er fährt fort: „die guten Zeiten sind nirgends mehr“ (Hebel 1990, S. 437). Die wirkliche Formelgeschichte beginnt mit der Wiederanknüpfung an das Negativkonzept in Günther Anders' Titel *Hiroshima ist überall* (1982). Es folgen: *Tschernobyl ist überall* ([Anti-AKW-Bewegung 1986], z. B. Zeit, 11.7.86, S. 16), *Memmingen ist überall* (MM, 11.3.89, Lokalseite), *Bischofferode ist überall* (FAZ, 1993 cosm.), *Gorleben ist überall* (FAZ, 1995 cosm.), *Wackersdorf ist überall* (FAZ, 1995 cosm.), aber auch: *Entenhausen ist überall* (Spiegel, 1993, H. 52, S. 79), *Aldenhoven ist überall* [nämlich die Dorfpfarre von Jürgen Fliege] (Wochenpost, 7.9.95, S. 63), *Hollywood ist überall* (Zeit, 2.8.96, S. 18), *Georgetown ist überall* (Zeit, 23.8.96, S. 17); ganz überwiegend Städtenamen, die – wie Ulm – im Textzusammenhang negativ belastet sind. Tröstlicher Weise folgt zur Weihnachtszeit 1993 dann auch: *Bethlehem ist überall* (FAZ, 1993 cosm.).

Früh weitet sich das Klischee aus auf – im jeweiligen Textzusammenhang – negativ konnotierte Territorialnamen anderer Art: *Transsylvanien*

ist überall [Sie wissen: Dracula] (FAZ, 1993 cosm.), *Mururoa ist überall* [Atomwaffenangst] (Tagesspiegel, 13.9.95, S. 27), *Padanien ist überall* [föderaler Egoismus] (Tagesspiegel, 16.9.96, S. 6), *Belgien ist überall* [Artikel über Verbrechen an Kindern] (Berl. Ztg., 16.4.97, S. 4), *Japan ist überall* [Exotische Küche] (Zeit magazin, 18.4.97, S. 54), *Der Osten ist [...] überall* [Überschrift: „Der Osten in uns“] (Zeit, 26.9.86, S. 61), *Die Hölle ist überall* (FAZ, 1993 cosm.), aber zum Trost dann wieder: *Lindenstraße ist überall* (MM, 4.3.97, S. 27).

Wie Städtenamen begegnen auch Ländernamen jetzt gelegentlich in neutraler oder positiver Konnotation: *Böhmen ist überall* [Böhmen begegnen sich auf der ganzen Welt] (dtv magazin 1997, H. 1, S. 23), *Polen ist überall* [Untertitel: „Leszek Kolankiewicz findet Adam Mickiewicz in Brasilien“] (FAZ, 30.4.97, S. N6).

Zögernd öffnet sich das Klischee dann auch für andere substantivische Belegungen, die aber mehrheitlich semantisch fremdgehen, weil sie – wie schon der Geiler-Text – für tatsächlich nicht-ortsgebundene Entitäten stehen und damit die semantische Ladung des Ursprungkonzepts neutralisieren: *Kunst ist überall* (Zeit, 9.5.86, S. 2), *Schumi ist überall* (SWF3 Sport aus Baden-Baden, 3.10.96), *Taliban ist überall* (Tagesspiegel, 11.12.96, S. 23), *Krieg ist immer und überall* (MM, 8.1.96, S. 32).

Dagegen versperren selbst syntaktische Abwandlungen die semantische Traditionslinie nicht: *Ist etwa Frankfurt überall?* (Spiegel, 20.1.97, S. 172), *Ist Tschernobyl überall?* (Zeit, 23.5.86, S. 9), *Herten ist nicht überall* [gemeint ist die Negativreaktion der Bevölkerung auf das Projekt einer Gefängnis-Psychiatrie] (FAZ, 30.10.96, S. 4),

Dabei ist Frankfurt fast überall (Spiegel, 3.2.97, S. 7), *Nicht überall ist Eimsbüttel* (Spiegel, 5.8.96, S. 115), *Überall ist Mittelalter* (Horst Fuhrmann 1996 [Titel]),

Überall ist Entenhausen (Berl. Ztg., 17.2.97, S. 8), *Heidelberg ist nicht überall* (Zeit, 25.4.86, S. 60), *Frankfurt und Memmingen ist überall, auch in Muggendorf* (Zeit, 5.4.85, S. 15), *Überall ist Chaos* (Zeit, 29.12.89, S. 48).

Weitere Beispiele für Ausgangsformulierungen, die zur Ausbildung einstelliger oder zweistelliger offener Klischees geführt haben, sind z. B.

Alles [Müller] oder was,

[Amerika] den [Amerikanern],

Auferstanden aus [Ruinen],

Ende einer [Dienstfahrt],

Ende der [Geschichte],

Endstation [Sehnsucht],

[Liebe] in den Zeiten der [Cholera],

Ein [Mann] für alle [Fälle],

*Mutter aller [Schlachten],
 [Paris] ist eine [Messe] wert,
 Prinzip [Hoffnung],
 Der real existierende [Sozialismus],
 [Sechzig] Jahre und kein bißchen [weise],
 [Sein] oder Nicht[sein], das ist hier die Frage,
 [Shakespeare] und kein Ende,
 [Spiel] ohne Grenzen,
 Vom [Tellerwäscher] zum [Millionär],
 Warten auf [Godot],
 Wieviel [Erde] braucht der [Mensch],
 Die [Zukunft] hat schon begonnen.*

Die Variationsparameter derartiger Klischees sind genauer charakterisiert in Schmidt (1997). Eine längere Zusammenstellung von „Basisformulierungen“ bietet – mit 49 Positionen – Wilss (1989, S. 170 ff.).

8. Schlussbemerkung

Das Material ist überreich und sollte systematischer eingefahren werden. Offene Klischees bzw. Anspielungsmuster und auch der Grenzbereich der Phras eoschablonen müssen kritisch dargestellt und nachgeschlagen werden können und natürlich nicht nur die hier angeführte Teilmenge der Zitatklischees mit überwiegend feststellbarem Ursprung. Ich möchte – noch einmal Otto Jespersen folgend – aus dem Bereich des Formelhaften nichts ausklammern, weil es zitierbar oder nicht zitierbar, grammatisch variabel oder nicht variabel, semantisch noch motiviert oder nicht mehr motiviert, also idiomatisch oder nicht idiomatisch, syntaktisch satzwertig oder nicht satzwertig ist. Vor allem die Sprichwortforschung hat sich mit der Variation geläufiger Formulierungen seit längerem befasst (vgl. Wotjak 1989 und zuletzt Ruef 1995). Mit Hans Ruef meine ich, dass „linguistische Aussagen syntaktischer, semantischer, pragmatischer etc. Art ... den lexikalischen Einheiten quasi hintennach“ (Ruef 1995, S. 9) folgen sollten und nicht im vorhinein Schranken für unser Interesse bilden dürfen. Ähnlich liegen die Versuche von Stephan Stein (1995) und Helmut Feilke (1996), die ebenfalls das Ziel verfolgen, die vorrangige Fixierung mancher Beiträge zur Phraseologieforschung auf ein idiomatisch geprägtes Zentrum zu relativieren.

Dass die Phraseologieforschung mehrheitlich dem Kriterium der Idiomatizität bzw. Figuriertheit der Phrasembedeutung einen so hohen Rang einräumt (vgl. Fleischer 1982, S. 35–41 sowie 63–67; Burger/Buhoffer/Sialm 1982, S. 3; Gréciano 1983, S. 235; Dobrovolskij 1995, S. 16; 49 u.ö; Palm 1995, S. 9–29, 32) hat sicherlich gute Gründe, die hier auch

nicht in Zweifel gezogen werden sollen. Wer aber an der sprachgeschichtlichen Relevanz von Mehrwortlexemen oder tradierten Formulierungen und ihrer Rolle als Variationsmuster oder Variationsresultate interessiert ist, muss sich in erster Linie am Verhältnis von lexikalischer wie syntagmatischer Stabilität und Variabilität der untersuchten Einheiten orientieren.

Auch die Frage, ob eine Zitatvariation beiläufig entstanden oder mühsam konstruiert wurde, ist zweitrangig. Alle offenen Klischees sind im Unterschied zu manchen Aktualisierungen interpretierbar als Produkte der dritten Art im Sinne Rudi Kellers, nicht kausal, nicht final, entsprungen der Freude am Zitat, dem Spaß am Variieren, Kinder der Lust. Dort, wo die kommunikativen Bedingungen das Sprachspiel verhindern, findet Variation nicht oder nur äußerst eingeschränkt statt. Das gilt für rituelle Formeln unterschiedlicher Art, z. B. für rituelles Sprechen in religiösen Gemeinschaften oder für Signalarufe in lebensbedrohlichen Situationen (*Achtung!* / *Vorsicht!* / *Hilfe!* / *SOS!*). Das gilt aber auch für streng hierarchische bzw. totalitäre Gesellschaftssysteme oder Teilsysteme (z. B. Befehlssituationen beim Militär). Wo die fixierte Reaktion auf den Befehlsempfang „*Zu Befehl!*“ oder „*Jawohl, Herr Leutnant!*“ lautet, kann nicht variiert werden. Wo ein ritueller Grußwechsel die Form „*Seid bereit!*“ / „*Immer bereit!*“ hat (so bei den „Jungen Pionieren“ bis 1990 nach sowjetischem Vorbild in der DDR), wäre jede Variante ein Angriff auf die installierte Disziplin. Die Einübung demokratischer Denk- und Sprachprozesse begünstigt den freien Umgang mit vorgegebenen Formulierungen, autoritär geordnete Umgangsformen hemmen die Variation.

Offene Klischees gehören aber auch zu den wichtigsten Transportmitteln von Literatursprache in die Alltagssprache. Ihre gründlichere Behandlung als Objekte der Linguistik sollte akzeptiert, dominante Beispielreihen sollten von Lexikographen bearbeitet und in Sprachlernprozesse eingeführt werden. Als typische Produkte ihrer Zeit sind sie Facetten der Epochencharakteristik und gehören damit auch unter diesem Aspekt zum Interessenbereich der Sprachgeschichte. Man darf fragen, ob sprachliche Versatzstücke, variable Formulierungstereotype, offene Klischees auch wieder verschwinden: Ganz sicher ist der Eintritt einer Mode – auch wenn es ein Vorfeld gibt, in dem einschlägige Formulierungen schon begegnen, aber noch nicht modisch sind – leichter zu bestimmen, als ihr Ende. Erschwert wird die Antwort dadurch, dass zumindest die Texte des 19. und 20. Jahrhunderts in großer Zahl noch zum Lesehorizont der Gegenwart gehören und keine Formulierung dieses Lesehorizonts im strengen Sinn „untergegangen“ ist. Möglich ist es aber zweifellos, Frequenzkurven von Formulierungen und Formulierungsklischees zu ermitteln, und darzustellen, in welchem Grad ihr Vorkommen in einem definierten Korpus (und textsortenabhängig) zählbar zunimmt, Schwankungen unterliegt oder

deutlich abnimmt. Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit bietet der im November 1995 stürmisch einsetzende Gebrauch der Formel *Bündnis für Arbeit*, der praktisch das ganze Jahr 1996 hindurch ungebrochen anhielt und zahlreiche Varianten entstehen ließ, der aber – politisch bedingt – schon 1997 wieder zurücktritt (vgl. H. Schmidt 1997, S. 44 f.).

Wir müssen im Bereich der Lexik wegkommen von einer Sprachgeschichte, die sich zu oft und zu ausschließlich nur am Wort orientiert. Texte bauen sich nicht einfach aus Worten auf. Zwischen Wort und Satz operiert die tradierte Wortgruppe, die Formel, auch das Klischee. Und am schönsten wäre es, wenn nun das Ganze nicht nur historisch, sondern europäisch vergleichend ausgebaut werden könnte, denn unser Sprachspiel und alle seine ernsten Folgen haben schon seit unserer gemeinsamen lateinischen Vergangenheit nationale Grenzen überwunden. Dank der internationalen Filmindustrie finden Sie heute überall in Europa den 'diskreten Charme der Bourgeoisie', das 'obskure Objekt der Begierde' oder Sie stehen 'Allein gegen die Mafia' in unzähligen einzelsprachlichen Varianten. Was das europäische Latein und unsere gemeinsame literarische [usw.] Vergangenheit noch nicht geschafft haben, befördert nun auch der Film: Es wächst zusammen, was zusammengehört auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Formelsprache.

Aber das ist fast schon eine andere Geschichte.

9. Belege

Die Mehrzahl der Belege entstammt eigener Zeitungslektüre, ergänzt durch Hörbelege aus dem Fernsehen und einige literarische Beispiele. Ergänzende Zeitungsbelege, vor allem solche der sechziger, siebziger und achtziger Jahre sind den Korpora des IDS entnommen (Genaueres über die IDS-Korpora bei Doris al-Wadi, COSMAS. Benutzerhandbuch. o. O. u. J. [Mannheim 1994], 257 ff.). Belege mit der zusätzlichen Angabe „cosm.“ und in der Regel auch andere Zeitungsbelege ohne Seitenangabe stammen aus den IDS-Korpora. Für wichtige Ergänzungen habe ich meinen Kolleginnen und Kollegen Susanne Bergmann, Elke Donalies, Dieter Herberg, Gabriele Hoppe, Jacqueline Kubczak, Klaus-Dieter Ludwig, Renate Schmidt, Elke Tellenbach und Ulrike Haß-Zumkehr zu danken. Es werden die üblichen Abkürzungen verwendet: ARD, BR (Bayrischer Rundfunk, 3. Fernsehprogramm), FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), FR (Frankfurter Rundschau), MM (Mannheimer Morgen), MTV (Fernsehsender), ND (Neues Deutschland), NZZ (Neue Zürcher Zeitung), SAT1 (Fernsehsender), SWF3 (Südwestfunk, 3. Fernsehprogramm), SZ (Süddeutsche Zeitung), taz (Tageszeitung, Berliner Ausgabe), ZDF usw. Einige zusätzliche Quellen (mit Ausnahme bloßer Titelzitate) sind in das folgende Literaturverzeichnis aufgenommen.

Literatur

- Antos, Gerd (1982): Grundlage einer Theorie des Formulierens. Textherstellung in geschriebener und gesprochener Sprache. Tübingen.
- Blüher, P.M. (ca. 1907): Rechtschreibung der Speisen und Getränke. 5. Aufl. Nordhausen o. J.
- Breuer, Stefan (1995): Anatomie der konservativen Revolution. 2. Aufl. Darmstadt. (1. Aufl. 1993).
- Büchmann, Georg/Urban, Eberhard (1994): Der neue Büchmann. Geflügelte Worte. Niedernhausen.
- Burger, Harald/Buhofer, Annelies/Sialm, Ambros (1982): Handbuch der Phraseologie. Berlin / New York.
- Carstensen, Broder (1971): Spiegel-Wörter, Spiegel-Worte: Zur Sprache eines deutschen Nachrichtenmagazins. München.
- Dobrovolskij, Dmitrij (1995): Kognitive Aspekte der Idiom-Semantik. Studien zum Thesaurus deutscher Idiome. Tübingen.
- DWB (1936): Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm Bd. XI, 2. Leipzig.
- Eisenberg, Peter (1994): Grundriss der deutschen Grammatik. 3., überarb. Aufl. Stuttgart / Weimar.
- Engel, Ulrich (1991): Deutsche Grammatik. 2., verb. Aufl. Heidelberg.
- Erben, Johannes (1958): Abriss der deutschen Grammatik. Berlin.
- EXIT spezial (1982): Zu Goethes berühmtestem Gedicht. Mainz.
- Faulhaber, Kardinal Michael (1934): Judentum, Christentum, Germanentum. Advaterspredigten, gehalten in St. Michael zu München 1933. München.
- Feilke, Helmuth (1996): Sprache als soziale Gestalt. Ausdruck, Prägung und die Ordnung der sprachlichen Typik. Frankfurt/Main.
- Freud, Sigmund (1931): Massenpsychologie und Ich-Analyse. In: Ders., Theoretische Schriften (1911–1925). Wien.
- Goebbels, Joseph (1991): Reden 1932–1945. Hrg. von Helmut Heiber. 2 Bde. Bindlach.
- Gréciano, Gertrud (1983): Forschungen zur Phraseologie. In: Zeitschrift für Germanistische Linguistik 11, 2, S. 232–243.
- Hebel, Johann Peter (1990): Die Probe [Kalender des Rheinländischen Hausfreundes auf das Jahr 1814] In: Ders., Sämtliche Schriften. Kritisch hrg. von Adrian Braunbehrens, Gustav Adolf Benrath und Peter Pfaff. Bd. 3. 2. Teil. Karlsruhe.
- Heidolph, Karl Erich/Flämig, Walter/Motsch, Wolfgang (u. a.) (1981): Grundzüge einer deutschen Grammatik. Berlin.
- Heimpel, Hermann (1960): Kapitulation vor der Geschichte? 3. Aufl. Göttingen. (EA 1956).
- Helbig, Gerhard/Buscha, Joachim (1984): Deutsche Grammatik. Ein Handbuch für den Ausländerunterricht. 8., neubearb. Aufl. Leipzig.
- Holbein, Ulrich (1996): Sprachlupe. Frankfurt/Main.
- Jespersen, Otto (1924): The Philosophy of Grammar. London / New York.
- Jugend (1901): Münchener illustrierte Wochenschrift für Kunst und Leben. Bd. I (Nr. 1–26). München/Leipzig.
- Jung, Walter (1980): Grammatik der deutschen Sprache. Neuausgabe. Bearb. von Günter Starke. Leipzig.
- Koller, Werner (1977): Redensarten. Linguistische Aspekte, Vorkommensanalysen, Sprachspiel. Tübingen.

- Land Ober Ost (1917) Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno. Hrg. im Auftrage des Oberbefehlshabers Ost. Bearb. von der Presseabteilung Ober Ost. Stuttgart/Berlin.
- Lawrenz, Birgit (1993) Apposition. Begriffsbestimmung und syntaktischer Status. Tübingen.
- Liller Kriegszeitung (1915) Liller Kriegszeitung. Eine Auslese aus Nummer 1–40. Hrsg. von Hauptmann d. L. [Paul Oskar] Hoecker und Rittmeister a.D. Frh. [Georg] von Ompteda. 11–30. Tsd. Berlin / Leipzig / Wien o. J.
- Loest, Erich (1995) Nikolaikirche. Leipzig.
- Maltzan, Maria Gräfin von (1987) Schläge die Trommel und fürchte dich nicht. Erinnerungen. 8. Aufl. Berlin. Frankfurt am Main.
- Mann, Thomas (1956) Zeit und Werk. Tagebücher, Reden und Schriften zum Zeitgeschehen. Berlin.
- Mann, Thomas (1961) Doktor Faustus. Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde. Berlin (EA 1947).
- Mann, Thomas (1995) Tagebücher 1953–1955. Hrsg. von Inge Jens. 3. verb. Aufl. Frankfurt/Main.
- Marschall, Gottfried R. (1992) Überlegungen zum nachgestellten Adjektiv im Deutschen. In: Valentin, Paul (Hg.) (1992) Rechts von N. Untersuchungen zur Nominalgruppe im Deutschen. Tübingen. S. 71–82.
- Mieder, Wolfgang (1975) Buchtitel als Schlagzeile. In: Sprachspiegel 31, H. 1, S. 36–43.
- Palm, Christine (1995) Phraseologie. Eine Einführung. Tübingen.
- Paul, Hermann (1937) Prinzipien der Sprachgeschichte. 5. Aufl., unveränderter Abdruck. Halle.
- Pilz, Klaus Dieter (1981) Phraseologie. Stuttgart.
- Rößler, Elke (1994) Intertextualität in Zeitungstexten – ein Rezeptionsproblem. In: Sommerfeldt, Karl-Ernst (Hg.) (1994) Sprache im Alltag. Beobachtungen zur Sprachkultur. Frankfurt am Main / Berlin / Bern. S. 151–160.
- Ruef, Hans (1995) Sprichwort und Sprache. Am Beispiel des Sprichworts im Schweizerdeutschen. Berlin / New York.
- Schmidt, Hartmut (1989) „Pfingsten, das liebliche Fest“ – Das Volksbuch von Reineke Fuchs. Jugendlektüre Goethes? In: Goethe-Jahrbuch. 106. Bd. Weimar. S. 203–210 [über formelhafte Textähnlichkeiten der Reineke-Fuchs-Tradition].
- Schmidt, Hartmut (1991) Sprachgeschichte zwischen Wort und Text. Über die Notwendigkeit einer historischen Wortkombinationsforschung. In: Sprachwissenschaft in der DDR – Oktober 1989. Vorträge einer Tagung des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft am 31. 10. und 1. 11. 1989. Berlin 1991 (=LS ZISW/A 209), S. 170–186.
- Schmidt, Hartmut (1993) Libertas- und Freiheitskollokationen in Luthers Traktaten 'Von der Freiheit eines Christenmenschen' und 'De libertate christiana'. In: Arbeiten zum Frühneuhochdeutschen. Gerhard Kettmann zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Rudolf Bentzinger und Norbert Richard Wolf. Würzburg. S. 101–120.
- Schmidt, Hartmut (1995) Wörter im Kontakt. Plädoyer für historische Kollokationsuntersuchungen. In: Gardt, Andreas/Mattheier, Klaus J./Reichmann, Oskar (Hg.) (1995) Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen. S. 127–143.

- Schmidt, Hartmut (1997) Real existierende Formelvariation. In: Konerding, Klaus-Peter, Lehr, Andrea (Hg.) (1997) *Linguistische Theorie und lexikographische Praxis. Symposiumsvorträge*, Heidelberg 1996. Tübingen: S. 33-50 (= *Lexicographica, Series Maior* 82).
- Schmidt, Hartmut (1998) 'An mein Volk'. Sprachliche Mittel monarchischer Appelle. In: Cherubim, Dieter/Grosse, Siegfried/Mattheier, Klaus J. (Hg.) (1998) *Deutsche Sprachgeschichte im 19. Jahrhundert*. Berlin (im Druck).
- Sereny, Gitta (1997) *Albert Speer. Das Ringen mit der Wahrheit und das deutsche Trauma*. München 1997. (deutsche EA: 1995).
- Stein, Stephan (1995) *Formelhafte Sprache. Untersuchungen zu ihren pragmatischen und kognitiven Funktionen im gegenwärtigen Deutsch*. Frankfurt/Main.
- Steyer, Kathrin (1997) *Reformulierungen. Sprachliche Relationen zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs*. Tübingen (= *Studien zur deutschen Sprache* 7).
- Teubert, Wolfgang (1979) *Valenz des Substantivs. Attributive Ergänzungen und Angaben*. Düsseldorf.
- Toman-Banke, Monika (1996) *Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949-1994*. Wiesbaden.
- Valentin, Paul (Hg.) (1992) *Rechts von N. Untersuchungen zur Nominalgruppe im Deutschen*. Tübingen.
- Welzig, Werner (1996) „Wörterbuch der Fackel“. In: *Jahrbuch der deutschen Schillogesellschaft* Bd. XL, Stuttgart: S. 505-522.
- Werner-Kautzsch [= Ernst Dietze] (1927) *Hofgeschichten aus der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II.* 2. Aufl. Berlin-Lankwitz.
- Wilss, Wolfram (1989) *Anspielungen. Zur Manifestation von Kreativität und Routine in der Sprachverwendung*. Tübingen.
- Wojtak, Barbara (1989) Der Gag heiligt die Mittel? Modifikation und Vernetzungen von Sprichwörtern im Text. In: *Sprachpflege. Zeitschrift für gutes Deutsch* 38, S. 125-129.
- Zimmer, Dieter E. (1997) *Deutsch und anders. Die Sprache im Modernisierungsfieber*. Reinbeck.

FRANCISZEK GRUCZA

Aspekte des Deutschen aus polnischer Sicht

Abstract

Die wechselhafte politische Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen prägt die unterschiedlichen Einstellungen der Polen gegenüber den Deutschen. Einbrüche von 1772 (Beteiligung Preußens und Österreichs an der Teilung Polens), vom Ende des 19. Jhs. (Germanisierungspolitik in preußisch besetzten Gebieten) und vor allem von 1939 mit dem Höhepunkt der Polenfeindlichkeit, den die nationalsozialistische 'Polenpolitik' darstellt (Verbot der polnischen Sprache, Schließung polnischer Gotteshäuser, Verknächtung, Verfolgung und Ermordung) haben dennoch keine Abwehr der deutschen Kultur durch die Polen bewirkt. Die erstaunliche Öffnung Polens und positive Einstellung den Deutschen gegenüber - die keine umgekehrte Entsprechung hat - drückt sich gleich nach Kriegsende aus (bereits 1945 wurde z. B. an polnischen Universitäten die polnische Germanistik (wieder-)aufgebaut und der Deutschunterricht an Schulen wiedereingeführt). Die heutige Stellung des Deutschen in Polen (Deutsch wird in allen Schultypen und auf allen Bildungsebenen von insgesamt etwa 4 Mill. Polen gelernt) entspricht der des Deutschen in Mitteleuropa, die zeigt, daß Deutsch auf dem Weg zu einer eureregionalen Verkehrssprache ist. Dabei ist das Interesse am Deutschen nicht nur wirtschaftlich begründet, sondern vor allem in der Aufbewahrung einer positiven deutschen Tradition im kollektiven Gedächtnis der Polen (und der Mitteleuropäer überhaupt). Aufgaben für die mit der deutschen Sprache Beschäftigten sind u. a., den positiven Prozeß zu stützen, besonders auf der Ebene Mensch zu Mensch, sowie die Vermittlung kulturspezifischen Wissens.

Will man begreifen, warum das gegenwärtige Verhältnis der Polen zum Deutschen so und nicht anders ist, dann muß man sich erst einmal einen Überblick über die Geschichte der Beziehungen zwischen den Deutschen und den Polen sowie zwischen Deutschland und Polen verschaffen, denn die Einstellung der Menschen zu den Sprachen ihrer Nachbarn widerspiegelt in der Regel ihr Verhältnis zu den Trägern der Sprache, zu den Mitgliedern der nachbarlichen Gemeinschaft. Und dieses Verhältnis reflektiert wiederum nicht nur Erfahrungen, die die jeweiligen Menschen selbst mit den Nachbarn gemacht haben, sondern oft in erster Linie die ihrer Vorfahren - tradierte Meinungen, Überzeugungen und natürlich auch Vorurteile. Ausschlaggebend ist also dabei nicht immer die Erinnerung an die

jüngste Vergangenheit. Die gegenwärtige Einstellung der Polen zu den Deutschen und insbesondere zu der deutschen Sprache widerspiegelt meines Erachtens relativ alte Traditionen deutsch-polnischer Begegnungen. Deshalb möchte ich zuerst kurz auf diese eingehen.

Die direkten Kontakte zwischen Polen und Deutschen sind schon mindestens 1000 Jahre alt. Bis in die Mitte des 18. Jhs. waren die deutsch-polnischen nachbarschaftlichen Beziehungen so, wie sie eben zwischen Nachbarn sind – mal besser, mal schlechter, also insgesamt *normal*. Seit dem Thorner Frieden, d. h. seit 1466, bis zu Beginn der ersten Teilung Polens, d. h. 1772, hat es zwischen Polen und Deutschen überhaupt keine Kriege gegeben. Während dieser drei Jahrhunderte war die Einstellung der Polen zu den Deutschen ab und zu sogar sehr gut.

Erst die Beteiligung Preußens und Österreichs an der Teilung Polens führte zu einer ersten abrupten Verschlechterung der Beziehungen. Im 19. Jh. blieb die Einstellung der Polen zu den Deutschen generell negativ, wenn auch nicht die ganze Zeit gleich schlecht. Im großen und ganzen hat sie sich zunehmend verschlechtert. Doch zu einem zweiten deutlichen Einbruch in den Beziehungen der Polen zu den Deutschen kam es erst infolge der gegen Ende des 19. Jhs. in den preußisch besetzten Gebieten eingeführten drastischen Germanisierungspolitik.

Zu verbessern begann sich die Einstellung der Polen zum Deutschen erst einige Jahre nach dem ersten Weltkrieg. Leider hielt dieser Prozeß aber nur eine kurze Zeit an, denn schon gegen Ende der 30er Jahre wurde die deutsche Polenpolitik immer aggressiver. Und mit dem deutschen Angriff auf Polen verwandelte sich die Einstellung der Polen zu Deutschland und den Deutschen in eine ausschließlich negative. Die polenfeindliche Strömung der deutschen Politik hatte in den von den Nationalsozialisten eingeführten Maßnahmen ihren traurigen Höhepunkt erreicht. Hier will ich lediglich auf die von den Nationalsozialisten in Polen betriebene Sprach- und Bildungspolitik kurz eingehen.

1. Die Ziele der nationalsozialistischen Polenpolitik waren auf eine solch radikale Vernichtung ausgerichtet, daß sie zunächst geheim gehalten wurden. Erst ab 1942 fing man an, offen über sie zu reden. Am deutlichsten hat diese Polenpolitik meines Erachtens Arthur Greiser, der damalige Gauleiter des Reichsgaus Wartheland (das war in etwa die ehemalige Provinz Posen) in einer am 23. Februar 1943 an alle ihm unterstellten Behörden verschickten Anweisung zum Ausdruck gebracht. Es heißt da unter anderem (vgl. Hansen 1994, S. 83): „... *Die Polenpolitik vor 1914 ist nicht nur falsch gewesen, weil sie schwankte und unsicher war und für ihr Ziel, den Polen zu germanisieren, nicht alle verfügbaren Mittel angesetzt hat, sondern auch wegen des Zieles selbst. Unsere Volkstumspolitik ist getragen von völkischen und rassistischen Notwendigkeiten. Es gibt zwischen dem Deutschen und dem Polen keine Gemeinschaft. Ein*

Eindeutschen von Polen ist, abgesehen von zahlenmäßig geringen Ausnahmen, nicht nur unerwünscht, sondern nationalsozialistisch falsch. Der polnische Mensch kann und darf nicht germanisiert werden." Greiser stützte sich dabei ausdrücklich auf Hitler und zitiert den folgenden Satz aus „Mein Kampf“: *„Ein fremdrussiges Volk, in deutscher Sprache seine fremden Gedanken ausdrückend, würde die Höhe und Würde unseres eigenen Volkstums durch seine eigene Minderwertigkeit kompromittieren.“* („Mein Kampf“, 31. Aufl., S. 430). Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß Greiser vor allem auf entsprechenden Gedanken von Himmler, dem damaligen Reichsführer der SS und Chef der Deutschen Polizei, aufbaute. Zitieren konnte er sie nicht, da sie zu dieser Zeit noch immer geheim waren.

Heinrich Himmler hat seine Ideen schon zu Beginn des Jahres 1940 unter dem Titel „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ zusammengefaßt. Später berichtete er, daß er seine Niederschrift am 25. März desselben Jahres Hitler vorgelegt habe und daß der sie „sehr gut und richtig fand, jedoch die Anweisung gab, daß sie nur in ganz wenigen Exemplaren vorhanden sein dürfe, nicht vervielfältigt werden dürfe und ganz geheim zu behandeln sei“. Dadurch wurden Himmlers Gedanken nicht nur zu einer „geheimen Reichssache“, sondern auch zu einer Sache von besonderer Wichtigkeit. Zu den Personen, die in erster Linie mit der Niederschrift von Himmler bekannt gemacht werden sollten, gehörten alle vier Gauleiter der in den besetzten polnischen Gebieten eingerichteten Ostgaue: Koch, Forster, Greiser und Frank.

Die von Himmler konzipierten und von Hitler für „gut und richtig“ erklärte Sprach- und Bildungspolitik hatte zwei Hauptziele (vgl. Hansen 1994, S. 19). Zum einen ging es darum, assimilierbare „rassisch wertvolle“ (so nannte man sie damals) Einwohner des Ostens herauszusieben und einzudeutschen und „Kinder guten Blutes“ von ihren Eltern zu trennen, nach Deutschland zu versetzen und sie dort zu Deutschen zu erziehen. Zum anderen sollten optimale Bedingungen dafür geschaffen werden, die autochthone nicht-deutsche Bevölkerung zunächst total zu beherrschen, zu verknechten und maximal auszubeuten. Die als „nicht-deutsch“ gekennzeichnete Bevölkerung des Ostens sollte auf keinen Fall germanisiert, sondern im Gegenteil – von der deutschen Bevölkerung strengstens separiert werden. Deutsche durften keine privaten Kontakte zu Polen haben. Schon bestehende Beziehungen, auch gemischte Ehen, mußten abgebrochen werden.

Für Polen, die als nicht-assimilierbar eingeschätzt wurden, ordnete Himmler an, die Schulzeit und die Bildungsziele extrem einzuschränken (vgl. Hansen 1994, S. 19). Dadurch sollte sichergestellt werden, daß keine neue polnische Elite entstehen konnte. Im einzelnen schrieb Himmler dazu folgendes: *„Eine grundsätzliche Frage bei der Lösung aller dieser Probleme ist die Schulfrage und damit die Frage der Sichtung und Siebung*

der Jugend. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500. Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleissig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. Außer dieser Schule darf es im Osten überhaupt keine Schule geben." Aufgabe der einzelnen Gauleiter war es, die Himmlersche Polenpolitik zu konkretisieren und praktisch umzusetzen. Der schon erwähnte Greiser gab auf dieser Grundlage sechs Grundsätze heraus, die alle an der Realisierung der nationalsozialistischen Sprachenpolitik im Warthegau Beteiligten zu befolgen hatten (vgl. Hansen 1994, S. 83 f.).

Um Ihnen einen Eindruck zu vermitteln, welchen – zum Teil widersprüchlichen – Charakter diese Anweisungen hatten, lese ich den ersten und zweiten Grundsatz Greisers in vollem Wortlaut vor. Im ersten heißt es: *„Vor deutschen Behörden und in Dienststellen von Partei und Staat darf nur deutsch gesprochen werden. Der Pole, der sich in deutscher Sprache nicht verständlich machen kann, hat sich einen Dolmetscher mitzubringen“*. Der zweite lautet aber folgendermaßen: *„In den polnischen Schulen wird deutsch nur soweit gelehrt, als es notwendig ist, daß der polnische Arbeiter Nachwuchs, den wir zur Erfüllung der Kriegs- und der Aufbauaufgaben brauchen, sich in deutscher Sprache verständlich machen kann: d. h. die deutsche Sprache wird vokalbalmäßig gelernt, darf aber grammatisch nicht richtig gesprochen werden“*.

Einerseits sollten also Polen vor Gericht usw. deutsch reden können, andererseits sollten sie aber höchstens eine Auswahl von Vokabeln und eine „nicht richtige“ Grammatik lernen. Es war übrigens dieser Deutsch-Unterricht, der dazu beigetragen hat, daß man in Polen die deutsche Sprache nach dem Kriege in der Regel mit Ausdrücken wie „Raus!“, „Hände hoch!“, „Nur für Deutsche“ assoziierte, vor allem aber mit dem Gruß „Heil Hitler!“, der später in „Hitler kaputt“ umgewandelt wurde. Diese Sprachkenntnisse fanden später auch massiv in der polnischen Literatur, im Theater und im Film Widerhall, was wiederum zu vielen falschen Vorurteilen geführt hat (vgl. dazu auch Wróblewski 1993).

Völlig widersprüchlich war das Verhältnis der Nationalsozialisten zu der Frage, ob deutsche Beamte, die – wie Greiser es zum Ausdruck brachte – „in besonderem Maße mit den Polen in Berührung kommen“, Polnisch lernen sollten. Aus einem anderen Dokument, nämlich aus dem sog. „Manuskript von Dobbermann“ (vgl. Hansen 1994, S. 85 f.), das schon 1940 verfaßt wurde, geht hervor, daß die zentralen nationalsozialistischen Behörden die Meinung vertraten, *„daß der Deutsche keine Veranlassung habe, sich mit der (...) Sprache eines unterlegenen Volkes zu befassen; der Pole möge soviel deutsch lernen, daß er die ihn angehenden Befehle ver-*

stehen kann“; die „*Deutschen im Osten*“ bemerkten jedoch „*mehr und mehr*“, daß man so kaum in der Lage sein wird, die „*praktischen deutschen Führungsaufgaben im Osten*“ zu erfüllen. Demselben Dokument kann außerdem entnommen werden, daß die Frage, ob und in welchem Maße man die deutsche Sprache in Schulen für Polen einführen oder zulassen solle, für die verschiedenen Teile Polens unterschiedlich beantwortet wurde. Im Warthegau war beispielsweise wenigstens ein reduzierter Deutschunterricht zugelassen, im Generalgouvernement (also in Warschau und in Zentralpolen) durfte dagegen in Schulen für Polen überhaupt kein Deutschunterricht, also nicht einmal der auf Vokabeln und eine falsche Grammatik reduzierte, erteilt werden.

Besonders strengen Sprach- und Bildungsmaßnahmen wurde die nicht-deutsche Bevölkerung in dem Teil Polens unterzogen, den man vor 1914 Westpreußen nannte und in der Zwischenkriegszeit in Deutschland als „Korridor“ bezeichnete, und dessen alte Hauptbewohner Kaschuben heißen. Dort wurde eine besonders radikale Sprachpolitik betrieben. Im Gegensatz zu Zentralpolen durfte man öffentlich weder polnisch noch kaschubisch sprechen. Es gab dort keine Schulen für Polen. Was auch nur polnisch anmutete, wurde schnellstens ausgeräumt. Das bezog sich sowohl auf Familien-, als auch auf Orts- und Straßennamen. Polnische Goteshäuser wurden entweder geschlossen oder mit deutschen Priestern besetzt. Polnische sowie kaschubische Priester und die meisten Lehrer wurden gleich nach der Besetzung festgenommen und größtenteils umgebracht. In der schon zitierten Niederschrift „*Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten*“ hat Himmler die Kaschuben namentlich erwähnt: „*Schon in ganz wenigen Jahren – ich stelle mir vor, in 4 bis 5 Jahren – muß [...] der Begriff der Kaschuben unbekannt sein, da es dann ein kaschubisches Volk nicht mehr gibt ...*“

Wie schlimm die Zeit der Besatzung im „Korridor“ war, könnte ich auch aus eigener Erfahrung berichten. Ich bin nämlich Kaschube, der noch vor dem Kriege geboren und während des Krieges der Kategorie der „fremdvölkischen“ Kinder zugerechnet wurde, da meine Eltern sich aus mehreren Gründen auf keine deutsche Volksliste eintragen ließen. Ich könnte Ihnen nun eine recht lange Reihe von schlimmen Tatsachen aus meinem eigenen Leben wie auch aus der Geschichte meiner Familie erzählen, denn es hat da Opfer aller möglichen nationalsozialistischen Maßnahmen gegeben. Die Opfer der erwähnten Bildungs- und Sprachpolitik gehörten dabei keineswegs zu den schlimmsten.

2. Ich lasse jedoch all diese Tatsachen beiseite, denn es geht mir auf gar keinen Fall darum, irgendwelche noch nicht ganz verheilten Wunden wieder aufzureißen. Es ist nicht mein Ziel, Sie in eine bedrückte Stimmung zu versetzen. Ich will vielmehr zeigen, daß wir gerade aus einer Auseinandersetzung mit dieser Geschichte – so paradox das zunächst anmuten

mag – letztlich Freude und Optimismus schöpfen können. Es ist jedoch leider so, daß sich diese Ziele nicht ganz schmerzlos erreichen lassen. Es ist selbstverständlich, daß allein die Beschäftigung mit Dokumenten oder Tatsachen, wie den soeben angesprochenen, zwangsläufig so manche schreckliche Erinnerung bzw. Vorstellung hervorruft. Meine Überzeugung, daß wir uns trotzdem auch den schlimmsten Teil unserer gemeinsamen Geschichte ab und zu vergegenwärtigen sollten, ergibt sich aus dem folgenden Sachverhalt.

Während der nationalsozialistischen Besatzung ist in Polen das Ansehen von allem, was der Begriff des Deutschen beinhaltet, und damit auch die Einstellung zur deutschen Sprache und Kultur, in einen solchen Abgrund gefallen, daß man am Ende des Krieges zunächst damit gerechnet hat, daß Jahrhunderte vergehen müssen, bis der Begriff des Deutschen und der Klang der deutschen Sprache in Polen ihr altes Ansehen zurückgewinnen werden. Gleich nach dem Kriege haben die meisten Polen die Deutschen und insbesondere die deutsche Sprache einfach gehaßt. Man neigte damals dazu, alle Deutschen für grundsätzlich böse Menschen zu halten. Ein guter Deutscher, hieß es nach dem Kriege, das ist ein Deutscher im Sarg. Und man hat leider in so manchem Fall diesen Satz brutal verwirklicht. Je lauter und je rücksichtsloser man damals das Deutsche angegriffen hat, desto höher schien man sich auf der damaligen polnischen patriotischen Werteskala einordnen zu dürfen. Vor allem aber hieß es damals, daß man keinem Deutschen trauen darf und daß Freundschaft mit Deutschen überhaupt unmöglich sei. Man muß immer an die Maxime denken, die der Dichter Waclaw Potocki (1621–1696) in einem 1670 unter dem Titel *Transakcja wojny* geschriebenen Werk folgendermaßen wiedergegeben hat:

„Nigdy w szczerej nie żyli Polak z Niemcem zgodzie.

Polaka pycha, Niemca wolność bodzie.

Stąd przypowieści miejsce, że póki świat światem,

Nie będzie nigdy Niemiec Polakowi bratem.

(Noch nie lebten Deutsche und Polen in echter Eintracht zusammen.

Ein Dorn im Auge war dem Polen der Dünkel und dem Deutschen die Freiheit.

*Daher nimmt der Spruch seinen Sinn: Solange die Welt besteht –
Niemals wird der Deutsche dem Polen ein Bruder sein.)“*

Es ist aber – Gott sei Dank – ganz anders gekommen. Der zwischen Polen und Deutschen aufgerissene Graben konnte wesentlich schneller überbrückt und stellenweise sogar zugeschüttet werden, als man ursprünglich angenommen hatte. Direkt nach dem Krieg war es gefährlich, in Städten wie Warschau auf der Straße Deutsch zu sprechen. Noch gegen Ende der 50er Jahre habe ich in Warschau schlechte Erfahrungen mit der deutschen

Sprache gemacht. Doch schon in den 70er Jahren war es im allgemeinen kein Problem mehr. Heute kann man überall in Polen völlig unbefangenen Deutsch sprechen. Und das ist trotz all der eisernen Vorhänge, extrem bewachten Mauern und Stacheldrahtzäune geschehen.

Wenn man sich all das, was in den letzten vier bis fünf Jahrzehnten passiert ist, genau vor Augen hält, kann man nur zu dem Schluß kommen, daß es sich dabei um *par excellence* erstaunliche und erfreuliche Phänomene handelt. Und in höchstem Maße erstaunlich ist meiner Meinung nach die Tatsache, daß dieser Zustand noch vor Ende desselben Jahrhunderts erreicht wurde, in dem sich die nationalsozialistische Katastrophe zugetragen hat. In der Regel sind jedoch weder unsere Freude noch unser Staunen darüber so groß, wie sie eigentlich sein müßten.

Ich frage also: Warum werden diese erstaunlichen Tatsachen zumeist unbemerkt übergangen? Meine Antwort auf diese Frage lautet: Dem ist vor allem deshalb so, weil wir entweder schon vergessen oder uns nie so richtig bewußt gemacht haben, was eigentlich während der Besatzung und in der Zeit danach passiert ist. Mit anderen Worten: Wer nicht weiß, was während des Krieges geschehen ist und wie tief 1945 der Polen und Deutsche trennende Graben war, der ist nicht in der Lage zu erkennen, wieviel sich seit dem Kriege zum Besseren gewendet hat, wieviel inzwischen erreicht, wiederaufgebaut oder gutgemacht wurde. Je gründlicher man sich mit der Geschichte befaßt, desto deutlicher wird der Anlaß zur Freude über die inzwischen eingetretenen positiven Änderungen sein. Nebenbei werden wir sicherlich auch noch merken, wie unbedeutend im Grunde genommen viele von unseren gegenwärtigen Klagen sind.

Wir sollten uns aber über unsere gemeinsame Vergangenheit, besonders über die angesprochenen erstaunlichen Phänomene, auch deshalb miteinander unterhalten, weil diesbezügliche Wissensdefizite oft zu Fehlinterpretationen und zu leichtsinnigem Handeln führen. Je unzureichender das Wissen über die jüngste Vergangenheit ist, desto größer die Gefahr, daß unser Benehmen anstatt zur Festigung der schon gebauten Brücken eher zu ihrer Schwächung beitragen wird. Leichtfertig sind beispielsweise Äußerungen wie: Es sei so gekommen, wie es gekommen ist, weil es so kommen mußte. Leichtfertig sind auch Behauptungen wie: Nun seien schon alle Folgen der zu Beginn meines Vortrages angesprochen Probleme ausgeräumt. Auf polnischer Seite existieren noch viele, wenn auch nur selten offen artikulierte, alte Ängste. Auf deutscher Seite darf man wieder öffentlich recht brutale Polenwitze erzählen. Sowohl auf polnischer als auch auf deutscher Seite sind auch ganz neue Ängste und Vorurteile entstanden, die manchmal zu recht aggressiven Verhaltensweisen führen. Auf beiden Seiten sind außerdem noch viele Wunden aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, darunter auch die der vertriebenen Deutschen, nicht ganz verheilt.

Bisher haben wir in der Regel nicht miteinander, sondern meistens nur übereinander geredet – Polen über Deutsche, Deutsche über Polen. In den frühesten Zeiten war es deshalb so, weil wir uns aus sprachlichen Gründen nicht verstehen konnten. Fast alle Slawen, darunter auch die Polen, nennen die Deutschen seit eh und je *Niemcy*, was ungefähr so viel hieß, wie „Leute, die unverständlich reden“ oder „Leute, die man nicht verstehen kann“. Selbstverständlich waren gemeinsame Gespräche in den früheren Jahrhunderten oft auch aus räumlichen oder technischen Gründen unmöglich. Später versuchte man, sie wiederum durch Errichtung von Grenzen und durch entsprechende Ideologien zu verhindern. Während der Besatzung waren gemeinsame Gespräche sogar verboten. Wir haben uns aber in der Vergangenheit oft auch deshalb kaum unterhalten, weil wir einander verachteten oder uns mißtrauisch gegenüberstanden. Das Sprichwort „*Póki świat swiatem nie bedzie Niemiec Polakowi bratem*“ („Solange die Welt besteht – Niemals wird der Deutsche dem Polen ein Bruder sein“) ist relativ alt; wahrscheinlich stammt es aus dem 16. Jh. (vgl. Labuda 1996, S. 101). Schon im 18. Jh. redete man in deutschen Landen gerne über „die polnische Wirtschaft“ und bereitete sich langsam auf die „zivilisatorische“ Mission in Polen vor.

Wir müssen jetzt so schnell wie möglich lernen, uns sowohl von den alten als auch von den in der letzten Zeit entstandenen Vorurteilen zu befreien und über unsere gemeinsame Geschichte sowie über unsere jeweiligen Ängste miteinander offen und unbefangen zu reden. Solange wir dies nicht tun, wird die gegenwärtige positive Entwicklung jederzeit umschlagen können. Wir werden jedoch kaum weiterkommen, wenn wir uns dabei so wie bisher vor allem darum streiten, wer, in welchem Maße usw. sich schuldig gemacht hat oder wofür er verantwortlich ist. Wir müssen lernen, uns so darüber zu unterhalten, daß der jeweils andere nicht verletzt wird.

Für völlig kontraproduktiv halte ich die Meinung, man solle nun endlich überhaupt aufhören, über die Vergangenheit zu reden. Wo geschwiegen werden muß, egal aus welchen Gründen, da gibt es keine echte Freundschaft, da gibt es nicht einmal eine Chance dafür, daß es je zu einer solchen kommt. Außerdem wird uns die verdrängte Geschichte sowieso einholen, allerdings dann nur noch in Form von gefährlichen Vorurteilen. Und schließlich meine ich, daß man gerade aus dem schlimmsten Kapitel unserer Geschichte Wesentliches für die Gestaltung unserer Zukunft lernen kann.

3. In den letzten 6–7 Jahren hat sich in Polen, übrigens genauso wie in ganz Mitteleuropa, sehr, ja – unglaublich viel geändert. Die postsowjetische Umwandlung der polnischen Wirklichkeit ist natürlich noch nicht abgeschlossen, aber sie ist schon so weit fortgeschritten, daß es oft schon recht schwierig ist, sich zu erinnern, wie es vor der großen Wende in Mitteleuropa, d. h. vor 1989, war. Inzwischen haben sich weitgehend nicht nur

die äußeren Lebensbedingungen, sondern auch die Ansichten der Menschen geändert.

Die Beziehungen zu Deutschland und die Einstellung zu den Deutschen haben sich in Polen inzwischen radikal verbessert. Dies ist jedoch nicht bloß infolge der großen politisch-strukturellen Umwandlung Polens geschehen. Sehr deutlich hat sich die Einstellung der Polen zu den Deutschen mit der endgültigen Anerkennung der nach dem Kriege festgelegten deutsch-polnischen Grenze geändert. Sehr positiv wurden sie auch durch die Aufhebung der Visapflicht beeinflusst. Keine Frage, daß die „private“ Einstellung der Polen zu Deutschen die gegenwärtigen offiziellen polnisch-deutschen Beziehungen reflektiert. Und die haben schon jahrhundertlang nicht mehr so gut funktioniert wie heute.

Wenn man nicht nur all die Ressentiments gegenüber den Deutschen, die es nach dem Kriege gegeben hat, sondern auch die im sozialistischen Polen betriebene antideutsche Propaganda in Betracht zieht, dann kann man die heutige Einstellung gegenüber Deutschen der überwiegenden Mehrzahl der Polen ohne Übertreibung als „erstaunlich positiv“ bezeichnen. Leider scheint jüngsten Untersuchungen nach die Einstellung der meisten Deutschen zu den Polen nicht so positiv zu sein (vgl. dazu beispielsweise „Kurier“ vom 10. September 1996 und „Dialog“ Nr. 3–4/1996, S. 90 f.) – eigentlich eine paradoxe Entwicklung.

Natürlich gibt es auch im heutigen Polen noch Menschen, die sich keineswegs um eine freundliche Einstellung zum Deutschen bemühen. Viele Polen trauen Deutschen nach wie vor nicht. Viele sind, wie schon erwähnt, immer noch nicht mit ihrer Angst vor den Deutschen fertig geworden. Möglicherweise ist diese Angst in der jüngsten Zeit aus wirtschaftlichen Gründen sogar gestiegen. Man kann jedoch nicht mehr von einer deutlichen Feindseligkeit der Polen gegenüber den Deutschen reden.

Mit Nachdruck möchte ich unterstreichen, daß sich die Ansichten der Polen über die Deutschen keineswegs erst nach der letzten Wende zu ändern begonnen haben. Der Prozeß wurde nach der Wende im Grunde genommen nur beschleunigt. Am frühesten hat sich die Einstellung in den polnischen Universitäten gewandelt, obwohl die akademische Welt zu den am stärksten geschädigten Bereichen gehörte. Gleich nach dem Kriege fanden sich Leute zusammen, um unter anderem die polnische Germanistik wiederaufzubauen. In der Zeit zwischen 1945 und 1950, also in fünf Jahren, wurden germanistische Lehrstühle an allen damaligen polnischen Universitäten neu eingerichtet. Leider hat jedoch schon kurz danach das neue Regime die meisten wieder aufgelöst bzw. stillgelegt. Weiterarbeiten durfte nur die Germanistik in Poznań und – paradoxerweise – die in Wrocław. Erst seit 1956 konnte sich die polnische Germanistik wieder im großen und ganzen recht unbeeinträchtigt entwickeln. Heute gibt es in allen polnischen Universitäten und pädagogischen Hochschulen germanistische

Institute bzw. Lehrstühle. Dennoch sind wir nicht in der Lage, jedem, der Germanistik studieren möchte, einen Studienplatz zur Verfügung zu stellen. In Warschau können wir höchstens jeden dritten Kandidaten zum Studium zulassen, im Landesdurchschnitt etwa jeden zweiten.

Auch in vielen polnischen Schulen wurde der Deutschunterricht gleich nach dem Kriegsende wieder aufgenommen. Doch schon Anfang der 50er Jahre wurde er genauso wie das germanistische Studium in den Universitäten aus politisch-ideologischen Gründen stark eingeschränkt. Nach 1956 hat sich auch in diesem Bereich die Situation verbessert, jedoch nicht so weitgehend wie in den Universitäten. So durfte beispielsweise bis zur letzten Wende in den Grundschulen nur Russisch unterrichtet werden und in den Oberschulen waren westeuropäische Sprachen grundsätzlich nur im Sinne einer zweiten Fremdsprache zugelassen. In manchen Teilen Polens, vor allem in Schlesien, war aber auch dies stark eingeschränkt.

Politisch uneingeschränkt konnte man dagegen seit 1956, und insbesondere seit 1970, außerschulische Deutsch-Kurse organisieren, vor allem für Erwachsene. Das war zweifelsohne eine sehr positive Folge der sog. „Ostverträge“. Die Unterzeichnung dieser Verträge hat in Polen zu einer regelrechten Explosion des Interesses an der deutschen Sprache geführt. Sehr positiv hat sich in dieser Hinsicht auch die 1972 für ein paar Monate geöffnete Grenze zwischen Polen und der DDR ausgewirkt (vgl. dazu Sakson 1993, S. 416f.).

Gegenwärtig wird Deutsch in ganz Polen in allen Schultypen und auf allen Bildungsebenen – von der Vorschule bis zur Universität – unterrichtet. Nach der Wende hat sich die Zahl der deutschlernenden Schüler mindestens verdreifacht. Und die Tendenz ist immer noch steigend. Derzeit lernen etwa 25 Prozent aller polnischen Schüler Deutsch, also mindestens 2 Millionen. Wesentlich gestiegen ist nach der Wende auch die Zahl jener, die Deutsch in verschiedenen Sprachschulen, in betriebsinternen Kursen bzw. auf völlig privater Basis lernen. Die Zahl dieser Deutschlernenden dürfte inzwischen bei 700 000 liegen. Was die Zahl der deutschlernenden Studenten anbelangt, so gehe ich davon aus, daß sie sich nach der Wende wenigstens verdoppelt hat. Genau läßt sich das nicht eruieren, aber die gesamte Zahl der Studierenden ist in Polen inzwischen um mehr als 100% gestiegen und jeder polnische Student ist verpflichtet, wenigstens zwei bis vier Semester lang eine Fremdsprache zu lernen.

Ich schätze, daß auf all den erwähnten Bildungsebenen gegenwärtig insgesamt etwa 4 Millionen Polen mehr oder weniger intensiv Deutsch lernen. Sollte ich aber eine Gesamtzahl der heute deutschlernenden Polen nennen, dann müßte ich auch noch all jene berücksichtigen, die Deutsch in direkten Kontakten mit Deutschen lernen – sei es in den Grenzgebieten, sei es während ihrer Aufenthalte in Deutschland, Österreich oder der

Schweiz, sei es während der Bewirtung ihrer deutschen Gäste. Dazu gehören mit Sicherheit ein paar weitere Millionen Polen.

Deutsch hat gegenwärtig eine außerordentlich gute Konjunktur in Polen. Es hat eine große Chance, die zweitpopulärste Fremdsprache zu werden. Diese enorm gute Konjunktur hat es übrigens in ganz Mitteleuropa. In Mitteleuropa lernen derzeit insgesamt um die 20 Millionen Schüler Deutsch, was wohl die Hälfte aller weltweit deutschlernenden Schüler ist. Ziehen wir aber außerdem auch all die in verschiedenen Kursen, Sprachschulen usw. sowie in direkten Kontakten Deutsch Lernenden in Betracht, so erhalten wir eine wahrhaftig beachtliche Zahl von Mitteleuropäern, die sich um die deutsche Sprache bemühen. Ich fasse es kurz: Die deutsche Sprache hat eine ungewöhnlich große Chance, in Mitteleuropa die Rolle einer – wie ich sie nenne – euroregionalen Verkehrssprache zu übernehmen.

4. Nun fragt man sich natürlich: Wie ist der gerade beschriebene Zustand möglich geworden? Was hat dazu beigetragen, das in Polen so viele Menschen wieder bereit sind, Deutsch zu lernen und zu sprechen?

Das angedeutete Phänomen ist keineswegs selbstverständlich. Es gibt ja Völker, die sich verachten, hassen und erbarmungslos bekämpfen, obwohl zwischen ihnen viel weniger als zwischen den Polen und den Deutschen vorgefallen ist. Die Auffassung wiederum, daß hierbei die Anziehungskraft der deutschen Mark die Hauptrolle gespielt habe, ist schon deshalb falsch, weil ja bis zur Wende die meisten Polen kaum einen Pfennig mit ihren Deutschkenntnissen verdienen konnten. Außerdem kann man heute oft sogar schneller mit Hilfe der englischen als der deutschen Sprache an die Mark kommen. Englisch öffnet ja bekanntlich die Tore zur Weltwirtschaft, Deutsch nicht einmal die zur gesamteuropäischen.

Ich will aber damit nicht sagen, daß wirtschaftliche Gründe hierbei keine Rolle gespielt haben. Es ist klar, daß man heutzutage überall Fremdsprachen vornehmlich aus existentiellen Gründen lernt. Zweifelsohne hat die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, insbesondere der Bundesrepublik, wesentlich die Perspektive der Polen beeinflußt. Ich behaupte lediglich, daß nicht diese allein, sondern vor allem die folgenden Gründe die Wiederbelebung des Interesses an der deutschen Sprache und der deutschen Kultur überhaupt sowohl in Polen als auch im übrigen Mitteleuropa ermöglicht haben.

Keine Frage, daß der erste Grund mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland der Nachkriegszeit zu tun hat. Alle freundlichen Gesten gegenüber Polen, nicht nur die so dramatischen, wie der Kniefall von Willy Brandt, alle gutwilligen Bemerkungen bedeutender Vertreter Deutschlands, nicht nur der Politiker, sondern auch der, die aus der neuen deutschen akademischen, künstlerischen sowie publizistischen Welt stammten, haben sich positiv ausgewirkt. Außerordentlich wichtig war alles, was nun in der deutschen Sprache gesagt und geschrie-

ben wurde. Diese Änderungen haben schon 1965 die polnischen katholischen Bischöfe zur Verfassung des Briefes mit dem berühmten Satz „... wir vergeben und bitten um Vergebung (... *udzielamy wybaczenia i prosimy o nie*“) bewegt (mehr darüber in Heller 1996).

Der Hauptgrund, weshalb sich die Einstellung der Polen nicht nur zur deutschen Sprache, sondern auch zu den Deutschen überhaupt wieder so schnell und so positiv verändern konnte, liegt jedoch nach meiner Überzeugung vor allem in den folgenden zwei, miteinander eng verbundenen Tatsachen: Es gibt in Polen eine sehr lange Tradition sowohl eines direkten Umgangs mit der deutschen Sprache und Kultur, als auch eines formalen Deutschunterrichts. Kurz: Im kollektiven polnischen Gedächtnis wurde trotz aller erwähnten negativen Erfahrungen auch eine sehr positive „deutsche Tradition“ aufbewahrt.

Der Deutschunterricht bildet schon seit drei Jahrhunderten einen festen Bestandteil des polnischen Bildungskanons. Im allgemeinen ist der Deutschunterricht in Polen so alt wie der neusprachliche Fremdsprachenunterricht überhaupt. Alle bedeutenden polnischen Aufklärer waren der Meinung, daß man in erster Linie die Sprachen der Nachbarn lernen sollte, daß die Kenntnis dieser Sprachen aus pragmatisch-kommunikativen Gründen als obligatorische Elemente der Ausbildung polnischer Eliten anzusehen ist. Mitte des 18. Jhs. betrieben alle, inzwischen in fast allen größeren polnischen Städten eingerichteten Piaristen- und Jesuitenkollegien einen sehr intensiven Deutschunterricht. Schon zu Beginn des 18. Jhs. fand das Studium der deutschen Sprache – wie auch der deutschen Literatur und Kultur überhaupt – in die polnischen Universitäten Eingang. In Krakau z. B. wurde es schon um 1710 aufgenommen.

Das alles ist ein Beweis dafür, daß es schon damals in Polen außer der von Waclaw Potocki zum Ausdruck gebrachten negativen, auch eine äußerst positive Einstellung zum Deutschen gegeben hat. Und das darf uns nicht verwundern, denn schon damals hat es eine jahrhundertlange Tradition eines kooperativen Zusammenlebens und -wirkens auf der Mensch-zu-Mensch-Ebene gegeben. Es stimmt einfach nicht, daß alle Polen und alle Deutschen immer nur darauf bedacht waren, einander zu betrügen und letztlich zu vernichten. Es stimmt auch nicht, daß Polen und Deutsche nichts Gemeinsames haben. Viele Deutsche sind polnischen Ursprungs. Das trifft nicht nur auf das Ruhrgebiet zu, sondern auch auf andere Teile Deutschlands, nicht zuletzt auch auf Berlin. Umgekehrt haben viele Polen deutsche Vorfahren. Sowohl in den Grenzgebieten als auch im polnischen Binnenland haben Polen mit Deutschen jahrhundertlang friedlich zusammengelebt.

Die im 19. Jh. gegenüber den „besetzten“ Polen betriebene Germanisierungspolitik hat diese Tradition natürlich geschwächt, jedoch nicht aus der Welt geschafft. Sie ist trotz allem bis 1939 grundsätzlich produktiv geblieben. Im großen und ganzen funktionierte diese Tradition in der Zwi-

schenkriegszeit auch in den bis 1918 von Preußen bzw. Österreich besetzten Gebieten recht gut. Die nationalsozialistischen Maßnahmen haben sie für eine gewisse Zeit in den Boden gestampft. Doch schon gleich nach dem Kriegsende begann die positive Tradition langsam wieder aufzuleben. Es hat viele Polen gegeben, die damals beispielsweise deutschen Flüchtlingen zu helfen versuchten, obwohl sie selbst unter den Deutschen stark gelitten hatten.

Auch auf der zwischenstaatlichen Ebene standen sich Polen und Deutsche nicht immer nur als Feinde gegenüber. Erwähnt sei hier z. B. der mit ausdrücklich kooperativen Plänen im Jahre 1000 nach Gnesen gekommene Otto III. Sicherlich aus Gründen einer gegenseitigen Bindung stammten im Mittelalter die meisten Frauen der polnischen Könige und Fürsten aus Deutschland und sehr viele Frauen deutscher Fürsten wiederum aus Polen. Erinnert sei an dieser Stelle auch an die Tatsache, daß in dem sog. 13-jährigen Krieg (1453–1466) Deutsche den polnischen König gegen Deutsche unterstützt haben und daß es danach, wie eingangs erwähnt, drei Jahrhunderte lang keinen Krieg zwischen Polen und Deutschen gegeben hat. Allzuoft werden leider lediglich die negativen Momente oder Abschnitte der deutsch-polnischen Geschichte bedacht und beachtet.

Ein anderes Defizit der deutsch-polnischen Geschichtsschreibung und -deutung besteht darin, daß man den Ausdruck „*die deutsche Polenpolitik*“ in der Regel so verwendet, als ob es sich immer um die Politik eines gesamten Deutschlands gehandelt hätte, und als ob immer alle Deutschen die polenfeindliche Politik unterstützt hätten. Das stimmt natürlich nicht. Ein kurzer historischer Rückblick reicht aus, um sich davon zu überzeugen, daß es in der Polenpolitik der verschiedenen deutschsprachigen Staaten wesentliche Unterschiede gegeben hat.

So haben, wie schon erwähnt, die „Hanseatischen Deutschen“ den polnischen König gegen die Preußen unterstützt. Und so hat zum Beispiel Sachsen im Gegensatz zu Preußen zumindest am Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jhs. eine ausdrücklich polenfreundliche Politik betrieben. Nur so war es möglich, daß damals die sächsischen Könige zu polnischen gewählt wurden. Während des ganzen 19. Jhs. war wiederum die Polenpolitik Österreichs mit Sicherheit milder als die preußische und reichsdeutsche. Es hat in den verschiedenen deutschen Staaten nicht nur unterschiedliche Interessen, sondern auch unterschiedliche politische Traditionen gegeben.

5. Zum Abschluß will ich auf die Frage eingehen, welche Aufgaben sich aus dem dargestellten Sachverhalt für uns – als sich mit der deutschen Sprache Beschäftigende – ergeben, wie wir die angesprochenen positiven Prozesse beschleunigen und festigen können. Ich fasse meine Antwort auf diese Fragen in den folgenden Punkten zusammen:

Primum non nocere: Man sollte alles unterlassen, was die erwähnten positiven Prozesse stören, vor allem aber das Interesse an der deutschen Sprache der polnischen Schüler und ihrer Eltern sowie die Einsatzbereitschaft der Deutschlehrer schwächen könnte. Sicherlich läßt der Deutschunterricht in Polen noch viel zu wünschen übrig. Keine Frage, daß man sein Funktionieren sowohl auf der Schul- als auch auf der Universitäts-ebene noch in mancher Hinsicht verbessern kann. Fest steht aber auch, daß die polnischen Deutschlehrer sowie ihre Ausbilder in den vergangenen Jahrzehnten unter den äußerst schweren Bedingungen solide gearbeitet und bewundernswerte Leistungen erzielt haben (mehr dazu in Grucza 1996). Jetzt brauchen sie vor allem Ermutigung und Unterstützung in ihren Bemühungen, bewährte didaktische Traditionen mit neuen Konzepten zu vereinen. Dies ist vor allem von Vertretern solcher Institutionen wie den Goethe-Instituten zu beachten. Man wird nicht zur Erweiterung des Interesses an der deutschen Sprache beitragen, wenn man bei den polnischen Lehrern, Schulbuchautoren oder Schulbehörden das Gefühl weckt, es werde nun von ihnen verlangt, den Deutschunterricht nach rein deutschen Anweisungen auszuführen, daß Lehrer, die diese Anweisungen nicht befolgen, keine Chance auf ein Stipendium oder sonstige Unterstützung deutscherseits haben. Das verletzt ihren Stolz, erzeugt Ärger und führt zu Widerstand, der allerdings in der Regel nicht gleich laut artikuliert wird. Polen haben eine andere Verhaltenskultur, die auf anderen Erfahrungen beruht. Während der drei letzten Jahrhunderte durften sie zumeist nicht laut widersprechen, oft nicht einmal leise. Polen haben aber auf ihre Art Widerstand geleistet. Man darf nicht vergessen, daß sie sich gerade erst von dem Druck der aus dem Osten kommenden „Anpassungshilfe“ befreit haben. Man sollte die Polen auf keinen Fall dazu veranlassen, ihre Erfahrungen mit dem Russischunterricht auf den Deutschunterricht zu übertragen. Auch ihre allerjüngsten Erfahrungen sind dabei zu beachten: Gleich nach der Wende haben sie geglaubt, daß alle Experten aus dem Westen alles besser wüßten. Heute nicht mehr. Heute sind sie um so kritischer. Es ist übrigens interessant, daß Vertreter der Wirtschaft dies viel früher als Vertreter verschiedener kultureller Einrichtungen gemerkt haben.

Früher oder später wird dem Interesse an der deutschen Sprache auch abträglich sein, wenn sich Vertreter deutscher Institute allzu massiv nur für ihre eigenen Deutsch-Lehrbücher einsetzen. Vielmehr sollten sie helfen, den Deutschunterricht auf den einheimischen, d. h. polnischen Unterrichts-, Lehrbuch- und Methodentraditionen auszurichten und zu popularisieren. Grundsätzlich wird der Deutschunterricht in Polen nur Erfolg haben, wenn er auf solchen Lehrwerken beruht, die den sprachlichen, kulturellen, sozialen sowie „schulischen“ Kontext des Deutschunterrichts in Polen systematisch berücksichtigen. Leider verwechseln immer noch allzu

viele Vertreter deutscher Institute die Unterstützung der deutschen Sprache mit der Anpreisung eigener Unterrichtstheorien, -ansichten, -methoden und -lehrwerke.

Zweitens: Wir alle sollten uns künftig mehr als bisher bemühen, zur Stärkung der positiven Entwicklungen und Schwächung aller negativen Erscheinungen auf allen Ebenen der deutsch-polnischen Beziehungen, vor allem auf der Mensch-zu-Mensch Ebene, beizutragen. Ich bin fest davon überzeugt, daß sich Polen und Deutsche um so näher kommen, je größer und fundierter ihr Wissen übereinander sein wird. Wir, die wir uns mit der deutschen Sprache beruflich beschäftigen, haben dabei einen besonderen Grund, uns um die Popularisierung dieses Wissens zu bemühen, denn letztlich werden die künftigen Chancen der deutschen Sprache in Polen sowie im übrigen Mitteleuropa nicht nur von dem Zustand der jeweiligen zwischenstaatlichen, sondern vor allem davon abhängen, wie sich die Beziehungen auf der Mensch-zu-Mensch-Ebene weiterentwickeln. Wenn wir uns weiterhin gegenseitig ignorieren oder uns bloß auf die negativen Eigenschaften des jeweils anderen konzentrieren bzw. hauptsächlich von einem besseren Nachbarn träumen, werden wir mit Sicherheit nicht weiterkommen. Wir müssen jetzt positive Konsequenzen aus der Tatsache ziehen, daß wir schon – ich wiederhole es noch einmal – seit mehr als 1000 Jahren direkte Nachbarn sind, und daß alle bisherigen Versuche, diesen Zustand mit Gewalt zu ändern, früher oder später zu Katastrophen geführt haben. Deshalb sollten wir uns angewöhnen, vor allem nach den positiven Aspekten unserer gemeinsamen Geschichte und den produktiven Eigenschaften unserer Völker zu suchen. Sobald man die Einsicht gewonnen hat – meint ein polnisches Sprichwort –, daß man nie bekommen wird, was man am liebsten hätte, sollte man so schnell wie möglich lernen, sich über das zu freuen, was man hat.

Drittens: Erfreulicherweise gibt es auf beiden Seiten immer mehr Menschen, Institutionen sowie besondere Vereine, die sich um die Pflege der polnisch-deutschen oder deutsch-polnischen Beziehungen kümmern. Immer noch viel zu wenig Aufmerksamkeit wird aber sowohl in Polen als auch in Deutschland dieser Angelegenheit innerhalb der formalen Ausbildung eingeräumt. Die gesamten Fächer „Deutsch“ und „Polnisch“ sowie „Germanistik“ und „Polonistik“ sollten den gegenseitigen Beziehungen künftig mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen. Ich weiß wohl, daß hier und da schon vor Jahren entsprechende Bemühungen, ja sogar systematische Programme gestartet wurden. Dazu gehören beispielsweise die Anstrengungen um die deutsch-polnische kontrastive Grammatik. Wir können uns jedoch heute damit nicht mehr zufriedengeben, denn inzwischen hat sich unsere Welt radikal geändert. Seit ein paar Jahren ist ja die deutsch-polnische Grenze offen, was wiederum massenhafte direkte Begegnungen von Polen und Deutschen ermöglicht.

Das sind natürlich an sich begrüßenswerte Tatsachen. Sie haben jedoch nicht nur positive Ergebnisse zu Tage gebracht, unter anderem deshalb, weil sich dabei zumeist Menschen begegnet sind, die nicht aufeinander vorbereitet waren. Weder die nun an der Oder-Neiße-Linie, d. h. an der jetzigen deutsch-polnischen Grenze, lebenden Deutschen noch die Polen, die ja meistens aus den alten polnischen Ostgebieten vertrieben und in den neuen Westgebieten angesiedelt wurden, können bei ihren Begegnungen auf irgendwelche gemeinsame Erfahrungen zurückgreifen. Bis zum Ausgang des Krieges haben sie ja weit weg voneinander gelebt und in der Nachkriegszeit hat sie eine äußerst dichte Grenze getrennt. Außerdem hat man sie eher gegeneinander als füreinander einzustimmen versucht, was um so einfacher war, als sie damals auch in den Schulen kaum etwas Vernünftiges übereinander gelernt haben. Erst seit etwa fünf Jahren haben die an der deutsch-polnischen Grenze lebenden Menschen die Chance, ihre Beziehungen zueinander aufzubauen. Man darf sich also nicht allzu sehr wundern, wenn diese Beziehungen noch nicht in jeder Hinsicht zufriedenstellend sind. Vergewenwärtigt man sich all die erwähten Defizite, dann wird man wohl dennoch die jetzigen deutsch-polnischen und polnisch-deutschen Beziehungen und Einstellungen in den Grenzgebieten generell positiv einschätzen müssen. Jedenfalls sind sie viel besser, als viele kurz vor der endgültigen Öffnung der deutsch-polnischen Grenze prognostiziert haben.

Wenn aber in diesem Zusammenhang jemand wirklich versagt hat, dann sind es die einschlägigen Fächer, darunter auch unsere, denn im Grunde genommen haben sie bisher noch viel zu wenig vorbereitet, was man den Menschen auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Grenze im Sinne einer praktischen Hilfe für den Umgang miteinander anbieten könnte. Systematische Aufnahmen und kontrastive Beschreibungen der Unterschiede im Bereich unserer Verhaltenskulturen, speziell unserer Denkweisen, stecken immer noch in ihren Anfängen. Auf der Ebene praktischer Lösungen scheinen bisher sowohl die Politik als auch die Wirtschaft den Wissenschaften weit voraus zu sein. Das muß sich ändern. Auch wir sind aufgerufen, mehr als bisher für eine vernünftige Gestaltung der interkulturellen Begegnungen zu tun. Abstrakte Strukturen sind wichtig, aber doch nicht das einzig Wichtige.

Viertens: Ich habe schon erwähnt, daß die deutsche Sprache gegenwärtig nicht nur in Polen, sondern in ganz Mitteleuropa eine sehr große Chance hat, zu einer euroregionalen und damit zugleich zu einer Art internationalen Verkehrssprache zu werden. Zu beachten ist dabei jedoch, daß die Internationalisierung einer beliebigen Sprache eine Änderung ihres bisherigen Status zur Folge hat. In dem Augenblick, in dem sie internationalisiert wird, verliert sie nämlich den Status einer ausschließlich nationalen Sprache. Deutsch ist im Grunde genommen schon eine internationale

Sprache. Es geht also eigentlich nur um eine Ausweitung seiner Internationalität. Mit anderen Worten geht es darum, daß das euroregionale Deutsch nicht als ein ausschließliches Eigentum der Deutschen, Österreicher und deutschsprachigen Schweizer und einiger Minderheiten angesehen werden kann. Am internationalen Deutsch müssen sich alle beteiligen dürfen, die es sich angeeignet und damit zu eigen gemacht haben – alle, denen es keine Fremdsprache mehr ist, aber natürlich auch keine Muttersprache. Deutsch wird nur insofern zu einer echten internationalen Sprache, als es von einer internationalen Gemeinschaft als „ihr“ Deutsch akzeptiert und getragen wird. Aus der Sicht des Nicht-Deutschen geht es um das Recht, vom „eigenen“ Deutsch reden zu dürfen. Für die deutschen Muttersprachler bedeutet dies eine Aufgabe, sich darauf vorzubereiten, mit den deutschsprachigen Nicht-Muttersprachlern toleranter und vielleicht auch kooperativer als bisher umzugehen.

Fünftens: Für eine adäquate Beschreibung der Geschichte des Deutschen in Polen sowie im übrigen Mitteleuropa reichen die Kategorien Mutter- und Fremdsprache sowieso nicht aus. Auch die Zuhilfenahme des Begriffes der Zweitsprache wird uns nicht weiterhelfen. Für Mitteleuropa müssen wir unbedingt noch eine weitere Dimension in Betracht ziehen, denn hier wurde Deutsch in vielen Gegenden über länger oder kürzer weder als Mutter- noch als Fremdsprache, sondern als etwas Dazwischenliegendes empfunden und benutzt. Nach dem 2. Weltkrieg hat sowohl dieses – nennen wir es einmal so – *besondere Deutsch* als auch das *Deutsch als Muttersprache* wesentliche Verluste hinnehmen müssen, und es befindet sich immer noch auf dem Rückzug. Außerordentliche Gewinne hat dagegen *Deutsch als Fremdsprache* in den letzten Jahrzehnten in *Mitteleuropa* verbucht. Es besteht eine recht gute Chance, daß sich das neue *Deutsch-als-Fremdsprache* auf recht großen Gebieten wieder in das *besondere Deutsch* verwandelt und zu einem – wie ehemals – *Deutsch-vor-Ort* wird. Jedenfalls haben wir diese Möglichkeit in Betracht gezogen, als wir – ein polnisch-deutsches Autorenteam – vor vier Jahren ein großes Projekt in Angriff genommen haben, dessen Ziel es ist, Lehrbücher für den Deutschunterricht in polnischen Grund- und Oberschulen auszuarbeiten. Die Lehrbücher werden unter dem Titel „*Dein Deutsch*“ publiziert. Und vielleicht sind sie auch deshalb so schnell zu einem echten Erfolg geworden.

Literatur

- Ammon, U. (1991): Die internationale Stellung der deutschen Sprache. Berlin/New York.
 Ash Garton, T. (1993): In Europe's Name. Germany and the Divided Continent. London.
 Buzek, J. (1909): Historia polityki narodowościowej rządu pruskiego wobec Polaków od traktatów wiedeńskich do ustaw wyjątkowych z r. 1098. Lwów.

- Czyżewski, M./Gülich, E./Hausendorf, H./Kastner, M. (Hg.) (1995): *Nationale Selbst- und Fremdbilder im Gespräch. Kommunikative Prozesse nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Systemwandel in Ostmitteleuropa*. Opladen.
- Davies, N. (1981): *God's Playground. A History of Poland*. Vol. I and II. Oxford.
- Düwell, K./Link, W. (Hg.) (1981): *Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871. Geschichte und Struktur*. Köln/Wien.
- Gizewiusz, G. (1961): *Die polnische Sprachfrage in Preussen (reedycja przygotowana przez W. Chojnackiego)*. Poznań.
- Glück, H. (1979): *Die preußisch-polnische Sprachenpolitik... vor 1914*. Hamburg.
- Grucza, F. (1995): *Zur Geschichte und Bedeutung der deutschen Sprache in Mitteleuropa*. In: Popp, H. (Hg.): *Deutsch als Fremdsprache. An der Quellen eines Faches. Festschrift für Gerhard Helbig zum 65. Geburtstag*. München. S. 717–727.
- Grucza, F. (1996): *Sytuacja polskiego świata nauki języków obcych przed i po roku 1989*. In: *Przegląd Glottodydaktyczny* 15, S. 5–36.
- Grucza, F. (im Druck): *Mitteleuropa – Deutsch – Auslandsgermanistik*. In: Grucza, F. et al. (Hg.): *Deutsch und Auslandsgermanistik in Mitteleuropa: Geschichte – Stand – Ausblicke. Materialien der 1. Konferenz der mitteleuropäischen Germanistik*. (Warszawa, 9.-13. Oktober 1996). Warszawa.
- Grucza, F. (Hg.) (1994): *Vorurteile zwischen Deutschen und Polen. Materialien des deutsch-polnischen Symposiums in Görlitz und Zgorzelec vom 9. bis 11. Dezember 1992*. Warszawa.
- Hansen, G. (Hg.) (1994): *Schulpolitik als Volkstumspolitik. Quellen zur Schulpolitik der Besatzer in Polen 1939–1945*. Münster/New York.
- Heller, E. (1996): *1965 – rok przełomu*. In: *Polacy i Niemcy pół wieku temu. Księga pamiątkowa dla Mieczysława Pszona*. Kraków. S. 311–328.
- Hönsch, J.K. (1986): *Die Deutschen und ihre slavischen Nachbarn. Von der Katastrophe im Zweiten Weltkrieg zur halbherzigen „Normalisierung“*. In: Pflüger, P.M. (Hg.): *Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten. Freiburg im Breisgau*. S. 70–90.
- Kobylińska, E./Lawaty A./Stephan, R. (Hg.) (1992): *Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe*. München/Zürich.
- Labuda, G. (1996): *Polsko-niemieckie rozmowy o przeszłości. Zbiór rozpraw i artykułów*. Poznań.
- Maaß, K. (1995): *Deutschland von außen. Der andere Blick 50 Jahre danach*. Rheinbach.
- Mazur, Z. (1995): *Obraz Niemiec w polskich podręcznikach szkolnych do nauczania historii 1945–1989*. Poznań.
- Mommsen, H. (1992): *Die Deutschen und die Republik Polen. Ein dornenreicher Weg zur deutsch-polnischen Verständigung*. In: Kaszynski, S. (Hg.) (1994): *Polen – Deutschland – Europa. Protokollband der 2. Tagung der „Societas Humboldtiana Polonorum“*. Poznań. S. 32–47.
- Sakson, A. (1993): *Niemcy w świadomości społecznej Polaków*. In: Wolff-Poweska A. (Hg.): *Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945–1989*. Poznań. S. 408–429.
- Schmitt, R./Stickel, G. (Hg.) (1997): *Polen und Deutsche im Gespräch*. Tübingen.
- Weidenfeller, G. (1976): *VDA – Verein für das Deutschtum im Ausland. Allgemeiner Deutscher Schulverein (1881–1918): Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalismus und Imperialismus im Kaiserreich*. Frankfurt/M.

- Wodak, R./Cillia de, R. (Hg.) (1995): *Sprachenpolitik in Mittel- und Osteuropa*. Wien.
- Wróblewski, T. S. (1993): Tematyka niemiecka w polskim filmie fabularnym, in: Wolff-Poweska, A. (Hg.) (1993): *Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945–1989*. Poznań. S. 336–364.
- Wrzesiński, W. (1992): *Sasiad, czy wróg? Ze studiów nad kształtowaniem obrazu Niemca w Polsce w latach 1795–1939*. Wrocław.

VOLKER HINNENKAMP

Mehrsprachigkeit in Deutschland und deutsche Mehrsprachigkeit. Szenarien einer migrationsbedingten Nischenkultur der Mehrsprachigkeit

Abstract

Der Aufsatz geht von der These aus, daß Deutschland ein mehrsprachiges Land ist und im zur Diskussion stehenden 20. Jahrhundert in weiten Teilen ebenfalls ein mehrsprachiges Land war. Neben den autochthonen Sprachgruppen, die immer im Mittelpunkt kontaktlinguistischer Aufmerksamkeit stehen und standen, konzentriert sich die Diskussion auf die durch Immigration entstandene Mehrsprachigkeit. Vor allem der Kontakt mit und die kontaktinduzierte Veränderung im Kommunikationsverhalten der zweitgrößten Sprachgruppe in Deutschland, der türkischen Sprachgemeinschaft, wird durch eine Anzahl von Beispielen illustriert. Hier wird anhand unterschiedlicher Szenarien des Mehrsprachigkeitsgebrauchs gezeigt, wie sich mittlerweile – oft unbemerkt von der Öffentlichkeit und auch von der Sprachkontaktforschung – Nischen von überraschenden Formen der Mehrsprachigkeit, wie visuelle Mehr- und Anderssprachigkeit, Language Crossing (Sprachkreuzungen) und Code-Switching etablieren und etabliert haben. Der Aufsatz plädiert gerade hinsichtlich der Bestrebungen auf ein Vereintes Europa für eine stärkere gesellschaftliche und institutionelle Akzeptanz und Förderung von Mehrsprachigkeit.

1. Sprache und Amtssprache

Am 3. Februar 1997 konnte man in der 'tageszeitung' die Notiz finden, daß eine Eheschließung auf Plattdeutsch, bei der das Ja-Wort durch ein kräftiges „Jo“, „Jau“ oder gar „Dat will ick“ gegeben wird, nicht zulässig sei. Das Standesamt Bremen erteilte dem Antragsteller folgenden Bescheid: „Amtssprache in der Bundesrepublik Deutschland ist gemäß § 23 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VWVFG) vom 25. Mai 1996 (BGBl I, S. 1253) deutsch“. Außerdem, so hieß es in der Ablehnung weiter, könnten die Mitarbeiter des Standesamts die plattdeutsche Sprache nur bruchstückhaft verstehen. Doch ging zumindest dieser Fall glücklich aus,

wie man am 7.2. nachlesen konnte: Denn der Bremer Innensenator entschied nach gründlicher Prüfung pro „Jo“ und „Jau“. – Die kleine Episode ist verräterisch. Denn sie impliziert neben dem expliziten Die „Amtssprache ... ist ... deutsch“ noch zweierlei: nämlich zum einen, daß Plattdeutsch kein Deutsch sei, und zum anderen, daß andere Sprachen 'von Amts wegen' nicht akzeptiert werden können. So sind die anderen Sprachen Deutschlands 'von Amts wegen' unsichtbar.

Daß die Amtssprache in der Bundesrepublik prinzipiell deutsch ist, ist vielleicht verständlich, denn man kann kaum erwarten, daß jeder Standesbeamte mehrere der in Deutschland gesprochenen Sprachen beherrscht oder Standesbeamte nach ethnischem oder anderssprachlichen Proporz eingestellt werden. Daß also etwa ein – unübersetztes – türkisches Hochzeits-Ja nicht akzeptiert wird, erscheint selbstverständlich. Doch beim genaueren Hinschauen wird deutlich, daß die realexistierende Anders- und Mehrsprachigkeit in der Bundesrepublik Deutschland noch keinen Einzug in das bundesdeutsche Normalitätsbewußtsein gehalten hat; und das heißt auch, daß selbst wenn es zweisprachige Standesbeamte türkischer Herkunft gäbe, die das Verfahren oder einen Teil des Verfahrens problemlos in Türkisch abhalten könnten, die Amtseinsprachigkeit dennoch deutsche Einsprachigkeit verordnen würde. Nun sind Verordnungen und Bestimmungen ja institutionelle Regulate, die ihr Eigenleben führen, ohne die Autorität der Wirklichkeit respektieren zu müssen. Denn diese ist zweifelsohne mehrsprachig. Einige solcher soweit wenig beachteter Nischen der Zwei- und Mehrsprachigkeit möchte ich im folgenden exemplarisch betrachten und analysieren.

2. Mehrsprachigkeit als Tradition

Je nach Definition von Mehrsprachigkeit gibt es in der Bundesrepublik unterschiedliche Formen der Mehrsprachigkeit. Doch übereinstimmend lassen sich „territoriale Zwei- und Mehrsprachigkeit“ und „migrationsbedingte Zwei- und Mehrsprachigkeit“ unterscheiden. Erstere umfaßt jene angestammten territorialen Sprachminderheiten wie die Dänen in Südschleswig (Nonnenbroich 1972; Hansen u. a. 1993) oder die Sorben in der Lausitz (Oschlies 21991; Hansen 1991; Scholze 1993; Geske/Schulze 1997). Beide Minderheiten haben kontaktsprachlich wie historisch bewegte Zeiten hinter sich. Ihre Kulturen und Sprachen werden heute jedoch durch einen Sonderstatus in besonderer Weise gepflegt.

Neben dieser territorialen Mehrsprachigkeit sind es vor allem Immigranten und Flüchtlinge, die das heutige Bild der Mehrsprachigkeit in Deutschland prägen. Die offiziellen Zahlen der ausländischen Gesamtbevölkerung wurden Anfang 1996 mit 7,2 Millionen angegeben. Wobei türkische Staatsangehörige mit über 2 Millionen den größten Anteil stellen.

gefolgt von den Einwanderern Ex-Jugoslawiens (1,35 Millionen), den Italienern (586.000), Griechen (360.000) und anderen. Diese Gemeinschaften haben sich aus der Phase der sog. Gastarbeiteranwerbung der sechziger Jahre kontinuierlich entwickelt und etabliert. Daneben gab es auch nur lokal bemerkbare Zuwanderungseinsprengsel, wie die der koreanischen Bergleute und Krankenschwestern in den 60er Jahren (Welkoborsky 1980; Lee 1991; Park 1997). Die DDR hatte mit ihren polnischen, kubanischen, vietnamesischen, mosambikanischen u. a. Vertragsarbeitern und -arbeiterinnen ebenfalls Zuwanderer zu verzeichnen (Krüger-Potratz 1991; Jasper 1991). Nach dem Fall der Mauer sind rapide weitere Migrationsgemeinschaften entstanden. Anfang 1996 lebten 277.000 Polen in Deutschland, davon allein über 30.000 in Berlin. Die Sprachenvielfalt ist somit Normalität geworden. Seit 1990 sind zudem noch einmal ca. 1,7 Millionen Aussiedler aus Polen, der ehemaligen Sowjetunion, Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern nach Deutschland gekommen. Auch sie addieren zur Sprachenvielfalt hinzu.

Ein kurzer Blick auf die Verhältnisse der letzten hundert Jahre genügt, um deutlich zu machen, daß diese nie einsprachig waren. Die Industrialisierung im letzten Jahrhundert hat sowohl zu interner als auch zu externer Migration geführt, am bekanntesten hier die Westwanderung polnisch-sprechender Wanderarbeiter in die Rhein-Ruhr-Region (Kleßmann 1978, 1992; Glück 1982). 1910 wurden in den drei Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Düsseldorf 274.378 polnisch sprechende Reichsdeutsche gezählt, von denen laut Angaben nur ca. 10% zweisprachig waren (Kleßmann 1978, S. 261).¹ Hinzu kamen noch Masuren und Kaschuben und Polen aus den nicht-preussisch annektierten Gebieten sowie andere Ausländer. Temporärer Sprachkontakt ergab sich aber auch durch die Ost-West-Wanderungsbewegungen anderer Gruppen, wie z.B. mit den ca. 700.000 osteuropäischen Juden in Deutschland zwischen 1905 und 1914 (Sassen 1996, S. 73). Sie waren zum Teil selbst mehrsprachig und brachten das Jiddische zurück nach Deutschland.

Die Phase des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs ist von erzwungenen Wanderungen (Deportationen) und erzwungenen und gleichzeitig unterdrückten mehrsprachigen und multikulturellen Kontakten geprägt (Seeber 1964; Herbert 1986a, 1986b, 1992). Dennoch gab es unzählige Orte solcher Kontakte zwischen Zwangsarbeitern und Deutschen (August 1986), genauso wie nach dem Kriege mit den *Displaced*

¹ Viele Nachnamen im Ruhrgebiet geben noch Aufschluß über diese Zuwanderer. Tibulski, Kalwitzki, Szepan, Kuzorra, Burdenski, Kwiatkowski, Schlebrowski, Michallek, Sadlowski, Orzessek und Koslowski waren z. B. Spieler von Schalke 04 und Borussia Dortmund aus den 30er bis 50er Jahren (Schröder 1980, S. 133).

Persons, befreiten Zwangsarbeitern und Internierten, die insgesamt über 10 Millionen Menschen und über 35 unterschiedliche Sprachen umfaßten (Jacobmeyer 1992). In die Nachkriegszeit bis heute schließlich fällt auch der – kontaktsprachlich und soziolinguistisch wenig aufgearbeitete – Kontakt mit den alliierten Streitkräften, vor allem den US-Amerikanern. Natürlich gab und gibt es viele weitere nur wenig beachtete Sprachminderheiten im deutschen Sprachraum des 20. Jahrhunderts, deren kontaktsprachlicher Stellenwert gering erscheint, wie z.B. die Sinti und Roma (Spaich 1981). Die soweit genannten Konstellationen stellen jedoch nur einige Beispiele der vielfältigen sowohl temporären als auch längerfristigen Konstellationen von Sprachkontakten im noch aktuellen Jahrhundert dar.

Die Rolle und Folgen des Sprachkontakts oder der sprachlichen Koexistenz dieser Gruppen mit der Mehrheitsgesellschaft sind bis dato weitgehend unerforscht. Eine Geschichte des Sprachkontakts des 20. Jahrhunderts, die uns einen systematischen Einblick in diese jeweiligen Kontaktverhältnisse offenbart, ist m. W. noch nicht verfaßt. Bei den meisten Betrachtungen zum Sprachkontakt wird der Kontakt mit den Zuwanderersprachen ausgespart.² Erst seit den 70er Jahren hat sich mit der Hinwendung zur sog. Gastarbeiterlinguistik einiges entscheidend geändert (Hinnenkamp 1990). Immerhin hat sich das Paar „Migration und Mehrsprachigkeit“ in der Kontakt- und Soziolinguistik mittlerweile ein festes Terrain erobert (Lüdi 1996b).

3. Migrationsbedingte Mehrsprachigkeit

Mein Interesse richtet sich auf die mit den aktuellen Migrationsstrukturen einhergehenden Formen und Weisen der Vielsprachigkeit. Es ist banal festzustellen, daß mit dem Nebeneinander so vieler ethnischer und anderssprachiger Gruppen Mehrsprachigkeit vorherrscht. Doch handelt es sich

² Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis des vorgesehenen zweiten Halbbandes „Kontaktlinguistik“ der Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (Band 12.2, vgl. Goebel u. a. (angekündigt) macht diese Einseitigkeit deutlich. Migrantensprachen gehören nicht zu den relevanten Kontaktsprachen in den einzelnen untersuchten europäischen Regionen. „Deutschland“ findet sich unter „Sprachkontakte in Mitteleuropa“. Aber angekündigt finden wir dort nur Deutsch-Dänisch, Deutsch-Nordfriesisch, Dänisch-Nordfriesisch, Deutsch-Ostfriesisch und Deutsch-Sorbisch. In den USA, in Großbritannien und in den Niederlanden z. B. hat es schon längst Projekte zur Geschichte und Soziologie der Minderheitensprachgemeinschaften gegeben, auch wenn die linguistischen Resultate der Kontakte noch kaum erforscht sind (Ferguson/Brice Heath 1981, Linguistic Minorities Project 1985, Alladina/Edwards 1991a, 1991b, De Ruiter 1991, Extra/Broeder 1995).

dabei um Formen gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit, die noch nichts über gruppenspezifische zwei- und mehrsprachige Kommunikationskulturen aussagen.

Mehr- und Vielsprachigkeit ist ein übergeordneter Begriff, dem sich unterschiedliche Typen zuordnen lassen. Der Migrationsprozeß führt in erster Linie zu Formen der gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit, er beinhaltet sowohl diglossische oder polyglossische Differenzierung als auch unterschiedliche Formen individueller Zwei- und Mehrsprachigkeit (Lüdi/Py 1984; Kremnitz 1994; Lüdi 1996b). Im Vergleich zur territorialen Mehrsprachigkeit erscheinen die mit der Migration explosionsartig entstandenen urbanen Mehrsprachigkeitszentren, die oft 10 bis 15 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachen, als wenig stabil, als fluktuierend und temporär; sie erinnern an ferne anders- bzw. gemischtsprachige Inseln und es fragt sich, ob man das Nebeneinander unterschiedlicher Sprachinseln im Ozean der offiziellen Mehrheitsprache überhaupt als ein Mehrsprachigkeitsphänomen betrachten kann. Doch ist dies auch eine Frage der Definition.

In einer engen Sichtweise, wie sie beispielsweise von Leonard Bloomfield und vielen anderen Linguisten vertreten worden ist, setzt Mehr- bzw. Zweisprachigkeit eine „native-like control“ dieser Sprachen voraus (Bloomfield 1933, S. 56). Übertragen auf die Mehrsprachigkeit der Gesellschaft heißt das, daß erst wenn ein beachtliches Segment diese individuelle Voraussetzung erfüllt, man auch von gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit sprechen kann. Eine weniger enge Sichtweise würde den *regelmäßigen, alltäglichen Gebrauch zweier oder mehrerer Sprachen* als hinreichende Voraussetzung ansehen, unabhängig vom Zeitpunkt des Erwerbs und von der gleichgewichtigen Beherrschung dieser Sprachen (z. B. Haugen 1953; Grosjean 1982). Aus diesem Blickwinkel heraus sind zwei Drittel der Erdbevölkerung zwei- und mehrsprachig und damit auch die meisten Gesellschaften. Daneben gibt es eine noch radikalere Auffassung, wie die von Mario Wandruszka, dessen berühmter Satz „Eine Sprache ist viele Sprachen“ bereits die Varietäten einer Sprache in die Mehrsprachigkeit einbezieht und demnach alle 'normalen' Menschen dieser Erde zu mehrsprachigen Individuen erklärt (Wandruszka 1979).

Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit impliziert aber auch, daß die wie immer gestaltete Koexistenz mehrerer Sprachen die Gesellschaft *tangiert*, und diese mit *institutionellem Handeln*, mit geregelter und systematischer Einmischung in die Sprachverhältnisse reagiert, sei es in Form der Steuerung, der Förderung, der Kanalisierung oder auch der Behinderung, der Unterdrückung oder gar der Vernichtung.

Entsprechend stellt sich in Migrationsgesellschaften die Frage z. B. danach, in welcher Sprache man die schulpflichtigen Kinder der Migranten zu instruieren habe. Sollten sie dem deutschen Schulsystem zugeordnet werden oder eigene Schulen haben dürfen? Wie sollte sich das Verhältnis

von Muttersprachen zur Zweitsprache gestalten? Sollte Spracherhalt, Zweisprachigkeit oder Sprachenwechsel gefördert werden? Diese Debatte wurde vor allem unter *ausländerpolitischen* Gesichtspunkten geführt. Erhalt der Muttersprachen wurde mit Segregation, Orientierung ans Herkunftsland und Rückkehrperspektive verbunden. Sprachenwechsel mit Integration und einer Zukunftsorientierung an die Aufnahmegesellschaft verknüpft. Und Zweisprachigkeit – glaubte man den Experten in der Politik – sollte beide Optionen offenhalten.

Die Wirklichkeit von über drei Dekaden Migration hat solche Debatten längst ad absurdum geführt. Erstens ist der linguistische Anpassungsdruck von Seiten der Aufnahmegesellschaften in der Regel so stark, daß die Folgegenerationen der ersten Einwanderergeneration zur Annahme der Mehrheitssprache bei Aufgabe oder Bewahrung ihrer Herkunftssprachen genötigt sind, wobei Schule und Ausbildung, aber auch der strukturelle Druck der gesellschaftlichen Mobilitätsteilhabe die wichtigsten Bedingungsfaktoren (für Sprachenwechsel oder Zweisprachigkeit) darstellen. Zweitens aber ist es die *strukturelle Diskriminierung*, der die meisten Migranten kontinuierlich ausgesetzt sind, die als entscheidender *externer Faktor* für die Sprachwahl und Sprachwahlmuster angesehen werden kann (Bommes/Radtke 1993; Hinnenkamp 1995).

Neben dem politischen Ausländerdiskurs hat es immer auch einen kulturellen Diskurs gegeben, der Fremdheit, Ethnizität und die Kultur der Zuwanderer in den Vordergrund stellt, zumeist reaktiv, nach gravierenden ausländerfeindlichen Übergriffen, in Festtagsreden wie zum europäischen Jahr gegen den Rassismus 1997 oder als *Objekt* einer karitativ-miseraliberalistischen Problemperspektive, welches den Nöten der Identität, der kulturellen Zerrissenheit und der Orientierungslosigkeit ausgesetzt ist. Einen ähnlichen Diskurs über die migrationsbedingte Mehrsprachigkeit gibt es in dieser Weise nicht. Sie wird wahrgenommen als Anderssprachigkeit, als begleitendes Übel der ausländischen Population, im positiven Sinn als Privatangelegenheit ihrer Sprecher. Und wenn von *Sprachproblemen der Migranten* die Rede ist, sind immer Probleme *in Deutsch* gemeint; deren Sprachschwierigkeiten sind immer nur Schwierigkeiten *in Deutsch*; und wenn Migranten verstummen, verstummen sie *in Deutsch*. Auch die ersten großen linguistischen Projekte haben sich dem defizitären Gastarbeiterdeutsch gewidmet (als eigenständige *deutsche* Kontaktvarietät). Die Muttersprachen kamen allerhöchstens als Transferspender ins Spiel.

Deutsche Sprachkenntnisse wurden lange Zeit gleichgesetzt mit dem Grad an Integriertheit – auch in der akademischen Debatte von Linguistik und Pädagogik. Diesem *Gleichsetzungsmythos* hat die zweite und spätestens die dritte Generation ein Ende bereitet, denn deren Deutschkenntnisse lassen sich nicht mehr am Grad der Integriertheit messen bzw. um-

gekehrt, Deutschkenntnisse sind kein Reflex von – wie immer verstandener – Integriertheit in die Gesellschaft.

Das Bewußtsein, daß Deutschland ein mehrsprachiges Land ist, ist kaum vorhanden. Die Pädagogin Ingrid Gogolin charakterisiert dies als „monolingualen Habitus“, der für den „sprachlichen Markt“ in Deutschland bestimmend sei (Gogolin 1994). Georges Lüdi sieht die „Einsprachigkeitsideologie“ (Lüdi 1996b, S. 322) in Traditionssträngen begründet, die er auf den biblischen Mythos des Turmbaus zu Babel zurückführt, wonach die Menschen ursprünglich einsprachig waren und Mehrsprachigkeit nur Ausdruck der „Sprachverwirrung“ war, die wie ein Fluch Gottes auf der Menschheit lastet. Lüdi sieht sie aber auch historisch in der idealistischen Vorstellung im Zusammenhang mit der europäischen Nationalstaatenbildung begründet, nach der Staat, Volk, Sprache und Nation homomorph zu sein hatten (Lüdi 1996a, S. 233). „Beiden Traditionen“ so Lüdi, „liegt das Stereotyp zugrunde, wonach Einsprachigkeit der natürliche, gottgewollte ... politische legitime Zustand des Menschen sei“ (Lüdi 1996a, S. 233).³

4. Szenarien des Mehrsprachigkeitsgebrauchs

Tatsächlich sind die Migranten weder allein anderssprachig, noch ist der deutsch-monolinguale Alltag von der Anders- und Mehrsprachigkeit unberührt geblieben. Damit meine ich nicht solche Kontaktvarietäten wie das Gastarbeiterdeutsch und den Foreigner Talk der deutschen Muttersprachler, die ja deutsche Varietäten bleiben, sondern ich meine das *hörbare* und *sichtbare* Eindringen der Anders- und Mehrsprachigkeit in die Sphären der Mehrheitssprache und auch den gegenseitigen sprachlichen Impact in Form von peripheren wie stabilen Formen und Mustern der Zweisprachigkeit innerhalb und zwischen den jeweiligen Sprachgruppen.

Im folgenden geht es um einige exemplarische und illustrative Einblicke in Szenarien des Mehrsprachigkeitsgebrauchs, um Gebrauchsmuster und Konstellationen der Kookkurrenz und Koexistenz von Sprachen der Migranten und der Deutschen, die bislang keine oder nur eine untergeordnete – öffentlich wie sozio- und kontaktlinguistisch – Aufmerksamkeit gefunden haben. Es handelt sich dabei um *Nischenkulturen der Mehrsprachigkeit*, die nicht nur Nischen in bezug zur Wahrnehmung der dominanten 'deutschen Kultur' darstellen, sondern auch Nischen hinsicht-

³ Innerhalb Europas gibt es allerdings unterschiedliche Einstellungen zur Mehrsprachigkeit, schon allein deswegen, weil Länder wie Luxemburg, Belgien oder die Schweiz selbst offiziell mehrsprachig sind. Auch die 'Tradition' des Kolonialismus und die der postkolonialen Einwanderung, wie in England oder Frankreich, hat – vielleicht – andere Einstellungen zur Folge gehabt.

lich einer – noch – an das Herkunftsland gebundenen dominanten 'Migrantenkultur'. Aufgrund meiner eigenen Datenlage entstammen die Beispiele vornehmlich der deutsch-türkischen Koexistenz.⁴

4.1 Visuelle Mehrsprachigkeit

Eine solche Nische findet sich in der sichtbaren Verwendung von anderen Sprachen in Form *visualisierter Mehrsprachigkeit*. Ich habe vor einiger Zeit mit meinen Studenten versucht, eine exemplarische Bestandsaufnahme unserer visuellen anders- und mehrsprachigen Umgebung am Beispiel zweier westdeutscher Großstädte zu machen. Dabei ist die stattliche Sammlung einiger hundert Fotos und Dokumente herausgekommen, die einen kleinen Einblick in wenig beachtete Formen und Funktionen der Mehrsprachigkeit gibt. Gleichzeitig waren diese kleinen Fotoethnographien aber auch eine Sehschule für alle Beteiligten, die uns eindrucksvoll die Vielgestaltigkeit unserer mehr- und anderssprachigen Umgebung nahe gebracht hat.

In die Sammlung Eingang hielten so unterschiedliche Dinge wie anderssprachige Texte sowie das Nebeneinander deutscher und ausländischer öffentlicher Texte. Darunter fallen Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren, Graffiti, Werbung kommerzieller und nichtkommerzieller Natur, Produktinformationen, Instruktionstexte, Benutzerhinweise, Behördenformulare, Aufklärungstexte von Minderheitsbelangen, Plakate und Flugschriften, Hinweisschilder, Schaufenstergestaltungen, Autoaufkleber und sogar einfach Namen bzw. Namensschilder sowie vieles andere mehr.

4.1.1 Mehr- und anderssprachige Texte von Migranten

Die erste Ordnungsfrage die sich stellt, ist die nach Verfasser und Adressaten. Hiernach bestimmt sich auch die Sprachenwahl. Damit spreche ich nicht das Problem der Übersetzungsäquivalenz an, sondern das einer selektiven Teilübersetzung oder einer variierten oder gar anderen Form der Information in dem jeweilig anderssprachigen Text. Viele Texte wenden sich inhaltlich nur an die eigene ethnolinguistische Gruppe und beziehen sich auf Sachverhalte ihrer eigenen Lebenswelt und ihrer eigenen infrastrukturellen Angebote. Anderssprachige Texte können aber auch als offensive „Identitätsakte“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft gewertet werden (vgl. Le Page/Tabouret-Keller 1985). Die Inanspruchnahme öffentlichen Raums zeigt sich besonders bei Graffiti, politischen Parolen und Plakaten, auch wenn der genaue Inhalt von den Sprechern der Mehrheitssprache in der Regel unverstanden bleibt.

Selbst solche Texte, wie auf Autoaufklebern, die an privaten Fahrzeugen haften, stellen eine ostentative Präsentation anderssprachiger und an-

⁴ Man beachte die doppelte Funktion von „deutsch-türkisch“!

dersethnischer Identität dar. Ein einfaches Beispiel liefert bereits das internationale türkische Länderkennzeichen „TR“ an hier gemeldeten Fahrzeugen sowie die türkische Flagge – mitunter als gleichgewichtiges Pendant zum gleichzeitig ausgestellten D-Kürzel. Das Länderkürzel informiert hier nicht über den gemeldeten Standort des Fahrzeugs, sondern gibt somit unmittelbar Auskunft über die Nationalität des Fahrers bzw. Fahrzeughalters.

Anderen Autoaufklebern in Türkisch kommt dieselbe Funktion zu, wie zum Beispiel jene Art von Autofahrerpoesie, die sich auf dem Heck oder an der Seite oder als Heckfensterausstattung und – stärker privatisiert – auch innen auf der Armatur findet. Um einige Kostproben solcher Autoaufkleber zu geben: „İciyorsam sebebi var“ – „Wenn ich trinke, dann hat's schon seinen Grund“; „Bu can sana emanet“ – „Dieses Leben ist ein Dir anvertrautes Gut“; „Takma kafana“ – „Pack Dir nicht an den Kopf!“; „Rampanın ustasıyım – gözlerin hastasıyım“ – „Ich bin der Meister der steilen Straßen – ich bin süchtig nach deinen Augen“; „Gel arkadaş olalım“ – „Komm laß uns Freunde sein!“; oder solche religiöser Natur wie „Bismillahir-rahmanir-rahim“ – „Im Namen Gottes, des Allmächtigen und Barmherzigen“.

Dort, wo die Anderssprachigen zweisprachig informieren, wird entweder strikte Parität gewahrt oder es werden Informationspräferenzen sichtbar. So werden Produkte in türkischen Läden zwar oft zweisprachig beschriftet, mitunter findet sich aber auch für im Türkischen differenzierte Waren eine pauschale Übersetzung, so daß beispielsweise unterschiedlich bezeichnete Arten von Schafskäse im Deutschen alle als „Schafskäse“ übersetzt sind. Nicht übersetzungsäquivalent aber adressatenspezifisch ist die deutsch-türkische Information etwa bei dem Beispiel, bei dem „Türk Kasabı ve Bakkaliyesi“ im Schaufenster, wörtlich „Türkischer Fleischer und Gemischtwarenhändler“, gleich daneben auf deutsch mit „Hammelfleisch und Türkische Spezialitäten“ wiedergegeben wird. Auch gänzlich unterschiedliche Informationen in den jeweiligen Sprachen für gänzlich unterschiedliche Kundschaften sind gängig. Auch hier soll ein Beispiel genügen.⁵

Bei diesem türkischen Reisebüro etwa verweist „TÜRK HAVA YOLLARI“ (Turkish Airlines) über dem Schaufenster auf eine Agentur der türkischen Luftfahrtgesellschaft. Gleich darunter findet sich in großen Lettern „REISE BURO“.⁶ Sicherlich soll damit auch eine deutsche bzw. nichttürkische Kundschaft angesprochen werden. Denn für diese findet sich links

⁵ Fotografie vom Autor.

⁶ „REISE BURO“ stellt sicherlich ein gemischsprachiges Produkt dar. Reisebüro wäre im Türkischen eher „seyahat acentası“. Aber „buro“ existiert im Türkischen als Lehnwort.

im Schaufenster eine 'deutsche Ecke' mit Palmen und aufgehender Mittelmeersonne sowie der Werbeofferte „Spezialist für Griechenland und Türkei“, während die 'türkische Ecke' mit den Reisezielen von Hannover aus eher Information bietet, die relevant für den Heimaturlaub türkischer Migranten ist. Zusätzlich verweist das Schild „Vergi kartı doldurulur“ gleich darunter auf den Service des Büros, Zollformalitäten zu erledigen („Wir füllen Ihre Zollformulare aus“). Der schräggeschriebene Schriftzug rechts daneben informiert mit „Tercüman bürosu“ („Übersetzungsbüro“) auf ein weiteres Dienstleistungsangebot für türkische Muttersprachler.

Selbst Namen können Gegenstand zweisprachiger und diglossischer Behandlung werden, wobei Eigennamen sprachlich nicht übertragbar sind und somit eigentlich nur als anderssprachige Dokumente bestehen. Eigennamen sind nicht-intentional, gleichwohl sie in ihrer je konkreten Erscheinungsform, dem Ort und ihrer Schreibweise Intentionalität erlangen können. Denn die Form ihrer Präsentation fungiert bereits als Träger sozialer und ethnischer Information.⁷ Manche Namen (wie die türkischen) sind durch die Anpassung türkischer Buchstaben an deutsche Normen verändert. Andere (wie die griechischen, russischen, persischen, arabischen

⁷ An deutschen Häusern zählt die Pflicht zur Namensausstellung. Die Information Außenstehender gilt folglich mehr als der Schutz und die Intimität des Namensträgers. Damit wird auch einer mehrheitsgesellschaftlichen Konvention entsprochen.

etc.) Namen erhalten mit dem römischen Alphabet einen neuen Guß.⁸ Dort, wo die Hausverwaltung auch noch (der Ordnung halber!) bestimmte Schildchen vorschreibt (und selbst schreibt), ergeben sich eigenwillige Verfremdungen des Namens. Mit solcher Art der Transliteration erweist sich auch eine Übersetzbarkeit der Namen. Das folgende Beispiel zeigt aber darüber hinaus, wie die unsichtbare Hand ein Klingelschild nicht nur mit einem wirklichkeitsnahen Oben und Unten versehen kann, sondern mit der expliziten Aufteilung in Vorderhaus und Hinterhaus auch der ethnischen und sprachlichen Koexistenz eine Hinterhofpufferzone ermöglicht.⁹

⁸ Koreanische Krankenschwestern, die in den 60er Jahren rekrutiert wurden, erhielten gar ganz neue Namen, so daß beispielsweise aus Sun-Hi „Schwester Ruth“ wurde.

⁹ Fotografie von Herrad Meese.

Diese Form ikonisch-diglossischer Sprachverwaltung begegnet uns des öfteren. Die Koexistenz und Veränderung der Namen findet sich in einer Zwischenzone von anderssprachiger und mehrheitssprachiger Obliegenheit. Namen sind zweifelsohne Privateigentum, dennoch werden sie so zum Gegenstand mehrheitssprachlichen Einflusses.

4.1.2 Mehr- und anderssprachige Texte der Mehrheitsgesellschaft

Perspektivenwechsel: Texte *für* anderssprachige Migrantengruppen von Institutionen und Akteuren der Mehrheitsgesellschaft sind zumeist mehrsprachig verfaßt. Sie wenden sich entweder an unterschiedliche ethnische Gruppen oder an ganz spezielle ethnische Klientelen. Dabei ist die deutsche Fassung entweder gleichberechtigt an deutsche Mutter- und an Verkehrssprachler gerichtet oder dient im metainstruktiven Sinn zur Information dessen, was im anderssprachigen Text steht, ohne aber direkt inhaltlich an Deutsche adressiert zu sein. Typische *gleichberechtigte* deutsch-anderssprachige Texte sind solche Instruktionen wie im Telefonbuch, wie Produktinformationen bei Medikamenten und Geräten oder wie Gebrauchsanweisungen. Eine besondere Kategorie bilden diejenigen Hinweise, die sich mit *Rechten und Pflichten* der ausländischen Bürger beschäftigen, wobei sich Einschränkungen und Verbote tendenziell wesentlich häufiger in Migrantensprachen wiederfinden als Hinweise auf gängige oder normale Rechte. Fahrkartenautomaten in den wohl meisten deutschen Städten sind einsprachig deutsch, Warnungen vorm 'Schwarzfahren' mehrsprachig Deutsch, Englisch, Italienisch, Serbokroatisch, Türkisch, Griechisch und Spanisch.

Ein besonders deutliches Beispiel für mehrere der genannten Tendenzen findet sich bei folgendem zweisprachigen Verbotsschild:¹⁰

¹⁰ Fotografie vom Autor.

Der türkische Text „*top oynamak yasaktır*“ ist die orthographisch etwas fehlerhafte Übersetzung des deutschen Textes ins Türkische.¹¹ Das Schild war lange Zeit in einem Augsburger Stadtteil mit vielen türkischen Anwohnern zu sehen. Es scheint beim ersten Hinsehen gleichermaßen an Deutsche und Türken gerichtet zu sein. Doch die Hauptadressaten des Verbots sind m. E. die Türken. Denn eine einfache Doppeladressierung im Sinne von: Das Verbot in Deutsch gilt deutschen Adressaten und das Verbot in Türkisch gilt türkischen Adressaten, widerspricht den Funktionen der beteiligten Sprachen. Türkisch in mehrheitssprachiger Umgebung ist allein die Sprache der Türken, aber Deutsch ist *mehr* als die Sprache der Deutschen, ihm kommt auch die Rolle einer Verkehrssprache zu. Somit stehen sich zwei widersprüchliche Kategorien gegenüber: die Angesprochenen des Verbots im Allgemeinen, d. h. alle potentiellen Ballspieler als unmarkierte Kategorie einerseits und die Angesprochenen des Verbots im Speziellen als *ethnisch und linguistisch markierte Kategorie* andererseits.

Man könnte dieses zweisprachige Verbotsschild noch in einem weiteren Sinne als einen diglossischen Kontextualisierungshinweis verstehen: Zu fragen ist, welche Information wann für wen übersetzt werden muß. Ist die Übersetzung ein Privileg, zum Schutze der sprachlichen Minderheit, oder ist sie nicht vielleicht auch ein Hinweis auf die Notwendigkeit der Übersetzung, weil dem Verbot sonst nicht Folge geleistet würde? Die Übersetzung unterstellt jedenfalls, daß allein die Verkehrssprache zur Einhaltung des Verbots nicht ausreichend ist. Man könnte diesen Umstand übergehen, wenn mehrsprachige Information die Regel wäre; denn dann entspräche auch das zweisprachige Verbot einer routinemäßigen Erwartung. Doch die nahezu ausschließliche Mehrsprachigkeit (von Migrantensprachen) im Bereich der Pflichten erhärtet den Verdacht, daß hier gleichsam ein Nicht-teilhaben-können an der Verkehrssprache der Gesellschaft und der Sprache der Mehrheit mitverstanden werden könnte. Warum sonst sollten Türken dem Privileg der Informierung in ihrer Sprache unterliegen? Anstelle gleichberechtigter Information in zwei Sprachen reproduziert das Verbotsschild so die strukturelle Diskriminierung und Ungleichheit türkischer Mitbürger. Die sprachlichen Adressaten des Schilds bleiben zwar Deutsche und Türken, die Illokution beider Fassungen ist aber je nach sprachlich-ethnischer Zugehörigkeit unterschiedlich. Für die Deutschen ist es eine Meta-Instruktion, daß es für Türken verboten ist und für

¹¹ Auch im Türkischen gilt die Regel: Schreibe am Satzanfang groß! Nach den Regeln der Vokalharmonie erfordert „*yasaktır*“ ein stärkeres zentralisiertes „i“, das im Türkischen mit „ı“ wiedergegeben wird. Korrekterweise lautet die Übersetzung folglich „*Top oynamak yasaktır*“.

die Türken ist es ein Verbot plus der Implikation, daß es eine Meta-Instruktion für die Deutschen beinhaltet. Ich bin an andere Stelle ausführlicher auf diese Schlußfolgerungen eingegangen (vgl. Hinnenkamp 1989).

4.2 Diskursive Manifestationen von Zweisprachigkeit

Ich komme nun zu einer ganz anderen Nische, jener der *diskursiven* Manifestationen von Zweisprachigkeit. Hier begegnen uns genuine Zweisprachigkeitsmuster der face-to-face-Kommunikation zwischen Deutschen und Türken und zwischen Türken untereinander. Es handelt sich somit um Fälle von Inter- und Intragruppenzweisprachigkeit.

Die gängige Erwartung der Zweisprachigkeitsmuster läßt sich logischerweise wie folgt beschreiben: Türken untereinander Türkisch, Türken und Deutsche in Deutsch bzw. deutschen Kontaktvarietäten wie „Gastarbeiterdeutsch“ und Foreigner talk – jedenfalls galt dies für die erste Generation der Einwanderer (vgl. z. B. Keim 1978; Hinnenkamp 1982). Für diejenigen, die in Deutschland aufgewachsen sind, ergeben sich für die Intragruppenkommunikation andere Optionen, wie *reziproke und nicht-reziproke Verwendung der Sprachen, Sprachalternation und Sprachmischung*. D. h. die faktische Sprachwahl betrifft allein die zugewanderte, anderssprachige Gruppe. Das Verhältnis von Mehrheitssprache zur eingewanderten Sprachgruppe ist einseitig dominant und definierend. Dies kann aufgrund der etablierten und normierten Verhältnisse und der Größenrelationen der Gruppen auch gar nicht anders sein. Routinisierte Zweisprachigkeitsmuster und transkodische Markierungen betreffen von daher auch allein – oder nahezu allein – die Minderheitensprachen.

4.2.1 Sprachkreuzungen

Alev Tekinay hat 1982 eine kleine Sammlung von deutschem Lehnvokabular im Türkischen der sog. Deutschlandtürken vorgelegt und damit gezeigt, wie diese einwegigen transkodischen Markierungen in die Alltagssprache der Deutschlandtürken eindringen. Es handelt sich dabei um Begriffe, meist Nomen, und Wendungen (wie Ausrufe, Flüche und Idiomatismen), die die einschlägigen Erfahrungen der lebensweltlichen Umgebung sowie den Umgang mit Behörden und anderen gängigen Institutionen widerspiegeln. Die meisten Begriffe werden problemlos ins Türkische integriert und grammatisch und paralinguistisch als eigenes Wortgut behandelt. Sofern sie geschrieben werden, werden sie der türkischen Orthographie angepaßt.¹² Es ist fraglich, ob es sich im Bewußtsein der Sprecher überhaupt um transferierte Wörter handelt, oder ob sie nicht eher vom Typus der unbewußten Kontaktphänomene sind.

In einem unvergleichlich geringeren Maß kann man mittlerweile auch umgekehrt solche – wenn auch zarten – Einflüsse im Deutschen aufspü-

ren. Der wohl intensivste Berührungspunkt speziell mit der türkischen Sprache verläuft wie schon vorher mit der italienischen Sprache über die Küche. Der Döner Kebap, oder einfach „Döner“ ist mittlerweile auch zum festen Bestandteil deutscher Alltagskost avanciert, wie vorher schon Pizza und Spaghetti. Gleichzeitig haben sie als Lehnwörter einen festen Platz im deutschen Lexikon erhalten. Noch nicht ganz so weit ist es mit dem türkischen Fladenbrot, „pide ekmeği“, doch ist es auf dem besten Weg als „Pidebrot“ denselben Status zu erlangen. Aus gemischethnischen jugendlichen Peer-Gruppen hingegen wird weitergehendes berichtet. Hier entwickeln sich Formen von „Sprachkreuzungen“: Das Türkische gewinnt in türkisch dominierten Gruppen zunehmend an Einfluß; d. h., daß Jugendliche anderer Nationalität, auch Deutsche, türkische Fragmente übernehmen und mitunter eine stattliche Kompetenz erlangen (Klockow 1993).¹³ Erste empirische Untersuchungen führen dies auf das (antinormative) Prestige des Türkischen in bestimmten gemischethnischen jugendlichen Subkulturen zurück (Auer/Hieronymus 1997).

Ich möchte noch einen weiteren Intergruppen-Kontaktbereich betrachten, den kommerziellen Sektor: Hier stoßen wir auch noch auf ganz andere Formen des Transfers und des Crossings, die wohl eher verkaufsstrategisch gegenüber den anderssprachigen Adressaten eingesetzt werden. Bei folgendem Beispiel dazu handelt es sich um das Gespräch zwischen einem deutschen Verkäufer und einem türkischen Kunden an einem Marktstand, an dem Kartoffeln und Zwiebeln verkauft werden:

Transkript „Wochenmarkt“

- 1 K: Morgn
- 2 V: Morgn. Was soll's sein? *Çok güzel!* (Sehr fein!) [zeigt dabei auf seine Ware].
- 3 K: Ich gucken schön. Fünf Fund oder fünf Kilo [zeigt dabei auf die Kartoffeln].

¹² Um ein paar kleine Beispiele aus Tekinays Sammlung zu zitieren: „Antalya `da urlaup yaptık“ (Wir haben in Antalya Urlaub gemacht); „Sabah *fürü* kalkiyo-ruz“ (Wir stehen am Morgen früh auf), „Kinderler de akulda“ (Und die Kinder sind in der Schule); „*Arbayserlaubnisim var Got zay dank*“ (Gott sei Dank habe ich schon eine Arbeitserlaubnis) (Tekinay 1982, S. 73 f.).

¹³ Das Phänomen der „Sprachkreuzung“ ist eine Lehnübersetzung von „Language Crossing“. Rampton (1995) beschreibt damit das Phänomen der Verwendung von Creole und Panjabi bzw. Elementen derselben durch Jugendliche nicht-kreolischer und nicht-pakistanischer (also auch britischer) Herkunft. Selbst Formen der Stilisierung des Creole English und des Asian English durch andersethnische Sprecher bzw. Sprecher anderer Muttersprachen fällt unter das Crossing-Phänomen. Eine erste systematisch-empirische Erhebung zu der Übernahme von Creole-Sprache bzw. Creole-Elementen ins Englische stammt von Hewitt (1986).

- 4 V Fünf Fund oder fünf Kilo, was soll's? *Beş kilo?* (Fünf Kilo?)
- 5 K: *Beş kilo* zuviel (Fünf Kilo)
- 6 [18 Sek., Verkäufer wiegt ab]
- 7 K Nix zuviel, nix zuwenig
- 8 V [V überreicht K Netz mit den abgewogenen Kartoffeln und legt eine Zwiebel gratis dazu] Extra für mein
- 9 Freund. Zwei Mark fümenzwanzich, Meista. Muß abba bald wiedakommen.
- 10 K Jaooo
- 11 V [Gibt Wechselgeld heraus] Zwei Mark fümenzwanzich, drei Mark, fünf Mark. Widdasehn mein
- 12 Freund

Der Sprachenwechsel in Z 2 und Z 5 dient kaum der Verständnissicherung. Die türkischen Einsprengsel fungieren vielmehr als *Embleme*, sie dienen dazu dem Kunden zu zeigen, daß er in seiner Anderssprachigkeit wiedererkannt und akzeptiert wird, es ist ein Stück akkomodatives Entgegenkommen. Im Sinne der diglossischen deutsch-türkischen Wirklichkeit handelt es sich um den Versuch einer „downward convergence“, einer sprachlichen Konvergenz nach unten. Der Kunde anerkennt diesen Versuch, denn er wertet *çok güzel* (Zeile 2) nicht als präferierte Sprachwahl, der er zu folgen hat, sondern eben als ein kundenspezifisches, einwerbendes Emblem. Anders zwei Zeilen weiter: Auf die Frage des Verkäufers *Beş kilo?* schließt sich die Antwort *Beş kilo zuviel* an (Z 4f). Aber auch hier handelt es sich nicht um die Übernahme einer präferierten Wahl. Der Kunde antwortet nicht auf Türkisch mit *Beş kilo fazla* oder etwas ähnlichem, sondern er bettet die türkische Gewichtsangabe bzw. die türkische Zahl – Kilo ist im Deutschen und Türkischen ja identisch – quasi zitativ in sein Deutsch ein. Bei einem anderen Beispiel wechselt der Kunde tatsächlich einmal ins Türkische, doch handelt es sich dabei um Invektiven, die der Verkäufer ausdrücklich nicht verstehen soll, gleichwohl sie an ihn gerichtet sind.

Beispiele wie diese sind nicht oft zu finden. Aber es gibt sie. Jan Blommaert hat in seinem kritischen Artikel über „Ideologien in Interkultureller Kommunikation“ angemerkt, daß der „nahelegendste Ort auf der Suche nach intensiver und beständiger interkultureller Kommunikation“ der Wochenmarkt um Brüssels Südbahnhof herum (sei), wo Hunderte von marokkanischen, türkischen, italienischen, portugiesischen, spanischen und belgischen Händlern Tausenden von belgischen, marokkanischen, türkischen, afrikanischen, chinesischen usw. Kunden ihre Waren anbieten“ (Blommaert 1994, S. 19). Es sind *diese Orte* des Sprachkontakts und der interkulturellen Kommunikation, die der systematischen Erforschung harren. Denn gerade im Bereich der gemischtsprachigen und gemischtethnischen kommerziell-

len Transaktionen heben sich strukturelle Unterschiede, diglossische Grenzen und Vorurteile auf. Die Reziprozitätsregel, nach der jeder zu seinem Vorteil kaufen und verkaufen will, ist die ideale Voraussetzung wechselseitig paritätischer Annäherung. Dies gilt allerdings nur für diesen begrenzten Bereich einer auf Interpersonalität und 'Feilschen' beruhenden Geschäftswelt. Diese Nische sollte im Auge behalten werden. Sie würde bei systematischer Erforschung u. U. überraschende Sprachgebrauchsmuster zu Tage fördern.

4.2.2 Code-Switching

Mit der nun folgenden Betrachtung verweile ich noch ein wenig im interaktionalen Zweisprachigkeitsszenarium. Es geht um *Intragruppenzweisprachigkeit*, konkret um das Code-Switching zwischen zwei Personen, die im alltäglichen Umgang miteinander auf zwei Sprachen, hier auf Deutsch und Türkisch zurückgreifen können, ohne daß man von einer Präferenz sprechen könnte. Dazu als Beispiel das Transkript einer Aufzeichnung aus einem bilingualen Gespräch in Deutsch und in Türkisch. Der Ausschnitt dauert 67 Sekunden. Die Übersetzung der türkischen Textstellen findet sich jeweils in der Zeile darunter.¹⁴

Transkript „Initiativkreis“

- 1 H: *Nerde bu* Initiativkreis?
Wo ist dieser I.?
- 2 E: Richtung Stadt *böyle, ordan dümdüz gittiğin zaman* Königsplatz
çıkıyor karşıma
So in Richtung Stadt, wenn du von dort geradeaus gehst, kommst du zum Königsplatz
- 3 H: Jaaaaa, ich weiß (...)
- 4 E: Kennst du schon?
- 5 H: Ja
- 6 E: Ja, *işte ordan tam böyle hani o* Initiativkreis *tam böyle* Mitte 'ye *geliyor.*
Ja, genau von da, also der Initiativkreis kommt genau in der Mitte
- 7 *O Einbahnstraße 'nin tam* Mitte 'inde *böyle*
Von der Einbahnstraße so da genau in der Mitte
- 8 H: Mhh
- 9 E: *Or- orda*
D- da
- 10 H: Was is das fürn Ding, so **kolpingmäßig**, oder?

¹⁴ Diese Daten verdanke ich der Zusammenarbeit mit Tuna Döğer. – Die Transkriptionslegende findet sich im Anhang.

- 11 E. **Nein**, nicht kolpingmäßig >{böyle/ eeh}< **Lernstudio**, ähh **saz kursları**, Oso was
Sazkurse
- 12 E: halt0 (+) °*ondan sonra*° alles **mögliche**
und dann noch alles mögliche
- 13 H: Ja und was bringt des?
- 14 E: °Ja, die verdienen Geld°
- 15 H: Ja und [lachend] # *orda para kaybediyor yani* #
da verlierste dein Geld heißt das
- 16 E. Nnnnnn nich ganz
- 17 [0.6 Sek.]
- 18 H *Ne işe yarıyor*
Wozu ist das gut?
- 19 E: °Eh e Geld verdienen, Mann°
- 20 H: Mann, du verstehst nich was ich meine
- 21 E: Eh wie (h) wie *yani*?
also
- 22 H. *Onlar niçin gidiyor oraya?*
Warum gehn die da hin?
- 23 E. *Kimler?*
Wer?
- 24 H Ja, o die Jugendlichen
diese
- 25 E: Die wollen was **lernen**
- 26 H: Lernstudiomäßig {*yani*}
- 27 E **Lernstudiomäßig** (+) ja, **alles mögliche**, >*ne ararsan var orda*<,
alles mögliche
was immer du suchst, findest du da
- 28 H. Cool (+) und nur Türken oder so oder nur Ausländer?
- 29 E Ähhh
- 30 °Ja° + °ziemlich°
- 31 [1 Sek.]
- 32 E °*Böyle saz kursuymuş*°
So 'ne Art Sazkurs
- 33 H: Was gibt's da

Die beiden Sprecher H. und E. sind beide 16 Jahre alt. Sie sind – wie man das landläufig nennt – „türkischer Herkunft“. Das Sprachverhalten der beiden ist für ihre Generation und ihre Altersklasse in keinsten Weise exzeptionell. Peter Auer (1984, 1988) hat z. B. ähnliche Daten im Bereich des deutsch-italienischen Code-Switchings analysiert.

Das Code-Switching-Phänomen gehört zu den faszinierendsten Bereichen einer interaktiv orientierten Soziolinguistik. Vor allem die Arbeiten

von Blom und Gumperz 1972 und die von Gumperz 1982 waren hier wegweisend, da sie die Funktionen von Code-Switching mit der sozialen Außenwelt als wechselseitig verfaßt in Beziehung setzen konnten. Code-Switching wird so zu einer Ressource gemeinsamer Kontextkonstitution unter den Teilnehmern (Auer 1995).

Über die Unterscheidung von Code-Switching und anderen Phänomenen eingebetteter anderssprachiger Rede ist viel diskutiert worden. Mit dem obigen Transkript „Wochenmarkt“ hat dieses Beispiel die Code-Alternation gemeinsam, doch ist die formale und funktionale Rolle der Einbettung eine ganz andere. Lüdi (1996a, S. 242) spricht von „Basissprache“ und „eingebetteter Sprache“ beim Code-Switching, doch ist wenig einsichtig, ob hier überhaupt eine der Sprachen für vergleichbare Rollen in Frage kommt. Auch wenn Deutsch quantitativ überwiegt, scheinen beide Sprachen doch ziemlich gleichgewichtig verwendet zu werden. Neben die beiden Sprachen Deutsch und Türkisch treten zudem noch andere Varietätenmerkmale, so wenn plötzlich die Szenesprache im Vordergrund steht oder schwäbische Einsprengsel erfolgen.

Auch die Unterscheidung zwischen *Transfer* und *Code-Switching* ist nicht immer deutlich. Peter Auer hat hier einen schönen Kriterienkatalog aufgestellt, der Transfer als Sprachalternation für eine a priori begrenzte Redeeinheit, zumeist Wörter, aber mitunter auch größere Versatzstücke, eingrenzt (Auer 1984). Die Begrenzung wird interaktional dadurch ersichtlich, daß sie beim Partner zu keinem Codewechsel führt. D.h. sie ist kein Objekt der Aushandlung. Es gibt einen vorbestimmten Moment der Rückkehr in die Sprachwahl des status quo ante. Die Rückkehr koinzidiert mit dem Abschluß der transferierten Einheit. Code-Switching hingegen tritt nicht in festen Einheiten auf, auch nicht an festen Punkten; es mischt das Sprach- bzw. Varietätengefüge auf, die Übergänge sind dabei nicht vorhersehbar und sie sind nicht unbedingt scharf abgegrenzt. Sie lassen Raum für Aushandlung bzw. sind deren Resultat.

Diese Unterscheidung klingt einsichtig. Doch beim Transkript „Initiativkreis“ wird bereits in den ersten beiden Zeilen deutlich, daß zwischen „Transfer“ und „Code-Switching“ gar nicht immer scharf getrennt werden kann, denn „Initiativkreis“, man kann ihn als Eigennamen betrachten, initiiert einen Switch ins Deutsche bei E. Anders bei „Königsplatz“ (Zeile 2), „Initiativkreis“, „Mitte“ (Zeile 6) und noch einmal bei „Einbahnstraße“ und „Mitte“ eine Zeile weiter. „Einbahnstraße“ und „Mitte“ sind auch grammatisch vollständig integriert. Ich hatte diese Adaptionsempfänglichkeit deutscher Wörter im Türkischen bereits erwähnt. Umgekehrt, wird in Zeile 11 mit „saz kursları“ ein türkisch-lebensweltlicher Begriff in den deutschen Redepart transferiert.

Auch stellt sich die Frage, inwieweit der jeweilige Code interaktiv ausgehandelt ist. Wir erkennen Spuren von Präferenzialität, die dem Impera-

tiv „Übernimm den Redebeitrag in der Sprache Deines Vorredners!“ zu folgen scheint, wie bei den Sprecherwechseln von Zeile 1 und 2, 3 und 4, 4 und 5, 10 und 11, 12 und 13, 13 und 14, 14 und 15 und anderswo. Dazwischen wird diese Präferenzstruktur allerdings wieder durchbrochen, wie zwischen Zeile 2 und 3, 15 und 16, 16 und 18, 18 und 19, 32 und 33, so daß der Präferenzimperativ in Mißkredit gerät.

Was regt zu einem Switch überhaupt an? Diese Frage ist immer wieder spannend und es werden beständig neue Funktionen entdeckt. Auch im vorliegenden Beispiel können wir einige solcher nachvollziehbaren Kontextualisierungshinweise qua Code-Switch finden, so etwa in Zeile 15 ff., wo der Kontrast zwischen provokanter Infragestellung und Antwort in der Sprachendifferenz abgebildet scheint, dann aber mit dem Sprecherwechsel Zeile 19 und 20 aufgehoben wird, wenn dem appellativen „Mann“ in Zeile 19 echomäßig ein „Mann“ widerhallt. Mit „Mann“ wird eine andere, eine personalisierte Ebene beschritten, und diese wird vom Kommunikationspartner angenommen. Denn ein Echo kann nur in der gleichen Sprache erfolgen.

Es gibt weiterhin interessante Brüche im Text, etwa in Form von Selbstreparaturen, wie in Zeile 24, wo die Korrektur von „Ja o“ deutsch erfolgt: „Ja o die Jugendlichen“. An solchen Stellen wird oft mit Wortfindungsschwierigkeiten spekuliert.

Insgesamt bewegt sich eine solche Einzelfallanalyse auf schwachem Grund. Die Jugendlichen selbst behaupten, daß sie unbewußt und ohne jeglichen Grund hin- und herswitchen. Obwohl ihre Eltern die zweisprachige Rede als Mischmasch verachten, steht sie bei den Jugendlichen hoch im Kurs. Mit den Eltern reden sie zudem Türkisch, mit den Deutschen deutsch. Die zweisprachige Rede ist sowohl Ausdruck ihrer eigenen deutsch-türkischen Existenz als auch ein emanzipativer Ausdruck gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft und der oft noch rückkehrorientierten und wertkonservativen ersten Einwanderergeneration der Eltern und Großeltern. Das Code-Switching stellt somit einen doppelten Akt der Identität dar. Der ganzheitliche und kreative Aspekt dieser zweisprachigen Rede als eine *bricolage* aus den vorgefundenen Elementen zweier Kulturen und zweier Sprachen wird zumeist nicht estimiert. Dabei ist es gerade dieser Aspekt, der weiten Teilen dieser zweisprachigen Alternativen den Sinn verleiht.

5. Mehrsprachigkeit in Deutschland und deutsche Mehrsprachigkeit

Es gibt eine weitere Anzahl solcher migrationsbedingten Mehrsprachigkeitsnischen, die unsere verstärkte Aufmerksamkeit verdienen. Die einen verschaffen uns einen direkten Einblick in Konstellationen und Muster der

Mehrsprachigkeit, wie die letzten Beispiele, die anderen sind Ausdruck dieser Verhältnisse, wie uns die Visualisierungen zeigen sollten. Es gibt natürlich noch weitere Szenarien, etwa im medialen Bereich. Dies gilt es an anderer Stelle auszuführen.

Im interaktionalen Bereich bedarf es einer weiteren Erforschung zwei- und mehrsprachiger Nischen. Hier fehlt es im deutschsprachigen Raum an systematischen Untersuchungen in sprachlich gemischten kindlichen und jugendlichen Peergroups, denen die Untersuchungen von Hewitt (1986) und Rampton (1995) in England als Vorbild dienen könnten.¹⁵ Das Projekt von Auer über Erwerb und Verwendung des Türkischen durch Jugendliche anderer Herkunft ist m. W. der erste systematisch ethnographisch angelegte Versuch dieser Art.

Ramptons Konzept der Sprachkreuzung, „Language Crossing“, steht m. E. aber nicht nur für die mehrsprachigen, sich kreuzenden interethnischen Kommunikationsnischen, sondern streicht darüber hinaus die allgemeine Tendenz hervor, daß Multilingualität und Multikulturalität nichts statisch juxtaponiertes ist, sondern auch allgemeiner das Hybride, Mischmaschige und unversehen Interkulturelle hervorbringt, daß es die Gesellschaft wie den einzelnen Sprecher in unterschiedlichem Maße affiziert – oft unbemerkt und auch im Gegensatz zum monolingualen Bewußtsein.

Crossing ist aber auch als ein Plädoyer für eine andere Sichtweise zu verstehen. Mehrsprachigkeit ist nicht auf ein Terrain, eine Domäne, eine Rolle zu begrenzen; Mehrsprachigkeit manifestiert sich in vielerlei Weise. Sie ist sichtbar, sie ist hörbar, sie ist lesbar. Sie ist aber auch spontan und flüchtig. Aber das spricht nicht dagegen, sie in ihrer Vielfalt, ihren unterschiedlichen Ausdrucksformen, ihrem individuellen und gesellschaftlichen Impact ernst zu nehmen, wie auch deutsche Jugendsprache, die den gleichen Beschränkungen unterliegt, ernst genommen wird.

Mehrsprachigkeit in Deutschland ist wie ein Flickenteppich mit vielen Löchern. Die Löcher sind die Zonen der Einsprachigkeit. Sie werden zunehmend gestopft werden. Mehrsprachigkeit ist aber auch ein politischer Affront, persönlich wie institutionell; sie fordert ihre Anerkennung und ihre Normalisierung. Dazu gehört auch, daß „ethnische Namen“ und „ethnische Akzente“ nicht versteckt werden müssen. Und natürlich, daß andere Sprachen viel stärker akzeptiert werden, daß sie als Ressource, und nicht als Nische wahrgenommen werden. Das meinte ich am Anfang, als ich den türkischen Standesbeamten als Normalität einforderte.

¹⁵ In seiner Studie „White talk black talk“ zeigt Hewitt, wie sich schwarze und weiße Kinder und Jugendliche wechselseitig sprachlich beeinflussen, so daß weiße Kinder und Jugendliche nach Bedarf in das London Jamaican Creole switchen. Auch die schon erwähnte Studie von Rampton „Crossing“ zeigt solche Nischenkulturen vor allem im Englisch-Panjabi-Kontakt auf.

Mehrsprachigkeit in Deutschland war immer deutsche Mehrsprachigkeit in diesem Jahrhundert, auch wenn diese Bindung nicht gerne akzeptiert wurde und wird. D. h., es ist an der Zeit, daß dieser Bindung sprachpolitisch der Tribut gezollt wird, der ihr zusteht, nämlich die Akzeptanz und Inrechnungstellung der Existenz einer zunehmend multilingualen und multikulturellen Gesellschaft. Gerade die Einschwörung auf die Vorteile eines Vereinten Europas der Vielen und der Vielfalt könnte diese Akzeptanz forcieren und zu institutionellen Konsequenzen führen.¹⁶ Die Gegenüberstellung von 'Mehrsprachigkeit in Deutschland' und 'deutsche Mehrsprachigkeit' soll dieses sich wandelnde Selbstverständnis beschreiben und akzentuieren.

Anhang

Legende zur Transkription:

{vor},{vor/oh}	unklar bzw. alternatives Verständnis
[]	Kommentar, Außersprachliches, z. B. [1,5 Sek.], [lachen]
#dadada#	Reichweite des Kommentars
wie-	Äußerungsabbruch
damit	hervorgehoben, betont
0da0	leise
>darüber<	schnell
+	Mikropause, unter 0.5 Sekunden
(+)	Mikropause, deutliches Absetzen
(h)	Zögern (z. B. er (h)kommt)
kommen	
da	Überlappung und Ort der Überlappung
\$	Überlappung am Zeilenanfang (in beiden sich überlapp. Zeilen)
<i>nasil</i>	andere Sprache als Deutsch
Warum gehn die?	Übersetzungszeile

¹⁶ Mit der Zunahme einer solchen Akzeptanz formieren sich natürlich auch die Widersacher der Mehrsprachigkeit. In den Niederlanden z. B. versucht eine Gruppe von Parlamentariern seit einiger Zeit das Niederländische als Nationalsprache im Grundgesetz festzuschreiben und davon ausgehend, sie auch als die einzig legitime Unterrichtssprache anzuerkennen (Kroon 1997).

Literatur

- Alladina, Safder/Edwards, Viv (Hg.) (1991a): *Multilingualism in the British Isles. I: The Older Mother Tongues and Europe*. London/New York.
- Alladina, Safder/Edwards, Viv (Hg.) (1991b): *Multilingualism in the British Isles. II: Africa, the Middle East and Asia*. London/New York.
- Auer, Peter (1984): *Bilingual Conversation*. Amsterdam/Philadelphia. (Pragmatics & Beyond V:8).
- Auer, Peter (1988): A conversation analytic approach to codeswitching and transfer. In: Heller, M. (Hg.) (1984): *Codeswitching. Anthropological and Sociolinguistic Perspectives*. Berlin/New York/Amsterdam. S. 187–213. (Contributions to the Sociology of Language 48).
- Auer, Peter (1995): The pragmatics of code-switching: a sequential approach. In: Milroy, L./Muysken, P. (Hg.) (1995): *One speaker, two languages. Cross-disciplinary perspectives on code-switching*. Cambridge. S. 115–135.
- Auer, Peter/Hieronymus, Andreas (1997): Das versteckte Prestige des Türkischen. In: Gogolin, I./Nauck, B. (Hg.) (1997): *Konferenz „Folgen der Arbeitsmigration für Bildung und Erziehung“ (FABER). Dokumentation einer Fachtagung am Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, 20.–22.3.1997*. Bonn. S. 34–49.
- August, Jochen (1986): Erinnern an Deutschland. Berichte polnischer Zwangsarbeiter. In: August, J. u. a. (1986): *Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945*. Berlin. S. 109–130. (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 3).
- Bade, Klaus J. (Hg.) (1992): *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*. München.
- Blom, Jan-Petter/Gumperz, John J. (1972): Social Meaning in Linguistic Structures: Code-Switching in Norway. In: Gumperz J.J./Hymes, D. (Hg.) (1972): *Directions in Sociolinguistics. The Ethnography of Communication*. New York etc. S. 407–434.
- Blommaert, Jan (1994): Ideologien in Interkultureller Kommunikation. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 25 (Heft 74), S. 19–38.
- Bloomfield, Leonard (1933): *Language*. New York.
- Bommes, Michael/Radtke, Frank-Olaf (1993): Institutionalisierte Diskriminierung von Migrantenkindern. Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 3/93, S. 483–497.
- De Ruiter, Jaap J. (Hg.) (1991): *Talen in Nederland. De taalsitatie van negen etnische groepen*. Groningen.
- Extra, Guus/Broeder, Peter (1995): *Minderheidsgroepen en minderheidstalen. s'-Gravenhage*.
- Ferguson, Ch. A./Brice Heath, S. (Hg.) (1981): *Language in the USA*. Cambridge etc.
- Geske, Anja/Schulze, Jana (1997): Das Sorbische als Minderheitensprache. Probleme des Spracherwerbs. In: *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie (OBST)* 54, S. 128–164.
- Glück, Helmut (1982): Die Polen im Ruhrgebiet und die gegenwärtige Ausländerfrage. In: *Deutsch lernen* 3/82, S. 3–25.
- Goebel, Hans/Nelde, Peter H./Sary, Zdeněk/Wölck, Wolfgang (Hg.) (1996): *Kontaktlinguistik. Contact Linguistics. Linguistique de contact. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. 1. Halbband*. Berlin/New York. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Band 12.1).

- Goebel, Hans Nelde, Peter H. Stary, Zdeněk Wölck, Wolfgang (Hg.) (angekündigt): Kontaktlinguistik. Contact Linguistics. Linguistique de contact. Ein internationales Handbuch zeitgenössischer Forschung. 2. Halbband. Berlin/New York. (Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Band 12.2).
- Gogolin, Ingrid (1994): Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster/New York. (Internationale Hochschulschriften, Band 101).
- Grosjean, François (1982): Life with two Languages: an Introduction to Bilingualism. Cambridge, MA.
- Gumperz, John J. (1982): Discourse Strategies. Cambridge etc.
- Hansen, Georg (1991): „DDR-Bürger sorbischer Nationalität“ – Anmerkungen zur Geschichte und aktuellen Situation einer Minderheit. In: Krüger-Potratz (1991) (Hg.), S. 190–198.
- Hansen, Reimer Johannsen, Peter I. Runge, Johann/Steensen, Thomas (1993): Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet. Kiel. (Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein – Gegenwartsfragen 69).
- Haugen, Einar (1953): The Norwegian Language in America. Pennsylvania.
- Herbert, Ulrich (1986a): Der „Ausländereinsatz“. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939–1945 – ein Überblick. In: August, J. u.a. (1986): Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945. Berlin. S. 13–54. (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 3).
- Herbert, Ulrich (1986b) Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter. Berlin/Bonn.
- Herbert, Ulrich (1992): „Ausländer-Einsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. In: Bade (Hg.) (1992), S. 354–367.
- Hewitt, Roger (1986): White talk black talk. Inter-racial friendship and communication amongst adolescents. Cambridge etc.
- Hinnenkamp, Volker (1982): Foreigner Talk und Tarzanisch. Eine vergleichende Studie über die Sprechweise gegenüber Ausländern am Beispiel des Deutschen und des Türkischen. Hamburg.
- Hinnenkamp, Volker (1989): Die Stilisierung von Ethnizität. In: Hinnenkamp, V.; Selting, M. (Hg.) (1989): Stil und Stilisierung. Arbeiten zur interpretativen Soziolinguistik. Tübingen. S. 253–291. (Linguistische Arbeiten 235).
- Hinnenkamp, Volker (1990): „Gastarbeiterlinguistik“ und die Ethnisierung der Gastarbeiter. In: Dittrich, E., Radtke, F.O. (Hgg.) (1990): Ethnizität, Wissenschaft und Minderheiten. Opladen. S. 277–298.
- Hinnenkamp, Volker (1995): Rassismus und Diskriminierung in Alltagsdiskursen. Manuskript einer Ringvorlesung an der Universität Augsburg „Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus im heutigen Deutschland: Rolle und Verantwortung der Intellektuellen“. Augsburg.
- Jacobmeyer, Wolfgang (1992): Ortlos am Ende des Grauens: 'Displaced Persons' in der Nachkriegszeit. In: Bade (Hg.) (1992), S. 367–373.
- Jasper, Dirk (1991): Ausländerbeschäftigung in der DDR. In: Krüger-Potratz (1991) (Hg.), S. 151–189.
- Keim, Inken (1978): Gastarbeiterdeutsch. Untersuchungen zum sprachlichen Verhalten türkischer Gastarbeiter. Tübingen. (Forschungsberichte des Instituts für deutsche Sprache 41).
- Kleßmann, Christoph (1978): Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. -

- Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft. Göttingen.
- Kleßmann, Christoph (1992): Einwanderungsprobleme im Auswanderungsland: das Beispiel der 'Ruhrpolen'. In: Bade (Hg.) (1992), S. 303–310.
- Klockow, Reinhard (1993): Eschulleschek. Türkischkenntnisse bei deutschen Lehrern und Schülern einer Kreuzberger Schule. In: Deutsch lernen 3/93, S. 222–231.
- Kremnitz, Georg (1994): Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit. Institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Aspekte. Ein einführender Überblick. Wien. (2. korrig. Aufl.).
- Kroon, Sjaak (1997): Plädoyer für die Selbstverständlichkeit von Mehrsprachigkeit. In: Gogolin, I./Nauck, B. (Hg.) (1997): Konferenz „Folgen der Arbeitsmigration für Bildung und Erziehung“ (FABER). Dokumentation einer Fachtagung am Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, 20.–22.3.1997. Bonn. S. 238–249.
- Krüger-Potratz, Marianne (1991) (Hg.): Anderssein gab es nicht: Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster/New York.
- Lee, Jang-Seop (1991): Koreanischer Alltag in Deutschland. Zur Akkulturation der koreanischer Familien. Münster. (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland, Heft 75).
- Le Page, Robert B./Tabouret-Keller, Andrée (1985): Acts of Identity. Cambridge.
- Lüdi, Georges (1996a): Mehrsprachigkeit. In: Goebel/Nelde/Stary/Wölck (Hg.) (1996), S. 233–245.
- Lüdi, Georges (1996b): Migration und Mehrsprachigkeit. In: Goebel/Nelde/Stary/Wölck (Hg.) (1996), S. 320–327.
- Lüdi, Georges/Py, Bernard (1984): Zweisprachig durch Migration. Einführung in die Erforschung der Mehrsprachigkeit am Beispiel zweier Zuwanderergruppen in Neuenburg (Schweiz). Tübingen. (Romanistische Arbeitshefte 24).
- Nonnenbroich, Karl-Friedrich (1972): Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung des südschleswigschen Wählerverbandes. Kiel. (Dissertation).
- Oschlies, Wolf (1991): Die Sorben: Slawisches Volk im Osten Deutschlands. Bonn. (Forum Deutsche Einheit. Perspektiven und Argumente Nr. 5).
- Park, Hyung-Mi (1997): Interviewanalyse: Gastarbeiterinnen aus Korea: Ein Gespräch mit koreanischen Krankenschwestern. Augsburg. (Seminararbeit).
- Rampton, Ben (1995): Crossing. Language and Ethnicity among Adolescents. London/New York.
- Sassen, Saskia (1996): Migranten, Siedler, Flüchtlinge. Von der Massenauswanderung zur Festung Europa. Frankfurt am Main.
- Schölze, Dietrich (1993) (Hg.): Die Sorben in Deutschland. Bautzen.
- Schröder, Hubertus (1980): Was man wissen sollte. Ausländerbeschäftigung in Deutschland. In: Fröhlich, P./Märthesheimer, P. (Hg.) (1980): Ausländerbuch für Inländer. Frankfurt am Main, S. 133–143.
- Seeber, Eva (1964): Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939–1945). Berlin. (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Band 3).

- Spaich, Herbert (1981): *Fremde in Deutschland. Unbequeme Kapitel unserer Geschichte*. Weinheim: Basel.
- Tekinay, Alev (1982): Deutsche Einflüsse im Türkischen von Arbeitsmigranten. In: *Deutsch lernen* 3 82, S. 72-79.
- Wandruszka, Mario (1979): *Die Mehrsprachigkeit des Menschen*. München.
- Welkoborsky, Horst (1980): Koreaner unter Tage. Über die rechtliche Zubereitung jugendlicher Exoten zu Gastarbeitern. In: *Kursbuch* 62. Vielvölkerstaat Bundesrepublik. Berlin. S. 75-82.

EVA-MARIA JAKOBS / ULRICH PÜSCHEL

Von der Druckstraße auf den Datenhighway

Abstract

Wer den Versuch unternimmt, sich einen Überblick über den „Sprachgebrauch im Wandel der öffentlichen Medien“ zu verschaffen, der wird bald resignieren; zu lückenhaft sind die Forschungsergebnisse, die uns bislang vorliegen. Dennoch unternehmen wir den Versuch, eine Entwicklungslinie zu skizzieren, die von den Anfängen des Printmediums 'Zeitung' bis hin zur 'elektronischen Zeitung' reicht. Diese ist umrissen mit dem Schlagwort „Von der Ganzlektüre zur selektiven Lektüre“. Im Laufe der Zeit nimmt die Notwendigkeit immer mehr zu, die Zeitung so aufzuarbeiten, daß die Lesenden sich ihre Lektüre leicht und schnell auswählen können. Diese Entwicklung hat gravierende Auswirkungen auf die Organisation der Zeitung als Ganzes wie den Bau der Texte. Was für das Printmedium charakteristisch ist, setzt sich in seiner Online-Version – wenn auch unter veränderten Vorzeichen – verstärkt fort. Hauptgrund dafür ist die Hypertext-Organisation der elektronischen Zeitung. Exemplifiziert wird dieser Entwicklungsprozeß an ausgewählten Beispielen, wobei auch ein Blick auf Medienkonkurrenten und deren Einfluß geworfen wird. Obwohl Analysen dieser Art die Einbeziehung der politisch-sozialen, ökonomischen und technisch-medialen Bedingungen verlangt, unter denen Medienkommunikation abläuft, werden solche Gesichtspunkte nur am Rande explizit angesprochen. Einen zentralen Punkt bildet für uns außerdem die These, daß eine angemessene linguistische Beschäftigung mit Medien nicht bei der Produktanalyse, d. h. bei dem Medientext und seinen Eigenschaften stehen bleiben darf, sondern um den Blick auf die Produktion und Rezeption zu ergänzen ist.

1. Einleitung

Wenn die Sprachwissenschaft ein öffentliches Medium wie die Zeitung zu ihrem Gegenstand macht, dann bearbeitet sie ein ihr genuines Feld: Sie untersucht den Sprachgebrauch in der Zeitung. Diese Feststellung ist so trivial, daß sich kaum die Bemerkung unterdrücken läßt, wer hätte das gedacht. Aber ganz so einfach ist die Angelegenheit dann doch nicht, denn sprachwissenschaftliche Forschungsinteressen können ganz anders gelagert sein, auch wenn die Zeitung als Quellenmaterial ausgebeutet wird. So ging es beispielsweise Hans Eggers in seinen breit angelegten und rechnergestützten Korpusanalysen keineswegs um die Zeitungssprache, sondern um Einsichten in Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache ge-

nerell, von denen er unterstellte, daß sie sich gleichermaßen in seinem FAZ-Korpus wie in einer Textauswahl aus Rowohlt's deutscher Enzyklopädie nachweisen lassen würden (vgl. z. B. Eggers 1962).

Anders sieht es natürlich mit Untersuchungen aus, die auf die Herausarbeitung der Spezifika des Sprachgebrauchs in der Zeitung zielen. Ihnen liegt die Hypothese zu Grunde, daß die Zeitung einen eigenständigen Sprachstil aufweise, den es genauer zu bestimmen gelte. Während in bundesrepublikanischen Arbeiten diese Fragestellung eher implizit verfolgt wurde, fand sie sich in DDR-Arbeiten nicht nur explizit formuliert, sondern auch in einen theoretischen Rahmen eingebettet, nämlich in die Theorie der funktionalen Stile, zu denen neben dem Stil der Alltagssprache, der Wissenschaft und schönen Literatur auch der Stil von Presse und Publizistik zählt (vgl. z. B. Fleischer/Michel 1975). Fragt man weiter, was denn genau untersucht wurde, dann stößt man auf das klassische Repertoire: Wortschatzfragen, Satzbauprobleme sowie rhetorisch-stilistische Auffälligkeiten. In gewisser Weise klassisch ist auch der Forschungsrahmen, denn die rein innersprachliche Betrachtungsebene wird nicht verlassen. Exemplarisch verdeutlicht das der Titel von Barbara Sandigs Dissertation aus dem Jahre 1971, der „Syntaktische Typologie der Schlagzeile“ lautet.

Nicht grundsätzlich, aber doch der Tendenz nach veränderte sich die innersprachliche Betrachtungsweise, als mit der Entdeckung des Textes durch die Sprachwissenschaft auch der Zeitungstext zum Gegenstand wurde. Zwar ging und geht es bei seiner Analyse vorrangig um Bauform und spezifische Gestaltungsmittel, aber in dem Augenblick, in dem nach der Textsorte gefragt wird, stellt sich auch die Frage nach der Textfunktion. Und die weist natürlich über den Text hinaus, wie beispielsweise die Kriterien verdeutlichen, nach denen Journalisten die Zeitungstextsorten oder Darstellungsformen klassifizieren, nämlich nach den drei „publizistischen Funktionen“, als da sind: Information, Meinungsbildung und Unterhaltung. Wer sich aber mit dem Zeitungstext und seinen Funktionen beschäftigt, der kann nicht umhin, den Blick auf den Prozeß der Zeitungskommunikation insgesamt zu richten. Als Beispiel für eine solche Betrachtungsweise ist der Band „Presse und soziale Wirklichkeit“ von Collin Good (1985) zu nennen, in dem unter dem Einfluß des britischen „Linguistic Criticism“ herausarbeitet wird, mit welchen sprachlichen Mitteln die Zeitungsschreiber ihre Medienwirklichkeit konstruieren, oder der programmatische Titel „Pressekommunikation“ mit dem Untertitel „Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation aus linguistischer Sicht“ von Hans-Jürgen Bucher (1986).

Da es uns hier nicht um einen Forschungsüberblick geht, sondern um die eigene Standortbestimmung, mag dies als kurzer Einstieg in die Forschungssituation genügen. Anknüpfend an linguistische Überlegungen zur Medienkommunikation lautet die Ausgangsthese:

- (i) Eine Sprachwissenschaft, die sich mit dem Medium Zeitung, aber auch mit anderen öffentlichen Medien beschäftigt, darf sich nicht auf den Text beschränken, sie muß den Prozeß der Zeitungskommunikation insgesamt als ihren Gegenstand begreifen. Deshalb muß sie Analysen aus verschiedenen Perspektiven, d.h. Mehrebenenanalysen, wagen.

Was heißt dies in unserem Zusammenhang? Die sprachwissenschaftliche Beschäftigung mit der Zeitung ist bislang in der Hauptsache Produktanalyse in Form von Textanalyse. Erst in jüngerer Zeit wird ausdrücklich beachtet, daß der Text integraler Bestandteil medial vermittelter Kommunikation ist und daß sich viele Texteigenschaften nicht hinreichend erfassen lassen, wenn nicht Produktions- oder Rezeptionsfaktoren mit in die Überlegungen einbezogen werden. Mehrebenen-Analyse heißt dann, daß neben dem Text als Produkt systematisch der Produktions- und Rezeptionsaspekt mit in die Analyse einzubeziehen sind. Natürlich bildet bei der sprachwissenschaftlichen Beschäftigung mit der Zeitung immer der Text den Ausgangspunkt, aber der Text ist konsequent aus Produktions- und Rezeptionsperspektive zu betrachten. Analyse aus verschiedenen Perspektiven heißt also vor allem auch Wechsel der Perspektive. Wenn wir uns nun im weiteren mit der Entwicklung der Zeitungskommunikation bis hin zur sogenannten elektronischen Zeitung beschäftigen, dann haben wir das Perspektiven-Konzept immer im Hinterkopf, auch wenn wir es nicht ständig ausdrücklich erwähnen. Angesichts der Komplexität des Gegenstandes fallen die weiteren Darlegungen eher skizzenhaft und thesenförmig aus. Wir beschränken uns dabei auf eine Entwicklungstendenz, die die Zeitung von Anfang an beherrscht und auch bei der Etablierung elektronischer Zeitungen zu beobachten ist; das Schlagwort lautet: von der Ganzlektüre zur selektiven Lektüre. Diesem Schlagwort ist der zweite Abschnitt gewidmet. Im dritten Abschnitt geht es dann um die Zeitung in Zeiten der Medienkonkurrenz, exemplarisch behandelt an Rückwirkungen, die andere öffentliche Medien auf die Zeitungskommunikation haben. Und in einem vierten Abschnitt treten wir mit der elektronischen Zeitung ein in die Welt des Internet, gefolgt von einem kurzen Resümee.

2. Von der Ganzlektüre zur selektiven Lektüre

Die Zeitung hat nun eine bald vierhundertjährige Geschichte hinter sich, und das bedeutet, daß wir weit zurückgreifen müssen, wenn es darum geht, eine durchgängige Tendenz vorzuführen. Der Rückblick auf den historischen Teil erfolgt gewissermaßen im Dreisprung und landet dann in der Gegenwart.

Die älteste Zeitungstextsorte ist die Meldung oder der Faktenbericht, in der oder dem berichtet wird, daß sich etwas ereignet hat. Hier werden die *w-Fragen* *wer, was, wann, wo*, vielleicht auch noch *warum* beantwortet. Von Anfang an und sogar bis ins 19. Jahrhundert stehen die Meldungen nicht einzeln für sich, sondern sie sind gebündelt zu Korrespondenzen, die ein Korrespondent gesammelt hat und die in der Zeitung so abgedruckt werden. Versehen sind die Korrespondenzen mit einer Überschrift, die ihren Herkunftsort und das Datum enthält, zu dem sie auf den Postweg gebracht wurden (ausführlicher Schröder 1995). Der Zeitungsleser konnte sich bei seiner Lektüreauswahl an diesen Überschriften orientieren. Insofern hatte er schon die Möglichkeit zu einer begrenzten selektiven Lektüre. Hatte er sich dann aber für eine Korrespondenz entschieden, dann war er praktisch dazu gezwungen, diese von vorn bis hinten durchzulesen, da ihm für eine Wahl unter den einzelnen Meldungen keine Orientierung an die Hand gegeben wurde. Das war auch nicht weiter tragisch, da die Zeitung dünn war und sowieso von vorne bis hinten gelesen werden konnte.

Zur Illustration machen wir einen Sprung in das Jahr 1798 und betrachten eine Titelseite der „Augsburgischen Ordinari Postzeitung“ (Abb. 1). Zu erkennen sind zwei große Textblöcke, der erste überschrieben mit „London, den 23. Jan.“, der zweite mit „Verona, den 24. Jan.“. Erst der genauere Blick zeigt die Unterschiede: Der erste Textblock ist eine Korrespondenz, die aus einer Reihe von Einzelmeldungen zusammengesetzt ist, während der zweite Block ein chronologisch gebauter Ereignisbericht ist. Beide Blöcke zwingen zur Ganzlektüre; der erste, weil der Leser nicht entscheiden kann, für welche der Einzelmeldungen er sich interessiert; der zweite, weil der Leser überhaupt erst nach etwa einem Drittel des Textes erfährt, um was für ein Ereignis es sich handelt.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts, vor allem aber in dessen zweiter Hälfte, nehmen die Zeitungen rein quantitativ enorm an Umfang zu – so erscheint beispielsweise die „Kölnische Zeitung“ an der Wende zum 20. Jahrhundert mit bis zu fünf Ausgaben pro Tag – und sie verbreitern sich thematisch: Neben die Nachrichten treten die Kommentare; es entsteht eine Lokal- und Regionalberichterstattung; Wirtschaft, Sport, Naturwissenschaftlich-Technisches, Kultur und vor allem auch Unterhaltung finden ihren ständigen Platz (dazu Püschel 1996).

Der dadurch bewirkten Unübersichtlichkeit wird mit einer Reihe von Maßgaben begegnet, die alle auf Ordnung, Übersichtlichkeit und damit Hilfestellung bei der Lektüreauswahl des Lesers zielen. Die Zeitung als Ganze wird gegliedert in die Sparten, die in einer Ausgabe ihren festen Platz bekommen; die Nachrichten werden nach Herkunftsländern sortiert; die inhaltliche Überschrift bildet sich heraus. Doch auch auf der Textebene selbst begegnen wir Veränderungen, die eine selektive Lektüre ermög-

Am 99. Mittwoch, den 7. Febr. Anno 1798.

Augsburgische Ordinari Postzeitung,

Den Senats, gelehrten, historisch. u. ökonomischen Neuigkeiten.

Mit Jhesu Adm. Kayserl. Majestät allergnädigstem Privilegio:

Verlegt und gedruckt von Joseph Anton Mos, wohnhaft auf dem
obern Graben, in dem sogenannten Schnaidl Haus.

London, den 23. Jan.

Die ganze bisherig als freiwillige Kriegsbeute unterzeichnete Summe beträgt 107,000. Pfund Sterling. Pitt, Lord Eldon, Dundas haben ein jeder 2000. Pfund unterzeichnet. — Die Admirale Thompson und Curtis sind mit 23. Kriegsschiffen in die See gegangen, um die Brestflotte zu beobachten. Unsere Schiffe haben die französische Fregatten Daphne von 30. Kanonen und 276. Mann genommen. Es befanden sich auf derselben 2. Depu- tirte nach Gvadalupe. — Die Assecuranz ist jetzt so hoch gestiegen, daß ohne Bededung gar keine mehr gegeben wird. — Ein englischer Matrose, der aus der Gefangenschaft in Brest entkommen ist, hat in Galway auf seinen Eid ausgesagt: daß 2. der größten Flotte, womit die Franzosen eine Landung in England machen wollen, schon im Hafen fertig liegen. Jeder hat eine Citadelle, und sieben 78. Kanonen von großem Caliber führen. Auf den Schiffswerften wird in den französischen Häfen sogar des Raches der Badischein gearbeitet — Die Erscheidung des Prinzen von Wallis von seiner Gemahlin wird täglich wahr- scheinlicher. — Es gieng hier das Gerücht, als würden die Franzosen alle englische Boaren in Hamburg in Be- schlag nehmen; jetzt aber weiß man zuverläßig, daß so etwas nicht zu besorgen ist, und alle Beforgniß hat aufgehört.

Verona, den 24. Jan.

In der Nacht vom 20. auf den 21. dinst haben die Franzosen die hier erlicheten Freyschiffen sehr an,

und nahmen die häufig aufgerhau- ten Blisfahnen weg. Sobald es Tag wurde, zogen sie gegen Brescia und Peschiera ab. Gegen 11. Uhr erschien die Stunde unserer Eridung, Ruhe, und Blütheigkeit; eine Colonne von 6000. Oesterreichern unter den Gene- ralen Kerpen und Loudon. näherte sich unsern Mauern. Die Municipalität gieng ihnen mit einer gefickten Fah- ne, und mit den Stadtschlüsseln auf einem silbernen Teller unter dem Ge- lände aller Bloken, und unter dem Schak einer türkischen Rakel entgegen. Der Einzug geschah in voller Calä, und bestand aus den F. mentern Le- wendige Ehrenanleger, den Reg- mentern Jellachich und Stermann; sie wurden in die Bürgerhäuser ein- quartiert. — Des dem Einzuge waren wenigstens 50,000. Zuschauer zugegen; alles rief: es lebe der Kaiser! alle Plätze, Gebäude und Bahnen prang- ten mit dem kaiserl. Adler. In den 2. folgenden Nächten war die ganze Stadt aufs herrlichste beleuchtet.

Paris, den 28. Jan.

Es ist nunmehr außer Zweifel, daß General Berthier, der Hebling des Ge- neral Buonaparte, vom Dirittorium Be- ficht erhalten hat, mit einem hinfäng- lichen Truppentorpede gerade auf Rom zu- marschieren. Die Schreyer Ronge und Daun sind bereits von hier abgegangen, um in Rom, und im Kirchenstaat eine Rache von solchen Kunststücken zu ver- anstalten, welche es verdienen, nach Pa- ris transportirt zu werden.

Die Kaufleute von Venedig haben aus Patriotismus der Republik 98. Transportschiffe zum Befuß der Lan- dung in England angeboten. Nun

Abb. 1: Aufmacher der „Augsburgischen Ordinari Postzeitung“ aus dem Jahr 1798

lichen: Der umfangreichere Ereignisbericht wird zunehmend nicht mehr chronologisch gebaut, sondern nach dem sogenannten Pyramidenprinzip, das heute das gängige Muster für die „hard news“, die „harte Nachricht“ oder den Ereignisbericht ist. Nach dem Prinzip „climax first“ enthält die Überschrift das Ereignis in kompakter Form, der Lead oder Vorspann beantwortet die w-Fragen, der Hauptteil oder Body liefert die Details. Der Leser kann bei diesem Textaufbau entscheiden, wie weit er lesen will: Reicht ihm die Überschrift, reicht ihm der Lead, oder liest er noch den Body? – Das ist ungefähr der Stand der Dinge bis zum Beginn der neunziger Jahre.

3. Die Zeitung in Zeiten der Medienkonkurrenz

Bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts kannte das öffentliche Medium 'Zeitung' nur Konkurrenz aus den eigenen Reihen. Diese Konkurrenz ist ein wesentlicher Antrieb für die Fortentwicklung des Mediums, der sich in der Erschließung immer neuer Stoffbereiche, neuer Textsorten, sprachstilistischer Mittel und Aufmachertechniken manifestiert.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts kommt zur Konkurrenz aus den eigenen Reihen Konkurrenz von außen in Form neuer Medien hinzu. Situationen wie diese legen die Hypothese nahe, daß dies Rückwirkungen auf die Zeitung haben muß. Eine andere Frage ist, ob jedes Konkurrenzmedium auf jeder Stufe seiner Entwicklung eine solche Wirkung ausgeübt hat. So scheint beispielsweise der Hörfunk – etwa im Bereich der Nachrichten – eher in der Rolle des Nehmenden geblieben zu sein, der an die Zeitung nichts zurückgegeben hat. Genaueres, über bloße Vermutungen Hinausgehendes wissen wir jedoch nicht.

Mit aller Vorsicht läßt sich Ähnliches auch über das Fernsehen bis zum Beginn der neunziger Jahre sagen. Da die ersten Nachrichtenredakteure des Fernsehens von der Zeitung und auch vom Hörfunk kamen, ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Nachrichtentexte wie Zeitungsnachrichten gebaut waren. Hier wirkt das „stilistische Trägheitsprinzip“, wie es Erich Straßner einmal genannt hat, demzufolge Textsorten aus einem Medium zuerst einmal unverändert in ein anderes Medium transferiert werden (1980, S. 332). Soweit überhaupt Aussagen gemacht werden können, dominierten in den Fernsehnachrichten über einen langen Zeitraum hinweg die Meldung, in der die w-Fragen beantwortet werden, und der pyramidenförmige Nachrichtentext, der nach dem „climax first“-Prinzip gebaut ist. In die fernsehspezifische Anpassung und Fortentwicklung kam erst so richtig Bewegung mit der Etablierung des dualen Rundfunksystems zu Beginn der achtziger Jahre. Private Sender wie RTL bemühten sich, den öffentlich-rechtlichen auch im Nachrichtenbereich Konkurrenz zu machen, was natürlich Auswirkungen auf die Nachrichtenpräsentation hatte.

Dies läßt sich exemplarisch an der Auflösung des pyramidenförmig gebauten Nachrichtentextes zeigen. Als Beispiele dienen die Aufmacher dreier Nachrichtensendungen aus dem Jahr 1989. Sie führen uns drei Entwicklungsstufen vor Augen und repäsentieren damit gewissermaßen die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen (ausführlich Püschel 1992). Es handelt sich jeweils um die Aufmacher von „SAT 1 Blick“, der „Tagesschau“ und „RTL aktuell – Bilder des Tages“ vom Montag, dem 16. Oktober 1989. Berichtet wird über den Kurssturz an der Frankfurter Börse und anderswo als Folge des „Schwarzen Freitags“ an der New Yorker Börse.

Bei SAT 1 (Abb. 2), dessen Nachrichten damals von der Frankfurter Allgemeinen gestaltet wurden, haben wir es mit einem klassischen Nachrichtentext zu tun, bestehend aus Lead und Body. Verlesen wird er durch zwei Sprecher. Dem audiovisuellen Medium Fernsehen wird mit einer teilweisen *Bebilderung* Tribut gezollt:

„SAT 1 Blick“ vom 16. Oktober 1989	
<i>Lead</i>	
Sprecher 1/on:	w-Fragen
<i>Body</i>	
Sprecher1/off:	Fakten und Details von der Frankfurter Börse
Börsenszenen	
Sprecher 1/on:	
Sprecher 2/off:	das Börsengeschehen in London, Paris Tokyo und Hongkong
Börsenszenen	

Abb. 2: „Sat 1 Blick“ vom 16. Oktober 1989

Anders sieht es dagegen in der „Tagesschau“ aus (Abb.3). Hier eröffnet die Sprecherin Dagmar Berghoff die Nachrichteneinheit, indem sie den Lead verliest. Der sich daran anschließende Body ist *filmisch* aufbereitet und besteht aus zwei Korrespondentenberichten. Wir finden hier also eine fernsehspezifische Fortentwicklung des Pyramidenprinzips, das sich nicht mehr in der Textgestalt manifestiert, sondern in der Art und Weise, wie die einleitende Meldung und die sich daran anschließenden Berichte aufeinander bezogen sind:

„Tagesschau“ vom 16. Oktober 1989		
	<i>Lead</i>	
	Berghoff/on:	w-Fragen
	<i>Body</i>	
Film 1:		Korrespondentenbericht aus Frankfurt
	Berghoff/on:	Überleitung
Film 2:		Korrespondentenbericht aus Frankfurt
	Berghoff/on:	Abschluß

Abb. 3: „Tagesschau“ vom 16. Oktober 1989

Völlig anders sieht schließlich das Bild in „RTL Aktuell“ aus (Abb. 4). Hier tritt Hans Meiser als Anchorman in einer News Show auf. Er eröffnet die Nachrichteneinheit nicht mehr mit einem Leadtext, sondern moderiert sie an. Dabei erinnert er zuerst daran, daß in New York die Kurse in den Keller gefallen seien, und fährt dann fort: „.... deshalb blickten nun heute alle gespannt auf die Öffnung der Börse in Frankfurt am Main – Hans Erwin Riemann war für uns dabei“. Die entscheidende Veränderung besteht darin, daß die Nachrichteneinheit nicht mehr von einer einleitenden Meldung aus organisiert ist, mit der die Zuschauenden über die elementaren Fakten informiert werden, so daß sie alles weitere von dieser Basisinformation aus einordnen können. Stattdessen ist die Nachrichten-

einheit aus einer Folge von Texten nach ganz unterschiedlichen Mustern zusammengesetzt, aus denen sich die Zuschauenden letztlich selber ein Bild des Ereignisses formen müssen:

- "RTL Aktuell – Die Bilder des Tages"**
vom 16. Oktober 1989

 1. Anmoderation durch Hans Meiser/on
 2. Korrespondentenbericht aus Frankfurt
 3. Überleitung durch Meiser/on
 4. Befragung des Korrespondenten in Frankfurt durch Meiser
 5. Überleitung durch Meiser/on
 6. Mit Börsenszenen bebildeter Überblicksbericht, Verlesung durch Sprecher/off
 7. Überleitung durch Meiser/on
 8. Interview Meiser-Finanzexperte im Studio
 9. Abschluß durch Meiser/on

Abb. 4: „RTL Aktuell“ vom 16. Oktober 1989

Wir können konstatieren, daß der pyramidenförmig organisierte Text vollständig aufgelöst ist zugunsten eines Clusters von Texten – eine Entwicklung, die sich mit dem Schlagwort „Von der Pyramide zum Cluster“ fassen läßt.

Dieses „Clusterprinzip“ findet nun in der ersten Hälfte der neunziger Jahre aus dem Fernsehen seinen Weg zurück in die Printmedien, und zwar nach amerikanischem Vorbild. Prinzipiell geht es dabei um die Auflösung des langen Textes in ein Ensemble kürzerer Texte, ergänzt um Visualisierungen in Form von Schaubildern, Infografiken und Fotos, alles noch angereichert mit Farbe. Vorreiter dieser Entwicklung sind das Nachrichtenmagazin „Focus“ und die Wochenzeitung „Die Woche“. Nachahmer finden sich aber auch in den Tageszeitungen. Dafür wenigstens ein Beispiel, das wir von Hans-Jürgen Bucher übernommen haben. Es geht dabei

Berichtsgegenstand in sinnvolle Einzeltexte aufgespalten werden kann. Die Kunst des Journalisten besteht weiterhin darin, die Informationen so zu portionieren, daß der Leser ein relativ abgeschlossenes Bild erhält, und zwar unabhängig davon, welche der Texte und Visualisierungen er auswählt und in welcher Reihenfolge er sie rezipiert.

Diese Entwicklung ist – wie wir ja alle wissen – höchst umstritten. Von Häppchen-Unkultur und von der Unfähigkeit, längere Texte zu lesen, ist die Rede; von Boulevardisierung und Designer-Journalismus; von McJournalismus und gedrucktem Fast Food. Wir wollen uns in diese Debatte zumindest im Moment nicht einmischen, da es uns allein um die Beschreibung neuer Angebote und Möglichkeiten zur selektiven Lektüre geht. Der Weg, der sich hier im Printmedium 'Zeitung' abzeichnet, findet – wenn auch unter anderen Vorzeichen – seine konsequente Fortsetzung in Form der elektronischen Zeitung im World Wide Web.

4. Neue Formen: Zeitungen im World Wide Web¹

Seit circa 2 Jahren gibt es neben Printzeitungen auch elektronische Formen im Internet. Ausgehend von einem kurzen Resümee zum Ist-Stand deutscher elektronischer Zeitungen im World Wide Web (WWW) wird im folgenden diskutiert, wie dieser Teil der Marktentwicklung an bisherige Entwicklungstrends anschließt und – im Sinne des Ausblicks – worin vor allem das Neue von Online-Zeitungen besteht. Abschließend wird einiges zu den Vor- und Nachteilen dieser Variante gesagt.

4.1 Zum Ist-Zustand

Tages- und Wochenzeitungen im World Wide Web markieren einen neuen, noch sehr jungen Abschnitt in der Zeitungsentwicklung. Dies hängt damit zusammen, daß das WWW im Prinzip erst in den letzten zwei, drei Jahren „populär“ geworden ist. In diesem Zeitraum ist auch der Ansturm der Zeitungsunternehmen auf das Netz anzusiedeln. Die Anzahl online-verfügbarer Zeitungen² hat vor allem in den letzten 12 Monaten sprunghaft zugenommen: die Tendenz lautet: „steigend“. Die Attraktivität der Präsenz im Netz zeigt sich indirekt auch darin, daß etliche Tageszeitungen bereits ihren Platz im Netz „claimen“, ohne über eine vollständige Online-Variante zu verfügen. Konkret sieht dies so aus, daß die Zeitung im World

¹ Für Materialrecherchen und Diskussion danken wir Frau Christiane Lamp und Frau Petra Schmidt, die das Thema im Rahmen eines Hauptseminars an der Universität des Saarlandes bearbeitet haben.

² Eine Auswahl deutscher Tageszeitungen und Magazine findet sich unter Angabe der Internet-Adresse im Anhang.

Wide Web lediglich mit einer Homepage vertreten ist, auf der der interessierte „Internetleser“ erfährt, daß sich die Online-Variante zwar noch im Aufbau befinde, jedoch schon bald einsehbar sei.

Auch in inhaltlicher und gestalterischer Hinsicht befindet sich der Online-Markt in einer stürmischen Entwicklung. Die hier getroffenen Aussagen besitzen damit vorläufigen Charakter. Was heute zu ausgewählten Beispielen gesagt wird, kann morgen schon überholt sein.

Wir haben uns für unsere Zwecke an ausgewählten deutschen Zeitungen und Magazinen orientiert wie der *Saarbrücker Zeitung* und der *Vorarlberger Zeitung* sowie *Focus* und *Spiegel*. Die *Saarbrücker Zeitung* wagte als vierte deutsche Zeitung im August 1995 den Sprung ins Internet und wurde bereits ein Jahr später von der PC-Zeitschrift *DOS-International* zum besten deutschen Zeitungsangebot im Netz gekürt. Die Magazine *Spiegel* und *Focus* haben erst seit circa 15 Monaten eine Online-Variante, wobei *FOCUS Online* per Zugriffsquote im Januar 1997 den Markt für politisch orientierte Magazine vor *Spiegel* und *Stern* anführt.³

Neben den elektronischen Pendanten bestehender Printzeitungen gibt es auch einige wenige deutschsprachige Online-Magazine, die ausschließlich als Netzversion entwickelt und produziert werden. Uns interessieren im folgenden primär Online-Zeitungen und -Magazine mit einem Printpendant und deren Charakteristika im Vergleich.

4.2 Wie schließen Zeitungen im WWW an Entwicklungsstränge der Printzeitung an und durch welche Besonderheiten zeichnet sie sich gegenüber diesen aus?

Ein erster Vergleich von Print- und Online-Versionen von Zeitungen führt zu folgender These:

- (ii) In elektronischen Tages- und Wochenzeitungen des World Wide Web setzen sich einerseits die Trends fort, die die Entwicklung der Printzeitung seit ihren Anfängen charakterisieren. Sie erreichen darüber hinaus im Trägermedium World Wide Web eine neue Qualität.

Dies soll im folgenden exemplarisch dargestellt werden.

4.2.1 Was ist anders an Publikationen im Internet?

Die Möglichkeiten und Grenzen von Online-Zeitungen in elektronischen Netzen basieren primär auf Eigenschaften des Trägermediums. Ihre Verbreitung im World Wide Web, das heißt dem hypertextuell organisierten

³ Wir beziehen uns hier auf Angaben der FOCUS-Online-Redaktion im Februar 1997.

Bereich des Internets, ermöglicht neue Dimensionen für den Vertrieb sowie für die Konzeption, Produktion und Rezeption elektronischer Zeitungen und Magazine. Vorteile ergeben sich vor allem aus Optionen wie

- ein weltweites Angebot.

Ins Netz gelegte Versionen können zeitgleich weltweit gelesen werden. Es entfallen Kosten für lange Transportwege sowie für regionale Produktions- und Verteilungszentren, ein Aspekt, der gerade für kleine Zeitungen wichtig ist. Der Leser kann zeit- und standortunabhängig auf die Zeitung zugreifen. Die *Saarbrücker Zeitung Newslines*, die Online-Schwester der Printvariante dieser Tageszeitung, wirbt indirekt mit letzterem Argument, indem sie ein Diskussionsforum für „Exil-Saarländer“ in aller Welt anbietet. Die angesprochene Personengruppe kann sich per E-mail an die Online-Zeitung wenden und über ihre Erlebnisse berichten.

Ein weiterer Vorteil von Online-Zeitungen und -Magazinen besteht im

- Wegfall räumlicher Beschränkungen (durch Seitenvorgaben etc.) und in der
- Möglichkeit ihrer ständigen Aktualisierung.

Das elektronische Trägermedium ermöglicht unbegrenzt Eingriffe in die Zeitung und damit ihre permanente Aktualisierung. Online-Zeitungen entsprechen damit dem Bedürfnis nach immer schneller verfügbarer aktueller Information und gestatten – zumindest theoretisch – deutlich größere Aktualität als Printzeitungen. Die Idee, Aktualität durch mehrere Ausgaben pro Tag zu erreichen, kann nun perfektioniert umgesetzt werden. Zur Werbestrategie vieler Zeitungen gehört denn auch das Argument, daß der Nachrichtenteil rund um die Uhr „gewartet“ werde. Zum Teil erscheinen die sogenannten „Topnews“ – wie bei *FOCUS Online* - ihrer Wertigkeit entsprechend bereits auf der Homepage und können beim Aufruf der Homepage sofort überflogen werden, ohne daß der Nutzer erst lange suchen muß (Abb. 6).

Ein anderer Vorteil von Online-Zeitungen besteht darin, daß der Nutzer *früher* als bisher auf Artikel des Print-Pendants zugreifen kann: In der *Newsline* der *Saarbrücker Zeitung* können zum Beispiel alle wichtigen Artikel des nächsten Tages bereits ab 20.00 Uhr des Vortages eingesehen werden.

- Die Plazierung der Beiträge kann jederzeit in Abhängigkeit von ihrer Aktualität verändert werden. Aktuelles erscheint im Vordergrund, ältere Datenbestände rücken in den Hintergrund oder werden in Archiven abgelegt.

Die Verfahrensweise ermöglicht, daß Online-Zeitungen nicht jedesmal neu produziert werden müssen, sondern lediglich ergänzt und überarbeitet.

Das wirklich Neue, genauer das innovative Potential von Online-Zeitungen und -Magazinen ergibt sich jedoch erst aus

- der hypertextuellen Struktur von Online-Zeitungen,

Abb. 6: Homepage von FOCUS Online (Januar 1997)

das heißt aus den Möglichkeiten, die die Organisation der Zeitung als Hypertext und ihre Integration in das World Wide Web als hypertextuell organisierten Teil des Internets bieten.

Hypertext ist ein ganzheitliches Darstellungsprinzip, das eine nichtlineare Anordnung und Verknüpfung von Inhalten ermöglicht. Die Realisierung der Darstellungsform erfolgt in Form von Hypertextsystemen. Hypertextsysteme umfassen nach Kuhlen (1991, S. 21) im wesentlichen drei Komponenten: eine Nutzer- oder Navigationskomponente, die Hypertextbasis sowie eine Produktions- oder Autorenkomponente:

Abb. 7: Die Komponenten von Hypertextsystemen nach Kuhlen (1991, S. 21) (Januar 1997)

Die Hypertextbasis repräsentiert den materialen Teil des Systems, in dem der jeweilige inhaltliche Gegenstand des Hypertextsystems in abgeschlossenen Einheiten dargestellt wird. Die Einheiten der Hypertextbasis sind untereinander vernetzt und können über Verknüpfungen (sog. *links*) ausgewählt und eingesehen werden. Die Navigationskomponente wird zum Lesen benötigt und bietet Orientierungs- wie auch Suchhilfen.

Online-Zeitungen entsprechen in dieser Sicht komplexen Informationssystemen, bestehend aus Einheiten und Verknüpfungen zwischen den Einheiten. Die Einheiten können als Text, Ton- oder Videosequenz realisiert und mit anderen Einheiten des komplexen Informationssystems World Wide Web verknüpft werden.

Aus der Orientierung an den Möglichkeiten der Darstellungsform 'Hypertext' (vgl. Jakobs, im Druck) ergeben sich neue Optionen und Einschränkungen für die Konzeption elektronischer Zeitungen, zum Beispiel für die Darstellung von Inhalten und den selektiven Zugriff auf Information. Ihre Umsetzung verlangt andererseits spezifisches konzeptuell-technisches Wissen und Können bei der Auswahl, Gestaltung und Verknüpfung von Inhalten. Dies gilt sowohl für die textuelle Ebene als auch für die Ebene der graphisch-visuellen Gestaltung und der technischen Umsetzung. Dieses Wissen muß bis dato in der Praxis selbst erworben werden, da es noch nicht in der Ausbildung von Journalisten vermittelt wird. Die Folge sind Stadien des Experimentierens mit alten Formen und der Suche nach neuen. Sie gehören – wie schon an anderer Stelle gezeigt wurde – zu den Charakteristika von Umbruchsituationen.

4.2.2 Zum Nutzer- und Produktprofil von Online-Zeitungen

Die fast unbegrenzte Vielfalt möglicher Inhalte und Gestaltungsformen setzt eine klare Orientierung auf Zielgruppen und Nutzertypen voraus. Erfolgsorientierte Zeitungsunternehmen sind sich dessen bewußt und orientieren sich klar an vorhandenen Marktforschungsergebnissen. Sie haben ergeben, daß Online-Zeitungen vor allem von jungen Internetnutzern mit einem relativ hohen Bildungs-, zum Teil auch Einkommensniveau genutzt werden. Laut einer Web-Umfrage unter 4500 *FOCUS Online*-Nutzern liegt das durchschnittliche Alter der Nutzer bei 30 Jahren; 53% der Befragten gehören zur Altersgruppe der 25- bis 39jährigen; 29% sind jünger als 25 Jahre, 18% älter als 39 Jahre (*Online in die Zukunft* 1996, S. 5). Zielgruppen sind dementsprechend vor allem Abiturienten, Studenten und junge Akademiker mit Medienerfahrung.

FOCUS Online definiert in Anlehnung an diese Gruppen seinen Idealtypus des Nutzers wie folgt: Der intendierte Kunde will Wissen nicht besitzen, sondern verwerten. Er nutzt Informationsquellen extensiv und verfügt bei hohem Informationsbedarf über ein knappes Zeitbudget (ebd.). Aus dieser Zielgruppendefinition wird ein Medien-Konzept abgeleitet, das allgemeine Entwicklungstendenzen und Zukunftsorientierungen im Bereich informationsorientierter Online-Zeitungen absteckt: das Zielprodukt ist ein *Informationsmedium mit hoher „Nutzwertorientierung“*, das sich durch Eigenschaften auszeichnet wie die trägermediengerechte Aufbereitung eines breiten Informationsangebots, das eine individuelle und gezielte Informationsselektion abhängig von persönlichen Interessen und aktuellem Informationsbedarf ermöglicht.

Online-Zeitungen werden realiter auch von anderen Nutzertypen aufgesucht wie dem eher ungezielt stöbernden Netzsurfer, der weniger an Detailinformation interessiert ist als an Übersichten, Unterhaltung und Kontakt zu anderen. Online-Zeitungen müssen damit unterschiedlichen Informationsbedürfnissen und Nutzerstrategien gerecht werden.⁴

4.2.3 Konsequenzen für die Konzeption und Gestaltung von Online-Zeitungen

Das Problem unterschiedlicher Nutzerinteressen wird in zweifacher Hinsicht angegangen: zum einen durch ein Inhaltsangebot, das sowohl dem Wunsch nach Information als auch nach Unterhaltung Rechnung trägt – letzteres im besten Sinne des Wortes –, zum anderen durch Orientierungshilfen und die Möglichkeit des selektiven Zugriffs auf Inhalte.

⁴ Entsprechungen finden sich im Printbereich und zwar in der Gegenüberstellung des gründlichen Lesens (der Durchleser) und des oberflächlichen Anlesens (der Überflieger) (vgl. dazu Bucher 1996, S. 48 ff.).

4.2.3.1 Inhaltliche Gestaltung

Online-Zeitungen und -Magazine nutzen den Wegfall räumlicher Beschränkungen zum extensiven Ausbau ihrer Inhalte. Eine Ausgabe von *FOCUS-Online* umfaßt zum Beispiel circa 5000 Seiten. Lediglich 5% dieser Seiten entstehen durch die Übernahme von Beiträgen aus der Printvariante.⁵ Der Rest wird speziell für die Online-Ausgabe produziert, durch Importe aus anderen Informationsquellen bezogen, wie zum Beispiel Teletext, oder über externe *links* zu anderen Informationssystemen im World Wide Web realisiert. Online-Zeitungen folgen damit dem bereits erwähnten Trend zu einem immer breiteren und differenzierteren Inhaltsangebot.

Neu für Zeitungen sind vor allem trägermedienspezifische Angebote, wie die Integration von Ton- und Bildsequenzen – zur Konzeption von *Stern Online* gehört unter anderem die Integration sequentiell verdichteter Fernsehbilder –, sowie Angebote mit der Tendenz zu Interaktivität. Zu letzteren gehören Datenbanken, die Informationen nach den Wünschen und persönlichen Daten ihrer Nutzer zusammenstellen (Veranstaltungskalender, Fernsehprogramme, Versicherungsangebote etc.), wie auch Medienanwendungen, die den unmittelbaren Austausch mit der Redaktion, Prominenten oder anderen Nutzern in Diskussionsgruppen und in sogenannten Chats oder Quatschkanälen erlauben. Mit der Integration von Diensten, die den unmittelbaren Austausch zwischen Nutzern wie auch Eingriffe in die Inhalte der Zeitung selbst ermöglichen, wird eine neue Qualität der Zeitung erreicht.

4.2.3.2 Orientierungs- und Navigationshilfen

Um sich in hypertextuell organisierten Online-Zeitungen zurechtfinden zu können und sich nicht in der Vielzahl der Angebote zu verlieren, benötigt der Nutzer in ungleich höherem Maße Hilfen als in Printzeitungen. Der Orientierung dienen vor allem graphisch aufbereitete Inhaltsübersichten mit Sprungmöglichkeiten zu den angezeigten Inhalten, Menüleisten und metakommunikative Hinweise in deskriptiver und instruktiver Funktion, aber auch Symbole, Piktogramme, Metaphern etc.

Orientierungshilfen sind insofern sehr wichtig, als sich der Online-Nutzer von Einheit zu Einheit springend durch die Zeitung bewegt. In der Homepage – der Ausgangsseite des Systems – erhält er in der Regel eine Übersicht über Inhaltsrubriken. Sie sind meist als Sprungflächen konzipiert, über die der Nutzer in ausgewählte Rubriken springen kann, wo er weitere Übersichten zu deren Inhalten erhält. Er kann dann je nach Interesse einzelne Themen aufsuchen, zurück zur Hauptseite oder in eine andere Rubrik springen. Die Bewegung in hypertextuell organisierten Zei-

⁵ Auskunft der FOCUS-Online-Redaktion Februar 1997.

tungen besteht damit – im Gegensatz zu Printzeitungen – in einem fortwährenden Sich-Überblick-Verschaffen, Auswahl-Treffen, Anlesen, Überfliegen oder Durchlesen, Abbrechen und erneuter Auswahl. Hyper-textuelle Darstellungen erheben solcherart die lesergesteuerte Selektion zum Programm (Wingert 1996, S. 185). Die Qualität von Online-Zeitungen steht und fällt damit, wie Selektions- und Navigationsprozesse – insbesondere auf der Ebene des Überblickschaffens und Überblickbehaltens – unterstützt werden.

Die Auswahl und Integration von Orientierungs- und Navigationshilfen setzt entsprechendes (konzeptuelles wie technisches) Können voraus. Fehlt dieses, kann es zu kontraproduktiven Lösungen kommen, wie ein Beispiel aus der *Vorarlberg Online* zeigt:

Abb. 8: Beispiel für eine Inhaltsübersicht in der *Vorarlberg Online* (1997)

Um Leseanreize zu schaffen, werden in unserem Beispiel die Artikel der Online-Zeitung in einer Übersichtsleiste unter Angabe ihres Titels, Untertitels und eines ersten Satzfragmentes angekündigt. Durch Verzicht auf Gliederungsmerkmale wie typographische Gestaltung und räumliche Absetzung, die traditionellerweise im Layout verwendet werden, verschwimmen für den Leser die Grenzen zwischen den Textbausteinen der Artikelangabe. Diese Art der Gestaltung verstößt gegen eingespielte Rezeptionsgewohnheiten. Der Leser muß zusätzliche Rekonstruktionsarbeit leisten, um die gegebenen Informationen angemessen verarbeiten zu können. Die optische Markierung der Sprungfläche (durch Unterstreichungen) trägt zusätzlich zur Desorientierung bei, da sie sich über den Titel hinaus über den Untertitel bis in ein erstes Satzfragment erstreckt und so keinen Beitrag zur Fokussierung leistet.

4.4.2.3 Selektionsmöglichkeiten

Während die hypertextuelle Struktur von Online-Zeitungen mitunter das Überblickbehalten erschwert, fördert und fordert sie im Gegenzug den selektiven Zugriff auf Inhalte. Der Nutzer kann entscheiden:

- zu welchem Thema bzw. zu welcher Rubrik er Informationen sehen will.

Er kann einzelne Themen über verschiedene Zugänge wie Übersichtsseiten, Inhaltsleisten und Sprungflächen selektieren, *guided tours* zu ausgewählten Themen im World Wide Web folgen, sich in einem Newsletter per E-mail Nachrichten zuschicken lassen oder sich auf einer eigenen Homepage die ihn interessierenden Rubriken und Inhalte zu einer eigenen Zeitung zusammenstellen. Die letztgenannte Option bietet die Möglichkeit der *Individualisierung* der Zeitung, in dem Sinne, „daß nicht jeder das Gleiche, sondern jeder nur das ihn Interessierende erhält“ (Riehm/Wingert 1995, S. 57). – Der Nutzer kann weiter entscheiden,

- welche Granularität die Information haben soll.

Die hypertextuelle Organisationsstruktur ermöglicht, Information „portionsweise“ auf sequentiell einander zugeordneten Seiten in unterschiedlicher Ausführlichkeit und Detailliertheit anzubieten. Übersichtsseiten führen in der Regel nicht direkt, sondern über Zwischenübersichten unterschiedlicher Wertigkeit schrittweise zu thematischen Seiten. Interessiert sich der Leser z. B. für Gerichtsurteile, kann er die entsprechende Rubrik anwählen und sich durch die Unterrubriken durchklicken, bis er die ihn interessierende Information, hier ein Urteil zu Zeitverträgen, findet (Abb. 9).

Thematische Seiten zeichnen sich in der Regel durch Kürze und Einspaltigkeit aus. Längere Texte müssen gescrollt werden und erschweren

Abb. 9: Abfolge von Übersichtsseiten in *FOCUS-Online* (Januar 1997)

das Lesen. Lange Artikel und Kommentare entfallen damit. Nachrichten und Mitteilungen zeigen den selben Aufbau und die gleiche Struktur wie in Printmedien. Das Merkmal Kürze wird in Beiträgen unter anderem durch die Option möglich, Detail- und Hintergrundinformation auf separate Seiten auszulagern, die über *links* bei Bedarf angewählt und eingesehen werden können. Der Nutzer entscheidet damit in hohem Maße über Art, Tiefe und Abfolge der Inhalte und die Dauer ihrer Rezeption.

Der Nutzer hat zudem die Möglichkeit der

-- Wahl zwischen unterschiedlichen Berichtszeiträumen.

Er kann entscheiden, welcher Berichtszeitraum ihn interessiert und sich die dazugehörigen Beiträge zeigen bzw. heraussuchen lassen. Dies ist möglich, da viele Online-Zeitungen – vor allem größere – über ein Archiv verfügen. Zeitungen ohne Archiv bieten in der Regel die Option, die Inhalte der letzten drei bis sieben Tage einzusehen. Ein weiterer Vorteil besteht in der Option, sich

– Information suchen zu lassen.

Der Nutzer muß sich nicht über Inhaltsseiten und -leisten durch das System kämpfen, er kann sich Informationen auch gezielt bereitstellen las-

sen. Viele Online-Zeitungen bieten Retrieval-Systeme für die Suche nach Begriffen an. Der Suchraum umfaßt je nach Online-Angebot die aktuelle Online-Ausgabe der Zeitung, ihr Archiv und/oder Seiten und andere Angebote im World Wide Web.

4.3 Im Augenblick nicht fortgesetzte Trends der Zeitungskommunikation

Einem Trend der Printzeitung folgt die Online-Zeitung im Augenblick nicht: dem Trend zu einem aufwendigen Textdesign und dem extensiven Einsatz von Bildern. Dies ist besonders auffällig im Online-Pendant von politischen Magazinen, die von diesen Zutaten leben, wie *Focus* und *Stern*. Bei der Übernahme von Printbeiträgen in die Online-Zeitung wird deren optische Gestaltung auf ein Minimum reduziert, ebenso die Anzahl und (Datei-)Größe textbegleitender Bilder. Text-Cluster der Printzeitung werden aufgelöst und die Texte auf einzelne, miteinander durch *links* verbundene Seiten verteilt. Der gemeinsame optisch-spatiale Bezugsrahmen entfällt, ebenso die für *Focus* in der Printvariante typischen Info-Graphiken. Die Reduktion im Bildbereich ist primär medial bedingt. Farbige Graphiken und Bilder erhöhen den Datenaufwand und damit Übertragungszeiten.

4.4 Zum Kosten-Nutzen-Verhältnis von Online-Zeitungen

Mit den Übertragungszeiten sind die Nachteile von Online-Zeitungen im World Wide Web angesprochen. Dazu gehören, um nur einige zu nennen:

- die Bindung an einen Computer:

Nutzer des WWW arbeiten vielfach beruflich am Computer und wollen in ihrer Freizeit die Zeitung lieber als Printprodukt am Frühstückstisch oder andernorts zur Information, Entspannung und Unterhaltung nutzen. Ein anderer Nachteil betrifft die

- Wiedergabe am Bildschirm.

Lesen am Bildschirm gestaltet sich anders als im Printmedium. Inwieweit sich die Informationsaufnahme am Bildschirm von der im Printmedium unterscheidet, ist noch weitgehend offen. Dies gilt in besonderem Maße für Hypertext (vgl. Wingert 1996). Zum qualitativen Aspekt kommt ein quantitativer hinzu: Stundenlanges Surfen im Internet ist oft ermüdend und anstrengend, es bedeutet einen erheblichen

- Zeit- und Geldaufwand.

Überlastete Netze und große Dateien verlangen Wartezeiten und damit Geld, oft auch Motivationsverlust. Wer sich das Warten leisten kann, verfügt oft nicht über die notwendigen finanziellen Mittel und umgekehrt.

Der Umgang mit elektronischen Angeboten im World Wide Web verlangt darüber hinaus eine gewisse

– electronic literacy.

Elektronische Zeitungen bedingen konzeptuell-technisches Wissen und Können auf der Macher- wie auf der Nutzerseite, das bislang im Alleingang erworben werden muß. Die technischen Voraussetzungen wie auch die damit verbundenen erforderlichen Kenntnisse tragen zur

– Aufspaltung der Gesellschaft in Informationsklassen

bei. Dies gilt auf nationaler wie auch internationaler Ebene, in der Zukunft mehr als heute. Damit stehen den Vorteilen von Online-Zeitungen, wie hohe Aktualität, ständige Verfügbarkeit von Inhalten, Selektivität im Zugriff und Tendenz zu Interaktivität Nachteile gegenüber, die sich auf ihre Akzeptanz auswirken dürften. Zumindest im *gegenwärtigen* Stadium scheinen Online-Zeitungen im World Wide Web kein echtes Konkurrenzunternehmen zur Printzeitung zu bilden. Sie sind bislang nur für eine kleine Gruppe von Nutzern interessant. Inwieweit sich dies ändern wird, bleibt abzuwarten und bedarf der weiteren Beobachtung. Dies gilt auch für den Umgang mit Sprache in dieser Medienanwendung.

5. Resümee

In seiner Festrede anlässlich des 150. Geburtstages der ersten Germanistenversammlung in Frankfurt am Main konstatierte der Bundespräsident Roman Herzog, die neuen Medien würden dazu beitragen, daß die Schriftlichkeit immer mehr aus unserer Kultur verschwinde und an ihre Stelle die Vorherrschaft der Bilder trete. Die Geisteswissenschaften, vor allem auch die Germanistik, seien gefordert, sich offensiv mit diesem Phänomen auseinanderzusetzen, wollten sie nicht ins Abseits geraten (vgl. Herzog 1996, S. 180). Wir denken, daß unser Beitrag zeigt, daß wir nicht vorschnell pauschalisierenden Warnungen vor Sprachverlust folgen sollten. Die Entwicklung neuer Kommunikationsformen und ihre Beurteilung sollte immer eingebettet in den historischen Kontext erfolgen. Wenn man diesen einbezieht, dann relativiert sich manches. Neue Trägermedien wie das Internet bedeuten keineswegs den Verzicht auf das geschriebene Wort. Sie verdrängen auch nicht automatisch herkömmliche Formen wie die Zeitung, sie erweitern lediglich das Gesamtspektrum schriftsprachlicher Kommunikationsangebote. Neu ist lediglich die Geschwindigkeit, in der sich heute mediale Entwicklungen vollziehen. Sie gibt uns die einmalige Chance, Mediengeschichte quasi im eigenen Erleben erfassen, beschreiben und mitgestalten zu können. In diesem Sinne ist dieser Beitrag auch in seinen gegenwartsbezogenen Teilen als ein mediengeschichtlicher Aufriß zu verstehen.

Literatur

- Bucher, Hans-Jürgen (1986): *Pressekommunikation. Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation aus linguistischer Sicht*. Tübingen.
- Bucher, Hans-Jürgen (1996): *Textdesign – Zaubermittel der Verständlichkeit? Die Tageszeitung auf dem Weg zum interaktiven Medium*. In: Hess-Lüttich, Ernest W.B./Holly, Werner/Püschel, Ulrich (Hg.): *Textstrukturen im Medienwandel*. Frankfurt/Main. (forum Angewandte Linguistik 29). S. 31–59.
- Eggers, Hans (1962): *Zur Syntax der deutschen Sprache der Gegenwart*. In: *Studium Generale* 15, S. 49–59.
- Fleischer, Wolfgang/Michel, Georg (Hg.) (1975): *Stilistik der deutschen Gegenwartssprache*. Leipzig.
- Good, Collin (1985): *Presse und soziale Wirklichkeit*. Düsseldorf.
- Herzog, Roman (1996): *Sprache und Literatur – Erbe und Auftrag*. In: *Der Sprachdienst* 6/1996, S. 177–181.
- Jakobs, Eva-Maria (im Druck): *Mediale Wechsel und Sprache. Entwicklungsstadien elektronischer Schreibwerkzeuge und ihr Einfluß auf Kommunikationsformen*. In: Holly, Werner/Biere, Bernd/Ulrich (Hg.): *Neues in alten, Altes in neuen Medien*. Opladen.
- Kuhlen, Rainer (1991): *Hypertext. Ein nichtlineares Medium zwischen Buch und Wissensbank*. Berlin u. a.
- Online in die Zukunft (1996). Informationsbroschüre der Focus-Redaktion. München.
- Püschel, Ulrich (1992): *Von der Pyramide zum Cluster. Textsorten und Textsortenmischungen in Fernsehnachrichten*. In: Hess-Lüttich, Ernest W.B. (Hg.): *Medienkultur – Kulturkonflikt. Massenmedien in der interkulturellen und internationalen Kommunikation*. Opladen. S. 233–258.
- Püschel, Ulrich (1996): *Die Unterhaltsamkeit der Zeitung. Zur Zeitungskommunikation zwischen Reichsgründung und I. Weltkrieg*. In: Fix, Ulla/Lerchner, Gotthard (Hg.): *Stil und Stilwandel. Bernhard Sowinski zum 65. Geburtstag gewidmet*. Frankfurt u. a. S. 329–344.
- Riehm, Ulrich/Wingert, Bernd (1995): *Multimedia. Mythen, Chancen und Herausforderungen*. Mannheim.
- Sandig, Barbara (1971): *Syntaktische Typologie der Schlagzeile. Möglichkeiten und Grenzen der Sprachökonomie im Zeitungsdeutsch*. München.
- Schröder, Thomas (1995): *Die ersten Zeitungen. Textgestaltung und Nachrichtauswahl*. Tübingen.
- Straßner, Erich (1980): *Sprache in Massenmedien*. In: Althaus, Hans Peter/Henne, Helmut/Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): *Lexikon der germanistischen Linguistik*. 2. Aufl. Tübingen. S. 328–337.
- Wingert, Bernd (1996): *Kann man Hypertexte lesen?* In: Matejovski, Dirk/Kittler, Friedrich (Hg.): *Literatur im Informationszeitalter*. Frankfurt am Main/New York. S. 185–218.

Anhang – Auswahl von Tageszeitungen und Magazinen im Internet

Tageszeitungen im Internet

Berliner Zeitung	http://www.berlinonline.de/
Bild	http://www.bild.de/
Express Online	http://www.express.de/
Frankfurter Allgemeine Zeitung	http://www.faz.de/
Frankfurter Rundschau	http://www.fr-aktuell.de/
Freie Presse	http://www.mediennetz.de/freipresse/
Hamburger Morgenpost	http://www.mopo.de/
Hannoversche Allgemeine Zeitung	http://www.ix.de/haz/
Neue Presse	http://www.niedersachsen.com/MOL/NP/
Neue Westfälische Zeitung	http://www.wnonline.de/
Nordwest-Zeitung (Oldenburg)	http://www.nwz-online.de/
Oldenburger Stachel	http://www.germany.eu.net/nda/stachel/
Ostfrieslandjournal	http://www.et-inf.fho-emden.de/OMA/
Rheinische Post	http://www.rp-online.de/
Rheinischer Merkur	http://www.merkur.de/
Rhein-Zeitung	http://www.rhein-zeitung.de/
Saarbrücker Zeitung Newslin	http://www.sz-sb.de/
Schaumburger Nachrichten	http://www.niedersachsen.com/MOL/SN/
Schweriner Volkszeitung Online	http://www.hansenet.de/
Süddeutsche Zeitung	http://www.-dw.gmd.de/sz/
Der Tagesspiegel	http://www.tagesspiegel-berlin.de/
die tageszeitung (taz)	http://www.taz.de/
Die Welt	http://www.welt.de/

Reine E-Zine

digital Mirror	http://www.infiniti.spacenet.de/xend.htm
Hinter-Net (Kulturmagazin)	http://www.handshake.de/user/w.mitty/
Spielfilm.de	http://www.spielfilm.de/
Wildpark	http://www.wildpark.de/index/html

Zeitschriften im Internet

Allegra. das junge	http://www.allegra.de/
Frauenmagazin	http://www.autobild.de/
Auto Bild	http://www.traxxx.de/bunte/welcome.html
Bunte	http://www.netvill.de/cinema/
Cinema	http://www.dm-online.de/
DM	http://www.cowo.de/
Computerwoche	http://www.ix.de/ct/
c't Das Computermagazin	
connect (Das Praxismagazin zur Telekomm)	http://www3.cinetic.de/connect/
Elle	http://www.elle.de/
Familie & Co	http://www.familie.de/2000/
Flora (Magazin für Haus und Garten)	http://www.flora.de/

Focus	http://www.focus.de/
Freizeitrevue	http://www.freizeitrevue.de/
Freundin	http://www.freundin.com/
GEO	http://www.geo.de/
Gong	http://www.gong.de/
Handelsblatt	http://www.handelsblatt.de/
Das Haus	http://www.haus.de/
Hollyday	http://www.traxxx.de/holiday/welcome.html/
Mein schöner Garten	http://www.haus.de/garten/msg./welcome.html/
Journal für die Frau	http://www.journal.de/
Mac MAGAZIN	http://www.maz.net/macmagazin/
Natur	http://www.natur.de/
Ostfrieslandjournal	http://www.et-inf.fho-empden.de/OMA/
PM Magazin (Wissenschafts- magazin)	http://www.pm-magazin.de/
Prinz	http://www.prinz.de
RADAR CD-ROM-Magazin	http://www.radar.de/
Selbst ist der Mann	http://www.selbst.de/
Spektrum der Wissenschaft	http://www.venture.net/spektrum/
Der Spiegel	http://www.spiegel.de/
Stern	http://www.stern.de/
Super Illu	http://www.superillu.de/
Technologie & Management	http://www-bior.sozwi.uni-kl.de/tum/
Tour	http://www.traxxx.de/tour/welcome.html/
TV Movie	http://www.tvmovie.de/
Überblick – Stadtmagazin	
Düsseldorf	http://www.nads.de/NADS/Ueberblick/
Wochenpost	http://www.wochenpost.de/
Die Zeit	http://www.zeit.de/

WOLFGANG TEUBERT

Eigentum, Arbeit, Naturrecht. Schlüsselwörter der Soziallehre im Wandel¹

Abstract

Hundert Jahre Soziallehre der katholischen Kirche werden im Sinn einer historischen Semantik entlang des Bedeutungswandels der Schlüsselwörter *Eigentum*, *Naturrecht/Menschenrecht(e)* und *Arbeit* nachgezeichnet. Die Analyse zeigt, daß der Sozialdiskurs bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts konsequent auf naturrechtlichem Denken beruht. Ab Mitte der 60er Jahre vollzieht sich eine Wendung, aus dem Naturrecht Eigentum wird das Menschenrecht Eigentum. Das Schlüsselwort *Arbeit* erfährt eine Veränderung, indem sein Begriff der Pflicht nach dem Zweiten Weltkrieg – wenngleich weniger eindeutig – ergänzt wird um den Begriff des Menschenrechts. Seit der Wende 1989/90 ist eine Rückkehr hin zu neokonservativem Denken zu verzeichnen, welches Naturrecht und Menschenrecht gleichsetzt.

1. Historische Semantik, Diskurs und Korpus

Der Diskurs der katholischen Soziallehre wurde vor gut einhundert Jahren, nämlich 1891, mit der Veröffentlichung der ersten Sozialenzyklika unter dem Titel *Rerum novarum* begründet, verfaßt oder doch wenigstens verantwortet von Papst Leo XIII. Der Diskurs wird weiter fortgesetzt. Im Jahr 1991 erschien die Enzyklika *Centesimus annus* von Johannes Paul II. Am 29. Februar 1997 wurde das *Gemeinsame Wort* der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland mit dem Titel *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* veröffentlicht, das diese Tradition ökumenisch aufnimmt.

Einhundert Jahre Diskurs der kirchlichen Soziallehre dokumentieren ein Jahrhundert Wandel von Gedanken, Vorstellungen und Ideen. Dieser

¹ Dieser Beitrag ist eine erheblich überarbeitete Fassung des ursprünglichen Vortrags. Ich danke in diesem Zusammenhang Friedhelm Hengsbach für seine kritischen Kommentare, die mir auch da geholfen haben, wo ich ihnen nicht gefolgt bin.

semantische Wandel ist weniger ein deutsches als ein kontinentaleuropäisches Phänomen. Der im Kern katholischen Soziallehre ist es gelungen, auch in den protestantischen Norden Europas hineinzuwirken. Die bescheidenen Versuche, dieser katholischen Soziallehre eine vergleichbare protestantische Sozialethik zur Seite zu stellen, scheiterten schon daran, daß bei den Protestanten die deklaratorischen Textsorten Hirtenbriefe und Enzykliken fehlen, die die katholische Soziallehre begrifflich, thematisch und argumentativ zusammenhalten. Das zeigt sich beispielsweise an der evangelischen Denkschrift *Gemeinsinn und Eigennutz* von 1991, die – wie alle protestantischen Beiträge – eher explikativ-diskursiv als deklarativ gehalten ist und im öffentlichen Sozialdiskurs fast keine Resonanz gefunden hat.

Die Soziallehre der Kirche versteht sich seit jeher als fortschrittlich und emanzipativ, und zugleich bemüht um einen gerechten Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Eigentümerinteressen. Paul VI. beschrieb 1966 die Leistung der Soziallehre so: *Die Kirche hat eine Gesetzgebung inspiriert und inspiriert sie noch heute, die dem Privileg und dem Egoismus entgegensteht und die Schwachen, die Bescheidenen, die Enterbten schützt*. Im folgenden wollen wir diesen Anspruch mit der Wirklichkeit konfrontieren.

Das Thema der Jahrestagung 1997 des Instituts für deutsche Sprache, die deutsche Sprache im 20. Jahrhundert, stellt die Dimension des Sprachwandels in den Vordergrund. In unserem Beitrag untersuchen wir die Interdependenz zwischen Politik und Sprache. Uns interessiert der Sprachwandel im 20. Jahrhundert in der Wahrnehmung als Bedeutungswandel, als die Geschichte von Vorstellungen, Ideen und Gedanken, die dieses Jahrhundert geprägt haben, und die sich allein in ihrem sprachlichen Ausdruck und nirgends sonst manifestieren.

Die Historische Semantik versucht Texte des politisch-gesellschaftlichen Diskurses hermeneutisch vor dem Hintergrund der Geschichte, und Geschichte auf der Folie des Diskurses zu deuten.² Sprachwandel manifestiert sich im politisch-gesellschaftlichen Diskurs der Sprachgemeinschaft. Es tut not, diesen Diskursbegriff zu explizieren. Ein Diskurs ist für uns die Gesamtheit aller Texte, die bestimmten, vom Sprachwissenschaftler festgelegten Parametern entsprechen. Der uns interessierende Sozialdiskurs, eine Teilmenge des politisch-gesellschaftlichen Diskurses, hat folgende Merkmale:

- Uns interessieren Texte aus den letzten hundert Jahren,
- sie müssen Aussagen zur sozialen Frage enthalten,

² Vgl. hierzu etwa den Band Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte (Busse/Hermanns/Teubert 1994).

- sie müssen im deutschen Sprachraum auf deutsch und in gedruckter Form verfügbar sein,
- sie müssen öffentlich und für jedermann zugänglich sein.

Dieser Diskursbegriff ist präzise.¹ Von jedem Text läßt sich sagen, ob er die geforderten Eigenschaften erfüllt oder nicht. Unser Diskurs ist zunächst ein virtuelles, ein intensional definiertes Korpus. Aber mit einem lediglich virtuellen Korpus kann man nicht arbeiten. Damit dieses virtuelle Korpus Gestalt gewinnt, müssen wir es konkretisieren, wir müssen es extensional definieren. Das bedeutet auch, daß wir es verkleinern und dadurch handhabbar machen. Ohnehin können wir unsere Auswahl nur aus den Texten, die zugreifbar sind, treffen. Aber wie jeder weiß, der etwa über bestimmte politisch-gesellschaftliche Themen mit Zeitungsausschnittsdiensten gearbeitet hat, ist die Sammlung dessen, was greifbar ist, immer noch voller Redundanz und Repetition. Was ist wichtig? Das sind die Texte, auf die in anderen Texten verwiesen wird, sei es ausdrücklich oder sei es implizit durch Reformulierungen bestimmter Aussagen. Was nicht wieder in späteren Texten aufgegriffen wird, geht unter im Diskurs und ist verloren, mag es noch so originell sein. Uns interessieren die Leittexte, die Texte, die zitiert werden und mit denen man vertraut sein muß, wenn man sich erfolgreich am politisch-gesellschaftlichen Diskurs beteiligen will.

Eine Auswahl, die auf diesem Prinzip beruht, ist operationalisierbar, aber sie führt nicht zu einer Sammlung der besten Texte. Qualität ist, anders als Relevanz, nicht meßbar. Die Qualität von Texten mag andere Disziplinen interessieren. Für den Diskurs im hier verstandenen, sprachwissenschaftlichen Sinn ist der Parameter Relevanz ausschlaggebend.

Soll das Korpus dazu dienen, den Bedeutungswandel von Wörtern empirisch zu fundieren, die zum ideologischen Wortschatz gehören, ist die Berücksichtigung eines zusätzlichen Auswahlprinzips von Nutzen, nämlich des Homogenitätskriteriums. Die Texte eines solchen Korpus (es kann auch Teil eines umfassenderen Korpus sein) müssen ideologisch homogen sein. Die Anwendung dieses Kriteriums erlaubt es, Einflüsse auf die Gebrauchsweisen von ideologischen Wörtern durch zeitpolitische Tendenzen zunächst herausfiltern, um sie anschließend richtig gewichten zu können. Dies gilt besonders für Deutschland, wo wir vier geschichtliche Rupturen konstatieren können, nämlich 1918, 1933, 1945 und 1989, die jedesmal die Karten des politisch-gesellschaftlichen Diskurses neu gemischt haben.

Ohne das Homogenitätskriterium anzuwenden, würde man den Eindruck gewinnen, als habe sich die Bedeutung eines ideologisch umkämpften Schlüsselwortes wie *Demokratie* nach jedem Bruch neu gestaltet, al-

¹ Vgl. hierzu Busse/Teubert (1994), Teubert (1994) und Teubert (1996)

lein weil es zu einem neuen Mischungsverhältnis des Spektrums am Diskurs beteiligter Ideologen gekommen ist. Ein dem Homogenitätsprinzip verpflichtetes Subkorpus versammelt Texte, die gewöhnlich zustimmend aufeinander verweisen und explizit Kontinuität untereinander behaupten. Nicht der Sprachwissenschaftler entscheidet, ob Texte ideologisch homogen sind. Es sind die jeweils zuständigen ideologisch-administrativen Instanzen, die diese Feststellung treffen, etwa die SPD-Führung in Bezug auf Texte der deutschen Sozialdemokratie. Ob sie damit recht hat oder nicht, muß sich linguistischer Beurteilung entziehen. Das Kriterium ideologischer Homogenität ist, anders als das der Relevanz, sprachextern.

Wie ideologische Bewegungen unterliegen indessen auch ihre Texte, und mit ihnen die darin verwendeten Schlüsselwörter, zeitlichem Wandel. Natürlich hat sich in den letzten einhundert Jahren der Demokratiebegriff der Sozialdemokratie verändert. Aber gleichwohl unterschied er sich zu jeder Zeit von dem der Konservativen oder der Liberalen. Bedeutungswandel gibt es, wie wir zeigen werden, auch innerhalb einer Ideologie, wie es die katholische Soziallehre eine ist. Trotz eines ideologiespezifischen Wandels können Korpora, die nach den Prinzipien der Relevanz und der ideologischen Kontinuität zusammengestellt sind, als Meßlatte dienen, wenn es darum geht, die sprachlichen Spuren zeitpolitischen Wandels in einer Gesellschaft zu beobachten. Weltanschaulicher Wandel einer Gesellschaft, wie er sich im politisch-sozialen Diskurs manifestiert, zeigt sich im Vergleich mit dem Subdiskurs einer bestimmten Ideologie. Zum Prinzip der Homogenität gehört ein weiterer Aspekt, nämlich der der Textfunktion. Texte müssen funktional möglichst gleichartig sein, damit sie erfolgreich miteinander verglichen werden können. Der Sprachgebrauch von Parteiprogrammen folgt anderen Regeln als der Sprachgebrauch in Texten, in denen um die Klärung ideologischer Positionen gerungen wird.

Angewendet auf den Sozialdiskurs stellt sich nun konkret die Frage der Textauswahl unter Berücksichtigung des Relevanz- und Homogenitätsprinzips. Unter den möglichen Ideologien entscheiden wir uns für die Lehre (in unserem Fall die Soziallehre) der katholischen Kirche. Anders als konkret politische Ideologien ist die katholische Soziallehre stärker supranational. Sie bewahrt auch da Kontinuität, wo es auf nationaler Ebene zu Rupturen gekommen ist. Mit welcher Auswahl ist nun der Untersuchung am besten gedient? Sind manche Texte „repräsentativer“ als andere? Anders ausgedrückt, finden wir die Soziallehre eher in Gemeindeblättern, in akademischen Aufsätzen oder in Enzykliken?

Die Entscheidung fällt uns leicht. In Gemeindeblättern und in wissenschaftlichen Aufsätzen finden wir Reformulierungen von Aussagen der Enzykliken, selten aber umgekehrt. Das für uns entscheidende Kriterium für die Auswahl ist die in Verweisen ausgedrückte Wirksamkeit eines Textes. Diese ist für deklarative Texte mächtiger Instanzen größer als für alle

anderen Texte. Der Sozialdiskurs, ob es sich um Texte aus dem Umfeld der Kirchen, der Politik, der Gewerkschaften oder der Unternehmer handelt, kommt nicht ohne explizite oder implizite Verweise auf die Sozialenzykliken aus.

2. Unser Korpus der kirchlichen Soziallehre

In der Tat besteht unser Grundkorpus aus den vatikanischen Sozialenzykliken sowie einigen wenigen weiteren päpstlichen Verlautbarungen. Dieses Grundkorpus haben wir in sieben Phasen, entsprechend den jeweiligen Päpsten, gegliedert. Dazu haben wir ein Zusatzkorpus zu Rate gezogen von weiteren relevanten Verlautbarungen wie den Sozialhirtenbriefen der US-amerikanischen und der österreichischen Bischöfe sowie das 1997 veröffentlichte *Gemeinsame Wort* der katholischen und evangelischen Kirchen Deutschlands samt früheren Entwürfen und 2200 Diskussionsbeiträgen. Schließlich haben wir ein Korollarkorpus mit Fachtexten zur Soziallehre und Sozialethik und den Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland zur sozialen Ordnung konsultiert.

Daß wir die protestantischen Texte nicht stärker berücksichtigt haben, liegt an ihrer relativen Wirkungslosigkeit im öffentlichen politisch-gesellschaftlichen Diskurs. Begriffe, Themen und Argumente zur sozialen Frage, beispielsweise die Subsidiaritätsdebatte, verweisen fast immer auf Texte der katholischen Soziallehre. Dem haben die Protestanten wenig Eigenes entgegenzusetzen. So weist uns die Einleitung der *Einführung in die evangelische Soziallehre* von 1973 darauf hin, daß „der Entwicklung einer evangelischen Soziallehre [...] in Deutschland die Theologie der vergangenen Generation nicht unbedingt günstig“ war. „Hinzu kommt die mangelnde Reflexion über den eigenen geschichtlichen Standort, die Befangenheit in die Positionen der politischen Romantik und das fehlende positive Verhältnis zu der aus der Aufklärung stammenden Idee der emanzipatorischen Freiheit.“⁴ Eine eigenständige evangelische Soziallehre existiert zwar durchaus, bleibt in ihrer Wirkung aber weitgehend auf den akademischen Bereich beschränkt. Im öffentlichen Sozialdiskurs spielt sie nur eine sehr beiläufige Rolle.

Die sieben Phasen, auf die wir unser Grundkorpus verteilen, charakterisieren wir, holzschnittartig grob, durch Schlagwörter, die zugegebenermaßen weiterer Differenzierung bedürften und nur dazu dienen sollen, die Erinnerung wachzurufen:

- Phase 1) Leo XIII.⁵ Der Kapitalismus steht unter starkem Druck einer vorrevolutionären Stimmung in der Arbeiterschaft; die katholische Kir-

⁴ Schrey (1973, S. 1 f.).

⁵ Leo XIII.: *Rerum novarum* (1891).

che ist isoliert durch den Verlust des Kirchenstaats in Italien, durch die Laizismus-Bewegung in Frankreich und die Ultramontanismus-Politik in Deutschland, ferner durch den Erfolg der Arbeiterbewegung in ganz Europa.

- Phase 2) Pius XI.⁶ Er plädiert unter faschistischem Einfluß für einen traditionsorientierten Ständestaat.
- Phase 3) Pius XII.⁷ Er macht unter Einfluß von Kriegsende und den in vielen westeuropäischen Ländern drohenden Links- bzw. Volksfrontregierungen erste Zugeständnisse an die Arbeiterschaft, die jedoch rasch zurückgenommen werden.
- Phase 4) Johannes XXIII.⁸ Er führt die Dritte-Welt-Problematik ein, ersetzt das Naturrecht durch die Menschenrechte, bewahrt sonst den *status quo* und setzt den Antikommunismus im Prinzip unverändert fort.
- Phase 5) Paul VI.⁹ Er ist fortschrittlich in Eigentumsfrage und Sozialstaatsgebot und öffnet sich vorsichtig emanzipatorischen Vorstellungen. Sein Antikommunismus ist verhalten.
- Phase 6) Johannes Paul II.¹⁰ Er kehrt allmählich zu traditionellen Positionen zurück. In einem Wohlstand für jedermann erkennt er die Gefahr des Materialismus.
- Phase 7) Johannes Paul II.¹¹ nach dem Zusammenbruch des Sozialismus. Er erneuert das Bündnis von Kirche und Kapital und sieht im Pluralismus die Gefahr der Orientierungslosigkeit.

3. *Eigentum* im Kontext. Schlüsselwörter der Soziallehre

In den Kern unserer Untersuchung stellen wir das Wort *Eigentum*. In den Enzykliken wird Eigentum häufig auch *Sondereigentum* (heute veraltet) oder *Privateigentum* genannt. Auch *Besitz* erscheint gelegentlich, aber nicht immer in der Bedeutung von Eigentum.

Als ideologisch umkämpftes Schlüsselwort des politisch-gesellschaftlichen Diskurses ist *Eigentum* sonderbar unauffällig. In der Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs der Bundesrepublik Deutschland ist ihm

⁶ Pius XI.: Quadagesimo anno (1931).

⁷ Pius XII.: Pfingstbotschaft (1941), Weihnachtsrundfunkbotschaft (1944), Ansprache an die ACLI (1945).

⁸ Johannes XXIII.: Mater et magistra (1961), Pacem in terris (1963), Gaudium et spes (1965).

⁹ Paul VI.: Ansprache 75-Jahr-Feier (1966), Populorum progressio (1967), Ansprache Internationale Arbeitsorganisation (1969), Octogesima adveniens (1971), De iustitia in mundo (Römische Bischofssynode 1971).

¹⁰ Johannes Paul II.: Laborem exercens (1981), Sollicitudo rei socialis (1987).

¹¹ Johannes Paul II.: Centesimus annus (1991).

kein Kapitel gewidmet.¹² Ein Schlüsselwort ist *Eigentum* für uns deshalb, weil ihm eine herausragende Rolle bei der ideologischen Parametrisierung von politisch-gesellschaftlichen Texten zukommt. Für Ideologien am linken Ende des Spektrums ist Eigentum, mit Pierre Joseph Proudhon, Diebstahl, für die am anderen Ende ist, mit John Locke, Eigentum, als eines der drei Grundrechte neben Freiheit und Leben, prinzipiell unantastbar, staatlicher Regelung entzogen.

Außer mit *Eigentum* beschäftigen wir uns mit zwei bzw. drei weiteren Schlüsselwörtern. Zum einen ist das das in komplementärem Verhältnis zueinander stehende Wortpaar *Naturrecht* und *Menschenrecht*, wobei letzteres meist im Plural belegt ist. Es ist für unsere Analyse deshalb wichtig, weil Eigentum als Naturrecht bzw. als Menschenrecht legitimiert wird. Die Sozialenzykliken geben uns die Gelegenheit zu beobachten, wie das bis zur Mitte unseres Jahrhunderts für die katholische Kirche zentrale Argument des Naturrechts durch das Konzept der Menschenrechte abgelöst wurde. Mit dem Naturrecht haben die Sozialenzykliken das Dogma der Unantastbarkeit des Eigentums begründet. Deshalb können wir nur verstehen, was *Eigentum* bedeutet, wenn wir auch die Bedeutung von *Naturrecht* bzw. *Menschenrechten* kennen.

Schließlich untersuchen wir noch die Rolle, die das Wort *Arbeit* in den Sozialenzykliken spielt. In der seit dem 19. Jahrhundert auch von der katholischen Kirche vertretenen Sicht ist es vor allem die Arbeit, die Eigentum begründet. Eigentum wird durch Arbeit geschaffen und damit legitimiert. Dieses Dogma muß jedoch angesichts der Besitzlosigkeit der Landarbeiterschaft im 19. Jahrhundert und des späteren Industrieproletariats zu einer argumentativen Aporie führen. Das Verhältnis von Eigentum und Arbeit wird in den Sozialenzykliken unterschiedlich akzentuiert. Das hängt nicht zuletzt mit einem Funktionswandel des Schlüsselworts *Arbeit* zusammen. Denn während Arbeit bis etwa zur Mitte dieses Jahrhunderts als naturrechtl. begründete Pflicht gesehen wird, wurde sie seither zu einem im Kanon der Menschenrechte verankerten Recht.

3.1 Die Frage der Bedeutung

Wenn wir den Bedeutungswandel von *Eigentum* und damit zusammenhängenden Schlüsselwörtern untersuchen, meinen wir mit Bedeutung offensichtlich etwas anderes als herkömmliche Semantikmodelle, die die essentiellen, distinktiven Bedeutungsmerkmale von Wörtern in formalen Ausdrücken semantischer Primitive darzustellen suchen. So angemessen dieses Verfahren anderswo ist, muß es versagen, wenn es um die Brisanz

¹² Das gilt sowohl für Stötzel/Wengeler (1995) als auch für Böke/Liedtke/Wengeler (1996).

ideologischer Schlüsselwörter im politisch-gesellschaftlichen Diskurs geht. Wie aber sähe eine angemessene Methodik der Bedeutungsanalyse aus? Frank Liedtke schlägt in seinem einführenden Kapitel von Böke/Liedtke/Wengeler (1996) die Elemente Stereotypensemantik, Metapherntheorie und Illokutionsstruktur vor, um dann freilich festzustellen: „Leitend für das Projekt [Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära] [...] war ein gewisser methodologischer Pluralismus, der es jedem Mitarbeiter erlaubte, die von ihm günstig gehaltene Untersuchungsstrategie zu wählen und durchzuhalten [...]“ (S. 17)

Dieser methodologische Pluralismus kennzeichnet den gegenwärtigen Stand des Fachgebiets der Historischen Semantik, und er begründet auch den Argwohn von Vertretern methodisch etablierter Fachgebiete, von Sprachhistorikern etwa oder Merkmalsemantikern. Man befürchtet mangelnde Objektivität in der Analyse des Befunds und den Einfluß ideologischer Voreingenommenheit bei der Erarbeitung der Ergebnisse, so als hätte der Positivismus jemals die Gewähr für eine ideologiefreie Sicht geboten.

Dennoch oder gerade deshalb muß sich die Historische Semantik bemühen, einen Kanon erfolgversprechender und nachvollziehbarer Verfahren zu entwickeln, indem sie Bilanz aus bisherigen Ansätzen zieht, ähnlich, wie dies Karin Böke (1996) terminologisch für den Bereich politischer Leitvokabeln versucht hat. Ohne die Entwicklung geeigneter Methoden und Verfahren wird textbasiertes Arbeiten schlechterdings beliebig. Korpusbelege an sich sagen uns nichts über die Bedeutung eines Worts. Diese erschließt sich erst, wenn wir die richtigen Fragen zu stellen beginnen. Eine fertige Liste von Fragen gibt es nicht. Das gilt besonders für abstrakte Konzepte von 'institutionellen Fakten', wie sie John Searle (1995) untersucht hat.¹³ Für institutionelle Fakten bietet es sich an, das mit einem Konzept verbundene Szenario zu entwerfen, Kausalstrukturen darzustellen, Aktantenrollen zu identifizieren und die relevanten Eigenschaften, Zustände, Vorgänge oder Handlungen mit den entsprechenden Kasusrollen zu beschreiben. Dieses Szenario ist zugleich sprachlich und metasprachlich. Es kann beispielsweise Aktanten, Ursachen, Wirkungen, Relationen enthalten, für die sich im Korpus kein Beleg findet, die sich aber aus dem Gebot innerer Vollständigkeit ergeben. Andererseits ist jedes Szenario von 'institutionellen Fakten' notwendigerweise sprachverwurzelt. Eigentum ist ein solches gesellschaftlich bedingtes institutionelles

¹³ In seinem Insistieren auf einen, wie mir scheint, weitestgehend inhaltsleeren 'externen Realismus' und seiner Verwerfung kulturellrelativistischer Ansätze ist Searle in diesem Buch mit dem Titel *The Construction of Social Reality* allerdings hinter Berger/Luckmann (1966) zurückgeblieben, deren Titel er variiert, ohne seinem Vorbild die Ehre bibliographischer Aufmerksamkeit zu erweisen.

Faktum. Ohne entsprechende sprachliche Verständigung darüber in einer Gemeinschaft gibt es kein Eigentum. Tiere kennen kein Eigentum, sondern allenfalls Besitz. Es bleibt dem Menschen vorbehalten, Eigentum an beweglicher oder unbeweglicher Habe selbst nach Ablauf eines halben Jahrhunderts zu reklamieren, in dem jede nichtsprachliche Beziehung zwischen Eigentümer und Eigentum geruht hat. Eigentum ist ein kontingentes soziales Konzept, das nur durch sprachliche Verabredung in einer Gesellschaft konstituiert ist.

Szenarien verwenden universale Kategorien, um kulturell konstituierte Sachverhalte darzustellen. Dieses Verfahren kann inzwischen auf eine längere linguistische Tradition zurückblicken. Zu denken ist hier etwa an die Scripts von Schank/Abelson (1977); daneben ist vor allem auf die verschiedenen frametheoretischen Ansätze zu verweisen, von denen Claudia Fraas (1996) einen anregenden Gebrauch gemacht hat.

Wichtig ist bei diesem Vorgehen, das Szenario (als virtuelles kognitives Konzept) in seiner Beziehung zum konkreten sprachlichen Befund zu nutzen. Einerseits ergibt sich aus diesem Befund, was die für die Bedeutung des Worts relevanten Fragen sind. Indikatoren dafür sind Phrasen wie: *richtig (falsch) ist, daß ...; natürlich ...; ... bedeutet, daß ...; früher glaubte man ...* usw. Wo immer wir im Zusammenhang mit einem Wort solche Indikatoren finden, werden wir auf Bedeutungsaspekte verwiesen, die im jeweiligen Diskurs umkämpft sind. Andererseits helfen uns die so ermittelten relevanten Fragen, die Belege sinnvoll zu interpretieren. Dieser auf Szenarien begründete Bedeutungsansatz ist also, anders als die Merkmalsemantik, hermeneutisch, mit den damit verbundenen Nachteilen und Vorzügen.

Ein Beispiel. In der Enzyklika *Mater et magistra* (1971) lesen wir in § 109: „[Das] Recht auf Privateigentum, auch an Produktionsmitteln, gilt für alle Zeit.“ Indikator für kontroverse Sichtweisen ist hier der Einschub *,auch an ...*, der uns darauf verweist, daß man anscheinend in Hinblick auf *Produktionsmittel* unterschiedlicher Meinung sein kann, auch wenn man sonst Eigentum als Recht anerkennt. Es könnte also sein, daß manche Eigentum nicht gleich Eigentum sehen. Was aber begründet eine Sonderrolle für *Produktionsmittel*? In *Quadragesimo anno* (1931) heißt es in § 52: „Ursprünglicher Eigentumserwerb vollzieht sich durch Besitzergreifung herrenlosen Gutes und durch Bearbeitung.“ Da es heute kein herrenloses Gut mehr gibt, bedeutet dieser Satz, daß in unserer Zeit Eigentum nur noch durch Arbeit geschaffen wird. Wieso aber schafft sich dann der Arbeiter kein Eigentum? Wenn der Gewinn der Arbeit nur dem Eigentümer der Produktionsmittel und nicht dem Arbeiter zufließt, wird damit nicht gegen den Grundsatz verstoßen, daß nur Arbeit Eigentum schafft? Dieses Dilemma wird wie folgt aufgelöst: „[Was] sodann die Arbeit betrifft, so besitzt natürlich nur derjenige, der die Arbeit in eigenem Namen ausübt [...], ei-

gentumsschaffende Kraft.“¹⁴ Das Wort *natürlich* zeigt uns, daß diese Feststellung durchaus umstritten ist und daß es, außer durch die Berufung auf die Natur, keinen überzeugenden Grund für ihre Richtigkeit gibt. Daraus leitet sich ab, daß zum Szenario von *Eigentum* gehört, unterschiedliche Arten von Eigentum zu kennen (etwa ein eigengenutztes Reihenhaus und, davon unterschieden, eine Fabrik) und ferner, daß es zwei Arten gibt, wie Eigentum zustande kommt, nämlich durch die Inbesitznahme von herrenlosem Gut und durch Arbeit. In bezug auf Arbeit gehen die Meinungen auseinander, ob dies uneingeschränkt für jede Arbeit oder nur für Arbeit im eigenen Namen gilt.

3.2 Bedeutungsvalidierung ideologischer Wörter

Seit langem ist selbstverständlich, in Hinblick auf das Problem der Bedeutung einen Unterschied zwischen Fachwörtern und allgemeinsprachlichen Wörtern zu machen. Fachwörter unterscheiden sich von anderen Wörtern

¹⁴ Auch in diesem brisanten Aspekt übernimmt die katholische Kirche das von John Locke entwickelte Paradigma von der eigentumsschaffenden Kraft der Arbeit, und wie John Locke stellt sie sich damit faktisch in den Dienst der Klasse der neuen, nichtadeligen Großagrarier und der bürgerlichen Eigentümer der Produktionsmittel. Denn das bis dahin Exklusivität beanspruchende Paradigma begründete Eigentum auf der *occupatio rei nullius*, der Inbesitznahme herrenlosen Gutes, und darauf hatte der Adel seine Eigentumsrechte gefußt. Bis zu John Locke galt weithin als Dogma, daß Arbeit und Herrschaft in Widerspruch zueinander stehen, wodurch sich die nicht auf Arbeit angewiesene Gentry das Vorrecht auf Regierungsbeteiligung zu bewahren suchte. Mit der neuen These, daß es Arbeit ist, die Eigentum schafft, erwarb das aufstrebende Bürgertum Anspruch auf Machtbeteiligung. Erstaunlich ist für uns vor allem, mit welcher Konsequenz die katholische Soziallehre jeden Verweis auf John Locke zu vermeiden sucht und den Eindruck ungebrochenen Fortwirkens thomistischer Lehre suggeriert. Brocker (1992) referiert Locke wie folgt: Während der Geltungsdauer eines freiwillig vereinbarten Arbeitsvertrages arbeitet der 'Knecht' auf dem Boden des 'Herrn' und schafft, gegen Lohn, Eigentum für ihn. Dieses Prinzip gilt auch für die Allmende. „Arbeitete der Knecht auf der Allmende (dem 'common') des Dorfes, zu der das Gut des Herrn gehörte, wurde das von ihm erwirtschaftete Produkt zum Eigentum seines Auftraggebers: 'Das Gras, das mein Pferd gefressen, der Torf, den mein Knecht gestochen, und das Erz, das ich an irgendeiner Stelle gegraben, wo ich mit anderen gemeinsam das Recht daran habe, werden ohne die Anweisung und Zustimmung von irgend jemandem [d. h. allein aufgrund des Naturrechts] *mein Eigentum*' (§ 28).“ (Hervorhebung bei Brocker)

Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß es vor allem die Arbeit anderer ist, die eigenes Eigentum schafft, aus heutiger Sicht sicher eine Aporie der Locke'schen Lehre, eine Aporie, zu der Locke durch seine Parteinahme für die bürgerliche Oberschicht genötigt war.

dadurch, daß es bei Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung eine besondere Instanz, nämlich den Fachmann, gibt, der klären kann, wer recht hat, während bei 'normalen' Wörtern die Sprachgemeinschaft die Bedeutung aushandelt. Dieser Unterschied ist von Hilary Putnam auf dem Hintergrund seiner Stereotypensemantik besonders in seiner 1975 erschienenen Schrift *The Meaning of 'Meaning'* herausgearbeitet worden. Darin unterscheidet er zwischen einem Bedeutungswissen, das bei einem Laien in bezug auf standardsprachliche Wörter vorzusetzen ist (also dem jeweiligen Stereotyp) und dem Begriffswissen, das der Experte von der wirklichen Natur der Denotate hat.

„Die mit [einigen] Ausdrücken verknüpften Kriterien kennt jeweils nur eine Teilmenge der Menge aller Sprecher, die diesen Ausdruck beherrschen, und ihre Verwendung durch andere Sprecher beruht auf einer spezifischen Kooperation zwischen diesen und den Sprechern aus den jeweiligen Teilmengen“ (Putnam 1975, S. 39).

Sind die uns interessierenden Schlüsselwörter *Eigentum*, *Naturrecht* bzw. *Menschenrechte* und schließlich *Arbeit* Fachwörter oder gehören sie zum allgemeinsprachlichen Wortschatz? Auf den ersten Blick rechnen wir *Arbeit* der Standardsprache zu, während *Naturrecht* ein typisches Fachwort zu sein scheint. *Eigentum* und *Menschenrechte* scheinen irgendwie dazwischen zu liegen. Doch so einfach ist es nicht. Die Fachleute sind, wie wir sehen werden, sich keineswegs einig über den Begriff des Naturrechts. Nicht anders ist es bei *Eigentum*. *Eigentum* ist für den juristischen Alltag ein Fachwort, aber ein kontroverser Begriff der Rechtsphilosophie und schließlich auch ein geläufiges Wort der Standardsprache. Wie steht es mit den Menschenrechten? Das deutsche Grundgesetz kennt keine *Menschenrechte*, sondern nur *Grundrechte*. Eine universell anerkannte Bestimmung der Menschenrechte fehlt. Aber wir alle reden fortwährend von Menschenrechten und glauben zu wissen, was wir meinen. Auch bei *Arbeit* gibt es Probleme. Wer entscheidet, ob sie ein Recht oder eine Pflicht ist?

Die hier zur Diskussion stehenden Schlüsselwörter des Sozialdiskurs sind weder Fachwörter im Sinne von Putnam noch ausschließlich Wörter der Allgemeinsprache. Es sind in erster Linie ideologische Wörter und damit Gegenstände ideologischer Auseinandersetzung. Deshalb kann es für sie keine Validierung wie für Fachwörter oder wie für standardsprachliche Wörter geben. Was *Eigentum* im Rahmen einer Ideologie bedeutet, ergibt sich aus der Beleglage eines nach dem Homogenitätsprinzip zusammengestellten Korpus von relevanten Texten, die dieser Ideologie zuzurechnen sind. Deshalb lassen sich die Ergebnisse unserer Untersuchung nicht ohne weiteres auf andere Ideologien übertragen; wir stellen lediglich fest, was unsere Schlüsselwörter während der letzten einhundert Jahre für die katholische Soziallehre bedeutet haben. Erst in einem anschließen-

den Schritt kann dann gezeigt werden, welche Einflüsse davon auf den Wortgebrauch in anderen ideologischen Zusammenhängen ausgegangen sind.

3.3 Die Bedeutung von *Eigentum*

Eigentum wird im Wörterbuch (DUW 1983) wie folgt beschrieben:

- a) jemandem Gehörendes; Sache, über die jemand die Verfügungs- u. Nutzungsgewalt, die rechtliche (aber nicht unbedingt die tatsächliche) Herrschaft hat [...]; b) Recht oder Verfügungs- und Nutzungsgewalt des Eigentümers, rechtliche (aber nicht unbedingt tatsächliche) Herrschaft über etwas [...].

Diese Definition bemüht sich um ideologische Überparteilichkeit. Kontroverse Aspekte werden, so gut es geht, ausgeklammert. Da ist einmal die Frage des Rechts: Offen bleibt die elementare Frage, ob es sich um gesetztes oder um dem gesetzten Recht vorgängiges Recht handelt. Zum andern wird latent Partei ergriffen: Eigentum kann man auch an einer Sache haben, die man selbst nicht nutzt, sondern anderen zur Nutzung überlassen hat.

Unser Szenario von *Eigentum* entfaltet alle Bedeutungsaspekte, also auch (und vor allem) die, die ideologisch kontrovers sind. Dazu gehören:

- Der Ursprung von Eigentum (als Rechtsanspruch)
 - In der archaischen Zeit kommt Eigentum durch die Herstellung einer Beziehung zwischen Besitzer und Sache zustande.
 - Nach dem *contrat social* kommt Eigentum durch die Herstellung einer Vereinbarung zwischen Besitzer und den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft über die Sache zustande.
- Die Entstehung von Eigentum
 - Nach dem bis in das 17. Jahrhundert gültigen Verständnis entsteht Eigentum durch die Inbesitznahme einer herrenlosen Sache (*possessio rei nullius*)
 - Seit John Lockes *Second Treatise of Government* (1689) entsteht Eigentum durch Arbeit.
- Die rechtliche Grundlage von Eigentum
 - Eigentum als Rechtsanspruch ist ein Naturrecht, das gesellschaftlicher Rechtsprechung entzogen ist.
 - Eigentum als Rechtsanspruch ist ein Menschenrecht, das einer entsprechenden Deklaration bedarf.
 - Eigentum als Rechtsanspruch kann durch Rechtsetzung (positives Recht) gestaltet werden.
- Einschränkungen von Eigentum
 - Eigentum ist beschränkt durch ein komplexes Gebilde von Ansprü-

chen und Verpflichtungen gegenüber Dritten (z. B. im vorrömischen Lehnrecht).

- Eigentum ist unantastbar: es ist staatlicher Verfügung prinzipiell entzogen.
- Eigentum verpflichtet im moralischen oder christlichen Sinn.
- Arten von Eigentum
 - Selbstgenutztes Eigentum
 - Eigentum an Grund und Boden (Widerspruch zur Arbeitstheorie?)
 - Eigentum an Produktionsmitteln (Wem gehört das damit geschaffene Eigentum?)
 - Ungenutztes Eigentum
- Zeitliche Dimension von Eigentum
 - Kann Eigentum als Rechtsanspruch durch Zeitablauf verfallen?
 - Überdauert Eigentum als Rechtsanspruch auch Brüche in staatlicher Kontinuität?

Das Szenario verweist auf die Bedeutungsaspekte. Die konkrete Bedeutung des Wortes, bezogen auf eine Ideologie, ergibt sich aus der Art und Weise, wie in einem ideologisch homogenen Korpus den Belegen inhaltliche Festlegungen für die einzelnen Aspekte entnommen werden können.

3.4 Die Bedeutung von *Naturrecht* bzw. *Menschenrechte*

Naturrecht wird im Wörterbuch (DUW 1983) wie folgt beschrieben:

Recht, das unabhängig von der gesetzlich fixierten Rechtsauffassung eines bestimmten Staates o. ä. in der Vernunft des Menschen begründet ist.

Kontrovers an dieser Bedeutungsbeschreibung ist die Berufung auf die Vernunft. Das Konzept Naturrecht hat eine lange, durchaus kontroverse Geschichte. Wer sich auf das Naturrecht beruft, läßt meistens erkennen, auf welche Schule er bezug nimmt. Es ist dies ein wesentlicher Bedeutungsaspekt. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Konsequenzen, die sich aus der Anerkennung eines Rechts oder eines Gebots als Naturrecht ergeben.

Zum Szenario von *Naturrecht* gehören folgende Bedeutungsaspekte:

- Die Grundlage des Naturrechts
 - Natur als abstrakte Gestaltungskraft
 - Instinkt
 - Offenbarung der Heiligen Schrift
 - Vernunft
- Schulen des Naturrechts
 - Stoa (*Naturrecht / ius gentium / ius civile*)

- Scholastik, bes. Thomas v. Aquin (Naturrecht : *ius gentium* / *ius civile*)
- Protestantische Schule der Aufklärung (Hugo Grotius / Samuel Pufendorf)
- John Locke, bei dem Naturrecht und Menschenrechte zusammenfallen
 - Naturrecht als Doktrin der katholischen Soziallehre
- Die Konsequenzen naturrechtlicher Begründung
 - Das Argument Naturrecht ist weder hinterfragbar noch verhandelbar.
 - Über die Angemessenheit können nur die jeweils anerkannten Experten urteilen. Naturrechte entziehen sich demokratischer Willensbildung.
 - Es gibt keinen Kanon naturrechtlicher Gebote.
- Das Wesen des Naturrechts
 - Das Naturrecht ist ein System von Rechten und Pflichten.

Menschenrecht wird im Duden Universalwörterbuch (1983) wie folgt beschrieben:

<meist Plural>: unabdingbares Recht des Menschen auf freie und allseitige Entfaltung seiner Persönlichkeit in einem Staatswesen.

Aufschlußreich für die deutsche Wörterbuchkultur ist ein Vergleich mit der Bedeutungsangabe im Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (3. Auflage, 1978):

unveräußerliches Recht des Menschen, das die freie und allseitige Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit gewährleistet.

Wieder entfaltet das Szenario weitere wichtige Bedeutungsaspekte:

- Die Grundlage der Menschenrechte
 - Natur
 - Vernunft
 - la volonté générale
- Historische Aspekte
 - Frucht der Aufklärung
 - Menschenrechtserklärungen im Zusammenhang mit politischen Umwälzungen
 - von der katholischen Kirche bis zum Zweiten Weltkrieg bekämpft¹⁵
- Menschenrechtliche Begründungsmuster
 - Das Argument ist hinterfragbar und verhandelbar

¹⁵ Noch 1937 lesen wir in der päpstlichen Enzyklika *Divini redemptoris* (§ 8): Ein falsches Ideal von Gerechtigkeit, Gleichheit und Brüderlichkeit durchglüht seine [des Kommunismus] gesamte Lehre [...]. (§ 33) Es ist unwahr, daß alle in der menschlichen Gesellschaft gleichen Rechtes seien und daß es keine rechtmäßige Über- und Unterordnung gebe. (Fitzek 1987).

- Über die Angemessenheit haben letztlich alle zu entscheiden.
- Die Gewährung von Menschenrechten ist unabhängig von der Befolgung von Pflichten.
- Menschenrechte werden erklärt.

3.5 Die Bedeutung von Arbeit

Arbeit wird im Duden Universalwörterbuch (1983) wie folgt beschrieben:

- a) Tätigkeit mit einzelnen Verrichtungen, Ausführung eines Auftrags;
- b) das Arbeiten, Schaffen, Tätigsein; das Beschäftigtsein mit jemandem, etwas, etc; c) Mühe, Anstrengung, Beschwerlichkeit, Plage; d) Berufsausübung, Erwerbstätigkeit

Im Szenario listen wir einzelne Bedeutungsaspekte auf. Im konkreten Fall sind nie alle Bedeutungsaspekte gegeben. Damit wir etwas *Arbeit* nennen, sind in der Regel mindestens drei Aspekte aktualisiert. Daneben gibt es Evaluationsparameter, die Arbeit bemessen oder bewerten. In jedem Fall, in dem wir von *Arbeit* sprechen, müssen mehrere (nicht jedoch alle) dieser Parameter ansprechen. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß es keinen gemeinsamen Nenner der verschiedenen Erscheinungsweisen von Arbeit gibt. Was sie zusammenhält, ist die Familienähnlichkeit im Wittgensteinschen Sinn. Warum das so ist, hängt mit der Geschichte des Konzepts Arbeit im Abendland zusammen (vgl. Teubert 1996).

- Bedeutungsaspekte
 - körperliche Arbeit
 - Bezahlung
 - Ausführung von Aufträgen anderer
 - Sicherung des Lebensunterhaltes
 - Schaffung von Eigentum
 - Ziel: berufliches Fortkommen
 - Verantwortung gegenüber der Familie oder Gemeinschaft
 - moralische Verpflichtung
 - Menschenrechte
 - nicht zum Vergnügen (z. B. Trauerarbeit)
 - Selbstverwirklichung
- Evaluationsparameter für Arbeit
 - Leistung
 - Ernsthaftigkeit
 - Selbsteinbringung
 - Kompetenz und Fähigkeit
 - Effektivität
 - Professionalität

4. Die Schlüsselwörter in den Enzykliken

Nach diesen vorbereitenden Ausführungen können wir uns nun der eigentlichen Analyse unserer ausgewählten Schlüsselwörter aufgrund der Belege in den Enzykliken zuwenden. Die Beleglage läßt es geraten erscheinen, *Eigentum* im Zusammenhang mit *Naturrecht* bzw. *Menschenrecht* zu untersuchen, während *Arbeit* gesondert abgehandelt werden kann.

Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, die Analyse Schritt für Schritt vorzuführen. Es muß genügen, die Ergebnisse der Interpretation aller einschlägigen Belege in ihren Kontexten vorzutragen. Dies erreichen wir durch eine gezielte Präsentation relevanter Belege, die auf der Folie der oben gezeichneten Szenarien weithin für sich selbst sprechen und darüber hinaus, wo immer es sinnvoll erscheint, kommentiert werden. Im Zusammenspiel von ausgewählten Belegen und Kommentaren wird der Bedeutungswandel nachgezeichnet, den die von uns ausgewählten Schlüsselwörter in den letzten einhundert Jahren katholische Soziallehre, dokumentiert durch unser Korpus der Sozialenzykliken, erfahren haben.

4.1 *Eigentum, Naturrecht und Menschenrechte*

Bis in die sechziger Jahre unseres Jahrhunderts berief sich die katholische Soziallehre konsequent auf das Naturrecht, wann immer es galt, wichtige Gebote und Verbote transzendental zu begründen. Während also zu Ende des vergangenen Jahrhunderts die Arbeiterbewegung ihren Machtanspruch mit Karl Marx auf dem quasi naturgesetzlichen Verlauf der Geschichte basierte, stellte die Kirche dem Naturgesetz, dem Kind der Aufklärung, das ebenso absolute Naturrecht gegenüber, wie es die Scholastik, besonders Thomas von Aquin begründet hatte. Dieses Naturrecht ist überpositives Recht; es ist aller menschlichen Rechtsetzung vorgeordnet. Die Berufung auf das Naturrecht hat die Funktion, eine Position unhinterfragbar zu machen. Josef Ratzinger formuliert 1964 recht ketzerisch, daß es in der Berufung auf das Naturrecht „auch so etwas wie ‘ideologische’ Elemente gebe, d. h. Gedankengänge, die nur scheinbar naturrechtlich [...] sind, in Wirklichkeit aus einer als ‘natürlich’ empfundenen *geschichtlichen* Sozialstruktur kommen, die so unter der Hand als normativ erklärt wird.“¹⁶ Nur der Kirche steht die Erkenntnis des Naturrechts zu. Das war für Leo XIII. ein überaus bequemer Hebel. Die Enzyklika *Rerum novarum* kennt zwei Naturrechte, nämlich neben dem Koalitionsrecht vor allem und ganz besonders das Recht auf Eigentum. Bei dem Naturrecht des Eigentums beruft sich Leo XIII. denn auch implizit auf Thomas.¹⁷

¹⁶ Zitiert nach Pfürtner/Heierle (1980, S. 71.).

¹⁷ Die Berufung auf Thomas ergibt sich aus dem Kontext. Die relevante Passage im Wortlaut: „Das Privateigentum gründet sich, wie wir gesehen haben, auf die

Doch zu Unrecht, denn für den Aquinaten ist gerade das Eigentum nicht ein *ius naturale*, sondern ein *ius gentium*, also der menschlichen Gesetzgebung unterworfen.¹⁸ Was sagt nun *Rerum novarum* konkret zum Eigentum? *Das Recht zum Besitze privaten Eigentums hat der Mensch von der Natur erhalten* [§ 4]. *Bei allen Versuchen, den niederen Klassen aufzuhelfen, ist also durchaus der Grundsatz festzuhalten, daß das Privateigentum unangetastet zu lassen sei* [§ 12]. Eine Sozialpflichtigkeit des Eigentums kennt Leo nicht: *Die Almosenpflicht ist [...] nicht eine Pflicht der Gerechtigkeit, sondern der christlichen Liebe, und darum könnte sie auch nicht auf gerichtlichem Wege eingeklagt werden. Es besteht für den Reichen nicht einmal die Verbindlichkeit, des Almosens wegen auf standesgemäße und geziemende Ausgaben zu verzichten*, sagt Leo, wobei er Thomas diesmal ausdrücklich nennt.

Der Eigentumsbegriff von Pius XI. in *Quadragesimo anno* ist noch ganz der Leos. Wir lesen: *Das naturgegebene Recht auf Sondereigentum [...] muß immer unberührt und unverletzt bleiben, da der Staat es zu entziehen keine Macht hat* [§ 49]. Wie aber wird man reich? Ausdrücklich nicht durch Lohnarbeit, denn es heißt: *Ursprünglicher Eigentumserwerb vollzieht sich [...] durch Besitzergreifung herrenlosen Gutes und durch Bearbeitung. [...] Was sodann die Arbeit betrifft, so besitzt natürlich nur*

natürliche Ordnung, und dieses Recht zu gebrauchen, ist nicht bloß erlaubt, sondern es ist auch im gesellschaftlichen Dasein eine Notwendigkeit. „Es ist erlaubt“, so drückt der hl. Thomas es aus, „daß der Mensch Eigentum besitze, und es ist zugleich notwendig für das menschliche Leben.“ (*Rerum novarum*, § 19). Thomas wird hier quasi als Gewährsmann für den naturrechtlichen Charakter des Eigentums präsentiert.

¹⁸ Thomas schreibt die Trias *Naturrecht* (*ius naturale*), *ius gentium* und *ius civile* der Stoa fort, besonders in der Ausformung durch Ulpian, indem er sie ins Christliche transponiert. Für Ulpian war das Naturrecht Manifestation der unbeseelten Natur, während das *ius gentium* als Ausfluß menschlicher Rationalität universale Geltung hat, im Gegensatz zu *ius civile*, der Rechtsordnung der römischen Republik (Dictionary of the History of Ideas, Volume 3, 1973, S. 17). Für Thomas ist das Naturrecht als Ausdruck der ewigen Vernunft Gottes unwandelbar. Im Gegensatz zum Naturrecht hat für Thomas das *ius gentium* „einen gewissen, schwer zu fixierenden Spielraum für das Element der „Geschichte“ bzw. der Wandelbarkeit des „Naturrechts“ (Handbuch theologischer Grundbegriffe 1963, Vol II, S. 226).

Wenn nun auch Thomas eine private Eigentumsordnung für zweckmäßig und vernünftig hält, so macht er zugleich unzweifelhaft klar, daß das Privateigentum für ihn kein unmittelbares Naturrecht ist, da es nicht der Natur, sondern der menschlichen Vernunft entspringe, somit unter das *ius gentium* fällt: „*quia scilicet distinctione possessionum et servitus, non sunt inductae a natura, sed per hominum rationem*“ (zitiert nach Brouck 1992, S. 44). Damit entlarvt sich die zentrale Argumentation von *Rerum novarum* als problematische Verfälschung der Gedanken des Aquinaten.

derjenige, der die Arbeit in eigenem Namen ausübt [...], eigentumschaffende Kraft [§ 52].

In der Pflingstbotschaft von 1941 setzt sich Pius XII. vorsichtig von seinen Vorgängern ab und unterscheidet, wiederum unter Berufung auf das Naturrecht, das übergeordnete Nutzungsrecht aller Menschen an den Gütern dieser Erde vom Privateigentum: *In der Tat hat jeder Mensch als vernunftbegabtes Naturwesen grundsätzlich das Recht der Nutzung an den materiellen Gütern dieser Erde, und dieses Recht kann durch nichts, auch nicht durch andere [...] Rechte [...] aufgehoben werden* [p. 158]. Kurz nach dem Krieg kann sich Pius XII. sogar in den Fällen, wo sie wirklich durch das Gemeinwohl gefordert zu sein scheint, eine Sozialisierung der Betriebe vorstellen. [ACLI].

In *Pacem in terris* vollzieht Johannes XXIII. 1963 den Übergang von der naturrechtlichen Begründung hin zu den Menschenrechten. Denn inzwischen war die Berufung auf die Menschenrechte ubiquitär geworden; es gab kaum eine Staatsverfassung, kaum eine völkerrechtliche Deklaration, die ohne sie auskam. Hier findet sich einer der überaus seltenen Momente, wo die Kirche, um weiter im Sozialdiskurs eine wichtige Rolle spielen zu können, einen ihrer Eckpfeiler aus ihrem ehrwürdigen Lehrgebäude zu reißen genötigt war. Johannes bereitet den Boden behutsam vor, indem er primär den naturgesetzlichen Begründungstopos verwirft, in diesen aber offensichtlich den naturrechtlichen einschließt. Er schreibt: *Eine falsche Ansicht gibt jedoch häufig Anlaß zu einem Irrtum. Viele meinen, die Beziehungen, die zwischen den einzelnen Menschen und zwischen dem Staat bestehen, könnten durch dieselben Gesetze geregelt werden, durch welche die vernunftlosen Kräfte und Elemente des Universums gelenkt werden. Diese Gesetze aber, die von ganz anderer Art sind, können selbstverständlich nur dort entnommen werden, wo sie der Schöpfer aller Dinge eingeschrieben hat, nämlich aus der Natur des Menschen* [§ 6]. Über die folgenden Seiten oszilliert die Enzyklika noch zwischen Naturrecht und Menschenrechten. Wir finden: *Bezüglich der Menschenrechte [...] stellen wir gleich zu Beginn fest, daß der Mensch das Recht auf Leben hat* [§ 11]. Etwas später heißt es: *Zugleich steht es dem Menschen kraft des Naturrechts zu, an der geistigen Bildung teilzuhaben* [§ 13], und einen Absatz später finden wir: *zu den Menschenrechten gehört auch das Recht, Gott [...] zu verehren* [§ 14], und dann heißt es wieder: *Darüber hinaus haben die Menschen das unantastbare Recht, jenen Lebensstand zu wählen, den sie für gut halten*. Damit sind die Menschenrechte gleichsam katholisch getauft. Ein paar Jahre später heißt es konsequenterweise in der Denkschrift der Römischen Bischofssynode von 1971 *De justitia in mundo: Die Enzyklika „Pacem in terris“ hat uns die Magna Charta der Menschenrechte geschenkt* [§ 57]. Heute scheint es in einschlägigen Schriften gelegentlich, als seien die Menschenrechte von der katholischen Kirche erfunden

den worden. Die Vergangenheit, die Haßtiraden auf die amerikanische und französische Menschenrechtserklärungen 1776 und 1785 werden heute gern vertuscht. Noch 1832 hatte Gregor XVI. in der Enzyklika *Mirari vos* die Gewissensfreiheit einen *Wahnsinn* und einen *seuchenartigen Irrtum* genannt. Das ist längst vergessen.

Doch kehren wir zurück zum Eigentum, das inzwischen zu einem Menschenrecht mutiert ist. Da finden wir in *Mater et magistra* wenig Neues: *Das Recht auf Privateigentum, auch an Produktionsmitteln, gilt auf jede Zeit* [§ 109], heißt es. In *Pacem in terris*, 1963, lesen wir ähnlich: *Ferner leitet sich aus der Natur des Menschen das Recht auf Privateigentum, auch an Produktionsmitteln, her* [§ 21].

Anders wird die Haltung zum Eigentum erst bei Paul VI. In der Enzyklika *Populorum progressio* von 1967 heißt es unzweideutig: *Das Privateigentum ist [...] für niemand ein unbedingtes und uneingeschränktes Recht* [§ 23].

Johannes Paul II. schreibt in *Laborem exercens* 1981 zunächst noch die Position von Paul VI. fort; wir lesen: *Der Standpunkt eines „harten“ Kapitalismus, der das ausschließliche Recht des Privateigentums an den Produktionsmitteln wie ein unantastbares „Dogma“ des Wirtschaftslebens verteidigt, ist nach wie vor unannehmbar* [§ 14].

Von hier leiten wir direkt auf *Centesimus annus* von 1991 über. Der emanzipatorische Zeitgeist früherer Jahre macht in Europa überall dem postsozialistischen Neokonservatismus Platz. Wenn man *Centesimus annus* liest, hat man den Eindruck, als spiegele diese Enzyklika nicht nur die neue Stimmung wider, sondern als ver helfe sie geradezu dem gewandelten Zeitgeist auf die Sprünge. Denn hier wird in akrobatischer Dialektik der Gegensatz von arm und reich elegant auf sublimiertem Niveau überwunden, so daß es für den pejorativ *Versorgungsstaat* genannten Sozialstaat nun keine Verwendung mehr gibt. *Centesimus annus* zelebriert den hundertsten Geburtstag von *Rerum novarum* und feiert Leo XIII. als Vorkämpfer der nun angeblich erreichten sozialen Emanzipation. *Das Privateigentum*, lesen wir verblüfft, habe für Leo *keinen absoluten Wert dargestellt* [§ 6]. Die *iustitia distributiva*, die staatliche austeilende Gerechtigkeit, sei ihm wenigstens ebenso wichtig gewesen [§ 8]. Doch die Reichen können gleichwohl beruhigt sein. Denn so lesen wir an späterer Stelle: *In Rerum novarum machte Leo XIII. [...] nachdrücklich den natürlichen Charakter des Rechtes auf Privateigentum geltend. Dieses Recht ist von der Kirche bis in unsere Tage stets verteidigt worden* [§ 30]. Aber was ist Eigentum? Dazu lesen wir: *In der heutigen Zeit gibt es noch eine andere Form von Eigentum, der keine geringere Bedeutung als dem Besitz von Grund und Boden zukommt. Es ist der Besitz von Wissen, von Technik und von Können. Der Reichtum der Industriestaaten beruht zu einem viel größeren Teil auf dieser Art des Eigentums als auf den natürlichen*

Ressourcen. Und wie macht man diese Quelle des modernen Reichtums nutzbar? In der Produktion. Einen solchen Produktionsprozeß zu organisieren, seinen Bestand zu planen, dafür zu sorgen, daß er, unter Übernahme der notwendigen Risiken der Befriedigung der Bedürfnisse positiv entspricht: Auch das ist eine Quelle des Reichtums in der heutigen Gesellschaft. Hier wird die Bedeutung der wirtschaftlichen Initiative und des Unternehmertums sichtbar. Dem Unternehmer also verdanken wir, daß wir uns unseres Eigentums an Wissen, Technik und Können erfreuen dürfen. Da ist es nur gerecht, daß wir, die Arbeitnehmer, als das kostbarste Vermögen des Unternehmens bezeichnet werden. Nachdem wir so nun alle Eigentümer geworden sind, wirft die Enzyklika abschließend einen Blick auf die weitere Berechtigung des Sozialstaats. Es heißt dort: Es fehlte jedoch nicht an Auswüchsen und Mißbräuchen, die besonders in jüngster Zeit harte Kritik am Wohlfahrtsstaat auslösten, der als „Versorgungsstaat“ bezeichnet wurde. [...] Der Versorgungsstaat, der direkt eingreift und die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Energie aus. [...] Hand in Hand damit gehen eine ungeheure Ausgabensteigerung. Wo heute Not herrscht, erfordert sie weniger eine bloß materielle Antwort, sondern es kommt darauf an, die tiefere menschliche Not herauszuhören [§ 48].

4.2 Arbeit

Im Jahr 1891, im Jahr der ersten Sozialenzyklika *Rerum novarum* von Leo XIII. war Arbeit noch kein ethischer Grundwert. Vielmehr galt sie, wie es in der Enzyklika heißt, als eine *notwendige Buße*, der Menschheit oder doch dem ärmeren Teil der Menschheit auferlegt als Konsequenz aus dem Sündenfall [§ 14]. Arbeit war eine Pflicht ausschließlich der *arbeitenden Stände* [§ 16], und *wer ohne Besitz ist, bei dem muß die Arbeit dafür eintreten* [§ 7]. Denn für das *arme Volk* gibt es kein *Leben ohne Not*; *Leiden und Dulden ist nunmal der Anteil unseres Geschlechts* [§ 14].

Denen, die sich fragten, ob es dann nicht gerechter wäre, wenn alle, auch die Reichen, arbeiten müßten, antwortete Pius XI. 1931 in *Quadragesimo anno*: *Davon, daß Arbeit allein ein Recht auf Lebensunterhalt oder Einkommen verleihe, sagt der Apostel kein Wort. Dessen Wort: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen*, gilt nur denen, die nicht arbeiten mögen, obwohl sie könnten und müßten [§ 57].

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich unser aller Bild von *Arbeit* gewandelt. Aus der früheren Fron wird ein Grundwert. Der erste Satz der italienischen Verfassung von 1947 stellt fest: *Italien ist eine demokratische, auf die Arbeit gegründete Republik* (Verfassungen 1990, S. 207). Die Enzyklika *Mater et magistra* von Johannes XXIII. von 1961 stellt dem Arbeiter doppeltes Entgelt in Aussicht, nämlich neben *Lohn* auch *Würde*.

Überhaupt wird in den päpstlichen Sendschreiben *Würde* geradezu inflationär ausgeteilt, wohl auch deshalb, weil sie so wohlfeil ist; sie ist sozusagen der Kirche ureigenster Beitrag zur *iustitia distributiva*, zur austeilenden Gerechtigkeit. Da nimmt es nicht wunder, wenn *Mater et magistra* Leo XIII. (fälschlicherweise) unterstellt, *offen einzutreten für die Unantastbarkeit der Rechte der Arbeiter* [§ 16]. Der in Aussicht gestellte Lohn hat nach *Mater et magistra* dem Bedarf des einzelnen Arbeiters Rechnung zu tragen, aber auch, das kommt uns bekannt vor, *der Lage des Betriebs* [§ 33]. Was bedeutet für den Arbeiter da die Doktrin, daß Eigentum auf Arbeit beruht? Gilt das nicht auch für ihn? *Rerum novarum* ist nicht dagegen, in vernünftigen Grenzen natürlich. Bei genügendem Lohn wird es der Arbeiter auch dahin bringen, daß er einen Sparpfennig zurücklegen und zu einer kleinen Habe gelangen kann. Das Adjektiv *klein* scheint in diesem Kontext eine wichtige Rolle zu spielen. Im selben Absatz [§ 35] heißt es nämlich ein paar Zeilen später: *Wenn nun diesen niederen Klassen Antrieb gegeben wird, bei Fleiß und Anstrengung zu einem kleinen Grundbesitz zu gelangen, so müßte allmählich eine Annäherung beider Stände stattfinden*. Noch ein paar Zeilen weiter heißt es wiederum: *man gewinnt [den eigenen Boden] lieb, wenn man in ihm die versprechende Quelle eines kleinen Wohlstands findet*. *Quadragesimo anno* ist schon großzügiger: *Darum ist mit aller Macht und Anstrengung dahin zu arbeiten, daß wenigstens in Zukunft die neugeschaffene Güterfülle nur in einem billigen Verhältnis bei den besitzenden Kreisen sich anhäufe, dagegen in breitem Strom der Lohnarbeiterschaft zufließe* [§ 61]. *Mater et magistra* stellt wieder klar, daß Arbeitslohn nicht primär die Funktion hat, Eigentum zu schaffen. Es gelte, heißt es [§ 71], *dem Arbeiter einen Lohn zu zahlen, der für ihn selbst zu einem menschenwürdigen Leben ausreicht, und ihm ermöglicht, die Familienlasten zu bestreiten*. In Kontinuität dazu heißt es in *Gaudium et spes*: *Schließlich ist die Arbeit so zu entlohnen, daß dem Arbeiter die Mittel zu Gebote stehen, um sein und das der Seinen materielles, soziales, kulturelles und spirituelles Dasein angemessen zu gestalten – gemäß der Funktion und Leistungsfähigkeit des einzelnen, der Lage des Unternehmens und unter Rücksicht auf das Gemeinwohl* [§ 67]. Das Beharren auf einem Lohn, der das Überleben ermöglicht, aber kaum Eigentum anhäuft, verleiht dem Bezug auf die eigentumschaffende Kraft der Arbeit den Rang eines Lippenbekenntnisses: *Wie bereits erwähnt, erwirbt man Eigentum vor allem durch Arbeit (Laborem exercens § 14.3)*. Denn in derselben Enzyklika (die, vielleicht noch unter dem Pontifikat von Paul VI. vorbereitet, viele vergleichsweise fortschrittliche Ansichten vertritt) heißt es in § 19,3: *Die gerechte Entlohnung für die Arbeit eines Erwachsenen [...] muß dafür ausreichen, eine Familie zu gründen, angemessen zu unterhalten und ihr Fortkommen zu sichern*. Mehr zu fordern, wäre unangemessen: *Die gewerkschaftlichen Forderungen dürfen nicht ausarten*

in Gruppen- und Klassenegoismus [§ 20,4]. Auch nach *Centesimus annus* bleibt es für den Arbeiter beim Anspruch auf *familiengerechten Lohn* [§ 34].

Interessantes über das Wesen der Arbeit findet sich in der Enzyklika *Populorum progressio* von 1967, verantwortet von dem in seiner Fortschrittlichkeit oft verkannten Paul VI. Dort heißt es: *Es bleibt doch immer die Gefahr bestehen, daß durch die Arbeit der Mensch entmenslicht und ihr Sklave wird. Die Arbeit ist nur dann menschlich, wenn sie der Intelligenz und der Freiheit Platz läßt.* [§ 28]. Dagegen sieht, eine Generation später, *Centesimus annus* von 1991 den arbeitenden Menschen nicht als Gestalter, sondern als *Ressource* [§ 32] und als das *kostbarste Vermögen des Unternehmens* [§ 35]. Der solchermaßen zum Objekt degradierten Arbeitnehmerschaft gegenüber steht jetzt *die schöpferische Initiative des Unternehmertums* [§ 32]. Folgerichtig findet Entfremdung nun weniger in der Arbeit als vielmehr im Konsum statt, *wenn der Mensch in ein Netz falscher und oberflächlicher Befriedigungen hineingezogen wird* [§ 41]. Kein Wunder, daß der Bund Katholischer Unternehmer voll des Lobes ist über diese Enzyklika; in seiner Stellungnahme zum *Gemeinsamen Wort* heißt es: *Sie [d. h. die Enzyklika] setzt sich kritisch mit dem Sozialismus auseinander, betont die Rolle des Privateigentums und erkennt die Bedeutung des Unternehmertums für die Gesellschaft* [Eingaben 422, 11 f.].

Es hängt sicher mit der weltweit zunehmenden Arbeitslosigkeit zusammen, daß heute Erwerbsarbeit mehr und mehr zugunsten unentgeltlicher Arbeit abgewertet wird. Letztere birgt in sich den Charme des Altruismus, während der Erwerbsarbeit etwas Selbstsüchtiges, Eigennütziges anhaftet. Das äußert sich in zahlreichen Einwendungen zum *Gemeinsamen Wort*, das als Fortschreibung der kirchlichen Soziallehre zu werten ist, und aus denen ich deshalb zum Thema *Arbeit* zitieren möchte: *Heute wird unentgeltliche Arbeit geringer geachtet als bezahlte Arbeit. Unsere gesamte Gesellschaft ist aber auf Menschen angewiesen, die unentgeltlich tätig sein wollen und können. Darum ist es notwendig, den Wert der unentgeltlichen Arbeit deutlicher als bisher hervorzuheben* [Eingaben 916].¹⁹ Das fordert der Kirchenvorstand der Bensheimer Michaelisgemeinde. Die Evangelische Frauenarbeit in Frankfurt fordert eine *Option der Kirche für unentgeltliche Arbeit* [Eingaben 947]. Bernhard Sutor schließlich, in Eichstätt zuständig für christliche Sozialethik, sieht in unentgeltlicher Arbeit die Lösung des Arbeitslosenproblems. Er schreibt: *Arbeit gibt es in unserer*

¹⁹ Die Einwendungen zum sozialen Wert entnehmen wir der dem Buch *Alle Eingaben zum Konsultationsprozeß mit Lesehilfen* (1996) beigelegten CD-ROM. Die Zahl in Klammern bezeichnet die laufende Nummer des Beitrags. Bei längeren Beiträgen verweist eine weitere Zahl (hinter einem Komma) auf die jeweilige Seite des Beitrags.

Gesellschaft in Fülle. Knapp ist nur das Angebot von Erwerbsarbeit [...]. [Man] sollte nicht den Eindruck erwecken, es sei Vollbeschäftigung erreichbar, wenn immer mehr Menschen hochbezahlte Erwerbsarbeit anstreben [Eingaben 665, 18/19]. Er schlägt deshalb vor, unentgeltliche Arbeit mit Sozialhilfe zu verbinden [Eingaben 665, 21].

Abschließend wollen wir der Frage nachgehen, wie die Enzykliken die Arbeit sehen: als naturrechtlich gebotene Pflicht oder als Menschenrecht. Läßt sich auch an dieser Frage die Zäsur zwischen *Naturrecht* und *Menschenrechten* nachzeichnen?

Daß für *Rerum novarum* und für *Quadragesimo anno* Arbeit eine Pflicht ist, haben wir schon oben ausgeführt. In *Rerum novarum* zitiert Leo XIII. die Genesis: *Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen* (§ 34), und Pius XI. schreibt in *Quadragesimo anno*: *Ist doch der Mensch zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fluge* (§ 61). Der Zweite Weltkrieg bereitet den Wandel vor. In der Pfingstbotschaft 1941 erklärt Pius XII.: *Der naturgegebenen persönlichen Arbeitspflicht entspricht folgerichtig das naturgegebene persönliche Recht, durch Arbeit für das eigene Leben und das Leben der Seinen Vorsorge zu treffen*. Das Recht auf Arbeit ist auch für Johannes XXIII. noch ein *Naturrecht*; aber erstmals in *Pacem in terris* stellt er ihm keine Arbeitspflicht gegenüber: *So ergibt sich für den Menschen auf Grund des Naturrechts nicht nur, daß ihm Arbeitsmöglichkeit gegeben werden muß, sondern auch, daß er seine Arbeit frei übernimmt* (§ 18). *Gaudium et spes* sieht 1965 indes wieder das übliche Tandem: *die Verpflichtung zu gewissenhafter Arbeit wie auch das Recht auf Arbeit* (§ 67).

Die Erwähnung der Menschenrechte in diesem Zusammenhang findet sich erstmals in *Laborem exercens*: *Ist die Arbeit eine Pflicht im mehrfachen Sinn dieses Wortes, oder eine Obliegenheit, dann ist sie doch zugleich auch eine Quelle von Rechten des arbeitenden Menschen selbst. Diese Rechte müssen erforscht werden im großen Zusammenhang der Menschenrechte insgesamt, die sich aus der Natur der Menschen ergeben und von denen viele durch verschiedene internationale Stellen proklamiert sind und mehr und mehr von den einzelnen Staaten den eigenen Bürgern gewährleistet werden* (§ 16.1). An diesem Zitat sieht man sehr schön, wie halbherzig sich die Kirche auf das Konzept der Menschenrechte eingelassen hat. Für sie bleiben die Menschenrechte nichts als eine Emanation des Naturrechts; es ist nicht die demokratische Proklamation, die sie schafft. In *Centesimus annus* trägt Johannes Paul II. den durch den Zusammenbruch des Sozialismus gewandelten Verhältnissen Rechnung. Wichtiger als das Recht auf Arbeit: (§ 47) *das Recht, an der Arbeit zur Erschließung der Güter der Erde teilzunehmen* sind ihm *die menschlichen Rechte auf wirtschaftliche Initiative, auf Eigentum und auf Freiheit im Bereich der Wirtschaft* (§ 24). Diese sicherzustellen ist die *Aufgabe des Staates im Bereich der Wirtschaft*. [...] *Eine andere Aufgabe des Staates besteht darin,*

den Wirtschaftsprozess zu überwachen und die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren. Aber die erste Verantwortung auf diesem Gebiet liegt nicht beim Staat, sondern bei den einzelnen und den verschiedenen Gruppen und Vereinigungen, in denen sich die Gesellschaft artikuliert. Der Staat könnte das Recht aller Bürger auf Arbeit nicht direkt sicherstellen, ohne das gesamte Wirtschaftsleben zu reglementieren und die freie Initiative der einzelnen einzugrenzen. [§ 48]. Also: Der Staat hat die Pflicht, die unternehmerische Tätigkeit dahingehend zu unterstützen, daß er günstige Voraussetzungen für die Sicherung von Arbeitsplätzen schafft. [§ 48] Das ist der Sprachgebrauch der Wirtschaftsverbände. Das Recht auf Arbeit bleibt ein Menschenrecht, aber die Einhaltung der Menschenrechte ist keine primäre staatliche Aufgabe und somit nicht einklagbar. Was bleibt, ist die Pflicht zur Arbeit. Wie beim Schlüsselwort *Eigentum* erscheint der Wandel in wesentlichen Bedeutungsaspekten von *Arbeit* spiralförmig. Es scheint, als sei die katholische Soziallehre mit *Centesimus annus* inhaltlich wieder bei ähnlichen Positionen wie in *Rerum novarum*, aber auf sublimiertem Argumentationsniveau, angekommen. Gleiches läßt sich vom vordergründigen Paradigmenwechsel von *Naturrecht* hin zu den *Menschenrechten* sagen. Das mag fortschrittlich klingen, aber durch die Rückkopplung der Menschenrechte an das Naturrecht sieht sich die Kirche weiterhin in der privilegierten Situation, Menschenrechte legitimieren zu können. Der demokratische Charakter der Menschenrechte wird nicht akzeptiert. Diese Argumentation wird, wie wir unten zeigen, auch in Deutschland von konservativen Kreisen zum vorherrschenden Muster gemacht.

5. Korpus und Diskurs

Der Befund des Korpus gestattet die Rekonstruktion der Bedeutungen unserer Schlüsselwörter *Eigentum*, *Naturrecht* bzw. *Menschenrechte* und *Arbeit*, bezogen auf dieses Korpus. Es zeigt sich etwa, daß *Eigentum* zunächst als unabdingbarer Rechtsanspruch gilt, der vor jeder Enteignung schützt, daß nach dem Zweiten Weltkrieg diese Unabdingbarkeit infrage gestellt wird, zuletzt in der Enzyklika *Laborem exercens*, daß dieser essentielle Bedeutungsaspekt in der jüngsten Enzyklika *Centesimus annus* bewußt ausgespart bleibt bzw. hinter der Metapher vom *Besitz von Wissen*, von *Technik* und von *Können* trivialisiert wird. Wir sehen, daß aus dem *Naturrecht Eigentum* das *Menschenrecht Eigentum* wird, daß aber andererseits, so wie kein Naturrecht auf Arbeit postuliert wird, auch die Frage nach einem Menschenrecht auf Arbeit erheblich uneindeutiger beantwortet wird als die Frage nach der Pflicht zur Arbeit, die das Korpus von Anfang an durchzieht. Daß sich *Eigentum* im wesentlichen *Arbeit* verdankt, wird mehrfach angemerkt. Aber nur in der sonst so konservativen

Enzyklika *Quadragesimo anno* finden wir klare Worte, daß von neu geschaffenem Eigentum der Arbeiter den überwiegenden Teil zu beanspruchen hat. Im übrigen heißt es in schöner Kontinuität, gerechter Arbeitslohn habe den Bedürfnissen des Arbeiters und seiner Familie Rechnung zu tragen. Allenfalls konzidiert *Rerum novarum* dem Arbeiter bei besonderem Fleiß den Aufbau einer *kleinen Habe*.

Der Befund der Sozialenzykliken zeigt ihre ideologische Verortung im gemäßigt-konservativen Lager, dessen Sprachgebrauch sie reflektieren, aber auch beeinflussen. Im Rahmen dieser Untersuchung ist es leider nicht möglich, durch Einzelnachweise zu zeigen, wo politische Auffassungen von Unternehmern und Politikern oder Wissenschaftlern, die Unternehmern nahestehen, konkret zu Formulierungen in den Enzykliken geführt haben. Daß solche Einflüsse wirksam geworden sind, liegt ebenso nahe, wie Einflüsse der Enzykliken auf das konservative Spektrum des deutschen politisch-gesellschaftlichen Diskurses. Das gilt beispielsweise für die Hochschätzung des Naturrechts in den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, durch die man sich eine konkrete Auseinandersetzung mit der Rechtsetzung des Dritten Reichs (und eine einzelfallbezogene Rehabilitierung der Opfer) zu ersparen suchte.

Das (wesentlich protestantische) Werk *Die Religion in Geschichte und Gegenwart* spricht unter dem Stichwort *Naturrecht* von einer „treibhausartig rasch und künstlich seit 1945 in Europa“ erblühten „Naturrechts-Erneuerung“ und kommentiert: „diese unkritisch-naive Naturrechts-Begeisterung [besonders in Deutschland hat] mehrfach auch sich in wenig überzeugenden Raisonsnements geschichtlicher Urteilsbegründungen ausgewirkt. Politische, wohl auch konfessionalistische Standpunkte eng umgrenzter Art konnten sich daher allzu leicht für allgemein verbindliche Naturrechtsgrundsätze ausgeben und bereiteten so der neopositivistischen Reaktion den Boden, gaben ihr billige Argumente gegen naturrechtliches Denken innerhalb der Jurisprudenz überhaupt.“

In der *Europäischen Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften* (1990) heißt es zur Beeinflussung durch den katholischen Diskurs: „Naturrechtliche Vorstellungen mit neothomistischen Inhalten zeigten sich vor allem in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes der BRD, und hier vor allem im Familien- und Strafrecht.“

Auch für das Eigentum, zeigt Helmut Rittstieg (1975, S. 289 ff.), wurde in der Bundesrepublik der Naturrechtsgedanke wesentlich: „Gerade im Bereich des Eigentumsrechts ging jedoch die naturrechtliche Argumentation bei weitem über das durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bedingte Maß hinaus.“ Rittstieg zitiert den Badischen Staatsgerichtshof in einem Urteil von 1949: Das Eigentumsgrundrecht sei „in den allgemein überstaatlichen Rechtsgrundsätzen, dem Rechtsgefühl und dem Rechtsgewissen aller Kulturvölker begründet“ und in einem

etwas späteren Urteil heißt es, das Recht des Privateigentums bliebe „auch in der Zeit, als es keine geschriebene Verfassung gab, als ungeschriebenes, überstaatliches Grundrecht bestehen“. Auch der Bundesgerichtshof beruft sich 1952, nicht ganz leicht nachvollziehbar, auf die katholische Naturrechtslehre, indem er die Grenzen des Eigentümerbeliebens „als dem Eigentum ohnehin schon ‘innewohnende Beschränkung’“ bezeichnet. Rittstieg (1975, S. 298) zufolge eine eher „ornamentale Bezugnahme“, die aber immerhin anzeigt, daß es sich seinerzeit argumentativ gelohnt haben mag, sich auf die Lehre der Kirche beziehen. Seither stand man (bis vor kurzem) dem Naturrecht mit mehr Distanz gegenüber. In der Zeit, als sich auch die katholische Kirche seit *Mater et magistra* von zu offensichtlichem Beharren auf dem Naturrecht verabschiedet zu haben schien, teilten viele die Meinung von Meyers *Kleinem Lexikon Philosophie* (1987): „Die Unwissenschaftlichkeit des Naturrechtsbegriffs als Grundlage ethischer und rechtlicher Normen schloß jedoch letztlich eine Wiederbelebung der Naturrechtslehre aus. Lediglich die römisch-katholische Kirche vertritt, trotz ernsthafter Kritik auch aus den eigenen Reihen, nach wie vor die Lehre eines von Gott eingesetzten Naturrechts.“

Doch neuerdings hält die FAZ vom 31.05.97 das Naturrecht wieder (im Zusammenhang mit DDR-Prozessen) für „unentbehrlich, wenn eine vergangene Unrechtsordnung ‘aufgearbeitet’ werden soll“. Spätestens seit der Wiedervereinigung deutet sich also abermals eine Wende an. Zwar gibt es kein Abrücken von dem Wort *Menschenrechte*, diente dieses Schlagwort doch auch als Waffe im ideologischen Kampf mit dem sozialistischen Block, aber mit dem Bedeutungsaspekt der demokratischen Begründung der Menschenrechte wollte man sich nicht einverstanden erklären. Deshalb bemüht man sich seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Blocks in konservativen Kreisen etwa der Rechtsphilosophie oder auch Politologie darum, Naturrecht und Menschenrechte in eins zu setzen, und zwar dergestalt, daß man den Menschenrechten das Szenario des Naturrechts überzustülpen versucht. Es ist dies, wie wir oben schon gezeigt haben, auch die katholische Strategie gewesen.²⁰ Die Wiederkehr des Na-

²⁰ Ein gutes Beispiel dafür, wie diese Vereinnahmung der Menschenrechte durch die katholische Kirche argumentativ durchexerziert wird, bietet Spieker (1989): „Die Feststellung, daß die Begründung der Menschenwürde und der Menschenrechte nicht vom Glauben abhängt, muß aber ergänzt werden durch die weitere Feststellung, daß dieser Glaube der Menschenwürde und den Menschenrechten die umfassendste Begründung gibt, insofern er aufgrund der Offenbarung die Gottbildlichkeit des Menschen erkennt. Daß der Mensch Geschöpf Gottes ist, nach seinem Ebenbild geschaffen, auf ein ewiges Ziel hingebordnet und durch die Menschwerdung, den Kreuztod und die Auferstehung Christi von seiner Finsternis und Schuld erlöst, dieser Glaube gibt dem Menschen eine Würde, die an-

turrechts zeigt sich an der diesem Thema gewidmeten Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* vom 9. August 1991. Frühere naturrechtliche Übertreibungen werden zunächst konzediert, etwa wenn der Bundesgerichtshof 1954 ein objektives unveräußerliches Sittengesetz beschwört, mit dessen Hilfe er (in Sachen Kuppelei) das positive Gesetz dem „christlich-abendländischen Weltbild“ anpaßt. Dazu vermerkt Kaufmann (1991, S. 5): „Was hier als Naturrecht zitiert wurde, ist in der Tat auch eine recht bunte, nicht selten widerspruchsvolle und verwirrende Vielfalt von Wertvorstellungen.“ Sogar Gegner kommen gelegentlich zu Wort, etwa Hans-Ulrich Evers (von Waldstein 1991, S. 31): „Der Versuch einer Verankerung des Art. 79 Abs. 3 GG [Grundrechtsbestandsgarantie] im Naturrecht muß schon deswegen scheitern, weil für die Rechtsordnung einer pluralistischen Gesellschaft nicht ein letztlich immer nur ideologisch begründbares Naturrecht als vorausgesetzt gedacht werden kann.“ Waldstein hält jedoch dagegen (S. 32): „Die von Evers formulierte Meinung, daß ein Naturrecht 'letztlich immer nur ideologisch begründbar' sei, setzt voraus, daß ein Naturrecht, welches unabhängig von Ideologien Gegenstand der Erkenntnis sein könnte, objektiv nicht existiert. Wenn das zutrifft, stellt sich unausweichlich die Frage nach dem Woher unverletzlicher und unveräußerlicher Menschenrechte. Solche Rechte können nur, sollte ihnen wirklich die Qualität „unverletzlich und unveräußerlich“ zukommen, in der Tat vorstaatlich und naturgegeben sein.“

Hier wird der für die Menschenrechte bestimmende Bedeutungsaspekt, daß sie demokratisch sind, daß sie eine der *volonté générale* entsprechende Deklaration der Bürger als des einzigen Souveräns sind, schlicht ersetzt durch den für das Naturrecht geltenden Aspekt, daß es dem Menschen unverfügbar ist. Mit dieser Umdefinition der Menschenrechte vermag sich auch der Konservative anzufreunden. Präzisiert wird dieser gewendete Menschenrechtsbegriff wie folgt: „Zu den Grundwerten zählen nach all-

thropologischen und rechtsphilosophischen Betrachtungen unerreichbar bleibt. Es gibt den Menschenrechten das tiefste und solideste Fundament.“ (S. 67) Bei der sich anschließenden Analyse von „Umfang und Charakter der Menschenrechte“ erweist sich, nicht ganz überraschend, daß nur das Menschenrecht auf den „Lebensschutz ungeborener Kinder“ ein „den Staat in seine Schranken weisendes Abwehrrecht“ und damit einklagbar ist, während die anderen Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, Wohnung oder Erziehung lediglich Teilhaberechte seien. „Teilhabe kann aber nicht als Menschenrecht geltend gemacht werden. [...] Die Formulierung von Teilhabeansprüchen [...] ist durchaus sinnvoll, solange deutlich bleibt, daß sie einen ganz anderen Rechtscharakter haben als Freiheitsrechte, daß sie mithin mehr einer moralisch verbindlichen Leitnorm für das politische Handeln als einem einklagbaren Recht gleichen.“ (S. 70 f.) Schließlich: „Die Menschenrechte umschreiben den naturrechtlichen Anspruch des Menschen auf eine Betätigung seiner Freiheit.“ (S. 72)

gemeiner Übereinstimmung die Würde und die Freiheit der menschlichen Person an zentraler Stelle. [...] Um diesen Kern gruppieren sich die Grund- und Menschenrechte in ihrer Ausprägung als liberale Abwehrrechte, als soziale Anspruchsrechte sowie als demokratische Gleichheits- und Mitwirkungsrechte. Den Grundwerten zugeordnet werden müssen aber auch solidarische Pflichten – „Grundpflichten“ – des einzelnen dem Mitmenschen wie dem sozialen Ganzen gegenüber.“ (Detjen 1991, S. 22 f.) In *Pacem in terris* finden wir die Vorlage: [§ 28] *Die bisher von Uns erwähnten Rechte, die aus der Natur hervorgehen, sind dem Menschen, dem sie zustehen, mit ebensovielen Pflichten verbunden. Diese Rechte und Pflichten haben ihren Ursprung, ihre Nahrung und unzerstörbare Kraft vom Naturgesetz, durch das sie verliehen oder geboten sind.* Auch diese Verbindung von Rechten mit Pflichten gehört zum *Naturrecht* und ist den *Menschenrechten* fremd.

Gegenüber dem demokratischen Menschenrechtsbegriff werden Vorbehalte geltend gemacht: „Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Europäische Menschenrechtskonvention und der Grundrechtskatalog des GG vermochten unschuldiges [gemeint ist: ungeborenes] menschliches Leben nicht umfassend zu schützen. Dies macht klar, daß die „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte [...]“ eine Illusion bleiben müssen, wenn man ihre naturrechtliche Grundlage nicht erkennt.“ (Waldstein 1991, S. 37)

Die neuerliche Renaissance des Naturrechts, verbunden mit der Uminterpretation des Menschenrechtskonzepts, verdankt sich nicht zuletzt auch der mit der Wiedervereinigung entstandenen Eigentumsproblematik. Kaufmann (1991, S. 16) verweist noch ganz allgemein auf die Bedeutung des Grundrechts Eigentum, sei es nun Natur- oder Menschenrecht: „Eigentum ist Actio, ist Tätigkeit, ist Selbstverwirklichung der Person. Wer nichts sein eigen nennt, kann nicht im Vollsinne Person sein. Dabei ist vor aller Gleichmacherei zu warnen. [...] Der Kunstmäzen mag Millionenwerte zu recht sein eigen nennen, der Parvenü aber nicht.“ Im Zusammenhang mit den Enteignungen zwischen 1945 und 1949 wird seit dem Einigungsvertrag die Frage diskutiert, ob Eigentum ein positiver Gesetzgebung entzogenes Grundrecht und damit naturgesetzlich fundiert ist. Davon hängt ab, ob die Enteignungen Bestand haben können oder nicht. Auch ostdeutsche Konservative wie Ministerpräsident Seite geraten hier leicht in den Verdacht, „Parvenüs“ (also die Neuerwerber zu DDR-Zeiten) zu begünstigen, wenn sie fordern: „Die Rechtslage ist eindeutig. Die Ergebnisse der Bodenreform nicht anzutasten, das war Grundlage des Einigungsvertrages.“ Für ihn ist das Eigentumsrecht Gegenstand positiver Gesetzgebung. Dagegen beruft sich Niedersachsens CDU-Vorsitzender Christian Wulff, selbsternannter Protektor der Alteigentümer, implizit auf das Naturrecht, wenn er fordert: „Einen Schlußstrich unter die Verbrechen

der ersten Diktatur darf es nicht geben. Das gilt auch für die Enteignungen zwischen 1945 und 1949.“²¹

Ein unglaublich dümmliches Beispiel für die argumentative Schützenhilfe, die katholische Kreise den Anwälten der Alteigentümer zukommen lassen, ist die von einem obskuren „TFP-Büro Deutschland“ [TFP: Tradition, Familie, Privateigentum] herausgegebene Schrift eines Mathias von Gersdorff mit dem Titel *Privateigentum: Heiliges Recht oder verhaßtes Privileg?*, in der wir unter anderem über die Enteignungen lesen: „Die hier durchgeführte egalitäre Verfolgung [der Eigentümer] trug ausgeprägt genozidähnliche Züge“ (S. 7). Diese Schrift will, „ausgehend vom Naturgesetz und den Zehn Geboten [...] in den Gewissen wieder die Rechtmäßigkeit des Eigentums in Erinnerung bringen“ (S. 7). Der Autor klagt: Es „scheint den Menschen, die das Eigentum für sich beanspruchen, beziehungsweise den Vereinigungen, die sie vertreten, das volle Bewußtsein darüber zu fehlen, wie tief ihre Ansprüche eigentlich im Naturrecht verwurzelt sind, das sich vom fast zweitausendjährigen Lehramt der katholischen Kirche so deutlich und so kompetent ausgelegt findet.“ (S. 10)

Es fehlt hier der Raum, weitere Bezüge anzudeuten. Auch gibt es bislang keine aufbereiteten Korpora, die Belege für Zusammenhänge dieser Art, für Zitate, Reformulierungen und als Verweise aussagekräftige Kollokationen liefern würden.

Umfangreiche Korpora des deutschen Sozialdiskurses könnten helfen, solche wechselseitigen Beeinflussungen genauer nachzuzeichnen. Ein Vergleich mit den Sozialdiskursen anderer Länder könnte Aufschluß darüber geben, ob die deutschen Bezüge zur katholischen Soziallehre enger sind als anderswo.

6. Das Gemeinsame Wort

Das *Gemeinsame Wort der Kirchen* mit seinem neuen Titel *Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit* wurde am 28. Februar 1987 vorge-

²¹ Zitiert nach *Niederdeutsche Neueste Nachrichten* vom 21.03.1997. Christian Wulff befindet sich bekanntlich in Übereinstimmung mit dem Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig, der in der FAZ vom 02.12.96 in diesem Zusammenhang von Menschen schreibt, „denen ihr Eigentum unzweifelhaft rechtswidrig weggenommen wurde.“ Der dem positiven Recht verpflichtete „Rechtsstaat“, der sich weigert, die Neueigentümer zu enteignen, macht sich einer „unzulässigen Beihilfegewährung“ schuldig. Übrigens haben die deutschen Nachfolgestaaten seinerzeit 1815 die Ergebnisse französischer Enteignungspolitik in den linksrheinischen besetzten Gebieten des alten Reichs nicht rückgängig gemacht, obwohl seinerzeit die Enteignung dieser 17 705 Nationalgüter (25% adligen, 75% kirchlichen Ursprungs) nicht einmal 20 Jahre zurücklag (Schieder 1996). Auch daran kann man sehen, wie flexibel sich das Naturrecht handhaben läßt.

stellt. Diesem *Gemeinsamen Wort* ging ein erster Entwurf voraus, der etwa zweieinhalb Jahre, seit November 1994 zur Diskussion gestanden hatte. Die schriftlichen Einlassungen, zu denen die Kirchen damals eingeladen haben, liegen in Form einer CD-ROM mit über 2280 Diskussionsbeiträgen, einem Korpus also von ca. 5 Millionen Wörtern Länge, vor.²² Für die Untersuchung des Kampfs um politische Begriffe, der Unterdrückung bzw. Durchsetzung von Ideen, Vorstellungen und Gedanken im politisch-gesellschaftlichen Diskurs, für die Berichterstattung aus der Frontlinie semantischer Infanterieattacken und Luftschlachten um die Deutungshoheit könnte es kaum ergiebigeres Material geben.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem Beitrag des Bensberger Kreises etwa, bewegen sich die Einlassungen im Mainstream des gegenwärtigen deutschen Sozialdiskurses. Wo sie gegenüber *Centesimus annus* Neues bringen, steht dieses Neue nicht im Gegensatz zu der Enzyklika, sondern versteht sich als Fortschreibung angesichts geänderter Verhältnisse. Die Eingaben sind wertekonservativ im Sinne des Tugendkatalogs des 19. Jahrhunderts, und sie sind strukturinnovativ, wenn es um die Überwindung der in der Nachkriegszeit erworbenen Besitzstände der arbeitenden Bevölkerung geht. Sie unterscheiden sich hauptsächlich im geforderten Tempo der Anpassungen. Während das Arbeitnehmerlager zur Behutsamkeit mahnt, fordert das Unternehmerlager Marktwirtschaft pur sofort. In den Einlassungen drückt sich also der neokonservative Konsens des heutigen Sozialdiskurses aus.

Der endgültige Text des *Gemeinsamen Wortes* ist dagegen durch soziales Engagement geprägt. Das kam für die meisten überaus überraschend. Das *Gemeinsame Wort* will, so scheint es, als Provokation, als sozial-emanzipatorische Alternative gegen neokonservativen Mainstream verstanden werden. Gewiß sind diese hundert Seiten alles andere als ein einheitlicher Text. Ein breites Spektrum auch neoliberaler Standpunkte kommt zu Wort, ohne daß ein einheitlicher roter oder auch schwarzer Faden zu erkennen wäre. Aber betrachtet man die Zusammenfassung und die Presseerklärung, kann kein Zweifel bleiben, daß ein Angriff auf konservative Positionen beabsichtigt war. Denn schon während der Monate zuvor hat eine geschickte, aber unsichtbare Hand im Hintergrund die Erwartung geweckt, das *Gemeinsame Wort* würde von den Verantwortlichen allzusehr dem Zeitgeist angepaßt werden. So hieß es in der *Frankfurter Rundschau* am 03.12.96, daß in der neuen Bearbeitung aus *Armen Schwächere* geworden seien, daß das *Hohelied der Erwerbstätigkeit* gesungen werde und nie daran gedacht worden sei, so wie die Bischöfe in den USA

²² Diese CD-ROM ist Beilage zu *Alle Eingaben zum Konsultationsprozeß mit Le-schilfen* (1996).

ein „Armutspapier“ zu schreiben. Noch im Februar 1997 war in *Publik Forum* die Befürchtung zu lesen, das *Gemeinsame Wort* werde als Sozialwort sogar hinter *Centesimus annus* zurückfallen. Das Gegenteil trat ein. Die Überraschung war perfekt.

In der bei der Vorstellung des Gemeinsamen Wortes verteilten Zusammenfassung lesen wir: *Tiefe Risse gehen durch unser Land: vor allem der von der Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene Riß, aber auch der wachsende Riß zwischen Wohlstand und Armut* [§ 2]. Und weiter: *Nicht nur Armut, auch Reichtum muß ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig Umverteilung des Mangels, weil der Überfluß auf der anderen Seite geschont wird* [§ 24]. In der gleichzeitigen Pressemitteilung heißt es: *Die Kirchen wenden sich gegen eine „Marktwirtschaft pur“. [...]. Es geht um eine Wirtschaftsordnung, die auf den Prinzipien eines [...] dem Wohle der Allgemeinheit verpflichteten Privateigentums beruht. Im eigentlichen Text des Gemeinsamen Wortes findet sich schließlich der bemerkenswerte Satz: „Die Leistungsfähigkeit zum Teilen und zum Tragen von Lasten in der Gesellschaft bestimmt sich nicht nur nach dem laufenden Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen“* [§ 220]. Welcher marxistische Bazillus treibt die Kirchen um? Hat nicht ein gewisser Dr. Heinz Georg Kuttner in seiner Einlassung gerade das Teilen als höchst schädlich bezeichnet? Er schreibt: *Ludwig Erhard [...] hatte klar erkannt, daß das St. Martins-Verhalten – Teilung des Mantels – nicht generalisierbar ist [...]. Der Unternehmer soll nicht seinen Mantel teilen, sondern wirtschaftlich Mäntel produzieren* [Eingaben 21].

In der Tat findet sich der Einfluß der Sozialenzykliken, vor allem von *Centesimus annus* sehr viel ausgeprägter im gewaltigen Korpus der Eingaben als im schließlich veröffentlichten Text. Wie *Centesimus annus* dialektisch den Gegensatz zwischen Eigentümern und Arbeitskräften in der Synthese einer weit gestreuten neuen Qualität von Eigentum an Können und Wissen überwindet, so wird, wie bereits oben gezeigt, in nicht wenigen Einlassungen die Arbeitslosigkeit im traditionellen Sinn durch das Angebot zeitgemäßer, weil unentgeltlicher Arbeit überwunden. Im Rahmen dieses Beitrags muß ich leider darauf verzichten, die unübersehbare Fülle von Zitaten, Reformulierungen und sonstigen Anleihen aus den Enzykliken, die sich in den Eingaben, und zwar nicht nur von Angehörigen katholischer Institutionen, finden, nachzuzeichnen.

Dieses Korpus der Einlassungen repräsentiert die heutige Mitte des Sozialdiskurses. Zum Thema Armut lesen wir beispielsweise: *Die Armut der zunehmenden Minderheit ist durch die ins Maßlose wuchernden Ansprüche der Mehrheit bedingt* [Eingaben 1312]. Dazu kommt: *Armut ist vielfach auch das Ergebnis persönlicher Fehlhaltung und selbstverschuldeter Lebensdefizite* [Eingaben 1407]. Deshalb also dürfen die Optionen der

Kirchen [...] nicht nur auf die Hilfsbedürftigen und sozial Schwachen ausgerichtet sein. Die Kirchen müssen auch – und vielleicht sogar besonders – für die Leistungsfähigen und Leistungswilligen [optieren] [Eingaben 1407]. Ähnlich fordert auch ein anderer Beitrag: Zur Option für die Schwachen gehört eine Option für die Leistung der Leistungsfähigen [Eingaben 617a].

Viele Einlassungen lassen erkennen, daß es weniger um die Sache geht als darum, unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit durch einen sprachlichen Filter zu korrigieren.

Wir finden in großer Fülle und Vielfalt solche sprachlichen Indikatoren, die anzeigen, daß hier verbreitete, aber ideologisch nicht genehme Bedeutungsaspekte zentraler Schlagwörter (wie beispielsweise *Armut*) zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht werden. Gelänge es, die Bedeutung von *Armut* so einzugrenzen, daß damit nur noch auf fremdverschuldeten Hungertod referiert werden kann, dann gäbe es in Deutschland kein Thema Armut mehr. So lesen wir: *In einer Stellungnahme der Kirchen sollte auch sorgfältig bedacht werden, inwieweit ein bestimmter Sprachgebrauch geeignet ist, die sachliche Diskussion zu fördern oder im Gegenteil die Auseinandersetzung zu emotionalisieren und zum Propagieren populistischer Schlagworte verkommen zu lassen. Bei Wörtern wie „Armut“ [...] ist eine sorgfältige und abgewogene Verwendung dringend geboten [Herbert Hax]. Gegen eine Formulierung: Wichtig ist, Armut nicht allein auf einen materiellen, relativen Armutsbegriff zu reduzieren [Eingaben 2228] wird eingewendet: Kirchen sollten den Armutsbegriff enger fassen [Eingaben 1312]. Und der Eichstätter Theologe Bernhard Sutor fordert: In diesem Sinne müßte [„die Option für die Schwachen“] auch formuliert werden als Option für die Herausforderung und Leistung der Leistungsfähigen [Eingaben 207].*

Gerade an dieser mehrfach und offensichtlich konzentriert propagierten Option für die Starken zeigt sich, daß die Hand, die den Zeitgeist lenkt, zwar unsichtbar sein mag, daß es aber recht konkrete Formulierungskartelle sind, die ihr Walten steuern. Ob die Kirchen gut beraten waren, sich diesem neuen konservativen Grundkonsens des Sozialdiskurses in dem *Gemeinsamen Wort* entgegenzustellen, bleibt abzuwarten.

Noch ist es zu früh, über die Wirkung des *Gemeinsamen Wortes* zu spekulieren. Aber es gibt zu denken, wenn der den Kirchen gewiß nahestehende Bundespräsident Roman Herzog bei der ersten sich bietenden Gelegenheit diese Denkschrift unüberhörbar ignoriert hat. Bei der Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer warf er am 5. März den Bürgern Bequemlichkeit und Unlust vor, warnte vor der Sehnsucht nach Betreuung und meinte damit die Wahrnehmung ihres Anspruchs auf Sozialleistungen der öffentlichen Hand. Abhilfe sieht er in mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit. Öffentliche Fürsorge müsse zurückge-

schraubt werden.²³ Damit liegt Herzog, anders als das *Gemeinsame Wort*, in der Kontinuität von *Centesimus annus* und mitten im Konsens des heutigen Sozialdiskurses. Solidarität wird auf Nachbarschaftshilfe reduziert. Der Reiche hilft dem Reichen; und der Arme hilft dem Armen.

7. Schluß: Römische Enzykliken und deutsche Sprache

Ich komme zum Schluß. Welchen Beitrag kann die Historische Semantik mit der intertextuellen Analyse eines Subdiskurses zum Thema soziale Frage in Hinblick auf den lexikalischen Wandel leisten?

Die untersuchten Wörter *Eigentum*, *Naturrecht* bzw. *Menschenrechte* und *Arbeit* haben ihre Bedeutung nicht in dem Sinne gewandelt, daß die alten Bedeutungsbeschreibungen in Standardwörterbüchern ihre Gültigkeit verloren hätten. Was sich für die von uns untersuchten Schlüsselwörter geändert hat, sind bestimmte Bedeutungsaspekte, die im Gesamtszenario der Bedeutung dieser Wörter eine Rolle spielen. Auch diese Feststellung gilt nur für die in unserem Korpus repräsentierte Ideologie der katholischen Soziallehre. Darüber hinaus ist jedes dieser Wörter polysem in dem Sinn, daß es je nach Weltanschauung des Sprechers in unterschiedlichen Sinnzusammenhängen verwendet wurde und verwendet wird. Der von uns beobachtete Gebrauchswandel der Wörter bezieht sich nur auf einen eng umgrenzten ideologischen Rahmen.

Für die Historische Semantik ist das Problem der Kontinuität von größter Bedeutung. Wir haben deshalb den Subdiskurs der kirchlichen, genauer gesagt, der katholischen Soziallehre ausgewählt, weil er uns am ehesten den archimedischen Punkt, den Fels in der Brandung verkörpert, von dem aus wir semantischen Wandel seismographisch erfassen können. Dem deutschen Gesamtdiskurs fehlt diese Kontinuität, die für die katholische Soziallehre konstitutives Merkmal ist. Deshalb kann nur dieser Subdiskurs, realisiert in der Form des Sozialenzykliken-Korpus als Meßlatte für den Bedeutungswandel der genannten Schlüsselwörter im Gesamtdiskurs der sozialen Frage werfen. Zu diesem deutschen Sozialdiskurs gehören unter anderem auch die Subdiskurse der Gewerkschaften und Sozialdemokratie einerseits wie der Unternehmer und ihrer politischen Vertreter andererseits.

Eine letzte Frage steht noch im Raum. Ist es zu rechtfertigen, einhundert Jahre deutscher Sprache hauptsächlich an Übersetzungen zu studieren? Ich denke, daß zu einem ausgewogenen Blick auf den Bedeutungswandel des Deutschen auch der Blick auf Übersetzungen aus anderen Sprachen gehört. In diesem Sinn sollte man das Deutsche nicht als isoliertes Phänomen betrachten. Wäre es nicht Zeit, die Frage von Übersetzun-

²³ Frankfurter Rundschau, 06.03.97.

gen differenzierter zu sehen, wenn wir etwa hören, daß in einer Sprache wie dem Finnischen 60% aller gedruckten Texte Übersetzungen aus anderen Sprachen sind? Reisen nicht auch und gerade in 'Mitteleuropa', und nicht erst seit Maastricht, Gedanken, Vorstellungen und Ideen über die Grenzen? Ist der öffentliche politisch-gesellschaftliche Diskurs in Deutschland, an dem wir alle partizipieren, deutsch, kontinentaleuropäisch oder global? Hier Antworten zu finden, muß weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

Es stellt sich auch die Frage, welcher nationalen Sprachwissenschaft wir eigentlich die Beschäftigung mit den römischen Enzykliken zumuten sollten. Die Textteile, aus denen sie sich zusammensetzen, sind ursprünglich auf italienisch, deutsch, französisch und gelegentlich auch englisch verfaßt, und häufig von Autoren, für die die gewählte Sprache eine Fremdsprache war. Zumindest in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts folgte die Übersetzung ins Lateinische oft den ersten Rohübersetzungen aus der Sprache des Urtexts in die anderen Volkssprachen nach. Lexikalischer Wandel europäischer Sprachen läuft nicht isoliert ab. Europa ist heute und war in seiner Geistesgeschichte seit dem Mittelalter immer multilingual. Mein Beitrag wollte auch eine sicherlich überflüssige Provokation für eine Öffnung der Sprachgermanistik in diesem Sinne sein.

Literatur

- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1966): *The Social Construction of Reality*. Garden City, N. Y. (Doubleday).
- Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengeler, Martin (1996): *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*. Berlin. (de Gruyter).
- Böke, Karin (1996): *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik*. In: Böke/Liedtke/Wengeler (1996), S. 19–50.
- Brockner, Manfred (1992): *Arbeit und Eigentum. Der Paradigmenwechsel in der neuzeitlichen Eigentumstheorie*. Darmstadt. (Wissenschaftliche Buchgesellschaft)
- Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hgg.) (1994): *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der Historischen Semantik*. Opladen. (Westdeutscher Verlag).
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1994): *Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der Historischen Semantik*. In: Busse/Hermanns/Teubert (1994), S. 10.–28.
- DUW (1983) = *Duden Deutsches Universalwörterbuch*. 1. Aufl. Hrsg. u. bearb. vom Wiss. Rat u.d. Mitarb. d. Dudenred. unter Leitung von Günther Drowdowski. Mannheim/Wien/Zürich: Bibliographisches Institut. (Dudenverlag).
- Detjen, Joachim (1991): *Naturrecht in der pluralistischen Demokratie?* In: *Beilage zu Wochenzeitschrift das Parlament [Aus Politik und Zeitgeschichte]*, 08.09.1991, S. 19–30.
- Alle Eingaben zum Konsultationsprozeß mit Lesehilfen (1996). Hg. vom Katholisch-Sozialen Institut der Erzdiözese Köln, im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bad Honnef.

- Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften (1990). Band 3. Hamburg. (Felix Meiner)
- Fitzek, Alfons (1987): Pius XI. und Mussolini – Hitler – Stalin. Eichstätt. (Franz Sales).
- Fraas, Claudia (1996): Gebrauchswandel und Bedeutungsvarianz in Textnetzen. Tübingen. (Gunter Narr).
- Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit (1997). Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover, und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn.
- Gemeinwohl und Eigennutz (1992). Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland. 3. Aufl. Gütersloh. (Gerd Mohn).
- Karrenberg, Friedrich (1953): Mitbestimmung in der Wirtschaft. Stuttgart. (Belserdruck).
- Gersdorff, Mathias von (1996): Privateigentum: heiliges Recht oder verhaßtes Privileg? Betrachtungen über die Wiederherstellung der Besitzverhältnisse vor der Bodenreform 1945–1949 in der früheren sowjetischen Besatzungszone zugunsten der enteigneten Landbesitzer. TFP-Büro Deutschland.
- Handbuch theologischer Grundbegriffe (1963). Unter Mitarbeit zahlreicher Fachgelehrter herausgegeben von Heinrich Fries. Band II. München. (Kösel-Verlag).
- Johannes XXIII (1961): Mater et magistra. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 171–240.
- (1963): Pacem in terris. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 241–290.
- (1965): Gaudium et spes. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 291–395.
- Johannes Paul II. (1981): Laborem exercens. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 529–601.
- (1987): Sollicitudo rei socialis. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 619–687.
- (1991): Centesimus annus. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 689–764.
- Karrenberg, Friedrich (1953): Mitbestimmung in der Wirtschaft. Stuttgart. (Belserdruck). [= Heft 9 der Schriftenreihe Kirche im Volk, herausgegeben von der Leitung der evangelischen Kirche im Rheinland].
- Kaufmann, Arthur (1991): Die Naturrechtsdiskussion in der Rechts- und Staatsphilosophie der Nachkriegszeit. In: Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament'. [Aus Politik und Zeitgeschichte], 09.08.1991. S. 3–17.
- Leo XIII (1891): Rerum novarum. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 1–40.
- Meyers Kleines Lexikon Philosophie (1987). Mannheim (Bibliographisches Institut).
- Paul VI. (1966): Ansprache bei der 75-Jahr-Feier von Rerum novarum. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 397–403.
- (1967): Populorum progressio. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 405–440.
- (1969): Ansprache vor der Internationalen Arbeitsorganisation. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 441–456.
- (1971): Octogesima adveniens. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992). S. 457–493.

- (1973): Dictionary of the History of Ideas. Studies of Selected Pivotal Ideas. Volume 3: Law, Concept of to Protest Movements. New York. (Charles Scribner's Sons).
- Pförtner, Stephan H./Heierle, Werner (1980): Einführung in die katholische Soziallehre. Darmstadt. (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).
- Pius XI. (1931): Quadragesimo anno. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992), S. 61–122.
- Pius XII. (1941): Pfingstbotschaft. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992), S. 123–135.
- (1944): Weihnachtsrundfunkbotschaft. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992), S. 137–151.
- (1945): Ansprache an die ACLI. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992), S. 153–164.
- Putnam, Hilary (1975): The Meaning of 'Meaning'. Deutsche Ausgabe: Die Bedeutung von „Bedeutung“. Frankfurt (Klostermann). 2. Aufl. 1990.
- Die Religion in Geschichte und Gegenwart (1960). Vierter Band. Tübingen. (J. C. B. Mohr).
- Rittstieg, Helmut (1975): Eigentum als Verfassungsproblem. Darmstadt. (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).
- Römische Bischofssynode (1971): De justitia in mundo. In: Texte zur katholischen Soziallehre (1992), S. 495–517.
- Schank, Roger/Abelson, Robert (1977): Scripts Plans Goals and Understanding. An Inquiry into Human Knowledge Structures. Hillsdale, N.J. (Lawrence Erlbaum).
- Schieder, Wolfgang (1996): Die Säkularisierungspolitik Napoleons in den vier rheinischen Departements. In: Crusius, Irene (Hrsg.): Zur Säkularisation geistlicher Institutionen im 16. und im 18./19. Jahrhundert. Göttingen. (Vandenhoeck und Rupprecht). S. 84–101.
- Schrey, Heinz-Horst (1973): Einführung in die evangelische Soziallehre. Darmstadt. (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).
- Searle, John R. (1995): The Construction of Social Reality. New York. (The Free Press).
- Spieker, Manfred (1989): Menschenrechte in der katholischen Soziallehre. In: Verantwortlichkeit und Freiheit. Die Verfassung als wertbestimmte Ordnung. [Festschrift für Willi Geiger zum 80. Geburtstag]. Fuller, Hans Joachim/Kirchhof, Paul/Träger, Ernst (Hgg.). Tübingen. (Mohr). S. 61–81.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin. (de Gruyter).
- Teubert, Wolfgang (1994): Das Erhabene. Aufstieg und Niedergang eines Konzepts. In: Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hgg.) (1994): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der Historischen Semantik. Opladen. (Westdeutscher Verlag).
- Teubert, Wolfgang (1996): The Concept of Work in Europe. In: Musolff, Andreas/Schäffner, Christina/Townson, Michael (Hgg.): Conceiving of Europe: Diversity in Unity. Aldershot. (Dartmouth).
- Texte zur katholischen Soziallehre (1992). 8., erw. Aufl. hrsg. vom Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands, KAB. [1] Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente. Mit Einführungen von Oswald von Nell-Breuning SJ und Johannes Schasching SJ. Bornheim (Ketteler Verlag).

- Die Verfassungen der EG-Mitgliedsstaaten (1990). München. (Deutscher Taschenbuch Verlag).
- Waldstein, Wolfgang (1991): Zur Frage des Naturrechts im Grundgesetz und in der Europäischen Menschenrechtskonvention. In: Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament'. [Aus Politik und Zeitgeschichte], 09.08.1991. S. 31-37.
- WDG (1978) = Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Bd. 1-6. 3. Aufl. Hrsg. Klappenbach, Ruth/Steinitz, Wolfgang. Berlin. (Akademie-Verlag).

ULRIKE HASS-ZUMKEHR

Die Weimarer Reichsverfassung – Tradition, Funktion, Rezeption

Abstract

Zunächst werden die absolutistischen Traditionen der Textsorte skizziert, die sich auf demokratische Verfassungen, insbesondere auf das Sprecher-Hörer-Verhältnis, komplizierend auswirken. Zu den überlieferten juristischen Funktionen treten in der Weimarer Reichsverfassung erstmals explizit auch politische und gesellschaftlich-symbolische Funktionen, deren Berechtigung im Verfassungsausschuss des Jahres 1919 anhand eines Textvorschlags von Friedrich Naumann kontrovers diskutiert wurde. Juristische und gesellschaftliche Rezeption eines Verfassungstextes mit einer entsprechend einseitigen Gewichtung der Textfunktionen treten damals und in der BRD nach 1945 zunehmend auseinander, so dass Verständnis und Bedeutung der Verfassung als säkularer Bibel in die Formulierung der neuen Länderverfassungen nach 1990 eingehen.

Vorbemerkung

Dass zu einer Sprachgeschichte, die zur Zeitgeschichte hin offen und nicht allein auf Systemwandel ausgerichtet ist, auch die einordnende Untersuchung konkreter Einzeltexte gehört, steht außer Frage. Dennoch bedarf die Auswahl bestimmter Texte einer sprachhistorischen Begründung, die die Frage beantwortet, ob ein historisch wichtiger Text zugleich – quasi automatisch – ein sprach-historisch wichtiger Text ist. Der hier zur Debatte stehende Einzeltext, die Weimarer Reichsverfassung von 1919, ist von Historikern und Juristen ausführlichst kommentiert, bewertet und in die gesellschaftshistorische Entwicklung unseres Jahrhunderts eingeordnet worden – was soll darüberhinaus eine sprachwissenschaftliche Untersuchung an Erkenntnissen noch bringen?

Ich möchte im Folgenden zeigen, dass einem historisch wichtigen Text nicht nur eine aus der historischen Bedeutung abgeleitete sprachgeschichtliche Bedeutung entspricht, die sich mittels einer linguistischen Beschreibung nachzeichnen ließe. Dabei käme zum Beispiel heraus, dass sich der Bezug auf die politische Tradition etwa der Paulskirche von 1849, den die

Autoren der Weimarer Verfassung immer wieder ausdrücklich hergestellt haben, auch in der Textstruktur und im Wortschatz spiegelt. Aber die Geschichtsschreibung ist auf eine solche Bestätigung bzw. Spiegelung ihrer Kenntnisse aus sprachwissenschaftlicher Sicht nicht angewiesen, so dass letztere schon etwas Neues und historisch unmittelbar Wichtiges zu Tage fördern sollte, wenn sie den Anspruch zeithistorischer Relevanz nicht aufgeben will. Ich möchte am Beispiel der Weimarer Verfassung zeigen, dass vielmehr umgekehrt sogar die historische Bedeutung eines Textes wesentlich von den sprachlichen Funktionen abhängen kann, die ihm einerseits von den Autoren, andererseits von den Rezipienten zugewiesen werden.

Die Weimarer Verfassung ist das Produkt einer kollektiven Formulationsleistung, wenn man unter Formulierung die Verbalisierung bestimmter Intentionen mit Elementen des textuellen, stilistischen, syntaktischen und lexikalischen Inventars auf der Grundlage überdurchschnittlich reflektierter Auswahlentscheidungen versteht. Damit bündelte und präformierte die Weimarer Verfassung viele Kommunikationsprozesse oder „Diskurse“, in denen die Bedeutung eines Verfassungstextes für die Gesellschaft schlechthin diskutiert, reflektiert und – wie ich zeigen möchte – mit historisch weitreichenden Folgen verändert wurde. Diese besondere Intertextualität der Weimarer Verfassung bewirkte einen Wandel des Konzepts einer juristisch wie politisch herausgehobenen Textsorte, und zwar in einer Weise, die sich noch in den heutigen bundesdeutschen Verfassungen nachweisen lässt.

Die Materialbasis dieses Beitrags umfasst die öffentliche Verfassungsdiskussion von Januar bis August 1919, d.h. auch exemplarisch ausgewählte Presse- und allgemein adressierte Juristentexte dieser und der Folgezeit. Das Institut für deutsche Sprache verfügt bisher noch nicht über ein entsprechendes maschinenlesbares Korpus der öffentlich-politischen Textwelt des frühen 20. Jahrhunderts, wie ja überhaupt diese Epoche sprachgeschichtlich kaum erforscht ist.

Traditionen

Die Textsorte Verfassung im Deutschen ist funktional, aber auch strukturell nach wie vor von zwei absolutistischen Traditionen geprägt. Zumeinen ging sie aus Erlassen souveräner Fürsten gegenüber ihren Untertanen hervor – insofern waren Verfassungen immer schon deklarative, rechtskonstituierende und damit wirklichkeitsschaffende Handlungen. Diese juristische Funktion hat nicht nur historische Priorität, sondern stellt die bis heute zentrale und primäre Textfunktion dar, auf die die später hinzukommenden Funktionen angewiesen sind: Nur aufgrund der rechtlichen Verbindlichkeit selbst für die sonstige Gesetzgebung erhält ein Verfassungstext das höchste soziale Prestige, das ein Text in literalen säkularen Gesellschaften haben kann.

Die absolutistischen Erlasse änderten sich entscheidend im Konstitutionalismus, als es den Herrschern aus meist finanziellen Motiven opportun erschien, sich selbst den Untertanen gegenüber durch einen veröffentlichten Text zu verpflichten: Die konstituierte und deklarierte Ordnung erhielt jetzt aus der Sicht des monarchischen Sprechers kommissiven Charakter. In der Bayerischen Verfassung von 1818 z. B. wird diese Perspektive noch ganz explizit formuliert:

„Maximilian Joseph, von Gottes Gnaden König von Baiern. Von den hohen Regentenpflichten durchdrungen und geleitet, haben Wir Unsere bisherige Regierung mit solchen Einrichtungen bezeichnet, welche Unser fortgesetztes *Bestreben*, das Gesamtwohl Unserer Unterthanen zu befördern, *beurkunden*. [...] Die gegenwärtige Acte ist [...] das Werk Unseres ebenso freyen als festen Willens. – Unser Volk wird in dem Inhalte desselben die kräftigste *Gewährleistung* Unserer landesväterlichen Gesinnungen finden. [...] Baiern! – Dies sind die Grundzüge der aus Unserm freyen Entschlusse euch gegebenen Verfassung, – sehet darin die *Grundsätze eines Königs*, welcher [...]“.¹

Zu der kommissiven Deklaration einer juristischen und administrativen Grundordnung kam die Verpflichtung der Untertanen auf bestimmte Leistungen und Verhaltensweisen, und die Selbstverpflichtung des Souveräns, den Untertanen nicht nur eine Ordnung, sondern auch gewisse Rechte zu garantieren. Vor allem letztere haben als Konkretisierung der seit der frühen Neuzeit tradierten Menschen- und Grundrechtsideen² die Aufmerksamkeit der Bürger auf sich gezogen. Für sie liegt hier, in den kommissiven Akten des Herrschers, die Substanz jeder Verfassung, während sie für die staatliche Administration bei den Deklarativa, d. h. im Ordnungsstatut liegt.

Der zweite Traditionsstrang, an den die deutschen Verfassungen des 20. Jahrhunderts anknüpfen, sind die Verträge sich verbündender Fürsten, etwa die *Deutsche Bundes-Acte* von 1815 oder die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867.³ Der Zweck dieser Bündnisse war relativ eng umgrenzt; eine gesamtgesellschaftliche Ordnung wurde jedenfalls nicht festgesetzt. Sprecher und Hörer trennt hier kein Machtgefälle und kein Standesunterschied; Selbst- und Fremdverpflichtung halten sich die Waage; Untertanen sind eher Redegegenstand als Adressatengruppe und werden höchstens mittelbar angesprochen. Dafür besaßen die Bundesstaaten je eigene Verfassungen und Verfassungstraditionen, oft mit Grundrechtselementen.

Während der erste Traditionsstrang, bei dem die Sprecherrolle vom Herrscher, die Hörerrolle vom Untertanenverband besetzt ist, vor allem in

¹ Zit. n. Huber 1961/1978, S. 155 f. Hervorhebungen UHZ.

² Vgl. Hattenhauer 1994; Grimm 1988, S. 17.

³ So gesehen kann man die Goldene Bulle (1356), die Vereinbarung der deutschen Kurfürsten über die Kaiserwahl als frühesten Verfassungstext des zweiten Traditionsstrangs auffassen.

den Länderverfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts weiterentwickelt wurde, blieb der zweite Traditionsstrang, bei dem die Staatsbürger Objekt, allenfalls mittelbarer Adressat der Rede sind, bei den deutschen Nationalverfassungen dominant. Der Präambelsatz der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 hat die Reihe der sich verbündenden Majestäten in der dritten Person Plural zum Subjekt, von denen es dann heißt:

„[...] schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende Verfassung haben“⁴

Sowohl bei den Verfassungen auf Länder- wie bei denen auf Bundesstaats-ebene wurde beim historischen Übergang vom Absolutismus zur parlamentarischen Demokratie die tradierte Polarisierung von Sprecher und Adressaten, von Souverän und Bürgern beibehalten und damit eine äußerst schwierige Kommunikationssituation geschaffen: Der die Sprecherrolle besetzende Souverän und der angeredete Staatsbürgerverband fallen jetzt in der Form eines komplizierten Repräsentationsverhältnisses zusammen, bei dem Verfassungsausschüsse und Nationalversammlungen die Autorschaft besitzen, ohne eigentlich Subjekt der Texthandlungen zu sein. In Demokratien ist das Staatsbürgervolk sprechender Souverän und angesprochener Gesetzes-Untertan zugleich. Damit droht das Subjekt der kommissiven und der direktiven Handlungen einerseits in dem abstrakten Konzept des Staates⁵ oder der „Reichsgewalt“ (1849) zu verschwinden⁶, andererseits bleiben in der Sicht der Bürger Merkmale des Konzepts des monarchischen Herrschers im Konzept des Staates erhalten⁷, dem sie sich folglich gegenübergestellt sehen. Lediglich für die deklarative Funktion einer Verfassung ändert sich beim Übergang von der Monarchie zum Parlamentarismus und beim Wechsel in der Formulierung des Sprecher-Adressaten-Verhältnisses nichts.

In Präambel und vielen Artikeln der ersten nationalen demokratischen Verfassung von 1849 wird das Problem der unklaren Sprecher-Hörer-Kon-

⁴ Zit. n. Huber 1961 1986, S. 385.

⁵ Dies traf schon für den Konstitutionalismus zu, der erstmals eine Trennung zwischen dem Staat und der Person des Fürsten vornahm; vgl. Apelt 1964, S. 12.

⁶ Sogar in der staatsrechtlichen Theorie wurde noch nach 1871 lange und kontrovers diskutiert, „ob die Souveränität als höchste Entscheidungsmacht auf den Gesamtstaat übergegangen oder bei den Gliedstaaten verblieben sei, oder ob gar eine Teilung dieser Souveränität stattgefunden habe.“ (Apelt 1964, S. 10).

⁷ Busse (1992, S. 116) spricht von „einer unbewußten Übertragung der Staatstechnik absolutistischer Monarchien, wo das staatlich-gesellschaftliche ‘Dürfen’, ‘Nicht-Dürfen’ und ‘Müssen’ noch wirklich ein Befehl des ‘l'état c'est moi’-Herrschers war.“

stellation deutlich, wo die Verfasser etwa auf das Textsubjekt „Nationalversammlung“ oder „Reichsgewalt“ ausweichen oder mittels Passiv und seinen Ersatzformen offenlassen, wer hier wem gegenüber die Direktiven gibt und sich selbst auf etwas verpflichtet.

Um das Funktionsspektrum der Textsorte Verfassung zu Beginn des 20. Jahrhunderts ganz zu erfassen – bis jetzt sind ja nur die juristisch motivierten Funktionen benannt worden –, muss man sich vergegenwärtigen, dass Verfassungen immer in historischen Umbruchsituationen entstanden; sie wandten sich immer mehr oder weniger explizit gegen überwundene Zustände und entwarfen ein Gegenbild dazu. Der französische Historiker Georges Lefebvre stellt diesen Anti-Charakter schon für die Erklärung der Menschenrechte in der Französischen Revolution heraus:

„Die ‘Erklärung’ sollte die Praktiken des Ancien régime verurteilen und ihre Wiedereinführung verhindern. Der Wortlaut der Grundsätze ist allgemein gehalten, wie das bei der Abfassung von Gesetzestexten üblich ist [...]; doch für die Mitglieder der Versammlung und ihre Zeitgenossen hatte er durchaus nichts Abstraktes oder Philosophisches, denn zu jedem Artikel setzten sie im Geiste die konkreten Sachverhalte, unter denen sie gelitten hatten.“ (Lefebvre 1939/1989, S. 166)

In diesem Sinne sind demokratische Verfassungen zugespitzt formuliert immer auch „Sterbeurkunden“ eines Ancien régime (ebd.), mit anderen Worten: sie dienen der Verarbeitung kollektiver Erfahrung und der Erarbeitung einer besseren Zukunft. Die in den Verfassungen ausgedrückten Utopien konservieren zugleich das Bewusstsein von der jeweiligen Umbruchssituation. In der Paulskirchenverfassung findet man so ein „Nie wieder!“ noch recht implizit ausgedrückt.⁵ In der Präambel der Weimarer Reichsverfassung (im Folgenden abgekürzt WRV), aber auch im weiteren Text, wird erstmals eine solche, von den juristischen Zielsetzungen deutlich unterschiedene Absicht ausgedrückt:

„Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“⁶

In den meisten deutschen Länderverfassungen nach 1945 und nach 1990 wird nach dem Weimarer Muster der Gegenbild- und Utopie-Entwurf zur prototypischen Funktion der Präambeln. Auch die Weimarer Verfassungsautoren scheinen im Übrigen zum Ausdruck dieser Funktion regelmäßig

⁵ In Art. 137: „Der Adel als Stand ist aufgehoben. Alle Standesvorrechte sind abgeschafft.“ zit. n. Huber 1961/1978, S. 390.

⁶ Artikel der WRV werden im Folgenden nach Huber 1961/1991, S. 151–179, zitiert.

zu Negationsformulierungen zu greifen, etwa „Eine Zensur findet nicht statt“ (Art. 118 WRV) oder „Es besteht keine Staatskirche“ (Art. 137 WRV).¹⁰

Die Tatsache, dass zu den tradierten Funktionen der Textsorte Verfassung auch der Entwurf eines politischen und gesellschaftlichen Gegenbilds gehört, nimmt den Texten ihre exklusiv juristische Bedeutung und weist sie der gesellschaftlichen Diskussion zu. Zur deklarativen, direktiven und kommissiven Funktion tritt eine expressive. Einmal geweckt, bleibt das gesellschaftliche Interesse an der jeweils eigenen Verfassung aber nicht auf die vor allem in Präambeln ausgedrückte kollektive Befindlichkeit beschränkt, sondern begreift den Text als Ganzes wie ein Symbol nationaler oder gesellschaftlicher Identität, wie ein Bekenntnis zu den gemeinsamen höchsten Werten und Normen.

Unterstützt wird diese Symbolfunktion dann, wenn eine von juristischen und Verwaltungsexperten formulierte Verfassung schließlich durch Volksabstimmung bestätigt wird. Die Abstimmenden können die Intentionen der konkreten Verfasser dabei gar nicht im Einzelnen nachvollziehen, sondern müssen sich quasi ihren eigenen Reim auf den Text und seine Aussagen machen. Dass diese von den Rezipienten vorgenommene Verlagerung in einen außerjuristischen Diskurs auf syntaktischer und lexikalischer Ebene zu Polysemien und Umdeutungen juristischer Konzepte führen muss, steht außer Frage.

Die gesellschaftlich-politische Symbolfunktion von Verfassungen, gleichgültig welche Werte sie repräsentierten, ist eine Tatsache, die Juristen von Anfang an kritisiert haben und aus den Verfassungstexten herauszuhalten versuchten, in den letzten Jahrzehnten aber – wenn auch mit Mühe – zu akzeptieren beginnen.¹¹ Die juristische Auslegungsarbeit¹² wird durch die Etablierung eines außerjuristischen Diskurses über die Bedeutung der Verfassung unbestreitbar kompliziert, aber diese Probleme können letztlich kein Argument gegen eine Mitsprache der Gesellschaft bei der Verfassungsinterpretation sein.

¹⁰ Vgl. auch: „und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden“ (Art. 109 WRV). Vgl. dazu Anschütz 1927, S. 324 u. 358.

¹¹ Vgl. Benda/Mayhofer/Vogel 1983, S. 15–23. Bezeichnenderweise geht aber auch dieses Handbuch an keiner Stelle (vgl. Inhaltsverzeichnis und Register) auf die Präambel oder den Vorspruch als den juristisch irrelevanten Textteilen ein. Dies gilt auch für die Neuauflage des Handbuchs von 1995.

¹² Es handelt sich bei juristischer Hermeneutik prinzipiell nicht um mehr oder weniger textimmanente Auslegung als um vom jeweils konkreten Fall her gedachte Applikation (Busse 1992, S. 92, 119 ff.). Intertextualitätsrelationen zwischen einem Gesetzesparagrafen des BGB und seinem Kommentar sind wichtiger als die zwischen den Paragraphen desselben Gesetzes (ebd. S. 171).

Alle genannten tradierten Textfunktionen, die juristischen wie die politischen, werden den Rezipienten durch Mittel von Textstruktur, Syntax und Lexik zu verstehen gegeben. M. a. W.: Die in der juristischen Textproduktion üblichen Besonderheiten, wie weitestgehende Kontextunabhängigkeit einzelner Absätze¹³, Formulierung direktiver Aussagen in assertiven Sätzen¹⁴, ausschließlicher Gebrauch juristischer Terminologie, sind weniger ausgeprägt anzutreffen, als man meinen sollte. Obwohl Juristen eine Symbolifizierung von Verfassungen eher ablehnen und obwohl die Verfassungsdokumente des 19. und 20. Jahrhunderts zunehmend professioneller formuliert sind, findet man in allen mehr oder weniger auffällige Elemente politischer Kommunikation bis hin zu emotional-expressiven Äußerungen.

Zur Entstehung der Weimarer Reichsverfassung

Ich wende mich nun dem Verhältnis der Textfunktionen, ihrer Reflexion und Realisierung in der Weimarer Reichsverfassung zu.

Bevor der Entwurf im Februar 1919 in die Nationalversammlung eingebracht, vier Monate im Verfassungsausschuss beraten, im Plenum diskutiert und schließlich am 31. Juli verabschiedet wurde, durchlief der Text mehrere Stadien. Bemerkenswert ist, dass die Aufnahme eines ausführlichen Grundrechtsteils auf die Initiative Friedrich Eberts zurück geht. Der Verfasser des Entwurfs, der Staatsrechtsprofessor Hugo Preuß, war zwar ein überzeugter Demokrat, scheute sich angesichts der chaotischen Verhältnisse in Staat und Gesellschaft jedoch vor einer zeitlich zu ausgedehnten Grundrechtsdebatte, die das Inkrafttreten der neuen Verfassungsordnung verzögert hätte und hatte deshalb nur minimale Grundrechtssätze vorgesehen.

Der Verfassungsausschuss, der vom 5. März an tagte, war nach Parteienproporz aus 28 Abgeordneten, wahrscheinlich zum Großteil Juristen, zusammengesetzt.¹⁵ Der Entwurf wurde in zwölf Abschnitte unterteilt und für diese je zwei Referenten unterschiedlicher Parteien bestellt. Allein für den Grundrechtsteil wurde ein Unterausschuss unter dem Vorsitz Friedrich Naumanns gebildet und seine Behandlung vorsorglich ans Ende der Gesamtberatung verschoben.

Anfang Mai, mitten in den Verfassungsberatungen, begannen die Verhandlungen über den Friedensvertrag in Versailles, die gesamte politische

¹³ Schreckenberger (1978, S. 59) sagt, dass es für „die Gesetzessprache ungewöhnlich“ sei, dass ein Satz zu den vorangehenden Sätzen in einem Argumentationszusammenhang stehe. In der Tat sind pronominale und konjunktionale Verknüpfungen regelmäßig auf die Sätze innerhalb eines Absatzes (nicht: eines Artikels oder Paragraphen) eines Verfassungstextes beschränkt. Vgl. Busse 1992, S. 67 ff.

¹⁴ Vgl. Busse 1992, S. 83 f.

¹⁵ Vgl. Apelt 1964, S. 86 u. S. 108.

und öffentliche Diskussion zu dominieren. Die thematischen Schwerpunkte in der verfassungsbezogenen Presseberichterstattung insgesamt beziehen sich daher auf andere Verfassungsabschnitte als auf die Grundrechte – vor allem auf die Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern (Schlagwörter: *Unitarismus* vs. *Partikularismus* bzw. *Föderalismus*)¹⁶ und auf das Verhältnis von Kirche und Staat im Bereich des Schulunterrichts (Schlagwörter: *Schulfrage*, *Schulkompromiß*). Als die Grundrechte schließlich auf der Tagesordnung standen, absorbierten die Versailler Verhandlungen sowohl das Interesse des Parlaments als auch der Öffentlichkeit.

Ich will deshalb vor allem auf die Grundrechtsdebatte im Verfassungsausschuss näher eingehen. Sie enthält ein beachtliches Kapitel Sprachreflexion, weil in ihr das Wissen über die Textsorte Verfassung expliziert und in historischem Maßstab weiterentwickelt wurde. In den Verhandlungsprotokollen wird auch deutlich, welche Folgen die Funktionszuschreibungen für den Textaufbau sowie für stilistische, syntaktische und lexikalische Aspekte der Formulierung besaßen.

Der Verfassungsausschuss befasste sich am 31. März mit den Grundrechten und dann erst wieder ab dem 28. Mai. Dazwischen lagen die Verhandlungen in Versailles und der öffentliche Schrecken über die Bedingungen des Friedensvertrags. Reflexe dieser Situation finden sich auch in der Verfassungsdebatte wieder, sei es, dass manche Sätze wie die über territoriale Zugehörigkeiten oder die über das Auslieferungsverbot deutscher Staatsangehöriger in der Situation des besiegten und nicht völlig souveränen Staates absurd erschienen¹⁷, sei es, dass die Liberalen insbesondere mit den Grundrechten dem Ausland gegenüber ein Signal des neuen demokratischen Deutschlands setzen wollten, oder sei es, dass die National-Konservativen in der Verfassung Elemente nationaler Selbstbehauptung gegenüber dem „Feind“ herausstellen wollten.¹⁸

Fünf Änderungsanträge zum Entwurf, zwei davon weitgehend neue Alternativtexte zum Grundrechtsteil, wurden am 31. März vorgelegt. Der erste und interessanteste Alternativtext stammte vom Vorsitzenden des Unterausschusses selbst, Friedrich Naumann. Er war Vorsitzender und Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, mit Max Weber befreundet, von Hause aus kein Jurist, sondern evangelischer Pfarrer, aber seit Jahren hauptamtlich politisch tätig. Er stand damals für die versuchte Synthese von demokratischem Sozialismus, politischer Ökonomie und liberalem Christentum in der Industriegesellschaft.¹⁹

¹⁶ Vgl. ebd., S. 83 u. 86.

¹⁷ Verhandlungen 1919, S. 374; Poetzsch 1919, S. 31.

¹⁸ So argumentierte noch Anschütz 1927, S. 387f.

¹⁹ Dingel 1994.

Naumanns Antrag ist überschrieben mit „Versuch volksverständlicher Grundrechte“ und weist dem Text von vornherein eine andere als die juristische Funktion zu, derzufolge alle Sätze einer Verfassung eindeutig rechtsrelevante, sanktionierbare Normsetzungen darstellen müssen. Nachfolgend einige charakteristische Auszüge dieses Grundrechtsentwurfs²⁰:

„Art. 28. Alle Deutsche sind vor dem Gesetze gleich. [...]

Volkserhaltung ist Staatszweck, Kinderzuwachs ist Nationalkraft. [...]

Art. 29 [...]

Mehrheit entscheidet. [...]

Das Vaterland steht über der Partei. [...]

Art. 30. Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Deutschen Vaterland.
Gleiches Recht für alle. [...]

Art. 31. [...]

Freie Kirche im freien Staate! [...]

Art. 32. [...]

Freie Bahn dem Tüchtigen! [...]

Art. 33. Jede ehrliche Arbeit ist gleichen Rechtes und gleicher Würde.
[...]

Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen!

Art. 34. [...]

Wald bleibt erhalten. [...]

Art. 35. Zum demokratischen Industriestaat gehört Industrieparlamentarismus. [...]

Verstaatlichung ist eine Nützlichkeitsfrage. [...]

Art. 36. Wir leben im Zeitalter des Verkehrs.

Verkehrsmittel dienen dem ganzen Volke.

Weltverkehr ist Lebensluft. [...]

Art. 37. Schulden zu bezahlen ist öffentliche und private Pflicht. [...]
Sparsamkeit ist die Vorbedingung jeden Fortschritts.

Art. 38. [...]

Die Kraft der Völker liegt in der Kultur ihrer Massen.

Lohnfragen sind Daseinsfragen.

Art. 39. [...]

Wir behandeln unsere Ausländer so, wie wir wünschen im Ausland behandelt zu werden. [...]

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!

²⁰ Vollständig abgedruckt bei Huber 1961 1991, S. 90–94.

Art. 40. Kriegserklärung und Friedensschluß sind Volkssache. [...] Wir achten alle Völker, die uns achten.“²¹

Kaum einer der hier versammelten lapidaren Sätze taugt als juristische Norm; stattdessen stellt Naumann hier einen Kanon merkfähig formulierter Orientierungen auf, der seine Herkunft aus der bürgerlich-humanistischen, liberalen und nationalen Kulturtradition nicht verbirgt und die Verfassung durch Anspielungen und Zitate mit anderen Texten dieser Tradition – dem Liederkanon, der Bibel, Kant, „alter deutscher Spruchweisheit“²² und vielleicht mit dem „Büchmann“²³ – verbindet. Die infinitive Form mancher Sätze, das Subjekt *wir* und hin und wieder ein Ausrufungszeichen erinnern an Parolen und Transparente.

Zu Beginn der Debatte hielt Naumann eine Grundsatzrede²⁴, die einem völlig anderen stilistischen Register angehört und in der er aus historischen Bezügen und scharfer Gegenwartsanalyse zwei Kernfragen herleitete: Erstens, ob es nicht an der Zeit sei, an die Stelle der überlieferten musealen Fassung von Grundrechten neue Inhalte und Formulierungen zu setzen – neu insoweit, als diese Rechte den neuen sozialen und ökonomischen Problemen angemessen sein müssten. Im Übrigen bezweifelt er den Erfolg der rein juristischen Konzeption rechtsverbindlicher Grundrechte.²⁵

Im Gegenteil seien diese Rechte, so Naumann, quasi immer schon „Weltanschauungsmomente“ gewesen, eine „Bekennnisgrundlage“, im günstigsten Falle ein „sich von selbst darbietender Volkskatechismus zur Herbeiführung derjenigen Gesinnung, auf der der Staat beruht“²⁶. Die politisch-appellative, nicht die rechtssetzende Funktion ist für Naumann bei realistischem Blick auf die Geschichte und erst recht im Hinblick auf die eigene Gegenwart die wichtigere. Ihm ist aber völlig klar, wie die Juristen auf seinen Alternativentwurf reagieren werden:

„Mit den Augen des Staatsrechtlers von 1848 gesehen, ist es natürlich überhaupt kein politischer Satz, wenn ich hier in meinem Entwurf in Art. 33 sage: 'Jede

²¹ Verhandlungen 1919, S. 171–173.

²² Heuß 1937, S. 616.

²³ Dieser führt in der 26. Aufl. von 1919 im Abschnitt „Aus dem Weltkriege“ den Satz „Freie Bahn für alle Tüchtigen!“ auf eine Reichtagsrede des Kanzlers von Bethmann Hollweg vom 28.9.1916 zurück. Textauschnitt der Rede in Huber 1961/1990, Bd. 3, S. 151. In späteren Ausgaben des Büchmann lautet das Lemma „Freie Bahn dem Tüchtigen“.

²⁴ Verhandlungen 1919, S. 176–181.

²⁵ „im Allgemeinen haben Grundrechte nicht jene Wirksamkeit gehabt, daß der einzelne, dem der Staat das nicht bot, was in den Grundrechten stand, bloß zu den ewigen Sternen der Grundrechte zu greifen brauchte, um damit die Freiheit, die dort verbürgt ist, ohne weiteres zu haben.“ (ebd. S. 178)

²⁶ ebd., S. 179

ehrlche Arbeit ist gleichen Rechtes und gleicher Würde'. Das ist ein Satz, der im Grunde nichts anderes ist, als das allgemeine Menschenrecht, ausgesprochen auf das Zeitalter der kommenden Arbeiterschicht [...] Die alte Verfassung kannte nur den privatwirtschaftlichen einzelnen.“²⁷

Jetzt aber sei der „abstrakte Rechtsstaatsbegriff“ von 1848 abgelöst worden vom Begriff des „nationalen Volksstaat(s)“, und für die „jetzt beginnende deutsche Republik nach dem großen Umschwung aller politischen Dinge“ komme nur ein neues „Bekenntnis“, nicht aber die „archivarische [Weiterführung] [des] alten Stoffes“²⁸ in Frage. Zu vieles an diesem alten Grundrechtsstoff ist für ihn noch monarchisch geprägt.

Die zweite Kernfrage, die Naumann zur Debatte stellte, lautet:

„wünschen wir überhaupt, daß der jetzt hier unter unseren Händen entstehende deutsche Staat auf diesem Gebiet ein Bekenntnis hat, oder glauben wir, daß wir ohne ein solches auskommen können?“²⁹

Seine eigene Position in dieser Frage ist klar:

„Mit der Monarchie ist ein gut Teil des – sagen wir einmal – Übersinnlichen, des Mystischen am bisherigen Staat dahingesunken. [...] Ein Bedürfnis nach einem Staatsbekenntnis, nach dem demokratischen Freiheitsstaat Deutschland, der als moralische Notwendigkeit hervorgewachsen ist, scheint mir absolut vorhanden zu sein, ein Bedürfnis, das über Rechtsformulierungen hinwegschreitet, das ein Bedürfnis der Staatsweisheit und der Staatsvorsicht ist.“³⁰

Naumann sah die Bedeutung eines Staatsbekenntnisses aber nicht nur in der nationalen Integration nach innen, sondern auch außenpolitisch, als Abgrenzung gegenüber der russischen Verfassung und damit als Ausdruck „unsere[r] politische[n] Entscheidung gegenüber den westlichen Ländern“³¹.

Dass Naumann die Grundrechte ihrer geforderten Funktion gemäß *Staatsbekenntnis*, *Staatsgrundbekenntnis*, *Volkskatechismus* und *Staatskatechismus* nennt, macht klar, was er mit „Volksverständlichkeit“ meint. Nicht kurze Sätze, Fremdwortfreiheit oder parataktischen Satzbau und dergleichen, sondern die standard-, nicht fachsprachliche Formulierung der gemeinsamen Werte und Überzeugungen der Nation in einprägsamen appellativen Sätzen. Auch emotional-expressiv dürfen diese Sätze sein, wenn sie die nationale Integration befördern.

²⁷ ebd., S. 180. Am 5. April schrieb Naumann an seine Frau: „Mein Grundrechtsantrag ist, wie zu erwarten war, abgelehnt, was ihn aber nicht entwertet. Er ist besser als das, was wir jetzt dafür beschließen werden.“ Zit. n. Heuß 1937, S. 708.

²⁸ ebd., S. 179.

²⁹ ebd., S. 181.

³⁰ ebd., S. 179.

³¹ ebd., S. 180.

Die rechtskonstituive Funktion – gewandelt

Wie haben nun die übrigen Abgeordneten auf die Vorstellungen Naumanns reagiert? Im unmittelbaren Anschluss an die rhetorisch beeindruckende Rede Naumanns stimmten Sprecher aller Parteien der Verschiebung der funktionalen Gewichte prinzipiell zu und betonten die politische Bedeutung der Grundrechte gegenüber der juristischen.³² Zugleich schien aber ein Verzicht auf rechtsrelevante Formulierungen immer unannehmbarer und das juristisch-traditionelle Denken setzte sich schließlich entschieden durch. Ein DVP-Abgeordneter:

„Es scheint mir bedenklich, ein Gesamtbekenntnis nur in allgemeinen Formen festzulegen. In der außerordentlichen Vieldeutigkeit liegt auch eine außerordentliche Gefahr. Der Zweck der Grundrechte kann nur sein, nüchtern und juristisch korrekt die Grenze zu ziehen zwischen dem einzelnen und dem Staat; Zukunftsperspektiven gehören nicht in die Verfassung.“³³

Einher mit der Verrechtlichung der Verfassungsfunktion im Laufe der Debatte ging die Umdeutung der Intention Naumanns. Der Titel seines Antrags „Versuch volksverständlicher Grundrechte“ wird nicht mehr auf das Ziel eines expressiv-appellativen Staatsbekenntnisses bezogen, sondern zum Angelpunkt für Überlegungen gemacht, die den meisten Juristen aus der seit 15 Jahren andauernden Diskussion über die Schwerverständlichkeit des Bürgerlichen Gesetzbuchs vertraut waren³⁴, und die sich allein auf die Ausdrucksseite rechtsverbindlicher Sätze beziehen. Diese, das sieht man ja ein, sollten möglichst „gemeinverständlich“³⁵ sein. Damit wird Naumann völlig missverstanden; ein SPD-Abgeordneter sagt:

„Auch als Jurist stimme ich dem bei, was der Abgeordnete Naumann gesagt hat. Es ist durchaus möglich, und es ist vor allem auch durchaus erforderlich, der Verfassung eine Form zu geben, in der sie dem Volke verständlich ist.“³⁶

Andere Juristen sind skeptisch; es sei ganz unmöglich, die schwierige „gesetzestechnische“ Materie „auf einfache gemeinverständliche Wendungen festzulegen“.³⁷ Was Naumann wolle, sei „Aufgabe des staatsbürgerlichen Unterrichts“.³⁸

Die Einsetzung einer popularisierenden Unterkommission wird erwoogen und ein Zentrumsabgeordneter schlägt sogar vor, den deutschen Sprachverein mit einer „volkstümlichen“ Umarbeitung zu beauftragen.³⁹

³² DNVP-Abg. Düringer, Verhandlungen 1919, S. 181.

³³ Dr. Kahl, DVP, ebd., S. 185.

³⁴ Vgl. die Bemerkung von Düringer ebd. S. 182.

³⁵ Düringer, DNVP, ebd. S. 182.

³⁶ Verhandlungen 1919, S. 183.

³⁷ ebd., S. 182.

³⁸ ebd.

³⁹ ebd., S. 183.

Mit dem Ruf dieses Vereins scheint es allerdings nicht zum Besten gestanden zu haben. Schon Wochen zuvor, bei Diskussionen über die zu wählenden Bezeichnungen für Ämter und Organe, hatte sich der Verfassungsausschuss mit von der Presse verbreiteten puristischen Vorschlägen befassen müssen, die *Reichspräsident* durch *Reichsammann*, *Reichsmeister* und *Reichswart* ersetzen wollten⁴⁰, doch diese Vorschläge wurden in der Nationalversammlung ohne längere Diskussion abgelehnt.⁴¹ Entsprechende Skepsis herrschte auch hier:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß es eine juristische Aufgabe ist, an der wir hier schaffen, und es wäre schlimm, wenn wir der Form zuliebe die Klarheit und Schärfe opfern würden. Dringend möchte ich davor warnen, das Gesetz dem deutschen Sprachverein vorzulegen, denn die geringste Änderung würde leicht eine ganz andere Auslegung bewirken.“⁴²

Die juristische Idee von der Funktion der Grundrechte schien schließlich zu siegen. Verfassungsrechtler waren sich später weitgehend darin einig, dass Naumanns Versuch, der Verfassung im Grundrechtsteil eine politische Ethik einzuschreiben, mit der die neue Nation sich insgesamt identifizieren könne, gescheitert sei.⁴³ Von seinen Vorschlägen sei einzig erhalten geblieben, dass außer Grundrechten auch Pflichten formuliert worden seien.⁴⁴ Linguistisch untersucht zeigt die Diskussion im Verfassungsausschuss Anderes: Man versuchte mit einigem Erfolg, politische und juristische Funktion zu verbinden. Ende Mai erkrankte Naumann und der ihn vertretende Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, Beyerle, fasste zusammen:

„Es gibt keine Verfassung, welche nach einem so gewaltigen Umsturz, wie wir ihn erlebt haben, sich nicht verpflichtet fühlte, auch Programmsätze aufzustellen. [...] Darüberhinaus wollen wir doch aber auch eine juristisch greifbare Sanktion [unserer Grundrechte] erstreben.“⁴⁵

Verfassungsrechtler stellten später denn auch kritisch-abwertend fest, dass die Weimarer Verfassung zu viele politisch-programmatische Sätze ent-

⁴⁰ Der Heidelberger Rechtshistoriker Eberhard Freiherr von Künßberg widmete dem Thema einen eigenen Artikel im Heidelberger Tageblatt vom 30.1.1919, S. 1. Nach schweizerischem Vorbild favorisierte er *Reichsammann* und *Reichsmeister*; die Wahl von *Reichskanzler* wird gelobt.

⁴¹ Vgl. Apelt 1964, S. 100.

⁴² DVP-Abg. Kahl, Verhandlungen 1919, S. 185.

⁴³ Anschütz 1927, S. 299; Apelt 1964, S. 296; Huber 1961/1991, Bd. 4, S. 91; Potetzsch 1919, S. 28 f.; Smend 1928b/1955, S. 267, Anm. 18.

⁴⁴ Der 2. Hauptteil der WRV ist mit „Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen“ überschrieben. Die Verpflichtung des Bürgers, an der Erhaltung des demokratischen Staates mitzuwirken, stellte für Naumann einen fundamentalen Unterschied gegenüber dem Monarchismus dar. Die Parallelität von Rechten und Pflichten ist nur in Naumanns Rede, nicht im Alternativtextentwurf enthalten.

⁴⁵ Verhandlungen 1919, S. 368.

halte, die juristisch unsinnig oder widersprüchlich seien und die die Durchsetzung der Grundrechte im Konfliktfall verhindert hätten⁴⁶ oder, noch schlimmer: Die vagen Programmsätze seien von politisch reaktionären Richtern entsprechend ausgelegt und in konservativer Praxis vereinheitlicht („positiviert“) worden.⁴⁷ Es handelt sich etwa um die folgenden:

„Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ (WRV Art. 109)

„Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.“ (WRV Art. 119)⁴⁸

„Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.“ (WRV Art. 130)

„Eigentum verpflichtet.“ (WRV Art. 153)

„Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs.“ (WRV Art. 157)⁴⁹

Aus linguistischer Sicht handelt es sich um appellative Bezeichnungen gesamtgesellschaftlicher Werte und Orientierungen, die sich von denen des Naumannschen Entwurfs nur graduell unterscheiden. Man findet Paarformeln, Rhythmen, Alliterationen und syntaktische Parallelismen. Auch das Lexeminventar der Weimarer Verfassung enthält neben dem allgemeinsprachlichen, dem juristischen und dem administrativen Wortschatz in der Tat eine ganze Reihe von Ausdrücken, die die bekannten Merkmale politischer Schlagwörter und Syntagmen aufzuweisen scheinen: *Andersdenker*, *menschenwürdiges Dasein*⁵⁰, *Gemeinwohl*, *Gewerbefleiß*, *gute Sit-*

⁴⁶ Z. B. Anschütz 1927, passim. Benda 1996, 298.

⁴⁷ Die einfache Gesetzgebung formuliert die programmatischen Grundrechte in positives Recht um und nimmt so einen Teil der verfassungsgebenden Gewalt an sich (Apelt 1964, S. 291). Unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Weimarer Republik lief diese Positivierung auf eine antidemokratische, reaktionäre Rechtsfundierung hinaus (ebd. S. 300).

⁴⁸ Der SPD-Abg. Sinzheimer: „In der Verfassung ist nicht der Platz, um derartigen politischen Grundsätzen Ausdruck zu geben. Im Unterausschuß haben wir beschlossen, hier allgemeine Grundsätze aufzunehmen, aber nur soweit als sie auch realisierbar sind. Der Satz „Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge des Staates“, ist nur eine Phrase, ein solcher Ausspruch kann doch überhaupt nur (sic!, wohl: nicht) realisiert werden.“ (Verhandlungen 1919, S. 378).

⁴⁹ Der DVP-Abg. Kahl: „Ich warne überhaupt vor dem Ausdruck „unter dem Schutz der Verfassung“, der nicht überall einen klaren Sinn hat.“ (Verhandlungen 1919, S. 381).

⁵⁰ Nach Ladendorf 1906, S. 203, „von Lassalle als sozialistischer Kampfausdruck verwendet“ und „heutzutage [...] durch den damit getriebenen Mißbrauch in ziemlichen Mißkredit gekommen“, obwohl schon 1848 in der Variante *menschenwürdige Zustände* belegt. Marianne Weber, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, forderte in einem Artikel des Heidelberger Tageblatts vom 4.1.1919, S. 1, „menschenwürdige Existenz für alle“.

ten⁵¹, innerer Frieden, Sicherheit und Ordnung, Schmutz- und Schundliteratur, Sozialisierung⁵², Tüchtigkeit, Völkerversöhnung, Wechselfall des Lebens usw. Um den Schlagwortschatz des frühen 20. Jahrhunderts quantitativ wie auch in seiner parteibezogenen Differenzierung zu bestimmen, fehlt wie gesagt ein geeignetes Vergleichskorpus.

Man kann festhalten, dass die Weimarer Reichsverfassung das erste deutsche Verfassungsdokument ist, in dem Rechtsnormen so formuliert sind, dass sie als gesellschaftliche Werte gelesen werden konnten. Ein gewisser Wertekonsens bestand durchaus, denn auch die Parteien, die später gegen die Verfassung stimmten, beteiligten sich fleißig an der Formulierungsarbeit.

Funktion: Gewährleistung politisch-partikularer Interessen

Aber der Verfassungsausschuss ging noch einen Schritt über den politischen Minimalkonsens hinaus. Mit der Entscheidung für eine möglichst gesetzestechnische Formulierung der Grundrechte bzw. der Verfassung generell war die Vorstellung von einer politischen Funktion nicht vom Tisch. Im Gegenteil: Die vorangegangene Debatte schien geradezu die Schleusen für eine neue politische Funktionsbestimmung geöffnet zu haben. Preuß selbst brachte sie ins Spiel:

„Heute geht überhaupt die überwiegende Tendenz mehr auf die konkrete Gestaltung als auf das Bekenntnis reiner Prinzipien. Jeder Interessent verlangt heute eine besondere 'Verankerung' seiner Rechte in den Grundrechten der Verfassung.“⁵³

Es ging hier nicht mehr um die integrativen Werte der gesamten Gesellschaft, d. h. um den politisch-ethischen Konsens, sondern um die Etablie-

⁵¹ Der SPD-Abg. Sinzheimer: „Ich habe zunächst den Antrag gestellt, die Bezugnahme auf die guten Sitten zu streichen, da der Begriff der guten Sitten ein viel zu schwankender ist, um eine sichere Rechtsgrundlage zu bilden. [...] Durch diese Bezugnahme auf die guten Sitten ist der ganze Artikel zu einer Kautschukbestimmung geworden.“ (Verhandlungen 1919, S. 376).

⁵² Es handelt sich hier in der Tat nicht um ein spezifisch sozialistisches Schlagwort, sondern, ähnlich wie unmittelbar nach 1945 (vgl. Wengeler 1995a, S. 54 ff.), um ein parteienübergreifendes (das Gleiche gilt für *Selbstbestimmung*); für die Sache traten 1919 die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und die bürgerlichen Demokraten ein, die sie während des Wiederaufbaus für notwendig hielten. Das Heidelberger Tageblatt brachte am 5.2.1919, S. 1, einen namentlich nicht gekennzeichneten längeren Artikel über das „Schlagwort Sozialisierung“; darin wird u. a. dessen euphemistischer Charakter kritisiert und stattdessen *Verstaatlichung* vorgeschlagen.

⁵³ Verhandlungen 1919, S. 184.

rung politischer Partikularinteressen „hoch oben“, im „höchsten Gesetz“. Zu den hierbei konkurrierenden Interessengruppen⁵⁴ zählen nicht nur die Parteien von ganz links bis ganz rechts, sondern auch die Arbeiterräte, die Beamten, der Mittelstand, das Militär, die Kirchen und Weltanschauungsgruppen sowie die Länder. Resignierend stellte Preuß fest:

„Für eine so einheitliche Grundanschauung, wie sie etwa die bolschewistische Verfassung bietet, fehlen alle Voraussetzungen, die günstigen wie die ungünstigen. Bei uns herrscht eben nicht eine in sich einheitliche Richtung, sondern das Zusammenwirken verschiedener Richtungen“.⁵⁵

Die politische Polarisierung, die für das Scheitern der Weimarer Republik verantwortlich gemacht wird, zeichnet sich bei allen Konsensbemühungen doch bereits in der Verfassung ab.⁵⁶

Auch diese zweite politische Funktion des Textes ist auf Schlagwörter angewiesen, die die jeweiligen Gruppeninteressen nicht nur bezeichnen, sondern zugleich für sie werben: *arbeitende Klasse, Arbeiter- und Wirtschaftsrat, Ausbeutung, Besitzverhältnis, Vergesellschaftung* kann man durch Vergleich mit Redebeiträgen von SPD und USPD der Linken zuordnen. Mit dem Eintreten für die *Erhaltung der Manneszucht* vertrat ein konservativer Abgeordneter das Interesse des Militärs. Ebenso scheint die Paarformel *Sicherheit und Ordnung* ein spezifisch konservatives Interesse zu repräsentieren. Der spezifische Schlagwortschatz von Mehrheitssozialisten und Demokraten deckt sich offenbar teilweise (*menschenwürdige Existenz*, s. o.). Auch hier müsste man systematischer, als es hier möglich war, den Verfassungstext mit Parteiprogrammen und Tagespresse vergleichen. Interessanterweise ist nicht bloß parteiprogrammatische Lexik in die Verfassung geraten, sondern sind umgekehrt auch Lexementscheidungen des Verfassungsausschusses in z. B. das Parteiprogramm der Demokraten eingeflossen, an dem zeitgleich auf einem Parteitag gearbeitet wurde.⁵⁷

⁵⁴ „Alle am Verfassungswerk beteiligten Parteien gerieten in eine Art von Wettlauf hinein, nicht nur die politischen Forderungen, die ihnen am Herzen lagen, in den Text hineinzubringen, sondern auch die bewährten Institutionen der Vergangenheit aufrechtzuerhalten und mit Verfassungsschutz zu umgeben.“ (Apelt 1964, S. 297).

⁵⁵ Verhandlungen 1919, S. 185.

⁵⁶ *Entpolitisierung und Politisierung* wurde dieses Spannungsverhältnis 1923 von einem Juristen (Wittmayer 1923) genannt, der in den Konsensbestrebungen der Verfassungsautoren den Versuch sah, den „Burgfrieden“ des Krieges zu verlängern, einen Versuch, der seiner Ansicht nach nicht gelingen konnte.

⁵⁷ Aus dem Bericht über den „demokratischen Parteitag“ im Berliner Tageblatt, Morgen-Ausg., vom 22.7.1919, S. 3: „Hierauf hielt Friedrich Naumann sein Referat zum Abschnitt 2 des Programmentwurfs: 'Kulturelle Fragen'. Er führte aus: Die zum Programmentwurf vorliegenden Anträge haben meistens durch die Nationalversammlung Formulierungen erhalten.“ Naumann legte hier nochmals,

Die Berichterstattung über die Verfassungsberatungen in zwei exemplarisch ausgewählten Tageszeitungen⁵⁸ zeigt, dass die Etablierung politischer Partikularinteressen in der Verfassung mehr öffentliche Aufmerksamkeit erlangte als die Frage 'Volksbekenntnis oder Fundamentalgesetz'. Diese Aufmerksamkeit kommt in der auffallend häufigen Verwendung des Syntagmas *etwas in der Verfassung verankern* bzw. *Verankerung von etwas in der Verfassung* zum Ausdruck. Die Schreiber haben die Wendung z. T. in Anführungszeichen gesetzt, um das Modische oder das Neue zu markieren. Sie wird zuerst in politischen Debatten eingeführt⁵⁹ und in den Zeitungen zitierend wiedergegeben; danach beginnen die Kommentatoren, den Bereich des zu verankernden Gegenstands auszuweiten. Da werden dann nicht mehr bloß „Reservatrechte“⁶⁰ oder „Materien“⁶¹ in der Verfassung verankert, sondern die *Demokratie* im Ganzen⁶² oder die *Reichseinheit*⁶³. Ferner wird das Verb variiert; statt *verankern* lassen sich belegen *festlegen*, *sehen wollen*, *verwurzeln* und andere.⁶⁴ Das Ergebnis der Verankerungen wird auch kritisch gewertet als „trauriges Flickwerk“, „Mischmasch verdünnter Weltanschauungen“⁶⁵ oder als „interfraktionelles Parteiprogramm“⁶⁶.

Damit sind zu den tradierten drei juristischen Funktionen in der Weimarer Verfassung drei politisch-gesellschaftliche Funktionen hinzugekommen: der historisch begründete Utopie-Entwurf, der Appell zum politisch-ethischen Konsens und die Gewährleistung politisch-partikularer Interessen. Alle drei sind aber auf die Verknüpfung mit der rechtssetzenden Funktion angewiesen, die ihnen erst das notwendige Prestige bzw. eine über das Politische hinausgehende Relevanz verleiht.

nur anders paraphrasiert, seine Vorstellung von Demokratie als Weltanschauung und von der „Erziehungsaufgabe“ der Verfassung als „Katechismus“ dar.

⁵⁸ Berliner Tageblatt und Heidelberger Tageblatt.

⁵⁹ Vgl. Aufruf der Reichsregierung Scheidemann an die Arbeiterschaft vom 1.1.3.1919, in dem es heißt: „Die Betriebsräte werden in der Verfassung verankert, können also nicht mehr aufgehoben werden.“ Zit. n. Huber 1961/1991, S. 89. Nach Stammler 1950 ist *verankern* in dieser metaphorischen Bedeutung erstmals 1906 belegt und galt später als typisches „Nazi-Wort“.

⁶⁰ Zitat Preuß in Heidelberger Tageblatt 25.2.1919, S. 1.

⁶¹ Zitat aus dem Badischen Verfassungsausschuss in Heidelberger Tageblatt 5.2.1919, S. 2.

⁶² Heidelberger Tageblatt 22.3.1919, S. 1, ebd. 4.3.1919, S. 2.

⁶³ Heidelberger Tageblatt 1.3.1919, S. 2 „Verankerung der Reichseinheit“ ohne präpositionalen Anschluss.

⁶⁴ ferner: *etwas in die Verfassung bringen* oder *aufnehmen*, alle Heidelberger Tageblatt 1919.

⁶⁵ Heidelberger Tageblatt 12.7.1919, S. 1. Es ist nicht eindeutig, aber wahrscheinlich, dass es sich hierbei um eine Korrespondenten-Formulierung (nicht um ein Politiker-Zitat) handelt.

⁶⁶ Poetzsch 1919, S. 29.

Der Verfassungsausschuss hat den Grundrechtsteil im Laufe seiner Beratungen um das Vierfache vergrößert; aus den dreizehn Artikeln des Entwurfs wurden 56 Artikel und ein eigener Hauptteil.⁶⁷ Man hatte sogar einmal überlegt, diesen Verfassungsteil abzutrennen.⁶⁸ Damit hätten die konfligierenden Textfunktionen die Verfassung gespalten in ein Grundgesetz und ein Staatsbekenntnis, doch bezeichnenderweise widersprach dies dem Textsortenkonzept.

Rezeption

Abweichend von der herrschenden Juristen-Meinung seiner Zeit betonte Rudolf Smend 1928, mit dem Grundrechtsteil habe sich der Weimarer Staat einem bestimmten „Kultursystem“ zugeordnet, einem „geschichtlich begründeten und bedingten geistigen Ganzen“ und zurecht die rein juristische Aufgabe transzendiert.⁶⁹ Folgerichtig sei die „angemessene theoretische Bearbeitungsweise dieses Kultursystems“ eine „geisteswissenschaftliche“.⁷⁰ Diese Horizonterweiterung lässt erkennen, dass in einem demokratischen Staat die Verfassung insbesondere mit ihren Grundrechten dasjenige zu repräsentieren hat, was zuvor durch den Monarchen repräsentiert wurde.⁷¹ Es sei, so Smend,

⁶⁷ Vgl. Anschütz 1927, S. 26.

⁶⁸ Nach Heuß (1937, S. 617) schlug dies der Abg. Hermann Luppe am 15. Juli 1919 vor; Apelt (1964, S. 109 f.) nennt den Vorschlag des SPD-Abg. Sinzheimer; die meisten Abgeordneten sprachen sich bei der Diskussion allerdings für eine Aufnahme von Grundrechten in die WRV aus (Verhandlungen 1919, S. 181 ff.).

⁶⁹ „So ist der Staat der Weimarer Grundrechte der Staat eines bestimmten Kultursystems, sofern eine Anzahl grundlegender Elemente dieses Kultursystems als oberstes Gesetz des Landes normativ anerkannt sind – darunter bezeichnenderweise auch Minderheitswerte und Kompromisse. [...] Diese Aufgabe hat – bei aller technischen Unzulänglichkeit der Durchführung – der Naumannsche Grundrechtsentwurf der Weimarer Versammlung mit voller Klarheit gestellt, und der Abstand der endgültigen Grundrechte von denen des ersten Entwurfs ist der Ausdruck des Bekenntnisses der Versammlung zu dieser Aufgabe.“ (Smend 1928a/ 1955, S. 92 und ebd. Anm. 3).

⁷⁰ Smend 1928a/ 1955, S. 92.

⁷¹ „Dieses System der Grundrechte ist an sich als ein geschichtlich begründetes und bedingtes Ganzes Gegenstand einer rein geisteswissenschaftlichen Bearbeitung [...]“ Die „praktische Bedeutung“ der Grundrechte der Weimarer Verfassung „ist sicher durch den Wegfall der Monarchie gestiegen: solange diese den geschichtlichen Gehalt des Staates symbolisierte und repräsentierte und zugleich der staatlichen Ordnung die notwendige Legitimität gab, lag es nahe, an den Grundrechten nur ihre negative, staatsbeschränkende Seite zu sehen. Jene beiden Aufgaben der Monarchie sind durch die Umwälzung frei geworden, mit dem Erfolge erheblicher Bedeutungssteigerung der als Ersatz eingetretenen Fak-

„bezeichnend für Friedrich Naumanns politischen Scharfblick, daß ihm diese Folge der Umwälzung sofort klar gewesen ist [...] und wenn sein eigener Grundrechtsentwurf als das unglückliche, halbliturgische Alterswerk, das es war, mit Recht abgelehnt ist, so ist dessen Grundgedanke doch im Vergleich mit der wesentlich technischen Verfassungstheorie von M. Weber und H. Preuß eine ungleich tiefere Einsicht.“ (Smend 1928b/1955, S. 267)

Die Symbolfunktion einer Verfassung entsteht erst in der gesellschaftlichen Rezeption, die wiederum von den Verfassungsautoren antizipiert werden kann. Von der außerparlamentarischen Diskussion um die Textfunktionen enthalten die Zeitungen, in denen in jenen Monaten des Jahres 1919 ganz andere Themen dominieren, nur einige wenige Reflexe. In der Presseberichterstattung wird der „volkserzieherische“ Aspekt⁷² des Textes stärker betont als in der Verfassungsberatung. Tatsächlich wird aber schon in Art. 148 WRV die Erziehung zu „staatsbürgerlicher Gesinnung“ versprochen und vorgeschrieben: „Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung.“

Für diese volkspädagogische Akzentsetzung der Presse waren aber weniger die Journalisten verantwortlich als die publizistisch um die Akzeptanz der Verfassung werbenden Abgeordneten. Hugo Preuß und andere Mitglieder des Verfassungsausschusses haben in öffentlichen Vorträgen und Presseartikeln selbst das Wort ergriffen und hier vor allem die gesellschaftliche Symbolfunktion mit zeittypischem Pathos herausgestellt.

„Die Verfassung muß ein Spiegel und ein Wahrzeichen des Staates sein, der sie ermöglicht hat und den sie festigen soll.“ schrieb etwa Conrad Haussmann im Berliner Tageblatt.⁷³

Victor Klemperer schildert in seinem Tagebuch am 9. August 1919 folgende Szene:

„Gestern Abend der Vortrag vom Hofrat [o.] Prof. Beyerle, Mitglied des Verfassungsausschusses in Weimar, [Centrummann,] war nach Form, Geste u. Inhalt gleich schlecht. Der Mann, mittelalterlich, im Bratenrock, tigerte auf dem breiten Podium des Aud. max. mit großen Armbewegungen wie ein Löwe im Käfig

toren, wofür die große Rolle der Farben bezeichnend ist.“ (Smend 1928b/1955, S. 267).

⁷² In einer Zusammenfassung der Preußischen Denkschrift zur Verfassung, die wegen Papiermangels bei der Zeitung nicht vollständig abgedruckt werden konnte, heißt es: „es [handelt] sich im wesentlichen doch um den neuen Geist, der den Entwurf durchflutet und zu dem die neue Verfassung erziehen soll“. Heidelberger Tageblatt 25.1.1919, S. 1. – Der Textentwurf der SPD zu den Grundrechten sah als Art. 32, Abs. 3 vor: „Inhalt und Geist der Verfassung sind zum Lehrfach des Volks- oder Fortbildungs-, des Mittel- und Hochschulunterrichts und in allen Zweigen des öffentlichen Prüfungswesens zum Prüfungsgegenstand zu machen.“ (Verhandlungen 1919, S. 173).

⁷³ 13.7.1919, o.S. (S. 1). Haussmann war Vorsitzender des Verfassungsausschusses.

auf u. ab. schrie u. deklamierte ständig, dabei in abgegriffenen Phrasen – Verankert! Im Schooß des Volkes, im Schooß der Nationalversammlung, etc. – tat, als hätte er in einem Bezirksverein Königs Geburtstag zu feiern u. vergaß über allen Phrasen die sachliche Angabe dessen, was die neue Verfassung bestimmt, fast völlig.“⁷⁴

Die Weimarer Republik hat das gesellschaftsintegrierende Potential ihrer Verfassung solchen Anstrengungen zum Trotz nicht erkannt.⁷⁵ Die ihr eingeschriebene Utopie erschien im Kontext der 20-er Jahre zunehmend auf der Rechten als „alter Hut von 1848“ und auf der Linken als „bürgerliche Mißgeburt“.⁷⁶ Dennoch knüpften die Autoren des Verfassungsentwurfs der DDR von 1946⁷⁷ und die des westdeutschen Grundgesetzes von 1949 wieder bei der Weimarer Verfassung an; beide sowohl mit Schlagwörtern und Syntagmen wie auch mit der Übernahme einiger Artikel im Wortlaut.⁷⁸ Bei den Anknüpfungen in Westdeutschland galt es nicht nur, die bekannten Weimarer Fehlkonstruktionen zu vermeiden, sondern auch, in den Worten des CDU-Abgeordneten Süsterhenn, die „volkspädagogische, sozialpsychologische dirigierende Kraft“ zu berücksichtigen, die „von dem Gesetz auszugehen habe, das wir hier schaffen wollen“⁷⁹, und ein SPD-Abgeordneter erinnerte auch wieder an die „umfassende Neuschöpfung der Grundrechte im Sinne Friedrich Naumanns“. Er riet jedoch von einem solchen Versuch ab,

„da die Zeit dafür ebenso wenig reif sei wie 1918. Er könne leicht dazu führen, daß die Grundrechte einen höchst heterogenen Niederschlag verschiedener Parteiprogramme darstellen, ohne daß sich eine einheitliche Auffassung über die Substanz des neuen Staates oder der neuen Gesellschaft herausbildet.“⁸⁰

Damit riss die Rezeption der Verfassungsdebatte von Weimar ab, nicht aber die Idee von der Verfassung als politischem Glaubensbekenntnis. In dem von Dolf Sternberger entworfenen Konzept des Verfassungspatriotismus, das er zum 30. Jahrestag des Grundgesetzes 1979 erstmals explizier-

⁷⁴ Klemperer 1996, Eintrag vom 9.8.1919, S. 168.

⁷⁵ Nicht nur die juristischen Autoren, auch die Öffentlichkeit war noch geprägt von der alten Auffassung, dass Grundrechte zwar schön klingen, aber kaum durchsetzbares positives Recht darstellen (Apelt 1964, S. 297).

⁷⁶ Vgl. Weyergraf 1995.

⁷⁷ Veröffentlicht in: Neues Deutschland Nr. 176, vom 16.11.1946, S. 3. Für diesen Hinweis danke ich Hartmut Schmidt, Mannheim.

⁷⁸ Bes. die zum Verhältnis von Staat und Kirche; vgl. auch Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes 1951, S. 53.

⁷⁹ Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes 1951, S. 29 (CDU-Abg. Süsterhenn).

⁸⁰ Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes 1951, S. 44 (SPD-Abg. Zinn).

te⁸¹, kommt Weimar trotz ausführlicher historischer Argumentation nicht vor. Im Gegenteil, Sternberger, der die 20-er Jahre als Schuljunge erlebte, hält beiläufig fest:

dass diese Republik „nicht eigentlich von Patriotismus erfüllt oder zusammengehalten“ worden sei. „Die Verfassung blieb unter diesen Umständen ein juristisches Dokument; kaum daß man in der Schule etwas Näheres davon erfuhr.“⁸²

Einiges Kritische ist über die „eigentümliche Diskrepanz zwischen rationalem Verfassungsbegriff und patriotischen Gefühlswerten“ bei Sternberger gesagt worden.⁸³ Man hat aber auch die Chancen erkannt, die darin liegen, einen Text statt eines Monarchen oder eines Diktators, zum Bezugspunkt nationaler Identität zu machen. Zum Einen haben die neuen Bundesländer sich in ihren Verfassungen, und nicht nur in den Präambeln, trotz juristischer Proteste⁸⁴ für Formulierungen entschieden, die eine Rezeption als politisch säkulare Bekenntnisschrift zulassen. In Brandenburg etwa beginnt der Text mit dem sozialintegrativen „wir“:

„Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg, haben uns in freier Entscheidung diese Verfassung gegeben, im Geiste der Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität in der Mark Brandenburg, gründend auf den friedlichen Veränderungen im Herbst 1989, von dem Willen beseelt, die Würde und Freiheit des Menschen zu sichern, [...]“⁸⁵

Im rechtsrelevanten Teil findet man etwa folgende, eher expressiven denn sanktionierbaren direktiven Äußerungen:

„Die Hausarbeit, die Erziehung der Kinder, die häusliche Pflege Bedürftiger und die Berufsarbeit werden gleich geachtet.“ (Art. 26 Abs. 4)

„Sport ist ein förderungswürdiger Teil des Lebens.“ (Art. 35)

„Tier und Pflanze werden als Lebewesen geachtet.“ (Art. 39 Abs. 3)⁸⁶

Zum Zweiten wird in der öffentlichen Diskussion politisch, nicht juristisch, quasi mit dem Grundgesetz „unterm Arm“ argumentiert.⁸⁷ Vor

⁸¹ Abgedruckt in: Behrmann/Schiele (Hgg.) 1993, S. 1–2 (= „Das Vaterland“, Leitglosse der FAZ v. 16.9.1959), u. S. 2–4 (= „Verfassungspatriotismus“, Leitglosse der FAZ vom 23.5.1979).

⁸² Sternberger 1982, S. 6.

⁸³ Vgl. Behrmann/Schiele (Hgg.) 1993.

⁸⁴ Vgl. Lutz R. Reuter: Verfassungspatriotismus und Verfassungsreform, in: Behrmann/Schiele (Hgg.) 1993, S. 79–130, hier: S. 107.

⁸⁵ Zit. n. Verfassungen der deutschen Bundesländer 1995, S. 229.

⁸⁶ Ebd. S. 236–240.

⁸⁷ Die eschatologische Aufladung der politischen Sprache, an deren Anfang die Stilisierung des Grundgesetzes gestanden habe, warfen 1982 Kurt Biedenkopf und Hans Maier den Linken vor (Wengeler 1995b, S. 392).

allem Artikel 1 hat hier eine eigene Zitiertradition entwickelt, wie man an den Gedenksteinen zweier Außenlager des KZs Neuengamme sehen kann, auf denen allein mit dem Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ an die Opfer erinnert und zugleich ein mahrender Appell ausgedrückt wird.⁸⁸ Das Grundgesetz ist in einer Weise zum Topos geworden, bei der die ursprüngliche rechtliche Relevanz nur noch dazu dient, das Gewicht der gesellschaftlichen Werte zu erhöhen.⁸⁹

Demokratische Verfassungen scheinen zu adeln, was sie tatsächlich oder vermeintlich in sich bergen. Die Erweiterung der juristischen um die politische Dimension dieser Textsorte machte die Verfassungen unseres Jahrhunderts zu einem politischen Symbol, zu einer säkularen Bibel. Um den sakralisierten Text herum wird in Schwellensituationen ein ritueller Kontext, eine Liturgie arrangiert, mit der dem Text seine Bedeutung zugewiesen wird.

Ein solcher Moment war gekommen, als eine Woche nach Inkrafttreten der Weimarer Verfassung Friedrich Ebert als erster Reichspräsident vereidigt werden sollte. Ich schließe mit dem Bericht des *Berliner Tageblatts* vom 22. August 1919:

„Schon eine Stunde vor dem Beginn der Festsitzung [...] rückte mit klingendem Spiel eine Ehrenkompanie Landesjäger in Paradeuniform auf den Platz: hellgrüne Röcke, weiße Hosen, Stahlhelm, Tornister mit geroltem Mantel und aufgeschnalltem Kochgeschirr. [...] Kurz vor 5 Uhr fuhr das Auto des Reichspräsidenten vor. Die Kapelle der Landesjäger begrüßte ihn mit dem gemütvollen Jägermarsch: „Ich schieß' den Hirsch“. [...] Als Ebert den Sitzungssaal betrat, begann die Orgel eine Kantate von Bach zu spielen. Im Plenarsaal waren die Tribünen überfüllt. Zahlreiche Damen und Herren der Weimarer Gesellschaft wohnten als Zuschauer der Sitzung bei, dagegen wies das Parkett der Abgeordneten große Lücken auf [...] Gelbe und rote Blumen, dunkelgrüne Lorbeerbäume und Immergrün schmückten sehr reizvoll die ganze Bühne. [...] Während der Orgelklänge führte Präsident Fehrenbach den Reichspräsidenten auf die Bühne, beide im schwarzen Gehrock. Fehrenbach ergriff [...] das Wort, um dem Reichspräsidenten unter Hinweis auf Artikel 42 der Reichsverfassung den Eid auf die Verfassung abzunehmen. Präsident Ebert setzte seine Brille auf und machte sich zum Schwur bereit. – Aber da stellte sich heraus, daß das Exemplar der Verfassung, die man zu dem Akt brauchte, nicht zur Stelle war.“

⁸⁸ Puvogel 1988, S. 299 und 759. – Schreckenberger (1978, S. 86 f.) nennt in seiner juristischen Habilitationsschrift Artikel 1, Abs. 1 GG „ein iconisches Zeichen mit kollektiver Geltung“, das „als deskriptive oder direktive Aussage sinnlos“ sei, und zu dessen affektivem und appellativen Wert auch phonetische Eigenschaften, eine „Poetizität des Ausdrucks“ und eine „gewisse rhetorische Musikalität“ beitrage. Das ist abwertend gemeint.

⁸⁹ So kritisierte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Jagoda, im Januar 1997 ein „Grundübel unserer Gesellschaft“, nämlich den „Artikel Null des Grundgesetzes: Der Besitzstand der Deutschen ist unantastbar.“ Zit. nach Frankfurter Rundschau vom 16.1.1997, S. 11.

Erst nach einer peinlichen Pause konnte der liturgische Höhepunkt buchstäblich über die Bühne des Weimarer Nationaltheaters gehen.⁹⁰ Der Festakt entfaltete eine beinahe prophetische Symbolik. Nationaler Pomp verdrängte die demokratischen Essentials: das Parlament und die Verfassung. Zwanzig Jahre später war beides aus der nationalen Identität getilgt.

Quellen

- Berliner Tageblatt, Januar bis August 1919.
- Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes (1951), im Auftrage d. Abwicklungsstelle des Parlamentarischen Rates und des Bundesministers des Innern auf Grun der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates bearb. von Klaus-Berto v. Dömming, Rudolf Werner Füsslein und Werner Matz. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge Bd. 1, hrsg. v. Gerhard Leibholz und Hermann v. Mangoldt. Tübingen.
- Heidelberger Tageblatt, Januar bis August 1919.
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1978): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1986): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1990): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 3: Deutsche Verfassungsdokumente 1900–1918. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.) (1961/1992): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919–1933. 3., neubearb. und vermehrte Aufl. Stuttgart usw. (1. Aufl. 1961).
- Verfassungen der deutschen Bundesländer (1995). 5. Aufl. Stand: 1. März 1995. München (Beck-texte im dtv).
- Verhandlungen der Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung. Anlagen zu den stenographischen Berichten. Berlin 1919/1920. Insbes. Aktenstück Nr. 391. Mündlicher Bericht des 8. Ausschusses über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs.

Literatur

- Anschütz, Gerhard (1927): Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis. 6., unveränderte Aufl. (20.–21. Tsd.). Berlin.
- Apelt, Willibald (1964): Geschichte der Weimarer Verfassung. 2., unveränd. Aufl. München.
- Behrmann, Günter C./Schiele, Siegfried (Hgg.) (1993): Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung? Schwalbach/Ts. (Didaktische Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg).

⁹⁰ Berliner Tageblatt, Morgen-Ausg., vom 22.8.1919, S. 1.

- Benda, Ernst/ Mayhofer, Werner/ Vogel, Hans Jochen (1983): Handbuch des Verfassungsrechts, Berlin.
- Benda, Ernst (1996): Hugo Preuß und Gerhard Leibholz. Von der Weimarer Verfassung zum Grundgesetz. In: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte, 48 Jg., Heft 4 1996, 291–302
- Boldt, Hans (1994/1993): Deutsche Verfassungsgeschichte Bd. 1 3 Aufl 1994 Bd. 2 2., durchgesehene u. erg. Aufl. 1993 München.
- Busse, Dietrich (1992): Recht als Text Tübingen. (=RGL, 131).
- Dingel, Irene (1994): Art. „Friedrich Naumann“ In: Gerhard Müller (Haupthrsg.): Theologische Realenzyklopädie Bd. XXIV Berlin, New York S. 225–230
- Grimm, Dieter (1988): Deutsche Verfassungsgeschichte 1776–1866 Frankfurt/M (=Neue Historische Bibliothek edition suhrkamp N F 271).
- Hattenhauer, Hans (1994): Europäische Rechtsgeschichte 2., verbess. Aufl Heidelberg.
- Heuß, Theodor (1937): Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart, Berlin.
- Klemperer, Victor (1996): Leben sammeln, nicht fragen wozu und warum. Tagebücher 1918–1924, Bd. 1 Berlin.
- Kröger, Klaus (1988): Einführung in die jüngere deutsche Verfassungsgeschichte (1806–1933) München (=Schriftenreihe der Juristischen Schulung, 102).
- Ladendorf, Otto (1906): Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch. Straßburg u. Berlin.
- Lefebvre, Georges (1939/1989): 1789 Das Jahr der Revolution. Aus d. Franz. von Ulrich Friedrich Müller, München (nach der Neuausg. Paris 1970, 1 Aufl. 1939)
- Naumann, Friedrich (1914): Die Kunst der Rede Berlin.
- Poetzsch, Fritz (1919): Die Grundrechte in der neuen Reichsverfassung. In: Die Nation. Eine Zeitschrift für Politik. Heft 10, 1 Jg. 1919, S. 28–32
- Preuß, Hugo (1926/1964): Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss. Hildesheim (Reprograph. Nachdr. d. Ausg. Tübingen 1926)
- Puvogel, Ulrike (Hg.) (1988): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 245), 1 Aufl Bonn.
- Schreckenberger, W (1978): Rhetorische Semiotik. Analyse von Texten des Grundgesetzes und von rhetorischen Grundstrukturen der Argumentation des Bundesverfassungsgerichtes. Freiburg, München.
- Smend, Rudolf (1928a/1955): Das Recht der freien Meinungsäußerung (1928). In: ders. Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze Berlin, S. 89–118
- Smend, Rudolf (1928b/1955): Verfassung und Verfassungsrecht (1928) In: ders. Staatsrechtliche Abhandlungen und andere Aufsätze Berlin, S. 119–276
- Stammler, Wolfgang (1950): Zur Wortgeschichte 1 verankern. In: Muttersprache 5/1950, S. 292–293
- Sternberger, Dolf (1982): Verfassungspatriotismus. Hannover (=Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Grundfragen der Demokratie, Folge 3).
- Wengeler, Martin (1995a): „Der alte Streit 'hier Marktwirtschaft, dort Planwirtschaft' ist vorbei“ Ein Rückblick auf die sprachlichen Aspekte wirtschaftspolitischer Diskussionen. In: Stötzel, Georg/ Wengeler, Martin (Hgg.): Kontroverse Begriff Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 35–91

- Wengeler, Martin (1995b): „1968“ als sprachgeschichtliche Zäsur. In: Stötzl, Georg/ Wengeler, Martin (Hgg.): *Kontroverse Begriff. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, S. 383–404.
- Weyergraf, Bernhard (1995): Einleitung. In: ders., *Literatur der Weimarer Republik 1918–1933*. München (=Hansers Sozialgeschichte der deutschen Literatur vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart; Bd. 8), S. 7–37.
- Wittmayer, Leo (1923): *Reichsverfassung und Politik*. Tübingen (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften; 24).

GEORG STÖTZEL

Geschichtliche Selbstinterpretation im öffentlichen Sprachgebrauch seit 1945. Der Befreiungsdiskurs zum 8. Mai

Abstract

In den Jahren 1985 bis 1995 hat in der Bundesrepublik Deutschland ein intensiver geschichtlicher Selbstdeutungsdiskurs stattgefunden, dessen Besonderheit darin besteht, daß es sich größtenteils um einen staatlichen Selbstverständigungsprozeß handelt, dessen Wurzeln sozusagen bis in die Embryonalphase der zweiten deutschen Republik zurückreichen. Es ging um das Verhältnis der Deutschen zum Nationalsozialismus und seinen bzw. ihren Verbrechen und um ihr Verhältnis zur geschichtlichen Zäsur vom 8. Mai 1945. Der Vortrag zeigt die wesentlichen Stationen des bereits 1945 einsetzenden Diskurses, in dessen Zentrum die Frage steht, ob sich Deutsche als Opfer des „Hitler-Terrorismus“, d. h. von vornherein am 8. Mai 1945 als „Befreite“ fühlen oder interpretieren durften (wie es in der SBZ geschah), oder ob sie wegen ihrer Mitschuld (bzw. Kollektivschuld) als „besiegtes Volk“, das eine „Niederlage“ erlitten hatte, zu gelten hatten. Die Analyse zeigt die Diskrepanz von subjektiven Erlebniskategorien und politischen Interpretationen im Hinblick auf den 8. Mai 1945. Anhand der öffentlichen Interpretationen dieses Datums an den jeweiligen Jahrestagen ab 1955 wird versucht, den westdeutschen politischen Lernprozeß nachzuzeichnen, demzufolge sich die Deutschen angesichts ihrer Mitschuld am Nationalsozialismus nach dem 8. Mai 1945 als von außen Befreite verstehen durften und dürfen. Der oft verkürzte, als *Streit über Befreiung oder Niederlage* wahrgenommene Diskurs ist situiert in einem Netz geschichtsdeutender Selbstinterpretationen, in dem es u. a. um Vokabeln wie *Machtergreifung*, *Machtübernahme*, *Machtübergabe*, *Kollektivschuld*, *Schuld*, *Mitschuld*, *Reichskristallnacht*, *Reichspogromnacht*, *Pogromnacht*, *Drittes Reich* und *Viertes Reich*, *Invasion* oder *Landung der Alliierten* geht. Der Vortrag zeigt, wie sich in öffentlichen, zumal in staatlichen Diskursen über geschichtsinterpretierende Vokabeln die Kontroversen und sich wandelnden Bewertungen und Einstellungen zu unserer eigenen Geschichte artikulieren, wie also mit der öffentlichen Durchsetzung lexikalisch 'autorisierter' Geschichten eine Herstellung und Modifikation unserer eigenen Geschichte einhergeht.

Die diesjährige Jahrestagung des IDS ist einem Thema gewidmet, das mich und eine Reihe jüngerer Kolleginnen und Kollegen in Düsseldorf seit Jahren beschäftigt. Mit unserer „Geschichte des öffentlichen Sprach-

gebrauchs in der BRD seit 1945“ haben wir eine Art Historiographie des gesellschaftlichen Selbstverständnisses aus linguistischer Sicht vorgelegt auf der Grundlage umfangreicher Quellenrecherchen in Printmedien.¹

Mithilfe von VW-Stiftung und Deutscher Forschungsgemeinschaft konnten wir in Düsseldorf das Projekt „Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära“ (Böke u. a. 1996) abschließen und ein Projekt „Migrationsdiskurs“ in Deutschland und Europa beginnen.

Die Monographien von Matthias Jung, Martin Wengeler und Karin Böke über Atomenergie-, Rüstungs- und frauenpolitische Themen konvergieren, wie alle unsere Arbeiten, offenbar sehr stark mit dem von Busse, Hermanns und Teubert entwickelten Programm von Sprachgeschichte als Diskurs- und Mentalitätsgeschichte, wie man an den Autorennamen des programmatischen Sammelbandes „Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte“ ablesen kann.

Das Düsseldorfer DFG-Projekt „Migrationsdiskurs“ versucht, Diskursanalysen durch die Integration von Metaphern- und Argumentationsanalysen zu verbreitern (alle Projekte sind im Internet zugänglich). Ebenso besteht eine Konvergenz unserer zeitgeschichtlich detaillierten Längsschnitt-Analysen mit den aus dem IDS stammenden mehr lexikologisch-lexikographisch und querschnitthaft orientierten „Brisanten Wörtern“ von Strauß, Haß und Harras. Wo sich unsere Themenbereiche und deren Lexikonausschnitte decken, kann man die Düsseldorfer „Kontroversen Begriffe“ und die Mannheimer „Brisanten Wörter“ durchaus komplementär lesen.

Ich habe so ausführlich auf diese Forschungskonstellation hingewiesen, weil ich meine Einladung nach Mannheim wohl auch dem Umstand verdanke, daß ich hier die Düsseldorfer Gruppe vertreten soll. Was ich heute hier vortragen will, habe ich allerdings allein zu vertreten, dafür halte ich allein den Kopf hin.

Mein Ziel ist: etwas über Kontinuitäten und Änderungen in der öffentlichen Selbstinterpretation der Deutschen seit 1945 sichtbar zu machen. Trotz offenkundiger Anlehnung an diskursgeschichtliche Konzepte werde ich wenig zur Theoriediskussion beitragen. Ich möchte eher forschungspraktisch die Korpusbildung und -deutung fördern, – mit freilich schon „hermeneutisch zu nennender Quellenauswahl“ (s. Hermanns 1995, S. 90). Vielleicht dient eine derartige empirische Sättigung auch dazu, grundsätzliche Theoriefragen zu klären: etwa die der Diskurs-Abgrenzung, die kürzlich Hans Jürgen Heringer in einer Rezension über Matthias Jung gestellt hat. Zu fragen wäre, wo das öffentliche Bewußtsein Grenzziehungen zwi-

¹ Zur internationalen Rezeption vgl. Helbig (1996); Wells (1995); Moll (1997).

schen Diskursen als sekundär geschaffenen wissenschaftlichen Gegenständen nahelegt und legitimiert. Als mögliche Diskussionsgrundlage verweise ich am Ende meiner Diskursskizze auf Nebendiskurse, die verschieden stark mit dem sog. Befreiungsdiskurs verbunden sind.

Ich beschränke mich auf die Textsorten 'Reden', 'Erklärungen', 'Presseberichte' und 'Leserbriefe' zum wiederkehrenden Ereignis „Gedenken an den 8. Mai 1945“. Die Korpusherstellung zum sperrigen Gedenktag soll auch eine Barriere bilden gegenüber allzu beliebigen Ergebnissen und Deutungen gesellschaftlicher Diskurse.

Die Terminologieproblematik bezüglich der oft beklagten Inflation des offenbar nützlichen Modeterminus *Diskurs* möchte ich in Form eines Dankes an meinen akademischen Lehrer ansprechen: Ohne die Begrifflichkeit von „Diskurs“ und „Textkohärenz“ usw. zur Verfügung zu haben, schreibt Peter von Polenz bereits 1970 in seinem Neuentwurf einer Sprachgeschichte: „Statt Vokabularien wären Textlesebücher der politischen deutschen Sprachgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts nötiger.“ Dann tut er bereits einen ersten Schritt zur diskurshaften Textverknüpfung, indem er eine „kleine Auswahl von Abschnitten aus Reden und Proklamationen von 1848 bis 1943“ vorlegt, denen inhaltlich gemeinsam ist, „daß diese Texte öffentlich gewirkt haben und ihre Meinungen denjenigen Richtungen entsprechen, die sich in der deutschen Politik von der Paulskirchenversammlung bis zum Garnisonskirchen-Staatsakt folgenreich durchgesetzt haben.“ (S. 165). Vielleicht setzt meine vorgelegte Diskursskizze nicht zufällig zeitlich und thematisch genau dort an, wo von Polenz aufhört.

Anstoß meiner Analyse war die große Rede von von Weizsäcker vom 8. Mai 1989. Sie stellt einen Höhepunkt der öffentlichen Diskussion über die Bedeutung der Geschichtszäsur von 1945 und über die Rolle der Deutschen vor und während der sog. Nazi-Zeit dar. Die Diachronie, der ganze Ablauf dieses Diskurses über die zusammenhängende Geschichts- und Selbstdeutung eines Volkes ist bisher wenig intensiv untersucht. Ich möchte diesen Diskurs sowohl in seinem geschichtlichen Ablauf wie auch in seiner thematischen Breite deutlicher als bisher anhand von Belegen und deren Interpretation sichtbar machen. Ausführlicher werde ich auf den ostdeutschen Diskurs und den westdeutschen Diskurs vor 1985 eingehen, weil hier noch weiße Felder auf der Korpussebene vorliegen.

Ich benutze meine verteilte Diskursskizze dazu, Ihnen Belege und z. T. auch Interpretationshinweise vorzulegen: ich selbst referiere hier nur skizzenhaft.

Der Diskurs mit der Leitvokabel *Befreiung*, der Befreiungsdiskurs, beginnt nicht mit dem Datum 8. Mai 1985, d. h. nicht mit der allgemeinen öffentlichen Diskussion über die Rede des Bundespräsidenten. Der Befreiungsdiskurs beginnt aber auch nicht erst mit dem Datum 5. und 8. Mai

1945, als sich General Eisenhower in den Niederlanden sehr wohl als „Befreier“ bezeichnet, diese Bezeichnung aber gegenüber den Deutschen und in Deutschland auf höhere Weisung hin ablehnen muß (s. Falkenberg 1989, S. 6).

Der Befreiungsdiskurs beginnt überraschenderweise bereits 1944. Der nationalsozialistische „Völkische Beobachter“ polemisiert gegen die Auslandspresse und spricht mit distanzierenden und ironisierenden Anführungsstrichen vom „befreiten“ Italien und von den Alliierten als den „Befreiern“ in Frankreich, die „Hunger, Elend, Schikane, Gewalttätigkeiten aller Art“ dorthin gebracht hätten (VB 29.8.44, S. 1).²

Was sich im „Völkischen Beobachter“ zeigt, ist der Vorlauf zum innerdeutschen Interpretationsstreit über den 8. Mai 1945. Von Anfang an scheint durch die Selbstdeutung der Besatzungsmächte dieser innerdeutsche Interpretationsstreit angelegt: Die Westmächte lassen sich gegenüber Deutschland nicht als „Befreier“ feiern, um den Deutschen nicht die Opferrolle gegenüber den Nazis zuzubilligen. Die Rote Armee unter General Schukow dagegen läßt sich – so könnte man nach den bisher bekannten Quellen vermuten – im sowjetischen Besatzungsgebiet in antifaschistischer Perspektive als „Befreier“ feiern.³

Dieser Kontrast führt schon in der frühen Nachkriegszeit zu wechselseitigen konträren Kommentaren und zeigt die unterschiedliche öffentliche Interpretation des 8. Mai 1945 in Ost und West. Ich habe Ihnen die west-östlichen sprachlichen Querschüsse ab 1950 ausgiebig in der Diskurs-Skizze belegt.

Die ostdeutschen Interpretationen zum 8. Mai 45 sind bisher nicht systematisch aufgearbeitet worden.⁴ Wir legen hier einen allerersten Ansatz vor, indem wir den allein zugänglichen offiziellen Sprachgebrauch im Osten in Fünfjahres-Schritten überprüfen. Verwendet haben wir dazu den SONNTAG, eine vom Kulturbund der SBZ bzw. der DDR seit 1945 herausgegebene „Wochenzeitung für Kultur, Politik und Unterhaltung“. Ebenso haben wir Reden von Ulbricht, Stoph, Honecker und Erich Mielke recherchiert.

² Z. B. auch 21.6.44 in VB, S. 8, über in deutsche Gefangenschaft Geratene: „Übelste Galgenvögel“ seien „aus der Unterwelt der USA nach Europa gekommen, um es zu „befreien.“

³ Z. B. sagt Honecker (1987, S. 412) in einem Prawda-Artikel vom 8. Mai 1986, „im Mai 1945 [hätten] Angehörige der Roten Armee [...] das Banner des Sieges und der Befreiung“ gehißt.

⁴ Es wäre sicherlich ein Gewinn, wenn Sprachforscher und Sprachforscherinnen der damaligen DDR solche Fragestellungen angehen würden, weil sie den offiziellen Sprachgebrauch authentischer kommentieren und relativieren könnten.

In den Materialien zur Geschichte der SED (herausgegeben vom Informationsbüro West) fanden wir ab 1950 jährliche Danktelegramme des Parteivorstandes der SED an das ZK der KPdSU (bzw. Stalin). In ihnen wird Stereotyp der „Wiederkehr der Befreiung Deutschlands vom Joche des Hitler-Faschismus“ gedacht⁵; ab 1953 ist jeweils vom institutionalisierten „Tag der Befreiung“ die Rede. In den ausführlicheren Beiträgen des SONNTAG wird der Jahrestag der „bedingungslosen Kapitulation der Hitlerschen Heeresführung“ am 7. Mai 1950 in der Weise interpretiert, daß die Deutschen unproblematisiert als Befreite neben anderen befreiten Nationen erscheinen; ebenso gilt der Jahrestag als Datum, das zur weitergehenden Befreiung vom Kapitalismus auffordere: „Das Kriegsende, der 8. Mai 1945 ist deshalb nicht nur für die Welt, sondern auch besonders für das deutsche Volk ein Tag der Befreiung geworden“. Allerdings ist der Kampf für die „Befreiung von jedem Imperialismus, also auch von dem der internationalen Industrie- und Kapitalsmonopole [sic!] fortzusetzen“. (Sonntag Nr. 19, 7. Mai 1950, S. 1)

Der dann einsetzende stereotype Gebrauch von „Tag der Befreiung“ wird 1960 im Aufruf von Arnold Zweig etwas belebt, als dieser das Bild vom „Aufatmen am 8. Mai 1945“ in den Diskurs einführt. Dieses Bild machte intertextuelle Karriere über die Fronten des Kalten Krieges hinweg, als es 1965 von Erhard und 1975 von Scheel aufgegriffen wurde.

Bezeichnend für die westdeutsche Mischung von politischen Beharrungstendenzen und öffentlichem Veränderungsdruck im Jahre 1960 ist, daß der von Zweig am 8.5. als „Mörder“ betitelte Vertriebenen-Minister Oberländer fünf Tage zuvor wegen der Beschuldigung der Beteiligung an Kriegsverbrechen in Polen hatte zurücktreten müssen.

An meiner Diskursskizze über die Jahre 1950 bis 1970 in der DDR können Sie ablesen, daß dort aktuelle antikapitalistische, sog. antifaschistische und antiwestdeutsche Argumentationen vorherrschen und daß von historischer Selbstreflexion über die Entstehung des Nationalsozialismus in der DDR keine Rede sein kann. Kurzschlüssig wird pauschal der *Kapitalismus* als Schuldiger genannt. Anhand dieser östlichen Gedenktag-Polemik ist auch ablesbar, daß die westdeutsche Benennung des Tages als *Tag der Trauer, der Niederlage, der Kapitulation* als sprachliches Indiz für sog. faschistische Traditionen angesehen wird.

Ungewollt weist der stellvertretende DDR-Ministerpräsident Abusch 1970 daraufhin, daß es in der BRD immerhin hochpolitische Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Kanzler Brandt über Benennung und Interpretation des 8. Mai 1945 gibt.

⁵ „Hitlerfaschismus“, „Sieg“ und „Befreiung“ sind auch die Leitvokabeln der Honecker-Ansprachen zum 8. bzw. 9. Mai 1975, 1980 und 1985, s. Honecker 1976, S. 429; 1982, S. 216 und 1986, S. 614.

Das Jahr 1970 – ein wichtiges Jahr bezüglich der internationalen und innerdeutschen Anerkennung der DDR als Staat – belegt einen Höhepunkt einer volks- und erfahrungsfernen ideologischen Selbstinterpretation der DDR. Abusch als stellvertretender Ministerpräsident ordnet nun autoritär die DDR in die Reihe der Sieger von Anfang an, d. h. seit 1945, ein – als neue Siegermacht sozusagen (s. Diskursskizze).

Wie problematisch solche Gleichsetzung von antifaschistischen Kommunisten mit der gesamten deutschen DDR-Bevölkerung ist, sollte 1980 auch in der DDR offenkundig werden. Ich kann zur Zeit diese in der Diskursskizze aufgeführten DDR-Belege von 1980 kommunikationsgeschichtlich noch nicht einordnen. Ich weiß zu wenig über nicht-offizielle Diskurse in der DDR, über eine offenbar unterdrückte Gegenöffentlichkeit von unten, über die Artikulation von Widerspruchsbewußtsein etwa im Problemfeld der Frauenemanzipation der frühen antifaschistischen Frauenausschüsse – vor deren Verbot – oder etwa über Diskussionen zu Beginn der 70er Jahre in der DDR von Homosexuellen und über Homosexualität in Kirchenzeitungen nach Vorführung des Rosa von Praunheim-Films „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“. Eine Sprachgeschichte der DDR ist ja noch zu schreiben. Außer den aktuellen Wende-Untersuchungen gibt es immerhin Textsammlungen, die das bisherige Bild eines homogenen (öffentlichen) Sprachgebrauchs in der DDR verändern können (s. z.B. Reiher 1996).

Jedenfalls publiziert die Kulturbund-Zeitschrift ab März 1980 einen „Dialog der Generationen über das Ereignis der Befreiung vor 35 Jahren“. In dem Ihnen belegten Beispiel ist ein deutscher Rotarmist von 1945 beteiligt, der inzwischen DDR-Karriere als Filmregisseur und Akademiepräsident gemacht hat, und sein jüngerer Kameramann. Das für mich Sensationelle an diesem Gespräch ist:

1. daß Wörter wie *Zusammenbruch* und *Furcht vor den Russen* als authentische Erlebnisvokabeln in der DDR-Presse artikuliert werden dürfen, d. h. daß sie die autoritäre Homogenität der Geschichtsinterpretation relativieren,
2. daß ganz eindeutig belegt wird, daß im Mai 1945 weder die besiegten Deutschen von *Befreiung* sprachen, noch daß die siegreichen Russen in bezug auf Deutschland und die Deutschen von *Befreiung* sprachen und sich selbst als *Befreier* bezeichneten.

Zu diesem neuen Befund passen nicht nur Lew Kopelews Darstellung der Eroberung der deutschen Ostprovinzen durch die Rote Armee in „Aufbewahren für alle Zeit!“ (S. 19, 95–105, 107–109), sondern auch meine noch sehr vorläufigen und sporadischen Recherchen bei ost- und westdeutschen Antifaschisten: weder in einem Artikel von Erich Mielke über „unsere

neue Polizei“ von 1946 noch etwa in Schumacher-Reden von 1945⁶ ist von *Befreiung* am 8. Mai 1945 die Rede. Beide benutzten das Zusammenbruchs-Vokabular, Schumacher (S. 215) spricht am 6. Mai 1945 auch von einer moralischen Niederlage und schreibt schon damals der „Schuldfrage“ die „größte Bedeutung“ zu.

Die Geschichtsvokabel *Befreiung* als offizielle historische Interpretation der Zäsur von 1945 in Deutschland muß also irgendwann nach Kriegsende von KPD oder SED eingeführt worden sein⁷, – entgegen unserem öffentlichen Bewußtsein, das Ihnen der westdeutsche Pressebeleg von 1955 veranschaulicht.

Von einer einzelnen Stimme hörten die Deutschen vom „Zusammenbruch Deutschlands“ als „Befreiung“ reden, und diese „Befreiung mußte von außen kommen“ angesichts der Verstrickung der Deutschen. Die Stimme kam am 10. Mai 1945 nicht aus Deutschland, sondern aus einer anderen Welt: Thomas Mann interpretierte so den 8. Mai in seiner letzten der 55 Radio-Reden an „Deutsche Hörer“ (zit. S. 1122).

Sprunghaft, wie ich hier sein darf, möchte ich Ihnen am Schluß meines DDR-Teils noch vom Hörensagen belegen, daß die DDR-Deutschen durch Namensparodien („Straße der Bereifung“ statt „Straße der Befreiung“ in der Dresdner Neustadt) oder durch sarkastische Sprüche die oktroyierte *Befreiungs*-Terminologie konterkarierten, – etwa bezüglich der Sowjetarmee, die ihnen wichtige Nahrungsmittel wegnehme: „Wir danken den Befreiern – von Butter, Milch und Eiern.“

Der westdeutsche Befreiungsdiskurs vor 1985, den ich jetzt vorstellen möchte, belegt einmal die zunehmende politische Wichtigkeit dieser Selbstdeutungsdiskussion; er zeigt ferner einen Fortschritt bezüglich der Klarheit der historischen Selbsterkenntnis in Deutschland. Er zeigt auch die zunehmende Erbittertheit des politischen Interpretationskampfes, der immer zugleich ein Kampf um Positionsbestimmungen und Gruppenbildung in der jeweils aktuellen politischen Topographie ist, – und der Befreiungsdiskurs wird sich eben wegen dieser Verstricktheit mit der aktuel-

⁶ In einer Rede am 6. Mai 1945 vor sozialdemokratischen Funktionären Hannovers (Schumacher 1985, S. 203–236) wendet sich Schumacher gegen solche, die „jetzt so ganz unschuldig tun“ und die „gütigst bereit“ seien, „sich wieder einmal 'retten' zu lassen“, und er warnt: „Die Sieger machen jetzt auch ihren Frieden und nicht den unseren“ (217).

⁷ Nachtrag vom Juni 1997: Inzwischen habe ich den Umbruch der Interpretation zwischen dem 4. Mai 1947 und dem 8. Mai 1949 rekonstruiert. Das Fazit ist: Zwischen diesen beiden Daten führt eine sprachthematisierende öffentliche Diskussion in der SBZ von den ursprünglichen Interpretationsvokabeln *Niederlage* und *Eroberung* zur stereotyp werdenden Bezeichnung *Befreiung*. Den Umschlagpunkt markiert ein großer Diskussionsartikel im SONNTAG vom 16.5.1948 mit dem Titel „Befreiung oder Eroberung“.

len Zeitgeschichte (auch als „Vergangenheitspolitik“ im Sinne von Norbert Frei) und wegen seiner Sprachlichkeit als prinzipiell unabschließbar erweisen.

Machen wir zunächst den roten Faden sichtbar vom Beginn der Bundesrepublik bis zur epochalen Rede von Weizsäckers am 8. Mai 1985. Diese Rede mit dem zentralen Satz „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ wurde von Broder Carstensen als „herausragendes sprachliches Ereignis im Jahre 1985“, als „Worte des Jahres“ deklariert (S. 110). Sie provozierte unzählige Leserbrief-Kommentare und andere Diskussionsbeiträge zur Interpretation dieser Zäsur der deutschen Geschichte.

Bereits am 8. Mai 1949 wies der erste Bundespräsident Theodor Heuss anlässlich der Annahme des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat beispielhaft auf die innere Ambivalenz dieses problematischen Datums hin (S. 86):

„Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“

Der zehnte Jahrestag 1955 zeugt dagegen von einem einseitigen, unreflektierten öffentlichen Selbstverständnis und geringer öffentlicher Relevanz des Gedenktages. Es gibt keine Ansprachen in Bonn. Das Bulletin des Bundespresseamtes belegt lediglich Adenauers Redeweise vom „Zusammenbruch“ der „nationalsozialistische[n] Gewaltherrschaft“ und seine Kennzeichnung des 8. Mai 1945 als Tag, „an dem die Spaltung Deutschlands begann.“ In den Zeitungen herrscht der Aspekt der nationalen Demütigung, der Niederlage vor. Die öffentliche Ablehnung des Kollektivschuldvorwurfs durch Erich Dombrowski, den Mitherausgeber der FAZ, verknötet 1955 den Befreiungsdiskurs mit dem Schulddiskurs.

Die Vokabel *Befreiung* spielt 1955 in der westdeutschen Presse als Selbstbezeichnung noch gar keine Rolle, – vielmehr wird die Befreiungsterminologie der „Ostzone“ genannten DDR konsequent als abgelehnter Sprachgebrauch in Anführungsstriche gesetzt.

1965 ist nach Mauerbau, Spiegelaffaire und ersten politischen Alternativbewegungen in den Bundesländern eine Erschütterung des nationalen Selbstverständnisses und eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für die westdeutsche Selbstinterpretation am 8. Mai spürbar.⁸

Bundeskanzler Erhard gibt am 7. Mai zum 20. Jahrestag der „deutschen Kapitulation“ eine Rundfunk- und Fernseherklärung ab und gesteht ein, „daß dem militärischen Zusammenbruch ein geistiger und moralischer Verfall vorausgegangen war“ (S. 641). Deutlicher verknüpft die Bulletin-

⁸ Auch der Deutsche Germanistenverband arbeitet an seiner historischen Selbstinterpretation. Er bereitet den Münchner Germanistentag von 1966 vor, der den Zusammenhang von Nationalsozialismus und Germanistik analysieren soll.

Erklärung (Nr. 80, S. 633 f.) der Bundesregierung⁹ vom 7.5.1965 ein politisches Schulddatum mit dem 8. Mai 1945, indem hier die „eigentliche Niederlage Deutschlands“ zwölf Jahre davor, auf die „demütigende Niederlage des 30. Januar 1933“ fixiert wird; damals habe sich „ein leichtgläubiges Volk in die Hände eines Abenteurers“ gegeben. Zu diesem „leichtgläubigen Volk“ – das Hitler offenbar als mitschuldigen Abenteurer in Anspruch nimmt – sei 1945 die „ersehnte Freiheit“ und die „Demokratie“ von außen gekommen, – in „fremdem Gewand“ (S. 633).

In der schon 1965 verwendeten Doppelformel „Wiedergewinn der Freiheit und nationaler Zusammenbruch“ (S. 633) sind bereits Moral- und Schuldaspekte, die wir 1945 bei Kurt Schumacher (S. 215), und Befreiungsaspekte, die wir bei Thomas Mann artikuliert fanden, in die Selbstinterpretation der Bundesregierung integriert: 20 Jahre vor von Weizsäcker wird nicht nur auf den Januar 1933 zurückverwiesen, sondern auch mit später identisch bleibenden Formeln der KZ-Opfer und der deutschen Soldaten gedacht, die „im Glauben an eine gute Sache“ gefallen seien. „Den 8. Mai als Gedenktag der Befreiung zu feiern“ lehnt Erhard 1965 noch mit der kuriosen Argumentation ab, daß man dies nur tun könne, „wenn mit der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Unrecht und Tyrannei aus der Welt getilgt worden wären“ (S. 641).

Nach Ende der Großen Koalition artikulieren sich 1970 auf höchster politischer Repräsentationsebene sehr verschiedene historische und aktuelle Aspekte: Die Frage der Bewertung des 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“ spitzt sich offenbar zu. In der Sitzung vom 8. Mai 1970 gibt Bundeskanzler Willy Brandt zum erstenmal dazu eine Regierungserklärung im Bundestag ab; auch die Vertreter der Fraktionen melden sich mit eigenen Erklärungen zu Wort.

Im Vorfeld der Stellungnahme der Bundesregierung brachte die Opposition Bedenken zum Ausdruck. Einige der CDU/CSU-Abgeordneten wollten überhaupt verhindern, „daß die Deutschen ihrer eigenen Niederlage gedenken“, und warnen davor, „daß ein deutscher Bundeskanzler den Tag der deutschen Waffenniederlegung als Tag der Befreiung interpretieren könnte“ (DER SPIEGEL v. 27.4.1970, S. 36). Die Redeweise der Drohung macht zweierlei deutlich:

1. *Niederlage* ist Abzeichenwort für die Gruppen, die mit Orientierungsvokabeln wie *Niederlage*, *Vertreibung*, *Spaltung* als dominante Interpretation des 8. Mai 1945 Wähler ansprechen wollen.

⁹ Die namentlich nicht gekennzeichnete Erklärung der Bundesregierung mit dem Titel „8. Mai – Rückschau und Ausblick“ wurde nach Auskunft des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13.2.1997 vom Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Ernst Lemmer, verfaßt.

2. Die Drohung zeigt die Bedingungen des Sprechens im sog. Befreiungsdiskurs, und das ist methodologisch wichtig: Wo es um Interpretation und Bedeutungsstiftung des heikelsten deutschen Problemverhalts geht, da herrscht keine akademische Ruhe der Selbstreflexion, sondern es geht um Etablierung von öffentlichen Orientierungsvokabeln im politischen Kampf, in dem jeder Sprechakt ein persönliches Wagnis darstellt.

Zurück zu 1970: Die Sorgen der Opposition waren, im nachhinein betrachtet, unbegründet. Weder Gustav Heinemann noch Willy Brandt benutzten die Vokabel *Befreiung*. Vielmehr ist von der „Niederlage des Hitler-Reiches“ (Heinemann 1970, S. 589), der „bedingungslosen Kapitulation“ und dem „Zusammenbruch des Reiches“ die Rede. Lediglich im Zusammenhang mit anderen Völkern verwendet Brandt die Formulierung „Befreiung von Fremdherrschaft“ (Brandt 1970, S. 591), d. h. im Sinne einer Schuldanerkennung bringt er zum Ausdruck: Die anderen Völker mußten als Opfer der Deutschen durch die Alliierten von den Deutschen befreit werden.

In der gleichen Bundestagssitzung 1970 gibt übrigens der CDU-Abgeordnete Richard von Weizsäcker „für die Fraktion der CDU/CSU“ eine Erklärung ab und hebt hervor, daß jeder mit diesem Tag seine eigenen Erfahrungen verbinde, die einander nicht entsprächen. Deshalb dürfe keiner „seine persönlichen Erfahrungen zum Maßstab für alle machen“ (S. 592), d. h. er lehnt offenbar zu diesem Zeitpunkt die später berühmt gewordene brisante Deutungsthese „Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung“ noch ab – zugunsten individueller heterogener Erfahrungsdeutung.

Auf fachlich-öffentlicher Diskursebene taucht 1970 allerdings eine zukunftssträchtige Interpretation auf, die dann 1975 von Kanzler und Bundespräsident offiziell eingeführt wird. Es geht um eine Interpretation, die auch die traditionelle Semantik von *Befreiung* aufbrechen sollte, derzufolge bisher in Deutschland und im Deutschen als Objekt von *Befreiung* nur Opfer und Unschuldige vorstellbar waren.

In einem Kommentar der FAZ vom 8.5.70 gibt der Politologe Peter Graf Kielmannsegg zu bedenken, daß es durchaus Sinn machen könne, „im Hinblick auf den 8. Mai 1945 von Befreiung zu sprechen. Aber eben doch nicht in der Weise, daß man sich mit dieser Vokabel Dispens von der Vergangenheit erteilt oder so tut, als stünde man mit den Opfern in einer Front. Deutschland war, was die nationalsozialistische Verwüstung Europas betrifft, zunächst einmal Täter, und die anderen waren Opfer“.

Diese Formulierung stellt einen enormen Fortschritt gegenüber den früheren Argumentationen dar: Kielmannsegg hält also den Gebrauch der Bezeichnung *Befreiung* für akzeptabel, wenn nicht länger öffentlich so geredet würde, als seien die Deutschen (ebenfalls) nur 'Opfer' der nationalsozialistischen Herrschaft und Hitler das deutsche Schicksal gewesen. Damit ist die spezifisch westdeutsche Variante der zukünftigen Befrei-

ungs-Interpretation vorformuliert: *Befreiung* von einem selbstverschuldeten und von schuldigen Tätern zunächst mitgetragenen Terrorsystem.

Für die hier vorgelegte Geschichte öffentlichen Sprachgebrauchs ist im Jahre 1975 das herausragende Ereignis, daß zum ersten Mal ein Bundeskanzler das Wort *Befreiung* als zentrale Interpretationsvokabel verwendet; Helmut Schmidt wörtlich: „Der 8. Mai brachte uns die *Befreiung* von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. – Wir haben am 8. Mai 1945 die Chance zu einem demokratischen Neubeginn erhalten“. Es sei „ein Fehlurteil, wenn einige wenige immer noch argwöhnen oder uns andichten wollen, wir verstünden den Tag der bedingungslosen Kapitulation als einen Tag der Trauer über die Niederlage Hitlers. – Zum Jubel haben wir am 8. Mai allerdings ebensowenig Anlaß [...]. Wir haben inzwischen die Jahre der Finsternis nicht verdrängt, sondern wir haben diese Epoche unserer Geschichte in einem oft schmerzvollen Prozeß unseres Bewußtseins geklärt [...]. Wir Deutschen brauchen deshalb nicht für immer im Bűßergewand zu gehen. Die große Mehrheit der heute lebenden Deutschen wurde erst nach 1933 geboren; sie kann auf keine Weise mit Schuld beladen sein. [...]" (S. 554).

Besonders diesen letzten Diskurstopos hatten offenbar die Mitglieder der deutschen Fußballnationalmannschaft und Trainer Vogts im Bewußtsein, als sie vor zwei Wochen (Ende Februar 1997) in Yad Vashem etwas über ihr Selbstverständnis aussagten.

Die Ansprache von Bundespräsident Scheel zum 8. Mai 1975 artikuliert Traditionstopoi der Erlebnisperspektive und der politisch-geschichtlichen Schuldperspektive; ja sie liest sich teilweise wie eine Topos-Sammlung und enthält doch mit einem klaren schlicht formulierten Hinweis auf die Herkunft Hitlers aus demokratischen Wahlen des deutschen Volkes einen neuen Höhepunkt der deutschen Selbstinterpretation. Ich zitiere: „Der 8. Mai ist ein widersprüchlicher Tag in der deutschen Geschichte. [...] Für uns ist die 30. Wiederkehr des Tages des Kriegsendes ein Augenblick der Selbstprüfung. Wir versuchen, uns an diesem Tage klar zu werden darüber, welche Lehren Diktatur, Krieg und Katastrophe und ihre Folgen uns, den Bürgern der Bundesrepublik, erteilen [...]. Adolf Hitler war kein unentrinnbares Schicksal. Er wurde gewählt" (S. 549f.).

Damit breche ich die ausführlichere Rekonstruktion des bisher unbeachteten Verlaufs des Befreiungsdiskurses auf der obersten politischen Ebene ab und komme zum zentralen Jahr 1985.

Wie problematisch das Verhältnis der Staatsspitzen in diesem Diskurs gewesen sein muß, läßt sich an Folgendem ablesen: Noch 1975 hatte der CDU-Vorsitzende Kohl im Gegensatz zu von Weizsäckers liberaler Position (von 1970) den 8. Mai 1945 als „Tag der Schmach, der Trauer, des Gedenkens und der Besinnung“ in Opposition zur SPD-FDP-Regierung interpretiert (FAZ 9.5.1975, S. 4).

An Situationsfaktoren für die Stellungnahmen von 1985 ist sicherlich das durch den Regierungswechsel von 1982 veränderte Macht-Szenario und das Jubiläums-Szenario von 1984/85 im In- und Ausland wichtig. An semantischen Diskursfaktoren wirken der Historikerstreit und die intensiven Interpretationsdiskussionen im Vorfeld des 8. Mai 1985 ein.

Bezüglich der Konsens-Problematik ist bemerkenswert, daß die SPD sich Ende '84 und Anfang '85 nicht auf eine einheitliche Interpretation einigen konnte (s. Stötzel 1990, S. 51 f.).

Die Meinungsforschung glaubte durch Befragung der Bevölkerung im März 1985 erwiesen zu haben, daß die sowohl-als-auch-Formel – „sowohl Befreiung als auch Zusammenbruch“ – der Stimmungslage der Nation entspräche (DIE ZEIT, 10.5.85, S. 7).

Günther Grass argumentierte mit einer sprachmonomanen Traditionsemantik, die die differenzierende Gebrauchsvariante seit Kielmannsegg und Schmidt/Scheel ignoriert: Die Deutschen seien gegenüber den Nazi-Verbrechen selbstverschuldet unwissend und nicht unschuldig geblieben: insofern seien Bezeichnungen wie *Zusammenbruch* und *Katastrophe* vage Schonwörter, und *Schuldige* könnten nicht Objekt eines Vorgangs sein, den man *Befreiung* nennen dürfe (DIE ZEIT 10.5.85, S. 20).

Ähnlich wie bei der Oppositionsdrohung 1970 gegen Willy Brandt macht die CSU am 8. Mai 85 die politischen Bedingungen der Äußerung im sog. Befreiungsdiskurs auf überaus krasse Weise deutlich: Da sie weiß, daß von Weizsäcker die Fügung „Tag der Befreiung“ als dominanten Interpretationsausdruck verwenden wird, bleibt sie ostentativ mehrheitlich der Gedenkstunde im Bundestag fern (und macht so einen Konflikt zwischen Staatsrepräsentation und Volksvertretung augenfällig).

Das Neuartige an der Ihnen teilweise im eingeführten Stil skizzierten Rede ist, daß von Weizsäcker durchaus alle im bisherigen Befreiungsdiskurs benutzten Aspekte und Interpretationsvokabeln ernsthaft und abwägend als legitim würdigt und ehrt, indem er die Gruppen der Betroffenen, die so reden, exakt benennt. Dann aber gewichtet er – mit dem Anspruch, als Staatsoberhaupt repräsentativ für alle zu reden – den bisher weithin bekämpften und verpönten und wegen seiner DDR-Spezifik heiklen Ausdruck „Tag der Befreiung“ als dominante Interpretationsvokabel für den 8. Mai 1945.

Unmittelbar nach dieser Äußerung verdeutlicht von Weizsäcker, daß das Deutungswort *Befreiung* nicht den Blick auf die mit dem 8. Mai 1945 beginnenden Leiden verstellen darf. Er löst zugleich diese individuellen Leiden von dem politischen Datum des Kriegsendes und bringt sie in direkte Verbindung mit der Wahl Hitlers zum Reichskanzler. Er versucht auf diese Weise, die semantische Unschärfe aus dem den Diskurs dominierenden Parteienkampf um die richtige Bezeichnung und Interpretation herauszunehmen, indem er eine gesamtstaatlich bindende, selbstkritisch-

sachliche politische Perspektive und nicht die politisch folgenlose Pluralität persönlicher Erinnerungen zur Grundlage der Benennung macht.

Schon die knappe Vergegenwärtigung der Rede in unserer Diskurs-Skizze macht deutlich: Der Vorwurf gegen von Weizsäcker, er habe den 8. Mai 1945 einseitig dargestellt, läßt sich anhand des Redetextes nicht belegen, sondern ist als Ausdruck der Ablehnung der politischen Hauptaussage von Weizäckers zu verstehen. In gleicher Weise ist Dreggers Behauptung, es handle sich bei der Interpretation des 8. Mai 45 als *Befreiungsvorgang* um eine Sichtweise der Siegermächte auf Deutschland und die Deutschen (s. DER SPIEGEL, 24. 11. 1986, S. 25), historisch vollkommen illegitim, ja aus der Luft gegriffen. Wir haben ja nachgewiesen, daß die westlichen Alliierten die Vokabel *Befreiung* in bezug auf Deutschland mieden und von westdeutschen Medien die Vokabel bis in die siebziger Jahre als typisch östlich stigmatisiert wurde.

Was die Diskursgeschichte und die Verweise auf die öffentliche Anerkennung der Schuld der Deutschen betrifft, macht die Textinterpretation auch folgendes deutlich: Äußerlich stimmt der Verweis auf den Zusammenhang von 1945 und 1933 mit dem Ludwig Erhards von 1965 überein: Allerdings verweist Erhard relativ undeutlich auf den geistig-moralischen Verfall vor der militärischen Niederlage. Walter Scheel dagegen betont 1975 die politische Schuld der Deutschen, indem er 30 Jahre nach Kriegsende zum erstenmal deutlich formuliert: „Hitler wurde gewählt“. Entgegen der problematischen normativen Semantik von Grass – als könnten nur „unschuldige Opfer befreit“ werden – macht von Weizsäcker folgendes differenzierend deutlich: Die Deutschen der Gegenwart sind zwar nicht kollektivschuldig, aber: sie haben z. T. selbst, z. T. haben ihre Vorfahren Hitler gewählt, sie und insbesondere die Wehrmacht haben einer verbrecherischen Führung gedient, sie haben einen beispiellosen Völkermord verübt, sie hätten Verdacht schöpfen müssen nach den Synagogenbränden, nach der Stigmatisierung mit dem Judenstern, sie hätten sich informieren müssen angesichts der Deportationszüge, sie hätten sehen können und müssen, was geschah, statt wegzuschauen und zu schweigen. Die gängige Stammtischberufung darauf, nichts gewußt oder geahnt zu haben, kann nicht länger gelten. Es gibt viel verborgen gebliebene und abgeleugnete Schuld der Deutschen.

Dies macht überdeutlich: von Weizsäcker spricht nicht von *Befreiung* der Deutschen als Opfer, sondern von Deutschen als politisch schuldigen und gesellschaftlich schuldhaft nicht wissen wollenden Mittätern.

Damit sind wir beim letzten Teil meiner Analyse und dem 50. Jahrestag der Geschichtszäsur angelangt.

Das Jahr 1995 demonstriert uns in verschiedenen Hinsichten die diskursive Unabschließbarkeit der Geschichte im Sinne einer Deutungs Offenheit. Auf politischer Ebene versucht Kohl im März 1995 vergebens, im aktuellen politischen Konflikt eine Art von Verbot der Debatte über

„Befreiung oder Niederlage“ durchzusetzen, d. h. er sucht den verbreiteten Konflikt-Überdruß und die Abneigung gegen historische Selbstkritik auszunutzen (DER SPIEGEL, 27.3.1995, S. 18).

Auf anderer Ebene: Die vier wichtigsten politischen Reden ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende von Süßmuth, Bartoszewski, Rau und Herzog beschwören die von Weizsäcker-Interpretation als „klassisch“ bzw. „abschließend“ und versuchen, sie sozusagen als Schlußstrich – die Deutschen als von außen befreite Schuldige und Täter – im kollektiven Gedächtnis zu bewahren. Die rechten Konservativen aber polemisieren gegen die öffentliche Festschreibung des Befreiungsverständnisses mit einer strategischen Umkehrung metakommunikativer Vokabeln.

Die bisherigen Schlußstrich-Politiker kreieren nun einen Slogan „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“ (FAZ, 11.4.1995, S. 1), und sie, denen man Verdrängung des Schuldkomplexes und Aufrechnungsmentalität vorwarf, argumentieren jetzt: Es wäre falsch, „das Empfinden der Niederlage zu verdrängen“ (so Alfred Dregger, s. DIE ZEIT, 5.5.1995, S. 56). Die Jungen Nationaldemokraten diffamieren in gleicher Stimmlage den erreichten Status der politischen Selbstinterpretation mit einem der gängigen *-lügen-*Komposita als „Befreiungslüge“ (s. DER SPIEGEL, 1.5.1995, S. 33).

Auch die Auswertung von Presseberichten und Leserbriefen nach dem 8. Mai 1945 zeigt: Weder Süßmuths Versuch, subjektives Erleben und politisch-objektive Beurteilung präzise zu trennen, noch Herzogs Tendenz, aus dem Gesichtspunkt der jüngeren Generation die zukunftssträchtige Zeit nach '45 in den Vordergrund zu stellen, können den Stand von 1985 als dauerhaftes Diskursergebnis fixieren.

Diskursstrukturell ist folgendes bemerkenswert: Weizsäckers zentrale Aussage von 1985 – der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung – wirkt sich so aus, daß nun eine Art zentrales Motto, eine Interpretationsformel, ein Titel wie „Der 8. Mai stieß ein Tor in die Zukunft auf“ jeweils erwartet und im Verhältnis zum Vorläufer-Motto gesehen wird: oppositionell bzw. isotopisch, d. h. eben diskurssemantisch erhält ein Motto zum 8. Mai seine Bedeutung, d. h. seine Diskursbedeutung.

Auch die rhetorisch tentativ konfliktvermeidenden Versöhnungsformeln, die „Niederlage und Befreiungs-“ Formeln von Heuss bis zu Hans Maiers Pariser Vortrag von 1995 können keinen problemauflösenden Abschluß erreichen – angesichts der fortbestehenden realen wie semantischen Antagonismen.

Konservative verlegen sich nun auf eine pauschale populistische metasprachliche Kritik: Der Selbstinterpretationsdiskurs der Repräsentanten der politischen Mehrheit sei in Wirklichkeit ein normativer „Sprachregelungs“-Versuch der „linken“ oder sog. „besseren Deutschen“, die „Begriffe besetzen“ und das „Deutungsprimat“ über die deutsche Geschichte erobern wollten (FAZ, 5.5.1995, S. 10).

So tagespolitisch instrumentalisiert diese metakommunikative Kritik ist, so weist sie uns doch zumindest auf *ein* verständigungstheoretisches Dilemma dieses Selbstdeutungsdiskurses hin: Er ist einerseits bestimmt von einem kommunikativen Telos der Konsensfindung und der Etablierung öffentlich anerkannter Interpretationskategorien, denen jeweils auch das persönliche Erleben zugeordnet ist (und in denen das orientierungslose private Ich sich als semantisch klar konturiertes öffentliches Ich konstituiert). Dieser verständigungsorientierte Versuch ist – so zeigen es uns viele gute Beispiele – in unserer Demokratie geprägt von ruhiger, auf Konsensfindung bedachter Argumentation, die auch konfliktuöse Sachverhalte und widersprechende Standpunkte artikuliert, um so in gewisser Weise die Defizienzen der realen Sprechsituation auszugleichen, d. h. auszugleichen, daß eben während *ich* spreche, der potenzielle Gegner nicht den gleichen Zugang zu relativierenden Sprechakten hat, den er in einer idealen Sprechsituation hätte.

Andererseits aber zeigt sich deutlich, daß auch bei verständigungsorientiertem Reden die Bedingung gilt, daß Einheitlichkeit der Sprache und Anerkennung von etwas als sog. historische Wahrheit nur möglich ist auf der Grundlage einer konsensermöglichenden Einheitlichkeit von Einstellungen, Wertungen, Interessen, Gruppenzugehörigkeiten usw. Dies ergibt sich aus der prinzipiellen Arbitrarität des Mediums Sprache. Die Unterschiedlichkeit der politischen Gruppierungen muß sich also notwendigerweise im widersprüchlichen Gebrauch der Sprache auswirken. Aufgrund der weiter bestehenden gesellschaftlichen Gegensätze ist somit auch der sog. Befreiungsdiskurs prinzipiell unabschließbar und nicht auf ein feststehendes endgültiges Ziel gerichtet. Da nach Walter Benjamin das sprachlich verfaßte Gedächtnis nicht Instrument, sondern „Medium der Erkundung des Vergangenen“¹⁰ ist, unterliegt auch die Weiterschreibung der Geschichte immer dem historisch und politisch unterschiedlichen Sprachgebrauch der Gruppen, die öffentliche Geschichtsherstellung betreiben. Wegen dieses gesellschaftlich bedingten Sprachwandels und dieser gesellschaftlich bedingten Sprachverschiedenheit gibt es eben auch keine als „klassisch“ und „abschließend“ festzulegenden Interpretationsformeln.

Als Sprachwissenschaftler gilt meine auch fachlich und theoretisch begründete Sympathie denjenigen, die in Anerkennung dieser Grundlagen der Kommunikation abwägend sprechen und deutlich machen, daß Sprechen stets im Grunde aus interessebedingten interpretatorischen Handlungen besteht. Eine skrupellos erfolgsorientierte Kommunikationsweise da-

¹⁰ In „Ausgraben und Erinnern“ von 1932 lautet der erste Satz: „Die Sprache hat es unmißverständlich bedeutet, daß das Gedächtnis nicht ein Instrument für die Erkundung des Vergangenen ist, vielmehr das Medium“; s. Benjamin (1996, S. 17).

gegen läßt widersprechende Standpunkte unartikuliert oder tut in realistischer Diktion so, als gebe es eine objektive, sog. tatsachengerechte Sprache oder Sprechweise, d. h. Wahrheitssicherung aus einer Sache heraus. Ernsthaft verständigungsorientierte Kommunikation dagegen macht deutlich, daß es sich bei allen Aussagen um letztlich nur argumentatorisch auf konsensuelle Plausibilität zielende Interpretationsakte von Einzelnen oder Gruppen als interesseabhängigen Subjekten handelt und daß es – zumal in einem demokratischen System – sachliche Widersprüche gibt, die ein Mehrheitsprinzip im Handeln ebenso problematisch aufhebt, wie es eine verständigungsorientierte Kommunikationsweise im Gedächtnis tut.

Diese Überlegungen sollen verdeutlichen, daß es in einem so zentralen Diskurs wie dem hier untersuchten keinen Schlußstrich geben kann, daß wir, um Gesichtspunkte abwägen und entsprechend unseren Prinzipien handeln zu können, hinschauen und hinhören müssen und nicht wegschauen oder weghören dürfen, daß Sprechende – und zumal im politischen Bereich – letztlich persönlich für das von ihnen Gesagte einstehen müssen – oft auch unter Gefährdung der politischen Position (etwa als Parlamentspräsident). Das halte ich für eine wirkliche Gnade der späten Geburt: Daß der Diskurs über Deutschlands Befreiung nach 1945 so verläuft, daß die Redeweise vom „Kopf hinhalten für das Gesagte“ glücklicherweise nur eine Metapher ist. Hoffen wir, daß es so bleibt.

Literatur

- Albrecht, Ulrich/Altwater, Elmar/Krippendorf, Ekkehart (Hg.) (1986): Zusammenbruch oder Befreiung? Zur Aktualität des 8. Mai 1945. Eine Berliner Universitätsvorlesung. Berlin.
- Abusch, Alexander (1970): In den Reihen der Sieger der Geschichte. In: SONNTAG, 10.5.1970, S. 1 u. 4.
- Adenauer, Konrad (1955): Ein in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland in einem geeinten Europa. Geleitwort zur Neuauflage von „Deutschland heute“ In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 84, 5.5.1955, S. 693.
- Bartoszewski, Wladyslaw (1995): Ansprache des polnischen Außenministers bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 28.4.1995. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 35, 4.5.1995, S. 295–302.
- Benjamin, Walter (1996): Ein Lesebuch. Herausgegeben von Michael Opitz. Frankfurt am Main.
- Böke, Karin (1995): Förderalismus – Eingliederung – Gleichberechtigung. Phil. Diss. (masch.). Auch: Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengeler, Martin (1996): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin/New York. (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 8).
- Brandt, Willi (1970): Verpflichtung zum Frieden und Wahrung von Freiheit und Recht. Erklärung der Bundesregierung, abgegeben in der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8.5.1970. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 63, 9.5.1970, S. 591–592.

- Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hg.) (1994): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse. Opladen.
- Carstensen, Broder (1985): Wörter des Jahres 1985. In: SuL 16, H. 56, S. 110–118.
- Dombrowski, Erich (1955): 8. Mai 1945. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 106, 7.5.1955, S. 1.
- Erhard, Ludwig (1965): Ein fester Wille zur Versöhnung. Erklärung des Bundeskanzlers über Rundfunk und Fernsehen am 7.5.1965. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 81, 11.5.1965, S. 641–642.
- Falkenberg, Gabriel (1989): Zur Begriffsgeschichte der deutschen Spaltung zwischen Deutschem Reich und zwei Deutschen Republiken. In: SuL 20, H. 64, S. 3–22.
- Filmer, Werner/ Schwan, Heribert (Hg.) (1995): Mensch, der Krieg ist aus! Zeitzeugen erinnern sich an den 8. Mai 1945. Düsseldorf/Wien.
- Fohrmann, Jürgen, Müller, Harro (Hg.) (1988): Diskurstheorien und Literaturwissenschaft. Frankfurt am Main.
- Frei, Norbert (1996): Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München.
- Geßler, Wolfgang (1989): Blumen und Bürgernähe. In: SONNTAG, 7.5.1989, Rubrik: Gedanken zur Zeit.
- Grass, Günther (1985): Geschenkte Freiheit. Versagen, Schuld, vertane Chancen. In: Die Zeit, Nr. 20, 10.5.1985, S. 20.
- Heinemann, Gustav (1970): Im Bewußtsein der besonderen Verantwortung der Deutschen. Erklärung des Bundespräsidenten, abgegeben vor dem Diplomatischen Korps am 6.5.1970. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 63, 9.5.1970, S. 589–590.
- Helbig, Gerhard (1996): Rezension über Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995). In: Deutsch als Fremdsprache 33, H. 1, S. 58 f.
- Heringer, Hans-Jürgen: (1996): Rezension über Matthias Jung: Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie. Opladen 1994. In: SuL 27, H. 78, S. 125 f.
- Hermanns, Fritz (1995): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Gardt, Andreas/Mattheier, Klaus J./Reichmann, Oskar (Hg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen. S. 69–101.
- Hermelin, Stephan (1985): Freudiger Ernst und Dankbarkeit. In: SONNTAG, 5.5.1985, S. 2.
- Herzog, Roman (1995): Ansprache des Bundespräsidenten bei einem Staatsakt in Berlin am 8.5.1995. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 38, 12.5.1995, S. 329–332.
- Heuss, Theodor (1965): Rede vor dem Parlamentarischen Rat 1949. In: Heuss, Theodor: Die großen Reden. Der Staatsmann, Band 1. Tübingen. S. 72–87.
- Honecker, Erich (1976): Reden und Aufsätze. Bd. 3. Berlin. (1982 Bd. 7; 1986 Bd. 10; 1987 Bd. 11).
- Informationsbüro West (Hg.) (1956): Chronologische Materialien zur Geschichte der SED. Berlin.
- Jung, Matthias (1991): Die nukleare Kontroverse als Sprachgeschichte der Gegenwart. Phil. Diss. Düsseldorf 1991 (masch.). Auch: Jung, Matthias (1994): Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie. Opladen.
- Kalmbach, Gabriele (1988): Bibliographie zur Diskurstheorie. In: Fohrmann/Müller (Hg.) (1988), S. 441–456.

- Graf Kielmannsegg, Peter (1970): 8. Mai 1945 – Ende und Anfang. Zum fünfundzwanzigsten Jahrestag des Kriegsendes in Europa. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 105, 8.5.1970, S. 10.
- Kopelew, Lew (1984): Aufbewahren für alle Zeit! 8. Aufl. München.
- von Kügelgen, Bernt (1965): Das Ziel hieß: Freies Deutschland! In: SONNTAG, 9.5.1965, S. 1.
- Kügler, Hans (1995): Achter Mai 1945 – Annäherung an ein Datum. In: Praxis Deutsch 22, H. 131, S. 13–21.
- Mann, Thomas (1941–1945): Deutsche Hörer! Radiosendungen aus dem Exil 1940–1945. Historische Originalaufnahmen. Tonband-Cassette der Leuberg-Edition. Wermatswil/Zürich (= LMC 28 603). Abdruck der Rede zum 10. Mai 1945 in: Thomas Mann (1974), Gesammelte Werke in 13 Bänden. Bd. XI, 3: Reden und Aufsätze. 2. Aufl. Frankfurt am Main. S. 1121–1123.
- Maier, Hans (1996): Niederlage und Befreiung. Der 8. Mai 1945 und die Deutschen. Bonn (Dt. u. frz. Text).
- Mielke, Erich (1987): Sozialismus und Frieden. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin; darin: Unsere neue Polizei muß aus dem Volke kommen und mit dem Volke verbunden bleiben (Juni 1946), S. 14–18.
- Moll, Nicolas (1997): Rezension über Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995). In: Documents. Revue Des Questions Allemandes. No. 1/97, S. 120.
- Polenz, Peter von (1970): Geschichte der deutschen Sprache. Siebente, völlig neu bearbeitete Auflage der früheren Darstellung von Prof. Dr. Hans Sperber. Berlin.
- Rau, Johannes (1995): Ansprache des Bundesratspräsidenten bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 28.4.1995. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 35, 4.5.1995, S. 302–304.
- Reiher, Ruth (Hg.) (1996): Mit sozialistischen und anderen Grüßen. Portrait einer untergegangenen Republik in Alltagstexten. 2. Aufl. Berlin.
- Scheel, Walter (1975): 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Ansprache des Bundespräsidenten in der Schloßkirche der Universität Bonn am 6.5.1975. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 59, 7.5.1975, S. 549–553.
- Schmidt, Helmut (1975): Gedenken an den 8. Mai 1945. Ansprache des Bundeskanzlers vor dem Kabinett am 7.5.1975. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 59, 7.5.1975, S. 554–555.
- Schumacher, Kurt (1985): Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952. Herausgegeben von Willy Albrecht. Berlin/Bonn.
- SONNTAG (1950): Wochenzeitung für Kultur, Politik und Unterhaltung. 5. Jg., Nr. 19, 7.5.1950. Der Untertitel der Wochenzeitung ändert sich mehrfach im Laufe der Zeit.
- SONNTAG (1980): Die kulturpolitische Wochenzeitung herausgegeben vom Kulturbund der DDR. 34. Jg., Nr. 18, 4.5.1980, S. 2. u. 3. Rot ist eine schöne Farbe. Im Gespräch: Konrad Wolf und Eberhard Geick.
- Der Spiegel, Nr. 18 (27.4.1970), S. 36: Nur drücken.
- Der Spiegel, Nr. 18 (1.5.1995), S. 33: Blechreiz statt Hymne.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York.
- Stötzel, Georg (1990): Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch. In: Stickel, Gerhard (Hg.): Deutsche Gegenwartssprache. Tendenzen und Perspektiven. Berlin/New York. S. 45–65.

- Stoph, Willi (1975): Für das Erstarken unseres sozialistischen Staates. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin.
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela (1989): Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin New York.
- Süssmuth, Rita (1995): Ansprache der Bundestagspräsidentin bei der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 28.4.1995. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr.35, 4.5.1995, S. 293–295.
- Ulbricht, Walter (1979): Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Berlin.
- Völkischer Beobachter, Nr.232 (29.8.1944): Was die „Befreier“ nach Frankreich brachten. Not von italienischem Ausmaß.
- Völkischer Beobachter, Nr. 173 (21.6.1944): Gangstertypen bei den Gefangenen im Raum Carentan.
- von Weizsäcker, Richard (1970): Bewährung des Aufbaus auf der Basis von Menschenrecht und Gewaltverzicht. Erklärung, abgegeben in der 51. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8.5.1970. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes Nr. 63, 9.5.1970, S. 592–594.
- von Weizsäcker, Richard (1985): Ansprache in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages am 8. Mai 1985. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Erinnerung, Trauer und Versöhnung. Ansprachen zum vierzigsten Jahrestag der Kriegsende. Bonn 1985, S. 63–82.
- Wells, Christopher J. (1995): „Kommentar“ zu Stötzel, Georg; Wengeler, Martin (1995). In: ZGL 23, S. 360–375.
- Wengeler, Martin (1991): Vom „Verteidigungsbeitrag“ bis zur „Modernisierung“. Legitimationsvokabular in Rüstungsdiskussionen der BRD. Phil. Diss. Düsseldorf 1991 (masch.). Auch: Wengeler, Martin (1992): Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussionen nach 1945. Wiesbaden.
- Zweig, Arnold (1960): Sieg der guten Sache. In: SONNTAG 8.5.1960, S. 2.

Lexikalische und argumentative Skizze des Befreiungsdiskurses zum 8. Mai 1945

Völkischer Beobachter
29.8.44

Die Alliierten nennen sich in Italien und Frankreich **Befreier** und bringen Hunger und Elend.

OSTDEUTSCHLAND

1945
SHCHUKOW
(Quelle RP, 9 5 55):

Wir sind **Befreier** in Polen und (Ost)Deutschland und **Sieger** über den Hitler-Faschismus (von Wolf 1980 bezüglich des tatsächlichen Gebrauchs im Jahre 1945 in Frage gestellt).

1950
SED
(7 5 50 an Stalin)

Wiederkehr der **Befreiung** Deutschlands vom Joche des Hitler-Faschismus durch die glorreiche sowjetische Armee. **Tag der Befreiung** unseres Volkes vom Faschismus durch die sowjetische Armee.

KULTURBUND/
SONNTAG
(7 5 50)

Befreiung (Titel des Leitartikels), **Zusammenbruch**, **Tag der Befreiung/Jahrestag der Befreiung**, **Bedingungslose Kapitulation** der Hitlerschen Heeresführung. **Befreiung** von jedem Imperialismus (der Kapitalsmonopole) ist fortzusetzen.

1955
SONNTAG
(8 5 55)

Tag der Befreiung, **Befreiung von kapitalistischer Unterdrückung** durch die SU
In Westdeutschland Unterdrückung der demokratischen Kräfte durch faschistische, imperialistische und militaristische Ideen.

1960
SONNTAG
(8 5 60)

Erklärung von Arnold Zweig, Titel: „Sieg der guten Sache“, u.a. gegen den „Mörder“ Theodor Oberländer Schuld an den beiden Weltkriegen sei der **Kapitalismus**. „Am 8. Mai 1945 atmeten wir auf.“ Lob der DDR und der Kinder-Hymne von Brecht.

1965
SONNTAG
(9 5 65)

Hier ein **Tag der Befreiung**, ein **Tag der Feste**, in Bonn ein „**Tag der Niederlage, der Trauer, des betretenen Schweigens**“ (Bernt von Kügelgen: „Das Ziel hieß: Freies Deutschland!“).

1970
SONNTAG
(10 5 70)

25. **Jahrestag der Befreiung** unseres Volkes von der Herrschaft des **Faschismus**. Leitartikel von A. ABUSCH (stellvertr. Ministerpräsident): Wir, die deutschen Antifaschisten, standen schon 1945 in der Reihe der Sieger. Die Revanchisten Strauß, Barzel und Kiesinger wollen Erklärung Brandts zum 'Tag der Kapitulation' („wie sie ihn nennen“) verhindern.

1975
SONNTAG
(4 5 75)

30. **Jahrestag der Befreiung**

1980 (öffentliche Problematisierung des offiziellen Vokabulars)
SONNTAG
(4 5 80) (ab März '80 „**Dialog** der Generationen über das Ereignis der Befreiung vor 35 Jahren“)

Konrad WOLF, Akademiepräsident, Filmregisseur, ehemaliger dt. Rotarmist, JG. 1926, und Eberhard GEICK, Wolfs Kameramann, Jg. 1944, für beide sei „**Befreiung**“ eine „grundverschiedene Erfahrung“ gewesen. Wolf wird charakterisiert als „**Befreier seiner eigenen Landsleute**“.

GEICK

Zeitpunkt, als Russen kamen, nannte meine Mutter **Zusammenbruch**. Es herrschte „**Furcht vor den Russen**“ „Der Gedanke an Befreiung kam nicht auf.“

WOLF

Befreiung ist die historisch richtige Bezeichnung. Aber Befreiung wurde von Deutschen nicht so empfunden. Die Rote Armee sprach in bezug auf Deutsche nicht von Befreiung (d.h. die KPD oder die SED hat die Bezeichnung irgendwann „eingeführt“). für die Rote Armee war es der Sieg über Deutsche (Arbeiter und Faschisten).

1985

SONNTAG

(5.8.85)

40. Jahrestag des Sieges über den Hitler-Faschismus und der Befreiung des deutschen Volkes. 40 Jahre Frieden nach Sieg und Befreiung. **Stephan HERMLIN:** „Freudigen Ernst verdient der 8. Mai, weil wir befreit wurden, weil die Völker Europas frei wurden von Sklaverei und Tod und mit diesen Völkern, selbst wenn sie es nicht wußten, auch die Deutschen.“ Er dankt allen Alliierten und den deutschen Antifaschisten.

SINDERMANN

(Volkskammerpräsident)

In Festrede dankt er allen Alliierten für die Befreiung. In der westdeutschen Presse sehr kritische Berichte über „Befreiungs“-Feiern in der DDR u. a. wegen „offiziell verordneter Euphorie für die Sieger“, wegen „übertriebener Vergötterung der Sowjets“, wegen „Staatspropaganda“, wegen der Sammelbezeichnung „Antihitler-Koalition“ (Westliche Alliierte und eingeladene Vertreter der Bundesregierung bleiben den Feiern in der DDR fern.)

1989

SONNTAG

(7.5.89)

„Tag der Befreiung“ (tritt hinter 7. Mai 1989 als Tag der 9. Kommunalwahl zurück).

WESTDEUTSCHLAND

1945

EISENHOWER

(8.5.45)

Wir sind **Befreier** in Frankreich, Italien, Niederlande (5.5.45). In Deutschland sind wir **Sieger** (Deutsche sind keine Opfer).

1949

HEUSS

Der 8. Mai '45 ist **Paradox der Geschichte**. Wir waren **erlöst und vernichtet in einem** (vor dem Parlamentarischen Rat am 8.5.49).

1955

ADENAUER

(Geleitwort zum Deutschland-Buch, Bulletin 5.8.55)

Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. **Beginn der Spaltung Deutschlands.**

FAZ / DOMBROWSKI

(8.5.55)

Niederlage, Schmach, Schande, Kollektivschuld-Vorwurf abgelehnt.

RP

(9.5.55)

Sowjetzonenregierung und SED veranstalten „**Befreiungsfeiern**“ am Tag der deutschen **Kapitulation**; Schukow nennt sich „**Befreier**“

1965

ERHARD Rundfunk- und Fernseh-Erklärung am 7.5.65; Bulletin 11.5.65)

Tag der deutschen **Kapitulation, militärischer Zusammenbruch** (nach geistigem und moralischem Verfall). Gegen Vokabel **Befreiung**, da im Osten **neues Unrecht und neue Gewalt herrsche**. Grauer trostloser Tag. **Totale Kapitulation** brachte kaum **Aufatmen**.

Bulletin-Erklärung der Bundesregierung (anonym, Verfasser: Ernst Lemmer) und Erklärung des Vertriebenen-Ministers E. Lemmer (Bulletin vom 7.5.65)

BARZEL

1970

CDU/CSU-Abgeordnete (SPIEGEL, 27. 4. 70)

BRANDT
(Erklärung vor dem Bundestag)
HEINEMANN
(Erklärung vor dem Dipl. Corps, Bulletin 9.5.70)

von **WEIZSÄCKER**
(als 2. Fraktionsvors. der CDU/CSU) (Erklärung vor dem Bundestag, 8.5.70, Bulletin 9.5.70)

PETER GRAF KIELMANNSEGG,
Politologe (FAZ, 8.5.70)

1975

Bundeskanzler **SCHMIDT**,
(Ansprache vor dem Kabinett, Bulletin 7.5.75)

SCHEEL,
Bundespräsident, (Ansprache in der Schloßkirche der Universität Bonn, Bulletin 7.5.75)

Helmut **KOHL**, Min.präs.
(FAZ, 9.5.75)

FAZ, 9.5.75

Tag ernster Besinnung. Nehmen (Schuld-)Vorwürfe ernst (Hitler als Abenteurer). Eigentliche Niederlage war 1933! Wiedergewinn der Freiheit und nationaler Zusammenbruch am 8. Mai '45 Deutsche brachten Opfer für Wiedergutmachung. Dank an Siegermächte. Soldaten fielen im Glauben an eine gute Sache. Gedenken der Terror-Opfer in Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Jedem (Volke) seinen 8. Mai lassen (Zeitungsbeleg).

Wir wollen verhindern, daß die Deutschen ihrer eigenen Niederlage gedenken.
Bundeskanzler Brandt solle den Tag der deutschen Waffenniederlegung nur nicht als „Tag der Befreiung“ interpretieren.

Niederlage des Hitler-Reiches (H.), Zusammenbruch des Reiches, bedingungslose Kapitulation, totale Niederlage (B.). Im Ausland brachte 8. Mai Befreiung von Fremdherrschaft (d.h. von den Deutschen).

Jeder habe mit dem 8. Mai 1945 seine eigenen Erfahrungen: „Keiner darf seine persönlichen Erfahrungen zum Maßstab für alle machen.“

Es macht Sinn, im Hinblick auf den 8. Mai von Befreiung zu sprechen. Aber nicht, als seien die Deutschen Opfer gewesen. Deutschland war Täter. Hitler war Demagoge, aber nicht deutsches Schicksal [d.h. Deutschland wurde von selbstverschuldetem Terror befreit].

[zum 1. Mal „Befreiung“ in der BRD offiziell gebraucht] Der 8. Mai brachte Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Chance zu einem demokratischen Neubeginn. Schmidt lehnt die Wendung „Tag der Trauer über die Niederlage Hitlers“ als Verständnis des Tages der „bedingungslosen Kapitulation“ ab. Der 8. Mai ist kein Anlaß zum Jubel. Die „Jahre der Finsternis“ sind von den Deutschen nicht verdrängt, sondern als Epoche unserer Geschichte in oft schmerzvollem Bewußtseinsprozeß geklärt worden. Es ist kein dauerndes Büßergewand nötig. Mehrheit der Deutschen ist nach 1933 geboren und ohne Schuld [neuer Aspekt].

Zusammenbruch des NS-Systems, Befreiung von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei; Aufatmen, als das Ende kam. **Befreiung kam von außen. Wir Deutsche haben keinen Anlaß zum Feiern.** 8. Mai 1945 ist ein widersprüchlicher Tag in der deutschen Geschichte. Selbstprüfung nötig, um Lehren aus der Geschichte zu ziehen. **Adolf Hitler war kein unentrinnbares Schicksal. Er wurde gewählt! [Als Mitschuld- Formulierung neu]**

Der 8. Mai ist ein „Tag der Schmach, der Trauer, des Gedenkens und der Besinnung“

Honecker preist nur die Sowjetunion. „Befreiungsfeier“ in Ostberlin.

1985

Diskussion über „Feiern“. Jubiläums-Szenario (u.a. 30.1.33 und 20.7.44)/ Reagan in Bitburg/ Sensibilisierung durch Historikerstreit/ Regierungswechsel/ „Gnade der späten Geburt“

SPD (gespalten 1984 f.)

Niederlage der Deutschen, Befreiung vom Nationalsozialismus, Ende der Gewaltherrschaft, Kapitulation des Dritten Reiches, Demokratischer Neuanfang

R. AUGSTEIN/
Golo MANN

Gegen alle „Feiern“, den 8. Mai „nicht begehen“

FAZ:

Gebet in Kirchen, event. Gedenksitzung des Bundestages.

Eugen KOGON
(DIE ZEIT, 19.4.85)

„Tag der Niederlage. Tag der Befreiung“ - das wird die Alternative der Streitparteien sein. Aber: Niederlage und Freiheit bilden eine Einheit (vgl. Heuss '49 und Hans Maier '96).

Josef KRAFT
(amerik. Kolumnist,
SPIEGEL, 29.4.85)

Der 8. Mai ist für Deutschland der „Feiertag einer lebenswichtigen Niederlage“

AUGSTEIN/
CDU/CSU-Kreisverbände
(FAZ, 30.4.85)

Gegen Befreiung, weil in „Mitteldeutschland“ neue Diktatur; nur in West-Deutschland gibt es „Null-Deutsche“ (AUGSTEIN, SPIEGEL, 29.4.85 und 7.1.85, weil die „DDR-Deutschen“ keine Stunde Null erlebt).

LESERBRIEFE

Meist gegen Befreiung. Je nach persönlicher Erfahrung und Sicht Zuordnung zu Zusammenbruch, Kapitulation usw.

ALLENSBACH
(DIE ZEIT, 10.5.85)

8. Mai '45 von Mehrheit als Befreiung und Zusammenbruch „erlebt“

G. GRASS
(DIE ZEIT, 10.5.85)

Gegen „Schonwörter“ Zusammenbruch, Katastrophe, Stunde Null, Befreiung. Deutsche blieben gegenüber Nazi-Verbrechen in selbstverschuldeter Unwissenheit, deshalb wurden sie besiegt, nicht befreit. [= distanzierte Analyseperspektive!]

Bundespräsident Richard von WEIZSÄCKER am 8.5.85 vor dem Bundestag

(Die CSU-Abgeordneten waren mehrheitlich ferngeblieben.) [Nur teilweise, insbesondere im Hinblick auf den bisherigen Befreiungs-Diskurs skizziert.] Jedes Volk hat beim Gedanken an den 8. Mai 1945 seine eigenen Gefühle (Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft). Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Wer ihn bewußt erlebte, denkt an persönliche, ganz unterschiedliche Erfahrungen. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Geschenker neuer Anfang. Die meisten hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Vaterlandes zu kämpfen. Doch dieses alles hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Der Blick ging zurück in den dunklen Abgrund der Vergangenheit und in eine ungewisse Zukunft. „Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte. Wir dürfen den 8. Mai nicht vom Januar 1933 trennen“. Wir haben keinen Grund, uns an Siegesfeiern zu beteiligen. Wir gedenken aller Toten des Krieges, insbesondere der sechs Millionen Juden, der Bürger der Sowjetunion und Polens, die ihr Leben verloren haben, der deutschen Soldaten, der Getöteten bei Fliegerangriffen und bei der Vertreibung, der Roma und Sinti, der getöteten Homosexuellen, der erschossenen Geiseln, der Opfer des Widerstandes im Ausland

und in Deutschland (des bürgerlichen, militärischen, des glaubensbegründeten, der Gewerkschaften und der Kommunisten).

Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte. Die Ausführung der Verbrechen wurde von der Öffentlichkeit abgeschirmt, aber wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, der Sigmatisierung mit dem Judenstern? Wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Allzu viele versuchten, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah. Viele schauten weg und schwiegen. Als die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewußt oder gehänt zu haben.

Es gibt keine kollektive, nur persönliche Schuld, viel verborgene geliebte und abgeleugnete Schuld. Die Mehrheit der Deutschen ist später geboren; sie haben keine eigene Schuld, brauchen kein Büsserhemd, haben aber eine schwere Erbschaft und werden für die Folgen in Haftung genommen. Erinnerung an Unmenschlichkeit ist notwendig, um nicht für „neue Ansteckungsgefahren“ anfällig zu sein.

„Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung.“
Es gab keine „Stunde Null“, aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn.

REAKTIONEN AUF DIE REDE:

Im Ausland zum Teil als „Wunder“ gepriesen, in viele Sprachen übersetzt. In Israel einzige Kritik: Ein Deutscher habe „Versöhnung“ angeboten.

„Tag der Befreiung“ wird als Zentralstelle zitiert [ohne Hinweis auf offizielle DDR-Sicht].

Alfred DREGGER
(CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender)
und Lorenz NIEGEL (CSU-Mitglied)

stellvertretend für konservative Kritik. „Tag der Befreiung“ ist ein „äußerst problematischer Begriff“. 8. Mai 1945 ist „im Erleben unseres Volkes“ traurigster Tag, tiefste Demütigung, brachte persönliches Elend und staatliche Spaltung und Unterdrückung vieler unter das kommunistische System.

In Gegenrede am Volkstrauertag 1986 sagt A. Dregger in Bezug auf die „Befreiungsformel“: „Es muß endlich Schluß sein mit der uns von den Siegermächten aufgezwungenen Geschichtsbetrachtung.“

Leserbriefe, Vortragsveranstaltungen, Vorlesungsreihen, Bücher: Darstellung des persönlichen Erlebens des Tagesablaufs des 8. Mai 1945 - meistens mit Zuordnung zu den öffentlich angebotenen Interpretationskategorien 'Trauer', 'Niederlage', 'Zusammenbruch', 'Befreiung' usw.

1995

Bundeskanzler KOHL
(März '95)

Ich will „keinen Debatten mehr ausgesetzt sein, ob die Kapitulation am 8. Mai 1945 den Deutschen als 'Befreiung' oder 'Niederlage' zu gelten habe.“

Neue Rechte-,
CDU/CSU-,
FDP-Mitglieder-Aufruf
in FAZ, 11.4.95

„8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen“. Datum darf nicht einseitig als Befreiung charakterisiert werden, da zugleich Beginn von Vertreibungsterror, neuer Unterdrückung im Osten und der Teilung Deutschlands.

DREGGER
(5.5.95)

„Empfinden der Niederlage“ darf nicht „verdrängt“ werden.

Junge Nationaldemokraten
(1.5.95)

„Schluß mit der Befreiungslüge“

Mitglieder SPD, FDP,
Grüne, PDS-Aufruf (24.4.95)

„Die Freiheit hat Geburtstag“. Tag der Befreiung von deutschem Faschismus, Tag der Erlösung, Tag der Rettung, Tag der Befriedung, Geburtsstunde der Freiheit.

SÜSSMUTH
(Bundestagspräsident, im
Bundestag, 28.4.95;
Bulletin 4.5.95)

Unterschiede in der Bewertung des Kriegsendes sind verständlich; sie werden auch weiterbestehen. Subjektiv wurde das Kriegsende verschieden erlebt, objektiv bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende des Terrorsystems. Die Befreiung kam von außen, war aber den Menschen der DDR noch Jahrzehnte versagt. Der 8. Mai 1945 ist vom 30. Januar 1933 nicht zu trennen. Hinter die (se) Position der großen Weizsäcker-Rede dürfen Deutsche nicht mehr zurückfallen.

BARTOSZEWSKI

(Außenminister Polens, im
Bundestag, Bulletin 4.5.95)

Ich will die deutsche Diskussion darüber, ob der 8. Mai „ein Tag der Befreiung oder der Niederlage [...] gewesen ist“, nicht bewerten. Schmerz über den Verlust von Angehörigen respektiere ich, nicht aber Schmerz wegen des verlorenen Krieges. Deutschland wurde Opfer des eigenen Krieges (Berufung auf die „schon klassische“ Rede von von Weizsäcker 1985). „Ich kann nicht in einem Atemzug Opfer und Täter nennen oder auch jene, die das Böse passiv akzeptiert haben.“

RAU

(Bundesratspräsident, im
Bundestag, Bulletin 4.5.95)

Mehrheit der Deutschen sieht heute - wie von Weizsäcker 1985 formuliert hat - den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung und der Scham und nicht als Tag des Zusammenbruchs und der Schande.“

HERZOG

(Bundespräsident, Ansprache beim
Staatsakt in Berlin, 8.5.95;
Bulletin 12.5.95)

Als sich das Ausmaß der Verbrechen Hitler-Deutschlands herausstellte, gab es Versuche der Aufrechnung, der Kollektiv-Ausreden, der kollektiven Beschönigung. Als Grundgefühl bildete sich „je länger desto klarer, die Kollektivscham“ [explizite Berufung auf Th. Heuss]. Die Reduktion auf die Alternative Befreiung oder Niederlage würdigt nicht die Vielzahl der Perspektiven, sei nicht „sehr fruchtbar“. Dazu hätten Heuss und von Weizsäcker „Richtungsweisendes, ja Abschließendes“ gesagt. „Als Angehöriger einer jüngeren Generation begreife ich den 8. Mai 1945 als „einen Tag [...], an dem ein Tor in die Zukunft aufgestoßen wurde.“ [= hist. Maßstab]

Presse, Kommentare und
Leserbriefe:
(bes. FAZ):

Konservative Kritik besonders an „Sprachregelung“, an „Befreiungskampagne“, an „Befreiungstheologie“ einer „moralisierenden Klasse in diesem Lande“, an „Deutungsprimat“, an den „Linkskreisen“, den „Begriffe-Deutern“, die die „Begriffe [...] besetzten, die sich zu „Antifaschisten“ und „besseren Deutschen“ ernannt hätten und alle Abweichler von der „Sprachregelung“ als „Rechtsextremisten“ und „Nazis“ denunzierten.

Gräfin DÖNHOF:
(DIE ZEIT)

Warum muß bei uns alles zum Duell werden?

Hans MAIER (Buchtitel 1996)

Niederlage und Befreiung

Strittige Lexik in Nebendiskursen:

- **Machtergreifung:** Thematisiert in der Historiographie, auch „Machterschleichung“ [Deutsche als Opfer der Nazis]. Ab 1989: Öffentliche Vokabeldiskussion und Etablierung der Konkurrenzvokabeln Machtübergabe, Machtübertragung [Deutsche als politisch Mitschuldige].

- **Schuld:** Kollektivschuld-Diskussion seit 1945. Vorläufiger Abschluß 1995: katholische Bischöfe Deutschlands erklären „Mitschuld am Holocaust“.

- **Wiedergutmachung:** Bis 1965 - auch im Wiedergutmachungsabkommen mit Israel 1952/53 - unproblematisierter Gebrauch. 1980 öffentliche Wortkritik von Lea Fleischmann. In der Fachliteratur oft Wort-Thematisierung und Schreibung mit Anführungsstrichen, in der Presse meist „materielle Wiedergutmachung“.

- **Reichskristallnacht:** Öffentliche Sensibilisierung seit dem 50. Jahrestag 1988. Seitdem Vermeidung von Kristall-, oft: Pogromnacht, November-Pogrome.

- **Viertes Reich:** 1935 von innerdeutschen Nazi-Gegnern gebraucht, um den intermimetischen Charakter des „Dritten Reichs“ zu betonen. Ab 1947 Kritikvokabel Frankreichs gegen Bl- und Trizone. 1989 weit verbreitete Nazi-Vergleichs-Vokabel des Auslands gegen deutsche Wiedervereinigung. Von H. Kohl und W. Brandt vehement kritisiert [Deutschland-Interpretation des Auslands].

- **Widerstand:** Lexikalisiert als Bezeichnung des „anderen Deutschlands“ während der Existenz von „Hitler-Deutschland“. Oft in 8. Mai-Reden erwähnt. Um 1970 brisantes Wort: APO und „revolutionäre Studenten“ nennen ihre Aktionen gegen die Staatsgewalt „Widerstand“ gegen „faschistische und kolonialistische Tendenzen“. Die Elterngeneration habe diesen Widerstand (gegen die Nazis) durchweg nicht geleistet.

- **Invasion:** 1994 vor dem 50. Jahrestag der Landung der Alliierten von dem frz. Historiker Josef Rovin als Wort der NS-Sprache kritisiert, als es von der Bundesregierung offiziell verwendet wird. Dies Wort sei ein Nazi-Wort und spiegle die „Sichtweise der Nazis“ wider. Die deutsche, englische und amerikanische Historiographie verwenden Invasion und Landung der Alliierten seit je nebeneinander (ebenso: D-Day).

KONRAD EHLICH

„..., LTI, LQI, ...“ – Von der Unschuld der Sprache und der Schuld der Sprechenden

Abstract

Trotz einer intensiven Forschungsgeschichte bleibt auf eigenartige Weise diffus, was es mit der Sprache im Faschismus auf sich hat. Der Beitrag versucht, ein doppeltes Defizit deutlich zu machen, das die Forschungsgeschichte kennzeichnet: Einerseits ist das Objekt strittig, wie die Kontroverse der Konzepte „Sprache des Faschismus“ vs. „Sprache im Faschismus“ zeigt; andererseits besteht ein – aus der Linguistikgeschichte dieses Jahrhunderts sich ergebendes – Defizit in der Methode. Um dieses zu verstehen, wird eine kritische Relektüre der ersten und folgenreichsten Arbeiten, Klemperers „LTI“ und des „Wörterbuchs des Unmenschen“, vorgeschlagen und an Beispielen vorgenommen. Es zeigt sich eine vertrackte Präsenz des Kritisierten in diesen frühen Kritiken, deren Hintergründen nachgegangen wird. Eine Grundlage wird im unzureichenden Umgang mit dem Sinnzusammenbruch des Zweiten Reiches gesehen. Als methodologische Konsequenz wird eine Pragmatisierung von Semantik vorgeschlagen, die sich die Rekonstruktion der Handlungsrelevanz von „Wörtern“ als Vermittlungen zwischen mentalen und gesellschaftlichen Prozessen zum Ziel setzt.

1. Illokution „Versprechen“

Kaum ein anderes Vierteljahrhundert der deutschen Sprachgeschichte dürfte vergleichbar intensive Erforschung gefunden haben wie die Zeit zwischen 1919 und 1945. Kein anderes Vierteljahrhundert der deutschen Geschichte dürfte vergleichbar katastrophal für die Deutschen, für die Menschen in Europa und der Welt gewesen sein als die Zeit, die mit dem Jahr 1945 in einer Weltkatastrophe zugrunde ging. In dieser Katastrophe schien die Weltgeschichte innezuhalten. Das Konstrukt einer „Stunde Null“ war hauptsächlich Ausdruck solcher Epochenbildung. Die „Stunde Null“ spiegelte mit der Ansage eines völligen Endes zugleich die Ermöglichung eines völligen Neuanfanges vor. Die Auseinandersetzung um die Konzeptualisierung jenes Einschnittes hält an. Die Fünfzigjahrfeiern der jüngsten Vergangenheit haben die Präsenz dieses konzeptuellen Kampfes überdeutlich gemacht: „Zusammenbruch?“ „Befreiung?“ Der

„Nazi-Komplex“ gehört zum zentralen Bereich der von Stötzel u. a. (1995) analysierten „kontroversen Begriffe“ der BRD-Kommunikation.

Das Ende des „Dritten Reiches“, seiner Institutionen, seiner Wehrmacht, seines Weltkrieges wirkte sich als eine sichtbare Falsifikation, als ein unabweisbares „Weltgericht“, über etwas aus, das nicht als eine, sondern – nach Dornseiff (1964) – als *die* „Weltanschauung“ allgemein akzeptierte deutsche Ideologie war. Seit 1933 hatte sie weithin unangefochten alltägliches, politisches, institutionelles Handeln in der Mitte Europas bestimmt. Diese „Weltanschauung“ war nicht zuletzt Ausdruck eines ganzen Wissens-Systems, das seine Verbreitung, seine Verallgemeinerung, seine allgemeine Akzeptanz einem sehr spezifischen Typus sprachlichen Handelns verdankte: Es war ein System der Versprechen (vgl. Ehlich 1989, § 3; 1990 § 6.3). Versprechen sind Anleihen auf eine zukünftige Welt. Sie sind „Ausgriff auf eine verbal antizipierte Zukunft“ (1989, S. 23). Entscheidend für das Gelingen der sprachlichen Handlung „versprechen“ ist die Glaubwürdigkeit, die dem Sprecher handlungspraktisch attestiert wird. Die Ernsthaftigkeit (*sincerity*) der Sprechhandlung hat in ihr, in dieser Glaubwürdigkeit, ihren Dreh- und Angelpunkt. Glaubwürdigkeit, kommunikativer Kredit, wird dann eingeräumt, wenn sie vorgängig – in wie exemplarischen Dosen auch immer – bewährt wurde. Versprechen sind Teil einer Kommunikations*geschichte*. Ohne die Bewährungszeichen wird der Glaube blind, die Unterstellung von Glaubwürdigkeit schlägt in Vertrauensseligkeit um. Der Nationalsozialismus hatte spätestens seit 1933 für die meisten Deutschen einen Beleg seiner eigenen Glaubwürdigkeit nach dem anderen erbracht. Er, seine Repräsentanten und Propagandisten umgaben sich mehr und mehr mit einer Gloriele von kommunikativer Verlässlichkeit. – Sie arbeiteten mit größtem Erfolg an der Erfüllung der Sineritätsbedingung für immer größere Versprechen.

Vorgriffe auf die Zukunft haben für die Adressaten und ihr Handeln immer etwas von einem Hasard-Spiel. Der Hasardeur wird gerechtfertigt durch den Gewinn. Sein Kalkül übersteigt jenes rationale Kalkül der kleinen Münze und der immer noch auffangbaren Katastrophe, wie es für sehr viele Formen des sprachlichen Handelns charakteristisch ist. Das Kalkül des Hasardeurs ist das von allem oder von nichts. Viele der gesellschaftlichen Aktanten in Deutschland, vor sich selbst gerechtfertigt in der immer weitergehenden Expansion des Vertrauens, hatten aus der Gefahr oder auch der Wirklichkeit des Nichts, aus Arbeitslosigkeit und der Angst davor, den Verlust des kleinen Kalküls aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus ohnehin schon erlitten. Der Übergang in das Kalkül der Hasardeure fiel nicht schwer. Die Bestätigung der Glaubwürdigkeit in jenen kleinen Dosen machte kühn und kühner.

Jenes „Weltgericht“ 1945 aber erwies die Versprechungen schließlich

als leer, die Vertrauenden als töricht, das Ergebnis als nichtig: Die Hasardeure hatten verloren. Einige zogen hasardeur-übliche Konsequenzen: Selbstmord der Familie Goebbels, Selbstmord Adolf Hitlers, Selbstmord Hermann Görings, Selbstmord von führenden und von geführten Parteigenossen. Der Hasardeur richtet sich nicht, er entzieht sich den Folgen seines Handelns. Im Sinn der Analyse von sprachlichem Handeln: Der „Sprecher“ S, der fälschlich Versprechende, flieht vor der offengelegten Konsequenz seiner Lüge; der „Hörer“ H, der Verheißungsempfänger, im Ausbleiben seiner Erfüllung enttäuscht, steht vor dem Nichts – „Stunde Null“. Für ihn (und für sie) „hatte es nicht geklappt“ – das Glück ist nicht kalkulierbar, so sagte er, so sagte sie sich – und setzte erneut.

Jene „Stunde Null“ bewirkte vor allem eine erstaunliche Transformation von Mitgliedschaften. Hatten bis 1945 fast alle Deutschen irgendwie und irgendwo „dazugehört“, so jetzt kaum noch jemand. Das Konzept der „Stunde Null“ beendete Kraft seiner Epochensetzung die Mitgliedschaften sozusagen mit einem Schlage. Die „Entnazifizierung“ (vgl. Kämpfer 1998) fand erstaunlich wenig Objekte entsprechender Verfahren mehr. Kaum jemand hatte etwas gewußt, kaum jemand hatte etwas gesehen, kaum jemand hatte an etwas teilgenommen, hatte etwas verantwortet, hatte etwas veranlaßt, befohlen oder gar: hatte etwas getan.

Die Dimensionen hingegen dessen, was getan, befohlen, veranlaßt worden war, enthüllten sich erst allmählich, und diese Enthüllungsgeschichte scheint bis heute nicht zu einem Abschluß gekommen zu sein. Noch immer wird das Ausmaß der Schuld bagatellisiert, noch immer werden argumentative Kämpfe geführt; die Diskreditierungsversuche gegen die „Wehrmachts“-Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung (s. dass. 1996) sind nur das jüngste Beispiel.

2. Ein halbes Jahrhundert Forschungsgeschichte

Das Geschehen, das von den Jahrmarken 1933 und 1945 gekennzeichnet wird, ist nicht zuletzt und stärker als die Geschichte etwa des Jahrhunderts davor sprachliches Geschehen. Kaum ein anderes Vierteljahrhundert der deutschen Sprachgeschichte dürfte, wie gesagt, vergleichbar intensive Erforschung gefunden haben wie die Zeit zwischen 1919 und 1945. In sorgfältigen, gut informierenden Forschungsberichten und Bibliographien (vgl. zuletzt Kinne/Schwitalla 1994, Christoph Sauer 1995, Marek 1990, zuvor u. a. Voigt 1983, Wigger 1982, Siegfried Jäger 1989b) ist die Forschungslage aufgearbeitet und erschlossen. Monographien und Sammelbände finden sich in großer Zahl. Gerade Ende der achtziger und in den frühen neunziger Jahren haben sich zudem neue Gesichtspunkte herausgebildet.

Ein breites Bild zeigt sich: Zusammenhangsdarstellungen wie die von Straßner (1987) und vor allem Maas (1984) und Bauer (1988), Sammelbände wie Ehlich (Hg.) (1989), Detailstudien zur Situation in Deutschland, in Österreich (Wodak und Mitarbeiter 1990), in den Niederlanden (Christoph Sauer 1983, 1984, 1985, 1989, demn.), Untersuchungen zum Personal (z. B. von Maas 1984, Zabel 1987), auch zum linguistischen bzw. philologischen, dem insbesondere Gerd Simon in minutiöser Quellenarbeit und am beklemmenden Beispiel des „Falles Schwerte“ Ludwig Jäger (s. Ludwig Jäger 1996, Simon 1997) nachgegangen sind. Jan Wirrers Untersuchungen zu den enttäuschten Hoffnungen der Dialektfreunde (Wirrer 1989) gehören ebenso dazu wie die Beschreibungen der KZ-Weiterungen der Arbeit des Allgemeinen deutschen Sprachvereins (Simon 1989). Vieles weitere gälte es zu nennen.

Darüber hinaus finden sich allgemeine sprachsoziologische und sprachpolitische Grundbestimmungen, besonders im Werk Walther Dieckmanns (vgl. Dieckmann 1975), Erich Straßners (1987) und im Kontext der deutschen Sprachgeschichte Peter von Polenz' (1970). Politisch-rhetorische Untersuchungen besonders zur Medienstruktur und zum politischen sprachlichen Handeln für die NS-Zeit (Maas 1984, Volmert 1989), aber auch zur heutigen Situation (Josef Klein, Holly, Püschel, Grewenig, die Düsseldorfer Gruppe) liegen vor. Siegfried Jäger behandelt wachsam die Kontinuität der faschistischen Verfahren und Konzepte in der Gegenwart (vgl. Siegfried Jäger 1989a, 1994).

Bereits Ende 1946 schloß der deutsch-jüdische Gelehrte Victor Klemperer sein Werk „LTI“ ab, zusammengestellt aus vielfältigen Aufzeichnungen, die er durch die Verfolgungen und Erniedrigungen der Jahre 1933–1945 retten konnte. (In den letzten Jahren wurden seine Tagebücher endlich als einzigartige Zeitdokumente veröffentlicht, s. Klemperer 1995; vgl. Heer 1997).

Mit „LTI“ wurde die große Reihe der in Deutschland vorgetragenen Analysen der „Sprache des Nationalsozialismus“ eröffnet. Nicht wenige davon entwickelten eine *Sprachkritik* und versuchten so, theoretisch zu ermessen, wie es zur Katastrophe der deutschen Geschichte kam. Dabei wurde ein elementarer antifaschistischer Grundkonsens vorausgesetzt, wie er 1945 angesichts der zerbombten Städte und des offensichtlichen politischen Desasters, das dafür verantwortlich war, wohl von einer Mehrheit der Deutschen geteilt wurde.

Trotz einer Forschungsgeschichte von nunmehr 50 Jahren aber bleibt auf eigenartige Weise diffus, was es mit der Sprache im Faschismus auf sich hatte. Die zunehmende Zerschlagung jenes Grundkonsenses, wie er im „Historiker-Streit“, dem Streit um die „Wehrmachtausstellung“ und anderen spektakulären Diskursereignissen der letzten Jahre geschieht, macht die Virulenz des Themas deutlich.

Was ich im folgenden versuchen will, ist, einige Überlegungen vorzutragen, die sich angesichts jener Ratlosigkeit ergeben, mit der wir noch immer vor einigen Grundproblemen der Analyse von Sprache im Faschismus, von Sprache „des Faschismus“, vom Sprechen und Schweigen, von der Sprachlosigkeit erfahren – zu schweigen vom Verständnis des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und vom Verstehen dessen, warum er so selten war.

Ich will versuchen, ein doppeltes Defizit deutlich zu machen: eines des Gegenstandes und eines der Methode. Die Objekt-Problematik ist an der Unterscheidung von „Sprache des Faschismus“ versus „Sprache im Faschismus“ forschungsgeschichtlich wichtig geworden. Die Forschungsgeschichte kann zu einem wesentlichen Teil, so scheint mir, anhand dieser Opposition rekonstruiert werden. Schwieriger liegt es mit dem Defizit in der Methode. Die Beschäftigung mit der Sprache im Faschismus war und ist angewiesen auf ein linguistisches Instrumentarium, das für große Teile der Forschungsgeschichte offensichtlich nicht hinreichend war, und zwar aus allgemeinen linguistik-geschichtlichen Gründen, die mit der Geschichte des Versuches, die Sprache im Faschismus zu analysieren, zunächst nichts zu tun hatten, diesen aber erheblich beeinflussen. So ist es denn auch nicht erstaunlich, daß zwei der einflußreichsten frühen Werke zur Beschäftigung mit dem Gegenstand von Autoren stammen, die keine Linguisten sind: einerseits von Sprachkritikern, nämlich Sternberger, Storz und Süskind, die mit ihrem „Wörterbuch des Unmenschen“ für eine lange Zeit die Diskussion über die Sprache im Faschismus bestimmten, und andererseits eben von Victor Klemperer, der sich zwar mit Sprache auch sonst als Professor der Romanistik intensiv befaßte, dies jedoch vor allem als Literaturwissenschaftler tat. Seine „Lingua tertii imperii“ charakterisiert er denn auch zutreffend als das „Notizbuch eines Philologen“. Die erhebliche Sprachsensibilität, die sich in diesem Werk niederschlägt und die um so erstaunlicher ist, als sie unter den unerträglichsten Umständen aktualisiert wurde, ist die Sprachsensibilität eines Philologen, der die Brüche, die Gegenläufigkeiten, die Unvereinbarkeiten im Sprechen beobachtet. Es bleiben diese Beobachtungen aber eingebunden in einen philologischen Kontext, der – wie ich darlegen möchte – das zweite oben genannte Defizit nicht wirklich ausgleichen kann. Vor allem aber sind bereits an diesem frühesten Werk zur Thematik deutlich bestimmte Aporien zu erkennen, die es als solche zu bezeichnen gilt, wenn die Sprache im Faschismus genauer analysiert werden soll. Klemperers LTI und das „Wörterbuch des Unmenschen“ sind also erneut zu lesen.

Eine Anmerkung noch zum Gebrauch des Ausdrucks 'Faschismus'. Durch die Nutzung dieses Ausdrucks soll von vornherein auf den internationalen Zusammenhang hingewiesen werden, in dem das Phänomen des

Nationalsozialismus, insbesondere aber, in dem die Phänomene auch in Deutschland stehen, als deren prominentestes und folgenreichstes sich der in der NSDAP verfaßte deutsche Nationalsozialismus erwiesen hat.

3. Das „Wörterbuch des Unmenschen“: Beobachtungen bei der Relektüre

Der Titel des Werkes von Sternberger, Storz und Süskind ist symptomatisch für die Sichtweise, die sich im Konzept einer spezifischen „Sprache des Nationalsozialismus“ verfestigte. NS-Kritik sollte als und durch Sprachkritik geschehen. Sprachkritik bezog sich vor allem auf die Wörter. In der programmatischen „Vorbemerkung 1945“ schreibt Sternberger: „.... jedes Wort, das er (der Mensch) redet, wandelt die Welt, worin er sich bewegt, wandelt ihn selbst und seinen Ort in dieser Welt. Darum ist nichts gleichgültig an der Sprache, und nichts so wesentlich wie die façon de parler. Der Vererb der Sprache ist der Vererb des Menschen“ (S. 7).

Unter offensichtlichem Bezug auf die aristotelische Bestimmung des Menschen als eines Wesens, das „logos“, das Wort, Sprache habe, entwickelt Sternberger den zweiten Teil des Titels: „.... die Bestimmung, Sprache sei allein die Gabe des Menschen oder eine menschliche Gabe, bietet keine Sicherheit“ (ebd.). In einem eigenartigen Umkehrschluß führt er zur Begründung an: „Denn der Begriff des Menschen schließt die Möglichkeit (und Wirklichkeit) des Unmenschen in sich“ (ebd.). Zur Begründung hierfür wiederum heißt es: „.... im anderen Falle ist er ein unzulänglicher Begriff, und eben daran können und müssen wir ihn prüfen, da wir das Unmenschliche kennen“ (ebd.). Die Erfahrung der Unmenschlichkeit bietet den offensichtlichen Ausgangspunkt des Syllogismus. Sie wird als „das Unmenschliche“ verstanden und zu „dem Unmenschen“ anthropologisch gewandelt. Wie der Mensch Sprache hat, so auch der Unmensch oder, in den Worten Sternbergers, „so hat der Mensch auch als Unmensch seinen Wortschatz, seine eigentümliche Grammatik und seinen eigentümlichen Satzbau“ (ebd.). Ziel der Sprachkritik ist, „seinem Wortschatz (nämlich dem des Unmenschen) nach(zu)spüren“, Ziel dieses Nachspürens ist es, „diese Sprache fremd (zu) machen...“ (ebd.).

Aufschlußreich ist das hier zugrundegelegte Sprachverständnis: Es ist zunächst ein durchgehend traditionelles, das Sprache als eine Kombination von Lexikon und Grammatik ansieht. Dieses wird kategorial erweitert um etwas, das im weiteren Sinn als „Stilistik“ gefaßt werden kann (vgl. auch den Aufbau von Seidel/Seidel-Slotky 1961, Abb. 1.) Die hauptsächlichste Konzentration liegt dabei beim Lexikon – eignet es sich doch in besonderer Weise dazu, Objekte für die Sprachkritik bereit zu halten. Bereits 1957 muß Sternberger das Scheitern der Entfremdungsbemühungen konstatieren:

INHALT

VORWORT	V
EINLEITUNG	VII
I. STILISTIK	
1. Häufung des Ausdrucks	1
2. Metaphern	9
3. Falsches Pathos	11
4. Schwulst	12
5. Knappheit des Ausdrucks	13
a) Energie	13
b) Nominaler Stil	14
6. Verschwommenheit des Ausdrucks	15
II. GRAMMATIK	
1. Syntax	18
2. Wortbildung	26
a) Ableitung	27
b) Zusammensetzung	33
III. LEXIK	
Wortwahl	41
1. Die inhaltlichen Sphären	41
a) Das Militärwesen	43
b) Dynamik	60
c) Blut und Boden	77
d) Einheit	101
e) Einzelne „ideologische“ Termini	107
2. Die Rolle des Fremdwortes	123
IV. AUSBREITUNG	128
V. DIE MUSTER	144
ZUSAMMENFASSUNG	154
WORTREGISTER	157

„Lange hatten wir geglaubt, dieser gewalttätige Satzbau, diese verkümmerte Grammatik, dieser monströse und zugleich krüppelhafte Wortschatz seien der Ausdruck der Gewaltherrschaft – ihr Ausdruck oder ihre bleckende Maske –, und so würde dies alles auch mit ihr in Trümmer sinken. Es ist auch mit ihr in Trümmer gesunken. Aber kein reines und neues, kein bescheideneres und gelenkigeres, kein freundlicheres Sprachwesen ist erstanden. Sondern der durchschnittliche, ja, der herrschende deutsche Sprachgebrauch behilft sich mit diesen Trümmern bis auf unsern Tag.

Das Wörterbuch des Unmenschen ist das Wörterbuch der geltenden deutschen Sprache geblieben, der Schrift- wie der Umgangssprache, namentlich wie sie im Munde der Organisatoren, der Werber und Verkäufer, der Funktionäre von Verbänden und Kollektiven aller Art ertönt. Sie alle haben, so scheint es, ein Stück vom totalitären Sprachgebrauch geerbt, an sich gerissen, aufgelesen oder sonst sich zugeeignet.“ (Vorbemerkung 1957, 1986, S. 8)

1967 heißt es: „Das Übel wuchert beharrlich fort“ (S. 10). Zugleich läßt sich bereits 1957 ein gewisse Verunsicherung hinsichtlich der offenbaren Grundthese konstatieren. Diese Grundthese ist die von der „Macht des Wortes“. Das oben angeführte Zitat fährt nach der Beerbungskonstatierung fort: „... nur daß die schauerliche Macht daraus gewichen ist“ (ebd., S. 8).

Die „Vorbemerkung 1967“ versucht, das Verfahren und die sprachbezogenen Grundannahmen explizit zu machen, mittels derer die Verfasser ihre Sprachkritik ausführen, und sie so gegen die Kritiker und Einwände zu verteidigen: „Ein guter Teil jener Einwände versteht sich aus dem Bestreben, die Unschuld der Wörter zu verteidigen. Es gebe, so ist die Meinung, keine böse Sprache, sondern nur böse Sprecher, und was wir als Sprachkritik betrieben, sei in Wahrheit moralische Gesellschaftskritik“ (S. 10 f.). Sternberger räumt ein: „Dies letztere mag zutreffen“ (S. 11), bekräftigt dann aber die Grundthese: „Wörter sind nicht unschuldig, können es nicht sein, sondern die Schuld der Sprecher wächst der Sprache selber zu, fleischt sich ihr gleichsam selber ein“ (ebd.). Die Rede von der fleischgewordenen Schuld wird sogar soweit genutzt, daß es heißt, daß manche Wörter, „mögen sie auch ehemals in würdigen oder doch ordentlichen Zusammenhängen möglich gewesen sein, im unmenschlichen Gebrauch (oder Mißbrauch – das gilt gleich) mit einem Mal nach ihrer Form und Bildung eine gleichsam eingeborene Anlage zu eben diesem Gebrauch offenbaren“ (S. 13). Etwas später dann haben die Wörter „von den Sprechenden ... Besitz ergriffen“ (ebd.).

Die Sprachkritik, die von den Autoren – bedeutsam und bedeutungsvoll für die Selbstverständigung nach 1945 – vorgetragen wurde, hatte ohne Zweifel ihre kathartische Wirkung. Zugleich erwies sie sich in charakteristischer Weise als folgenlos, was einen großen Teil der inkriminierten Wörter betraf. An der Sprachauffassung, die dem Konzept zugrunde lag, entzündete sich die Metakritik professioneller Linguisten. Insbesondere Werner Betz, Herbert Kolb und Peter von Polenz befaßten sich mit den Attribuierungen, die das „Wörterbuch des Unmenschen“ enthält. Ihre kri-

tische Nachfrage (s. zusammenfassend Sternberger/Storz/Süskind 1986, S. 225 ff.) betraf vor allem die sprachsoziologisch-sprachhistorischen Voraussetzungen der Autoren.

Betrachtet man die inkriminierten Ausdrücke aus der heutigen Perspektive, so zeigt sich für eine große Zahl von ihnen, wenn nicht für die meisten, daß eine Beziehung zur Ideologie und Sprachpraxis des Nationalsozialismus von heutigen Sprechern und Sprecherinnen des Deutschen nicht mehr erfahren wird.

16 Anliegen	84 Herausstellen	162 Raum
22 Auftrag	88 Intellektuell	168 Ressentiment
27 Ausrichtung	94 Kontakte	174 Schulung
31 Betreuung	102 Kulturschaffende	182 Sektor
37 Charakterlich	109 Lager	187 Tragbar
45 Durchführen	114 Leistungsmäßig	190 Untragbar
51 Echt – Einmalig	118 Menschen	194 Vertreter
57 Einsatz	126 Menschenbehandlung	202 Verwendung
64 Erarbeiten	137 Organisieren	209 Wissen um...
69 Frauenarbeit	143 Problem	218 Zeitgeschehen
73 Gestaltung	147 Propaganda	
80 Härte	157 Querschießen	

Abb. 2: „Das Wörterbuch des Unmenschen“

Lediglich die *Menschenbehandlung* dürfte als unmittelbar diskriminierend und deswegen diskriminiert im allgemeinen Sprachgebrauch weithin nicht mehr präsent sein. Einige wie *Anliegen* oder *Wissen um...* haben eine zweite, philosophiekritische Analyse in Adornos Heidegger-Kritik („Der Jargon der Eigentlichkeit“) erfahren. Andere Aspekte – wie etwa Adjektivbildungen auf *-mäßig* – erweisen sich als heute gerade besonders produktiv.

Die Kritik aus linguistischer Sicht identifizierte denn auch frühzeitig, daß die im „Wörterbuch des Unmenschen“ kritisierten Sprachverwendungen im wesentlichen allgemeineren sprachgeschichtlichen Tendenzen zugehören, wie sie besonders für bürokratische Sprachbedürfnisse im 20. Jahrhundert kennzeichnend sind. Diese Erkenntnisse bedeuten, daß ihr Stellenwert anders als bei den Verfassern des Wörterbuchs zu bestimmen ist. Die inkriminierten Sprachverwendungen erweisen sich als ein spezieller Fall jener Exploitation „moderner“ Ressourcen, wie sie sich bei der nationalsozialistischen Propaganda auch im Bereich der technischen Kommunikationsmedien zeigte, aber darüber weit hinausgeht, betrachtet man die NS-Politik insgesamt.

Eine Sprachkritik, die diese Aspekte zu rekonstruieren sich vornähme, hätte also das spezifisch Nationalsozialistische in einem größeren Analy-

sezusammenhang zu untersuchen, der den deutschen Faschismus als Ausdruck spezifischer „nachkaiserzeitlicher“ „Modernisierungsbestrebungen“ zu verstehen sucht und diese Tendenz in ihrer spezifischen Attraktivität insbesondere für die gesellschaftlich bestimmenden Klassen und Schichten darstellt. Die den Verfassern des „Wörterbuchs des Unmenschen“ besonders auffälligen Sprachverwendungen nationalsozialistischer Rede und nationalsozialistischer Texte gewinnen ihre Brisanz also gerade aus ihrer „Nicht-Einmaligkeit“, aus ihrer spezifischen Vereinbarkeit und Kompatibilität mit sprachlichen Tendenzen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es sind die Kontinuitäten, die frappieren. Diesen gälte es weiter nachzugehen.

4. NS-„Duden“ – NS-Wörterbücher

Ohne Zweifel war hingegen für den Nationalsozialismus eine spezifische Art sprachlicher Neubildungen charakteristisch. Diese haben mit Kernbereichen nazistischer Ideologie und ihrer propagandistischen Umsetzung zu tun. Gegenüber dem, was Sternberger, Storz und Süskind notierten, sind sie greifbarer (s. Abb. 3, Abb. 4).

Ausdrücke wie *Systemzeit*, *Asphaltliteratur* oder *Machtergreifung* setzten NS-Propaganda unmittelbar in die Nominalbildung um. Darüber hinaus finden sich popularisierte Termini der durch die Nationalsozialisten massiv geförderten, schließlich zur Staatswissenschaft erhobenen „Rassen“-Ideologie, die ja – wie in der Monographie von Ruth Römer (1985/1989) detailliert nachgewiesen ist – gerade wegen ihres wissenschaftlichen Anspruchs und in großer Kontinuität zu einer mehr als hundertjährigen sprachwissenschaftlichen und anthropologischen Forschungsgeschichte von besonderer Bedeutung für die Verallgemeinerung nazistischer Denkweisen war. Als angeblich „wissenschaftliche“ Legitimation der massenhaften Morde in den späteren Jahren der nationalsozialistischen Zeit bis hin zur Schoa, zum systematischen Massenmord an der europäischen Judenheit, kam ihr sowohl an den Universitäten wie in allen Formen der Popularisierung eine herausragende ideologische Bedeutung zu. Ausdrücke wie *aufnorden*, *entraßt*, *erbgesund*, *erbtüchtig*, *Rasseninstinkt*, *fremdrassisch*, *Umvolkung* gehören in diesen Zusammenhang. Bei *Ahnenbuch*, *Ariernachweis*, *Sippenforschung* einerseits, *Alljuda*, *Weltjude* andererseits wird die unmittelbare Verbindung von politischer Propaganda und administrativer Umsetzung deutlich.

All diese Ausdrücke wurden – und zwar bereits seit der 11. Auflage des Duden und vollends dann im Duden 12 – in diesem orthographisch motivierten Verzeichnis der Wörter der deutschen Sprache unter Baslers Leitung aufgenommen. Wolfgang W. Sauers sorgfältige Recherchen zeigen ihre Verbreitung. Bei einigen Ausdrücken aus dem Zentrum der NS-Ideo-

Ideologiespezifische Stichwörter aus den NS-Duden

Ahnenbuch	(-)	Jud	-
- paß	(-)	Jungmädelschaft	+
Alljuda	-	Kraft durch Freude	+
Arbeitsdienst	+	Konzentrationslager	+
- front	+	Machtergreifung	+
- maid	-	Napola	(-)
Ariernachweis	(-)	NSDAP	+
artbewußt	-	Novemberverbrecher	-
Asphaltliteratur	-	Ordensburg	(-)
aufarten	+	Rasseninstinkt	-
aufnorden	+	Rechtswahrer	(-)
BdM	+	Reichspropagandaleiter	+
Blockwart	(-)	SA	+
Eintopfsonntag	(-)	Sippenforschung	(-)
eindeutschen	+	Sippenhaft	+
entraßt	-	SS	+
erbgesund	+	Systemzeit	-
erbtüchtig	-	Tributabkommen	+
Frauenschaft	+	Umvolkung	-
fremdrassisch(-ig)	+	Untermensch	-
Gauleiter	+	Verfügungstruppe	-
Gestapo	-	Völkischer Beobachter	+
Großdeutschland	+	Weltjude	-
Heimtückegesetz	-	Winterhilfswerk	+
HJ	+	Zinsknechtschaft	+

+ = im Duden 11 und 12 enthalten

- = nur im Duden 12 enthalten

(-) = aus zeitlichen Gründen ist eine Notierung im Duden 11 unwahrscheinlich bzw. unmöglich

Abb. 3: Ideologiespezifische Stichwörter aus den NS-Duden
(aus: Sauer, Wolfgang W. (1988), Tabelle 17)

logie ist eine gesteigerte Verwendung insbesondere zwischen 1934 und 1941 zu verzeichnen (Sauer 1988, Tabelle 18, S. 128 = Abb. 4); es fällt freilich auf, daß auch hier bereits 1929, also vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten, sich zahlreiche Aufnahmen finden (Ausnahme: *Hitler*).

Eine Reihe von lexikographischen Zusammenstellungen – auch aus jüngster Zeit – haben in detaillierter Lexikonarbeit dieses „Vokabular des Nationalsozialismus“ (Berning 1964) dokumentiert (vgl. Brackmann/Birkenhauer 1988). Nicht aus kritischer, sondern aus nationalsozialistischer Perspektive wurde bereits 1933 ein „politisches ABC des neuen Reiches“ als „Schlag- und Stichwörterbuch für den deutschen Volksgenossen“ erstellt (Haensel/Strahl 1933). Eine ähnlich umfangliche Zusammenstel-

Die Zunahme der Stichwortmenge bei ideologiespezifischen Schlüsselbegriffen in den NS-Duden

Wortgruppe	Zahl der Einträge		
	1929	1934	1941
1) Art	4	4	11
2) Blut	32	32	52
3) Rasse	10	12	38
4) Sippe	2	6	11
5) national	18	28	30
6) Reich	35	60	141
7) Volk	50	70	115
8) Hitler	0	7	10

Abb. 4: Die Zunahme der Stichwortmenge bei ideologiespezifischen Schlüsselbegriffen in den NS-Duden
(aus: Sauer, Wolfgang W. (1988), Tabelle 18)

lung, wie sie der italienische Faschismus in Amerigo Montemaggioris „Dizionario della dottrina fascista“ von 1934 entwickelte, scheint sich in Deutschland hingegen nicht zu finden.

Der Versuch des deutschen Faschismus, „Begriffe zu besetzen“, hat auf die Zeit offensichtlich und erkennbar gewirkt. In der Tätigkeit des Reichspropagandaministeriums und in den unter direkter Leitung und Anleitung durch Goebbels täglich verbreiteten „Sprachregelungen“ (vgl. Straßner 1984, S. 83 f., nach Müller 1975, S. 43–47) manifestierte sich solche sprachbezogene Arbeit unmittelbar. Dennoch gilt für diese ausgesprochenen NS-Wörter in ihren Proportionen insgesamt: Die Anteile, die der NS-Sprachgebrauch etwa im Duden findet, sind quantitativ eher gering. Vor allem aber stellt sich die Frage nach dem Stellenwert dieser unmittelbar spezifischen Anteile angesichts der am „Wörterbuch des Unmenschen“ erkennbaren Kontinuität faschistischer Redeweise mit der vor- und mit der nachfaschistischen Zeit.

Minutiöse Untersuchungen am Beispiel der niederländischen Besatzungspresse, wie sie Christoph Sauer vorgelegt hat, zeigen zudem, welche feinen Mischungsverhältnisse bei der massenkommunikativen Tagesarbeit aufzuspuüren sind.

Die lexikographisch leicht erfaßbaren speziellen NS-Ausdrücke sind dem herkömmlichen linguistischen Instrumentarium auf einfache Weise zugänglich. Entsprechend einfach ist ihre Zusammenstellung. Aber was tragen derartige Zusammenstellungen bei zum Verständnis des sprachlichen Handelns vor, während und nach der NS-Zeit? Wenn große Teile des sprachlichen Handelns selbst der Propagandisten des Nationalsozialismus von Hitler über Goebbels, den „Reichsjugendführer“ (Maas 1984, § 7.),

die verschiedenen „Amtsleiter“ (vgl. Maas 1989, § 2) bis hin zu den kleinen örtlichen „Führern“, „Gauleitern“, „Ortsgruppenführern“ (vgl. Zabel 1987) sich der deutschen Sprache in ihren tatsächlichen Extensionen bedienen, versetzt und akzentuiert durch verschiedene Mitgliedschaft zuweisende bzw. aberkennende Leitausdrücke, so liegt das Problem offenbar komplexer, als das Konzept einer „Sprache des Faschismus“ wahrhaben kann.

5. Sprachhypostasierungen

Die Verfasser des „Wörterbuchs des Unmenschen“ vertraten eine spezifische Sprachauffassung. In den obigen Zitaten wurde sie charakterisiert.

Kennzeichnend dafür ist die Tendenz, die Sprache selbst zu einem handelnden Subjekt zu machen. In der Metaphorik von der „Fleischwerdung“ wird dies besonders deutlich. Zugleich ist unverkennbar, daß eine solche Metaphorik Gedanken aus dem christlichen Kontext aufnimmt und umwandelt. Die Verselbständigung von Sprache gegenüber den mit ihr Handelnden ist nun keineswegs einmalig. Vielmehr teilen die Verfasser diese Auffassung offensichtlich mit Autoren, die ihrerseits in der Zeit des Nationalsozialismus gerade unter Bezug auf eine verselbständigte Sprache, die später als „sprachliche Zwischenwelt“ dingfest gemacht wurde, aktiv am nationalsozialistischen Zusammenhang partizipierten. Insbesondere der Keltologe Leo Weisgerber (s. zuletzt Lerchenmüller/Simon 1997, § 4.4) und der Germanist Jost Trier sind hier zu nennen.

Triers Untersuchung (1943) aus der Schlußphase der faschistischen Zeit über das Wortfeld *Reich* beleuchtet schlaglichtartig den engen Kontext zwischen sprachwissenschaftlicher Analyse, sprachlichem Gegenstandsbereich und den ideologischen Tageserfordernissen.

Um in kritischer Absetzung der Eigenarten faschistischen Redens habhaft zu werden, bedienen sich die Verfasser des „Wörterbuchs des Unmenschen“ also einer Sprachkonzeption, die auf vertrackte Weise derjenigen nahesteht, die gerade zu kritisieren sie sich mit guten Gründen und den besten Absichten vorgenommen haben. Sie erweisen darin eben jene allgemein präsuppositionellen Grundvorstellungen der Zeit als wirksam, aus deren Bannkreis sie sich und ihre Leser befreien möchten.

6. „LQI“

Die Präsenz des Kritisierten in der Kritik gehört gleichfalls zu den für seine Sprachsensibilität dramatischsten und traumatischsten Erfahrungen, die Victor Klemperer, der Philologe, in der Zeit nach dem Ende des „Dritten Reiches“ macht. An verschiedenen Stellen seiner „Tagebücher Juni bis Dezember 1945“ beobachtet er: „LTI weiterlebend“ (1996b, S., 47). An

derselben Stelle heißt es: „... in einem wild antifaschistischen Vortrag ... war heut Morgen buchstäblich das dritte Wort EINSATZ, EINSATZWILLIGKEIT, EINSATZBEREIT.“ Später heißt es: „Sogar Becher – höher geht's nimmer – schreibt andauernd 'kämpferisch'“ (1996b, S. 159) oder, in bezug auf Willi Bredels „Verwandte und Bekannte“: „Auch hier hinein dringt die LTI... dem alten Bebel sind viele Genossen nicht 'kämpferisch' genug“ (1996b, S. 173 f.). Klemperer zieht daraus die Konsequenz: „Ich muß allmählich anfangen, systematisch auf die Sprache des VIERTEN REICHES zu achten. Sie scheint mir manchmal weniger von der des DRITTEN unterschieden als das Dresdner Sächsische vom Leipziger.“ (1996b, S. 31), und er kommt zu dem Ergebnis: „Man sollte ein antifaschistisches Sprachamt einsetzen“ (1996b, S. 47).

Insbesondere beobachtet er „Analogien der nazistischen und bolschewistischen Sprache“ (ebd.); als Beispiel führt er an: „In Stalins Reden, aus denen regelmäßig Stücke erscheinen, sind Hitler und Ribbentrop: Ungeheuer und Kannibalen. In Artikeln über Stalin ist der Generalissimus der Sowjetunion der genialste Feldherr aller Zeiten und der genialste aller lebenden Menschen.“ (1996b, S. 47). An der anderen genannten Stelle allerdings findet sich eine interessante Bemerkung in demselben Zusammenhang: „Oder wenn Stalin in einer Rede aus dem Anfang des Krieges von Hitler, natürlich mit allergrößtem Recht, als von dem 'Kannibalen Hitler' spricht.“ (1996b, S. 31 f.). Es ist die Bemerkung „natürlich mit allergrößtem Recht“, in der Klemperer eine Bewertung vornimmt in bezug auf das, was er doch zugleich verurteilt und verurteilen muß.

Seine Beobachtungen zur Sprache des „Vierten Reiches“, zur *lingua quarti imperii*, LQI, sind nicht zuletzt Ausdruck einer desolaten Erfahrung in der Situation nach dem politischen Bankrott des deutschen Faschismus: Die Sprachwirklichkeit ist alles andere als eine „Stunde Null“, ist alles andere als ein Umstellen auf etwas völlig Neues. Darin ist sie der von Klemperer erfahrenen Gesamtsituation gleich. Sein Suchen nach einer Position im politischen Gesamtzusammenhang des von sowjetischen Truppen besetzten Sachsens ist von einer tiefen Verzweiflung über die Folgenlosigkeit für eine politische Neubewertung bei denen gekennzeichnet, die vor nicht einmal einem Jahr Nationalsozialisten waren, die Nationalsozialisten unterstützt oder sie jedenfalls unterwürfig geduldet hatten – und die jetzt Zeugnisse für ihre politische Unbedenklichkeit vom Juden und Professor Klemperer erbitten, ja erbetteln. So auch hinsichtlich der Sprache. Die Kontinuität von Kategorien macht das, was der Philologe in seiner überlebensnotwendigen Feldarbeit unter seinen Mitsprechern und -sprecherinnen beobachtet und zum Konstrukt einer „Sprache des Dritten Reiches“ zusammengefaßt hatte, zu einem schwierigen Unterfangen.

An Beispielen weist „LTI“ in differenzierter Weise auf, wie sich die begrifflichen Inhalte einzelner Ausdrücke wandeln, wie sie durch den faschi-

stischen Gebrauch gewandelt wurden. Zugleich aber zeigt dieser Nachweis, daß die Wörter selbst vielfältig begrifflich nutzbar sind. Die Resultate sprachlichen Handelns, in Texten niedergelegt und so in ihrer Entstehung und in ihrer jeweiligen Funktionalität aufweisbar, sind in sich widersprüchlich. Die Sprachwirklichkeit sperrt sich gegen die Verfestigung zum abstrakten, insbesondere lexikalischen System.

7. „Fanatisch“

Am Beispiel des Ausdrucks *fanatisch* läßt sich vielleicht demonstrieren, in welcher Weise die unterschiedlichen Verwendungen ineinandergreifen. In seinem geradezu exemplarischen Kapitel zum Stichwort *fanatisch* (Klemperer 1996a, IX, S. 62–67) verzeichnet der Philologe nicht nur die inflationäre Verwendung, er unterscheidet zugleich zwei Verwendungszusammenhänge, einen älteren und einen neueren. Klemperer geht auf die französische Aufklärung zurück. Das aufklärerisch-kritische *fanatique* verändert insbesondere seinen evaluierenden Charakter innerhalb des nazistischen Sprachgebrauches zum Gegenteil: *fanatisch* wird zum positiv bewertenden Ausdruck, der insbesondere bei Goebbels einen zentralen Stellenwert findet.

Betrachtet man die Geschichte des Wortes, so zeigt sich allerdings, daß durchaus etwa in Hitlers „Mein Kampf“ auch die ältere Verwendungsweise noch präsent ist (Belege F1-F3; s. Anhang). Sie stehen unvermittelt neben solchen Belegen, wie sie später bei Goebbels (F11-F25) zum Standard werden sollten, „in der fanatischen Hingabe an sein (des Führers) Werk“ (F12), in „dieser fanatischen Entschlossenheit“ (parallel zur „infernalen Besessenheit“) (F14, vgl. F15, F17), von einem „fanatischen Willen beseelt ...“ (F16). Die hitlerischen Belege für die neue Verwendungsweise sind dabei noch stark am religiösen Bedeutungszusammenhang orientiert (vgl. z. B. F8 oder F9).

Klemperer nun bewährt seine philologischen Verfahren insbesondere darin, daß er einen derartigen Übergang als einen historisch und an bedeutender Stelle bereits belegten aufweist, nämlich bei Rousseau:

„Bayle hat sehr wohl bewiesen, daß Fanatismus verderblicher wirkt als Gottlosigkeit, und das ist auch unbestreitbar; für sich behalten aber hat er eine nicht geringere Wahrheit: In all seiner Blutgier und Grausamkeit ist nämlich der Fanatismus eine große und starke Leidenschaft, die das Herz des Menschen erhebt, die ihn den Tod verachten läßt, die ihm mächtigen Schwung verleiht und die man nur besser lenken muß, um ihr die erhabensten Tugenden abzugewinnen; während auf der anderen Seite der Unglaube, und ganz allgemein das klügelnde Aufklärertum, zur Anklammerung an das Leben, zur Verweichlichung, zur Erniedrigung der Seelen

führt, alle Leidenschaften an gemeine Privatinteressen, an verwerflichen Egoismus wendet und derart die wahren Grundlagen jeder Gesellschaft heimlich untergräbt.“ (Rousseau, zitiert in: Klemperer 1966a, IX, S. 63)

Dieser Beleg freilich ist für den Gedanken einer eigenständigen Sprache des „Dritten Reiches“, so scheint mir, einigermaßen fatal. Liest man den Rousseauschen Text mit Sorgfalt, so bemerkt man, daß nicht nur die bei Hitler wie bei Goebbels zu findenden Belege geradezu als eine Belehnung des Rousseauschen Sprachgebrauchs verstanden werden könnten. Auch die Argumentation als ganze ist eine Präfiguration faschistischer Gedankengänge. Das „klügelnde Aufklärertum“, der „verwerfliche Egoismus“ einerseits, die „starke Leidenschaft, die das Herz des Menschen erhebt, die ihn den Tod verachten läßt, die ihm mächtigen Schwung verleiht“ – dies alles sind Topoi nazistischer Rede.

Am Ende des Kapitels „Grundeigenschaft: Armut“ (Kap. III) in „LTI“, in dem Klemperer sein Sprachkonzept als ganzes darlegt, greift er voll auf die aufklärerischen Topoi von „Priestertrug“ und „Fanatismus“ zurück. Er nutzt den aufklärerischen Kampfbegriff „Priestertrug“ zur Kritik von Hitlers „Mein Kampf“: „Nie ist ein Lehrbuch des Priestertrugs – nur sagt die LTI statt Priestertrug: Propaganda – mit schamloserer Offenheit geschrieben worden als Hitlers „Mein Kampf“, (1966a, S. 29). Er schließt mit dem Satz „und nie im ganzen achtzehnten Jahrhundert Frankreichs, nie ist das Wort „Fanatismus“ (mit dem zugehörigen Adjektiv) so zentral gestellt und bei völliger Wertumkehrung so häufig angewendet worden wie in den 12 Jahren des Dritten Reichs“ (ebd., S. 28).

Wie aber verhält sich diese repetitive Aufklärung zu dem Zitat aus Rousseau, das Klemperer beibringt? Diese Frage bleibt offen. Sie verlangt für ihre Beantwortung eine rekonstruktive Kritik des sprachlichen Handelns, wie sie ihre Ansätze gegenwärtig vielleicht am ehesten in der französischen „analyse du discours“ findet – allerdings im gleichzeitigen Versuch, die gesellschaftlichen Grundlagen dieses Diskurses zu dethematisieren. Gerade auf diesem gesellschaftlichen Zusammenhang aber insistieren zu Recht die sprach-politologischen Arbeiten von von Polenz und Dieckmann.

Klemperer hat in der erschreckenden Beobachtung der Kontinuität seine philologische Scharfsichtigkeit bewährt. Die Aufgabe, die Ergebnisse dieser Dokumentation analytisch anzugehen, hingegen bleibt. Zu diesen Beobachtungen gehört, daß auch der Ausdruck *fanatisch* in dem, was Klemperer als LQI bezeichnet, seinen fortgesetzten Gebrauch hat. Sagt Klemperer zunächst – unter Verweis auf „Ausrichtung, Einsatz, kämpferisch“ (18. Sept. 1945 1996b, S. 135) – „jetzt fehlt nur noch ‘fanatisch’“, so wird bereits wenige Monate später (19.12.1945) zu beobachten sein: „im Rundfunk: ‘fanatischer Einsatz’ unserer Arbeiter beim Wiederaufbau“ (1996b, S. 210) und bereits zu Beginn des Dezember aus und aufgrund

der Lektüre von Bredel: „Ein braver alter Sozialdemokrat, Altersgenosse Bebels, beklagt sich ein paar Jahre vor dem Ersten Weltkrieg über Versumpfung, Verspießerung der SPD: 'Es fehlt an Begeisterung für unsere gute Sache. Wir sind nicht besessen genug, sie zum Siege zu führen. Mehr Glauben! Mehr *Fanatismus!*'“ (1996b, S. 194).

8. Aufklärung und Schweigen

Die einfache Koppelung von Sprache, Sprachverwendung und ideologischem Zusammenhang mißlingt. Der Versuch, sie trotzdem vorzunehmen, ist ein Versuch der Beschwörung eben jener Aufklärung, deren Versagen nicht nur im Aufweis ihrer inneren Dialektik (Adorno/Horkheimer) deutlich gemacht wurde. Er ist zugleich ein Versuch, lexikalistisch den Sinn der Wörter in abstrakten Inventaren zu erfassen. Dies ist ein Versuch der semantischen Reifizierung, der Verdinglichung, wie er bei Sternberger/Storz/Süskind am klarsten artikuliert wird, zugleich aber für große Teile der an den Wörtern sich festklammernden Analyse von Sprache des, aber auch im Faschismus charakteristisch ist. Die Trias Lexikon, Grammatik, Stilistik oder auch Lexikon, Grammatik, Rhetorik ist prädominant – und bleibt doch hinter den Erfordernissen zurück; und nicht nur das, sie trägt gleichfalls dazu bei, daß eine gesellschaftlich aktionsfähige Analyse als Aufgabe nicht gesehen wird. Dies konkretisiert sich meines Erachtens besonders in einer weiteren Hinsicht: der Konzentration auf die sichtbare Seite der Texte, auf den „Sprecher“-Teil jener zerdehnten Sprechsituation, deren herausgelöste Dokumente wir heute in Händen haben. Insbesondere die – gleichfalls dem Aufklärungsensemble verpflichtete – *Manipulationstheorie* ist Ausdruck einer solchen Sichtweise. In ihr sind sich die verschiedenen Analytiker relativ einig. Wie die Manipulation geschieht – ob eher als rein rhetorische oder als die Sprache selbst deformierende oder – so das Klemperersche Konzept – als Verabreichung von Gift –, dies wird unterschiedlich gesehen. Gemeinsam ist der Versuch, die Mitglieder der „Sprachgemeinschaft“ vorwiegend als Opfer derartiger sprachlicher Manipulationen zu sehen. Dies steht sicher in einem Zusammenhang etwa mit der Dämonisierung der politischen Hauptverantwortlichen oder einiger von ihnen. Es ist wohl auch als ein Versuch zu lesen, das Ungeheuerliche der historischen Handlungen zur Kenntnis zu nehmen – und die Ungeheuerlichkeit zugleich als solche irgendwie zu konzeptualisieren.

Selten kommt dagegen in den Blick, daß diese „manipulierten“ Subjekte in großen Teilen der Geschichte ja keineswegs in die Zustimmung, in, wie es dann hieß, die „Gefolgschaft“ gezwungen wurden. Es wird nur allzu leicht vergessen, daß „die Macht“ der Nationalsozialisten ihnen in einem demokratischen Entscheidungsprozeß übertragen wurde. Es wird übersehen, daß mehrheitlich der Nationalsozialismus in Deutschland –

und in Österreich – konsensuell war. In der Formulierung „Wir sind alle unschuldige Täter“ wurde dies für Österreich pointiert beschrieben und kritisch aufgearbeitet (vgl. Wodak u. a. 1990). Sie gilt ohne Zweifel auch für die Selbstsicht auf diese Zusammenhänge in Deutschland „post festum“. Bei Gelegenheiten wie der Publikation der Untersuchung von Goldhagen (1996) werden sie scheinbar „plötzlich“ wieder in die Aufmerksamkeit gerückt. Der Aufschrei einer sich nicht gern irritieren lassen wollenden Öffentlichkeit kann freilich die Faktizitäten nicht beseitigen. Dieser Aufschrei erweist sich als Einklage eines kollektiven Schweigens, das nach 1945 in Deutschland eine Hauptform des kommunikativen Umgangs mit jener Einwilligung war und seither ist.

9. Einverständnisse als mentale Konstrukte: Bearbeitungen des Sinnzusammenbruchs des Zweiten Reiches

Die Geschichte des Redens in der Zeit des deutschen Faschismus hat einen wesentlichen Aspekt seiner Tragik genau darin, daß dieses Reden nicht selbstreflektierend auf seine Hintergründe, Bedingungen und Ursachen hin untersucht wurde. Noch immer, so scheint mir, ist die sprachliche und mentale Herstellung jenes Einverständnisses eine zwar zentrale, aber ungelöste Aufgabe, und nicht zuletzt eine Aufgabe der Sprachwissenschaft, die versucht, sprachliches Handeln als gesellschaftliches Handeln zu rekonstruieren. Die illokutiven Qualitäten solchen Handelns sind „avec et sans la lettre“ in neueren Untersuchungen wie denen von Maas, Gerhard Bauer, Christoph Sauer und anderen genauer bestimmt worden. Die propositionalen Qualitäten sind bei ihnen thematisiert.

Die Zusammenhänge zwischen den aus den Texten erschließbaren propositionalen Gehalten und den mentalen Konstrukten derer, an die sie adressiert waren – und erneut werden –, erfordern ein differenziertes linguistisches Instrumentarium, das jenseits der rhetorischen und der lexikalistischen Tradition die Zusammenhänge zwischen Sprechen, Sprache, Denken und Handeln zu bestimmen in der Lage ist. Mir scheint, daß trotz einer Reihe interessanter Ansätze die hauptsächliche Aufgabe hier noch vor uns liegt. Was erfordert ist, könnte man vielleicht bestimmen als eine pragmatische Semantik, genauer als eine Pragmatisierung der Semantik. Sie wiese die „Wörter“ als Vermittlungen zwischen mentalen und gesellschaftlichen Prozessen auf und machte die Handlungsqualität und -relevanz der durch Wörter vermittelten und in Wörtern abgebundenen Mentalitäten für wissenschaftliche Einsicht zugänglich. Die isolationistische Tradition des Lexikons schließt derlei Nachdenken nahezu aus. Die manipulative rhetorische Theorie sistiert solche Fragen im Konzept der Persuasion. In kritischer Erweiterung der Ziele und Kategorien beider ist es meines Erachtens erforderlich, komplexere Konzepte von Wissensstruk-

turen zu entwickeln, als wir sie gewöhnlich handhaben. Diese umfassen unterschiedliche Typen, die nicht einfach als „Stereotype“ aufklärerischer Auflösung bzw. Auflösungspflicht unterliegen (vgl. Grewenig 1980, Redder 1995).

Die gesellschaftlich Handelnden organisieren, bevor sie Täter werden, ihre Wissenssysteme in einer Weise, die sie in ihrer Täterschaft rechtfertigt. Die Ungeheuerlichkeit der deutschen jüngeren Geschichte ist auch eine Ungeheuerlichkeit der Transformationen von angeeignetem Wissen, das offensichtlich zu nichts mehr zu taugen schien. Was sind die Voraussetzungen in den mentalen Strukturen derjenigen, die nicht nur willige Vollstrecker waren, sondern die sich von den Versprechungen so viel versprachen, daß sie ihre Kenntnis elementarer ethischer Erfordernisse außer Kraft setzten? Kaum je wurde Schuld bekannt – mit Ausnahme vielleicht bei jenen, für die das Schuldbekenntnis sozusagen professionell relativ leicht war, denjenigen Vertretern der Kirche nämlich, die das Ausmaß der durch sie mitangerichteten Katastrophen in einem Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zu sehen in der Lage waren (und das war keineswegs die Mehrheit der jeweiligen Vertreter oder gar der jeweiligen Mitglieder). Die erbitterten Rechtfertigungsdiskurse, die schweigende Renitenz setzen die Kontinuität jenes sich in der einen oder anderen Weise gerechtfertigt fühlenden Handelns fort, das sich über Jahrzehnte offen zu artikulieren nicht mehr wagte – bis in den letzten Jahren die latente Kontinuität von Faschismus wieder in ungeheuerliche Öffentlichkeitsansprüche umschlug.

Welche Destruktionen vorgängiger Wissenssysteme – etwa solcher eines in seiner Population weithin christlichen Landes – waren die Voraussetzungen dafür, daß die Mehrheit, ja die überwiegende Mehrheit die offensichtlichen Verbrechen, die am Nachbarn von gestern verübt wurden, aus der eigenen Wahrnehmung verdrängten? Welche Zusammenbrüche von Sinn waren die Voraussetzungen dafür, daß jene „arme Sprache“, die Klemperer so scharfsichtig diagnostizierte, zum Motor der Neuorganisation katastrophaler Wissens- und Handlungsstrukturen wurde?

In einer Untersuchung mit dem Titel „Bevor die Nazis die Sprache beim Wort nahmen“ schrieb Hoffend (1987):

„Nur eine Einbettung der Sprachbetrachtungen zu NSDAP und „Drittem Reich“ in eine zeit- und gruppenübergreifende Gesamtbetrachtung der deutschen Sprache, ja mehr noch in eine die Grenzen des deutschen Sprachraums überschreitende Betrachtung ... könnte wirklich zur Klärung der Frage dienen, was denn nun tatsächlich die Eigentümlichkeiten des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs ausmacht – ob überhaupt resp. in welchem Maße er über solche verfügt, oder ob er sich nicht als ein bloßes Amalgam verschiedener sich womöglich überschneidender tradierter Sprachgewohnheiten entpuppt.“ (S. 257)

Die Frage wird auch hier linguistisch relativ vage formuliert. Im Aufweis einer Reihe von Verbalisierungskontinuitäten besonders aus der zweiten

Hälfte des 19. und aus dem Beginn des 20. Jahrhunderts wird in den Ausführungen Hoffends deutlich, aus einem wie breiten Spektrum die Amalgamamente des nazistischen Redens bezogen wurden – bis hin zum sozialdemokratischen Reichsbanner Schwarz-rot-gold. Theweleits (1977 f.) „Männerphantasien“ haben, gerade indem auf nach 1945 ins Stillschweigen abgedrängte Texte zurückgegriffen wurde, andere solche Elemente in ihrem literarisch-kommunikativen Zusammenhang rekonstruiert. Die Kriegspredigten aus dem Ersten Weltkrieg (Hammer 1974) gehören in denselben Kontext. Freilich, auch dies alles sind Quellen von solchen „Sprechern“, die sich öffentlich artikuliert haben und deswegen überliefert wurden. Lediglich Verfahren der mündlichen Geschichte, also etwa die in den „gestohlenen Jahren“ (Schröder 1992) versammelten Kriegserzählungen, oder jene Quellen autobiographischer nicht-öffentlicher Art, wie sie Gerhard Bauer seiner Analyse von „Sprache und Sprachlosigkeit im Dritten Reich“ auch zugrundelegen konnte, und möglicherweise noch Gespräche mit jenen, die zu den Mehrheiten gehörten, können Daten zeitigen, die eine Veränderung des Fokus ermöglichen. Isings Versuche, Mitglieder des Widerstandes einzubeziehen, und die Bemühungen, die so unendlich schwierigen Bemühungen darum, die Opfer der Schoa, die entronnen sind, dazu zu bewegen, ihre Leiden zu verbalisieren, tragen dazu bei, jene andere Seite von Sprache und Sprachlosigkeit im Faschismus zu dokumentieren und damit ihnen zu einem Gedächtnis, zu einem Eingedenken zu verhelfen. (Die Gespräche mit nach Israel Entkommenen, die Anne Betten versammelt und von denen Ausschnitte in der Reihe Phonai zugänglich sind, gewinnen in diesem Zusammenhang eine zusätzliche Dimension.)

Die Transformationen von Mentalität und deren Umsetzung in gesellschaftliches Handeln hätte im deutschen Fall wahrscheinlich allen Grund, auch jenseits der „Meisterdenker“ jene propositionalen Konstrukte und jene wohlabgesicherten Wissenssysteme aufzuspüren, die durch die NS-Propaganda, und zwar nicht nur über persuasive Technik, indoktrinativ umgesetzt und durchgesetzt wurden. Mindestens ebenso wichtig ist die Rekonstruktion des Zusammenbruchs der gesellschaftlichen Wissenssysteme im Kaiserreich. Dazu gehört die Transformation sozialdemokratischen Denkens zu dem einer staatstragenden Partei vor und nach 1914/18. Dazu gehört der Weg des emanzipatorischen Gedankens vom Beginn des 19. Jahrhunderts hin zum christlichen Antijudaismus eines Stöcker. Dazu gehört vor allem der Zusammenbruch der auf der Einheit von Thron und Altar aufruhenden Konzeption des Kulturprotestantismus als eigentlicher Ideologie des Zweiten Reiches. Dazu gehört das gesellschaftliche Obsoletwerden eines Konzepts von Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln durch die gigantischen Entwicklungen von naturwissenschaftlich fundierter Technik, die in den Stellungsschlachten des Ersten Weltkrieges manifest wurden (vgl. Momber 1981). Noch 1892, in

einer von ihm selbst edierten „Volksausgabe“, findet sich in Theodor Fontanes „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ an pointierter Stelle scheinbar naiv und preußisch-märkisch-programmatisch ein „Lob des Krieges“ (aus der Feder Knesebecks), dessen Folgen gerade einmal ein halbes Jahrhundert später in keiner Weise mehr absehbar waren – und einer gesellschaftlichen Klärung doch nicht zugeführt wurden.

Lob des Krieges

Es leb' der Krieg! Im wilden Kriegerleben
 Da stählet sich der Mut!
 Frei kann die Kraft im Kriege nur sich heben;
 Der Krieg, der Krieg ist gut.
 Den falschen Freund, der listig Treue heuchelt,
 Krieg macht ihn offenbar.
 In offener Schlacht das blanke Schwert nicht schmeichelt,
 Und jeder Hieb spricht wahr.
 Der Krieg ist gut! Er weckt die Kraft der Jugend
 Und zieht in seinem Schoß
 So manchen Sinn für hohe, wahre Tugend
 Zu schönen Taten groß.
 Der Krieg ist gut! Er ruft aus feigem Schlummer
 Den trägen Weichling auf,
 Er lohnt Verdienst, und schafft er manchen Kummer,
 Löst er auch manchen auf!
 Der Krieg ist gut! Im Reiben seiner Kräfte
 Ist für die Welt Gewinn.
 Der Krieg macht froh, im Wechsel der Geschäfte
 Nimmt er die Grillen hin.
 Er lehrt die Kunst das Leben zu verachten,
 Wenn es die Pflicht gebeut,
 Und immer nur es als ein Gut betrachten,
 Das man der Tugend weiht.
 Er lehret uns entbehren und genießen,
 Er würzt auch schwarzes Brot, –
 Und wenn durch ihn auch manche Tränen fließen,
 Er gibt den schönsten Tod.
 Es leb' der Krieg! wo hohe Kraft nur sieget,
 Nicht Trägheit Lorbeern flicht,
 Es leb' der Krieg! Unsterblichkeit erfleiet,
 Wer durch ihn Palmen bricht.

Es leb' der Krieg! nur dem geb' er Verderben,
 Der frech den Frieden bricht.
 Zur Schlacht, zur Schlacht! wir alle lernten sterben
 Für Vaterland und Pflicht.

(Theodor Fontane 1994, S. 42 f.)

Die Rekonstruktion der Wissenssysteme des 19. Jahrhunderts, und zwar vor allem in ihrer Massenbedeutung und Massenwirksamkeit, ist eine unumgängliche Voraussetzung für das Verstehen der mentalen Zusammenbrüche, die das 20. Jahrhundert in Deutschland bestimmten – und durch Deutschland das 20. Jahrhundert insgesamt. Diese Arbeit ist eine diskursiv-textuelle Detektivarbeit, die wenig akzeptierte, wenig beachtete Quellen ebenso zu nutzen hätte, wie sie neue Modelle benötigte – Modelle, die die Handlungsqualität der Wörter und der in ihnen gefaßten Wissensselemente zu rekonstruieren gestatten, die deren Verbindungen und handlungsleitenden Systematisierungen erfassen, eben eine pragmatisierte, eine handlungseingebundene, eine mentalitätsoffene und mentalitätsorientierte Semantik.

Literatur

- Bauer, Gerhard (1988): Sprache und Sprachlosigkeit im „Dritten Reich“. Köln (Bund Verlag).
- Berning, Cornelia (1964): Vom „Abstammungsnachweis“ zum „Zuchtwart“. Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin (Walter de Gruyter).
- Betten, Anne (Hg.) (1995): Sprachbewahrung nach der Emigration – das Deutsch der 20er Jahre in Israel. Tübingen (Niemeyer).
- Betz, Werner (1960): Zum Wörterbuch des Unmenschlichen. In: Zeitschrift für deutsche Wortforschung 16, S. 119–121.
- Brackmann, Karl-Heinz/Birkenhauer, Renate (1988): NS-Deutsch. „Selbstverständliche“ Begriffe und Schlagwörter aus der Zeit des Nationalsozialismus. Straelen (Straelener Manuskripte Verlag).
- Dieckmann, Walther (1975): Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. 2. Auflage. Heidelberg (Carl Winter Universitätsverlag).
- Dornseiff, Franz (1964): Weltanschauung. In: Ders., Sprache und Sprechender. Kleine Schriften Bd. 2. Leipzig, S. 375–379.
- Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): Sprache im Faschismus. Frankfurt a. M. (Suhrkamp).
- Ehlich, Konrad (1990): Linguistisches Objekt und methodologische Probleme. In: Wodak, Ruth/Menz, Florian (Hgg.): Sprache in der Politik. Politik in der Sprache. Klagenfurt/Celovec (Drava), S. 20–41.
- Fontane, Theodor (1994): Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Band 1: Die Grafschaft Ruppin. Das Oberland. Hg. von Helmuth Nürnberger, basierend auf der dritten revidierten Auflage 1987. München (Carl Hanser Verlag). München (dtv).
- Goldhagen, Daniel Jonah (1996): Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin (Siedler).
- Grewenig, Adi (1980): Zur Rekonstruktion sprachlich realisierter Wissensstrukturen. Hamburg (Helmut Buske Verlag).

- Haensel, Carl/ Strahl, Richard (Hgg.) (1933): Politisches ABC des Neuen Reiches. Schlag- und Stichwörterbuch für den deutschen Volksgenossen. Stuttgart (J. Engelhorn's Nachf.).
- Hammer, Karl (1974): Deutsche Kriegstheologie. München (Deutscher Taschenbuch Verlag).
- Heer, Hannes (Hg.) (1997): Im Herzen der Finsternis. Victor Klemperer als Chronist der NS-Zeit. Berlin (Aufbau-Verlag GmbH).
- Hitler, Adolf (1944): Mein Kampf. 922.–926. Auflage. München (Eher).
- Hoffend, Andrea (1987): Bevor die Nazis die Sprache beim Wort nahmen. Wurzeln und Entsprechungen nationalsozialistischen Sprachgebrauchs. In: Muttersprache 97, S. 257–299.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1969): Die Dialektik der Aufklärung. Frankfurt. a. M. (Fischer).
- Jäger, Ludwig (1996): Germanistik – eine deutsche Wissenschaft. Das Kapitel Schneider/Schwerte. In: Sprache und Literatur 27, S. 5–47.
- Jäger, Siegfried (1989a): Rechtsextreme Propaganda heute. In: Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): Sprache im Faschismus. S. 289–322.
- Jäger, Siegfried (1989b): Faschismus, Rechtsextremismus, Sprache. Eine kommentierte Bibliographie. Duisburg (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung).
- Jäger, Siegfried (1994): Text- und Diskursanalyse. Duisburg (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung).
- Kämper, Heidrun (1998): Entnazifizierung – Sprachliche Existenzformen eines ethischen Konzepts. In diesem Band, S. 304–329.
- Kinne, Michael/Schwitala, Johannes (1994): Sprache im Nationalsozialismus. Studienbibliographien Sprachwissenschaft 9. Heidelberg (Julius Groos).
- Klein, Josef (1991): Kann man „Begriffe besetzen“? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher. In: Liedtke, Frank/ Wengeler, Martin/ Böke, Karin (Hg.) (1991): Begriffe besetzen. S. 44–69.
- Klemperer, Victor (1995): Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1941; Tagebücher 1942–1945. 2 Bände. Berlin (Aufbau-Verlag).
- Klemperer, Victor (1996a): LTI. Notizbuch eines Philologen. 16. Auflage. 1. Auflage 1947. Leipzig (Reclam).
- Klemperer, Victor (1996b): Und so ist alles schwankend. 2. Auflage. Berlin (Aufbau).
- Kolb, Herbert (1960): Der inhumane Akkusativ. In: Zeitschrift für deutsche Wortforschung 16, S. 168–177.
- Lerchenmüller, Joachim/ Simon, Gerd (1997): Im Vorfeld des Massenmords. Germanistik im 2. Weltkrieg. Tübingen (Verlag der Gesellschaft für interdisziplinäre Forschung).
- Liedtke, Frank/Wengeler, Martin/ Böke, Karin (1991): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen (Westdeutscher Verlag).
- Maas, Utz (1984): „Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand“. Sprache im Nationalsozialismus. Versuch einer historischen Argumentationsanalyse. Opladen (Westdeutscher Verlag).
- Maas, Utz (1989): Sprache im Nationalsozialismus. Analyse einer Rede eines Studentenfunktionärs. In: Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): Sprache im Faschismus. S. 162–197.
- Marek, Michael (1990): „Wer deutsch spricht, wird nicht verstanden!“ Der wissen-

- schaftliche Diskurs über das Verhältnis von Sprache und Politik im Nationalsozialismus. Archiv für Sozialgeschichte. XXX (1990).
- Momber, Eckhardt (1981): 's ist Krieg! 's ist Krieg!. Versuch zur deutschen Literatur über den Krieg 1914–1933. Berlin (Das Arsenal)
- Montemaggiori, Amerigo (1934): Dizionario della dottrina fascista. Torino u.a. (G. B. Paravia & C.). S. 454–492.
- Müller, Claus (1975): Politik und Kommunikation. Zur politischen Soziologie von Sprache, Sozialisation und Legitimation. München.
- Polenz, Peter von (1963a): Funktionsverben im heutigen Deutsch. Sprache in der rationalisierten Welt. Düsseldorf (Pädagogischer Verlag Schwann).
- Polenz, Peter von (1963b): Sprachkritik und Sprachwissenschaft. In: Neue Rundschau 74, S. 391–403.
- Polenz, Peter von (1967): Sprachpurismus und Nationalsozialismus. Die 'Fremdwort'-Frage gestern und heute. In: Wiese, Benno von/ Henß, Rudolf (Hgg.) (1967): Nationalismus in Germanistik und Dichtung. S. 79–112.
- Polenz, Peter von (1968): Sprachkritik und sprachwissenschaftliche Methodik. In: Moser, Hugo (Hg.): Sprachnorm, Sprachpflege, Sprachkritik. Düsseldorf (Schwann). S. 159–184.
- Polenz, Peter von (1978): Geschichte der deutschen Sprache. Erweiterte Neubearbeitung der früheren Darstellung von Hans Sperber. Berlin (de Gruyter).
- Redder, Angelika (1995): „Stereotyp“ – eine sprachwissenschaftliche Kritik. In: Jahrbuch Deutsch als Fremdsprache 21, S. 311–329.
- Römer, Ruth (1985/1989): Sprachwissenschaft und Rassenideologie in Deutschland. München (Wilhelm Fink Verlag).
- Sauer, Christoph (1983): Sprachpolitik und NS-Herrschaft. Zur Sprachanalyse des Nationalsozialismus als Besatzungsmacht in den Niederlanden 1940–1945. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 14, S. 80–99.
- Sauer, Christoph (1984): Nicht drinnen und nicht draußen. NS-Sprachpolitik, die Niederlande und das „Neue Europa“ im Februar/März 1941. In: Diskussion Deutsch 15, S. 408–432.
- Sauer, Christoph (1985): NS-Sprachpolitik in der Besatzungssituation. In: Januschek, Franz (Hg.): Politische Sprachwissenschaft. Opladen (Westdeutscher Verlag). S. 97–141.
- Sauer, Christoph (1989a): Nazi-Deutsch für Niederländer. Das Konzept der NS-Sprachpolitik in der „Deutschen Zeitung der Niederlande“ 1940–1945. In: Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): Sprache im Faschismus. S. 237–288.
- Sauer, Christoph (1989b): Structures of consensus-making and intervention: the concept of Nazi language policy in occupied Holland („Deutsche Zeitung in den Niederlanden“ 1940–1945). In: Wodak, Ruth (Hg.): Language, Power and Ideology. Studies in Political Discourse. Amsterdam/Philadelphia (John Benjamins Publishing Company). S. 1–37.
- Sauer, Christoph (1995): Sprachwissenschaft und NS-Faschismus. Lehren aus der sprachwissenschaftlichen Erforschung des Sprachgebrauchs deutscher Nationalsozialisten und Propagandisten für den mittel- und osteuropäischen Umbruch? In: Steinke, Klaus (Hg.): Die Sprache der Diktaturen und Diktatoren. Heidelberg (C. Winter). S. 9–96.
- Sauer, Christoph (demn.): Der aufdringliche Text. Studien zur Sprachpolitik und Propaganda in NS-Besatzungszeitungen. Opladen (Deutscher Universitätsverlag).

- Sauer, Wolfgang Werner (1988): *Der Duden. Geschichte und Aktualität eines Volkswörterbuchs*. Stuttgart (Metzler).
- Seidel, Eugen/Seidel-Slortz, Ingeborg (1961): *Sprachwandel im Dritten Reich. Eine kritische Untersuchung faschistischer Einflüsse*. Halle (Niemeyer).
- Simon, Gerd (1989): *Sprachpflege im „Dritten Reich“*. In: Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): *Sprache im Faschismus*. S. 58–86.
- Simon, Gerd (1996): „Ihr Mann ist tot und läßt Sie grüßen“. Hans Ernst Schneider alias Schwerte im Dritten Reich. In: *Sprache und Literatur* 27, S. 82–119.
- Sprache und Literatur* 27 (1996): *Der Fall Schneider/Schwerte*. Paderborn/München (Ferdinand Schöningh/Wilhelm Fink Verlag).
- Sternberger, Dolf/Storz, Gerhard/Süskind, W. E. (1986) (zuerst 1945/46): *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Neue erweiterte Ausgabe mit Zeugnissen des Streites über die Sprachkritik*. Frankfurt a. M./Berlin (Ullstein).
- Stötzel, Georg (1988): *Nazi-Verbrechen und öffentliche Sprachsensibilität. Ein Kapitel deutscher Sprachgeschichte nach 1945*. In: Munske, Horst Haider u. a. (Hgg.): *Deutscher Wortschatz. Lexikologische Studien. L. E. Schmitt zum 80. Geburtstag*. Berlin/New York (de Gruyter). S. 417–442.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York (de Gruyter).
- Straßner, Erich (1984): *Sprache im Nationalsozialismus*. In: *Kirche im Nationalsozialismus*. Hg. vom Geschichtsverein der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Sigmaringen (Jan Thorbecke Verlag). S. 77–85.
- Straßner, Erich (1987): *Ideologie – Sprache – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs*. Tübingen (Niemeyer).
- Theweleit, Klaus (1977): *Männerphantasien Bd.1*. Frankfurt a. M. (Verlag Roter Stern).
- Theweleit, Klaus (1978): *Männerphantasien. Bd. 2. Männerkörper – Zur Psychoanalyse des weißen Terrors*. Frankfurt a. M. (Fischer).
- Trier, Jost (1943): *Vorgeschichte des Wortes „Reich“*. *Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Phil.-hist. Klasse 1943*, 14. Göttingen (Vandenhoeck und Ruprecht).
- Voigt, Gerhard (1983): *Bibliographie: Die deutsche Sprache in der Zeit des Nationalsozialismus*. In: *Praxis Deutsch* 10, S. 4–6.
- Volmert, Johannes (1989): *Politische Rhetorik des Nationalsozialismus*. In: Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): *Sprache im Faschismus*. S. 137–161.
- Weisgerber, Leo (1935): *Deutsches Volk und deutsche Sprache*. Frankfurt a. M. (Diesterweg).
- Weisgerber, Leo (1939): *Die volkhaften Kräfte der Muttersprache*. Frankfurt a. M. (Diesterweg).
- Wiese, Benno von/ Henß, Rudolf (Hg.) (1967): *Nationalismus in Germanistik und Dichtung. Dokumentation des Germanistentages in München vom 17. bis 22. Oktober 1966*. Berlin u. a. (Erich Schmidt).
- Wigger, Arndt (1982): *Bibliographie: Sprachwissenschaft und Faschismus*. In: *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie* 21, S. 105–119.
- Wirrer, Jan (1989): *Dialekt und Standardsprache im Nationalsozialismus*. In: Ehlich, Konrad (Hg.) (1989): *Sprache im Faschismus*. S. 87–103.
- Wodak, Ruth u. a. (1990): *„Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*. Frankfurt a. M. (Suhrkamp).
- Zabel, Hermann (1987): „Es spricht der Ortsgruppenführer“. *Zum Sprachgebrauch eines NS-Funktionärs*. In: *Wirkendes Wort* 37, S. 407–418.

Anhang

„fanatisch“, „Fanatismus“, „Fanatiker“ in Hitler: Mein Kampf

Adolf Hitler: Mein Kampf

922.–926. Auflage, 1944.

A. Älterer Belegtypus

(F1) „Der größte Slawenfreund fiel unter den Kugeln slawischer Fanatiker.“ S. 174

(F2) „Man wird sich gegen jeden Versuch einer nationalen Erhebung wenden, wenn diese nur unter vorhergehender Beseitigung eines schlechten, verderblichen Regiments stattfinden könnte, da dies ja ein Verstoß gegen die „Staatsautorität“ wäre, die „Staatsautorität“ aber nicht ein Mittel zum Zweck ist, als vielmehr in den Augen eines solchen Objektivitätsfanatikers den Zweck selber darstellt, der genügend ist, um sein ganzes klägliches Leben auszufüllen.“ S. 121

(F3) „Es ist unsinnig und mehr als dumm, zu meinen, daß der aus der Klassenpartei ausgeschiedene internationale Fanatiker nun augenblicklich in eine bürgerliche Partei, also in eine neue Klassenorganisation einrücken werde.“ S. 190

B. Neuerer Belegtypus

(F4) „Unser kleiner nationaler Fanatismus ward ihm [Professor Dr. Leopold Pötsch an der Realschule zu Linz] ein Mittel zu unserer Erziehung, indem er, öfter als einmal an das nationale Ehrgefühl appellierend, dadurch allein uns Rangen schneller in Ordnung brachte, als dies durch andere Mittel möglich gewesen wäre.“ S. 13

(F5) „Hätten die deutschen Gewerkschaften im Kriege die Interessen der Arbeiterschaft auf das rücksichtsloseste gewahrt, hätten sie selbst während des Krieges dem damaligen dividendenhungrigen Unternehmertum tausendmal durch Streik die Bewilligung von Forderungen der von ihnen vertretenen Arbeiter abgepreßt, hätten sie aber in den Belangen der nationalen Verteidigung sich ebenso fanatisch zu ihrem Deutschtum bekannt, und hätten sie mit gleicher Rücksichtslosigkeit dem Vaterlande gegeben, was des Vaterlandes ist, so wäre der Krieg nicht verlorengegangen.“ S. 370

(F6) „Die gleichen Gewerkschaften, fanatisch national in politischen und völkischen Belangen geleitet, würden Millionen Arbeiter zu wertvollsten Gliedern ihres Volkstums machen ohne Rücksicht auf die im einzelnen stattfindenden Kämpfe in rein wirtschaftlichen Belangen.“ S. 373

(F7) „Die Zukunft einer Bewegung wird bedingt durch den Fanatismus, ja durch die Unduldsamkeit, mit der ihre Anhänger sie als die allein richti-

ge vertreten und anderen Gebilden ähnlicher Art gegenüber durchsetzen.“
S. 384

(F8) „Die Größe jeder gewaltigen Organisation als Verkörperung einer Idee auf dieser Welt liegt im religiösen Fanatismus, indem sie sich unduldsam gegen alles andere, fanatisch überzeugt von ihrem eigenen Recht, durchsetzt.“ S. 385

(F9) „Die Größe des Christentums lag nicht in versuchten Vergleichsverhandlungen mit etwa ähnlich gearteten philosophischen Meinungen der Antike, sondern in der unerbittlichen fanatischen Verkündigung und Vertretung der eigenen Lehre.“ S. 385

(F10) „Überhaupt war diese ganze Zeit des Winters 1919/20 ein einziger Kampf, das Vertrauen in die siegende Gewalt der jungen Bewegung zu stärken und zu jenem Fanatismus zu steigern, der als Galube dann Berge zu versetzen vermag.“ S. 394

fanatisch, Fanatismus in Goebbels-Texten 1941–45

Goebbels-Reden

Band 2: 1939–1945

Heiber, Helmut (Hg.)

1972

(F11) „Darum ist für uns Deutsche diese Zeit so groß und trotz des Krieges auch so beglückend. Sie gibt unserem Volke eine Chance, und wir werden sie ausnutzen. Ein Volk in Waffen, geführt von einem Willen und beherrscht von *einem* Fanatismus, – *das* ist der Sieg!“ S. 56

(F12) „Morgen feiern wir ihn in der fanatischen Hingabe an sein Werk“
S. 57

(Goebbels: Rundfunkansprache vom 19.4.41)

(F13) „Es ist heute noch nicht an der Zeit, über die Leistungen des NSKK im Kriege erschöpfend zu sprechen. Sie sind das ureigenste Werk dieses fanatischen Kämpfers des Führers. Er hat damit seinen Namen mit unverlöschlichen Zeichen in das Buch des Krieges eingetragen.“ S. 123

(Goebbels: Staatsakt für den verstorbenen Korpsführer des NSKK, Adolf Hühnlein, München, 21.6.42)

(F14) „Und deshalb möchte ich, daß unsere Partei alles daran-, daransetzt, unser Volk zu dieser *infernalischen* Besessenheit im Kampf um seine Freiheit zu erziehen und zu dieser *fanatischen* Entschlossenheit, diesen Kampf nur mit Sieg zu beenden und nie auch nur einen Gedanken zu fassen an eine Nachgiebigkeit.“ S. 154

(Goebbels: Kundgebung des Kreises Wuppertal der NSDAP, Wuppertal, 17.11.42)

(F15) „Ich brauche vor Ihnen, meine alten Parteigenossen, kein Wort zu verlieren über unsere *fanatische* Entschlossenheit, nunmehr alle Kräfte des deutschen Volkes zum Vernichtungskampf gegen den Bolschewismus auszuschöpfen und anzusetzen.“ S. 164

(Goebbels: Kundgebung zum 10. Jahrestag der Machtübernahme. Berlin, 30.1.43)

(F16) „Die übermenschlichen Belastungen und Gefahren, denen sie ausgesetzt sind, haben die Heimat zu *letzten* Entschlüssen reif werden lassen. Es gibt *niemanden* mehr zu Hause, der nicht von dem *fanatischen* Willen beseelt wäre, durch seine Arbeit und durch seinen Siegesglauben dieser *kämpfenden Heldenfront* würdig zu sein!“ S. 165

(F17) „Wir sind mehr noch als bisher eine kämpfende und arbeitende Gemeinschaft, die sich mit *fanatischer* Entschlossenheit für den Krieg und seine Erfordernisse einsetzt und mit *Sehnsucht* auf die Stunde wartet, *da der Führer mit unseren neuen Waffen seinen Truppen wieder den Befehl zum Angriff geben kann!*“ S. 165

(F18) „Wir brauchen nur an den Idealismus, den Fanatismus und die Anständigkeit des deutschen Volkes zu appellieren – und wir besitzen eine Gefolgschaft, die die ganze Nation umfaßt.“ S. 167

(F19) „Hier ist keine Spur von der bei unseren Feinden beliebten Phrasenhaftigkeit und Großsprecherei zu entdecken, hier wird alles auf die Sache selbst ausgerichtet, um die es geht. Sie wird mit dem kühlen Realismus, aber auch mit dem heißen Fanatismus, den er erfordert, betrieben.“ S. 214

(F20) „Wenn einer das Recht zum Klagen hätte, dann unsere Bevölkerung im Westen und Nordwesten [Zwischenruf]. Aber sie *tut es* nicht! Sie kämpft mit einer bewundernswerten Seelenkraft und einer *fanatischen* Verbissenheit gegen Brand und Verwüstung ...“ S. 227

(Goebbels: Kundgebung der NSDAP anlässlich der Verleihung von Ritterkreuzen des Kriegsverdienstordens, Berlin, 5.6.43)

(F21) „Darum werden diese Menschen nicht *staatsfeindlich*, sondern sie werden gerade zu den *wütendsten* und fanatischen Anhängern des Feindes, des Staates. Und sie haben dann auch das gelernt, was wir Deutschen früher niemals konnten, nämlich: den Feind *hassen!*“ S. 279

(Goebbels: Appell der Kasseler Amtswalter, Kassel 5.11.43)

(F22) „... eine unerschütterliche Treue zum Führer und zu seiner Idee, eine glühende Liebe zu Volk und Reich. Dazu aber eine umfassende Kenntnis und reichste Erfahrungen auf dem Gebiete einer überlegenen Volksführung, Härte und Strenge in den Grundsätzen, Großzügigkeit in der Durchführung ihrer Aufgaben, Kaltblütigkeit und Standfestigkeit in der Gefahr, – wahre Künstler der politischen Improvisation, in der sie uner-

reichte Leistungen gerade in diesem Kriege vollbringen, fanatische Idealisten ihrer Überzeugung, in zähem Ringen um Hohe Ideale erprobte Kämpfer und gute, treue Kameraden unter sich und ihrem Volke gegenüber, das sie im Namen des Führers führen dürfen.“ S. 318

(Goebbels: Gedenkrede bei Parteibegräbnis für Gauleiter Adolf Wagner, München 17.4.44)

(F23) „Ich habe alles darangesetzt, mit einem verbissenen Fanatismus neue Divisionen aus der Erde zu stampfen,..“ S. 422

(Goebbels: Rede vom 3.10.44 – Köln, Wehrhalle eines Industriebetriebes – Kundgebung des Gaues Köln – Aachen der NSDAP)

(F24) „Wir werden uns wie sie mit einer fanatischen Wut und einem zähen Haß dagegen verteidigen, daß auch von uns einst die Sage berichten kann, die Toten hätten nach den Tagen der heißen Schlachten in den dunkel drohenden Nächten in den Lüften weitergekämpft!“ S. 433

(Goebbels: Rundfunkansprache vom 28.2.45)

(F25) „Wir wappnen uns gegen diese infernalischen Drohungen mit dem Eisenpanzer unserer Standhaftigkeit, nehmen unsere Waffen nur fester in die Hand – entschlossen, sie zu gebrauchen, wo wir nur können und mit allem kalten Haß und glühendem Fanatismus, dessen wir fähig sind.“ S. 443

HEIDRUN KÄMPER

Entnazifizierung – Sprachliche Existenzformen eines ethischen Konzepts

Abstract

Entnazifizierung wird für die Kommunikationsbereiche Zeitkritik / Parteien / Kirche, Administration / Justiz sowie im Zusammenhang mit Spruchkammerverfahren beschrieben und als Teil einer Text-, Begriffs- und Mentalitätsgeschichte verstanden. Die Geschichte der Entnazifizierung ist im wesentlichen Schuldgeschichte, so daß sich deren sprachlicher Ausdruck als Teil der deutschen Sprachgeschichte als Begriffsgeschichte darstellt. Intellektualisierung, Instrumentalisierung, sprachlicher Eskapismus und Auflösung sind Merkmale des Schulddiskurses, zu denken auf einer Zeitachse von 1945 bis etwa 1955. Die Untersuchung zeigt, daß der Schuldbegriff in drei Einzelbedeutungen – festgelegt von Philosophie / Kirche / Parteien, von der Administration und Justiz und von den Tätern – zerlegt bleibt. Der entleerte Schuldbegriff der Täter dominiert die öffentliche Wahrnehmung, und insofern das Befreiungsgesetz hierfür die Voraussetzungen schafft, ist dieses als Teil der deutschen Sprachgeschichte zu beschreiben.

0. Einführung

An die Luft gesetzt haben sie Ihren Papa, ohne Pension, versteht sich. Und dann sollten sie noch aus der Wohnung raus... Und das hat den beiden Alten den Rest gegeben... da haben sie sich dann selbst.. entnazifiziert.. Beckmann: Was haben sie? Sich selbst – Frau Kramer: Entnazifiziert. Das sagen wir so, wissen Sie. Das ist so ein Privatausdruck von uns (Borchert, Draußen vor der Tür, S. 37).

Diese Bedeutung von *entnazifizieren*, von dem Chronisten Wolfgang Borchert 1947 zu 'umbringen' literarisch übersteigert, ist ein zeitkritischer Kommentar: Entnazifizierung ist für viele in der Tat ein existenzielles Problem, besonders für diejenigen, die keine Wege der Entschuldung wußten. Dann machen sie sich physisch davon – und wenn sie sich nicht umbringen, legen sie ihre verbrecherische Nazi-Identität ab, um eine reputable Ehren-Identität anzulegen, tragen sich als Hans Ernst Schneider zu Grabe und gebären sich als Prof. Dr. Hans Schwerte neu, wechseln mit Namen Identitäten – solch ein Akt globaler physischer Selbstentnazifizierung ist

Universallüge.¹ Wenn der Identitätsverlust öffentlich inszeniert wird, ist sein sprachlicher Ausdruck eine Spielart der Lüge – z. B., wenn man die Wahrheit trotzig in idealisierte Wirklichkeit umbiegt. Der Name Hans Naumann wird wohl bekannt sein, ebenso seine Affinität zum Nationalsozialismus. Hans Naumann sucht Amt und Stellung zu retten – in einem Brief an die Universität Bonn vom 25. August 1945:

Warum gerade der Germanist von einer Verbindung des Nationalen mit dem Sozialen alles Heil für sein Volk erwarten konnte, darüber handeln die 2–3 letzten Seiten meiner Schrift von 1932 'Deutsche Nation in Gefahr'. Der jetzige hoffnungslose Zusammenbruch all dieser meiner Ideale kann mich nicht hindern, zu bekennen, dass ich begeistert an ihnen hing und dass ich den Neubeweger jener letztlich aus Herder, Möser, der Romantik und dem Altgermanischen stammenden Ideen pries und feierte (zit. nach Schirmmacher 1992, II S. 350).

„Das Nationale“ und „das Soziale“ – hier ist höchste Abstraktion erreicht und Naumann kalkuliert (wohl zutreffend): Die Bedeutung der übersummativen Zusammensetzung *Nationalsozialismus* remotivieren durch Zerlegung in die substantivierten Adjektive bewirkt semantisch die größte Distanz zu dem in der frühen Nachkriegszeit schlecht bewerteten Kompositum. Im übrigen: Solche Argumentation gelingt Blockwarten oder Kreisleitern der NSDAP nicht, solche Traditionslinie Hitler – Romantik – Möser – Herder – das Altgermanische zu ziehen vermag nur der professionelle Germanist, solche Überhöhung derjenigen Person, die zwar in den Salvierungstexten immer noch als 'Führer' ehrfurchtsvoll gefeiert wird, in 'Neubeweger' und sie – solcherart bezeichnet – in den Dienst der Schuldabwehr zu stellen, gelingt nur dem, der nicht erkannt hat, daß auch Verführbarkeit des Idealisten Schuld bedeutet. Wir müssen wohl hier einen für Vertreter unseres Fachs typischen Abwehrmechanismus konstatieren.

Entnazifizierung bedeutet Kommunikation. Sie ist in der Nachkriegszeit selten phatisch, sondern dient der Selbsterhaltung. Damit ist die Voraussetzung beschrieben für kommunikativen Aktionismus, in den man gleich nach dem 8. Mai 1945 und ab dem Frühjahr 1946² zunehmend verfällt. Man bittet um Zeugnisse:

Lieber Tory! Habe meinen allerherzlichsten Dank für Deinen lieben Brief. In meiner Angelegenheit bezüglich meiner Spruchkammersache bitte ich Dich, dass Du mir in einem kurzen Schreiben bestätigst, wie ich mich seinerzeit für Dich eingesetzt habe und dass Dir auch bekannt ist, wie ich für Frau Sembach gesorgt habe und damit in der damaligen Zeit aktiven Widerstand gegen die sei-

¹ Vgl. zum 'Fall Schneider/ Schwerte': Sprache und Literatur H. 77, 27. Jg., 1996, 1. Halbjahr.

² Seit dem 5. März 1946 gilt das 'Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus', s. dazu unten Kapitel 3.

nerzeitige Regierung gezeigt habe. Inzwischen grüßt Euch beide recht herzlich Euer Franz³

– „in einem kurzen Schreiben bestätigt“ – der Rechtsausdruck ist 'eidesstattliche Erklärung', vom SPIEGEL am 13.11.1948 als „Inflationsware“ bezeichnet. Wenn solche Zeugnisse der Entlastung dienen, haben sie als 'Persilschein' unmoralischen Hautgout und gesellschaftliche Gunst.

Fräulein Dr. Maier war unsere Betriebsfrauenwalterin. In den Heimabenden, die Fräulein Dr. Maier veranstaltete, wurde gelesen und vor Weihnachten für das Winterhilfswerk Handarbeiten angefertigt. Fräulein Dr. Maier hat uns Kolleginnen dabei viel Schönes gegeben.⁴

Moralisch Denkende verweigern Zeugnisse – selten:

Sehr geehrter Herr Blunck!.. auch wenn ich mir mehr Einfluß auf die Entschlüsse der britischen Militär-Regierung zutrauen könnte, wäre ich nicht in der Lage, in dieser Sache etwas zu tun. Die Haltung Ihres Bruders während der Nazi-Jahre bietet mir keinerlei Handhabe dafür. Sie müssen bedenken, daß er während der ganzen zwölf Jahre als Präsident der Nazi-Reichsschrifttumskammer eine hochprominente, offizielle Stellung innerhalb der Nazi-Kultur eingenommen hat. Mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr sehr ergebener Thomas Mann.⁵

Belastungszeugnisse haben keinen Necknamen. Wenn sie anrücklich sind, werden sie als Textsorte 'Denunzierung' nicht der Gegenstand schmunzelnder Nachsicht, sondern kriminalistischer Bewertung. Der Rechtsausdruck für Denunziation – zwar wie zur Nazizeit allgemein geächtet, aber mit dem nämlichen Erfolg betrieben – ist 'Beleidigung' und als typische Erscheinung bereits in der 1949 von Karl S. Bader verfaßten 'Soziologie der deutschen Nachkriegskriminalität'⁶ beschrieben.

Das kommunikative Klima der frühen Nachkriegszeit ist gestört, der Wahrheitswert sprachlicher Äußerungen steht zur Disposition, die Validierung des Wahrheitsgehalts von Aussagen wird allgemein abverlangt.

Jeder kennt mich hier, begrüßt mich, unterwegs und zuhaus, drückt mir seine Freude über unsere Rückkehr aus. Wieviel Prozent davon sind Herzlichkeit, wieviel Berechnung? Nie mehr werde ich unbefangen sein

– Victor Klemperer⁷ ist nach seiner Rückkehr nach Dresden mißtrauisch.

Entnazifizierung ist ein in den Zusammenhang der von den Alliierten betriebenen Reeducation gehörendes gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept und in allen Lebensbereichen präsent: Titel von Publikationen⁸, Kon-

³ Aus einem im Privatbesitz der Verfasserin befindlichen Briefkorpus.

⁴ Eidesstattliche Erklärung vom 12. Mai 1947 (Generallandesarchiv Karlsruhe, Ztr. Sprk. 56:1/14215).

⁵ Am 19. November 1945 an Rudolf. W. Blunck (Thomas Mann: Briefe II, S. 456).

⁶ Bader (1949, S. 47 f.).

⁷ 26. Juli 1945 (Victor Klemperer: Zwiespältiger denn je, S. 44).

⁸ Nur für die ersten drei Nachkriegsjahre seien exemplarisch einige sprechende Titel genannt: Werner Bergengruen, Dies irae (1945); Max Frisch, Nun singen

zepte von Radioprogrammen⁹, Reden¹⁰, die Namen von aufgeführten Dichtern und Komponisten und ihre Werke¹¹ tragen dieses Konzept ebenso wie Umbenennungen von Straßen¹², unkenntlich gemachte Hitlerköpfe auf Briefmarken¹³. Die Mannheimer Rechtsanwältin Dr. Mathilde Maier, ehemals sog. Betriebsfrauenwalterin und Mitglied der NSDAP und des „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbunds“, braucht ihre alten Briefbögen auf – die, auf denen ein Nazi-Emblem und die Unterschrift „Mitgl. des NSRB“ aufgedruckt ist. Den Aufdruck ixt sie aus, wenn die Juristin an die Spruchkammer schreibt.¹⁴ An der Feldherrnhalle Bekenntnishaftes: „K. Z. Dachau – Velden – Buchenwald. Ich schäme mich, daß ich ein Deutscher bin“. Dann die trotztige Antwort: „Goethe, Diesel, Haydn, Robert Koch. Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“.¹⁵ Das deutsche Geistes- und Alltagsleben ist bestimmt von Rehabilitierung, Apologisierung, Salvierung. Nichts, was in der frühen Nachkriegszeit öffentlich ge-

sie wieder (1945); Marie Luise Kaschnitz, Von der Schuld (1945); Ernst Wiechert, Der Totenwald (1945); Karl S. Bader, Ursache und Schuld in der gerichtlichen Wirklichkeit (1946); Eugen Kogon, Der SS-Staat (1946); Alfred Weber, Abschied von der bisherigen Geschichte (1946); Günter Weisenborn, Die Illegalen (1946); Carl Zuckmayer, Des Teufels General (1946); Hans Fallada, Jeder stirbt für sich allein (1947); Gustav Heinemann, Demokratie und christliche Kirche (1947); Walter Künneht, Der große Abfall. Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum (1947); Thomas Mann, Doktor Faustus (1947).

⁹ Vgl. Bolz (1990).

¹⁰ Exemplarisch sei auf Vorträge, gehalten auf dem ersten Schriftstellerkongress nach dem Zweiten Weltkrieg 1947, verwiesen: Elisabeth Langgässer, Schriftsteller unter der Hitler-Diktatur; Axel Eggebrecht, Ist der Nazismus in der Literatur noch virulent? (vgl. Wende-Hohenberger 1988); exemplarisch auch die anlässlich der Wiedereröffnung oder Neugründung von Schulen und Universitäten gehaltenen Ansprachen (vgl. Glaser 1990, I, S. 156 ff.).

¹¹ Lessing, Nathan der Weise; Goethe, Iphigenie; Shakespeare, Macbeth gehören zu den am meisten aufgeführten Dramen: „Die Erneuerung des deutschen Theaters begann mit einer Reflexion über neue Wertsetzungen für das ehemals mißbrauchte Theater und über die Notwendigkeit, Zeichen zu setzen“ (Hoffmann/Klotz 1991, S. 74). Zu den aufgeführten Komponisten zählen allererst Mendelssohn-Bartholdy, Beethoven (die Neunte Sinfonie – „alle Menschen werden Brüder“ – zumal (vgl. Glaser 1990, I, S. 220 ff.)) und Paul Hindemith (vgl. Hoffmann/Klotz 1991, S. 91 ff.).

¹² Victor Klemperer notiert Anekdotisches: „Karl-Marx-Platz (gä Wilhelmplatz; – ich hörte an der Trambahn ein junges Mädcl entrüstet sagen: 'Wenn er noch Hitlerplatz heißen hätte! Aber was hat ihnen Wilhelm getan?'“ (Zweispältiger denn je, S. 88).

¹³ „Post – mit geschwärztem Hitlerkopf auf den Marken! – gibt es nur im Großdresdener Umkreis“ (ebd. S. 6).

¹⁴ Generallandesarchiv Karlsruhe, Ztr. Sprk. 56/1/14215.

¹⁵ Zitiert nach Obermaier (1949, S. 48).

macht wurde, war ohne Bezug, autonom, selbstbezogen. Alles war zeichenhaft, referentiell, appellativ, zweckhaft.

Entnazifizierung ist in der Lebenswirklichkeit der Nachkriegsgesellschaft fest verankert – Grund genug für eine sprachgeschichtliche Darstellung. Entnazifizierung¹⁶ ist ein sprachgeschichtlich zu beschreibendes 'Problemfeld' – um in der Terminologie von Georg Stötzel¹⁷ zu sprechen –, welches eine Phase bestimmt, die in der Sprachgeschichte der frühen Nachkriegszeit beginnt und bis Anfang der 50er Jahre einen wesentlichen Teil der (sprachlichen) Wirklichkeit ausmacht, und die nicht mit ihrem administrativen Abschluß endet, sondern bis heute präsent ist. Wenn wir uns hier auf die erste Nachkriegsdekade beschränken, dann deshalb, weil die Anfänge, die Zeit der größten lebenswirklichen Bedeutung, ihre institutionelle Etablierung, sprachhistorisch interessieren.

Entnazifizierung ist ideell ethisches Konzept, insofern normativ bestimmt, insofern an ein quasi-forensisches archaisches Paradigma der Menschheitsgeschichte gebunden: Richter, die die Normverletzung prüfen; Täter, die sich einer Normverletzung schuldig gemacht haben; Opfer, die die Wiederherstellung der ethischen Norm fordern – Richter, Täter, Opfer sind die Handlungsbeteiligten. Diese interaktionale Konstellation ist bei der sprachhistorischen Darstellung mitzubeschreiben, sie ist konstitutiv für spezifische Sprachgebrauchsformen.

¹⁶ *Entnazifizierung* – das Wort ist in seiner anfänglichen Variante *Denazifizierung* nicht im Deutschen gebildet und zunächst eine Fremdbezeichnung. Wort und Sache werden den Deutschen von außen angetragen, Adressat ist das ganze deutsche Volk. *Entnazifizierung* ist eine eingedeutschte Lehnbildung von engl./amer. *denazification*, von einem Mitarbeiter General Eisenhowers gebildet und *Entnazifizierung* und *Denazifizierung* konkurrieren zunächst miteinander. „Dieser Begriff aus General Eisenhowers Stab, bedeutete sozusagen die 'innenpolitische' Abrüstung der NS-Herrschaft ... Ausmerzung des Nationalsozialismus auf allen Gebieten und in jeglicher Hinsicht: politisch, rechtlich, organisatorisch und personell. Im Sprachgebrauch bezog man das Wort später aber nur noch auf die personelle Säuberung im Sinn von 'Internierungs- und Disqualifizierungspolitik', Arrest oder Amtsenthebung“ (Eschenburg 1983, S. 112). Das Vorbild der Wortbildung ist *Demilitarization*. Die Alliierten legen ihrem auf das besiegte Deutschland bezogenen politischen Handeln ein ethisches Konzept zugrunde mit dem Ziel, die Deutschen so schnell wie möglich von nazistischem Denken und Tun zu reinigen und das Land zu einem demokratischen Staat aufzubauen. In den Wortbildungen *Entnazifizierung* / *entnazifizieren* ist dieser Prozeßcharakter sowohl wie der Vernichtungsaspekt aufgehoben. Entsprechend der in der außersprachlichen Wirklichkeit massiv betriebenen Beseitigung nationalsozialistischen Denkens und Handelns haben sich Substantiv und Verb schnell etabliert zur Bezeichnung eben dieser Wirklichkeit.

¹⁷ Das Konzept einer Sprachgeschichte der Gegenwart als Themen- oder Problemgeschichte erläutert Stötzel zuletzt in der Einleitung zu Stötzel/Wengeler (1995); vgl. außerdem Stötzel (1993).

Ein sprachhistorisch bedeutsames Problemfeld drückt sich aus in der Existenz eines diesbezüglichen Diskurses – Diskurs verstanden als Gesamtheit von in thematischer Beziehung zueinander stehenden Texten. Sprachgeschichte muß notwendig Textgeschichte sein, welche, nach einer Überlegung von Rainer Wimmer im Sinne Peter von Polenz', typische Texte „unter thematischen, vor allem aber sprachlichen Gesichtspunkten zu interpretieren“ habe (Wimmer 1996, S. 411). Unsere Grundlage repräsentiert einen kleinen Ausschnitt ausgewählter Texte der frühen Nachkriegszeit, in denen sich dieser Diskurs je spezifisch vergegenwärtigt: Zeitkritische Publikationen, administrative und juristische Texte, Spruchkammerakten¹⁸.

Diskurse werden von Leitideen, Leitvokabeln, Schlüsselbegriffen getragen, die sie wie ein roter Faden durchziehen. Der Leitbegriff des Entnazifizierungsdiskurses ist 'Schuld' – „das Wort ist da und bestimmt die gegenwärtige Wirklichkeit“ notiert Reinhold Schneider im Sommer 1945 in einer der ersten Nachkriegspublikationen 'Das Unzerstörbare'¹⁹. Und insofern die Geschichte der Entnazifizierung Schuldgeschichte ist, ist der sprachliche Ausdruck dieser Schuldgeschichte Teil der deutschen Sprachgeschichte als Begriffsgeschichte²⁰ – spätestens, seit die herrschenden Alliierten die Schuldreflexion als Beitrag zu der von ihnen initiierten Um-erziehung fordern. Ohne den Druck der Alliierten und der Weltöffentlichkeit, ohne die politische Verknüpfung der weltpolitischen Rehabilitation der Deutschen mit dieser Schuldreflexion hätte sie wohl nur auf der intellektuellen Ebene stattgefunden. Dem Schuldvorwurf hatten sich aber alle Deutschen zu stellen. Sie hatten alle ihren Anteil am Nationalsozialismus zu überprüfen. Walther Dieckmann reklamiert für eine Sprachgeschichte der frühen Nachkriegszeit die Prüfung der Frage, ob der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft „die konkrete Lebenspraxis der Gesellschaftsmitglieder verändert habe“ und inwieweit „die veränderten Umweltbedingungen die jeweiligen Deutungs-, Erklärungs- und Wertungsmuster der Zeitgenossen beeinflusst“ habe (Dieckmann 1983, S. 93). Wir werden sehen, daß die Institutionalisierung der Schuldreflexion durch Befreiungsgesetz und Spruchkammerverfahren in diesem Sinn als sprachgeschichtlicher Faktor zu werten ist.

¹⁸ Benutzt wurden die in der Arbeit von Barbara Fait (1990, S. 213–299) abgedruckten Quellen, die Spruchkammerakten aus dem Archiv des Amtsgerichts München ausgewertet hat. Wolfgang Jacobmayer danke ich für die Überlassung seiner Auszüge aus nicht veröffentlichten Spruchkammerakten des Niedersächsischen Staatsarchivs. Ich selbst habe Spruchkammerakten des Generallandesarchivs Karlsruhe ausgewertet.

¹⁹ Schneider, Reinhold: Das Unzerstörbare, S. 213.

²⁰ 'Schuld' scheint damit durchaus als 'politische Leitvokabel' (vgl. Liedtke 1996, S. 1 ff.) gewertet werden zu können.

Das Ergebnis der den Deutschen auferlegten Selbstprüfungen läßt sich als Ausdruck von die Nachkriegsgesellschaft bestimmenden Mentalitäten beschreiben. Mentalitäten, mit Fritz Hermanns verstanden als „Dispositionen [des Denkens, Fühlens und Wollens bzw. Sollens] auch zu sprachlichem Verhalten“ (Hermanns 1995, S. 76 f.), drücken sich aus z. B. in Ausdeutungen von Begriffen, insofern diese, wenn nicht Indikatoren „geschichtlicher Bewegungen“ (Koselleck 1972, S. XIV), dann doch Indikatoren für Welterfassung sind, für Einstellungen, Haltungen, Attitüden.²¹ Die Ausdeutung des Schuldbegriffs in der frühen Nachkriegszeit ist herausragender Indikator für solche Einstellungen – und damit für Funktionsweisen des kollektiven und individuellen Gedächtnisses bei der kollektiven und individuellen Veranschlagung von Schuld.²²

Das folgende ist eine gleichsam problemorientierte Materialdarstellung, eine tentative Annäherung an ein Kapitel Sprachgeschichte, welches noch zu schreiben ist. ‘Sprachliche Ausdrucksformen eines ethischen Konzepts’ sollen angeschaut und beschrieben werden – exemplarische Deutungsmuster des Schuldbegriffs im Kontext des Handlungsbereichs Entnazifizierung und in verschiedenen Kommunikationsbereichen.²³ Diese Facetten heißen: 1. die geistige, zeitkritische Analyse bei Parteien, in der Kirche, in der philosophischen Publizistik – Intellektualisierung; 2. die Anpassung des Schuldbegriffs an administratives und justiziäres Handeln – Instrumentalisierung; 3. das Aushandeln von Schuld – sprachlicher Eskapismus; 4. die Auflösung des Schuldbegriffs – das Ende. Diese vier Stationen sind durchaus auf einer Zeitachse zu denken, die von 1945 bis 1955 reicht.

1. Intellektualisierung

Geistige Reflexion meint: Wahrheit finden, den Nationalsozialismus verstehen durch Analyse, um durch Kenntnis der Ursprünge Wiederholung

²¹ Sellin nennt sie die „unwillkürlichen Sinngebungen... in denen eine Sprachgemeinschaft... lebt“ (Sellin 1987, S. 117).

²² Dieses Konzept entspricht dem von Stötzl in Stötzl/Wengeler (1995, S. 1) dargelegten: „[Wir] setzen... den Gebrauch lexikalischer Mittel und kommunikativer Strategien in Beziehung zu anderen wichtigen Faktoren der Geschichte“. Insofern gehört die Untersuchung in den Forschungskontext einer soziopragmatischen Sprachgeschichte, indem sie „historische Zusammenhänge zwischen Sprache und Gesellschaft im Rahmen kommunikativer Praxis“ herstellt (v. Polenz 1991, S. 17).

²³ Damit ergänzt solche kommunikationsbereichsdurchgreifende Anlage ein Konzept wie das Hugo Stegers (1989), der unterschiedliche Sachbereiche und deren sprachgeschichtliche Entwicklungen separiert.

zu verhindern.²⁴ Wann immer die jüngstvergangene Zeit Gegenstand des intellektuellen Diskurses ist – und dieser hat kaum ein anderes Thema: Die Leitidee der sogenannten „Schuldfrage“ dient der Erkenntnis, der Einsicht, der Abkehr – und damit der geistigen Entnazifizierung. An diesem Diskurs sind beteiligt: Parteien²⁵, Kirche, Publizistik²⁶. Sie eint die Auseinandersetzung mit dem Vorwurf einer deutschen Kollektivschuld. Die Klärung dieses Begriffs ist wesentliches Motiv der Reflexion und läßt zwei Haltungen erkennen: Man bejaht die These von der Kollektivschuld oder man leugnet sie.

Die eine Kollektivschuld bejahen – „99% der ordentlichen Deutschen sind ... samt und sonders in den falschen Zug eingestiegen“ ist Karl Barths bildliche Formulierung²⁷ – finden sie im ‘deutschen Wesen’ begründet; so Luise Rinser: „Für mich ist Nazismus Charakter gewesen, unverleugbare Charaktereigenschaft“²⁸, so Thomas Mann: „ein Ergebnis des Charakters und Schicksals des deutschen Volkes“²⁹. Die Tradition der deutschen Geistesgeschichte wird zu diesem Zweck zugerüstet: Man historisiert die Schuldfrage, und Martin Luther und Friedrich der Große, Hegel und Nietzsche, Bismarck werden als Former des deutschen Geistes zu Wegbereitern des Nationalsozialismus.³⁰ Die Erkenntnis aber

²⁴ Was Stötzl (1995, S. 24) für die frühe öffentliche Sprachkritik vermerkt – „[sic] geht von zwei zentralen Fragen aus: ‘Wie konnte es dazu kommen?’ und ‘Wie können wir eine Wiederholung ... verhindern?’“ – gilt für die intellektuelle Auseinandersetzung überhaupt. Die Sprachwissenschaft hat hier mit der öffentlichen Sprachkritik Klempers und Sternbergers/ Storz’/ Süskinds – sie dient durch Aufzeigen von Kontinuität kathartischen Zwecken – ihren Platz (vgl. Stötzl 1989, S. 39). Aus geistesgeschichtlicher Sicht vgl. die Beiträge in Koebner/Sautermeister/Schneider (1978), darin besonders die Darstellung von Thomas Koebner.

²⁵ Zur Schulddiskussion in den Gründungsaufufen der Parteien vgl. Stötzl in Stötzl/Wengeler (1995, S. 23); Falkenberg (1989, S. 14f.); Bergsdorf (1983, S. 69–90).

²⁶ Zur Diskussion der Schuldfrage in Zeitungen vgl. Stötzl in Stötzl/Wengeler (1995, S. 25).

²⁷ Karl Barth am 12. März 1945 an Ernst Friedlaender (zit. nach Koch 1984, S. 17).

²⁸ An Hermann Hesse, Frühjahr 1946 (zit. nach Kleßmann 1991, S. 444).

²⁹ An Walter von Molo am 7. September 1945 (zit. nach Thomas Mann: Briefe II, S. 442).

³⁰ Auf einen diesbezüglichen Widerspruch antwortet Thomas Mann: „Heißt es nicht, den Geist herabsetzen und verharmlosen, wenn man ihn von aller Verantwortung für seine Konsequenzen freispricht?.. Die Schuld des Geistes zu verneinen, scheint mir seine Verkleinerung zu bedeuten, und wir Deutsche haben heute allen Grund, von der Problematik des deutschen Gedankens und des deutschen großen Mannes ergriffen zu sein und darüber zu grübeln“ (an Hans Polack, 29.12.1946; zit. nach Thomas Mann: Briefe II, S. 520).

daß die Frage einer deutschen kollektiven Verantwortlichkeit ohne Rücksicht bejaht werden muß und daß von einer gemeinsamen deutschen Schuld nur wenige Deutsche mit Recht ausgenommen werden können¹¹

– diese Erkenntnis läßt die Aporie des Schuldbegriffs der frühen Nachkriegszeit erkennen. Sie ist in der Diskrepanz zwischen der Notwendigkeit seiner theoretisch-philosophischen Festlegung und der Unmöglichkeit der Anwendung eines solcherart bestimmten Begriffs begründet.¹²

Die eine Kollektivschuld leugnen, müssen differenzieren und unterscheiden mindestens Schuld und Mitschuld und man ist sich einig: Die mit der größten Schuld, die „schuldige ‘classe dirigente’“, die „echten Nazis“, „die Aktivisten und Scharfmacher“¹³ – häufigstes Syntagma: *die wirklich, die wahren Schuldigen* –, sie werden namentlich identifiziert, exemplarisch der Gründungsaufwurf der KPD vom 11. Juni 1945:

die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Ausbeuter und Verbrecher.. die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei.. die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten.. die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens (zit. nach Hohlfeld o.J., S. 10 ff.).

Hannah Arendt interessieren sie nicht, die greif- und benennbaren Nazis, der ‘Bohemien Goebbels’, der ‘Sexualverbrecher Streicher’, der ‘pervertierte Abenteurer Göring’ – sie werden zur Verantwortung gezogen, mit ihnen kann man schnell fertig werden.¹⁴ Ihre Schuld nennt Karl Jaspers „kriminelle Schuld“ – um, wie er auf einen Einwand Hannah Arendts, damit sei der Ungeheuerlichkeit der Nazi-Politik nicht entsprochen¹⁵, die

¹¹ Pechel, Rudolf: Sagen, was ist (Deutsche Rundschau 69, 1946; zit. nach Bucher 1990, S. 169 ff.).

¹² Zweispalt drückt sich aus: „Von einer ‘Kollektivschuld’ aller Deutschen, und nur der Deutschen, zu sprechen, steht wohl nicht in der Machtvollkommenheit eines heute lebenden Menschen. Aber es bliebe doch eine beschämende Ausflucht, wenn wir uns verhehlen wollten, daß wir alle betroffen sind durch jene Taten, die im Namen des Nationalsozialismus Geschichte geworden sind ... Die deutsche Sprache kennt das verkleinernde Wort ‘Entschuldigung’ – eine Entschuldigung.. ist aber niemals eine Entschuldung“ (A. Mitscherlich, Schuld und Entschuldigung; in: Neue Zeitung 7.2.1947; zit. nach Bucher 1990, S. 277 ff.).

¹³ Knappstein, Karl Heinrich: Die versäumte Revolution. Wird das Experiment der „Denazifizierung“ gelingen? (Die Wandlung 2, 1947; zit. nach Bucher 1990, S. 385 ff.).

¹⁴ Arendt, Hannah: Organisierte Schuld (1944. 1948), S. 37.

¹⁵ „Mir ist Ihre Definition der Nazi-Politik als Verbrechen (‘kriminelle Schuld’) fraglich. Diese Verbrechen lassen sich, scheint mir, juristisch nicht mehr fassen, und das macht gerade ihre Ungeheuerlichkeit aus ... Göring zu hängen, ist zwar notwendig, aber völlig inadäquat“ (17. August 1946; Hannah Arendt. Karl Jaspers. Briefwechsel, S. 90).

Schuld nicht ins Mystische zu übersteigern, sondern im Gegenteil durch Aufzeigen ihrer Banalität – Hannah Arendt spricht dann selbst später von der ‘Banalität des Bösen’ – justiziären Zugriff zu ermöglichen.³⁶

Problematisch ist die Masse, und ein Greifbarmachen der Mitschuldigen, der versteckt Schuldigen, der Stummen, Heimlichen, Neutralen, die nicht verhindert, nicht gesagt, nicht gehandelt haben, wird als Herausforderung der intellektuellen Analyse verstanden. Meist benannter Vorwurf – Gleichgültigkeit:

Am Judenproblem zeigt sich ... die ‘Schuld’ des deutschen Volkes: durch volle 20 Jahre hat der Deutsche die tollidiotischste Judenhetze mit völliger Gleichgültigkeit betrachtet, und kraft dieser bestialischen Gleichgültigkeit ist er zum Helfershelfer eines bestialisch-systematischen Massenmordes geworden

– schreibt Hermann Broch an Volkmar von Zühlsdorff am 9. August 1945.³⁷ Wir müssen auch vermerken: Bei aller Verantwortung, die auch den harmlosesten Mitläufern zugeschrieben wird – ihre Schuld wird häufig relativiert, verharmlost, verständnisinnig erklärt. Häufigstes Entlastungsargument: die Unmöglichkeit, im Totalitarismus zu widerstehen³⁸ oder der politische Irrtum – so Eugen Kogons gleichnamiger Beitrag von 1947.³⁹ Bei den Parteien erscheinen sie danach konsequent als Opfer, exemplarisch der KPD-Aufruf:

Das Hitlerregime hat ... durch seine Politik.. unser eigenes Volk ins Unglück gestürzt und ... vor der gesamten gesitteten Menschheit mit schwerer Schuld und Verantwortung beladen (zit. nach Hohlfeld o. J., S. 10 ff.).

Diese Formulierung reflektiert die Komplexität des Schuldbegriffs. *Jemanden mit etwas beladen* – da sind Täter- und Opferrolle eindeutig festgelegt. Da aber auf *Schuld und Verantwortung* referiert wird, ist die Opferrolle geschwächt. *Schuld und Verantwortung* tragen das Merkmal ‘Mündigkeit’.

³⁶ „die Schuld, die alle kriminelle Schuld übersteigt, [bekommt] unvermeidlich einen Zug von ‘Größe’ ... die ... den Nazis so fern ist, wie das Reden vom ‘Dämonischen’ in Hitler ... man muß ... die Dinge in ihrer ganzen Banalität nehmen“ (an Hannah Arendt, 19. Oktober 1946; zit. nach Hannah Arendt. Karl Jaspers. Briefwechsel, S. 99).

³⁷ Hermann Broch. Briefe über Deutschland, S. 25.

³⁸ Damit einher geht häufig Kritik an den Alliierten: „Das ganze deutsche Volk für alle seit 1933 begangenen Untaten verantwortlich machen zu wollen, ist reine Rachsucht. Wer das deutsche Volk tadelt, nicht die Kraft gehabt zu haben, das verhasste Joch der Tyrannei abzuschütteln, hat von der Macht und Brutalität von Gewaltsystemen keine Vorstellung“ (Das Demokratische Deutschland, 1945, S. 7).

³⁹ Kogon dokumentiert damit Zutrauen in die politischen Selbstheilungskräfte: „wer sich geirrt hat und die Konsequenzen daraus zieht, wird freiwillig tun, was in seiner Kraft liegt, um zur Wiedergutmachung beizutragen“ (Frankfurter Hefte 2/1947; zit. nach Kleßmann 1991, S. 387 f.).

In Texten der Kirche – in dem „Wort der Berliner Bekenntnissynode an die Pfarrer und Gemeinden“ vom 31. Juli 1945 wird die „aktive Versündigung des Nationalsozialismus“ von der „passiven (Mit)schuld der Christenheit“ unterschieden⁴⁰. Syntagmatische Parallelität macht Gegensätze deutlich: *passiv vs aktiv, Mitschuld vs Versündigung, Christenheit vs Nationalsozialismus*.

Aus philosophischer Sicht schließlich: Die Voraussetzung für Schuldigwerden sieht Hannah Arendt im international verbreiteten „Spießer“. Das ist „der Mensch vom Schlage Heinrich Himmlers“ (Arendt 1944/ 1948, S. 41):

[Obwohl er] auf deutschem Boden eine besonders gute Chance des Blühens und Gedeihens hatte: er ist eine internationale Erscheinung, und wir täten gut daran, ihn nicht im blinden Vertrauen, daß nur der deutsche Spießer solch furchtbarer Taten fähig ist, allzusehr in Versuchung zu führen (ebd. S. 43).

Die Mitschuld der Massen nennt Karl Jaspers „politische Schuld“ und läßt für diese Kategorie den Kollektivschuldvorwurf gelten (Jaspers 1946, S. 45):

Es ist jedes Menschen Mitverantwortung, wie er regiert wird (ebd. S. 21).⁴¹

In der Unterscheidung zwischen wirklicher Schuld und Mitschuld ist man sich einig. Was nur die Philosophie leisten kann: Den Nationalsozialismus – als Ausdruck des Bösen – im Menschen an sich als Möglichkeit erkennen:

Wenn wir unsere eigene Schuld bis in ihren Ursprung verfolgen, so stoßen wir auf das Menschsein, das in deutscher Gestalt ein eigentümliches, furchtbares Schuldigwerden angenommen hat, aber Möglichkeit im Menschen als Menschen ist (ebd. S. 73).

Karl Jaspers sucht damit zu verhindern, daß der einzelne sich für schuldfrei hält. Diese Gefahr sieht er im philosophisch-analytischen „Zerfasern der Schuldbegriffe“ (ebd. S. 54). Deshalb richtet er mit den Kategorien der „moralischen“ und der „metaphysischen Schuld“ und ihren Instanzen „Gewissen“ und „Gott“ einen gleichsam allgemeingültigen Schuldbegriff ein.

Kennzeichnend ist weiterhin: Der Schuldbegriff wird durch die Ich-Orientierung erweitert, und was die wirklich Schuldigen nicht zu leisten vermögen – die den Schuldbegriff analysieren, legen Bekenntnisse ab, und

⁴⁰ zit. nach Heidtmann 1958, S. 15 ff.

⁴¹ Dieses Argument wird allgemein akzeptiert: „es kann in keiner Weise geleugnet werden, daß ... jeder Einzelne ... schwerste Schuld auf sich geladen hat, da er der Partei.. seine Zustimmung.. gegeben hat“ (Klinkhammer, Die deutschen Katholiken und die Schuldfrage (Neues Abendland 1, 1946, S. 12–16; zit. nach Bucher 1990, S. 217 f.).

unterschiedliche geistige Zugehörigkeiten stören eine Übereinstimmung der Begründung nicht:

Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer ... nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit.. entgegen allen Widersachern zu schmieden (KPD-Aufruf, zit. nach Hohlfeld o. J., S. 10 ff.).

Die Formulierung signalisiert Distanz: *Sich schuldig fühlen* ist nicht gleichbedeutend mit *schuldig sein*, *nicht vermocht haben*, *etwas zu verhindern* ist nicht gleichbedeutend mit *etwas aktiv unterstützt haben*. Die lexikalische Ausstattung dieser Erklärung mit den Schlagworten des kommunistischen Klassenkampfes zeigt: Die Kommunisten messen sich bei ihrer Selbstanklage an ihrem Programm und an ihren politischen Ansprüchen. Ihr Schuldanteil besteht in unterlassenem politischen Handeln.

Im Bekenntnis entstehen unerwartete Koalitionen. Die Stuttgarter Schulderklärung weist hinsichtlich der nämlichen selbstkritischen Einschätzung Parallelen auf – die lexikalische Ausstattung mit religiös-theologischem Wortschatz vorausgesetzt:

wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben (zit. nach Greschat 1985, S. 77 f.).

Schuld ist nach der Stuttgarter Erklärung vom Oktober 1945 das 'nicht genug' von *mutig bekennen*, *treu beten*, *fröhlich glauben*, *brennend lieben*. Das sind Bezeichnungen für religiöse Handlungsformen. Die Schuld der evangelischen Kirche drückt diese aus, indem sie den Mangel dieser religiösen Handlungen als ihren Anteil am „nationalsozialistischen Gewaltregiment“ beschreibt – diese Spiritualisierung ist der Politisierung – die KPD sieht ihre Schuld im Mangel politischen Handelns – vergleichbar.

Das kulturphilosophische Bekenntnis schließlich benennt einen Traditionsbruch:

Wir sind dem Grundgesetz unseres Werdens untreu geworden.. dieses Grundgesetz heißt Abendland.⁴²

Die Frage 'Was ist die Schuld der vergangenen zwölf Jahre' scheint mit 'Nationalsozialismus', 'Militarismus', 'Antisemitismus', 'Rassismus' nicht zureichend beantwortet zu sein. Man begibt sich auf „idealistischen Höhenflug“ (Glaser 1990 I, S. 154), man setzt Signalwörter – auch für die Umerzieher. Man beschwört *abendländische Tradition* und *Kultur*,

⁴² Dirks, Walter: Das Abendland und der Sozialismus (Frankfurter Hefte 1, 1946; zit. nach Bucher 1990, S. 193).

Christentum und Humanismus, ewige Wahrheiten und Werte und vor allem den *deutschen Geist* und sucht gleichsam suggestiv sich und andern zu versichern: Diese Werte waren während der vergangenen zwölf Jahre zwar verschüttet – das ist die Schuld –, sie sind aber nicht abhanden gekommen.⁴³

Wir halten fest: Parteien nutzen den Versuch, den wahren Schuldbegriff zu finden, zur profilierenden Selbstdarstellung und stellen die Schuldreflexion in die urpolitischen Dienste der Machterringung. Die Kirche schaut auf sich, übt Selbstanalyse, folgt dem religiösen Auftrag zur Schuldserkenntnis und sucht – durch das Beispiel eigenen Bekenkens – bei den Gemeinden die Anerkennung von Schuld zu erreichen.⁴⁴ Die philosophische Feststellung kennzeichnet eine Begriffsbestimmung, die nicht Grade von Schuld benennt, sondern unterschiedliche Arten. Karl Jaspers unterscheidet 'kriminelle', 'politische', 'moralische' und 'metaphysische Schuld'. Er unternimmt damit den wohl entschiedensten Versuch, dem politisch-administrativen Entnazifizierungskonzept eine geistige Grundlage zu schaffen, und er meint nicht eine Schuldhierarchie, sondern Kategorien gleicher Schwere. Das ist nicht der Begriff der deutschen Kollektivschuld, den die Alliierten benutzen, um ihr politisches Handlungskonzept zu realisieren, sondern es ist der am Ende aus religiösem Denken stammende Begriff des 'wir sind alle schuldig vor Gott'. Mit der Zurückführung unterschiedslosen Schuldigwerdens auf menschliche Grundprinzipien geht das Eingeständnis einher: Eigentlich gibt es keine die Normverletzung kontrollierende Instanz.

Wir beschreiben sprachliche Ausdrucksformen eines ethischen Konzepts und stellen Extreme einander gegenüber: Diese von ihren Urhebern als Beitrag zur *inneren Umkehr*, zur *wirklichen Wandlung* beanspruchten intellektuellen Versuche konfrontieren wir mit der nur *äußerlichen, mechanischen Entnazifizierung* der Administration. Als gesichert geglaubte ethische Prinzipien mußten in positives Recht verwandelt, der Schuldbegriff mußte neu festgelegt werden, ein administratives Handlungskonzept mußte eingerichtet werden.

⁴³ Das provoziert Kritik, man macht sich der Verlogenheit verdächtig. Luise Rinser schreibt im Frühjahr 1946 an Hermann Hesse: „Diese Leute triefen von schönen Worten: Freiheit, Ehrfurcht, Schönheit, deutsche Kultur ... [sie sind] nicht gesonnen... die reale Welt zu sehen“ (zit. nach Kleßmann 1991, S. 444).

⁴⁴ Der offene religiöse Schuldbegriff – es existiert eine „große Anzahl von Ausdrücken, die das sündige Handeln nach verschiedenen Seiten hin qualifizieren“ (Die Religion in Geschichte und Gegenwart, s. v. Sünde und Schuld, S. 479); „das NT [hat] keine feste Terminologie für 'Schuld' ... und die Wörter für 'Schuldigkeit' [kommen] sparsam vor“ (ebd. S. 484) – dieser offene Schuldbegriff ermöglicht die religiöse Reflexion der nationalsozialistischen Schuld.

2. Instrumentalisierung

Es wird nicht nötig sein, irgend jemanden einfach deswegen zu bestrafen, 'weil er ein Nazi ist'. Es wird nur erforderlich sein, die gesetzlich festgelegten Strafen für alle seit dem Januar 1933 in Deutschland begangenen Verbrechen – wie Mord, schwere Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Plünderung, Diebstahl, Betrug, Erpressung, Brandstiftung, Enteignung, Beleidigung, Unterschlagung, Justizmißbrauch und Meineid – zu verhängen. Danach werden nicht viele Nazis übrig bleiben, und Deutschland wird sich erstaunlich verändert haben (Haffner 1940/1991, S. 251 f.) –

das schreibt Sebastian Haffner 1939, als der Krieg gerade begonnen hatte und das Grauen der Konzentrationslager noch nicht das Ausmaß von 1945 erreicht hatte. Nach 1945 reicht dieser Schuldbegriff nicht mehr aus. Denn die nationalsozialistischen Verbrechen verletzen die Grundprinzipien menschlicher Ethik; Prinzipien, die, weil sie universal sind, nicht in justizielle Texte geflossen sind. Ein universaler Schuldbegriff mußte nicht erst geschaffen werden. Aber die nationalsozialistischen Verbrechen mußten als 'Normverstöße' und damit als Schuld feststellbar werden. Die Intension, in die der Schuldbegriff der Alliierten gerinnt, ist zunächst 'deutscher Militarismus und Nazismus' und meint als administratives Handlungsziel die gesamte nationalsozialistische Wirklichkeit, und das war von 1933 bis 1945 die Wirklichkeit schlechthin. In der festen Formel *Vernichtung des deutschen Militarismus und Nazismus* in der Bedeutung 'Entnazifizierung' wird dieses Handlungsziel als sprachliches Versatzstück in administrativen Texten tradiert.

Die Norm, gegen die in den vergangenen zwölf Jahren verstoßen wurde und die als Idee das Entnazifizierungskonzept bestimmt, heißt: Humanismus, Ethik, Menschenrecht. Die Maßlosigkeit nationalsozialistischer Barbarei drückt sich in dem Ausmaß der Verstöße gegen ethische Grundprinzipien aus und damit auch in der Dimension von Versuchen, sie zu restituieren – und damit auch in der extensionalen Festlegung des Schuldbegriffs. Man ist hilflos angesichts der unfäßbaren Unmenschlichkeit der Nazis. Im Kreisauer Kreis wurde, lange bevor die Alliierten die Entnazifizierung der Deutschen institutionalisierten, ein Bezeichnungssystem festgelegt, das eben diese Hilflosigkeit dokumentiert: „'Lump' war, wer sich auf eine Weise gegen Recht und Anstand vergangen hatte, die das Strafgesetz nicht erfaßte.. 'Rechtsschänder', der sich 'gegen göttliches und natürliches Recht, das Völkerrecht und das allgemein akzeptierte positive Recht' vergangen hatte.. 'internationale[r] Rechtsschänder[...]', der vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag.. kommen sollte“ (zit. nach Eschenburg 1983, S. 109). Diese Kategorie des 'Lumpen' mag in der forensischen Klasse der 'Hauptschuldigen' wiederbegegnen – damit bin ich bei demjenigen Gesetzestext, der die Handlungsvorgabe zur Erfassung der Masse darstellt – und der sich mithin unterscheidet vom Nürn-

berger Statut, dessen Schuldbegriff (Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) für die Verurteilung der Haupttäter maßgebend war. Wichtigster Text also, mit dem das Entnazifizierungskonzept instrumentalisiert wird, ist – auf der Grundlage vor allem des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 und der Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12. Januar 1946, die den Personenkreis derjenigen bestimmt, die aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen zu entfernen sind – wichtigster Text, in dem am differenziertesten die Schuld der mehr oder weniger für den Nationalsozialismus engagierten Pgs definiert wird, ist das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946. Dieses sog. Befreiungsgesetz, mit dem die Alliierten die Entnazifizierung den Deutschen übertrugen, ist ideell der entschiedenste administrative Versuch, die 'Schuld Nationalsozialismus' justiziabel zu machen. Die Richter der Spruchkammern hatten die Aufgabe, Verantwortlichkeit nach den Vorgaben eines Kategoriensystems festzustellen und dieser Verantwortlichkeit entsprechend Sühneleistungen zu bestimmen. Täter – sie heißen zunächst Betroffene statt Angeklagte, nach Feststellung ihrer Schuld Verantwortliche – werden in die bekannten fünf „Gruppen der Verantwortlichen“ Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete (zit. nach Schullze 1946, S. 5) klassifiziert. Der Begriffsumfang, die Extension ist in der Kategorie 'hauptschuldig' beschrieben und ihre Referenzbereiche sind Opfer einerseits, Taten andererseits: die Opfer, benannt als *Opfer, Gegner, ausländische Zivilisten und Kriegsgefangene*; die Taten, benannt als *Verbrechen, völkerrechtswidrige Behandlung, Ausschreitungen, Plünderungen, Verschleppungen oder sonstige Gewalttaten, Tötungen, Folterungen oder sonstige Grausamkeiten, Denunzierung und Verfolgung*; schuldhaftes Handeln wird außerdem spezifiziert bezüglich Nationalsozialismus und seine Gliederungen: eine *führende Stellung, außerordentliche Unterstützung oder Nutznießung, aktive Tätigkeit in oder Zusammenarbeit mit Gestapo, SS, SD*. Ethik und der ihr widersprechende Nationalsozialismus sind damit gleichsam rechtsbegrifflich zerlegt in ein legislatorisches und positives Bezeichnungssystem. Und für die frühe Phase können wir Bereitschaft erkennen, diesen Schuldbegriff auch anzuwenden. Daraus resultiert wohl die Beschwerde des niedersächsischen Ministers für politische Befreiung beim Ministerpräsidenten:

Es kann nicht von der Übernahme der Entnazifizierung gesprochen werden, wenn deutsche Stellen in erheblichem Umfang eingeschränkt sind, Entscheidungen zu treffen, die dem deutschen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen.⁴⁵

⁴⁵ Niedersächsisches Staatsarchiv, Nds. 170, Fasz. Nr. 447.

Wer hier 'deutsches Gerechtigkeitsempfinden' sagt, meint einen nationalisierten Schuldbegriff, einen auf die deutschen Verhältnisse zugeschnittenen und hinsichtlich seines Umfangs reduzierten. Der Schuldbegriff des Befreiungsgesetzes dagegen stellt den Versuch sprachlich manifestierter Rationalisierung von mit rationalen Kategorien eigentlich nicht greifbarem Handeln dar.

Dieser forensisch fixierte Schuldbegriff ist Grundlage justiziären Handelns und damit Gegenstand von Anklage. Der Anklage interaktionell entgegen stehen Rechtfertigung und Verteidigung. Insofern der Text des Befreiungsgesetzes rechtsstaatlichem Denken entspricht, ist der Schuldbegriff graduert bis hin zu der Kategorie 'entlastet', und wir sehen: Der positiv bestimmte Schuldbegriff der Idee steht dem negativ bestimmten der Anwendung entgegen. Ich setze gegen die Instrumentalisierung die sprachliche Gestaltung von Rechtfertigungen, den Schuldbegriff Betroffener und ihrer Entlastungszeugen und nenne ihr Handeln 'sprachlichen Eskapismus'.

3. Sprachlicher Eskapismus

Es wurde mir gesagt, ich muß den Kreis übernehmen. Ich sagte, wie soll ich das machen, doch man sagte mir, es wird schon gehen (zit. nach Fait 1990, S. 248).

Prof. Dr. Stark riet mir, den Facharzt Dr. Kander aufzusuchen, der Jude war. Diesem Rat folgte ich auch und befand mich längere Zeit bei Dr. Kander in stationärer Behandlung, sowie anschließend in ambulanter.⁴⁶

Während des Krieges hatte ich einen Polen zur Arbeit. Nach der Arbeit saß Hoffner mit meinem Polen an ein und demselben Tisch um zu essen.⁴⁷

Ich bin.. bei Frau Worch im Haushalt tätig.. Ich.. bin katholisch.. Herr und Frau Worch haben.. erklärt, daß ich in die Kirche gehen könne, wann ich wollte.⁴⁸

Da soll salvirieren, daß man sich zierte – bevor man dann das Kreisleiteramt jahrelang im nationalsozialistischen Sinne ausübte; da soll salvirieren, daß man sich in gesundheitlicher Not von dem jüdischen Spezialisten hat helfen lassen, daß man mit einem Polen an einem Tisch saß, die Hausangestellte ihre Religion ausüben ließ. Die Antworten auf die Frage nach einer Beteiligung am Nationalsozialismus sind Leugnungen in unterschiedlichen Varianten. Wir suchen nach Gründen, die nicht von der Psychologie und Zeitgeschichte, sondern von der Sprachgeschichte darzustellen sind und stellen einen sprachlichen Zusammenhang zum Befreiungsgesetz her, demjenigen Text, der seit dem März 1946 die differenzier-

⁴⁶ Generallandesarchiv Karlsruhe, Ztr. Sprk. J 75/4862-B/SV/1969.

⁴⁷ ebd., Ztr. Sprk. K/B/SV/1961.

⁴⁸ ebd. Ztr. Sprk. J 75/4862-B/SV/1969.

teste forensische Grundlage nicht nur monitorischen, sondern auch exkulpatorischen Handelns ist und stellen fest: Das Befreiungsgesetz ist nicht nur Teil, sondern motiviert selbst ein Kapitel Sprachgeschichte, und zwar in zweierlei Hinsichten. 1. Die im Befreiungsgesetz festgelegte Beweislast des Betroffenen und 2. die im Gesetz selbst aufgeführten Entlastungsargumente sind der Grund für die Entleerung des Schuldbegriffs, die in der Nachkriegszeit einsetzt und die bis heute Haltungen bestimmt.

Nach dem Befreiungsgesetz also trägt der Betroffene die Beweislast und in Art. 34 werden entsprechende interaktionelle Anweisungen gegeben:

Gehört der Betroffene in die Klasse I [Hauptschuldig] oder II [Belastet]... so hat er in klarer und überzeugender Weise darzutun, daß er in eine für ihn günstigere Gruppe fällt (zit. nach Schullze 1946, S. 29).

Die semantischen Merkmale des entlastenden Schuldbegriffs sind in den Kategorien 'Minderbelastet', 'Mitläufer' und 'Entlastet' vorformuliert und die besonderen, zu Gunsten des Betroffenen zu wertenden Argumente des Art. 39 stellen ein weiteres Angebot dar, sich ihrer zu bedienen. Die intertextuellen Relationen zwischen Gesetzestext und Rechtfertigungsschriften⁴⁹ reichen von verdeckten Reproduktionen des im Befreiungsgesetz implizierten Schuldbegriffs, über Interpretationen der Betroffenen, die das aus dem Befreiungsgesetz extrahierte Bedeutungspotential von Schuld zu apologetischen Zwecken spezifizieren bis zu ausdrucksseitigen Parallelen – man sucht Halt beim Zitat.

Einer der seinerzeit meistgehaßten ehemaligen Kreisleiter möchte im Sinn von Art. 11 als Minderbelasteter eingestuft werden, wonach er glaubhaft machen muß, „eindeutig und klar erkennbar frühzeitig vom Nationalsozialismus und seinen Methoden abgerückt“ (zit. nach Schullze 1946, S. 11) zu sein. Diese Vorgabe des Gesetzestextes bewirkt ein Exkulpierungsmonstrum:

Zu dieser Zeit [nach Kriegsbeginn] war ich innerlich bereits soweit vom NS abgerückt, daß mich jedesmal, wenn Hitler bei seinem Erscheinen im Reichstagsitzungssaal der Kroll-Oper in Berlin durch die Reihen der Abgeordneten ging und dabei nahe an meinem Platz vorbei kam, der Gedanke überfiel: ... Wenn du diesen Mann jetzt niederschießen würdest, nähme die Weltgeschichte einen anderen Verlauf.. Allein, es handelte sich bei solchen Vorstellungen um theoretische Betrachtungen, da ich jeden Gewaltakt grundsätzlich ablehne (zit. nach Fait 1990, S. 264).

Ich kommentiere diesen Text nicht.

Entlastet nach Art. 13 war

wer trotz einer formellen Mitgliedschaft.. sich nicht nur passiv verhalten, sondern nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die nationalsozia-

⁴⁹ Von der Textlinguistik sind sie als „Similaritäts-“ bzw. „Kontiguitätsrelationen“ beschrieben (Lindner 1984, S. 126).

listische Gewaltherrschaft geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat (zit. nach Schullze 1946, S. 12).

In dem Lebenslauf eines ehemaligen Kreisleiters lesen wir das Nämliche:

ich [habe] mich trotz meiner Stellung als Kreisleiter gegenüber der NS-Gewaltherrschaft nicht nur passiv verhalten, sondern aus innerer Veranlagung nach dem Maß meiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die mir bekannten Auswüchse und üblen Erscheinungsformen der NS-Gewaltherrschaft geleistet (zit. nach Fait 1990, S. 279).

Dieser in seinem Kreis als „unangenehm“ beleumundeter Kreisleiter camouffiert Schuld mit wörtlichem Zitat, variierender Reproduktion und der über das Gesetz hinausgehenden Behauptung „aus innerer Veranlagung“.

Art. 39 Abs. II Ziff. 4 sieht besonders die „nachweisbare wiederholte Förderung und Unterstützung von Opfern und Gegnern des Nationalsozialismus“ (zit. nach Schullze 1946, S. 33) als der Entlastung würdiges Argument vor. Opfer des Nationalsozialismus waren an erster Stelle Juden, die in dem Gesetz, wie in so vielen Texten der frühen Nachkriegszeit zwar nicht explizit benannt, aber doch gemeint sind. Die diesen Art. 39 zur Entlastung nutzen, spiegeln das öffentliche Bewußtsein, wenn sie die Bedeutung von *Opfer und Gegner zu Juden* verengen. Meistgeschätztes Entlastungsargument im Sinne dieses Artikels war demzufolge wenn nicht Philosemitismus, so doch Judenfreundlichkeit.

Die Behauptung, dass ich Judenhasser gewesen sei, ist ein übler Vorwurf.. mit dem [jüdischen] Generaldirektor Hermann Hecht, der in Amerika lebt, [stehe ich] noch heute im Briefwechsel.. dieser [hat] für mich ein Care-Paket bestellt.⁵⁰

Der ehemalige jüdische Vorgesetzte hat für den Betroffenen ein Care-Paket bestellt – Judenfreundlichkeit gerät in der Nachkriegszeit als Freundlichkeit der Juden zum starken Entlastungsargument.

Wir beschreiben Deutungsmuster des Schuldbegriffs in der frühen Nachkriegszeit und sehen eine Ursache seiner allenthalben festgestellten Abwesenheit bei Tätern im ‘Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus’. Resultierend aus dem Bedürfnis, dem Unrecht des Nationalsozialismus das Recht der Demokratie und des Humanismus entgegenzusetzen, zu dem an erster Stelle die Gerechtigkeit der Rechtsprechung gehört, trägt das Befreiungsgesetz selbst zu jenem „Klima der Kaltschnäuzigkeit“ (Frei 1996, S. 20) bei, das für die frühe Nachkriegszeit kennzeichnend ist. Mit der sprachlichen Einordnung von Befreiungsgesetz und Rechtfertigungsschriften der Betroffenen und ihrer Entlastungszeugen erhalten wir ein Erklärungsmotiv für diese Atmosphäre der Ignoranz, des Trotzes, ja der ungebrochenen Affinität.

⁵⁰ Generallandesarchiv Karlsruhe, Ztr. Sprk. 56/1/14276.

Das Gesetz war gedacht als Auslöser eines selbstreflexiven Prozesses, bei dem die eigene Position im und zum Nationalsozialismus überprüft werden sollte. Da aber die Betroffenen die Beweislast haben, bewirkt diese Bestimmung die Antwort auf die Frage: 'Warum bin ich kein schuldiger Nazi?'. Die Frage: 'Worin besteht meine Verantwortung?' bleibt offen. Die Folge: Die Betroffenen kategorisieren sich selbst und atomisieren ihre Schuld. Sie sagen nicht: 'Ich bin schuldig', sondern z. B.:

Da ich 1938 in die Partei eingetreten bin, würde ich dem Gesetz nach unter die Mitläufer fallen, aber andererseits durch die obengenannten Beispiele in die Gruppe der Entlasteten eingereiht werden ... Auch als Nutznießer dürfte ich keinesfalls in Frage kommen. Im Jahre 1929 besaß ich schon ein Vermögen von ca. RM 500.000.⁵¹

– der ehemalige Wehrwirtschaftsführer analysiert nicht seine Schuld, sondern die vom Gesetz vorgegebenen Gründe seiner Unschuld. Diese vorzubringen sind er und seine Zeugen vom Gesetz aufgefordert. Die Folge: Rechtfertigungsschriften der Betroffenen und eidesstattliche Erklärungen ihrer Entlastungszeugen in unüberschaubarer Zahl. Die Folge: Es sind die schuldentlastenden Argumente, welche sozusagen den Raum füllen. Während die öffentlichen Kläger schnell fertig waren mit ihren Belastungen, während die Nichtbereitschaft von Opfern, vor Gericht als Belastungszeugen auszusagen, die Wahrheitsfindung behinderte, während einer „Inflation“ von Persilscheinen eine Not an Belastungsschriften entgegensteht⁵², während also ein positiv bestimmter Begriff nationalsozialistischer Schuld eine marginale Rolle zu spielen scheint, wird das öffentliche Bewußtsein von dem Schuldbegriff geprägt, der am Ende seine Negation ist. – Wir können übrigens mit Fug von öffentlichem Bewußtsein sprechen. Spruchkammerverfahren beherrschten seit 1946 für einige Jahre den Alltag. Die Öffentlichkeit – das sind Zeitungsleser, Radiohörer⁵³, Zuschauer, Millionen Betroffener und ein Vielfaches an Zeugen. – Dieser Öffentlichkeit also lagen vor allem die Antworten auf die Frage 'warum nicht?' vor.

Zwar müssen wir zugeben: Die Entlastungsargumente des Befreiungsgesetzes spiegeln nationalsozialistische Wirklichkeit, und die Existenz rettet nach 1945, was sie vor 1945 bedrohte. Dennoch: Sie entwerten den Schuldbegriff, weil als moralisches Verdienst ausgewiesen wird, was keines ist. Das vermerken wir aus ethischer Sicht. Aus der Perspektive der

⁵¹ Aus einem im Privatbesitz der Verfasserin befindlichen Briefkorpus.

⁵² Norbert Frei spricht von der „Neigung großer Teile der deutschen Gesellschaft, Solidarität mit den 'Betroffenen' zu demonstrieren“ (1996, S. 397).

⁵³ Bei Radio München etwa war eine Reihe eingerichtet 'Die Spruchkammer tagt' (vgl. Bolz 1991, S. 101 f.).

Begriffsgeschichte verbuchen wir: Der Text des Befreiungsgesetzes bietet diesen – die Opfer entwürdigenden – Schuldbegriff an, und er wird täglich öffentlich aktualisiert.⁵⁴ Damit ist das Befreiungsgesetz institutionelle Ursache für die Bedeutungsentwicklung von *Schuld* in der frühen Nachkriegszeit, die sich bei denen, die sich zu stellen hatten, als sprachlicher Eskapismus manifestiert. Es ermöglicht den Betroffenen, ihre Identität an das ethisch gedachte Entnazifizierungsprogramm anzupassen, nationalsozialistische Vergangenheit abzulegen, eine ihre Fortexistenz sichernde Wirklichkeit zu konstruieren – und sie damit zu entwirklichen. Die sich entlasten oder entlasten lassen, tun dies mit Argumenten, die in diesem Gesetz vorformuliert sind. Ihre Argumentationstaktik spiegelt den Schuldbegriff dieses Gesetzes, der sich über seine Exkulpierungsmomente eher denn über positiv festgelegte Schuldmerkmale rekonstruieren läßt – und prägt zugleich das öffentliche Bewußtsein: Wir sehen eine Wechselbeziehung zwischen öffentlicher Bewußtseinslage, Strafverfolgung und Sprachgeschichte.

Wo soviel entlastende Argumente, wo ein derart atomisierter Schuldbegriff die Auseinandersetzung mit einer Täterschaft bestimmen, da löst sich ein Schuldbegriff auf.

4. Das Ende

Das Ende der praktizierten Entnazifizierung⁵⁵ wird beredet, seit es sie gibt, die Kritik etabliert sich dann ab 1947⁵⁶,

denn es braucht der Staat sie/ Alle die entnazten Nazi/ Die als Filzlaus in den Ritzen/ Aller hohen Ämter sitzen⁵⁷

⁵⁴ Daß auch die Richter wesentlichen Anteil haben, sei auch erwähnt und mit dem Zitat einer Urteilsbegründung belegt. Einem Betroffenen wird vorgeworfen, in einem Bewerbungsschreiben „mit besonders schwülstigen nationalsozialistischen Bekenntnissen“ seine innere Affinität zum Nationalsozialismus bewiesen zu haben. Der Richter ist wohlwollend und gibt vor, den wahren Grund zu kennen: „Es handelt sich ganz zweifellos darum, daß der Betroffene.. besonders dick aufgetragen hat, ohne aber innerlich mit diesen Ausführungen verbunden zu sein. Es waren also lediglich Worte, hinter denen praktisch keine Überzeugung stand“ (Niedersächsisches Staatsarchiv, Nds. 170, Fasz. Nr. 612).

⁵⁵ Am 26.2.1948 ergeht für die Ostzone ein SMAD-Befehl zur Beendigung der Entnazifizierung, in den Westzonen läuft sie in der zweiten Hälfte 1948 aus, am 15.12.1950 erläßt der Bundestag Richtlinien zum Abschluß der Entnazifizierung, für Bayern wird am 15.12.1954 ein Entnazifizierungsschlußgesetz verabschiedet.

⁵⁶ „Etwa seit 1947, spätestens aber seit 1948, gewann diese Kritik [an der Entnazifizierung] die Oberhand“ (Frei 1996, S. 14).

⁵⁷ Bertolt Brecht, Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy (Gedichte 1941–1947; S. 945).

– der zeitkritische Dichter Bertolt Brecht nennt pragmatische Gründe. Es ist nur leicht übertrieben: Die Geschichte der Bundesrepublik beginnt mit dem Diskurs über die Beendigung der Entnazifizierung – Ausdruck der sog. 'politischen Integrationsbemühungen'. 'Amnestie' – man rechnet 1949 noch mit Empfindlichkeiten. Der im sog. Wilhelmstraßen-Prozeß den ehemaligen Staatssekretär Ernst von Weizsäcker vertretende Anwalt Becker schreibt an den Referenten für Internationales Recht beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold im Mai 1949:

Meiner Ansicht nach müßte die neue Regierung von der Besatzungsmacht als eine Art Geburtstagsgeschenk unbedingt eine Amnestie verlangen. Das dürfte natürlich nicht Amnestie für Nazis und Kriegsverbrecher heißen, sondern Verordnung zur Fortführung der Befriedung des deutschen Volkes (zit. nach Frei 1996, S. 179).

Konrad Adenauer verkündet Hoffnungsvolles in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949:

die Bundesregierung [ist] entschlossen, dort wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, daß viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld genügend gebüßt haben (zit. nach Hohlfeld o. J., S. 395)⁵⁶.

Otto Grotewohl nennt in seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 die wahren Gründe:

die Regierung [hält] es für ihre Pflicht, die ehemaligen Mitglieder der Nazipartei, soweit sie nicht Strafen für ihre Verbrechen verbüßen, als gleichberechtigte Bürger in unser gesellschaftliches Leben zurückzuführen. Wir können auf keine schaffende Hand verzichten (zit. nach Hohlfeld o. J., S. 441).

„Schwamm drüber“, „Strich drunter“, „tabula rasa“, „Schlußstrich“ sind politische Handlungsausdrücke der früheren Nachkriegszeit.⁵⁷ Von dem dann am 8. Dezember 1949 verabschiedeten Amnestiegesetz profitieren z. B. diejenigen, die meinten, sich in der Nacht vom 9. zum 10. Novem-

⁵⁶ Dieser Entschluß ist umgesetzt worden. „Vergangenheitspolitik [zählte] zu dem großen Bereich der Rekonsolidierungs- und Aufbauleistungen, dem Bundestag und Bundesregierung oberste Priorität einräumten“ (Frei 1996, S. 397).

⁵⁷ Dazu nur einige Belege: „Wir haben so verwirrte Zeitverhältnisse hinter uns, daß es sich empfiehlt, generell tabula rasa zu machen“ (Konrad Adenauer im Kabinett am 26.9.1949, zit. nach Frei 1996, S. 31); „[Es muß] ein Schlußstrich unter das ganze Kapitel der politischen Säuberung gezogen werden“ (Fritz Erler am 23.2.1950, zit. nach Frei 1996, S. 55); „mit der unglückseligen Entnazifizierung muß endgültig und radikal Schluß gemacht werden“ (Ludwig Schneider im Bundestag am 18.10.1950, zit. nach Frei 1996, S. 61). Die öffentliche Verbrennung sämtlicher Entnazifizierungsakten im Ofen des städtischen Gaswerks begleitet der Bürgermeister von Stadtoldendorf am 1.10.1951 mit der Erklärung, Stadtoldendorf sei die erste Stadt der Bundesrepublik, die „einen Schlußstrich unter die gesamte Entnazifizierung“ ziehe (zit. nach Kraushaar 1996, I, S. 495).

ber 1938 als besonders beflissene Erfüllungsgehilfen des sog. Dritten Reichs erweisen zu müssen. Am 17. Juli 1954 folgt ein zweites Straffreiheitsgesetz: 'Amnestie' und 'Straffreiheit' – zwei Leitvokabeln des modernen Rechtsstaats, ein Schuldbegriff bleibt bestehen. Das Handlungsziel staatlicher Gnadenakte sind Schuldige – nur Schuldige können amnestiert werden. Der Integrationswunsch, der administratives Handeln in dieser Hinsicht motiviert, mag akzeptiert werden und wenn *Amnestie* und *Straffreiheit* zu Konstituenten des Schuldbegriffs werden, so interpretieren wir diese Bedeutungsentwicklung als sprachlichen Ausdruck rechtsstaatlichen Denkens.

Wiedergutmachung – ein Wort der Nachkriegszeit: Wir denken an die Opfer der Nationalsozialisten, an Juden, Kommunisten, Sinti und Roma. Die Sprachgeschichte der frühen Nachkriegszeit hat eine letzte Umdeutung des Schuldbegriffs – die seine endgültige Auflösung ist – zu verbuchen:

Die Bundesrepublik ist solange nicht als Rechtsstaat zu bezeichnen, solange den Entnazifizierungsgeschädigten kein Anspruch auf Wiedergutmachung zugestanden wird (zit. nach Kraushaar 1996, II, S. 1202)

– der Professor der Universität München Otto Koellreuter stellt am 12. Juni 1955 auf einer Kundgebung der 'Vereinigung der ehemaligen Internierten und Entnazifizierungsgeschädigten' Ansprüche. Er fordert Wiedergutmachung, er referiert damit auf ehemalige Pgs, er löst den Schuldbegriff auf.

Für die Sprachgeschichte halten wir fest – ich fasse zusammen: Die je nach Kommunikationsbereich unterschiedlichen Facetten des Schuldbegriffs reflektieren verschiedene Deutungsmuster, die in disparaten Lebenswirklichkeiten manifestiert sind. Intellektualisierung bedeutet Analyse von eben passierter Geschichte und damit differenzierte Festlegung von Aspekten des Schuldbegriffs; Instrumentalisierung bedeutet seine administratorische Zerlegung so, daß er forensisch handhabbar ist; schließlich die Perspektive derjenigen, deren Handeln diese Begriffsreflexionen erst erfordert haben: der entleerte Schuldbegriff von Tätern. Da läßt sich keine semantische Einheit feststellen, diese drei Ströme bleiben separiert. Die Chance, Ergebnisse der zeitkritischen Reflexion in politisches Handeln umzusetzen, bleibt ebenso ungenutzt wie die Gelegenheit, persönliche Schuld über den öffentlich analysierten Schuldbegriff zu reflektieren. Und: Diese drei Ströme werden unterschiedlich wahrgenommen. Beherrschend ist der entleerte Schuldbegriff derjenigen, die allen Grund gehabt hätten, ihn positiv zu füllen – wir haben gesehen, warum. Die plötzliche Veränderung der Lebenswirklichkeit von Tätern hat keine Bewußtseinsveränderung im Sinn von Schuldeinsicht bewirkt, und dieses Kontinuum bedeutet gleichzeitig einen sprachlich manifestierten Bruch: eine Neudeutung von *Schuld* bei unverändertem Bewußtsein. Die wohl prinzipiell rich-

tige Voraussetzung für die Sprachgeschichtsschreibung, daß – um mit Walther Dieckmann zu sprechen – fehlende plötzliche „Zusammenbrüche [in der Bewußtseinsgeschichte]“ (Dieckmann 1983, S. 92) der Grund für sprachliche Kontinuität sind, scheint hier ergänzt werden zu müssen: Der Schuldbegriff erfährt eine neue Ausdeutung, die mit eben dieser Kontinuität des Bewußtseins korrespondiert.

Was fehlt: die Perspektive der Opfer. Sie sind diejenigen Handlungsbeteiligten, die die „Wirklichkeit deutscher Schuld“ – wie Friso Melzer sie nennt⁶⁰ – bezeichnen können. Schuld ist ein Begriff, in dem geschichtliche Erfahrung aufgehoben ist und er ist insofern erst vollständig beschrieben, wenn die geschichtliche Erfahrung derjenigen, auf die schuldhaftes Handeln ausgerichtet war, Teil der Begriffsgeschichte ist. Dann erfüllt die Sprachwissenschaft eine moralische Pflicht, die, wenn sie wahrgenommen wird, im Idealfall kathartische Wirkung hat.

Literatur

- Adenauer, Konrad: Regierungserklärung vom 20. September 1949. In: Hohlfeld (o. J.), S. 390–397.
- Arendt, Hannah: Organisierte Schuld (1944–1948). In: dies.: Die verborgene Tradition. Acht Essays. Frankfurt 1976.
- Hannah Arendt, Karl Jaspers. Briefwechsel 1926–1969. Hrg. von Lotte Köhler und Hans Saner. München, Zürich 1993.
- Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands, 11.6.1945. In: Hohlfeld (o. J.), S. 10–16.
- Bader, Karl S. (1949): Soziologie der deutschen Nachkriegskriminalität. Tübingen.
- Barth, Karl: Offene Briefe 1945–1968. Hg. von Diether Koch. (Gesamtausgabe. Im Auftrag der Karl Barth-Stiftung hrg. von Hinrich Stoevesandt. Band V). Zürich 1984.
- Bergsdorf, Wolfgang (1983): Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland. Pfullingen.
- Bolz, Rüdiger (1990): Rundfunk und Literatur unter amerikanischer Kontrolle. Das Programmangebot von Radio München 1945–1949. Wiesbaden.
- Borchert, Wolfgang: Draußen vor der Tür (1947). In: ders.: Draußen vor der Tür und ausgewählte Erzählungen. Hamburg 1970.
- Brecht, Bertolt: Gesammelte Werke. Band 10. Gedichte 3. Frankfurt/M. 1982.
- Broch, Hermann: Briefe über Deutschland 1945–1949. Die Korrespondenz mit Volkmar von Zühlsdorff. Hrg. und eingeleitet von Paul Michael Lützelers. Frankfurt 1986.
- Bucher, Peter (Hg.) (1990): Nachkriegsdeutschland 1945–1949. (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Band 10). Darmstadt.

⁶⁰ „Wem es darum geht, die Wirklichkeit zu erkennen: die Wirklichkeit deutscher Schuld und deshalb auch die Wirklichkeit des uns auferlegten Leidens, der muß die Stimmen derer hören, die dem Abgrund entrinnen durften, damit sie uns Zeugnis ablegen“ (Neubau 47, 1946, S. 595).

- Das Demokratische Deutschland. Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau im demokratischen, republikanischen, föderalistischen und genossenschaftlichen Sinne. Hg. vom Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“. Bern und Leipzig 1945.
- Dieckmann, Walther (1983): Diskontinuität? Zur – unbefriedigenden – sprachkritischen und sprachwissenschaftlichen Behandlung der Nachkriegssprache in Deutschland 1945–1949. In: Nachkriegsliteratur in Westdeutschland. Band 2: Autoren, Sprache, Traditionen. (Literatur im historischen Prozeß. Neue Folge 10.) Hg. von Jost Hermand, Helmut Peitsch und Klaus R. Scherpe. Berlin. S. 89–100.
- Eschenburg, Theodor (1983): Jahre der Besatzung 1945–1949. (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden hrg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest, Eberhard Jäckel. Band 1). Stuttgart/Wiesbaden.
- Dirks, Walter: Das Abendland und der Sozialismus (Frankfurter Hefte 1, 1946). In: Bucher 1990, S. 192–201.
- Fait, Barbara (1990): Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945. In: Broszat, Martin/Klaus-Dietmar Henke/ Hans Woller (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München. S. 213–299.
- Falkenberg, Gabriel (1989): Zur Begriffsgeschichte der deutschen Spaltung zwischen Deutschem Reich und zwei Deutschen Republiken. In: SuL 20, H. 64, S. 3–22.
- Frei, Norbert (1996): Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München.
- [Schulze 1946:] Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 mit Ausführungsvorschriften, Formblättern, der Anweisung für die Auswerter der Meldebogen und der Rangliste in mehrfarbiger Wiedergabe. In amtlichem Auftrag hrg. und mit Anmerkungen und Sachverzeichnis versehen von Erich Schullze. München.
- Greschat, Martin (Hg.) (1985): Im Zeichen der Schuld. 40 Jahre Stuttgarter Schulbekenntnis. Eine Dokumentation. Neukirchen-Vluyn.
- Grotewohl, Otto: Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949. In: Hohlfeld (o. J.), S. 435–441.
- Haffner, Sebastian (1996): Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet. Berlin.
- Heidtmann, Günter (Hg.) (1958): Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der Evangelischen Kirche aus den Jahren 1945–57. 3. Aufl. Berlin.
- Hermanns, Fritz (1995): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Gardt, Andreas/Klaus J. Mattheier/Oskar Reichmann (Hg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen, S. 69–101.
- Hohlfeld, Klaus (o. J.): Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945. Urkunden und Aktenstücke zur Neuordnung von Staat und Verwaltung sowie Kultur, Wirtschaft und Recht. (Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Herausgeber Dr. Johannes Hohlfeld. VI. Band.) Berlin und München [1952].
- Jaspers, Karl (1946): Die Schuldfrage. In: ders.: Die Schuldfrage. Für Völkermord gibt es keine Verjährung. München 1979.
- Klemperer, Victor: Zwiespältiger denn je. Dresdner Tagebuch 1945 Juni bis Dezember. Herausgegeben von Günter Jäckel unter Mitarbeit von Hadwig

- Klemperer. (Dresdner Hefte herausgegeben vom Dresdner Geschichtsverein e. V.). Dresden 1995.
- Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen. 4. Aufl. Köln 1987.
- Kleßmann, Christoph (1991): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. 5., überarbeitete und erweiterte Auflage. Göttingen.
- Klinkhammer, Carl: Die deutschen Katholiken und die Schuldfrage (Neues Abendland 1, 1946). In: Bucher (1990), S. 214–221.
- Knapstein, Karl Heinrich: Die versäumte Revolution. Wird das Experiment der „Denazifizierung“ gelingen? (Die Wandlung 2, 1947). In: Bucher (1990), S. 385–398.
- Koebner, Thomas (1987): Die Schuldfrage. Vergangenheitsverweigerung und Lebenslügen in der Diskussion 1945–1949. In: Koebner et al. (1987), S. 301–329.
- Koebner, Thomas; Gert Sautermeister; Sigrid Schneider (Hg.) (1987): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949. Opladen.
- Kogon, Eugen: Das Recht auf den politischen Irrtum (Frankfurter Hefte 2, 1947). In: Kleßmann (1991), S. 387–388.
- Koselleck, Reinhart (1972): [Einleitung zu] Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck. Stuttgart 1972 ff.
- Kraushaar, Wolfgang (1996): Die Protest-Chronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie. Hamburg.
- Liedtke, Frank (1996): Stereotypensemantik, Metaphertheorie und Illokutionsstruktur. Die Analyse politischer Leitvokabeln in linguistischer Perspektive. In: Böke, Karin; Frank Liedtke; Martin Wengeler: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Mit einem Beitrag von Dorothee Dengel. Berlin New York. S. 1–17.
- Lindner, Monika (1984): Integrationsformen der Intertextualität. In: Broich, Ulrich; Manfred Pfister (Hgg.): Intertextualität. Formen, Funktionen, anglistische Fallstudien. Tübingen. S. 116–135.
- Mann, Thomas: Briefe II. 1937–1947. Hg. von Erika Mann. Frankfurt 1979.
- Melzer, Friso: [unbenannt] In: Neubau 47, 1946.
- Mitscherlich, Alexander: Schuld und Entschuldigung (Neue Zeitung Nr. 11 vom 7.2.1947). In: Bucher (1990), S. 277–282.
- [Obermaier, Franz (1949):] Aus Trümmern wächst das neue Leben. Bilder aus der bayerischen Nachkriegszeit. Eine Chronik für Stadt und Land. Von Franz Obermaier unter Mitarbeit von Josef Maurer. München.
- Pechel, Rudolf: Sagen, was ist (Deutsche Rundschau 69, 1946). In: Bucher (1990), S. 169–178.
- Peitsch, Helmut (1990): „Deutschlands Gedächtnis an seine dunkelste Zeit“. Zur Funktion der Autobiographik in den Westzonen Deutschlands und den Westsektoren von Berlin 1945–1949. Berlin.
- Polenz, Peter v. (1991): Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Einführung. Grundbegriffe. Deutsch in der frühbürgerlichen Zeit. Berlin/New York.
- Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. 3., völlig neu bearbeitete Auflage, in Gemeinschaft mit Hans Freiherr von Camphausen, Erich Dinkler und Knut E. Logstrup herausgegeben von Kurt Galling. 7 Bände. Tübingen 1957–1965.
- Rinser, Luise: Antwort an Hermann Hesse. In: Kleßmann (1991), S. 444.

- Schirmacher, Thomas (1992): „Der göttliche Volkstumsbegriff“ und der „Glaube an Deutschlands Größe und heilige Sendung“. Hans Naumann als Volkskundler und Germanist im Nationalsozialismus. Eine Materialsammlung mit Daten zur Geschichte der Volkskunde an den Universitäten Bonn und Köln. 2 Bände. (Disputationes linguarum et cultuum orbis Secto V: Volkskunde und Germanistik 2.1/ 2.2). Bonn.
- Schneider, Reinhold: Das Unzerstörbare (1945). In: Schneider, Reinhold: Das Unzerstörbare. Religiöse Schriften. (Gesammelte Werke Band 9. Im Auftrag der Reinhold Schneider-Gesellschaft hrg. von Edwin Maria Landau). Frankfurt 1978.
- Sellin, Volker (1987): Mentalitäten in der Sozialgeschichte. In: Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang. Hg. von Wolfgang Schieder und Volker Sellin. Band III. Göttingen. S. 101–121.
- SPIEGEL vom 13.11.1948
- Sprache und Literatur H. 77, 27. Jg., 1996, 1. Halbjahr.
- Steger, Hugo (1989): Sprache im Wandel. In: SuL, S. 3–31.
- Sternberger, Dolf/ Gerhard Storz/ W. E. Süskind (1986): Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. (nach der erw. Ausg. 1967, 3. Aufl. 1968), Frankfurt.
- Stötzel, Georg (1989): Nazi-Verbrechen und öffentliche Sprachsensibilität. Ein Kapitel deutscher Sprachgeschichte nach 1945. In: SuL, S. 32–52.
- Stötzel, Georg (1993): Sprachgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart. Vorstellung eines Konzepts. In: Sprachgeschichte und Sprachkritik. Festschrift für Peter v. Polenz zum 65. Geburtstag. Hg. von Hans Jürgen Heringer und Georg Stötzel. Berlin/New York. S. 111–128.
- Stötzel, Georg (1995): Der Nazi-Komplex. In: Stötzel/ Wengeler (1995), S. 355–382.
- Stötzel, Georg/ Martin Wengeler (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. In Zusammenarbeit mit Karin Böke, Hildegard Gorny, Silke Hahn, Matthias Jung, Andreas Musolff, Cornelia Tönnesen. Berlin/New York.
- Wimmer, Rainer (1996): Inwiefern sind Schlüsselwörter Indikatoren der Sprachgeschichte? In: Böke, Karin/ Matthias Jung/ Martin Wengeler (Hg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Georg Stötzel zum 60. Geburtstag gewidmet. Opladen. S. 403–412.
- Wort der Berliner Bekenntnissynode an die Pfarrer und Gemeinden (31. Juli 1945). In: Heidtmann (1958), S. 15–17.

DIETER HERBERG

Schlüsselwörter – Schlüssel zur Wendezeit

Abstract

Der Beitrag ist der jüngsten abgeschlossenen Phase deutscher Zeit- und Sprachgeschichte gewidmet – der Wendezeit 1989/90. Unter Bezugnahme auf ein im IDS kürzlich beendetes Projekt wird anhand von Beispielen demonstriert, daß durch die Untersuchung von sogenannten Schlüsselwörtern im öffentlichen Sprachgebrauch der Wendezeit das Verständnis für das Denken und Handeln der gesellschaftlich wirksamen Kräfte jener Zeit vertieft werden kann, daß Zeitgeschichte gleichsam im Spiegel von Schlüsselwörtern erfahren werden kann. Als Beispiel dienen die Bezeichnung *die Wende* und eine Gruppe von Bezeichnungen, mit denen eine kritische Einstellung zur Art und Weise der Behandlung der DDR-Bürger durch das alte DDR-System und durch die Bundesrepublik ausgedrückt wird (*Bevormundung, Gängelei, Entmündigung* u. a.).

1. Einleitung

Der letzte Vortrag dieser Tagung ist der jüngsten als abgeschlossen zu betrachtenden Phase deutscher Zeit- und Sprachgeschichte gewidmet – der sogenannten Wendezeit.

Diese Phase ist durch zwei Besonderheiten charakterisiert.

Erstens handelt es sich um eine relativ kurze Phase, und zwar unabhängig davon, ob man in einem engen Verständnis nur die Zeit der sogenannten Wende des Herbstes 1989 damit faßt oder – wie wir es tun – den etwa ein- einhalb Jahre umgreifenden Zeitraum von Mitte 1989 bis Ende 1990; und zweitens ist es eine Phase, die – vor allem, was ihre sprachliche Spezifik betrifft – im wesentlichen nur einen Teil Deutschlands, die DDR, berührt hat.

Aufgrund ihres politisch einschneidenden Charakters ist die Wendezeit bis heute Gegenstand der Untersuchung und Interpretation von Politologen, Zeitgeschichtlern und Sozialhistorikern. Ebenso ist der Sprachgebrauch in der Wendezeit unter den verschiedenartigsten Aspekten weiterhin ein oft behandeltes Forschungsobjekt, so daß zu dem „halbe[n] Meter an Textdokumentationen, Monographien, Tagungsbeiträgen und Aufsätzen zu diesem Thema“, den von Polenz (1993, S. 128) aus der Sicht von

1993 registrierte, mittlerweile gut und gern ein weiterer halber Meter dazugekommen sein dürfte. Wie kann es auch anders sein?

Der Historiker Konrad Jarausch konstatierte noch 1995 in bezug auf die politischen Ereignisse der Wendezeit: „Noch immer ist vielen unklar, was in dem aufregenden Jahr 1989/90 eigentlich geschehen ist“ (1995, S. 7). Wie sollte dann, frage ich, bereits restlose Klarheit herrschen über alle sprachlichen Phänomene, die mit diesen Ereignissen zusammenhängen?

Woran es trotz der großen Zahl vielfältiger Publikationen mit Einzelergebnissen, Zwischenbilanzen und Überblicksdarstellungen zum Sprachgebrauch in der Wendezeit vor allem fehlt, das sind Arbeiten, die den öffentlichen Sprachgebrauch dieser Zeit in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik konsequent korpusbezogen und textdokumentativ darstellen. Diesem Ziel ist ein Projekt verpflichtet, das am Institut für deutsche Sprache (IDS) im vergangenen Jahr abgeschlossen wurde und dessen Ergebnis 1997 unter dem Titel „Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90“ erscheinen wird (Herberg/Steffens/Tellenbach 1997; vgl. dazu auch Herberg 1995, Herberg 1996, Herberg 1997).

Mit dem von uns gewählten Ansatz gehen wir davon aus, daß es möglich und legitim ist, anhand der Untersuchung von sogenannten Schlüsselwörtern im öffentlichen Sprachgebrauch einer bestimmten Periode – ich komme darauf zurück – einen sprachvermittelten Zugang zu den „Intentionen und Interpretationen gesellschaftlich wirksamer Kräfte“ (Stötzel/Wengeler 1995, S. 1) zu gewinnen und somit gleichsam Zeitgeschichte im Spiegel von Schlüsselwörtern der Zeit zu erfahren.

Mein Beitrag bezieht sich auf das genannte IDS-Projekt. Im Anschluß an diese Einleitung soll das Projekt knapp charakterisiert werden (2.). Darauf folgt die Erläuterung unseres Verständnisses der Begriffe „Wende“ und „Wendezeit“ (3.) sowie des „Schlüsselwort“-Begriffs (4.). Im Hauptteil wird am Beispiel ausgewählter Schlüsselwörter der Wendezeit ein Einblick in die konkreten Untersuchungen der Projektgruppe gegeben (5.).

2. Das Projekt

Als Ergebnis des abgeschlossenen Projektes liegt ein auf der Basis eines definierten Textkorpus erarbeitetes Buchmanuskript vor, das den öffentlichen Gebrauch ausgewählter Lexeme in einem bestimmten Zeitabschnitt – der Wendezeit – darstellt, erläutert und mit Textbelegen dokumentiert. Die drei Autoren haben versucht, darin Sprachinformationen zur Bedeutung und zur Verwendung von sogenannten Schlüsselwörtern der Wendezeit zu geben und mit der Vermittlung des nötigen Hintergrundwissens zu verbinden.

Die Voraussetzungen für ein solches Projekt waren am IDS besonders günstig, liegt doch hier seit 1991 das sogenannte Wendekorpus (WK) vor,

d. h. eine dokumentarisch aufbereitete, computergespeicherte Sammlung von 3387 ausgewählten Textdokumenten aus dem öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90 in Deutschland. Dieses Textkorpus ist das Ergebnis eines Kooperationsprojektes, das 1990/91 unter der Bezeichnung „Gesamtdeutsche Korpusinitiative“ vom IDS und vom – bis Ende 1991 bestehenden – Zentralinstitut für Sprachwissenschaft (ZISW) der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR bearbeitet wurde (vgl. Herberg/Stickel 1992; Herberg 1993; Hellmann 1996; Herberg 1997). Das wesentliche Ziel dieses Vorhabens war es, arbeitsteilig ein maschinell gespeichertes Korpus im Umfang von ca. 4 Millionen Wörtern aufzubauen, das ausgewählte Texte aus der DDR und der Bundesrepublik zu den Themenkreisen „Politischer Umbruch in der DDR“ und „Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ enthält und das die Beschreibung des öffentlichen Sprachgebrauchs in der DDR im Vergleich zu dem in der Bundesrepublik in dem von uns Wendezeit genannten Zeitraum von Mitte 1989 bis Ende 1990 ermöglicht.

Ohne hier auf die Zusammensetzung des Wendekorpus im Detail eingehen zu können, sei zumindest darauf hingewiesen, daß es aus zwei analog strukturierten Teilkorpora besteht – dem Wendekorpus DDR (WKD) und dem Wendekorpus BRD (WKB). Während im WKB der Anteil von Texten aus Zeitungen und Zeitschriften etwa 80% beträgt, sind es im WKD nur rund 50%. Der Grund für diese Differenz liegt darin, daß für das WKD auch viele andere Textsorten und Äußerungsformen zu berücksichtigen waren, die für die öffentliche Kommunikation in der DDR im Zusammenhang mit der Wende Bedeutung hatten wie z. B. Aufrufe, Flugblätter, Wahlmaterialien, Verlautbarungen von Bürgerbewegungen und neuen Parteien, die in der Bundesrepublik keine Rolle spielten.

Das Buch wendet sich an einen weiten Interessentenkreis und kann gleichermaßen als Nachschlagewerk wie als Lesebuch zu diesem jüngsten Abschnitt deutscher Sprachgeschichte dienen. Auf seine Weise bestätigt es die von Lerchner (1992, S. 1 f.) geäußerte Auffassung, daß „es wohl größeren zeitlichen Abstandes und umfassenderer Untersuchungen an aussagekräftigen Materialien“ bedürfe, um „ein Bild von den Verhältnissen insgesamt“ „sachkundig und wahrheitsgetreu zeichnen zu können“.

Ich gehe nun dazu über, in den folgenden beiden Abschnitten kurz die hier zugrundegelegte Verwendung der im Thema meines Beitrages vorkommenden Begriffe „Wende“, „Wendezeit“ (3.) und „Schlüsselwörter“ (4.) zu erläutern.

3. „Wende“, „Wendezeit“

Als „Wendezeit“ bezeichnen wir den eineinhalb Jahre umfassenden Zeitraum von Mitte 1989 bis Ende 1990, an dessen Beginn die Massenflucht

von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik steht und an dessen Ende die staatliche Einheit des über 40 Jahre lang geteilten Deutschlands hergestellt ist. Demgegenüber verstehen wir als „Wende“ die historischen Ereignisse des Herbstes 1989 in der DDR.

Hinter diesen knappen, vereinfachenden Umschreibungen verbirgt sich – wie es der bereits zitierte Historiker Konrad Jarausch ausdrückt – ein „Kaleidoskop von verwirrenden Bildern ... Im Sommer 1989 machten wagemutige Ausreisende Schlagzeilen, während im Herbst friedliche Demonstranten die Titelseiten füllten. Dann dominierten Honeckers überraschender Sturz und vage Versprechungen von Krenz, bis die Sensation der Maueröffnung um die Welt ging. Während des Winters richteten sich die Mikrofone auf den 'ehrlichen Hans' Modrow und nahmen die Kameras die Debatten des Runden Tisches auf. Im Frühjahr 1990 zeigten Fernsehkameras die Begeisterung bei Helmut Kohls Auftritten und Lothar de Maizieres unerwartetem Wahlsieg. Im Sommer diskutierten Journalisten die Folgen der Währungsunion, während der Durchbruch im Kaukasus den trockenen Vereinigungsverhandlungen die Show stahl. Im Herbst druckten Zeitungen Aufnahmen von der Vereinigungsfeier und brachten lange Analysen des Bundestagswahlkampfes“ (Jarausch 1995, S. 309).

Angesichts dieser schwindelerregend temporeichen Abläufe fällt es schwer, sich die einzelnen Stationen dieses Anderthalbjahreszeitraumes in Erinnerung zu rufen, und es fällt noch schwerer, sie zutreffend zu bewerten (vgl. Großkopff 1995, S. 12). Ein Überangebot an Erklärungsversuchen hat die Verwirrung noch gesteigert (vgl. Jarausch 1995, S. 7).

Auch 1997 gilt also wohl weiter, was die Sozialwissenschaftler Hans Joas und Martin Kohli 1993 formulierten:

„Der Zusammenbruch der DDR rückt allmählich in einen anderen Zeit-horizont: den der Vergangenheit. Er ist nicht mehr das, was sich vor unseren ungläubigen Augen abspielt, was täglich neue, unerwartete Erfahrungen schafft, sondern er nimmt die Konturen eines abgeschlossenen Ereignisses an. Anders gesagt: Er wird Teil der Geschichte.

Diese Geschichte ist allerdings im wesentlichen noch unbegriffen. Sie wird die Sozialwissenschaften auf lange Zeit hinaus in Atem halten ... Und der Vergangenheitscharakter der Ereignisse macht diese nicht schon problemlos verfügbar.“ (Joas/Kohli 1993, S. 7).

Da also das historische Geschehen der Wendezeit – obwohl abgeschlossen – noch nicht in allen Aspekten aufgearbeitet ist, muß der mit sprachlichen Erscheinungen dieser Zeit befaßte Sprachwissenschaftler versuchen, eine pragmatische, seinem Untersuchungsziel angemessene Strukturierung der Wendezeit vorzunehmen.

Für die Belange unseres Projektes haben wir den Gesamtzeitraum in sechs Zeitphasen segmentiert, die jeweils von dominanten historischen Ereignissen, Entwicklungen oder Gegebenheiten bestimmt sind, wobei die

Phasen so geschnitten wurden, daß auch die mediale Widerspiegelung des zeitlichen Umfeldes der betreffenden Ereignisse usw. einbezogen ist. Es sind das im einzelnen:

<u>Phase 1:</u>	01.07.89–17.10.89	(Massenflucht, Montagsdemonstrationen, 40. Jahrestag der DDR)
<u>Phase 2:</u>	18.10.89–28.11.89	(Maueröffnung)
<u>Phase 3:</u>	29.11.89–18.03.90	(Weg zu den ersten freien Volkskammerwahlen)
<u>Phase 4:</u>	19.03.90–22.08.90	(Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion)
<u>Phase 5:</u>	23.08.90–15.10.90	(Weg zur staatlichen Einheit)
<u>Phase 6:</u>	16.10.90–31.12.90	(das geeinte Deutschland)

Jede Textquelle ist entsprechend dem Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung bzw. Entstehung einer der Phasen zugeordnet worden. Diese Phasensegmentierung der Textquellen war ein wichtiges heuristisches Hilfsmittel zur Erkennung und zur Überprüfung von Wortgebrauchsveränderungen relativ zu davorliegenden oder nachfolgenden Phasen, aber auch zur Vor- oder Nach-Wendezeit.

4. „Schlüsselwörter“

Im folgenden soll das „Schlüsselwort“-Konzept, das dem skizzierten Projekt und also auch diesem Beitrag zugrunde gelegt ist, knapp umrissen werden.

Das zunächst ins Auge gefaßte Vorhaben, wendezeitbedingte lexikalische Phänomene im öffentlichen Sprachgebrauch auf der Basis des Wendekorpus umfassend zu untersuchen, erwies sich sehr bald als zu umfangreich und zu aufwendig für den gegebenen Projektrahmen. Um das ausgedehnte Untersuchungsfeld sinnvoll zu begrenzen, konzentrierten wir die Arbeit auf eine Anzahl „Schlüsselwörter“ der Wendezeit. Dieser Ansatz schien unter den gegebenen Bedingungen – Vorhandensein und Verfügbarkeit eines Textkorpus, Anknüpfungspunkte an methodische Erfahrungen lexikologisch-lexikographischen Arbeitens im Institut für deutsche Sprache (Stichwort: „Brisante Wörter“) – erfolgversprechend, wenn er auch bestimmte Probleme birgt.

Das Hauptproblem besteht darin, daß der „Schlüsselwort“-Begriff nicht genuin sprachwissenschaftlich, sondern zumindest auch sozialwissenschaftlich, geschichtswissenschaftlich und politologisch besetzt ist (vgl. Liebert 1994, S. 3), und daß er zudem innerhalb jeder dieser Wissenschaftsdisziplinen keineswegs einheitlich verstanden wird. Gleichwohl erfreut er sich – vielleicht gerade wegen der ihm eigenen Unschärfe – einer

relativ großen Beliebtheit. In bezug auf seine linguistische Tradition und seine Beziehungen zu Nachbarbegriffen wie „Schlagwort“, „Fahnenwort“, „politische Leitvokabel“ u. a. sind in jüngster Zeit einige Klärungsversuche unternommen worden (z. B. Hermanns 1994, Liebert 1994, Böke/Liedtke/Wengeler 1996), da „das fachterminologische ‘Begriffnetz’ nicht gerade einheitlich gespannt ist“ (Böke/Liedtke/Wengeler 1996, S. 32).

Die Diskussion um seinen Status kann hier nicht nachgezeichnet werden. Weitgehende Übereinstimmung besteht darin, daß es sich um einen relativen, nicht operationalisierbaren Begriff handelt, mit dem keine Systemeigenschaften lexikalischer Einheiten, sondern Eigenschaften ihres Gebrauchs erfaßt werden. Die am häufigsten herangezogenen Kriterien zu seiner Bestimmung sind: inhaltliche Relevanz, Typizität und Vorkommenshäufigkeit der betreffenden lexikalischen Einheiten in bezug auf den betrachteten Kommunikationsbereich.

Das „Schlüsselwort“-Konzept ist in unserem Verständnis ein analytisches Konzept, das aus der Betrachterperspektive das Verständnis für etwas „aufschließt“ und „erschließt“. So kann es „Schlüssel eines Textes, eines Dialoges, einer Auseinandersetzung, einer Politik, Ideologie, Gesellschaft oder auch historischen Epoche“ sein (Hermanns 1994, S. 43).

Im vorliegenden Fall geht es darum, den öffentlichen Sprachgebrauch einer bestimmten Zeit (nämlich der Wendezeit) hinsichtlich ausgewählter, zentraler Themen (nämlich „Politischer Umbruch in der DDR“ und „Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten“) zu erschließen. Zu den Charakteristika von Schlüsselwörtern gehört es, daß sie „keine isolierten Wörter“ sind, sondern daß sie „Nachbarn, Gegenwörter, Konkurrenten“ haben: „Schlüsselwörter ziehen Kreise“ (Heringer, zit. nach Liebert 1994, S. 279). Dementsprechend haben wir Schlüsselwörter in der Regel im Zusammenhang mit sprachlich und/oder thematisch verwandtem Wortmaterial betrachtet. An solchen Schlüsselwort-Feldern zeigt sich – wie Hermanns (1994, S. 48) verallgemeinernd formuliert – „sehr viel besser als an Einzelwörtern ... was in den verschiedenen Epochen oder Phasen der Geschichte die charakteristischen Gedanken, Themen, Ziele, Pläne, aber insbesondere auch die Wünsche und die Ängste der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen waren“.

Das Konzept „Schlüsselwort“ ist dementsprechend weiter als Konzepte wie „Schlagwort“, „Fahnenwort“, „Stigmawort“, die jeweils eine bestimmte Funktion von Wörtern in der Kommunikation hervorheben. Es erweist – ungeachtet einer gewissen terminologischen Unschärfe – seine Nützlichkeit dort, wo es nicht in einem engeren Sinne um politische Schlagwörter geht, sondern wo, wie im vorliegenden Fall, in einem weiteren Sinne die für einen definierten Kommunikationsbereich typische und ihn kennzeichnende Lexik exemplarisch untersucht werden soll.

Die Rolle von Schlüsselwörtern der Wendezeit schreiben wir solchen lexikalischen Einheiten zu, die dominanten Inhalten der wendezeitbezogenen öffentlich-politischen Kommunikation in einer, in mehreren oder in allen Phasen der Wendezeit typischen sprachlichen Ausdruck geben, sie gleichsam kondensiert auf den Punkt bringen, und die daher in dem jeweiligen Zeitraum in der Regel häufig gebraucht werden.

Diese Bestimmung ermöglicht die Eingrenzung der wendezeitbezogenen Lexik in den Texten des Wendekorpus auf einen überschaubaren Kandidatenkreis, bietet aber für die konkrete Auswahl von bearbeitungswürdigen Stichwörtern immer noch einen beträchtlichen Ermessensspielraum. Bei der endgültigen Auswahl der Schlüsselwörter wurde besonders darauf geachtet, daß sie zu etwa gleichen Teilen aus den beiden die Textauswahl bestimmenden thematischen Bereichen – „Politischer Umbruch in der DDR“ und „Annäherung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ – stammen und daß sie sowohl wesentliche Themen der öffentlich-politischen Kommunikation aus den einzelnen Zeitphasen als auch phasenübergreifende Themen (z. B. die Stasi-Problematik) abdecken.

5. Zwei Beispiele

So kurz die Wendezeit – gemessen am Jahrhundert – auch insgesamt war, so deutlich sind bestimmte Phasen innerhalb des anderthalb Jahre umfassenden Gesamtzeitraumes mit je spezifischen Schlüsselwörtern festzustellen. Geht man davon aus, daß – wie es Hermanns (1994, S. 52) formuliert – „die Wörter ... sich semantisch so zu Gruppen [ordnen] , daß man sagen kann: sie ordnen sich nach Themen“, so spannt sich der Bogen unserer Untersuchungen von Bezeichnungen im Rahmen des Themas „Das Verlassen der DDR durch DDR-Bürger als Massenerscheinung der frühen Wendezeit“ über Bezeichnungen für die politischen Ereignisse im Herbst 1989 in der DDR und für damit zusammenhängende Veränderungen bis hin zu Schlüsselwortmaterial, das sich thematisch auf die Herstellung der staatlichen Einheit bezieht.

Dabei kann es sich um Bezeichnungen der unterschiedlichsten Art wie um Bezeichnungen für Sachen (z. B. *Mauer*), für Personen (z. B. *Betonkopf*), für Ereignisse (z. B. *Beitritt*), für Sachverhalte (z. B. *Perestroika*), für Institutionen (z. B. *Stasi*), für Eigenschaften (z. B. *mündig*), für Befindlichkeiten (z. B. *Euphorie*) u. a. m. handeln.

Zur Illustration dafür, daß die Untersuchung des Gebrauchs von Schlüsselwörtern der Wendezeit das Verständnis für ebendiese Zeit vertiefen kann, gebe ich – stark verkürzt und im Schnelldurchlauf – zwei Analysebeispiele zu Schlüsselwortmaterial unterschiedlichen Charakters: Zunächst betrachte ich die Bezeichnung *die Wende* (5.1), danach wende ich mich einem Feld von Bezeichnungen zu, mit denen eine kritische Einstel-

lung zur Art und Weise der Behandlung der DDR-Bürger durch das alte DDR-System und durch die Bundesrepublik ausgedrückt wird (5.2).

5.1 Die Bezeichnung *die Wende*

Wenn es in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 15. 10. 93 (S. 3) heißt: „Die Wende. So nennen wir den Einschnitt von 1989, den Fall von Mauer und Stacheldraht“, so wird deutlich, daß das Wort *Wende* zu seinen übrigen Verwendungen eine neue Verwendung hinzugewonnen hat: Es ist zur Bezeichnung für die historischen Ereignisse und die Veränderungen des Herbstes 1989 in der DDR geworden und gibt diesen den heute allgemein gebrauchten Namen – *die Wende*.

Das war nicht von Anfang an so. Erinnern wir uns.

Am 18. Oktober 1989 war als Folge der krisenhaften Entwicklung in der DDR Egon Krenz als Nachfolger von Erich Honecker zum Generalsekretär des SED-Zentralkomitees gewählt worden. Noch am Abend desselben Tages wandte er sich im DDR-Fernsehen an die Bevölkerung und sagte unter anderem: „Fest steht, wir haben in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Mit der heutigen Tagung werden wir *eine Wende* [Hervorhebung von mir, D. H.] einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wiedererlangen“ (Berliner Zeitung, 19.10.89, S. 1).

Der Grund dafür, daß Krenz für die in Aussicht gestellten Veränderungen das Wort *Wende* wählte, dürfte mit der Unbestimmtheit seiner Bedeutung zu tun haben. Das Wort kann den Sinn einer einfachen Veränderung, einer Ablösung des politischen Personals, aber auch eines tiefgreifenden Wandels haben. Die Verwendung dieses Wortes enthebt Krenz der Notwendigkeit, das beabsichtigte Ausmaß der Veränderungen genauer zu benennen. Offensichtlich ist ihm vor allem an der Feststellung gelegen, daß die Veränderungen von der SED eingeleitet würden.

Nachdem Krenz in seiner programmatischen Erklärung das Wort *Wende* benutzt hatte, wurde es zum Schlagwort im SED-Sprachgebrauch der Wendezeit – wenn auch nur für wenige Wochen. Schon bald traten andere Wörter – insbesondere *Erneuerung* – an seine Stelle. Eine statistische Untersuchung der Wortfrequenzen im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat ergeben, daß bereits im Dezember 1989 die Frequenz von *Wende* auf Null absinkt (vgl. Kauffmann 1994, S. 186).

Wie ist es zu erklären, daß die Vertreter des alten DDR-Systems dieses Schlagwort wieder fallenließen? Ohne Zweifel reagierten sie damit auf die Skepsis, auf die die Ankündigung von Krenz allgemein gestoßen war: Man glaubte nicht, daß Krenz und die SED willens und in der Lage wären, die von ihnen mit *Wende* verheißenen Veränderungen tatsächlich durch-

zuführen. Anschaulich bringt ein Leipziger Demospruch vom November 1989 auf den Punkt, was das Volk erwartete: „Harte Wende ist jetzt Pflicht, Kurve kriegen reicht uns nicht!“ (Leipziger Demontagebuch 1990, S. 118). Bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang auch die in ein Bild gekleidete Hinterfragung des Wortes *Wende* durch Christa Wolf, das sie durch *revolutionäre Erneuerung* ersetzen würde. Sie sagte in ihrer Alexanderplatz-Rede am 4. November 1989: „Mit dem Wort ‘Wende’ habe ich meine Schwierigkeiten. Ich sehe da ein Segelboot, der Kapitän ruft ‘klar zur Wende!’, weil der Wind sich gedreht hat, und die Mannschaft duckt sich, wenn der Segelbaum über das Boot fegrt“ (Schüddekopf 1990, S. 213).

Dennoch: Obwohl die SED-Führung das Wort *Wende* nicht länger für sich reklamiert, verbleibt es im öffentlichen Sprachgebrauch, weil mit der weiteren politischen Entwicklung zunehmend die Vorbehalte gegenüber dem Wort *Wende* schwanden, ja, es avancierte – nun immer in Verbindung mit dem bestimmten Artikel: *die Wende* – schon in den ersten Monaten des Jahres 1990 in Ost und West zur gängigen Bezeichnung für die Veränderungen des Herbstes 1989 in der DDR. Der Grund für diesen Wandel?

Mir scheint die Erklärung, die der französische Germanist Kauffmann (1994, S. 186 f.) gibt, plausibel; er schreibt:

„Im Januar 1990 übt Krenz keinerlei Autorität mehr aus. ... die *Wende* des Egon Krenz steht nicht mehr auf der Tagesordnung und zwischen den verschiedenen Auslegungsmöglichkeiten dieses Wortes sind keine Verwechslungen mehr zu befürchten ... Für Krenz hatte das Wort eine programmatische Funktion, seine *Wende* gab sich als Projektion in die Zukunft, die *Wende* ohne Anführungszeichen gehört der Vergangenheit an, sie ist vollendete Tatsache. Sie bezeichnet nicht mehr ein mehrdeutiges, unklares politisches Programm, sondern ist zur ... Kennzeichnung für eine historische Phase geworden, die wir so benennen können, weil wir sie als beendet ansehen.“

Soweit Kauffmann. Ich füge hinzu: Vermutlich sind Kürze, Griffigkeit und Bildhaftigkeit des Wortes *Wende* seiner allgemeinen Durchsetzung und seiner Umprägung zum Namen einer historischen Phase förderlich gewesen.

Am Rande sei schließlich darauf hingewiesen, daß das Wort *Wende* wegen der schon erwähnten Unbestimmtheit seiner Bedeutung zur Bezeichnung von Richtungsänderungen unterschiedlicher Art verfügbar ist und auch bereits mehrfach dafür in Anspruch genommen wurde. Am besten bekannt dürfte die Rolle sein, die das Wort *Wende* im öffentlichen Sprachgebrauch der Bundesrepublik nach der Ablösung der sozialliberalen Koalition gespielt hat. Man erinnere sich, daß Helmut Kohl bei seinem Antritt 1982 eine politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche, ja moralische Wende ausgerufen hatte und daß sich dieser Wortgebrauch – in

Verbindung mit dem bestimmten Artikel – in der Folgezeit verfestigte als Bezeichnung für den Bonner Regierungswechsel wie auch für die versprochene grundlegende Umwandlung. Eine dauerhafte Aufnahme in den Wortbestand der Sprache ist aber in bezug auf diesen älteren, bundesdeutschen Verwendungszusammenhang – anders als im Falle der 89er Wende – nicht erfolgt. Das wird daran deutlich, daß ohne die Hinzufügung von erklärenden Attributen – also z. B. *die Wende von 1982*, *die Wende in Bonn*, *die Bonner Wende* – die Bezeichnung *die Wende* heute ausschließlich und ohne weiteres auf den historisch jüngeren Sachverhalt von 1989 bezogen und nicht mehr mit den Vorgängen von 1982 in Verbindung gebracht wird.

5.2 Bezeichnungen, mit denen eine kritische Einstellung zur Art und Weise der Behandlung der DDR-Bürger durch das alte DDR-System und durch die Bundesrepublik ausgedrückt wird.

Die Ereignisse im Sommer und im Herbst 1989 machten deutlich, daß viele DDR-Bürger nicht mehr bereit waren, ihr Leben so weiterzuführen wie bisher. Ihrer jahrzehntelangen als Bevormundung empfundenen Behandlung durch die herrschenden Kräfte überdrüssig, verließen viele Menschen die DDR, während viele der im Lande Gebliebenen sich für die demokratische Umgestaltung der DDR einsetzten. Zunächst auf Demonstrationen, im Zuge der fortschreitenden politischen Veränderungen dann auch in den Medien kritisierten DDR-Bürger öffentlich das alte DDR-System. Sie gaben unverblümt ihrer Meinung Ausdruck, vierzig Jahre lang bevormundet und in ihren Freiheiten beschränkt worden zu sein und äußerten ihren Willen, diese Beschränkungen nicht länger hinzunehmen.

In dem Maße, wie im Lauf des Jahres 1990 die DDR ihre politische und wirtschaftliche Selbständigkeit einbüßte und ihr Beitritt zur Bundesrepublik absehbar wurde, veränderte sich die Situation. Viele DDR-Bürger hatten nun, ausgelöst durch Begleiterscheinungen des Beitritts, das Gefühl, einer erneuten, wenn auch anders gearteten Bevormundung ausgesetzt zu sein.

Die Äußerung kritischer Einstellung zur Art und Weise der Behandlung der DDR-Bürger ist dementsprechend – und die WK-Texte belegen das – ein wesentlicher kommunikativer Aspekt der gesamten Wendezeit. In der Reihenfolge abnehmender Beleghäufigkeit werden dafür vor allem folgende Lexeme verwendet:

reinreden, bevormunden, Bevormundung
gängeln, Gängelung, Gängelei
entmündigen, Entmündigung
hineinreden

fremdbestimmen, Fremdbestimmung
fernsteuern, Fernsteuerung

Zu fragen ist nun, wie diese Lexeme in den Texten von WK verwendet werden.

Betrachten wir zuerst typische Verwendungen, in denen eine als Bevormundung gesehene Behandlung der DDR-Bürger durch das alte DDR-System zum Ausdruck kommt. Das Vorkommen entsprechender Belege hat seinen Schwerpunkt in den Phasen 2 und 3, also in der Zeit, in der in Ost und West die Diskussion über die Art und Weise der Machtausübung der herrschenden Kräfte der DDR besonders intensiv geführt wurde. In der DDR sind die Sprecher in den ersten beiden Phasen – wie nicht anders zu erwarten – mehrheitlich Vertreter von Bürgerbewegungen und andere oppositionelle Kräfte. Wie die Belege zeigen, werden verschiedene Aspekte der Bevormundung thematisiert. So erscheint häufig explizit die bevormundende Seite: *der Staat, die Staatsführung, das Staatssystem, die SED, übergeordnete Instanzen, ein diktatorisches Herrschaftssystem*, oder es heißt einfach: *Bevormundung, Gängelei von oben*.

Als bevormundete Seite, also als betroffen benannt sind entweder DDR-Bürger oder auch spezifische Bereiche, in denen DDR-Bürger tätig sind. Die DDR-Bürger können dabei unter einem ihnen gemeinsamen Aspekt jeweils als Gruppe gefaßt sein, beispielsweise unter dem des gemeinsamen Berufes (z. B. *Künstler, Schriftsteller, Forscher*). Unter den gesellschaftlichen Bereichen dominieren solche, denen die genannten Berufsgruppen zugehören (z. B. *Kunst, Kultur, Forschung*) wie im folgenden Beleg, der stellvertretend für viele ähnliche steht: „Hager, der jahrzehntelang für die Gängelung und Bevormundung von Kultur und Kunst ... verantwortlich war, der jede neue und freie Regung auf dem Felde der Kultur im Keim zu ersticken versuchte“ (FAZ, 13.11.89, S. 33).

Häufig wird mit Adjektivattributen ein Hinweis auf die inhaltliche Ausrichtung, die Art und Weise oder das Ausmaß der mit den Lexemen bezeichneten Bevormundung gegeben, z. B. *ideologische Gängelei; politische Entmündigung; bürokratische Gängelei; ständige, tägliche, erniedrigende Bevormundung; laufendes Hineinreden*.

Oft bezeichnen Kollokationspartner die Dauer der Bevormundung, die mit der Dauer des Bestehens der DDR gleichgesetzt sein kann, z. B. *jahr(zehnt)elange Gängelei; die lange Jahre bevormundete Bevölkerung; 40 Jahre Bevormundung*.

In WKD-Texten von oppositionellen Kräften (Phasen 1 und 2) wird zum Ausdruck gebracht, daß man der staatlichen Bevormundung überdrüssig ist, z. B. *es leid sein, bevormundet und gegängelt zu werden*.

Daß die Kritik zunehmend an Schärfe gewann, zeigt sich in Phase 2, in der die genannten Lexeme in Forderungen nach der Beendigung der Be-

vormundung auftreten, z. B. *Schluß mit der Bevormundung! Freiheit statt Entmündigung!*

In Phase 2 äußern sich erstmals auch Vertreter des alten DDR-Systems selbstkritisch zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen der Bevormundung. Sie räumen ein, daß es in der DDR Bevormundung gab. Allerdings wird diese nicht als Systemeigenschaft, sondern als bloßer bürokratischer Auswuchs dargestellt, so von Egon Krenz in einer Fernsehansprache Anfang November 1989: „Wir nehmen die Unzufriedenheit der Bürger mit zahlreichen Mängeln in der Versorgung, mit der ungenügenden Kontinuität der Produktion und ausufernder bürokratischer Gängelei sehr ernst. Das Zentralkomitee wird sich mit Sofortmaßnahmen für Verbesserungen im Alltag beschäftigen“ (Neues Deutschland, 4.11.89, S. 1).

Nach der Öffnung der Grenzen durch die DDR am 9. November nahm die Entwicklung jedoch einen so nicht vorhersehbaren Verlauf, und ganz neue Erfahrungen kamen auf die DDR-Bürger zu. In unserem Zusammenhang ist festzustellen, daß von der Zeit an, in der sich die staatliche Vereinigung abzeichnete, nicht mehr allein die Behandlung der DDR-Bürger durch das alte DDR-System als Bevormundung gesehen wird, sondern zunehmend die Behandlung durch die Bundesrepublik.

Die Belege, in denen von einer Bevormundung durch die Bundesrepublik gesprochen wird, treten in WKD und WKB etwa gleich häufig auf. Der Schwerpunkt des Vorkommens liegt in den Texten der Phasen 3 und 4, die dadurch gekennzeichnet sind, daß sich der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik abzeichnete (Phase 3) und die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen dafür ausgehandelt wurden (Phase 4). Sprecher sind besonders Politiker und Journalisten, die ungeachtet unterschiedlicher politischer Grundeinstellungen in der kritischen Haltung gegenüber bestimmten Verfahrensweisen der Bundesrepublik bei der Verwirklichung der staatlichen Einheit übereinstimmen.

Auch in den diesbezüglichen Belegen wird vom Sprecher öfter die bevormundende Seite genannt, z. B. *Bevormundung von seiten der Bundesrepublik, aus Bonn; Fernsteuerung aus dem Westen*, während betroffen, d. h. bevormundet entweder DDR-Bürger, spezifische gesellschaftliche Bereiche, in denen DDR-Bürger tätig sind oder der Staat DDR benannt sind, z. B. *den Deutschen in der DDR hineinreden; Volkskammer und Regierung der DDR werden entmündigt; die DDR bevormunden*.

In einigen Belegen wird die Bevormundung durch die Bundesrepublik als eine Art Fortsetzung der Bevormundung durch das alte DDR-System gesehen. Das zeigen Kollokationen wie z. B. *die eine Bevormundung durch eine andere ersetzen, ablösen; die Bürger werden nach wie vor entmündigt; neuerliche Bevormundung*.

An dieser Stelle möchte ich die kursorische Betrachtung der zwei Analysebeispiele abbrechen und ein kurzes Fazit ziehen.

6. Fazit

Die im Wendekorpus des IDS versammelten Texte, die Ausschnitte des öffentlichen Sprachgebrauchs der Wendezeit dokumentieren, stehen verschiedenartigen Ansätzen linguistischer Analyse zur Verfügung (vgl. z. B. Fraas 1996, Steyer 1997 sowie Hellmann 1996). Hier wurde ein Ansatz vorgestellt, der davon ausgeht, daß es möglich und sinnvoll ist, anhand der Untersuchung des Gebrauchs von Schlüsselwörtern einen sprachvermittelten Zugang zu den „Intentionen und Interpretationen gesellschaftlich wirksamer Kräfte“ (Stötzel/Wengeler 1995, S. 1) zu suchen. Den Untersuchungen wurde ein weitgefaßter Schlüsselwort-Begriff zugrunde gelegt, der nicht in einem engeren Sinne auf politische Schlagwörter zielt, sondern der es ermöglicht, in einem weiteren Sinne die – im konkreten Fall – für die öffentlich-politische Kommunikation der Wendezeit typische Lexik exemplarisch zu erfassen. Auf diese Weise konnten im vorgestellten Projekt sowohl Bezeichnungen behandelt werden, die sich auf ein bestimmtes Denotat beziehen (z. B. *Mauer, Akte*), als auch solche, die ihren Zusammenhang durch ihre Zugehörigkeit zu einem thematischen Rahmen, einem Schlüsselthema, erhalten (z. B. Bezeichnungen im Rahmen des Themas 'Das Verlassen der DDR durch DDR-Bürger als Massenerscheinung der frühen Wendezeit'). Schließlich wurden solche Bezeichnungen behandelt, für die nicht das Denotat oder ein thematischer Rahmen, sondern der Einstellungsaspekt der gemeinsame Nenner ist (z. B. Bezeichnungen, mit denen eine kritische Einstellung zur Art und Weise der Behandlung der DDR-Bürger durch das alte DDR-System und durch die Bundesrepublik ausgedrückt wird).

Der daraus erwachsenen korpusbezogenen und textdokumentativen Darstellung zum öffentlichen Sprachgebrauch der Wendezeit wünschen wir das Interesse von in Forschung und Lehre tätigen Germanisten, von Dolmetschern, Übersetzern und Publizisten ebenso wie das von Politikern, Zeithistorikern und Politikologen.

Literatur

- Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengeler, Martin (1996): Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin/New York. (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 8).
- Fraas, Claudia (1996): Gebrauchswandel und Bedeutungsvarianz in Textnetzen. Die Konzepte IDENTITÄT und DEUTSCHE im Diskurs zur deutschen Einheit. Tübingen. (Studien zur deutschen Sprache 3).
- Großkopff, Rudolf (1995): Wie es zur deutschen Einheit kam. In: Die Zeit, 28.7.1995, S. 12.
- Hellmann, Manfred W. (1996): Lexikographische Erschließung des Wendekorpus (Werkstattbericht). In: Weber, Nico (Hg.) (1996): Semantik, Lexikographie und Computeranwendungen. Tübingen. (Sprache und Information 23). S. 195–216.

- Herberg, Dieter (1993): Die Sprache der Wendezeit als Forschungsgegenstand. Untersuchungen zur Sprachentwicklung 1989/90 am IDS. In: Muttersprache 103, S. 264–266.
- Herberg, Dieter (1995): Lexikalischer Wandel 1989/90. Zur Analyse von Schlüsselwörtern der Wendezeit. In: Sprachnormen und Sprachnormwandel in gegenwärtigen europäischen Sprachen. Rostock. (Rostocker Beiträge zur Sprachwissenschaft 1). S. 109–114.
- Herberg, Dieter (1996): Schlüsselwörter der Wendezeit. Ein lexikologisch-lexikographisches Projekt zur Auswertung des IDS-Wendekorpus. In: Zettersten, Arne/Pedersen, Viggo Hj(mager (Hg.): Symposium on Lexicography VII. Tübingen. (Lexicographica. Series Maior 76). S. 119–126.
- Herberg, Dieter (1997): Neues im Wortgebrauch der Wendezeit. Zur Arbeit mit dem IDS-Wendekorpus. In: Teubert, Wolfgang (Hg.) (1997): Neologie und Korpus. Tübingen. (Studien zur deutschen Sprache). (im Druck).
- Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (1997): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Berlin/New York. (Schriften des Instituts für deutsche Sprache X).
- Herberg, Dieter/Stickel, Gerhard (1992): Gesamtdeutsche Korpusinitiative. Ein Dokumentationsprojekt zur Sprachentwicklung 1989/90. In: Deutsche Sprache 20, S. 185–192.
- Hermanns, Fritz (1994): Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter. Zu Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen „politischen Semantik“. Heidelberg/Mannheim. (Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 145 „Sprache und Situation“ 81).
- Jarausch, Konrad H. (1995): Die unverhoffte Einheit. 1989–1990. Frankfurt am Main. (edition suhrkamp 1877. Neue Folge 877).
- Joas, Hans/Kohli, Martin (1993): Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen. In: Joas, Hans/Kohli, Martin (Hg.) (1993): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt am Main. (edition suhrkamp 1777. Neue Folge 777).
- Kauffmann, Michel (1994): *Wende und Wiedervereinigung*: Zwei Wörter machen Geschichte. In: Heringer, Hans Jürgen/Samson, Gunhild/Kauffmann, Michel/Bader, Wolfgang (Hg.) (1994): Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache. Tübingen. S. 177–190.
- Leipziger Demontagebuch (1990): Demo – Montag – Tagebuch – Demontage. Leipzig/Weimar.
- Lerchner, Gotthard (Hg.) (1992): Sprachgebrauch im Wandel. Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien. (Leipziger Arbeiten zur Sprach- und Kommunikationsgeschichte 1).
- Liebert, Wolf-Andreas (1994): Das analytische Konzept „Schlüsselwort“ in der linguistischen Tradition. Heidelberg/Mannheim. (Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245 „Sprache und Situation“ 83).
- Polenz, Peter von (1993): Die Sprachrevolte in der DDR im Herbst 1989. Ein Forschungsbericht nach drei Jahren vereinter germanistischer Linguistik. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 21, S. 127–149.
- Schüdekopf, Charles (Hg.) (1990): „Wir sind das Volk!“ Flugschriften Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Reinbek bei Hamburg.

- Steyer, Kathrin (1997): Reformulierungen. Sprachliche Revolution zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs. Tübingen. (Studien zur deutschen Sprache 7).
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin New York. (Sprache, Politik, Öffentlichkeit 4).

Was gehört zur Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts?

Abschlussdiskussion moderiert und redigiert von Siegfried Grosse

Grosse: Wir kommen nach dieser reichhaltigen und interessanten Tagung zur abschließenden Podiumsdiskussion, die versuchen sollte, ein kritisches Resümee mit weiterführenden Anregungen zu verbinden. Nach der Diskussion unter den fünf Podiumsteilnehmern, die Sie als Moderatoren der Tagung kennen: Frau Betten (Salzburg) und Frau Linke (Zürich), Herrn Bering (Köln) und Herrn Henne (Braunschweig), wird das Gespräch mit dem Plenum beginnen. Wir gliedern das große Gebiet dieser Tagung in vier Themenkomplexe und sollten bemüht sein, die Zeitspanne des gesamten vergangenen Jahrhunderts im Blick zu behalten.

Da ist zunächst die Moderne, d. h. die Problematik der Sprachkrise, der Sprachreflexion und der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. Das zweite Thema ist die Ideologie, die in sehr unterschiedlichen Varianten das Geschehen im deutschen Sprachraum während des Jahrhunderts geprägt hat. Danach möchten wir die Gesellschaft in den Mittelpunkt der Diskussion stellen und schließlich die Medien. Diese vier Stichwörter Moderne – Ideologie – Gesellschaft – Medien dürfen aus Zeitknappheit nicht zur Oberflächlichkeit verleiten. Bei allen vier Themen sollte der methodische Aspekt – also die Frage nach der Art und Weise des Zugangs zu den Textkorpora – nicht vergessen werden. Herr Henne, ich bitte Sie, das Gespräch über die Moderne zu eröffnen.

Henne: Wir haben es uns versagt, Statements abzugeben, und wir wollen uns auch auf dem Podium kurz fassen. Zunächst eine Vorbemerkung: Man kann Sprachgeschichte sowohl als Struktur- und Systemgeschichte als auch als Kultur- und Gesellschaftsgeschichte betreiben. In unserer Diskussion wird vermutlich der zweite Aspekt im Vordergrund stehen; aber dennoch darf nicht vergessen werden, wie Fragen der Struktur- und Systemgeschichte in eine Kultur- und Geistesgeschichte integriert werden können.

Nun zur Moderne: Man sollte unserem Jahrhundert ein sprachliches Profil geben, und dafür eignet sich meines Erachtens der Begriff 'die Mo-

derne'. Sie ist durch ein verändertes Verhältnis zur Sprache gekennzeichnet, durch die ein Riss geht. Das Sprachvertrauen geht verloren, und die Moderne wird sprachspielerisch, -skeptisch und -kritisch. Das beginnt am Ende des 19. Jahrhunderts und zieht sich durch das ganze zwanzigste hindurch. Wenn man den Begriff der Moderne in der Sprachwissenschaft aufnimmt, dann wäre man zugleich zur interdisziplinären Zusammenarbeit gezwungen, weil die Literaturwissenschaft unter diesem Begriff arbeitet und ihre Ergebnisse von ihm abzuleiten versucht. Man sollte nicht einwenden, dieser Terminus sei nur literarisch geprägt; denn er hat auch eine ganz spezifische gesellschafts- und kulturpolitische Dimension. Es war z. B. der sozialistische Realismus in der DDR auch deshalb so abgestanden, weil er den Begriff der Moderne überhaupt nicht verarbeitet hat, und er geriet deshalb ganz schnell ins Abseits. Der sozialistische Realismus war ein gesellschaftspolitischer, von oben installierter Begriff, der sich trotz allem mit der Moderne hat messen müssen. Insofern halte ich die Moderne für einen das 20. Jahrhundert prägenden Aspekt.

Betten: Dazu ein paar Hinweise, wie ich mir das Vorgehen der Linguisten in der Moderne-Diskussion der Literatursprache vorstelle. Wir neigen wie die Literaturwissenschaftler dazu, die Aspekte der Sprachkrise im 20. Jahrhundert nur sprachphilosophisch anzugehen und kaum, vielleicht aus Scheu vor veralteten, stilistischen Methoden, konkrete Sprachanalysen zu machen. Das wäre aber lohnend und wichtig; denn die Sprache hat als Thema für den Autor noch nie so im Vordergrund gestanden wie in unserem Jahrhundert. Noch nie sind bekanntlich in der Literaturgeschichte die verschiedenen literarischen Moden und Epochen so schnell aufeinander gefolgt. Man sollte sich anschauen, wie in den unterschiedlichen experimentellen Spielarten am Beginn des Jahrhunderts und dann wieder nach dem Zweiten Weltkrieg die einzelnen Autoren sich ihre Sprache zum Ausdruck dessen, was sie zu sagen haben, „zurechtgezimmert“ haben, selbst wenn es wie Spielerei oder Nonsens aussieht. Wenn jemand im 20. Jahrhundert den Anspruch darauf erhebt, ein Literat und kein Epigone zu sein, dann hat er versucht, nicht eine beliebige Sprache für das, was er auszusagen hat, zu wählen, sondern eine ganz spezifische. Ob das, gleich in welcher Gattung, eine experimentelle Sprache ist, oder wie es Walser einmal ausgedrückt hat, der Realismus X in den vielen Realismuswellen, die als Gegenzug nötig sind und in einem gewissen Rhythmus einander ablösen: alles hat eine ganz spezifische Funktion für das, was gesagt wird. Ich glaube, dass wir Linguisten viel mehr tun können als bisher, um aufzudecken, wie diese Sprachen gemacht sind und wie sie in Zusammenhang zur inhaltlichen Aussage der Autoren stehen.

Grosse: Und wie sie einander abfolgen. Denn beim Blick auf das Jahrhundert liege ich selbst z. B. in der Mitte. Im Rückblick fällt es mir aber

schwer festzustellen, wie es um die sprachliche Diskontinuität und Kontinuität steht, die ich als lebendiges Mitglied der Sprech- und auch der Wissenschaftsgesellschaft an mir beobachten kann. Die Einschnitte, die wir hier gehabt haben, sind politischer Natur. Sie sind von ganz großer Tragweite für unsere Gesellschaft gewesen. Aber sind das auch Einschnitte in der Änderung der Sprache des Einzelnen, in der Änderung seines Vokabulars und seiner Grammatik? Auch frage ich im gleichen Zusammenhang, ob der Begriff der Moderne, der für die Literaturwissenschaft, wie Frau Betten gesagt hat, von großer Wichtigkeit ist, nicht zu punktuell ist, um die Ausdehnung eines ganzen Jahrhunderts zu decken?

Linke: Ich möchte mich an das anschließen, was Frau Betten gesagt hat, und auf die Stichworte Sprachkritik, Sprachspiel, Sprachkrise von Herrn Henne zurückkommen. Das Stichwort Sprachkrise kommt aus der Literaturwissenschaft bzw. aus der Welt der Literatur. Am Anfang des Jahrhunderts weist es auf etwas hin, was man mit dem Begriff der Moderne vielleicht verbinden kann, vor allem, wenn wir versuchen, das Sprachbewusstsein in die Betrachtung der Sprachgeschichte mit einzubeziehen, also auch eine *Sprachbewusstseinsgeschichte* zu schreiben. Dann könnte man die Hypothese wagen, dass das 20. Jahrhundert sich sozusagen durch ein flächendeckenderes oder gesteigertes Sprachbewusstsein auszeichnet. Das finge zu Beginn dieses Jahrhunderts mit der in elitären literarischen Kreisen zunächst artikulierten Sprachkrise an. Jetzt könnte man eine Übertragung auf andere Sprachebenen oder in andere gesellschaftliche Zusammenhänge versuchen. Auch der Sprachunterricht in der Schule bedeutet unter anderem immer die Vermittlung von Sprachbewusstsein. Man bringt den Kindern nicht nur bei, wie sie zu reden und zu schreiben haben, sondern auch was Sprache ist. Ich erlaube mir jetzt große Kürzungen: Man könnte behaupten, dass in der Zeit, in der die Literaturwelt die Sprachkrise thematisiert, in der Schule bzw. im Sprachunterricht noch ziemlich unangefochtene *Normen* gelten und die Didaktik eine Didaktik des Übens und des Erlernens von Normen ist. Das ändert sich spätestens mit den 70er-Jahren, wo wir in der Sprachdidaktik sehr vieles wiederfinden, was zuvor in der Frankfurter Schule bzw. auf den Straßen der 68er-Bewegung thematisiert wurde. Sie finden nach 1970 in allen Sprachbüchern das Stichwort 'Manipulation durch Sprache'; man bringt den Kindern in der Schule, v. a. in den fortgeschrittenen Klassen bei, dass es Sprache zu *reflektieren* gilt, dass man Sprache durchschauen kann, dass es auch ein Wert ist, Sprache zu *analysieren*, um die Sprache des Gegenübers besser zu verstehen. Demgegenüber haben wir nun in den 90ern eine Didaktik des Sprachspiels, wobei es weniger darum geht, die Sprache des anderen zu analysieren, als vielmehr sozusagen mit Sprache kreativ zu sein. Wir haben einen *produktiven* Impetus, vor allem in der Grundschuldidaktik.

Also hier gibt es einen sehr großen Wechsel; man kann behaupten, die Sprachkrise bzw. dieses spezifische Bewusstsein, dass Sprache etwas ist, mit dem man etwas machen kann oder auch nicht, ist erst jetzt in der Schule angekommen. Das wäre eine große Ungleichzeitigkeit, die vielleicht darauf hinweist, dass wir wirklich Lebenswelten und Domänen auseinander halten müssen und dass vielleicht gerade in der Ungleichzeitigkeit das Interessante steckt.

Bering: Ja, ich glaube, wir fallen hier mit unserer Terminologie der Moderne hinter den Bewusstseins- und Diskussionsstand zurück, der seit mehreren Jahren klar ist, nämlich dass die Moderne doch ein gescheitertes Experiment ist und dass wir voll in der Phase der Postmoderne stehen, sowohl in der Literatur als auch in der Architektur, wenn ich an Lyotard und die Franzosen denke. Wenn die Moderne annahm, dass es einen irreversiblen Fortschritt gesellschaftlicher Art gibt, und wir Nietzsche für den Ersten halten, der dieses Konstrukt und diese Hoffnung untergraben hat, und jetzt die Franzosen mit Derrida dem endgültig ein intellektuelles Siegel aufgedrückt haben, so müssen wir uns fragen, ob wir dennoch an einer Sprache hängen, die dazu dienen soll, den irreversiblen Fortschritt aufzufangen oder zu ermöglichen, oder ob wir uns nicht mit Derrida eine ganz neue Deutung des Mythos vom Turmbau zu Babel zu Eigen machen sollen und sagen, die Postmoderne besteht gerade darin, dass eine Repluralisierung stattfindet. Wir geben also die Idee, alles unter eine Perspektive zwingen zu können, auf. Das steht in engem Zusammenhang mit dem, was Frau Linke gesagt hat, dass sogar in den Schulen heute das Sprachspiel thematisiert wird, also was kann ich selber mit der Sprache machen, und nicht so sehr, wie kann ich andere mit einem bestimmten ideologischen System in eine sozialistische oder naturwissenschaftliche Perspektive zwingen. Meine Theorie der Moderne oder der Postmoderne ist auf das engste mit unserem nächsten Stichwort, nämlich der Ideologie verbunden. Unsere Bemühungen, zu einer Diskursanalyse überzugehen, die in einigen Vorträgen glänzend vorgeführt worden sind, zeigen ja ebenfalls: Man kann von einer einheitlichen Deutungsperspektive nicht mehr sprechen, so dass dann auch ein gemeinsames Leben, wenn nicht unmöglich, so doch immer schwerer wird. Wir glauben also an sehr verschiedene, einander widersprechende Diskurse, von denen nicht der eine dem anderen überlegen ist und ihm in kämpferischer Weise mit einem Wahrheitsanspruch gegenübersteht.

Henne: Herr Bering, ich werte Ihre Stellungnahme als wunderbare Bestätigung meiner These, weil Sie schon bei der Postmoderne angelangt sind und Haltungen der 80er- und 90er-Jahre beschrieben haben. Natürlich ist die Moderne niemals, wie Sie suggerieren wollen, eine eindimensionale, auf Fortschritt eventuell fest- oder eingeschriebene Bewegung gewesen.

Aber die Sprachhaltung durchzieht das Jahrhundert und geht bis zu dem Moment, den Sie beschrieben haben. Das sind Anregungen für eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts, die von den Sprachhistorikern bisher noch nicht beachtet worden sind.

Bering: Für mich ist die Moderne ein Experiment, um die Menschheit in einen Fortschrittsprozess hineinzubekommen. Und das Aufbrechen dieser Perspektive ist die neue Plurizentralität, die im Denken Nietzsches und der modernen Franzosen ihren Anfang nimmt und inzwischen überall etabliert ist.

Grosse: Ich möchte als Ergänzung mein Unbehagen über den Begriff der Postmoderne äußern, mit dem ich schon Schwierigkeiten in der Kunstwissenschaft und Architektur habe, aber noch mehr in der Sprachwissenschaft. Vielleicht kann man Wissenschaftsrichtungen postmodern nennen; aber was ist die Postmoderne in der Sprachentwicklung dieses Jahrhunderts? Wir knüpfen jetzt an Herrn Berings letztes Votum an und wenden uns der Ideologie zu, die in einer Reihe von Varianten unsere Zeit bestimmt hat. Dabei sollten wir auch die Gleichzeitigkeit des Ungleichen im Auge behalten. Sind nicht unterschiedliche Veränderungsgeschwindigkeiten der Varietäten zu beobachten?

Henne: Es gab in unserem Vorgespräch Differenzen zum Begriff der Ideologie. Ich verstehe darunter Verführungsstrategien und meine, dass unser Jahrhundert ihnen sein Unglück verdankt. Wir haben zwei Weltkriege über dieses Jahrhundert gebracht, und man müsste diskutieren, inwieweit dabei Ideologien zugrunde liegen, denen wir aufgesessen sind. Auf jeden Fall gehören die sprachlichen Folgen dieser Verheerung in eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts, aber sie konterkarieren den Begriff der Moderne, den ich instrumentalisieren möchte.

Linke: Herr Henne, Sie sagen, die Sprachwissenschaft könnte zeigen, wie wir den Ideologien aufgesessen sind. Ich möchte umgekehrt fragen, nämlich wie wir uns die *Ideologien angeeignet* haben. Deswegen greife ich auf Herrn Teuberts Vortrag zurück. Er hat gesagt, er schaue sich die Enzykliken mit Blick auf sozialetische Leitbegriffe an und nicht die Kirchenzettel, da diese sich auf die Enzykliken beziehen müssten; dagegen könnten sich die Enzykliken niemals auf die Kirchenzettel beziehen und das ist richtig. Aber mich interessiert mehr, was in den Kirchenzetteln passiert, das heißt, wie sich Alltagssprecher, Alltagssprecherinnen solche Leitbegriffe aneignen, in welchen Kontexten sie auftauchen, welche Ver-textungen sich auf diese Art und Weise ergeben. Das berührt eine wichtige *Methodenfrage*. Wir sind im 20. Jahrhundert endlich in der glücklichen Quellensituation, uns mit Dokumenten beschäftigen zu können, die für die vergangenen Jahrhunderte so nicht verfügbar waren. Aber die Tradition der Sprachgeschichte ist immer noch so stark, dass wir uns an den tradi-

tionellen Leittextsorten, an bestimmten Sprachvarietäten orientieren. Man hängt halt daran; denn man hat es so gelernt und man musste es über längere Zeiten einfach so machen. Gerade, wenn es um den Beitrag geht, aufzudecken, wie Ideologien Breitenwirkung erlangen können, dann muss man sehen, wie sich die Individuen solche Dinge zu Eigen machen, also zum Beispiel private Schriftlichkeit untersuchen oder eher die Kirchenzettel als die Enzykliken.

Grosse: Ja und auch die Interdependenz zwischen der Produktion und Rezeption von Ideologien.

Betten: Ich bin auf dieser Tagung am meisten beeindruckt gewesen von den Referaten, die methodisch vorgeführt haben, wie die zentralen und zum Teil verhängnisvollen Schlüsselbegriffe unseres Jahrhunderts in einem breiten Spektrum von Textsorten zu beobachten sind, quer durch die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen. Ich selbst habe in Israel sehr viele Interviews mit Emigranten aufgenommen, die ich nun gerade nicht zu ideologischen Hintergründen befragt habe. In den Gesprächen, die die Sprache des Bildungsbürgertums dokumentieren sollen, die von diesen deutschen Juden mitgenommen worden ist und heute noch gepflegt und gelebt wird – also sehr typische Sprachhaltungen vom Beginn unseres Jahrhunderts –, habe ich manchmal einen überraschenden Wortschatz gehört, auf den ich nicht gefasst war, den wir nicht mehr benützen könnten. So war z. B. bei der Beschreibung, wie die zionistischen Gruppierungen organisiert waren, sehr oft von Gauleitern, Führern oder Ähnlichem die Rede. Nur wenige haben mal gesagt: mein Gott, dass wir dieses Vokabular, trotz allem was passiert ist, noch benützen, nur weil wir es so mitgenommen haben! Es war aber eben auch die Terminologie der Jugendbewegung. Auf der Tagung ist häufiger gefragt worden, wie weit wir zurückgehen müssten, um das nationalsozialistische Vokabular in seinen Quellen und den Beginn des Missbrauchs zu studieren. Der Historiker Hans Buchheim aus Mainz hat mir im Vorfeld meines Projektes geraten, ich sollte die parteipolitischen Äußerungen der 20er Jahre studieren, um mitzubekommen, wie einheitlich geprägt doch letztlich jede Generation von ihren Schlüsselbegriffen, aber auch von ihren zentralen Argumentationsstrategien sei, die sich rechts wie links fänden, so dass es kein Wunder ist, dass sie sich eben auch bei den Opfern, bei den Emigranten wiederfinden. Es gibt in Israel sehr brisante, aus der Künstler- und Intellektuellenszene kommende Analyseansätze, die, für viele schmerzhaft, aufzeigen, wie viel davon im zionistischen Denken und vielleicht sogar noch im heutigen Verhalten des Militärs und der Mentalität, die sich von der Emigration an bis heute entwickelt hat, weiterlebt. Diese Mentalitätsgeschichte hat also Weiterungen, die in ihren vielfältigen Bezügen noch zu untersuchen sind – auch wenn das zuletzt Angedeutete nicht unsere Aufgabe ist.

Grosse: Auch der Vortrag von Herrn von Polenz hat deutlich gemacht, dass man bei der Untersuchung der Ideologie, die zum Ersten Weltkrieg geführt hat, im 19. Jahrhundert ansetzen muss, ja viele Ideen lassen sich von da aus über 1933 und 1945 hinaus verfolgen.

Bering: Ich will noch einmal auf unsere anfängliche Kontroverse kommen, dass Ideologie grundsätzlich etwas ist, in das Menschen hereingezwungen werden. Es sind viele Gedanken hier vorgetragen worden, die von der Verführung durch Ideologien sprechen. Heißt das nicht: Da waren die eigentlich ganz guten Menschen, zu denen dann von irgendwoher quer oben aus einer Wolke heraus die Ideologie kommt und dann da unten alle verführt? Das verdeckt aber, wie man sich das Meinungsbilden, das Übernehmen von Kernbegriffen vorzustellen hat. Dies ist in weiten Teilen doch tatsächlich der Versuch gewesen, Menschen und Staaten unter eine einheitliche Denkperspektive zu bringen, und zwar mithilfe der Bevölkerung selbst und nicht von außen her. Ich möchte an Herrn Stötzels Vortrag erinnern, um zu zeigen, dass auch bei uns etwas herrscht und etwas installiert werden muss, was, wenn man es nicht geradezu Ideologie nennen will, so doch sehr nahe am Begriff der Festlegung steht, wenn z. B. Weizsäcker nicht nur ex cathedra spricht, sondern auch noch zelebriert, dass er ex cathedra sprach, als er in seiner grandiosen Rede im Mai 85 eben diesen Befreiungsbegriff etablierte, in der Hoffnung, dass damit eine Sprachregelung und eine Interpretationslinie in das ganze Geschehen hineingebracht würden. Da müssen wir uns nach den Rahmenbedingungen fragen, die ein erdrückendes Übergewicht schaffen, wenn zum Beispiel eine Person vom Gewicht Richard von Weizsäckers eben diese Perspektive legt.

Grosse: Nachdem wir die ersten beiden Begriffe, die Moderne und Ideologie, umrissen haben, sollten wir uns jetzt der Sprech- und Schreibgesellschaft zuwenden und ihrem Sprachgebrauch auf unterschiedlichen Ebenen und in wechselnden Gruppierungen.

Henne: Ja, ich kann überleiten, indem ich nochmals Herrn Dietz Bering widersprechen möchte. Der Begriff der Schreib- und Sprechgesellschaft ist so weit, dass man ihn fast gar nicht fassen kann. Ich möchte den Begriff der Jugend einführen und da an spezifische jugendeigene Sprechweisen erinnern (Wandervogel, bündische Jugend, Hitlerjugend, FDJ und Rockjugend). Da können Sie tatsächlich, Herr Bering, von der Verführung der Jugendlichen durch Ideologien sprechen. Denn die werden erzogen und ihnen wird etwas vorgegeben. Sie gleiten in etwas rein, übernehmen das dann natürlich selbstständig, und das hat auch Folgen für die Sprache. So sehen wir, und das hat Herr Cherubim gestern betont, wie sich das 20. Jahrhundert durch Akzeleration auszeichnet, indem im schnellen Wechsel eine Bewegung die andere ablöst. Erstaunlich für dieses Jahrhundert, und da kommen wir auf den Begriff der Ideologie zurück, ist, dass wir in wei-

tem Maße auch diktatorische Phänomene zu sehen haben; denn die autoritären Strukturen, also Hitlerjugend und FDJ, gibt es in einem Jahrhundert, das die Aufklärung im Rücken hatte und von dem man so etwas gar nicht mehr erwarten konnte. Diese, fast möchte man sagen, Rückenlage, die das 20. Jahrhundert in Bezug auf Diktaturen hat, wird, wie ich glaube, auch ein Teil der Sprachgeschichte sein. Die Jugend könnte mit ihren spezifischen Sprechweisen und Sprachprofilierungen als Beispiel zeigen, was das 20. Jahrhundert an Freiheit und an Unterdrückung zu bieten hat.

Grosse: Ich habe den Begriff Schreib- und Sprechgesellschaft bewusst gewählt, um daran zu erinnern, daß man beim Versuch einer zeitgenössischen Sprachgeschichte stets an den Zeitpunkt kommt, an dem Zeugnisse der spontanen mündlichen Rede nicht mehr zu fassen sind. Bei der heute gestiegenen Lebenserwartung kann man wohl 80–90 Jahre als Zeitspanne ansetzen, in der eine orale Kommunikation zwischen den Sprachteilhabern möglich ist. Geht man weiter zurück, ist man – abgesehen von den Tonaufnahmen – nur auf schriftliche Dokumente angewiesen. Im Referat über das Wendekorpus hieß es, man müsse wissen, wer was gesagt hat, weil man sonst die Bedeutung nicht kenne. Wir sehen, wie wichtig es ist, bei einer Sprachgeschichte beide Quellen zur Verfügung zu haben, den geschriebenen und den gesprochenen Text. Und deshalb meinte ich, dass die biologisch gegebene Mündlichkeitsgrenze ein Problem für die Darstellung historischer Sprachentwicklung ist.

Betten: Bei den verschiedenen Texten und Korpora gesprochener Sprache, an denen ich als Sprachwissenschaftlerin gearbeitet habe, hat sich immer wieder herausgestellt, dass das Verhältnis zur Norm im Vordergrund steht. Da würden sich die verschiedenen Entwicklungsweisen der Subsprachen und ihre Ungleichzeitigkeit sehr gut mit hineinnehmen lassen. Wenn man vom Beginn des Jahrhunderts bis zur Nazizeit die Norm als eine von den offiziellen Schichten, von Bildungsbürgern noch akzeptierte Leitlinie ansieht, dann glaube ich doch, dass nach 45 – dieses Datum ist ja öfter kritisch angesprochen worden – oder mit der Verzögerung von einigen Jahren, für die vor allem Peter von Polenz in seiner Sprachgeschichte noch plädiert, diese Zäsur eine Rolle spielt. Ich habe meine Interviews in Israel so angelegt, dass sie beweisen können, wie trotz des Schicksals, das diese Menschengruppe erlitten hat, die bildungsbürgerliche Sprachnorm internalisiert geblieben ist, auch als Möglichkeit, die kulturelle Identität in der Emigration zu bewahren, besonders für diejenigen, die unvorbereitet ins Hebräische hineingeworfen worden sind. Sie existiert bei ihnen noch heute mit allem, was dazu gehört, Liebe zur Sprache, zur Kultur usw., wie es in den 20er Jahren für den Gebildeten und für die schulische Erziehung normal gewesen ist. Dies ist also die Zeit der Noch-nicht-

Infragestellung der Norm im Bildungsbereich, obwohl es damals in der Sprachwirklichkeit, z. B. in der Arbeiterschaft und anderen Subsprachen, wohl noch ganz andere Sprach- bzw. Sprechformen gab. Die Bildungsbürgernormen sind gewiss auch nach 45 von Lehrern und Eltern, die die älteren Bildungsinstitutionen durchlaufen hatten, noch an uns weitergegeben worden, und es ist dann sicher erst in den 70er Jahren und später umgesetzt worden, was von der Nachkriegsgeneration, die die sprachliche Ästhetik der Vorkriegszeit nicht mehr akzeptieren konnte aufgrund all dessen, was sie erlebt hatte, an neuen Ausdrucksformen gesucht wurde. Bücher wie Urs Widmers '1945 oder die Neue Sprache' haben gezeigt, dass auch in dieser kritischen Nachkriegsgeneration neue Ausdrucksformen nicht sofort gefunden wurden, dass sogar die Nazisprache z. B. in den ersten neuen Literaturzeitschriften noch auf Schritt und Tritt zu entdecken war. Aber zumindest war die Forderung nach einer neuen Sprache im Bewusstsein, beginnt ideologisch hier und hat sich schrittweise in den nächsten Jahrzehnten in den verschiedensten Subsprachen durchgesetzt – auch wenn es gerade an den Schulen besonders lang gedauert hat.

Linke: Vielem kann ich zustimmen, aber ich denke, man muss es dann auch wieder problematisieren. Du berichtest, was du aus deinem Korpus herausholen kannst in Bezug auf eine Tradition bildungsbürgerlicher Sprache in den 20er- und 30er-Jahren. Das leuchtet mir absolut ein. Doch die Frage ist, was passiert nebdan. Ich denke, gerade die 20er- und 30er-Jahre sind eine ganz gewaltige Tabula rasa in der Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts, und ich glaube auch, dass man sich für diese Zeit um Quellen bemühen kann, die uns Einblicke in andere Sprachvarietäten und Entwicklungen geben. Damals ist vielleicht schon vieles passiert, was dann sehr viel später und vielleicht erst wieder in den Siebzigern aufgegriffen worden ist. Noch eine grundsätzliche Bemerkung zum Stichwort *Gesellschaft*: Es liegt nahe, sich beim Blick auf die Sprache an historischen, sozialgeschichtlichen Zäsuren zu orientieren. Wir haben das auch im Vortrag von Herrn Herberg gehört, dass man immer wieder bemüht ist, sich zunächst einmal ein Zeitraster zu bilden und dann in ihm Sprache unterzubringen. Ich möchte grundsätzlich, auch wenn es der vermutlich kompliziertere Weg ist, dafür plädieren, dass wir zunächst von der Sprache ausgehen. Wir sollten überlegen, was wir machen können, also zum Beispiel textsortengeschichtliche Untersuchungen, um zu sehen, wieweit tatsächlich in unseren Sprechtraditionen des 20. Jahrhunderts Parallelen zu historischen Entwicklungen und Zäsuren zu finden sind, oder wie weit Sprache solchen Entwicklungen *hinterherhinkt* oder sie *vorwegnimmt*. Ich denke, wir müssen gerade in einer Sprachgebrauchsgeschichte des 20. Jahrhunderts, wenn wir solche Dinge einfangen, doch wohl davon ausgehen, dass im Sprachgebrauch sich nicht einfach die Wirklichkeit abbildet,

sondern die *Deutung der Wirklichkeit*. Aber Sprachgebrauch kann auch heißen, ich nehme bestimmte Dinge vorweg, ich reagiere auf Vorstellungen, das heißt, wir haben ein *utopisches Moment* in der Sprache, und Sprache kann vielleicht auch Dinge vorwegnehmen. Es wäre doch spannend zu sehen, wo eine Sprachgebrauchs- oder Kommunikationsgeschichte eben nicht parallel zum Sozialhistoriker Zäsuren und Einschnitte vornimmt.

Bering: Ja, ich will versuchen, es kurz zu machen, obwohl gerade dieses komplizierte Thema über den Tagungshorizont herausführt. Doch es passt insofern, als wir aufspüren wollen, was für die Sprachgeschichte im 20. Jahrhundert wichtig ist. Hier müssen die hessischen Rahmenrichtlinien erwähnt werden und vor allem ihre theoretische Grundlage. Wir wissen, dass es verschiedene Existenzformen der Sprache gibt; wir haben Abschied genommen davon, dass es schlechte Sprache, eine Verarmung oder Verstümmelung der Sprache gibt, womit die Kulturkonservativen ihre Ideologie aufrechterhalten haben. Und wir haben auch gelernt, dass alle Existenzformen funktional gleich wichtig und tüchtig sind. So weit, so gut. Die Folge ist aber gewesen, dass ein bestimmter Typ von Sprache nunmehr ins Hintertreffen geraten ist, nämlich die Kultursprache. Ich sage aus einem bestimmten Grunde nicht Bildungssprache. Der Sprachtyp Kultursprache ist gerade nicht durch das charakterisiert, wodurch Gisela Harras vor kurzem die allgemeine Sprachfähigkeit des Menschen verdeutlicht hat, dass sie nämlich einem so mühelos zuwachse, wie einem die Haare sprießen. Die Kultursprache ist nur zu erwerben aufgrund eines langen, intensiven und mühevollen Erziehungsprozesses. Sie ist für die Theorie des kulturellen Gedächtnisses wichtig, wie sie Maurice Halbwachs, Aleida und Jan Assmann auf wirkungsvolle Weise vertreten. Wir müssen in jeder Kultur darauf sehen, welche Texte in ihr notwendig sind, damit sie und die Gesellschaft überhaupt existieren können, und das sind jene Texte, die niemals aus dem Gedächtnis herausfallen dürfen. Es müssen immer wieder Mechanismen pädagogischer, ritualisierter Art entwickelt werden, damit sie im Gedächtnis bleiben. Zu diesen zentralen Punkten des Bewusstseins gehören nach meiner Ansicht auch schwierige Texte wie z. B. Kants Schriften über den Frieden und über die Aufklärung, Nietzsches Stiftungstext der Postmoderne: „Über Wahrheit und Lüge im außer moralischen Sinne“, Freuds utopie-skeptisches „Das Unbehagen in der Kultur“ und vielleicht auch bald die Rede des Bundespräsidenten vom Mai 1985. Ich plädiere für eine Schule, die das jedem Abiturienten systematisch abverlangt und als Grundwissen für die Universität bereitstellt.

Grosse: Nach der Wortmeldung von Frau Betten beziehen wir die Medien in die Diskussion mit ein, die wir zugleich für das Plenum öffnen.

Betten: Für mich, und das führt zum Thema Medien über, ist das Zentrale, dass wir nach dem Zweiten Weltkrieg einen absoluten Normenzweifel oder -verlust haben und es seitdem keine gültigen Normen mehr gegeben hat. Das Charakteristische für die letzten Jahrzehnte ist der spielerische Umgang mit Sprache, z. B. der Dialektsprecher, der zwischen den Registern wählen kann und das frei und spielerisch macht. Herr Hinnenkamp hat sehr schön gezeigt, wie jetzt auch in den Mischsprachen von Minderheiten, die bei uns leben und mehrsprachig sind, spielerisch neue Kommunikationsformen ausprobiert werden. Herr Schmidt hat das Spielen mit dem Zitat in den Medien vorgeführt, was gut klappt, wenn man die jungen Moderatoren im Fernsehen beobachtet. Das ist nicht mehr das alte Bildungszitat, aber es kommen auch Techniken, die wir aus der Literatur kennen, wieder, mit Zitaten und Collage etc. Also ich sehe die Hauptentwicklungen nach 45 einmal im Normenverwerfen, dann aber im neuen Umkreisen von Möglichkeiten, wie wir mit unserer Sprache umgehen könnten, wobei auch die verschiedenen Subsprachen einen grossen Einfluss haben – bis in die Fachsprachen hinein, wenn sie in den Medien für den Laien präsentiert werden und einen gewissen „Gag“ haben sollen.

Henne: Die Medien haben wir noch gar nicht angesprochen.

Grosse: Nein, wir müssen sie aus Zeitgründen in die Plenardiskussion einbeziehen, die ich hiermit eröffne. Ich bitte um Ihre Wortmeldungen.

Harras: Ich möchte gerne die Diskussion um einen Punkt ergänzen, ohne dass ich dabei die Linguistik überschätzen will. Haben sich eigentlich außer der Sprache als Produkt der Sprechfähigkeit auch die Sprachauffassungen bei den einzelnen Sprachteilnehmern im Laufe der Jahrzehnte oder dieses Jahrhunderts verändert? Beispielsweise, komme ich darauf, weil Herr Bering einen Ausspruch von mir zitiert hat, den ich wiederum aus einem Buch von Steven Pinker entnommen habe, dass nämlich Sprache einem Menschen wächst wie die Haare auf dem Kopf. Dieses Buch 'Linguistic instinct', hatte eine ungeheure Wirkung in Amerika und in letzter Zeit offensichtlich auch in der Bundesrepublik und in Frankreich. Darin wird eine nativistische Sprachauffassung befördert und damit eine andere Sichtweise auf den Spracherwerb und damit auf die Art und Weise des Sprechens. Die Frage ist nun, ob nicht auch die Veränderung der Auffassung von der eigenen Sprache zur Sprachgeschichte gehört. Ich meine, fündig wird man da unter anderem in dem Schriftverkehr zur Rechtschreibreform, indem sich als Hintergründe jeweils auch Sprachauffassungen ausdrücken.

Grosse: Wir sammeln erst einmal, damit Sie zu Wort kommen.

Schmidt: Zu den Voraussetzungen von Ideologien gehörte in Deutschland, dass wir schlecht vorbereitet waren auf eine Demokratie, und zwar seit Anfang des Jahrhunderts. Wir haben ein bis heute weithin gelehrt

und zum Teil akzeptiertes Menschenbild: der Mensch brauche administrativ, geistig und geistlich eine Führung, an die er sich halten kann. Das zeigte schon die Erfahrung des Ersten Weltkrieges. Wenn Führung, Gehorsam und ein Führer da waren, konnte man hoffen zu überleben. Ob das immer geklappt hat, ist zu bezweifeln; aber eine solche Haltung gab es. Wenn Chaos und Disziplinosigkeit herrschten, dann ging man darin unter. Das hat bis in die 20er-Jahre nachgewirkt. Es ist in Deutschland viel zu wenig getan worden, auch in den 20er-Jahren, um zur Selbstverantwortung aufzurufen. Ich frage mich, ob wir heute genügend dafür tun. Dies geht bis ins Sprachliche. Ich meine, dass das Spiel natürlich ein Element der Freiheit ist. Manche mögen dagegen sein, dass man Klassikerzitate veräppelt, indem man sie variiert; nein, wir müssen Freiheit betonen und entwickeln, auch in den sprachlichen Formen, wir müssen versuchen, in der Schule viel mehr Freiheit auch im Umgang mit Sprache einzuführen, und wir müssen Techniken des sprachlichen Miteinanders und der Selbstverantwortung noch viel mehr üben, als wir das bisher getan haben. Und wir müssen, wo immer wir können, das Gefühl abbauen, dass wir allein nichts sind, und einer Autorität bedürfen, um überleben zu können.

Vater: Ich habe mich darüber gewundert, wie eng das Podium sich in dem Versuch, hier eine Periodisierung der Sprachentwicklung zu Wege zu bringen, an die Literaturwissenschaft gehalten hat. Bekanntlich dient ja Sprache nicht nur als Mittel für die schöne Literatur, sondern für alle möglichen Textsorten mündlicher und schriftlicher Art inklusive einer Podiumsdiskussion. Wer zwingt uns denn, in der Entwicklung unserer Sprache in all diesen Bereichen genau die Periodisierung wiederzufinden wie in der Literaturwissenschaft, mit Moderne, Postmoderne und so fort. Das habe ich nicht eingesehen. Daran knüpft sich eine Frage und als Ausgangspunkt möchte ich eine Bemerkung von Herrn Grosse nehmen. Herr Grosse, Sie hatten gesagt, dass Sie rückblickend nirgendwo oder nirgendwann eine Kontinuität oder Diskontinuität feststellen können, man kann nicht sagen, dann und dann begann etwas Neues. Das geht mir ganz genauso, und das geht eigentlich wohl fast allen so. Ich glaube, dass kommt daher, dass man eine solche Periodisierung oder überhaupt die Feststellung von Kontinuität erst viel später feststellen kann. Daher meine Frage: Müssen wir die Diskussion nicht eigentlich um 100 Jahre verschieben?

Zwischenruf: Eine gute Idee.

Townson: Ich darf hier vielleicht den Standpunkt der so genannten Auslandsgermanistik einbringen, wobei diese Bezeichnung gleich zu hinterfragen wäre. Ich weiß zum Beispiel nicht, wie meine anglistischen Kollegen aus Deutschland es auffassten, wenn ich sie als Auslandsanglisten bezeichnen würde. Aber das lassen wir mal dahingestellt. Wir haben als Thema, was gehört zur Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts. Und ich glaube, dazu ge-

hört auch der Umgang mit dem sprachlich Anderen, zum Beispiel, dass heutzutage Tausende von Menschen freiwillig die deutsche Sprache sich aneignen und sich mit der deutschen Kultur anfreunden. Und wir haben, glaube ich, einen Beweis dafür: in den 118 Tagungsteilnehmern, die nicht aus der Bundesrepublik Deutschland stammen. Abgesehen von den zwei Vorträgen, die gestern gehalten wurden, sind die Fragen der Internationalisierung der deutschen Sprache bei dieser jetzt laufenden Diskussion überhaupt nicht thematisiert worden. Das ist kein Vorwurf, sondern eine Ergänzung.

Grosse: Vielen Dank. Wir versuchen, diese vier Wortmeldungen zu beantworten. Zunächst hat Frau Harras gefragt, ob sich etwas in der Sprachauffassung geändert hat.

Linke: Ja natürlich, Frau Harras. Das wollte ich mit dem Stichwort 'Sprachbewusstseinsgeschichte' fassen. Dazu würde auch die Geschichte der sich wandelnden *Spracheinstellungen* gehören, wobei das, was Sie skizziert haben, wohl zunächst auf einen sprachgelehrten und sehr sprachbewussten Kreis von Leuten einzuschränken wäre. Ein anderes Beispiel möchte ich als Hypothese ansprechen, dass sich im Verlauf des Jahrhunderts die Einstellung zur kommunikativen Kompetenz geändert hat bzw. dass sich die *kommunikative Kompetenz* als eine sprachliche Qualität im Bewusstsein weiter Kreise verankert hat. So hat z. B. die *Sitzung* als eine Form des Umgehens miteinander unglaubliche Karriere gemacht. Das hängt mit der Enthierarchisierung von Strukturen in Institutionen und Firmen zusammen. Was früher durch die eindirektionale Befehlsgewalt gelöst wurde, wird nun in Sitzungen und im Teamwork erarbeitet. Entsprechend haben wir heute einen riesigen grauen, schwarzen und weißen Markt an *Kommunikationstraining*. Sehr viele Leute, die in irgendeiner Form in führenden Positionen, in der Schweiz würde man sagen 'in Kaderpositionen', sitzen, die müssen solche Kommunikationstrainings machen, und ihnen wird dort klargemacht, dass kommunikative Kompetenz etwas ist, das einen durchs Leben bringt, und dass Kommunikation nicht mehr in den Dimensionen von richtig und falsch, sondern von erfolgreich und nicht erfolgreich zu werten ist. Das sind zum Beispiel Einstellungsänderungen, die man breitflächig nachweisen könnte, und so was, finde ich, gehört als Beobachtung in eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Grosse: Gibt es noch Ergänzungen zu der Frage von Frau Harras? Dann komme ich zu Herrn Schmidt, er sagte, das Fehlen einer Demokratie und die Erziehung zu Gehorsam und den preußischen Tugenden habe die Freiheit des sprachlichen Ausdrucks eingeschränkt, so dass man in unserem Lande erst die Formen der freiheitlichen Äußerungen lernen müsse. Das dauert lange. Ich habe den Eindruck, aber bitte, korrigieren Sie mich, dass die nachwachsende Generation die Freiheit der mündlichen Äuße-

rung durchaus lernt und manchmal schon sehr souverän beherrscht. Dagegen scheint mir dieser Erwerb der mündlichen Kompetenz mit einer zunehmenden Hemmung im Schreiben verbunden zu sein.

Bering: Ja, also darüber wird nun in der Tat überall geklagt, und man muss nicht unbedingt der FAZ aufsitzen und Konrad Adam, der ein scharfes Auge hat, was die Diagnose der Situation anlangt. Die Korrekturen, die er vorschlägt, halte ich allerdings für geradezu antidemokratisch.

Henne: Darf ich mal gerade unterbrechen. Was hat das noch mit der Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts zu tun? Sagen Sie mir das. Auch was Herr Schmidt gesagt hat, sind lobenswerte, zum Teil sehr lobenswerte, didaktische Hinweise, normkritische Äußerungen. Wir wollen hier aber die Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts diskutieren und was zu ihr gehört. Und da sehe ich Ihre didaktischen und volksaufklärerischen Momente als dysfunktional an; die sind menschlich und persönlich sehr lobenswert, aber sie sind eigentlich nicht, und jetzt sage ich mal das große Wort, wissenschaftlich.

Bering: Mit großem Vergnügen antworte ich Ihnen, und vor allen Dingen beharre ich mit bestem Gewissen auf meiner Grundposition, dass man volksaufklärerisch auch in Sprachfragen sein sollte. Es macht keinerlei Schwierigkeiten, sofort auf wissenschaftliche Weise zu zeigen, inwieweit das, was in der FAZ zum Beispiel gemacht wird, auf die Sprachgeschichte im 20. Jahrhundert schlagen wird. Nämlich dort soll die Tatsache, die überall beklagt wird, dass die schriftliche Kompetenz dramatisch nachzulassen droht, vorsichtig ausgedrückt, damit bekämpft werden, dass ein Rückfall ins 19. Jahrhundert propagiert wird: nur für eine kleine Elite soll das Sprachniveau zugänglich sein, von dem aus ein Herabblick auf einen großen Problemzusammenhang überhaupt möglich ist. Ich glaube, wir fallen da wieder zurück, wenn wir nicht weiter an dem grundsätzlichen Gedanken festhalten, dass auch eine sehr große Anzahl, ja möglichst viele, wenn nicht gar alle, auf ein solches Sprachniveau gehoben werden können, und dass wir nur Fehler gemacht haben bei der Durchsetzung dieses Programms. Wenn so etwas nicht einen sehr starken Einfluss auf die Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts haben wird, dann weiss ich nicht, was einen Einfluss haben soll.

Linke: Herr Bering, vielleicht kann ich Sie etwas beruhigen. Meine Züricher Kollegen Peter Sieber und Markus Nußbaumer haben sich in einem großen Forschungsprojekt ausführlich mit Abituraufsätzen von Schülern und Schülerinnen beschäftigt. Sie untersuchen unter dieser Perspektive, ob es nun immer schlimmer und schlechter wird. Wenn Sie das Buch lesen, werden Sie beruhigt sein. Was allerdings die Kollegen festgestellt haben, ist unter anderem eine Tendenz zu etwas, was in dieser Untersuchung 'parlando' genannt wird. Also ein Duktus in der geschriebenen Sprache der Abituraufsätze, der auf verschiedenen sprachlichen Ebenen

an Mündlichkeit erinnert. Was bedeutet das? Und man kann natürlich sagen, vielleicht verkommen die *Schriftsprachfähigkeiten* eben doch irgendwie. Vielleicht kann man aber diese Beobachtung mit anderen Klagen verbinden, dass zum Beispiel die Nachrichten in den Lokalradios sich wie irgendwelche Moderationen für Unterhaltungssendungen anhören. In der Schweiz wird angeblich in immer größeren Domänen Dialekt gesprochen, wo man früher, weil es die Formalität der Situation erforderte, noch Schriftsprache gesprochen hätte. Es fragt sich, ob man so etwas jetzt doch noch an Entwicklungen des 20. Jahrhunderts zurückbinden und die Hypothese aufstellen kann, dass hier Schriftsprachlichkeit nicht verkommt oder schriftsprachliche Kompetenzen in den jüngeren Generationen nachlassen, sondern dass *Formalität* und *Informalität*, an deren Trennung wir sozusagen noch gewohnt sind, sich nun langsam vermengen, dass sich hier sozusagen ganz berechtigt in der Sprache Prozesse gesellschaftlicher Natur abbilden. Dort könnten wir als Sprachwissenschaftler und Sprachwissenschaftlerinnen diagnostisch arbeiten. Auch die ersten Untersuchungen, die ich zu E-mail kenne, betonen, dass sozusagen kolloquial geschrieben werde, also eine Mischung aus Sprechen und Schreiben. Dabei wird niemand daran gehindert, einen E-Mail-Brief so abzufassen, wie er ihn mit der Schreibmaschine oder am Computer auch schreiben würde, nämlich ganz brav in diesem Geschäftston. Wenn da eine Veränderung passiert, dann ist es vielleicht nicht mal dieses Medium, sondern es ist auch das ein Reflex weiter ausgreifender, gesellschaftlicher Prozesse und ich sage nochmal, ich könnte mir vorstellen, dass das wirklich ein stärkerer Zusammenfall der Formalitäts-Informalitäts-Spanne ist, Kategorien, in denen wir vielleicht noch denken und in denen jüngere Leute nicht mehr sozialisiert worden sind. Das wäre ja spannend, da könnten wir zu Diagnosen beitragen.

Grosse: Vielen Dank; Herrn Vaters Beobachtung, dass sich das Podium zu stark an den Begriff oder an die Terminologie der Literaturwissenschaft gehalten hat, trifft meines Erachtens zu.

Henne: Darf ich darauf kurz antworten?

Grosse: Ja.

Henne: Die Kritik der Sprache von Mauthner bezieht sich nicht in erster Linie auf Literatursprache. Oder wenn Wittgenstein sagt, ich treibe auch Kritik, aber nicht so wie Mauthner, dann meint er auch mehr als Literatursprache. Das heißt, genau um diese Zeit bricht etwas auf, was über die Literatursprache weit hinaus geht. Und das kann man systematisch nachweisen. Daher ist die Moderne, die auch ein soziales und ein gesellschaftliches Programm sein wollte, auch ein Anfang für eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts. Ich habe nicht gesagt, man solle sich sklavisch daran halten, sondern man muss die Anregungen und die Innovationen, die über

einen solchen Begriff in eine Darstellung hineinkämen, wohl im Auge behalten.

Grosse: Dann haben wir noch Herrn Townson und die Auslandsgermanistik. Vielen Dank, dass Sie darauf zu sprechen kommen, denn diese wechselseitige Perspektive ist für uns Binnengermanisten von Wichtigkeit. Es ist sicher die Frage des Sprachkontaktes auf dieser Tagung zu kurz gekommen, wobei ich auch an die großen Migrationsbewegungen denke, die unser Jahrhundert kennzeichnen.

Stötzl: Vorweg eine Bemerkung zu Herrn Vater. Sie wissen vielleicht, bei Gervinus steht über Heinrich Heine: Als Lyriker sei er schon anerkannt durch die Gesellschaft, aber als Prosaist müsste man noch das Urteil der Geschichte abwarten. Insofern passiert hier das, was Herr Grosse sagte, dass uns die Geschichte selbst einholt, aber deswegen können wir ja jetzt ein Urteil versuchen oder auch Strategien der Forschung machen. Ich denke, was doch gemeinsam ist, und das hat eine bestimmte Verspätung gegenüber den literarischen Ansätzen der Spiegelungen, das ist doch hier das, was Herr Henne das Misstrauen gegenüber der Sprache nennt, das die Normen auflöst und im Sinne der Postmoderne die Wertsysteme vor unseren Augen erscheinen lässt. Die Wertsysteme selbst, die ideologisch sind, haben sich zum Teil durch die Austragung von Kämpfen und durch die Morde, die dabei passiert sind, desavouiert. Deswegen haben wir ja auch diese globale Friedensstimmung, wenn nicht die Situation, sondern wenigstens die Einsicht dazu. Und ich finde auch, dass man den Ansatz von Frau Harras bezüglich der Sprachideologie integrieren kann, weil wir als Sprachwissenschaftler und Sprachwissenschaftlerinnen uns doch zum Teil auch daran orientieren, was öffentlich thematisiert wird.

Grosse: Herr Vater hatte sein Votum mit dem Rat geschlossen, wir müssten diesen Kongress erst in 100 Jahren halten. Aber da kann ich nur sagen, deshalb machen wir diesen ja. Wie glücklich wären wir, wenn wir Protokolle eines Kongresses aus der Mitte des 19. Jahrhunderts besäßen, um dann heute das 19. Jahrhundert beurteilen zu können. Wir arbeiten also für die Geschichte und für die Zukunft. Das IDS wird 100 Jahre später auf unsere Vorträge und diese Podiumsdiskussion rekurrieren können, wenn man über das 20. Jahrhundert spricht.

Ballweg: Ich möchte an Gisela Harras anknüpfen. In der Einschätzung des Phänomens Sprache durch die Laien, wie sie sich jetzt zum Beispiel in der Diskussion um die Rechtschreibreform oder in Anfragen an das IDS manifestiert, kann man nicht nur dysfunktional, wie Sie, Herr Henne, gesagt haben, etwas über die Sprachentwicklungsvorstellungen und die Vorstellungen des Phänomens Sprache von Laien erkennen, sondern auch durchaus fest sitzende, ideologische Rückstände im Sinn von dem, was Hartmut Schmidt meint. Wenn beispielsweise eine Anfrage an die Abteilung

Grammatik des IDS wissen will, ob es legal sei, im Deutschen 'wegen' mit Dativ zu gebrauchen, da wird schlaglichtartig klar, denke ich, was Sprache in der Einschätzung der Sprecher für ein Phänomen sei, so wie auch in vielem von dem, was uns Konrad Ehlich heute Morgen unter dem Stichwort LQI klar gemacht hat, die Ideologie auf einer sehr viel trivialeren Ebene durchaus greifbar wird. Und insofern fand ich also den Vorwurf, dass das, was Hartmut Schmidt gesagt hat, zwar menschlich verständlich, aber nicht sprachwissenschaftlich relevant sei, etwas zu kurz gegriffen.

Henne: Ich akzeptiere natürlich, dass Sprachbewusstseinsgeschichte ein wesentlicher Teil der Geschichte ist. Ich hatte nur die Appelle als dysfunktional betrachtet in diesem Kreis für oder gegen etwas; das ist auch sehr wichtig, aber das ist augenblicklich nicht unser Thema. Sofern Bewusstseinslagen geschildert werden, die, wie Herr Stötzel sagt, sich in Sprache sedimentieren, dann ist das natürlich Teil der Sprachgeschichte.

Besch: Ich will ausgehen vom Gedanken, was in eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts gehört. Dahin gehören für mich in der zweiten Hälfte nicht, wie Sie jetzt fürchten könnten, Dialekte, sondern die Fragen der quantitativen Partizipation unserer Sprachgemeinschaft an der Öffentlichkeitssprache. Private Sprache und privates Sprechen gehören in Kleingruppen zum Menschen, das ist kein Problem. Ich möchte behaupten, und zwar ein wenig zugespitzt, dass bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts für einen Großteil unserer Sprachgemeinschaft eine sprachlose Zeit bestanden hat. Durch Demokratisierung und die geschichtlichen Ereignisse, dann vor allem durch die Medien, lernt ein Volk, eine Sprachgemeinschaft, in zunehmendem Maße und in großer Zahl, öffentlich zu sprechen. Das ist etwas, was es so vorher nicht gegeben hat. Und das würde zum Teil auch erklären, dass möglicherweise die Mündlichkeit durch die Medien, weil sie das Äußerungsmedium für vieles sind, einen stärkeren Akzent bekommt und damit notwendigerweise die Überdominanz der Schriftlichkeit jetzt ein etwas anderes Gewicht erhält.

Henne: Eine Rückfrage, Sie haben vom Volk gesprochen. Meinen Sie die beiden Völker von 1945 bis 1990 oder meinen Sie nur das eine Volk?

Besch: Ich spreche von der Sprachgemeinschaft.

Henne: Ja, von der West- und Ostgemeinschaft oder von einer? Denn da sind die Entwicklungen hinsichtlich des öffentlichen Sprechens sehr unterschiedlich.

Besch: Genau das wäre dann möglicherweise zu zeigen. Ich meinte zunächst die 64 Millionen in der alten Bundesrepublik. Und dann kann man ja auch sehen, wie es anderswo läuft, und doch von einer im weitesten Sinne deutschen Sprachgemeinschaft sprechen.

Grosse: Aber in einem Punkt kann man Herrn Beschs Votum für die ganze Sprachgemeinschaft annehmen, beispielsweise bei der Funktion des Telefons, das die Korrespondenz im privaten Bereich fast ganz außer Kraft gesetzt hat.

Henne: Das Telefongespräch in der DDR war anders als das Telefongespräch in der Schweiz, in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, das weiß man doch wohl auch.

Besch: Ja, aber ich bitte Sie, diese Hunderttausende von Ortsgesprächen, die es auch in der DDR gegeben hat, unterscheiden sich von den bundesrepublikanischen nicht, ob man zur Oma zum Kaffee kommt oder nicht.

Haß-Zumkehr: Ich möchte einen methodischen Aspekt ansprechen. Ideologie fiel hier unter einen der Gegenstandsbereiche, die eine Sprachgeschichte zu berücksichtigen hat. Ich denke, wir sollten unbedingt sehen, dass Ideologie polysem ist und eine zweite, sehr wichtige analytische Bedeutung hat, nach der alles eigentlich Ideologie ist, was Menschen bewegt, motiviert und in ihrem sprachlichen oder nichtsprachlichen Handeln vorantreibt. Ganz Ähnliches gilt für den Kulturbegriff. Ich finde es bei der Analyse von Texten immer sehr hilfreich, einen normativen von einem deskriptiven Kulturbegriff zu unterscheiden. Für den normativen Kulturbegriff haben Sie, Herr Bering, plädiert. Der gehörte dann auch zum Gegenstandsbereich der Sprachgeschichte, während wir uns einen deskriptiven Kulturbegriff analytisch mit sehr viel Gewinn zu Eigen machen können. Übrigens sind die Historiker uns auch in diesem Bereich ein Stückchen voraus. Bei den Assmanns wird dann wieder eine sinnvolle Synthese beider Kulturbegriffe vorgenommen. Zunächst mal möchte ich dafür plädieren, das zu trennen.

Grosse: Ich würde mir nur erlauben, das Wörtchen 'auch' zu streichen. Die Historiker haben viele Bereiche, in denen sie uns überhaupt nicht voraus sind. Aber in diesem vielleicht.

Henne: Das war aber schon in unseren Vordiskussionen klar, dass es da diese zwei, den weiten und den engen Begriff von Ideologie gab.

Linke: Ich denke auch, dass wir uns in einer Art und Weise um Sprache als ein Kulturprodukt kümmern können, wie es die Historiker zum Beispiel schlechter können. Zwar müssen wir zugestehen, dass wir in Sachen Begriffsgeschichte einiges an Anregungen den Historikern verdanken. Andererseits sitzen die Historiker in den Praktiken der Sozial- und Kulturgeschichte immer noch dieser Plastizität von Sprache genauso auf, wie wir wahrscheinlich der Selbstverständlichkeit von historischen Ereignissen. Das heißt, Historiker gucken immer noch gerne durch Sprache auf die Fakten. Und wir haben doch eigentlich die Möglichkeiten, Sprache als kulturelles Faktum anzusehen und zu analysieren. Da sind wir ihnen vor-

aus. Wir sollten Sprache als ein Kulturprodukt mit unseren Methoden analysieren.

Bering: Der Vorschlag von Frau Haß hat sehr weit reichende Konsequenzen. Wenn wir einen normativen Kulturbegriff ansetzen, so müssen wir uns fragen, ob das überhaupt notwendig ist. Ich habe Herrn Schmidts Ausführungen zur unsäglichen deutschen Untertanengeschichte als sehr feinfühlig und hilfreich empfunden. Aber wir müssen uns überlegen, wie viel Gemeinsamkeit braucht denn unsere Gesellschaft heute? Sind wir in einer Phase, in der die Notwendigkeiten zur Gemeinschaft sogar abnehmen, oder eher wachsen? Weil wir jetzt nicht nur über deutsche, sondern über europäische Angelegenheiten debattieren und urteilen müssen, ja sogar aufgrund der Globalisierung über alles und jedes, kommen wir in eine, wie ich meine, aporetische Situation hinein. Vieles spricht dafür, Kultur und Sprache freizugeben. Andererseits sehen wir sehr deutlich, dass die kulturelle Situation, in der wir sind, ein besonders hohes Maß an gemeinsamen Überzeugungen fordert, wenn wir z.B. an Renten denken, oder daran, dass Mittel an die Hand gegeben worden sind, jetzt auch den Menschen identisch zu duplizieren, dann ist ja sofort die Frage aufgerufen, ob wir das zulassen wollen oder nicht, das heißt, mit dem ungeheuren Anwachsen der Mittel, die wir zur Verfügung haben, wächst gleichzeitig die Sinnfrage in ähnlicher, schwerer Gewichtung. Und diese Sinnfrage setzt in ihren globalen, großen Zusammenhängen immer wieder voraus, dass wir solcher Vorbildtexte mächtig sind, die uns zeigen, wie große, zentrale Gesamtproblematiken systematisch nach allen Seiten hin durchgedacht werden. Sie merken, dass ich wieder bei meinem Plädoyer für die Notwendigkeit einer Kultursprache bin.

Cherubim: Erlauben Sie mir einige sehr grundsätzliche Bemerkungen. Wir haben während dieser Tagung über einige unterschiedliche Themen moderner Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts gesprochen, und Sie haben in der Diskussion das in ähnlicher Weise zu bündeln versucht. Ich denke, wir sollten auch einmal die Frage nach der Konzeption von Sprachgeschichte stellen. Die Auswahl der Gegenstände hängt doch wohl davon ab, was wir mit einer Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts anfangen wollen. Wozu machen und brauchen wir sie, was für eine Art von Sprachgeschichte soll das denn sein, in der diese Themen, die Sie angesprochen haben, behandelt werden? Ich möchte das, was ich gesagt habe, in einem Punkt konkretisieren. Wenn Sie die vier Punkte, Moderne, Ideologie, Gesellschaft und Medien ansprechen, dann sind das sozialhistorische Begriffe, bei denen man fragen kann, wie sie sich, sozusagen sprachgeschichtlich, in Sprache und mit Sprache umsetzen lassen. Ich würde das der Einfachheit halber als eine Art onomasiologische Fragestellung kennzeichnen. Wir haben dem gegenüber in der älteren Sprachgeschichts-

schreibung im 19., aber vielleicht in Ansätzen schon im 18. Jahrhundert, so eine Sprachgeschichte, die eher semasiologischer Art war und von den Möglichkeiten der Sprache ausging, das heißt, wenn ich wiederum vereinfache, von der grammatischen Ausbildung von Sprache, ihrer semantischen Leistungsfähigkeit und von der pragmatischen Produktivität oder Flexibilität. 1900 ist genau der Zeitpunkt, an dem die eine Auffassung in die andere umkippt. Zur Jahrhundertwende ändert sich die Perspektive der Sprachgeschichte. Mir scheint, dass wir zwischen der onomasiologischen und semasiologischen Position vermitteln können. Beide bringen große Gefahren mit sich, die eine, indem die Sprache von den lebensweltlichen Bezügen abgekoppelt wird, die andere dadurch, dass die Sprachanalyse das nicht einholen kann, was die Begriffsanalyse vorweg fordert. Deshalb möchte ich auf den textsortengeschichtlichen Ansatz hinweisen, der in den letzten Jahren mit großem Erfolg in der Sprachwissenschaft angewandt worden ist. Ich glaube, dass wir auch im 20. Jahrhundert verstärkt an textsortengeschichtlichen Untersuchungen ansetzen müssen, um Boden unter die Füße zu bekommen.

Henne: Darf man das als einen Beitrag zum Zusammenschluss von Sprachgeschichte als Struktur- und Systemgeschichte einerseits und als Kultur- und Gesellschaftsgeschichte andererseits fassen? Das wäre eine wichtige methodische Bemerkung, denn man könnte ja einen Ausspruch Staigers variieren: Es sei seltsam bestellt um die Sprachwissenschaft: Wer sie betreibe, verfehle entweder die Sprache oder die Wissenschaft. Und so könnte man sagen, dass der semasiologische Ansatz immer schon mehr auf die sprachlichen Phänomene gerichtet war und der onomasiologische mehr auf die Wissenschaft als eine ausgefeilte Form von Methodologie. Genau das ist zusammenzubringen und eben darin würde ich eine Form von Fortschritt sehen.

Linke: Ich möchte sehr unterstützen, was Herr Cherubim gesagt hat, und ich denke, das Stichwort Zeitgeschichte im Titel unserer Tagung lässt die historische Perspektive etwas zurücktreten. Das heißt, wir müssen Sprache mehr als eine symbolische Praxis untersuchen und mit der Analyse etwa von Textsortenspektren und gängigen Kommunikationsformen einen Beitrag zu einer *Zeitanalyse* leisten. Also ich würde eine Diskussion über die Erkenntnisinteressen einer Sprachgeschichte der Gegenwart, verbunden mit einer linguistisch fundierten Zeitanalyse sehr begrüßen. Dort müsste man wirklich eine Diskussion über unser Erkenntnisinteresse und über die Methoden thematisieren. Beides stand auf dieser Tagung nicht im Vordergrund, die Vorträge haben sich in einem sozialgeschichtlichen Rahmen bewegt, wobei die linguistischen Methoden zwar einfließen, aber nicht thematisiert wurden. Wir müssen die *Methodendiskussion* in Relation zu *Erkenntnisinteressen* führen, die sich verschieben, wenn wir Zeitgeschich-

te als unseren Gegenstand wählen, und in Relation zu den Möglichkeiten neuer Quellen setzen. Wir haben bei dieser Tagung, obwohl wir inzwischen am Ende eines Jahrhunderts stehen, leider nichts gehört zu einer Geschichte der gesprochenen Sprache. So würden mich z. B. Fragen der Geschichte der Suprasegmentalität interessieren, also Veränderungen von Intonationskurven oder Sprechgeschwindigkeiten.

Betten: Ich habe zwar zur Suprasegmentalität nichts beizutragen, aber ich wollte im Anschluß an Herrn Cherubim sagen: Unter vielen anderen Gesichtspunkten scheint mir eine Besonderheit der Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts zu sein, dass wir zum ersten Mal nebeneinander eine Geschichte der Schriftlichkeit und der Mündlichkeit beobachten können. Wenn in der Sprachgeschichte z. B. in Anlehnung an Hugo Kuhn die Entfaltung der Textsorten im Deutschen vom 13. bis zum 15. Jahrhundert gezeigt worden ist, wie sich da mit der Auffächerung des Textsortenspektrums unglaublich viel verändert hat, so haben wir in unserem Jahrhundert sowohl für die Schriftlichkeit einen sehr großen Umbruch, als auch das ganz neue beobachtbare Zusammenspiel mit den mündlichen Textsorten zu konstatieren. Wenn wir von einer Vermündlichung des Schriftlichen oder vom schriftlichen Einfluss auf das gesprochene Wort reden, was in unserem Jahrhundert sicher vielfach hin und her gegangen ist, dann können wir das Sich-Einpendeln, dieses wechselnde Befruchten von Schriftlichkeit und Mündlichkeit, zum ersten Mal auf beiden Seiten mit Quellen belegen und beobachten, und da stehen wir ja erst am Anfang der Beschreibung. Aber wir haben die Möglichkeit und deshalb müssen wir sehen, dass wir für die Mündlichkeit noch möglichst viele Korpora für dieses Jahrhundert zusammenstellen.

Bering: Das Erkenntnisinteresse ist relativ leicht zu bestimmen, man muss es in Relation zu früheren Forschungsdominanzen sehen. Was wir und unsere Abnehmer vor allen Dingen wollen, sind ganzheitliche Angebote. Die Zeit, wo man irgendwelche Wirtschaftstabellen durchanalysiert oder Bücher über die Distribution einzig und allein des Wortes *Heidelbeere* oder des Konjunktivgebrauchs geschrieben hat, dürfte vorbei sein. Dafür wollen die Menschen ihr Leben nicht geben, sondern sie haben offensichtlich das Bedürfnis, eine Ordnung innerhalb großer Zusammenhänge zu gewinnen. Wenn wir die Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts so schreiben, wie es hier angesetzt worden ist, nämlich als eine umfassende Mentalitätsgeschichte, die eben sehr viele Faktoren mit einbezieht, so haben wir eine Möglichkeit, große historische Zusammenhänge in einem einzigen Spiegel zu zeigen. So zeigt sich die Konzentrationsfähigkeit der Sprachgeschichte bei gleichzeitigem Erhalt der Multidimensionalität der Phänomene, die uns umgeben.

Grosse: Meine Damen und Herren, ich habe noch zwei Wortmeldungen. Herrn Hermanns und Herrn Gruzsa, darf ich um weitere bitten, denn ich möchte die Rednerliste schließen. Ja, Herr Ballweg. Gut. Damit ist die Rednerliste geschlossen und damit geht auch unsere Diskussion zu Ende.

Hermanns: Ich möchte an die Unterscheidung anknüpfen, an die Frau Haß-Zumkehr erinnert hat, nämlich zweier Bedeutungen des Wortes Ideologie, das Sie zu einem Stichwort Ihrer Diskussion erhoben hatten. Walther Dieckmann hat in einem sehr klaren, eindrucksvollen Lexikonartikel vor allem diese beiden Bedeutungen unterschieden. Die eine, wonach Ideologie die falsche Meinung, das falsche Gedankengebäude ist, das demgemäß immer nur die anderen besitzen und das stets nur interessen-geleitet ist. So fällt es uns heute leicht, von der Ideologie des Nationalsozialismus zu sprechen, oder in Westdeutschland von der Ideologie des östlichen Systems, das sich dann auch sprachlich ausdrückte in Wörtern wie 'Kapitalismus', wo bei uns doch jeder wusste, dass der sachlich angemessene Sprachgebrauch, der ideologiefreie, lauten musste 'freie Marktwirtschaft' und 'soziale Marktwirtschaft', was nicht interessen-geleitet gesehen war, sondern einfach nur idealistisch, äh realistisch. Dieser einen Bedeutung ist nun die andere gegenüberzustellen, die wir Karl Mannheim verdanken, ein wertfreier, radikaler Ideologiebegriff, der uns konfrontiert mit der Zumutung, zu erkennen, dass unser aller Denken immer ideologisch ist und nie in simpler Weise nur die Wahrheit spiegelt. Standortgebundenheit sagt Mannheim dazu, und das ist sozusagen ein Existenziale unseres Denkens. Ich möchte dafür plädieren, wie Dieckmann auch schon, dass die Sprachwissenschaft sich diesen Ideologiebegriff zu Eigen macht. Ich meine, wenn die Sprachwissenschaft einen solchen Ideologiebegriff hätte, würde es auch nicht so leicht geschehen, dass politik- und mentalitäts- und sozialgeschichtliche Phänomene wie der Nationalsozialismus als etwas schlechterdings Unverständliches, als kollektive Krankheit, das ist die eine Metapher, oder als kollektive Verführung, darauf hat Herr Bering hingewiesen, in die Normalität hineinbrechen, die ansonsten gekennzeichnet wäre durch Ideologiefreiheit der meisten Menschen und ganzer Epochen.

Gruzsa: Ich möchte wie Herr Townson noch ganz kurz die Außenperspektive ansprechen. Ich bin ein Auslandsgermanist, aber ich habe kein Problem mit diesem Begriff, ich sehe keine andere Bezeichnung. Wir haben im Oktober einen Kongress der mitteleuropäischen Auslandsgermanistik durchgeführt, und da hat es keine Gegenstimmen gegeben. Es gibt Unterschiede zu der muttersprachlichen Binnengermanistik, wie es Herr Grosse eben nannte, aber das ist nicht das Thema.

Was ich monieren möchte, ist die Geschichte des Deutschen als Fremdsprache. In der Regel wird immer nur eben von der Geschichte des Deut-

schen als Muttersprache geredet. Herr Besch hat hier den Begriff der Sprachgemeinschaft eingeführt, nun gibt es die deutsche Sprachgemeinschaft, die österreichische, die schweizerische, die gesamte Gemeinschaft der Deutschsprechenden, aber außerdem gibt es noch die Gemeinschaft, ich weiß nicht, wie man das jetzt angemessen ausdrücken soll, die Gemeinschaft der deutschen Fremdsprachler. Zu ihr gehöre ich auch, und bitte vergessen Sie sie nicht. Ich meine, Herr Henne, in die kontextuell gedachte Sprachgeschichte, also die äußere, gehören doch ganz gewiss so etwas wie Verluste und Gewinne, Schrumpfen und Ausweiten der jeweiligen Sprachgemeinschaft. Ich habe das kurz am Ende meines Vortrages anklingen lassen. Die muttersprachliche Gemeinschaft ist geschrumpft, aber eben die Gemeinschaft der Fremdsprachler wächst. Das ist doch, denke ich, eine wichtige Angelegenheit. Ein zweiter Punkt scheint mir genauso wichtig zu sein: Die Geschichte der Außeneinstellung zu der deutschen Sprache. Da gibt es auch Wandel. Frau Betten eben hat von Liebe gesprochen, es gibt natürlich auch das andere Extrem, den Hass und dazwischen eine ganze Palette von unterschiedlichen, emotional ganz neutralen Haltungen. Wenn man an das Deutsche als Wissenschaftssprache denkt, da gehören keine Emotionen rein, aber natürlich sind sie auch bei den Fremdsprachlern irgendwie drinnen.

Ballweg: Wenn man in den sehr kursorischen Begriffen von historischer und diachroner Sprachwissenschaft argumentiert, ist das, was wir hier auf dem Kongress getrieben haben, wohl weitgehend historische Sprachwissenschaft, unter Einbeziehung der sprechenden, handelnden Subjekte, also das, für das Herr Bering auch plädiert hat, und ich kann der Versuchung nicht widerstehen, die Frage von Heinz Vater, ob man so etwas nicht in 100 Jahren machen muss, auf diesem Hintergrund zu versuchen aufzulösen, indem ich sage, historisch kann ich die Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts jetzt angehen, diachron wahrscheinlich noch nicht einmal in 100 Jahren, weil da Entwicklungen laufen, die sehr viel langfristiger sind. Also ich glaube nicht, kommen Sie in 100 Jahren nochmal wieder, sondern in 200, 300, 500, schauen wir mal.

Henne: Wenn man ein Schlusswort sprechen würde, dann müsste man fragen, wer schreibt eigentlich die Sprachgeschichte, schreibt sie eine Person, schreibt sie ein Kollektiv, oder ist das ein Gesamtunternehmen, das fortwährend läuft und das kein Ende findet. Und zu diesem Unternehmen gehört auch unsere Diskussion, auch deren „utopischer“ Charakter.

Grosse: Ja, diese Frage packen wir in das Gepäck eines jeden Einzelnen, wenn er jetzt nach Hause geht. Ich danke den Damen und Herren des Podiums sehr herzlich für ihre Mitarbeit und Ihnen allen für ihre Beiträge. Der beste Dank für diese ergebnisreiche Tagung ist, wenn es uns gelingt,

die vielen Anregungen und offenen Fragen für die Arbeit in unserem gemeinsamen Fach zu nutzen. Aber, wir sind mit dem Programm noch nicht am Ende. Wir haben noch einen wichtigen Punkt, Herr Stickel, wir möchten gern, dass Sie uns verabschieden.

Stickel: Meine Damen und Herren, ich will mich durch Herrn Henne nicht provozieren lassen, das Schlusswort nun im Sinne einer Bilanzierung zu versuchen. Herr Grosse hat ja schon auf die Abfahrtszeiten der Züge hingewiesen, deswegen beschränke ich mich auf die mehr rituelle Aufgabe, diese Tagung ordnungsgemäß zu schließen. Bevor ich zu einer entsprechenden Formel komme, habe ich zwei Ankündigungen zu machen. Zunächst einmal: was passiert mit den Beiträgen zu der Tagung? Wir wollen sie ja nicht nur im Institut belassen, damit man in 100 Jahren oder, wie war das, vielleicht in 150 Jahren mit ihnen weiter arbeiten kann, sondern Sie alle sollen sie verfügbar haben, damit Sie angeregt Beiträge zu einer Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts nicht nur lesen, sondern auch schreiben können. Also alle Tagungsbeiträge, auch das, was aus der Bearbeitung dieser Diskussion noch wird, werden, wie immer, in unserem Jahrbuch veröffentlicht, das Jahrbuch wird etwa im nächsten Winter erscheinen und trägt den Titel dieser Tagung 'Sprachgeschichte – Zeitgeschichte', herausgegeben von Heidrun Kämper und Hartmut Schmidt, die sich um die Vorbereitung dieser Tagung besonders viel Mühe gemacht haben. Ich habe mit dem Verlag darüber verhandelt, dass man die Zugänglichkeit etwas erleichtert und gehört, dass man konstruktiv erwägt, den Teilnehmern dieser Tagung den Bezug dieses Buches finanziell zu erleichtern. Wie das im Einzelnen geht, ist noch nicht entschieden, aber es gibt da Anstrengungen in dieser Richtung.

Herr Bering hat auf die postmoderne Skepsis gegenüber dem Fortschrittsglauben der Moderne hingewiesen. Wissenschaft freilich kommt ohne den Glauben an den Fortschritt von Wissen und Erkenntnis nicht aus; will sagen, auch die linguistische Forschung muss natürlich weitergehen und für das Institut bedeutet das, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die mit der eigentlichen praktischen Durchführung und Vorbereitung der Tagung zu tun haben, sagen sich ohnehin immer wieder, und ich sage es Ihnen, es gibt ein Leben nach der Jahrestagung, das bedeutet aber, die Vorbereitungen für die nächste beginnen schon und auf sie möchte ich jetzt noch hinweisen. Diese Tagung wird vermutlich den Titel haben 'Sprache – Linguistik – Öffentlichkeit', Sie können sich das in einem semiotischen Dreieck à la Morris vorstellen, da sind ja allerhand interessante Bezüge möglich. Ich möchte diese Tagung damit schließen, dass ich Sie alle ganz herzlich einlade, in ziemlich genau einem Jahr am 10. März 1998 sich wieder hier einzufinden zur nächsten Jahrestagung. Damit wünsche ich Ihnen eine gute Heimreise, auf Wiedersehen im nächsten Jahr.

Anschriften der Autoren

Prof. Dr. Dieter Cherubim
Seminar für deutsche Philologie
Georg-August-Universität Göttingen
Humboldtallee 13
D-37073 Göttingen

Prof. Dr. Konrad Ehlich
Institut für Deutsch als Fremdsprache
Ludwig-Maximilians-Universität München
Ludwigstr. 27/1
D-80539 München
E-Mail: ehlich@daf.uni-muenchen.de

Prof. Dr. Siegfried Grosse
Ruhr-Universität Bochum
Fakultät für Philologie
Germanistisches Institut
Universitätsstraße 150
D-4630 Bochum 1

Prof. Dr. Franciszek Grucza
Uniwersytet Warszawski
Instytut Lingwistyki Stosowanej
ul. Browarna 8/10
PL-00311 Warszawa

PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 101 621
D-68016 Mannheim
E-Mail: zumkehr@ids-mannheim.de

Prof. Dr. Dieter Herberg
Institut für deutsche Sprache
Postfach 101 621
D-68016 Mannheim
E-Mail: herberg@ids-mannheim.de

PD Dr. Volker Hinnenkamp
Universität Augsburg
Deutsche Philologie/Deutsch als Zweitsprache
Universitätsstraße 10
D-86 135 Augsburg
E-Mail: Volker.Hinnenkamp@Phil.Uni-Augsburg.De

Prof. Dr. Jochen Hörisch
Lehrstuhl für neuere deutsche Literatur und
qualitative Medienanalyse (Neuere Germanistik II)
Schloß
D-68 131 Mannheim

PD Dr. Eva Maria Jacobs
Universität des Saarlandes
Fachrichtung 8.1-Germanistik
Neuere Sprach- und Literaturwissenschaft
D-66 041 Saarbrücken
E-Mail: emjacobs@rz.uni-sb.de

Dr. Heidrun Kämper
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 101 621
D-68 016 Mannheim
E-Mail: kaemper@ids-mannheim.de

Prof. Dr. Peter von Polenz
Marienstraße 8
D-54 317 Korlingen

PD Dr. Ulrich Püschel
Universität Trier
Abt. Germanistik und Philosophie
Universitätsring 15
D-54 286 Trier

Prof. Dr. Hartmut Schmidt
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 101 621
D-68 016 Mannheim
E-Mail: hartmut.schmidt@ids-mannheim.de

Prof. Dr. Georg Stötzel
Heinrich Heine Universität
Germanistisches Seminar
Lehrstuhl für Deutsche Philologie und Linguistik
Universitätsstraße 1
D-40 225 Düsseldorf

Dr. Wolfgang Teubert
Institut für Deutsche Sprache
Postfach 101 621
D-68 016 Mannheim
E-Mail: wolfgang.teubert@ids-mannheim.de

Das Institut für deutsche Sprache im Jahre 1997

Inhalt

1. Allgemeines
2. Arbeiten und Mitarbeiter der Abteilungen und Arbeitsstellen
3. Tagungen, Kommissionssitzungen, Kolloquien und Vorträge externer Wissenschaftler am IDS
4. Lehraufträge und Vorträge von IDS-Mitarbeitern außerhalb des Instituts
5. Publikationen von IDS-Mitarbeitern
6. Kontakte des IDS zu anderen Institutionen, Studienaufenthalte und Besuche in- und ausländischer Wissenschaftler am IDS; Praktika, Besuchergruppen
7. Gremien des Instituts für deutsche Sprache
8. Besondere Nachrichten
9. Personalstärke, Anschrift, finanzielle Angaben
10. Veröffentlichungen im Jahre 1997
11. Satzung

1. Allgemeines

Der Ertrag sprachwissenschaftlicher Forschung wird sich in Zukunft nicht mehr vorwiegend an der Menge und Qualität der im Druck erschienenen Veröffentlichungen erkennen lassen. Zunehmend werden die Arbeitsergebnisse auch elektronisch publiziert: in Datenbanken, im Internet und als Hypertexte. Im Berichtsjahr wurden derartige Ergebnisformen im Institut für deutsche Sprache (IDS) für Dokumentationen, Textkorpora und die Pilotversion eines „Grammatischen Informationssystems“ (GRAMMIS) genutzt. Hinzu kam und kommt weiterhin die Nutzung von Computern als methodische Hilfsmittel in nahezu allen laufenden Forschungsprojekten. Einige dieser Vorhaben, besonders im Bereich der Lexikographie, zielen auch auf 'elektronische' Publikationsformen ab. 1997 dominierte aber noch das Buch als Veröffentlichungsmedium für die Forschungsergebnisse des IDS. Hierbei sind folgende Neuerscheinungen besonders hervorzuheben:

- der letzte Ergebnisband des Projekts *Schlichtung* (3 Bde.),
- Band 3 der Neubearbeitung des *Deutschen Fremdwörterbuchs*,
- das „Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90“: *Schlüsselwörter der Wendezeit*,
- und schließlich die dreibändige *Grammatik der deutschen Sprache*.

Die genauen bibliographischen Angaben zu diesen Publikationen und den zahlreichen anderen Veröffentlichungen des Instituts finden sich in den Kapiteln 5 und 10.

Im Berichtsjahr wurde die Organisation des Instituts grundlegend geändert. Die Neuerungen gehen vor allem auf die Empfehlungen zurück, die der Wissenschaftsrat in seiner 1996 beschlossenen gutachtlichen Stellungnahme zum IDS gegeben hat. Die Änderungen betreffen die organisatorische Gliederung der Arbeitseinheiten und die Organe und Beratungsgremien des Instituts. Zum Jahresbeginn wurde die schon im Vorjahr beschlossene Umstrukturierung der Abteilungen wirksam. Dabei wurden die früheren sechs Abteilungen zu drei forschungsthematisch bestimmten größeren Einheiten zusammengefasst, und zwar die Abteilungen Grammatik, Lexik und Pragmatik/Sprachverwendung. Beibehalten wurden die zentralen Arbeitsstellen Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation, Linguistische Datenverarbeitung (LDV) und Verwaltung. Nach der neuen Satzung, die Mitte des Jahres in Kraft trat, hat das Institut nun folgende Organe und Beratungsgremien:

- den **Stiftungsrat** als administratives Aufsichtsorgan
- den **Direktor** als Leiter und rechtlichen Vertreter des Instituts nach BGB
- das **Leitungskollegium** aus Abteilungsleitern und Direktor, zuständig für die wissenschaftliche Planung und die abteilungsübergreifende Koordination der Arbeiten
- den **Wissenschaftlichen Beirat** aus externen Wissenschaftlern zur fachlichen Beratung der anderen Organe und zur regelmäßigen Bewertung der wissenschaftlichen Arbeiten des IDS
- den **Ausschuss der wissenschaftlichen Mitarbeiter** zur Beratung von Angelegenheiten des wissenschaftlichen Personals
- einen **Internationalen Wissenschaftlichen Rat** zur Pflege der wissenschaftlichen Kontakte des Instituts zu Forschern und Institutionen im In- und Ausland (wird erst 1998 gebildet).

Die Aufgaben, die hier nur verkürzt angegeben werden, sind genauer in der Satzung geregelt, die im Anhang (S. 440 ff.) abgedruckt ist. Die neue Organisationsstruktur des Instituts wird in der Grafik auf der folgenden Seite veranschaulicht.

Für besondere Aufmerksamkeit und Aktivitäten sorgte 1997 wie in den Jahren zuvor die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung, von der

fachlich zwar nur eine kleine Arbeitsgruppe des IDS betroffen ist, deren politische, juristische und publizistische Auswirkungen aber auch andere Wissenschaftler des Instituts beschäftigten. Am 25. März konstituierte sich endlich die (zwischenstaatliche) Kommission für die deutsche Rechtschreibung, die ihre Geschäftsstelle am IDS hat, aber ein selbständiges, im Auftrag der deutschen, österreichischen und schweizerischen Behörden tätiges Expertengremium ist.

Als herausragende Ereignis ist auch die Jahrestagung 1997 zum Thema „Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“ zu nennen. Über diese und weitere wissenschaftliche Veranstaltungen des Instituts wird im Anschluss an die nachfolgenden Kurzberichte der Abteilungen und Arbeitsstellen über ihre Arbeiten näher berichtet.

2. Arbeiten und Mitarbeiter der Abteilungen und Arbeitsstellen

2.1 Abteilung Grammatik

In der Abteilung wurden 1997 diese Arbeiten durchgeführt:

- Umbruchkorrekturen der „Grammatik der deutschen Sprache“
- Ausarbeitung einer flexiblen Kategorialgrammatik für das Deutsche
- Aspekte der Modifikation im Deutschen
- Entwicklung von Komponenten eines hypermedialen grammatischen Informationssystems (GRAMMIS)
- Beschreibung verschiedener syntaktischer Klassen von Konnektoren
- Deutsche Wortbildung in Grundzügen
- Ausarbeitung des neuen „Valenzlexikons deutscher Verben“ (Projekt VALBU)
- Projekt „Orthographiedarstellungen im 19. Jahrhundert“
- Arbeiten für die (zwischenstaatliche) Kommission für die deutsche Rechtschreibung

Die Korrekturarbeiten zur „Grammatik der deutschen Sprache“ sind abgeschlossen. Das dreibändige Werk ist Anfang Dezember 1997 erschienen.

Im Teilprojekt „Quantifikation“ entsteht eine Monographie zur Quantifikation im Deutschen mit den Teilbereichen

- Determinative und Pronomina
- Anzahlattribute
- Komplexe Quantifikation

Die Voraussetzungen der Beschreibung – eine flexible Kategorialgrammatik und eine Logiksprache für Plural- und Substanzausdrücke – werden in einem Anhang bereitgestellt. Rohmanuskripte zu den Teilbereichen „Determinative“ und „Pronomina“ liegen vor.

In dem Teilprojekt „Modifikation im Deutschen“, welches das semantische Verfahren der modifikativen Erweiterung bei unterschiedlichen Kategorien von Ausdrücken (Nomina, Verben, Adjektive) zum Gegenstand hat, werden die Möglichkeiten und Grenzen einer kognitiven Semantik im Rahmen von detaillierten Einzelstudien im Bereich der Modifikation untersucht. Die Ergebnisse werden als Monografien publiziert. Außerdem ist geplant, die Resultate in das grammatische Informationssystem einzuarbeiten.

Die Pilotphase des Projekts „Grammatisches Informationssystem“ wurde mit der Fertigstellung eines Pilotsystems abgeschlossen, in dem Informationen zu den Themenbereichen „Wortarten und interaktive Einheiten“, „Valenz“, „Grammatik aus funktionaler Sicht“, „Konnektoren“ und „Neue Rechtschreibung“ abrufbar sind. Die an der Systementwicklung beteiligten Autorinnen und Autoren haben ihre Ansätze und Erfahrungen in

verschiedenen Aufsätzen beschrieben, die in einem Sammelband zum Thema „Hypermedia für Lexikon und Grammatik“ publiziert werden; Konzeption und Implementierung des Prototyps GRAMMIS-2 sind in einer an der Universität Trier entstandenen Masterarbeit dokumentiert. Verschiedene Einzelkomponenten sowie das gesamte Pilotsystem können zu Testzwecken im Internet heruntergeladen werden. Die Auswertung der Fragebögen, in denen Unterrichtende in Schule, Hochschule und im Bereich Deutsch als Fremdsprache verschiedene Aspekte des Prototypen GRAMMIS-1 bewertet haben, ergab wertvolle Hinweise für die Konzeption des Gesamtsystems, das ab 1998 in verschiedenen Stufen als ein direkt im Internet recherchierbares Informationssystem entwickelt werden wird.

Im Projekt „Handbuch der deutschen Konnektoren“ wurde die Beschreibung der syntaktischen Konnektorenklassen abgeschlossen und die theoretischen Grundlagen zu ihrer semantischen Klassifikation und Beschreibung wurden erarbeitet. Die ausgearbeiteten Kapitel wurden im Rahmen von GRAMMIS in die Hypertext-Version umgesetzt und eine Demonstrations-Version als Grundlage für eine Evaluationsphase wurde erstellt.

Für das Handbuch „Deutsche Wortbildung in Grundzügen“ liegen alle Kapitel im Manuskript vor. Bis Ende 1997 wird die Endredaktion abgeschlossen, sodass das Manuskript mit Jahresbeginn 1998 in die Herstellung der Druckvorlage gehen kann.

Die Ausarbeitung des neuen „Valenzlexikons deutscher Verben“ (Projekt VALBU) wurde fortgesetzt. Es liegen jetzt die ersten Manuskriptfassungen für alle 600 ausgewählten Verben des Grundwortschatzes vor. Mit der Überarbeitung und Anpassung der Daten wurde begonnen. Dazu wird u. a. ein von der Arbeitsstelle LDV entwickeltes Konsistenzprüfprogramm verwendet. Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Partnern zur Entwicklung von zweisprachigen Versionen von VALBU wurde fortgesetzt. Am IDS fanden mehrere Treffen mit der englischen und in Tianjin ein Workshop mit der chinesischen Arbeitsgruppe statt.

Die Arbeit im Bereich „Graphie und Orthographie“ war bestimmt von der Aufnahme der Tätigkeit der staatlich beauftragten Kommission für die deutsche Rechtschreibung und von z. T. heftigen Auseinandersetzungen mit Kritikern der Neuregelung. Im Rahmen der Arbeiten für die Kommission wurde umfangreiches Arbeitsmaterial bereitgestellt, ein Kommentar für die „Laut-Buchstaben-Zuordnungen“ erarbeitet; außerdem wurden Fortbildungsveranstaltungen im In- und Ausland abgehalten.

Die Arbeit an dem Projekt „Orthographiedarstellungen im 19. Jahrhundert“ wurde fortgesetzt.

Mitarbeiter der Abteilung:

Abteilungsleiter:

Prof. Dr. Bruno Strecker (kommissarisch)

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

Prof. Dr. Joachim Ballweg – Dr. Ursula Brauße – Dr. Eva Breindl-Hiller – Dr. Elke Donalies – Helmut Frosch – Dr. Klaus Heller – Ursula Hoberg – Jacqueline Kubczak – Dr. Wolfgang Mentrup-Wenzel – Prof. Dr. Wolfgang Motsch – Dr. Renate Pasch – Vera de Ruiter – Renate Schmidt – Dr. Rosemarie Schnerrer – Helmut Schumacher – Dr. Angelika Storrer – Klaus Vorderwülbecke (beurlaubt)

Sekretärinnen: Ruth Maurer – Karin Laton

2.2 Abteilung Lexik

In der Abteilung Lexik werden lexikologische und lexikographische Projekte zu ausgewählten Wortschatzbereichen durchgeführt: Die Arbeiten sollen historische, neue und neueste Prozesse der Veränderung der deutschen Sprache der Gegenwart erkennbar machen.

Die Ergebnisse sollen künftig – unabhängig von jederzeit möglichen Einzelpublikationen – in das lexikalisch-lexikographische Informationssystem LEXIS eingehen, das auch externen Interessenten zur Darstellung ihrer Arbeitsergebnisse zur Verfügung stehen soll.

• Lexikologische und lexikographische Analysen und Wörterbücher

– Frühneuhochdeutsches Wörterbuch:

Im Rahmen der 1993 begonnenen Beteiligung am „Frühneuhochdeutschen Wörterbuch“ (Anderson/Goebel/Reichmann) wurde das Manuskript der ersten Mannheimer Lieferung erarbeitet und publiziert. Die zweite Lieferung wird 1997 im Manuskript abgeschlossen.

(Verantwortlich: J. Schildt)

– Deutsches Fremdwörterbuch:

1997 ist der dritte Band der Neubearbeitung des historischen „Deutschen Fremdwörterbuchs“ erschienen. Der vierte Band wird vorbereitet.

(Verantwortlich: G. Strauß)

– Lehn-Wortbildung:

Beschreibung entlehnter produktiver Wortbildungseinheiten und einer Auswahl der mit ihnen gebildeten Wörter. In der Druckvorbereitung befinden sich die Darstellungen zu EX, INTER, NEO, POST, PRÄ und TRANS. Soeben abgeschlossen sind (O)THEK und eine Darstellung des Wortbildungsmusters von Ethnika + OPHON(E) im Französischen und Deutschen (frankophon u.ä.).

(Verantwortlich: G. Hoppe, M. Kinne, E. Link, I. Nortmeyer).

– Erklärende Synonymik:

Im Projekt „Erklärende Synonymik kommunikativer Ausdrücke des Deutschen“ (ESKA) wurden die Verbgruppen der Repräsentativa, Kommissi-

va und Direktiva weiter bearbeitet. Die Deklarativa werden zur Zeit überarbeitet. In Kooperation mit der Fakultät für Mathematik der TH Darmstadt (Prof. Dr. R. Wille) wurden die Daten von ESKA in das Programm TOSCAN (Tools for Concept Analysis) implementiert. Eine erste PC-Version liegt vor.

(Verantwortlich: G. Harras)

– Neologieforschung:

Vorbereitet wurde 1997 ein Projekt, das in einem Zeitraum von etwa 5 Jahren die deutschen Neologismen (Neulexeme und in gewissem Umfang auch Neubedeutungen) der Neunzigerjahre erfassen, beschreiben und dokumentieren soll, soweit sie sich im allgemeinsprachlichen Teil des Wortschatzes der deutschen Standardsprache in den Neunzigerjahren etabliert haben.

Die Wortartikel werden neben Bedeutungsangaben, Kollokationen und Belegteil u. a. Angaben zum jeweiligen Typ des Neologismus, zur Herkunft, zur Gebrauchsspezifik und zur Wortbildung enthalten. Die Ergebnisse der Neologieforschung werden als elektronische Datenbank und in Wörterbuchform abrufbar sein.

(Verantwortlich: D. Herberg)

– Deutsch-Französisches Kollokationswörterbuch:

In der Vorbereitungsphase befindet sich ein deutsch-französisches Projekt zu „Kollokationen im Kontext“, das auf der Basis großer Parallelkorpora (deutsche Texte mit französischen Übersetzungen und französische Texte mit deutschen Übersetzungen) frequenzielle Erhebungen durchführen und typische Verwendungsweisen zentraler Kollokationen beschreiben wird. Das Kollokationswörterbuch ist der erste Schritt zu einer deutsch-französischen Übersetzungsplattform. Als Pilotprojekt zum Gesamtvorhaben werden demnächst eine korpusbasierte Datenbank und ein gedrucktes Wörterbuch wichtiger Adjektiv-Substantiv-Verbindungen des Deutschen und dazugehöriger relevanter Kontextbelege fertiggestellt.

(Verantwortlich: W. Teubert)

– Sprachwandel in der Wendezeit:

(1) Lexikographische Erschließung des Wendekorpus. Im Rahmen dieses Projekts werden durch etwa 1750 alphabetisch geordnete Stichwörter wendetypische Themen und Diskurse des Korpus erschlossen und ihr Gebrauch durch Kommentare bzw. Belege – oft nach Sprechergruppen und Phasen differenziert – nachvollziehbar gemacht. Abschluss der redaktionellen Arbeiten: Winter 1997/98.

(Verantwortlich: M. W. Hellmann)

(2) Das im Rahmen des Projektes „Sprachwandel in der Wendezeit“ entstandene Buchmanuskript „Schlüsselwörter der Wendezeit, Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90“ ist 1996 abgeschlossen wor-

den und 1997 als Bd. 6 der Reihe „Schriften des Instituts für deutsche Sprache“ erschienen.

Das Buch, das sich an einen weiten Benutzerkreis wendet, ist gleichermaßen Nachschlagewerk wie Lesebuch zu einem der jüngsten Abschnitte deutscher Sprachentwicklung.

(Verantwortlich: D. Herberg)

– Abstrakte Wörter – Gebrauchs- und Interpretationsmuster:

Die 1997 geplante und als DFG-Antrag vorbereitete korpuslinguistische Untersuchung ist im Grenzbereich zwischen lexikalischer Semantik, Textinterpretation und Sprachveränderungsforschung angesiedelt und greift moderne Entwicklungen der Semantikforschung auf. Auf der Grundlage großer Textmengen wird die Verwendung, Interpretation und Uminterpretation abstrakter Wörter beschrieben, die auf bestimmte für eine Sprachgemeinschaft grundlegende, gesellschaftlich relevante Erscheinungen, Prozesse, Zustände oder Werte referieren. Solche Wörter, z. B. *Abstrakta* wie *Nation*, *Erziehung*, *Identität*, *Solidarität*, *Arbeit*, *Volk*, *Emanzipation* usw., tragen im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zentrale Themen und werden demzufolge häufig und kontrovers thematisiert. Da sie eng mit gesellschaftlichen Wertvorstellungen verbunden sind, machen sie immer wieder Uminterpretations-Prozesse durch. Anhand des Gebrauchs dieser Wörter wird beschrieben, welche Vorstellungen Sprecher mit diesen Wörtern verbinden, wie aktuelle Interpretationen und Auslegungen variieren und sich über größere Zeiträume hinweg verändern, also ein Potential für sprachlichen Wandel bilden.

(Verantwortlich: C. Fraas)

• Korpusentwicklung

– Historisches Textkorpus:

Die Arbeiten am Historischen Textkorpus zur deutschen Wortschatzentwicklung seit 1700 werden fortgesetzt. Mit Stand Ende 1997 sind knapp 315 Texte und Teiltex te mit insgesamt 1,65 Millionen laufenden Wörtern erfasst. Die Datenbank bildet die Grundlage zur Behandlung wortgeschichtlicher und anderer Themen der jüngeren Sprachgeschichte. Erste Ergebnisse gehen in Studien über Formulierungstraditionen seit dem 18. Jahrhundert ein.

(Verantwortlich: U. Haß-Zumkehr)

– PAROLE

(Preparatory Action for Linguistic Resources Organization for Language Engineering):

Das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt LE-PAROLE läuft seit April 1996. Es dient dem Aufbau von Sprachressourcen (maschinenlesbare Lexika und Korpora) für multilinguale Anwendungen. Beteiligt sind die zentralen Sprachinstitute in 13 europäischen Ländern. Das

IDS ist Koordinator für den deutschen Sprachraum. Das Projekt läuft bis April 1998.

Das Nachfolgeprojekt SIMPLE (Semantic Information for Multifunctional Plurilingual Lexica) ist schon bewilligt und läuft ab April 1998 (15 Monate). Das IDS wird weiter Koordinator für den deutschen Sprachraum sein. SIMPLE beabsichtigt, zu den vorhandenen PAROLE-Einträgen semantische Information hinzuzufügen.

(Verantwortlich: W. Teubert)

– TELRI

(Trans-European Language Resources Infrastructure):

Seit Januar 1995 läuft die im Rahmen des COPERNICUS-Programms der Europäischen Kommission finanzierte konzertierte Aktion TELRI, in der derzeit 25 Institute in ganz Europa (einschließlich der Länder der ehemaligen Sowjetunion) zusammenarbeiten. Das IDS ist Koordinator. Die konzertierte Aktion geht am Ende des Jahres 1997 zu Ende. Zwei Nachfolgeanträge wurden im September 1997 eingereicht und werden noch im November 1997 entschieden. TELRI II arbeitet weiter mit den TELRI Partnern (von denen es inzwischen 27 gibt) und besonders mit dem TRACTOR (TELRI Research Archive of Computational Tools and Resources) Archive. TELPROM (TELRI Promotions Network) beabsichtigt ebenfalls, die Arbeit vom TELRI weiterzuführen, in dem es Sommerschulen, Konferenzen, Seminare u. a. unterstützt.

(Verantwortlich: W. Teubert)

– ELAN

(European Language Activities Network):

ELAN verbindet die PAROLE- und TELRI-Gruppen in einem einjährigen MLIS-finanzierten Projekt. Ziel ist es, durch ein zusammenhängendes Netzwerk von Sprachressourcen TELRI und PAROLE-Partner in Verbindung zu bringen. Das Projekt läuft ab Januar 1998, das IDS wird einen Teil des zur Verfügung stehenden Geldes verwalten.

(Verantwortlich: W. Teubert)

Mitarbeiter der Abteilung:

Abteilungsleiter:

Prof. Dr. Hartmut Schmidt

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

PD Dr. Claudia Fraas – Alexander Geyken (bis 31.3.97) – Prof. Dr. Gisela Harras – PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr – Dr. Manfred W. Hellmann – Prof. Dr. Dieter Herberg – Gabriele Hoppe – Dr. Heidrun Kämper – Dr. Michael Kinne – Dr. Ann Lawson – Dr. Elisabeth Link – Dipl. rer. pol. Pantelis Nikitopoulos – Isolde Nortmeyer – Prof. Dr. Joachim Schildt – Dr. Doris Steffens – Dr. Kathrin Steyer – Dr. Gerhard Strauß – Dr. Elke

Tellenbach – Dr. Wolfgang Teubert – Oda Vietze – Norbert Volz M. A. (bis 31.8.97) – Dr. Edeltraud Winkler.

Sekretärinnen: Susanne Bergmann (beurlaubt seit 1.10.97) – Petra Brecht (seit 1.8.97) – Joyce-Ann Thompson – Sigrid Ziehr.

2.3 Abteilung Pragmatik / Sprachverwendung

Mit Beginn des Jahres 1997 wurden die beiden früheren Abteilungen „Verbale Interaktion“ und „Gesprochene Sprache – Analyse und Dokumentation“ zusammengelegt. Forschungsgegenstand der Abteilung sind sprachliches Handeln und sprachliche Variabilität, d.h. die Ausprägung und Entwicklung von Sprachunterschieden. Das Aufgabenfeld umfasst im Einzelnen

- die Formen des sprachlichen Handelns und ihre Einbettung in die gesellschaftliche Kommunikationsstruktur;
- die Beziehung zwischen der Sprachverwendung und ihren medialen Bedingungen;
- die Sprachvariation im Deutschen und Sprachkontakterscheinungen in Mehrsprachigkeitssituationen unter Beteiligung des Deutschen.

Fortgesetzt wurde die Arbeit an einer umfangreichen systematischen Darstellung zur „Gesprächsrhetorik“. Gegenstand der Untersuchung sind verbale Muster und Verfahren in Problem- und Konfliktgesprächen. Das Projekt schließt an die in den vergangenen Jahren durchgeführten Projekte zu Beratungs- und Schlichtungsgesprächen sowie zur Kommunikation in der Stadt an und soll die vorhandenen gesprächsanalytischen Ergebnisse unter rhetorischer Perspektive systematisieren und vertiefen.

Aus dem Arbeitsbereich der Gesprächsrhetorik sind erschienen: Andreas P. Müller „Reden ist Chefsache. Linguistische Studien zu sprachlichen Formen sozialer 'Kontrolle' in innerbetrieblichen Arbeitsbesprechungen“ (Studien zur deutschen Sprache 6) und die Habilitationsschrift von Thomas Spranz-Fogasy „Interaktionsprofile. Die Herausbildung individueller Handlungstypik in Gesprächen“ (Opladen). Für den Druck vorbereitet wurden: Nothdurft, Werner et al. „Schlüsselwörter in umweltpolitischen Auseinandersetzungen. Wie Wörter beim Reden ihre Bedeutung bekommen“ und Biere, Bernd Ulrich/Liebert, Wolf-Andreas (Hg.) „Medien – Metaphern – Wissenschaft“. Weiter wurde ein Sammelband mit Beiträgen zur Kommunikation im Kontext deutsch-polnischer Kontakte veröffentlicht (Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Die dreibändige Ergebnispublikation aus dem schon zurückliegenden Projekt „Schlichtungsgespräche“ ist vollständig, nachdem Band 1 seit 1995 in den Schriften des IDS vorliegt und jetzt die Bände 2 und 3 erscheinen konnten (Band 2 enthält die Habilitationsschrift von Werner

Nothdurft: „Konfliktstoff. Gesprächsanalyse der Konfliktbearbeitung in Schlichtungsgesprächen“ und Band 3, hg. von Peter Schröder, eine Auswahl von Transkriptionstexten und eine exemplarische Analyse).

Im Projekt „Sprachliche Integration von Aussiedlern“ wurden die Untersuchungen zum Anpassungsprozess der Sprache der Russlanddeutschen in der Integrationsphase in Deutschland abgeschlossen (Nina Berend). Die Veröffentlichung dieser Studie ist in Vorbereitung. Die Arbeiten zum Thema Zweisprachigkeit in Aussiedlerfamilien und ihre Auswirkungen auf den Spracherwerb der Kinder (Katharina Meng) und zum Thema Kommunikationsbeziehungen zwischen Aussiedlern und Einheimischen (Ulrich Reitemeier) befinden sich in der Abschlussphase. Eine umfangreiche Bibliographie dokumentiert den Forschungsstand zur sozialen und sprachlichen Integration von Aussiedlern; sie kann bei den Projektbearbeitern angefordert werden.

Das Projekt „Eigenschaften gesprochener Sprache“ wurde fortgesetzt. Die theoretische Arbeit zielte darauf ab, die Variabilität gesprochener Sprache herauszuarbeiten und mündliche Kommunikation – im Vergleich mit Schriftlichkeit und technisierter Kommunikation – durch die Diskussion ihrer verschiedenartigen Grundbedingungen als eigenständiges Verständigungssystem zu verdeutlichen. Die empirischen Analysen zur Operator-Skopus-Struktur (z. B.: *bloß * ich habe keinen Schlüssel für diese Tür*) haben folgende Untersuchungsschwerpunkte: Satzadverbiale in Operatorfunktion, prosodische Eigenschaften der Operator-Skopus-Struktur, Klassifizierung der Qualifizierungsleistungen von Operatoren und Stellungseigenschaften von Operatoren.

Für die abgeschlossene Pilotphase des Projekts „Wandel im gesprochenen Deutsch“ wurde der Abschlussbericht zur Veröffentlichung vorbereitet. Die Informantenrecherchen und Tonaufnahmen für die Hauptuntersuchung wurden weitergeführt und ein Antrag für die geplante Hauptuntersuchung ‘Wandel im gesprochenen Deutsch’ erarbeitet. Vor dem Abschluss steht eine Bibliographie zum Wandel in gesprochener Sprache für die Reihe „Studienbibliographien“.

Im Bereich Korpusaufbau und Entwicklung von Korpustechnologie laufen gegenwärtig zwei Projekte. Das Deutsche Spracharchiv (DSAv) hat mit der Durchführung eines Projektes „Datenbank Gesprochenes Deutsch“ begonnen, das aus Mitteln der VW-Stiftung finanziert wird und sowohl der beschleunigten Digitalisierung und Dokumentation der Tonaufnahmen des Archivs als auch dem Aufbau eines benutzerfreundlichen Speicher- und Zugriff-Systems dient. Zusammen mit der Arbeitsstelle Linguistische Datenverarbeitung wird ein ebenfalls drittmittelfinanziertes Projekt zur Entwicklung eines Arbeitsplatzes für computerunterstützte Transkription und Analyse von Gesprächsdaten durchgeführt: SERGES – Schriftliche Erfassung gesprochener Sprache; (vgl. auch 2.4). Die zentra-

le Dokumentation aller in der Abteilung verwalteten Korpora gesprochener Sprache wurde fortgesetzt, ebenso die Inventur der vorhandenen Belegmaterialien zum Zwirnerkorpus.

Als PHONAI-Band 40 ist erschienen: Wagener, Peter / Bausch, Karl-Heinz „Tonaufnahmen des gesprochenen Deutsch – Dokumentation der Bestände von sprachwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Archiven“.

Mitarbeiter der Abteilung:

Abteilungsleiter:

Prof. Dr. Werner Kallmeyer

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

Dr. Birgit Barden – Dr. Karl-Heinz Bausch – Dr. Nina Berend – Sylvia Dickgießer, M. A. – Dr. Mechthild Elstermann – Prof. Dr. Reinhard Fiehler – PD Dr. Inken Keim-Zingelmann – Dr. Wolfgang Klein, M. A. – Dr. Barbara Kraft – PD Dr. Katharina Meng – Dipl.-Soz. Ulrich Reitemeier – Dr. Reinhold Schmitt, M. A. – Dr. Peter Schröder (beurlaubt) – Dr. Wilfried Schütte – PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy – Dr. Peter Wagener – Dr. Ricarda Wolf

Doktoranden: Heike Rettig (bis 31.10.97) – Marcel Schilling

Toningenieur: Wolfgang Rathke

Sekretärinnen: Hanni Kohlhasse (bis 31.5.97) – Doris Richter – Renate Wegener – Ulrike Willem

2.4 Zentrale Arbeitsstelle Linguistische Datenverarbeitung (LDV)

Die Arbeitsstelle hat drei Aufgabenbereiche:

- Grunddienste der Datenverarbeitung im IDS,
- Neu- und Weiterentwicklung von Datenverarbeitungssystemen,
- Erfassung und Aufbereitung der Textkorpora des IDS und korpusbezogener Service

Die Grunddienste:

Zu ihnen gehört das Betreiben der Computer, die Pflege der Betriebssysteme, der Benutzer-Software und die Sicherung der Daten. Betrieben werden fünf miteinander vernetzte Mehrplatz-UNIX-Computer vom Typ MX 300 (Siemens), ein UNIX-Computer vom Typ AViiON 6225 (Data General), fünf UNIX-Workstations (Sun- und Silicon Graphics-Computer) und eine Reihe von PCs. Mit dieser Ausstattung stehen im IDS rund 130 Bildschirm-Arbeitsplätze zur Verfügung. Die Grunddienste gewährleisten auf den UNIX-Computern die Datensicherung, versorgen die Systeme mit Basis-Software und unterstützen die Benutzer in den grundlegenden Fragen der Computernutzung.

Die Linguistische Datenverarbeitung:

Die Arbeiten sind auf die Sammlung, Aufbereitung und computative Ana-

lyse von Korpora zur deutschen Sprache zentriert. Folgende Datenverarbeitungssysteme wurden entwickelt bzw. weiterentwickelt: Die Abteilung „Pragmatik/Sprachverwendung“ transkribiert und bearbeitet ihre Gesprächsdaten mit dem System 'Diskursdatenbank' (DIDA). Die Leistungen dieses Systems wurden so erweitert, dass auch kyrillische Zeichen und ein phonetischer Zeichensatz (IPA) zur Transkription eingesetzt werden können. Das System erlaubt die Recherche in den transkribierten Daten.

In das Korpus-Recherchensystem COSMAS wurden statistische Funktionen integriert; diese Funktionen können jetzt auch über den lemmatisierten Wörtern benutzt werden. Das COSMAS-System wurde weiter in das Internet integriert und kann jetzt auch als Web-Dienst in Anspruch genommen werden. Mit dem COSMAS-System wurden bisher über 200.000 Recherchen durchgeführt, davon über 30.000 durch externe Nutzer. Die Nutzer sind über die gesamte Welt verteilt.

Die Ergebnisse des durch die Europäische Union finanzierten Projekts 'Multilingual Environment for Corpusbased Lexiconbuilding' (MECOLB) werden nun in dem vom Bundesministerium für Verteidigung finanzierten Projekt 'Schriftliche Erfassung gesprochener Sprache' (SERGES) weitergeführt. An diesem Projekt ist auch die Abteilung „Pragmatik/Sprachverwendung“ beteiligt. Als externer Projektpartner sind der Lehrstuhl für Mustererkennung der Universität Erlangen, Prof. Niemann, der Lehrstuhl für Informatik VI der RWTH Aachen, Prof. Ney, und das Institut für Wirtschaftsinformatik in Kolding (Dänemark), Prof. Engel in den SERGES-Projektrahmen integriert. Dieser Partner bringen ihre Kompetenz im Bereich der Spracherkennung, der statistisch basierten Sprachanalyse und in der Terminologiarbeit in das Projekt ein. SERGES wiederum ist in eine wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft „Sprachstrukturen“ eingebettet, die aus weiteren Forschungsstellen der Industrie und von Universitäten besteht und die ihre Ergebnisse auf in regelmäßigen Abständen stattfindenden Kolloquien präsentiert. Die SERGES-Arbeiten sind in die Gesamtvorhaben der LDV des IDS eingebunden. Ziel dieser Weiterentwicklung ist ein Arbeitsplatz für die computerunterstützte Beschreibung und Analyse von Gesprächsdaten. Dieser Arbeitsplatz baut auf COSMAS-II (Ergebnis des EU-Projektes MECOLB) auf. COSMAS-II wird um die Integration von gesprochenem Material in digitalisierter Form weiterentwickelt; es wird die Zuordnung von digitalisierten, gesprochenen Äußerungen zu deren Transkriptionen ermöglichen. Die Recherche über den Transkripten liefert gleichzeitig die originalen Gesprächsabschnitte mit. Desweiteren wird im SERGES-Rahmen COSMAS-II mit einer Schnittstelle versehen, die ein Spracherkennungsmodul aufnehmen kann. Zielsetzung der Integration von Spracherkennung und Korpustechnologie ist die optimale Computerunterstützung der zeitaufwendigen Transkription von Gesprächen.

Im Auftrag eines namhaften deutschen Wörterbuchverlages wurde ein strikt korpusbasiertes Design für ein zweisprachiges Wörterbuch anhand der Einträge zum Buchstaben „s“ ausgearbeitet. Diese Studie wird ausweisen, ob die Korpusbasierung Wörterbücher besser und preiswerter macht.

Mitarbeiter der Arbeitsstelle:

Gesamtleitung der Arbeitsstelle:

Robert Neumann

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

Dipl.-Ing. Cyril Belica (stellvertretender Leiter) – Franck Bodmer, M. A.

– Peter Dillinger – Dr. Irmtraud Jüttner – Dr. Rudolf Schmidt – Dipl.-Inf.

Eric Seubert – Doris al-Wadi

Leitung der Grunddienste:

Peter Mückenmüller

Technische Mitarbeiter:

Siegmund Gruschka – Matthias Hördt (seit 17.11.97) – Rainer Krauß –

Ingrid Schellhammer – Uwe Sommer (bis 30.4.97)

Sekretariat:

Iris Wohlfarth (bis 24.6.97) – Irmgard Schlösser (seit 1.7.97)

2.5 Zentrale Arbeitsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

In der Arbeitsstelle sind die Bereiche

– Öffentlichkeitsarbeit und Presse

– Publikationswesen

– Dokumentation

– Bibliothek

organisatorisch zusammengefasst.

Zu den laufenden Aufgaben der Arbeitsstelle zählen: Pflege von Pressekontakten, Redaktion der Zeitschrift „Sprachreport“, Redaktion der Zeitschrift „Deutsche Sprache“, Gästebetreuung, Zusammenstellen von Besucherprogrammen, Betreuung des Vereins der Freunde des IDS, Bearbeitung von Praktikumsanfragen, Tagungsorganisation, Druckvorlagenerstellung für die IDS-Publikationen, Zentrale Adressverwaltung, Vertrieb der Eigenverlagspublikationen, Bearbeitung von Anfragen usw. Hinzu kommen Aktivitäten zur Verbesserung der internen Information und Kommunikation.

Neben diesen laufenden Aufgaben war 1997 der Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit die Organisation und Durchführung der Jahrestagung zum Thema „Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“. Die Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit wurden allerdings auch im Jahr 1997 in vielfältiger Weise stark von dem Interesse an der Rechtschreibreform dominiert. In diesem Jahr fanden in den Räumen des IDS zwei Aus-

stellungen statt, die erste trug den Titel „Enigma“ und wurde von einer siebenköpfigen Künstlergruppe zusammengestellt, die zweite lautete „Querschnitt“ und zeigte Arbeiten dreier Künstler.

Die „Dokumentation zur Germanistischen Sprachwissenschaft: Sprachwissenschaftliche Forschungsvorhaben“ ist im September in ihrer sechsten Auflage erschienen. Die Forschungsprojekte wurden diesmal als abfragbare Datenbank im WWW veröffentlicht (<http://www.ids-mannheim.de/oea/forsch/>). Aktualisiert wird diese Datenbank monatlich.

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Linguistische Datenverarbeitung wird das Informationsangebot des IDS im WWW weiter ausgebaut und stetig aktualisiert. Aktuelle Informationen über das IDS können unter <http://www.ids-mannheim.de> abgerufen werden.

In der Bibliothek werden mit dem Katalogisierungssystem BISLOK sämtliche Neuerwerbungen und – soweit möglich – Altbestände erfasst und verstichwortet.

Die weiterhin zunehmende Zahl von Gastwissenschaftlern und die stetig und erheblich anwachsende Zahl von Nutzern aus den umliegenden Hochschulen sind mit umfangreichen Beratungstätigkeiten der Bibliotheksangestellten verbunden. Die von der Bibliothek herausgegebenen Neuerwerbungslisten (Erscheinungsweise 3–4 mal jährlich) dienen der in- und ausländischen Hochschulgermanistik als wichtige Informationsquelle. Sie werden auf Anforderung verschickt und sind darüber hinaus monatlich im Internet aktualisiert abrufbar über <http://www.ids-mannheim.de/oea/neueingang.html>.

Mitarbeiter der Arbeitsstelle:

Leiterin:

Dr. Annette Trabold, M. A.

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

Franz Josef Berens – Monika Kolvenbach, M. A.

Dokumentarin: Dipl.-Dok. Katrin Freese, M. A.

EDV-Mitarbeiter: Claus Hoffmann

Erstellung von Druckvorlagen: Ursula Blum – Cornelia Kayser – Ria Schiel (bis 31.1.97). – Norbert Volz (seit 1.9.1997)

Bibliothek: Lucia Berst – Birgit Günther – Dipl.-Bibl. Eva Teubert (Leitung)
Sekretärin: Barbara Stolz

2.6 Verwaltung und Vorstandssekretariat

Verwaltungsleiter:

Harald Forschner

Verwaltungsangestellte:

Monika Buchmüller (beurlaubt) – Jean Christoph Clade – Gerhard Köck
– Hildegard Magis – Gerd Piroth – Hermann Schmitt

Telefonzentrale/Poststelle:
Franz-Albert Werner – Hannelore Wittmann
Hausmeister: Uwe Zipf
Vorstandssekretariat: Cornelia Pfützner-König

2.7 Doktoranden

Marcel Schilling – Heike Rettig, M. A.

3. Tagungen, Kommissionssitzungen, Kolloquien und Vorträge externer Wissenschaftler am IDS

3.1 Jahrestagung 1997 „Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“

Sprachgeschichte ist erst wieder seit den Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts – nach der Ablösung strukturalistisch-generativer Konzeptionen von Sprache – und qualitativ anders geartet als in früheren Zeiten als Gegenstand sprachwissenschaftlicher Analyse und als eigenständiger Forschungsbereich in der Linguistik anerkannt. Die Erkenntnis, nur aus der Verbindung von diachronen und synchronen Aspekten von Sprache unter Einbeziehung der Wechselwirkung interner und externer Faktoren zu einem umfassenden wissenschaftlichen Bild von Sprache und Sprachwandel zu gelangen, lässt sich auch an der Forschungsausrichtung des Instituts für deutsche Sprache ablesen. Dies zeigt sich neben historisch ausgerichteten Forschungsprojekten auch in der vom 11.–13. März 1997 durchgeführten 33. Jahrestagung „Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“. Die Jahrestagung war zugleich die Auftaktveranstaltung der Mannheimer Sprachmeile 1997. An die Jahrestagung 1990 „Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch“ anschließend, sollte zum zweiten Mal versucht werden, die komplexen Zusammenhänge von Sprache, Gesellschaft und Geschichte zu beschreiben und zu analysieren.

Anders als bei der Tagung zum 19. Jahrhundert ergaben sich bei der zum 20. methodologische Probleme, die sich für die Untersuchung von Zeitgeschichte im Allgemeinen ergeben: einerseits die Unabgeschlossenheit bestimmter zeitgeschichtlicher Entwicklungen, andererseits die mangelnde oder fehlende zeitliche Distanz zum Gegenstand der Forschung.

So wies dann auch Gerhard Stickel (IDS) in der Eröffnungsrede darauf hin, dass es, aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Jahrhunderts, in dem noch viel passieren könne, und der fehlenden Beobachterdistanz für eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts eigentlich zu früh sei. Gewiss gehöre in eine Sprachgeschichte die Thematisierung eines Sprachbewusstseinswandels. Aufgrund der Beziehungen sprachlicher Phänomene zu gesellschaftlichen Ereignissen sollten auch in einem zunehmend an Bedeu-

tung gewinnenden mehrsprachigen Europa die Kontakte zu anderen Sprachen ausführlicher untersucht werden: bisher nur ein Randbereich der Forschung.

Das 20. Jahrhundert im Überblick

In seinem periodenübergreifenden Vortrag „Vom Sprachimperialismus zum gebremsten Sprachstolz. Das 20. Jahrhundert in der sprachenpolitischen Geschichte der deutschsprachigen Länder“ zeichnete Peter von Polenz (Trier) die zuvor angedeutete Entwicklung von 1860 bis heute detailliert nach. Die Sprachenpolitik des preußisch-deutschen Reichs und der Habsburgermonarchie war von zunehmender Unterdrückung der Minderheiten und Nationalitätensprachen gekennzeichnet, die nach der „konservativen Wende“ von 1878/79 zu sprachnationalistischer Zwangseinsprachigkeit überging. Der Weg von der Sprachhegemonie über den Zwang zum Sprachwechsel bis zur nationalsozialistischen „Umvolkungs-“ und Kriegspolitik im Endstadium des Sprachimperialismus war im Deutschen Reich an antifranzösische, antipolnische und antisemitische Feindbilder gekoppelt, in Österreich-Ungarn an antislawische und antisemitische.

Für die Nachkriegszeit konstatierte P. v. Polenz einen allmählichen Sprachgesinnungswandel, der mit einer geschwächten Sprachloyalität einherging. Die Geringschätzung moderner Sprachen seit der Restaurationszeit und die geringe Neigung der Deutschen zum Fremdsprachenlernen veränderten sich nach 1945 allmählich aufgrund einer grundsätzlichen Internationalisierung der Gesellschaft, von vermehrtem Fremdsprachenunterricht in den Schulen sowie von verstärkten Kontakten mit Nachbar- bzw. Fremdsprachen – allgemein durch einen zunehmenden Tourismus. Auch die heutige Dialektrenaissance bei gleichzeitiger Kenntnis und dem Gebrauch der Standardsprache zeugt für eine Zurückdrängung von „Reinheitsvorstellungen“ von der deutschen Sprache, die sich – neben spezifischen Sprachnormungs- und Sprachregelungsversuchen – immer wieder in einem fanatischen Purismus äußerten.

Als Folge des deutschen Sprachimperialismus ist ein Rückgang von Deutsch als Fremdsprache und ein Niedergang von Deutsch als Wissenschaftssprache nach 1930 festzustellen. Die Akzeptanz des Englischen als internationaler Verkehrssprache in Europa dagegen resultiert auch daraus, dass es nicht als unterdrückende Herrschaftssprache wahrgenommen wurde.

Neben dem ungelösten Verhältnis zur Mehrsprachigkeit (Arbeitsimmigranten, Asylsuchende) in den monolingualen deutschsprachigen Ländern hob v. Polenz noch die jüngste sprachenpolitische Brisanz in der EG heraus. Aufgrund der Erhöhung der Anzahl derer in der EG, die Deutsch als Erstsprache sprechen, und einer nicht zu unterschätzenden Wirtschafts-

kraft, werden Forderungen nach Deutsch als einer Arbeitssprache in EG-Gremien aufgrund deutscher Geschichte und jüngster Drohungen wie „Wir sind das glücklichste Volk der Welt“ von Befürchtungen einer deutschen Hegemonie begleitet.

Neben verschiedenen Phasen im deutsch-polnischen Verhältnis beleuchtete Franciszek Grucza aus Warschau („Aspekte des Deutschen aus polnischer Sicht“) ausführlich die Politik der Nationalsozialisten, vor allem im Hinblick auf die in Polen angewandte Sprach- und Bildungspolitik. So beispielsweise die Verordnungen, dass Polen einerseits mit Vertretern der deutschen Verwaltungsbehörden Deutsch zu sprechen hatten, andererseits aber auf gar keinen Fall ein grammatikalisch korrektes Deutsch lernen durften, sondern lediglich einen begrenzten Vorrat an deutschem Vokabular. Er stellte die aufgrund des NS-Terrors auf verschiedenen Ebenen – bis zur Vernichtung – erstaunliche Tatsache fest, dass das deutsch-polnische Verhältnis heute relativ gut sei und die deutsche Sprache in Polen wieder eine Konjunktur erlebe, die nicht allein auf die wirtschaftliche Lage zurückzuführen sei.

Dieter Cherubim (Göttingen) stellte in seinem Referat „Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts“ die Frage nach sprachhistorischen Differenzen zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert. Für die Jahrhundertwende wollte er keinen Epocheneinschnitt geltend machen, der Übergang sei eher von Kontinuität als von Bruch gekennzeichnet, auch wenn durchaus unterschiedliche Stränge der Sprachkritik auf eine „Sprachkrise“ reagierten: eine auf die Vergangenheit bezogene wie beim Allgemeinen Deutschen Sprachverein und eine auf die Gegenwart und Zukunft referierende wie bei Karl Kraus. Für das 20. Jahrhundert stellte er fest, dass nicht notwendig historisch-gesellschaftliche Einschnitte zwangsläufig auch sprachliche nach sich ziehen müssen, und wenn, dann doch mit einer gewissen Verzögerung. So waren auch nach 1918 traditionell vorhandene Tendenzen vorherrschend. Am wahrscheinlichsten sei ein sprachlicher Umbruch für 1945–50 festzumachen, doch seien die Differenzen auch hier noch zu belegen.

Einen strikt korpusbezogenen Ansatz der historischen Semantik stellte Wolfgang Teubert (IDS) vor, der den Bedeutungswandel von Ideen und Vorstellungen, die das Jahrhundert geprägt haben, anhand des kirchlichen Sozialdiskurses analysierte. Als Schlüsselwörter der katholischen Soziallehre fungierten hier u. A. *Arbeit*, *Eigentum* und *Naturrecht*. Da der Einfluss der römischen Enzykliken auf den semantischen Wandel von Sozialvorstellungen hierzulande unübersehbar ist, lexikalische Veränderungen also nicht in den jeweiligen europäischen Einzelsprachen isoliert vorstatten gehen, plädierte W. Teubert für eine Öffnung der Germanistik.

Einen Überblick über „Sprachgebrauch im Wandel der Medien“ im 20. Jahrhundert gaben Eva Maria Jakobs (Saarbrücken) und Ulrich Püschel

(Trier) anhand der Entwicklung des ältesten Massenmediums, der Zeitung, die trotz eines eigenständigen Sprachstils allgemein Gegenwertsprache widerspiegelt. Berücksichtigt wurde auch die Wechselwirkung mit der in diesem Jahrhundert hinzugekommenen Konkurrenz von Radio und Fernsehen. Von den vielfältigen Veränderungen sei hier nur eine Tendenz erwähnt: die bei den Lesern zu beobachtende Orientierung von der Ganzlektüre hin zur selektiven Lektüre. Neueste Entwicklungen wie die elektronische Variante im World Wide Web, die durchaus Vorteile wie weltweites Angebot, keine räumliche Beschränkung, ständige Aktualisierung, früheren Zugriff des Nutzers etc. bieten, vollziehen sich mit einer solchen Geschwindigkeit, dass die Auswirkungen auf die Sprache noch ungewiss sind. Dies bietet aber auch die Gelegenheit zu beobachten, was an sprachlicher Kontinuität und was an Innovation die „elektronische Zeitung“ aufzuweisen hat.

Von Weimar zum III. Reich

Anhand der „Weimarer Verfassung – Tradition, Funktion, Rezeption“ erläuterte Ulrike Haß-Zumkehr (IDS), wie zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Möglichkeiten erkundet wurden, einen von einer Gesellschaftsmehrheit getragenen, zentralen Text zu schaffen, der juristisch grundlegend und Bezugspunkt staatsbürgerlicher Wertmaßstäbe zugleich sein könne. Über die Ausarbeitung der Weimarer Reichsverfassung durch die Nationalversammlung wurde in der Presseöffentlichkeit berichtet, die Bedeutung eines Verfassungstextes für die Gesellschaft diskutiert, reflektiert und mit weit reichenden Folgen verändert. Dabei konkurrierte die juristische Funktion mit der politischer Glaubensbekenntnisse. Die Herausarbeitung dieser Doppelfunktion schon zu Jahrhundertbeginn ist dann auch grundlegend für das Grundgesetz und noch deutlicher für die seit 1990 revidierten Verfassungen der neuen Bundesländer: Demokratische Gesellschaften wollen allen juristischen Warnungen zum Trotz in der Textsorte Verfassung das Fundament ihrer politischen Ethik formuliert wissen. Die letztliche Verhinderung einer der Verfassung entsprechenden Wirklichkeit durch die „Weimarer Verhältnisse“ führt dann auch zum nächsten Thema: dem Nationalsozialismus.

Nicht in erster Linie um Einmaligkeiten der Sprache des NS, sondern vor allem um Kontinuitäten ging es im Vortrag „.... LTI, LQI, ... Von der Unschuld der Sprache und der Schuld der Sprechenden“ von Konrad Ehlich (München), und zwar von vorfaschistischer über die „Sprache des Dritten Reiches“ (LTI) zu der eines „vierten“ (LQI). Trotz längerer Forschungsgeschichte bleibe diffus, was es mit der Sprache im Nationalsozialismus auf sich habe. „LTI weiterlebend“ notierte sprachsensibel Victor Klemperer, dessen Aufzeichnungen und analytisch-philologische Kateg-

orien unverzichtbar sind: In der Sprachwirklichkeit gab es selbstverständlich alles andere als eine Stunde Null. Sprachkonzeptionen wie im „Wörterbuch des Unmenschen“, die sich auf die Kritik von Wörtern beschränken, die in der Regel vielseitig nutzbar sind, werden dem Gegenstand der Kritik nicht gerecht: Sie entsprechen nämlich der Sprachkonzeption der Kritisierten. So sieht K. Ehlich auch die Möglichkeiten der sprachwissenschaftlichen Analyse zur Erforschung der LTI nur in einer Pragmatisierung der Semantik, darin, Sprechen, Sprache, Denken und Handeln in einen Zusammenhang zu bringen. Dies gelte gerade auch vor dem Hintergrund des Historikerstreits in den Achtzigerjahren, der aktuellen Debatte um die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung zur Geschichte der Wehrmacht sowie ähnlicher Diskursereignisse.

Die Bewertung der eigenen Geschichte

Im Vortrag „Entnazifizierung – Sprachliche Ausdrucksformen eines ethischen Konzepts“ beschrieb Heidrun Kämper (IDS) „Schuld“ als Schlüsselwort und Leitbegriff des Nachkriegsdiskurses. Die Geschichte der Entnazifizierung ist Schuldgeschichte, der sprachliche Ausdruck dieser Schuldgeschichte insofern Teil der deutschen Sprachgeschichte als Begriffsgeschichte. Auf einer gedachten Zeitachse, die von 1945 bis 1955 reicht, wurde der Diskurs bei Parteien, Kirche und Publizistik vorgestellt. Die Anpassung des Schuldbegriffes an administratives und justizitäres Handeln, das Aushandeln von Schuld (sprachlicher Eskapismus) – Leugnungen der Täter in unterschiedlichen Varianten – und das öffentliche Bewusstsein von dem Schuldbegriff, der letztlich seine eigene Negation ist, wurden ausführlich analysiert und mit wertvollen Zitaten belegt. Am Ende der institutionalisierten Entnazifizierung steht somit zuerst die Erweiterung des Schuldbegriffes um die Merkmale „Amnestie“ und „Straffreiheit“, dann seine Auflösung, wenn mit „Wiedergutmachung“ auf die Täter referiert wird.

Das Verhältnis der Deutschen zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, also ihre geschichtliche Selbstdeutung, wurde auch im Referat „Öffentlicher Sprachgebrauch und geschichtliche Selbstinterpretation“ von Georg Stötzel (Düsseldorf) anhand des „Befreiungsdiskurses“ zur geschichtlichen Zäsur vom 8. Mai 1945 an den Jahrestagen von 1955 bis 1995 reflektiert. Der innerdeutsche Interpretationsstreit, ob die Deutschen als „Befreite“ oder als „besiegtes Volk“, zu gelten haben, das eine „Niederlage“ erlitten hatte, wurde begleitet von Vokabeln wie *Machtergreifung* oder *Machtübernahme*, *Invasion* oder *Landung* der Alliierten etc. Es wurde verdeutlicht, dass geschichtsinterpretierende Leitvokabeln Kontroversen und sich wandelnde Bewertungen der eigenen Geschichte widerspiegeln.

Aspekte der neueren Sprach- und Zeitgeschichte

Hartmut Schmidt (IDS) warb in seinem Vortrag „Traditionen des Formulierens – Formulierungsmuster und -moden der letzten Jahrzehnte“ für einen Erweiterungsbereich der „klassischen“ Lexikographie und Lexikologie, die im Wesentlichen stabile Formeln sprachlicher Techniken berücksichtigt, nicht aber die aus einer Nachahmungslust resultierende Wirksamkeit von Formulierungsmustern. Modische asyndetische Appositionen, iterative Triaden – mit Vorliebe auf Englisch – und Alliterationen wurden als aktuelle Formulierungstechniken ebenso wie Techniken des Zitierens vorgestellt, die Variation der Zitate belegt, um die daraus entstehenden offenen Formulierungsklischees wie „X (= negativ konnotierter Ortsname) ist überall“, belegt für Ulm 1814, zu analysieren. Solche offenen Klischees sollen lexikographisch erfasst (damit Traditionslinien nachgeschlagen werden können), in der Sprachlehre berücksichtigt (auch Einarbeitung in Sprachlernprozesse) und, soweit sie zeittypische Neuerungen sind oder ihr Gebrauch historisch markiert ist, auch in der Sprachgeschichtsschreibung zur Epochencharakteristik herangezogen werden. Bei einer grundsätzlichen Begrüßung eines spielerischen Umgangs mit einem Formulierungserbe sah H. Schmidt aber auch sehr Problematisches: sprachliches Erbe aus der NS-Zeit, das sich in heutigen Formulierungen wie „Kraft durch X“ oder „Kauft nicht bei X“ wiederfindet.

Auf eine fehlende Auseinandersetzung mit Migrationsprozessen und dem daraus resultierenden verfehlten monolingualen Habitus, Einsprachigkeit sei natürlich (2/3 der Weltbevölkerung sind mehrsprachig), wies Volker Hinnenkamp (Augsburg) in seinem Vortrag „Deutsche Mehrsprachigkeit und Mehrsprachigkeit in Deutschland“ hin. Einerseits ist ausschließlich Deutsch Amtssprache, andererseits ist Mehrsprachigkeit als Faktum in Deutschland im gesamten 20. Jahrhundert nicht zu leugnen. Anders als beim „Modell Schweiz“ existieren in Deutschland viele kleine Mehrsprachigkeitsszenarien mit unterschiedlichem Grad an Öffentlichkeit, Institutionalisierung und sprachpolitischer Akzeptanz. Dem linguistischen Anpassungsdruck der Gesellschaft zum Trotz stehe die emanzipative zweisprachige Rede bei zugewanderten Gruppen, insbesondere bei Jugendlichen, hoch im Kurs. Dieses Codeswitching verläuft nicht in festen Einheiten, sondern ist stark situations- und personengebunden: In der Regel erfolgt ein sofortiges Umschalten in die Sprache von Dazukommenden. Strukturelle gesellschaftliche Diskriminierung, ethnisch und linguistisch markiert, machte er auch daran fest, dass Rechte in der Regel einsprachig, Pflichten dagegen zwei- oder mehrsprachig formuliert werden (z. B.: Fahrkartenautomaten – deutscher Text, Hinweise auf Strafen fürs Schwarzfahren in mehreren Sprachen).

Im Vortrag „Schlüsselwörter – Schlüssel zur Wendezeit“ stellte Dieter Herberg (IDS) mittels eines korpusbezogenen Projekts einen sprachver-

mittelten Zugang zur jüngsten deutschen Zeitgeschichte vor. Die kurze Phase des politischen Umbruchs der Wendezeit wurde von der Massenflicht aus der DDR Mitte 1989 bis zur staatlichen Einheit Ende 1990 auf öffentlichen Sprachgebrauch und sprachliche Phänomene hin untersucht: Zeitgeschichte im Spiegel von Schlüsselwörtern. Anhand von Beispielen (keine isolierten Wörter, sondern Schlüsselwortfelder) wurde geschildert, wie die Bezeichnung *Wende* anfangs auch von Egon Krenz u. A. für Veränderungen verwendet wurde, später jedoch nicht mehr. *Bevormunden*, *gängelnd*, *entmündigen*, *hineinreden* etc., Ausdruck einer kritischen Einstellung gegenüber der SED, wurden im Laufe der Zeit aber auch zunehmend auf die Bundesrepublik bezogen.

Sprache und Literatur

Den Versuch, eine verloren gegangene disziplinäre Einheit wiederherzustellen, stellte die Einbeziehung zweier Vorträge zur Verbindung von Literatur- und Sprachwissenschaft dar. Jochen Hörisch (Mannheim), der über die „Seekrankheit auf festem Lande – zur Krise der Literatursprache“ referierte, sprach der Sprache der Literatur Krisenfreiheit zu, sodass sie, um interessant zu bleiben, sich systematisch selbst Krisen verordnen müsse. Da sie sich zutraue, Wahrnehmung kommunizierbar zu machen, dies aber, zumindest das Speichern und Weitergeben, AV-Technologien besser können, gerate zwar nicht die Sprache der Literatur, wohl aber das System Literatur in eine funktionale Krise.

Siegfried Grosse (Bochum) plädierte in seinem Vortrag „Lyrik und Linguistik“ sowohl für textsortenspezifische Untersuchungen von Lyrik als auch für solche individueller Erscheinungen, da in der dichterischen Sprache durch die bewusste Abweichung von normierten Formen ein hohes Maß an experimenteller und origineller sprachlicher Kreativität zum Vorschein komme. Diese dürfe bei der beschreibenden Erfassung der Gegenwartssprache ebenso wenig unbeachtet bleiben, wie Neologismen im poetischen Wortschatz, die im allgemeinen Sprechgebrauch nicht vorhanden sind, Eingang in Wörterbücher finden müssen.

Ausblick

Zum Abschluss diskutierten Dietz Bering (Köln), Anne Betten (Salzburg), Siegfried Grosse (Bochum), Helmut Henne (Braunschweig) und Angelika Linke (Zürich) die Frage: „Was gehört zur bzw. in eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts?“ Aufgrund von deren Vielfältigkeit, die man auch an den doch sehr unterschiedlichen Referaten zu spezifischen und periodenübergreifenden Erscheinungen ablesen konnte, wurde versucht, die Diskussion in vier Themenkomplexe münden zu lassen: Moderne, Ideologie, Gesellschaft und Medien. Selbstverständlich (es wird nicht die eine

Sprachgeschichte geben) konnte hier nur ein kontroverser, durchaus auf unterschiedlichen Sprachkonzeptionen beruhender linguistischer Diskurs ohne abschließende Ergebnisse geführt werden. Umstritten war vor allem die Frage, ob es Aufgabe der Sprachgeschichtsschreibung sei, eine gesellschaftskritisch-intervenierende Funktion auszuüben. Eine Periodisierung bleibt mit Sicherheit einer auch historisch ausgerichteten Sprachwissenschaft des nächsten Jahrhunderts vorbehalten. Dennoch zeigte sich, dass es durchaus richtig war, nicht die Nacht zum 21. Jahrhundert abzuwarten, um dann womöglich ein abgeschlossenes Phänomen betrachten zu können: Einerseits orientiert sich Geschichte nicht an Jahrhundertgrenzen, andererseits kann man bilanzieren, dass bei der Tagung sprachlicher Wandel im gesellschaftlich-sozialen und historischen Kontext in einem ausgewogenen Verhältnis von Beobachtung, Beschreibung und Erklärung stand, das der Komplexität und Heterogenität sowohl sprachlicher Systeme als auch von Gesellschaft gerecht wird, sodass diese Jahrestagung nicht zufällig zu den besonders wichtigen des IDS gezählt wurde.

Maßgeblich an der Vorbereitung und Organisation waren Heidrun Kämper und Hartmut Schmidt beteiligt, die auch eigene Vorträge beisteuerten.

3.2 Kommission für Fragen der Sprachentwicklung

In ihrer letzten Veranstaltung in der Reihe „Sprache und Sprachentwicklung unter dem Einfluss der (technischen) Medien“ widmete sich die Kommission am 27. und 28. Juni 1997 dem „Kommunikationsmedium Computer“.

Nach einem einleitenden Vortrag des Psychologen Josef Krems (Chemnitz) zur Mensch-Computer-Interaktion aus kognitionspsychologischer Sicht ging es in einem ersten Block um eine Reihe sprachlicher Formen der Computer-Kommunikation. Die Entstehung sprachlicher Konventionen untersuchte Jörg Wagner (Halle). Zwei Beiträge beschäftigten sich mit der Hypertext-Thematik: Annely Rothkegel (Hannover) berichtete aus einem Projekt zur Textproduktion mit Hypertext, Angelika Storrer führte entlang der Stichworte „Browsen, Surfen, Navigieren“ Methoden der Informationserschließung und ihre Auswirkungen auf die Hypertextgestaltung vor. Martin Haase (Osnabrück) referierte über typische Merkmale von sogenannten Internet-Chats.

Ein zweiter Block thematisierte Internet-Versionen von Zeitungen und Zeitschriften: Martin Stegu (Chemnitz) skizzierte ein geplantes Projekt zum Vergleich von Print- und Online-Versionen. Eva-Maria Jakobs (Saarbrücken) gab einen Überblick über Darbietungs- und Nutzungsformen von Online-Zeitungen und -Magazinen im Internet und Franc Wagner (Heidelberg) präsentierte einige statistische Daten zu deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die bisher im Internet vertreten sind.

Abschließend fasste Ulrich Püschel (Trier) die Ergebnisse zusammen.

Die Kommissionsarbeit wird im Rahmen der Neustrukturierung des IDS vermutlich in anderer Gestalt fortzusetzen sein.

3.3 Kontrastive Valenzkolloquien im IDS

Die Reihe der von H. Schumacher organisierten Kolloquien zur kontrastiven Valenzforschung wurde durch zwei Veranstaltungen fortgesetzt.

Das Winter-Kolloquium am 30.1.1997 bezog sich im ersten Teil auf allgemeinere Fragen des Verhältnisses von kontrastiven bzw. zweisprachigen Valenzwörterbüchern und deren Benutzern (H.L. Somers). Im zweiten Teil standen Fragen der Kontrastierung von Deutsch und Englisch im Mittelpunkt. P. Gupta stellte den Ansatz einer SGML-Struktur für zweisprachige Artikel in einem Valenzwörterbuch vor. H.L. Somers diskutierte mögliche Systeme von Ergänzungsklassen und Satzbaupläne für das Englische.

Das Sommer-Kolloquium am 31.7.1997 thematisierte die Kontrastierung des Deutschen mit verschiedenen Sprachen. P. Gupta stellte theoretische Überlegungen vor zur deutsch-englischen kontrastiven Verbvalenzdarstellung in Hinblick auf eine computergeeignete Weiterverarbeitung. M. Djordjevic sprach zum Thema kontrastive Valenzbeschreibung und Lexikographie. Diskutiert wurden hierbei die Grundlagen und Probeartikel zu einem geplanten deutsch-serbokroatischen Valenzlexikon. L. Cirko erläuterte die Entstehungsgeschichte und die konzeptionellen Probleme beim 1995 erschienenen „Wörterbuch zur Valenz deutscher und polnischer Verben“.

3.4 Vorträge externer Wissenschaftler im IDS 1997

- 13.1.1997 Prof. Dr. Ferenc Kiefer (UAdW/Budapest), „Vererbung von Argumentationsstruktur und Sättigung von Argumentstellen bei synthetischen Komposita“
- 24.1.1997 PD Dr. Michael Grabski (HU/Berlin), „Perspektive in der Semantik von Wahrnehmungsverben“
- 23.4.1997 Prof. Dr. Jürgen Kunze (HU/Berlin), „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“
- 17.6.1997 Prof. Dr. Michael Bamberg (Clark University/Worcester), „Positionierung und Identität im Erzähldiskurs“
- 20.6.1997 Prof. Dr. Monica Heller (Toronto), „Sociolinguistics of urban communication in multilingual contexts: Examples from Canada“
- 24.6.1997 Udo Lakemper (Uni. Bochum), „Zur Bekanntheit von Phraseologismen im Ruhrgebiet – Methoden und Ergebnisse einer empirischen Erhebung“

- 02.9.1997 Dr. Martin Hoelter und Dr. Rolf Wilkens (Uni. Bochum), „Integration von Grafik in Lexika“
- 25.9.1997 Prof. Dr. G. Heyer (Uni. Leipzig), „Redaktionssysteme für Lexika“
- 28.10.1997 Prof. Dr. Pieter A. M. Seuren (KUN/Nijmegen), „The subject-predicate distinction and modern semantics“
- 11.11.1997 Prof. Dr. Svetlana M. Kibardina (Universität Wologda), „Valenzforschung in Russland, besonders in der St. Petersburger ‘Schule’“

4. Lehraufträge und Vorträge von IDS-Mitarbeitern außerhalb des Instituts

4.1 Lehraufträge von IDS-Mitarbeitern

Dr. Birgit Barden

WS 1997/98, Syntax gesprochener Sprache, Proseminar, Universität Mainz/Germersheim

Dr. Karl-Heinz Bausch

17.9.–5.11.1997, Gesprochenes und geschriebenes Deutsch – grammatische und stilistische Aspekte, DAAD-Kurzzeitdozentur, Staatliche Universität Yerevan/Armenien

Dr. Mechthild Elstermann

SS 1997, Gesprochene Sprache, Proseminar, Technische Hochschule Darmstadt

Prof. Dr. Reinhard Fiehler

SS 1997, Grammatische Besonderheiten gesprochener Sprache, Blockseminar, Universität Bielefeld

PD Dr. Claudia Fraas

SS 1997, Probleme der Sprachkritik, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 1997/98, Begriffsgeschichte – Ansätze, Methoden und Analysen, Hauptseminar, Universität Mannheim

Prof. Dr. Gisela Harras

SS 1997, Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. Von der Indirektheit unserer Rede, Hauptseminar, Universität Mannheim

SS 1997, Kognitive Semantik, Kolloquium, Universität Mannheim

WS 1997/98, Einführung in die Geschichte der deutschen Sprache, Undergraduate Course, University of Waterloo/Canada

WS 1997/98, Wortstellung und Stilistik, Graduate Course, University of Waterloo/Canada

PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr

SS 1997, Textsorte Verfassung im Deutschen, Hauptseminar, Universität Heidelberg

WS 1997/98, Lexikografiegeschichte als Kulturgeschichte, Vorlesung, Universität Heidelberg

Prof. Dr. Werner Kallmeyer

SS 1997, Gesprächsrhetorik, Vorlesung, Universität Mannheim

WS 1997/98 (gemeinsam mit Prof. Dr. Christine Bierbach), Pragmatik und Soziolinguistik, wissenschaftliches Kolloquium, Universität Mannheim

Dr. Heidrun Kämper

WS 1997/98, Deutsche Sprachgeschichte 1945–1955, Seminar, Technische Hochschule Darmstadt

PD Dr. Inken Keim

SS 1997, Ethnographische Soziolinguistik. Einführung in Theorie und Praxis, Proseminar, Universität Mannheim

WS 1997/98, Mehrsprachigkeit in der Stadt. Ein Gegenstand der städtischen Soziolinguistik, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 1997/98 (zusammen mit Prof. Dr. Beate Henn-Memmesheimer), Einführung in die synchrone Sprachwissenschaft, Universität Mannheim

PD Dr. Katharina Meng

WS 1997/98, Sprachkontakt und Zweisprachigkeit, Seminar, Universität Mannheim

Pantelis Nikitopoulos

SS 1997, Interkulturelle Erziehung und Binnendifferenzierung im Unterricht der Regelklasse, Seminar, Pädagogische Hochschule Heidelberg

WS 1997/98, Interkulturelle Erziehung und Binnendifferenzierung im Unterricht der Regelklasse, Seminar, Pädagogische Hochschule Heidelberg

Prof. Dr. Joachim Schildt

WS 1997/98, Die neuhochdeutsche Standardsprache. Sprachgeographische, funktionale und strukturelle Probleme ihrer Herausbildung und Entwicklung, Proseminar, Universität Mannheim

Dr. Rudolf Schmidt

WS 1997/98, Digitale Bild- und Sprachverarbeitung, Vorlesung, Berufsakademie Mannheim

Dr. Wilfried Schütte

SS 1997, Fernsehgespräche: Kommunikationsnormen und Leitvorstellungen, Seminar, Universität Koblenz-Landau, Abt. Landau

PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy

SS 1997, Textsorten, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 1997/98, Syntax im Gespräch, Hauptseminar, Universität Mannheim

Prof. Dr. Gerhard Stickel

SS 1997, Negation im Deutschen und anderen Sprachen, Hauptseminar, Universität Mannheim

WS 1997/98, Forschungskolloquium für Doktoranden und Magistranden, Universität Mannheim

Dr. Angelika Storrer

SS 1997, Text und Hypertext, Hauptseminar, Universität des Saarlandes, Saarbrücken

Prof. Dr. Bruno Strecker

WS 1997/98, Syntax und Semantik von Partikeln, Hauptseminar, Universität Augsburg

Dr. Annette Trabold

SS 1997, Formen der Sprachkritik, Proseminar, Universität Mainz/Germersheim

4.2 Kurse und Kurzseminare von IDS-Mitarbeitern

Dr. Karl-Heinz Bausch

22.–23.10.1997, Tendenzen im heutigen Deutsch, Universität Martuni/Armenien

4.11.1997, Wie schwierig ist der Konjunktiv? Jahrestagung der Deutschlehrer Armeniens, Pädagogische Hochschule Yerevan/Armenien

Dr. Ursula Brauße

2.12.1997, Das Handbuch der deutschen Konnektoren, im Rahmen des Hauptseminars „Grammatik der Funktionswörter“, Prof. Dr. Ewald Lang, Humboldt-Universität Berlin

2.12.1997, Was ist Adversativität? Übung im Rahmen des Hauptseminars „Grammatik der Funktionswörter“, Prof. Dr. Ewald Lang, Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Reinhard Fiehler

25.9.1997 (zusammen mit Hans P. Krings), Schnittstellenkommunikation: Medium Sprache zwischen Experten und Laien, Themenbereich II, Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL, Universität Bielefeld

Prof. Dr. Gisela Harras

Juli 1997, Stilistik zwischen Grammatik und Pragmatik, Magisterkurs

für amerikanische Deutschlehrer, Sommerschule der University of Florida, Gainesville, Florida/USA

15.9.–31.10.1997, Gastprofessur an der University of Waterloo/Canada

PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr

10.–12.10.1997 (zusammen mit Andreas Gardt und Thorsten Roelcke), Internationales Symposium „Sprachgeschichte als Kulturgeschichte“, Internationales Wissenschaftsforum der Universität Heidelberg

Dr. Klaus Heller

Zur Rechtschreibreform:

27.2.1997, Goethe-Institut Brüssel, Seminar, Brüssel/Belgien

8.–9.3.1997, Goethe-Institut Stockholm, Workshop/Seminar, Stockholm/Schweden

22.3.1997, Goethe-Institut Prag, Seminar, Prag/Tschechien

14.10.1997, Lehrerfortbildung Cornelsen Verlag, Fragestunde, IDS, Mannheim

13.12.1997, Goethe-Institut Amsterdam, Workshop, Amsterdam/Niederlande

Dr. Manfred Hellmann

30.–31.1.1997 (2 Seminare), Zur Entwicklung der deutschen Sprache – Sprachliche Folgen der Vereinigung (Vortrag und Gruppenarbeit an aktuellem Sprachmaterial), MAFPEN (Französische Unterrichtsbehörde) in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut Lyon, Châlon-sur-Saône/Frankreich

24.9.1997, Sprache und Kommunikation in Deutschland seit der Wende, Internationaler Sommerkurs, Universität Mannheim, Akademisches Auslandsamt, Mannheim

Prof. Dr. Werner Kallmeyer

3.–5.2.1997, 8. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Frankenberg

6.–8.10.1997, 10. Workshop „Studien Sprachstrukturen“, Deutsch-Französisches Forschungsinstitut, Saint Louis/Frankreich

Prof. Dr. Wolfgang Motsch

30.6.–8.1997, Sprachverwendung in kommunikativen Situationen, Sommerschule der Universität Gainesville, Florida/USA, Mannheim

Dr. Reinhold Schmitt

30.06.1997, Kooperation in Arbeitsgruppen, Roland Berger & Partner, Murnau

Dr. Wilfried Schütte

3.2.–5.2.1997, 8. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Frankenberg

10.6.–12.6.1997, 9. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Hamburg

29.8.1997 (zusammen mit Werner Kallmeyer), Gesprächssteuerung in

Fernsehdiskussionen und Talkshows, Seminar im finnischen Fernsehen YLE, Helsinki/Finnland
 6.–8.10.1997, 10. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Deutsch-Französisches Forschungsinstitut, Saint-Louis/Frankreich

Helmut Schumacher

30.1.1997, Deutsch-Englisches Winter-Mini-Valenzkolloquium, Kolloquium, IDS, Mannheim
 21.4.–25.4.1997 (zusammen mit Prof. Han Wanheng), Deutsch-Chinesisches Valenzwörterbuch, Workshop, Tianjin/VR China
 31.7.1997, Kontrastives Sommer-Mini-Valenzkolloquium, IDS, Mannheim

Dr. Kathrin Steyer

8.8.–5.9.1997, 4 Seminare: Ostdeutsch-Westdeutsch-Vereintes Deutsch – sprachliche Probleme eines historischen Umbruchs
 – Zwei Welten – zwei Sprachen? Zur sprachlichen Situation im geteilten Deutschland
 – Wir sind das Volk! Sprache im Herbst 1989
 – Typisch Ossi, typisch Wessi! Sprachliche Stereotype im Vereinigungsprozess
 – Können wir uns immer noch nicht verstehen? Eine aktuelle Ost-West-Bestandsaufnahme
 Internationaler Sommerkurs der hessischen Fachhochschulen, Fachhochschule Fulda

Prof. Dr. Gerhard Stickel

21.–22.11.1997, Tendenzen der deutschen Gegenwartssprache, Goethe-Institut Brüssel/Belgien

Dr. Annette Trabold

3.–4.5.1997, Verfällt die deutsche Sprache?, Warum eine Rechtschreibreform?, Welche Aufgaben hat das IDS? Lehrerfortbildung am Goethe-Institut Damaskus/Syrien

Dr. Peter Wagener

27.9.1997, Computereinsatz in Wörterbuchkanzleien, Workshop, Wörterbuchkartell, Akademie der Wissenschaften, Mainz, Pfälzisches Wörterbuch, Kaiserslautern

Dr. Ricarda Wolf

13.10.1997, Die Stiefschwestern und das Maskulinum – Zu feministischer Sprachkritik und Sprachwandel in West- und Ostdeutschland, Kurzseminar, „Frauenbrücke Ost-West“, Wiesloch
 24.–26.10.1997, Kommunikation zwischen Ost- und Westdeutschen, Vortrag mit anschließendem Workshop, „Frauenbrücke Ost-West“, Husum

4.3 Vorträge von IDS-Mitarbeitern

Prof. Dr. Joachim Ballweg

- 25.7.1997, Zeit, Temporalität und Sprache, Universität Freiburg
- 27.9.1997, Eine einheitliche Interpretation des attributiven Genitivs, Kolloquium zur Vorbereitung der Aggregation der Französischen Germanisten, Universität Nizza/Frankreich
- 12./13.12.1997, Dynamische Tempusinterpretation in parataktischen und hypotaktischen Texten, Kolloquium „Satzkomplexität in Syntax und Diskurs“, Universität Bielefeld

Dr. Birgit Barden

- 1.2.1997, Sprachliche Akkommodation und soziale Integration bei Übersiedlern und Übersiedlerinnen aus Sachsen. Ergebnisse einer Longitudinalstudie, Soziolinguistentag, Universität Heidelberg
- 28.4.1997, Sprachliche und soziale Integration: Der Einfluss von Einstellungen und sozialen Netzwerken auf sprachliche Anpassung, Deutsches Seminar, Universität Basel/Schweiz
- 26.10.1997, Sind Frauen angepasster als Männer? Sprachliche Anpassung bei Sachsen und Sächsinen in Südwestdeutschland, Kommunikation zwischen Ost- und Westdeutschen, „Frauenbrücke Ost-West“, Husum
- 31.10.1997 (zusammen mit Prof. Dr. Peter Auer und Dr. Beate Großkopf), Long-term dialect accommodation: a single case analysis of Inner-German East-West Migration and its wider implications, The Convergence and Divergence of Dialects in a Changing Europe, EFS-Network, Universität Heidelberg
- 22.11.1997, Prosodische Merkmale von Operator-Skopus-Strukturen, Funktionale Pragmatik, Universität Münster

Dr. Karl-Heinz Bausch

- 14.5.1997, Die Dutch-People in Pennsylvania, 3. Mannheimer Sprachfestival, Artes Liberales, Universität Mannheim
- 28.7.1997, Sprachwandel und Sprecherbiographie, 2. Internat. Congress of Dialectologists and Geolinguistics, Amsterdam/Niederlande
- 28.8.1997, Indirect Speech in German – Prescriptive Tradition and Language Use, Jahreskonferenz der armenischen Linguistik 1997, Staatliche Universität Yerevan/Armenien

Cyril Belica

- 25.3.1997, Diachronische Veränderungen im Sprachgebrauch: Untersuchung lexikalischen Wandels im Enzyklien-Korpus, Kolloquium „Sprachstatistik“, IDS, Mannheim

Dr. Nina Berend

- 21.3.1997, Perspektiven des Deutschen als Minderheitensprache in Ost- und Südosteuropa, Fortbildungsveranstaltung für Lehrer, Straubing

- 2.7.1997, Deutsch in Russland. Neue Entwicklungen in alten Sprachinseln, Gesellschaft für deutsche Sprache, Universität Heidelberg
 1.8.1997, Die schwierige Integration von Aussiedlern aus Russland in Deutschland, Internationaler Ferienkurs, Universität Trier

Frank Bodmer

- 4.2.1997, Sachstandsbericht Projekt SERGES (Integration gesprochener Sprache in COSMAS II/Qualitätssicherung), 8. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Frankenberg
 11.6.1997, Sachstandsbericht Projekt SERGES (Integration gesprochener Sprache in COSMAS II/Lexikographischer Arbeitsplatz) 9. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Universität der Bundeswehr, Hamburg
 8.10.1997, Sachstandsbericht Projekt SERGES (Integration gesprochener Sprache in COSMAS II/Integration von COSMAS II-in eine Lexikon-Software), 10. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Deutsch-Französisches Forschungsinstitut, Saint-Louis/Frankreich

Dr. Eva Breindl

- 9.12.1997, Das Handbuch der deutschen Konnektoren als Hypertext, Humboldt-Universität Berlin

Peter Dillinger

- 11.6.1997, Morpho-syntaktisches Tagging, 9. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Universität der Bundeswehr, Hamburg
 8.10.1997, Morpho-syntaktisches Tagging, 10. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Deutsch-Französisches Forschungsinstitut, Saint-Louis/Frankreich

Prof. Dr. Reinhard Fiehler

- 24.11.1997, Kommunikationsbedarf bei aufgabenorientierter kooperativer Tätigkeit, Graduiertenkolleg „Aufgabenorientierte Kommunikation“, Universität Bielefeld
 5.12.1997, Darstellung von Alter im Gespräch, Universität Bonn

PD Dr. Claudia Fraas

- 26.2.1997, Gebrauchswandel und Uminterpretation brisanter Wörter, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft DGfS, „Das Lexikon“, Universität Düsseldorf
 12.6.1997, Abstrakte Wörter – Gebrauchs- und Interpretationsmuster, SFB 471 „Variation und Entwicklung im Lexikon“, Universität Konstanz
 19.7.1997, Concepts in Discourse – Corpus-Based Description of Change of Use and Interpretation of Abstract Words, International Conference „Analysing Political Discourse“, Aston University of Birmingham/Großbritannien
 13.5.1997, Sprachverfall – Realität oder Wahn? Moderation der Podi-

umsdiskussion, 3. Mannheimer Sprachfestival, Artes Liberales, Universität Mannheim

Prof. Dr. Gisela Harras

27.2.1997, Zur Polysemie lokaler Präpositionen, 19. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Sprachwissenschaft DGfS, Düsseldorf

19.3.1997, A TOSCANA Application for Speech Act Verbs, International Conference on Ordinal and Symbolic Data Analysis, Technische Hochschule Darmstadt

22.5.1997, Wieso tautologische Aussagen informativ sein können, Universität Würzburg

25.5.1997, Begriffe menschlicher Kommunikation, Tagung „Die Maschinisierung des Denkens“, Evangelische Akademie, Arnoldshain

26.6.1997, Sprechaktverben in TOSCANA, Lexikographisches Kolloquium, Universität Heidelberg

3.9.1997, A Conceptual Analysis for German Speech Act Verbs, Cognitive Science Lab, Princeton University, Princeton, New Jersey/USA

3.9.1997, The Meaning of Tautological Utterances, NEC Research Group, Princeton, New Jersey/USA

11.9.1997, How to create special Speech Communities, University of Florida, Gainesville, Florida/USA

PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr

22.1.1997, „alle welt erwartet hier eine erklärung von mir“. Jacob Grimms Vorrede zum Deutschen Wörterbuch zwischen Apologie und Programm. Zur Historiographie der germanistischen Sprachwissenschaft, Seminar für Deutsche Philologie, Universität Göttingen

12.3.1997, Die Weimarer Verfassung: Tradition – Funktion – Rezeption, 33. Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache „Sprachgeschichte – Zeitgeschichte: Das 20. Jahrhundert“, IDS, Mannheim

18.3.1997, Festvortrag anlässlich des 100. Todestages von Daniel Sanders, Kulturstadamt der Stadt Neustrelitz, Siewert-Stiftung in Neustrelitz (Strelitz-Alt), Mecklenburg

7.5.1997, Sprache und Manipulation, Theologisches Studienhaus, Heidelberg

10.7.1997, Wörterbücher als Propagandainstrument. Lexikographische Methodik im Nationalsozialismus, Heidelberger Lexikographisches Kolloquium, Germanistisches Seminar, Universität Heidelberg

11.10.1997, Die kulturelle Dimension der Lexikographie, Symposium Sprachgeschichte als Kulturgeschichte, Internationales Wissenschaftsforum, Universität Heidelberg

20.11.1997, Warum halten sich Vorurteile gegen Minderheiten so hartnäckig in Wörterbüchern und anderen Werken der kollektiven Wissensvermittlung? Podiumsdiskussion, Tagung „Zigeunerstereotypen in Le-

xika und Enzyklopädien“, Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg

Dr. Klaus Heller

Unter verschiedenen Aspekten wurden Vorträge zu Norm und Variabilität in der Schreibung und insbesondere zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung und zu deren Hintergründen gehalten:

6.1.1997, Medienclub Leipzig

12.2.1997, Hessisches Institut für Lehrerfortbildung, IDS, Mannheim

27.2.1997, Goethe-Institut Brüssel/Belgien

7.–8.3.1997, Goethe-Institut Stockholm/Schweden

22.3.1997, Goethe-Institut Prag, Karls-Universität, Prag/Tschechien

8.4.1997, INTERSCHUL Berlin

18.4.1997, Staatliches Schulamt Magdeburg, Universität Magdeburg

23.4.1997, Fachkonferenz Deutsch der Hachenberg-Schule Mannheim

30.4.1997, Universität Bergen/Norwegen

2.5.1997, Hochschule Stavanger/Norwegen

17.6.1997, Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache (SVDS), Luzern/Schweiz

24.6.1997, IDS, Mannheim

25.8.1997, Universität von Island, Reykjavik/Island

28.11.1997, Herder-Institut Leipzig

28.11.1997, Evangelisches Schulzentrum, Leipzig

13.12.1997, Goethe-Institut Amsterdam/Niederlande

Dr. Manfred Hellmann

29.1.1997, Die Entwicklung der deutschen Sprache – Sprachliche Folgen der Vereinigung, Goethe-Institut Lyon/Frankreich

13.4.1997, Macht und Ohnmacht der Wörter: Emotionalität und Moralität im Sprachgebrauch der Oppositionsgruppen während und nach der Wende, Die Wörter der Macht – die Macht der Wörter, Centre Marc Bloch Berlin – Centre franco-allemand de recherches en sciences sociales, Berlin

10.9.1997, Durch gemeinsame Sprache getrennt? – Sprache und Kommunikation in Deutschland seit der Wende 1989/90, Deutsch-russisches Germanistentreffen Vologda (Russland), Deutscher Akademischer Austauschdienst DAAD, Vologda/Russland

3.10.1997, „Wir hatten eine Menge zu lernen“ – Sprache und Kommunikation nach der Wende, Süddeutscher Rundfunk, Sender S2 Kultur (Sendereihe „Aula“)

Prof. Dr. Dieter Herberg

5.2.1997, Die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung, Landesinstitut für Pädagogik und Medien, Saarbrücken

- 18.2.1997, Rechtschreibreform – Sprachfrevel oder Sprachpflege? Bildungsmesse DIDACTA, Düsseldorf
- 27.2.1997, Die Reform der Rechtschreibung, Treffpunkt Klett, Frankfurt/Main
- 13.3.1997, Schlüsselwörter – Schlüssel zur Wendezeit, 33. Jahrestagung des IDS „Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“, IDS, Mannheim
- 18.3.1997, Bewährtes bewahren?! – Die Rechtschreibreform, Treffpunkt Klett, Chemnitz
- 19.3.1997, Die Rechtschreibreform – „orthographischer Putschversuch“ oder „kleine Reform der Vernunft“?, Festvortrag anlässlich der Eröffnung des An-Instituts für deutsche Sprache und Kultur an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- 28.4.1997, Podiumsdiskussion „Rechtschreibreform und Wortneuschöpfungen in der Werbung“, Deutscher Kommunikationsverband BDW e. V., Mannheim
- 25.9.1997, Von demokratischen und anderen Aufbrüchen, Wissenschaftliches Symposium „Worte über Wörter“, Humboldt-Universität Berlin
- 2.12.1997, Die neue Rechtschreibung und ihre Geschichte, Fortbildungsveranstaltung des Hessischen Instituts für Pädagogik, Flörsheim

Prof. Dr. Werner Kallmeyer

- 15.3.1997, Zusammenarbeit und Konkurrenz im Gespräch, Inzizkofener Gespräche, Mosbach
- 22.4.1997, Others' inserts in an ongoing turn. Some sequential, grammatical and rhetoric observations, Internationales Kolloquium „Retorica e argomentazione“, Lugano/Schweiz
- 31.5.1997, Praktische Gestaltung von Sprache in den juristischen Berufen – Schriftliche Kommunikation, Tagung „Die Rechtssprache: Fachjargon und Herrschaftsinstrument“, Evangelische Akademie Loccum
- 27.8.1997, Zusammenarbeit und Konkurrenz im Gespräch, am Beispiel von Einwüfen, Wirtschaftsuniversität Helsinki/Finnland
- 17.9.1997, Koreferat zu Rita Franceschini, Zones des transitions pluri-lingues: une construction dans la réactivation de compétences marginales, Workshop du Réseau européen des laboratoires sur l'acquisition des langues, Basel/Schweiz
- 3.10.1997, Suchmaschinen, Brandmauern und das Vergnügen im Datenfluss, Autorenkolleg mit Harald Weinrich „Lethe. Kunst und Kritik des Vergessens“, Zentrum für interdisziplinäre Forschung, Universität Bielefeld
- 30.10.1997, Sprachliche Verfahren der sozialen Integration und Ausgrenzung, Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, Wien/Österreich

17.12.1997 (zusammen mit PD Dr. Inken Keim), Formelhaftes Sprechen aus soziolinguistischer Sicht, Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft, Universität Bielefeld

Dr. Heidrun Kämper

13.3.1997, Entnazifizierung – Sprachliche Ausdrucksformen eines ethischen Konzepts, „Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“, 33. Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache, IDS, Mannheim

27.10.1997, Sprachgeschichte – Zeitgeschichte. Die Tagebücher Victor Klemperers 1933–1945, Prof. Dr. G. Stötzel, Universität Düsseldorf

PD Dr. Inken Keim

23.9.1997, Herstellen von Dominanz im Gespräch durch das Dominantsetzen von Perspektiven, Germanistentag, Bonn

26.9.1997, Die Verwendung ethnischer Stereotype im interethnischen Erstkontakt: Zum Zusammenhang von Perspektivität, Interaktionsmodalität und ethnischer Selbst- und Fremddarstellung, 28. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL, Bielefeld

17.12.1997 (zusammen mit Prof. Dr. Werner Kallmeyer), Formelhaftes Sprechen aus soziolinguistischer Sicht, Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft, Universität Bielefeld

Dr. Wolfgang Klein

4.3.1997, Korpora natürlicher Gespräche am Institut für deutsche Sprache, Maschinelle Verarbeitung altdeutscher Texte 5, Institut für deutsche Philologie, Universität Würzburg

Dr. Barbara Kraft

9.1.1997, „Klar, das Augenlicht und die Schnelligkeit, das lässt im Alter natürlich nach“: Operatoren im Spannungsfeld zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit, 4. Workshop Pragmatik/Sprachlehrforschung, Münster

Dr. Ann Lawson

April 1997, English Words in Use. Compiling a Dictionary of Collocation, PALC (Practical Applications in Language Corpora), Lodz/Polen
Oktober 1997, East meets West. Creating Multilingual Resources in the European Context, Translation Equivalence, TELRI III Seminar, Montecatini/Italien

PD Dr. Katharina Meng

9.1.1997, Momente im Prozess der sprachlichen Integration, 4. Workshop „Sprachforschung, Sprachlehre“, Zentrum für Sprachforschung und Sprachlehre, Universität Münster

30.5.1997, Russlanddeutsche Sprachbiographien, Interviewwerkstatt, Institut für Germanistik, Universität Leipzig

14.6.1997, Deutsch-russische Transkripte: Schreibung, Übersetzung,

Kommentierung, 5. Workshop „Sprachforschung, Sprachlehre“, Germanisches Seminar, Universität Hamburg
 21.11.1997, Russisch-deutsch gemischtsprachige Äußerungen und ihre Wahrnehmung durch russlanddeutsche Sprecher, Funktionale Pragmatik, 4. Internationale Konferenz, Zentrum für Sprachforschung und Sprachlehre, Universität Münster

Dr. Wolfgang Mentrup

13.5.1997, Sprachverfall – Realität oder Wahn? Podiumsdiskussion, 3. Mannheimer Sprachfestival, Artes Liberales, Universität Mannheim
 5.7.1997, Reform der deutschen Rechtschreibung. Sprachverfall – Sprachwandel – Sprachpflege? Verband der Volkshochschulen Baden-Württemberg, Karlsruhe
 4.10.1997, Reform der deutschen Rechtschreibung. Sprachverfall – Sprachwandel – Sprachpflege? Literaturhaus am Inn gemeinsam mit dem Institut für Germanistik, Universität Innsbruck, Landesschulrat für Tirol
 4.10.1997, Nicht genügend? Die Rechtschreibreform in Österreich, Podiumsdiskussion, Literaturhaus am Inn gemeinsam mit dem Institut für Germanistik, Universität Innsbruck, Landesschulrat für Tirol
 14.10.1997, Reform der deutschen Rechtschreibung. Sprachverfall – Sprachwandel – Sprachpflege? Volkshochschule Biberach (Riß)

Prof. Dr. Wolfgang Motsch

15.5.1997, Semantik und Pragmatik in der Wortbildung, Institut für Germanistische Sprachwissenschaft, Universität Jena

Robert Neumann

4.2.1997, Rundfunkarchiv: Erschließung, Auswertung und Integration in den Betrieb. Ein Vorschlag für ein EU-Projekt, 8. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Frankenberg
 4.2.1997 (zusammen mit Dr. Rudolf Schmidt), Hidden Markov Modelle als Language Modell / Spracherkenner am IDS, 8. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Frankenberg
 5.3.1997, Korpora als Grundlage linguistischer Arbeit, Internationales Kolloquium „Maschinelle Verarbeitung altdeutscher Texte“, Universität Würzburg
 25.3.1997, Vorschlag für eine statistikbasierte Korpuslinguistik, Kolloquium „Sprachstatistik“, IDS, Mannheim
 21.4.1997, Aufgabe und Funktion der Korpuslinguistik für die Sprachlogistik, Arbeitskreis „Sprachstrukturen“, Fa. Dornier GmbH, Friedrichshafen.
 29.4.1997 (zusammen mit Dr. Rudolf Schmidt), The Digital Discourse Processing System DIDA. 2nd SQEL Workshop on Multi-Lingual Information, Pilsen/Tschechien

30.4.1997, COSMAS II, Jahrestagung der Academic Development Group, Kolding/Dänemark

9.6.1997, Textanalyse, Texterschließung, Informationsgewinnung, 9. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Universität der Bundeswehr, Hamburg

5.8.1997, Evidence of Yiddish Documented in European Societies -- The Technology to Filling a Gap in European Consciousness, World Congress of Jewish Studies, Jerusalem/Israel

8.10.1997, Ein systematischer Ansatz zur Sprachlogistik: SERGES-Ergebnisse, 10. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Deutsch-Französisches Forschungsinstitut, Saint-Louis/Frankreich

28.11.1997, Stand und Entwicklung COSMAS II, Arbeitstagung der Academic Development Group, Santiago de Compostela/Spanien

Pantelis Nikitopoulos

12.03.1997, Rechtschreibreform. Darstellung, Hintergründe und Probleme, Fachhochschule des Bundes für Arbeitsverwaltung und Fachhochschule des Bundes für Bundeswehrverwaltung, Bundeswehrakademie, Mannheim

10.10.1997, Wort und Gewalt. Interaktion und Manipulation, Aquarius e. V., Freiburg

Ulrich Reitemeier

28.5.1997, Aussiedler in Deutschland. Eine interaktionsanalytische Untersuchung, Wissenschaftliches Kolloquium zu Transformationsfragen, Institut für Soziologie, Universität Magdeburg

25.6.1997, Die Fremdheitsproblematik in der Aussiedlerarbeit und Konsequenzen für die Führung von Beratungsgesprächen, DRK-Landesverband Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

Prof. Dr. Hartmut Schmidt

11.3.1997, Traditionen des Formulierens – Formulierungsmuster und -moden der letzten Jahrzehnte, „Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte – Zeitgeschichte“, 33. Jahrestagung des IDS, Mannheim

25.9.1997, 60 Jahre und kein bisschen weise – wenn das Klaus-Dieter wüsste. Traditionen und Möglichkeiten von Formulierungsvariationen, Wissenschaftliches Symposium „Worte über Wörter“, Humboldt-Universität Berlin

1.11.1997, Formulierungsmuster in Historischen Geschäftsbriefen, Workshop „Historische Geschäftsbriefe“, Høgskolen i Østfold, Halden/Norwegen

Dr. Rudolf Schmidt

4.2.1997 (zusammen mit Robert Neumann), Hidden Markov Modelle als Language Modell / Spracherkenner am IDS, 8. Workshop „Studie Sprachstrukturen“, Frankenberg

25.3.1997, Polygramme und instanziierte Bigramme als Sprachmodell: Eigenschaften, Vergleich und Auswertungen, Kolloquium „Sprachstatistik“, IDS, Mannheim

29.4.1997 (zusammen mit Robert Neumann), The Digital Discourse Processing System DIDA. 2nd SQEL Workshop on Multi-Lingual Information, Pilsen/Tschechien

Dr. Reinhold Schmitt

14.1.1997, „Ich werde Sie sehen lassen“ oder: Über die Möglichkeiten und Grenzen interaktiver Kulturvermittlung, Universität Bielefeld

15.1.1997, Gebrauchsanweisungen als funktionale Texte oder: Der Versuch, etwas für den Patienten zu tun, Universität Bielefeld

Dr. Wilfried Schütte

27.8.1997, JA-ABER-Konstruktionen und andere rhetorische Formen der Berücksichtigung im Gespräch, Wirtschaftsuniversität Helsinki/Finnland

25.11.1997, Normen und Leitvorstellungen in Fernsehgesprächen, Wissenschaftliches Kolloquium zur Pragmatik und Soziolinguistik, IDS, Abt. Pragmatik/Sprachverwendung und Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft, Universität Mannheim

Helmut Schumacher

21.4.1997, Zur Konzeption der Mannheimer Valenzwörterbücher, Workshop Deutsch-Chinesisches Valenzwörterbuch, Tianjin/VR China

23.4.1997, Das Känguru frisst Schikoree. Zur deutschen Rechtschreibreform, Fremdsprachenhochschule Tianjin/VR China

25.4.1997, Mehrsprachige Valenzlexikographie, Workshop Deutsch-Chinesisches Valenzwörterbuch, Tianjin/VR China

29.4.1997, Valenztheorie von U. Engel, Valenzforschung im Deutschen und Chinesischen, Goethe-Institut, Peking/VR China

30.4.1997, Zur Valenzlexikographie für den Fremdsprachenunterricht, Valenzforschung im Deutschen und Chinesischen, Goethe-Institut, Peking/VR China

8.8.1997, Verbvalenz – Wörterbücher für DaF, XI. Internationale Deutschlehrertagung, Amsterdam/Niederlande

PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy

15.1.1997, Kommunikationsstörungen *durch* den Gesprächsprozess. Zur Entstehung von Interaktionsdilemmata durch zeitliche Komplexierung, Antrittsvorlesung, Universität Mannheim

15.7.1997, Zeitlichkeit als Kommunikationsproblem, Universität Frankfurt

25.9.1997, *David und Goliath* – Bürger in umweltpolitischen Ausein-

andersetzungen mit Behörden und Verwaltung, 28. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL, Bielefeld

Dr. Kathrin Steyer

1.10.1997, Wie Journalisten mit Sprache umgehen. Beispiel: Redewiedergabe, Modellseminar für Lokaljournalisten mit dem Thema „Zwischen Stammtisch und Pressekodex – Welche Verantwortung haben Lokaljournalisten?“, Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, Augsburg

Prof. Dr. Gerhard Stickel

27.–31.1.1997, Die Rechtschreibreform. Was steht den Deutschen und den Deutschlehrern bevor? Goethe-Institute London, York, Glasgow, Manchester, Dublin

14.5.1997, Sind Dialekte gesellschaftsfähig? Moderation der Podiumsdiskussion, 3. Mannheimer Sprachfestival, Artes Liberales, Universität Mannheim

11.9.1997, Zum Streit um die Reform der deutschen Rechtschreibung, Deutsch-russisches Germanistentreffen, Wologda/Russland.

15.9.1997, Aktuelle Tendenzen der deutschen Sprache, Lomonosov-Universität, Moskau/Russland

22.9.1997, Sprachverfall – Sprachpflege – Sprachberatung, Roundtable, Germanistentag Bonn

10.10.1997, Zum Streit um die Reform der deutschen Rechtschreibung, Europäische Akademie Bozen/Italien

Dr. Angelika Storrer

24.1.1997, Die Grammatik mit der Maus: Verbvalenz und Neue Rechtschreibung, Germanistisches Seminar, Universität Koblenz-Landau

17.3.1997, Vom Text zur Hypermedia-Anwendung: Methodisches Vorgehen bei der Hypertextualisierung nicht-standardisierter Textsorten, Linguistik und Neue Medien, 10. Jahrestagung der Gesellschaft für linguistische Datenverarbeitung GLDV, Universität Leipzig

18.3.1997, GRAMMIS: Ein grammatisches Informationssystem, Linguistik und Neue Medien, 10. Jahrestagung der Gesellschaft für linguistische Datenverarbeitung GLDV, Universität Leipzig

27.6.1997, Surfen – Browsen – Navigieren: Das sogenannte explorative Paradigma der Hypertextrezeption und seine Konsequenzen für die Hypertextgestaltung, Kolloquium „Kommunikationsmedium Computer“, Kommission für Sprachentwicklung, IDS, Mannheim

21.9.1997, GRAMMIS: Ein grammatisches Informationssystem, Autorität in Sprache, Literatur, Neuen Medien, Deutscher Germanistentag 1997, Universität Bonn

25.9.1997, Kohärenzbildungshilfen in Text und Hypertext: Ein Ver-

gleich, Themenbereich „Sprache: Das MultimediuM“, Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL, Universität Bielefeld
 26.9.1997, Zwischen Grice und Knigge: Die Netiketten des Internet, Sektion „Medienkommunikation“, Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL, Universität Bielefeld

5.12.1997, (zusammen mit Prof. Dr. Bruno Strecker) Grammatikographie mit neuen Medien, Universität Giessen

15.12.1997, Wie schreibt man einen verständlichen Hypertext? Studiengang „Hyperkommunikation“, Fachstelle für Weiterbildung, Universität Zürich

Prof. Dr. Bruno Strecker

5.12.1997 (zusammen mit Dr. Angelika Storrer), Grammatikographie mit neuen Medien, Universität Giessen

Dr. Wolfgang Teubert

1.2.1997, Collocations as Translation Equivalents. Findings from the Plato Corpus, TELRI Workshop on the Plato Corpus, Ljubljana

5.2.1997, Zum Verlust von Pluralität im politisch-gesellschaftlichen Diskurs, Gemeinsame Tagung der Arbeitskreise Politische Kulturforschung/Politische Sprache, Tutzing

12.3.1997, 100 Jahre kirchliche Soziallehre. Die Analyse eines historischen Korpus, 33. Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache, Mannheim

11.4.1997, Corpus Linguistics and Translational Semantics, 2nd Aston Corpus Seminar, Aston

18.4.1997, Corpus and Translation, TELRI 2nd European Seminar, Kaunas/Litauen

19.7.1997, The Concept of Property. A Study in Corpus-based Historical Semantics, Analysing Political Discourse Conference, Aston

15.11.1997, Translation Equivalence: Ontology versus the Corpus, Corpus Use and Learning to Translate Workshop, Bertinoro/Italien

13.12.1997, Vom sozialistischen Einheitsdiskurs zum ideologischen Pluralismus und zurück: Deutschland nach der Wende, Deutschland in den Zeiten der Kohlära. Bewegungen im Modell Deutschland. Colloquium 1997, Duisburg

Dr. Annette Tribold

13.5.1997, Sprachverfall – Realität oder Wahn?, Thesen und Podiumsdiskussion, 3. Mannheimer Sprachfestival, Artes Liberales, Universität Mannheim

18.10.1997, Aufgaben der Sprachkultur in der Bundesrepublik Deutschland, Thesen und Podiumsdiskussion, Humboldt-Universität Berlin

5.12.1997, Was ist feministische Sprachkritik?, Gymnasium „Englisches Institut“, Heidelberg

Dr. Peter Wagener

15.7.1997, Digitalisierung. Zur Rettung und Modernisierung von Spracharchiven, Abteilung für germanistische Linguistik und Dialektologie, Universität Bayreuth

9.10.1997, Sound Archives of Spoken German. Annual Conference of the International Association of Sound Archives, Muscat Oman

30.10.1997, Die Datenbank 'Gesprochenes Deutsch' des Instituts für deutsche Sprache, Seminar für deutsche Philologie, Universität Göttingen

Dr. Ricarda Wolf

27.09.1997, Deutsch-polnische Titelsuche - ein interaktionsstrukturelles oder interkulturelles Problem? Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL, Sektion „Kontrastive Linguistik/Interkulturelle Kommunikation“, Universität Bielefeld

5. Publikationen von IDS-Mitarbeitern**Prof. Dr. Joachim Ballweg**

Ballweg, Joachim (1997): Die Männer sind alle Verbrecher. Zum Status „gefloateter Quantoren“ In: Dürscheid, Christa/Ramers, Karl Heinz/Schwarz, Monika (Hg.): Sprache im Fokus. Festschrift für Heinz Vater zum 65. Geburtstag. Tübingen. S. 189-203.

Ballweg, Joachim (1997): Nominalphrasen. In: Zifonun, Gisela/Hoffmann, Ludger/Strecker, Bruno u. a.: Grammatik der deutschen Sprache. Berlin u. a. S. 1923-1987, S. 2047-2072.

Ballweg, Joachim (1997): Satzadverbialia. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 1121-1177.

Ballweg, Joachim (1997): Tempus. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 1684-1721.

Ballweg, Joachim/Frosch, Helmut/Zifonun, Gisela (1997): Kategoriale Funktionalstruktur. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 960-1025.

Dr. Karl-Heinz Bausch

Bausch, Karl-Heinz (1997): „In other words – was gschwind in English ded's mena?“. Beobachtungen zum Pennsylvaniadeutsch heute. In: Sprachreport 4, S. 1-6.

Bausch, Karl-Heinz (1997): Die indirekte Rede – Grammatiktradition und Sprachwirklichkeit. In: Sprachwissenschaftliche Akten der Staatlichen Universität Yerevan. Yerevan.

Wagener, Peter/Bausch, Karl-Heinz (1997): Tonaufnahmen des gesprochenen Deutsch. Dokumentation der Bestände von sprachwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Archiven. Tübingen. 252 S. (PHONAI 40).

Franz-Josef Berens

Wimmer, Rainer/Berens, Franz-Josef (Hg.): Wortbildung und Phraseologie. Tübingen. 271 S. (Studien zur deutschen Sprache 9).

Dr. Ursula Brauße

Brauße, Ursula (1997): Abtönungspartikeln. In: Zifonun, Gisela/Hoffmann, Ludger/Strecker, Bruno u. a.: Grammatik der deutschen Sprache. Berlin u. a. S. 1206–1236.

Brauße, Ursula (1997): Konnektoren im Wörterbuch: Konjunktionen, Adverbien, Partikeln. In: Konerding, Klaus-Peter/Lehr, Andrea (Hg.): Linguistische Theorie und lexikographische Praxis. Tübingen. S. 99–108. (Lexicographica. Series Maior 82).

Dr. Eva Breindl

Breindl, Eva/Engel, Ulrich (1997): Klassen von Komplementen. In: Zifonun, Gisela/Hoffmann, Ludger/Strecker, Bruno u. a.: Grammatik der deutschen Sprache. Berlin u. a. S. 1064–1118.

Dr. Jarochna Dabrowska

Dabrowska, Jarochna (1997): Das Bild der Polen in der deutschen Presse. Ein textlinguistischer Zugang. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 180–208. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Katarzyna Diesing-Sosnowska

Diesing-Sosnowska, Katarzyna/Diesing, Frank: Bericht über eine Umfrage. In: Sprachreport 3, S. 5.

Dr. Mechthild Elstermann

Elstermann, Mechthild (1997): Distanz im Kontakt. Über den schwierigen Umgang mit Störendem in deutsch-polnischen Begegnungen. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 144–168. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Elstermann, Mechthild/Keim, Inken/Schmitt, Reinhold/Wolf, Ricarda (1997): Einleitung. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 1–25. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Prof. Dr. Reinhard Fiehler

Fiehler, Reinhard (Hg.) (1997): Verständigungsprobleme und gestörte Kommunikation. Opladen. 305 S.

Fiehler, Reinhard (1997): Verständigungsprobleme und gestörte Kommunikation. Einführung in die Thematik. In: Fiehler, Reinhard (Hg.): Verständigungsprobleme und gestörte Kommunikation. Opladen. S. 7–15.

- Fiehler, Reinhard (1997): Kommunikation im Alter und ihre sprachwissenschaftliche Analyse. Gibt es einen Kommunikationsstil des Alters? In: Selting, Margret/Sandig, Barbara (Hg.): Sprech- und Gesprächsstile. Berlin/New York. S. 345–370.
- Fiehler, Reinhard (1997): Sprache und Kommunikation im Alter. In: Zegelin, Angelika (Hg.): Sprache und Pflege. Wiesbaden. S. 77–92 (Auszugsweise vorabgedruckt als: Fiehler, Reinhard (1996): „Wie's zu unserer Zeit noch war“. Kommunikation mit alten Menschen. In: Altenpflege Forum. 4/4. S. 115–124.).
- Fiehler, Reinhard (1997): Training: Optimierung persönlicher und telefonischer Reklamationsgespräche. In: Obermann, Christof/Schiel, Frank (Hg.): Trainingspraxis. Köln. S. 39–56.
- Duwe, Ingo/Fiehler, Reinhard/Kindt, Walther (1997): Die bessere Sprache: Text- und Kommunikationsgestaltung. In: Bielefelder Linguistik (Hg.): Linguistik. Die Bielefelder Sicht. Bielefeld. S. 99–102.

PD Dr. Claudia Fraas

- Fraas, Claudia (1997): Bedeutungsvarianz und Gebrauchswandel in Diskurstexten – Ein Beitrag zur Fundierung von Begriffsgeschichte. In: Pohl, Inge (Hg.): Methodologische Aspekte der Semantikforschung. Frankfurt/Main. S. 163–180.
- Fraas, Claudia (1997): Bedeutungskonstitution im Diskurs – Intertextualität über variierende Wiederaufnahme diskursiv zentraler Konzepte. Eine exemplarische Analyse. In: Klein, Josef/Fix, Ulla (Hg.): Textbeziehungen. Linguistische und literaturwissenschaftliche Beiträge zur Intertextualität. Tübingen. S. 219–234.
- Fraas, Claudia (1997): „Die *sozialistische Nation* – sie war eine Chimäre“. Interpretationsmuster und Interpretationskonflikte. In: Deutsche Sprache 25/2, S. 103–113.

Katrin Freese

- Storrer, Angelika/Freese, Katrin (1997): Wörterbücher im Internet. In: Deutsche Sprache 24/2, S. 97–153.
- Freese, Katrin (Bearb.) (1997): Dokumentation zur Germanistischen Sprachwissenschaft: Sprachwissenschaftliche Forschungsvorhaben. 6. Aufl. Mannheim. Zugänglich unter: <http://www.ids-mannheim.de/oea/forsch/>

Helmut Frosch

- Frosch, Helmut (1997): Durch Supplemente erweiterte Nominalphrasen. In: Zifonun, Gisela/Hoffmann, Ludger/Strecker, Bruno u. a.: Grammatik der deutschen Sprache. Berlin u. a. S. 1987–2035
- Ballweg, Joachim/Frosch, Helmut/Zifonun, Gisela (1997): Kategoriale Funktionalstruktur. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 960–1025.

Frosch, Helmut (1997): Verbgruppenadverbialia. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 1177–1206.

Frosch, Helmut (1997): VG-Adverbiale. Prädikatmodifikation und Komplementbezug. In: Sprachtheorie und germanistische Linguistik 6, S. 7–26.

Prof. Dr. Gisela Harras

Harras, Gisela (1997): Fremdes in der deutschen Wortbildung. In: Wimmer, Rainer/Berens, Franz-Josef (Hg.): Wortbildung und Phraseologie. Tübingen. S. 115–131.

Harras, Gisela (1997): Idiome. In: Konerding, Klaus-Peter/Lehr, Andrea (Hg.): Linguistische Theorie und lexikographische Praxis. Tübingen. S. 51–60. (Lexicographica. Series Maior 82).

Harras, Gisela (1997): Intertextualität. Ein Analysebeispiel. In: Wiegand, Herbert-Ernst et al. (Hg.): Fachsprachen. 1. Halbband. Berlin/New York. S. 600–610. (Handbücher für Sprache und Kommunikation 14.1).

Harras, Gisela (1997): Rezension von G. Brünner & G. Graefen (Hg.): Texte und Diskurse. In: Linguistische Berichte 170, S. 359–366.

PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr

Haß-Zumkehr, Ulrike (1997): „alle welt erwartet hier eine erkläring von mir“ – Jacob Grimms Vorrede zum Deutschen Wörterbuch zwischen Apologie und Programm. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 25/1, S. 1–23.

Haß-Zumkehr, Ulrike (1997): Die Archivsituation zur Erforschung jüdischer Philologinnen und Philologen. In: Mitteilungen des Marbacher Arbeitskreises für Geschichte der Germanistik 11/12, 15.7.1997, S. 44–52.

Haß-Zumkehr, Ulrike (1997): Festvortrag anlässlich des 100. Todestages von Daniel Sanders. In: Carolinum. Historisch-literarische Zeitschrift. 60/118, S. 21–30.

Haß-Zumkehr, Ulrike (1997): Von Umweltmessen und Öko-Schafen. Die sprachliche Konstitution von Umwelt. In: Sprachreport 3, S. 1–3.

Dr. Klaus Heller

Heller, Klaus (1997): Rechtschreibreform. Eine Zusammenfassung von Dr. Klaus Heller. Sprachreport-Extraausgabe, Januar 1997. Herausgegeben vom Institut für deutsche Sprache, Mannheim. Durch Werbeseiten erweiterter Nachdruck der Ausgabe vom Juli 1996. 24. S.

Nachdrucke sind u. a. erschienen in:

Rechtschreibreform. Servicepaket 1: Grundlagen, Didaktik, Programm. Hessisches Institut für Lehrerfortbildung. Fulda. Februar 1997, S. 35–59.

- Journal of the simplified spelling society 21/1, S. 22–23 (stark gekürzt, in englischer Sprache).
- Deutschunterricht für Ungarn (DUfU) 3/1996, S. 14–37 (mit Vorbemerkungen von Regina Hessky).
- Deutsch in Fokus + Sprachreport 2. BNB Universum idegennyelvű könyvesbolt. Szeged.
- Der Standard (Wien), 2.7.1997 (Bildung und Wissenschaft: Die neue Rechtschreibung), S. A2-A4.
- Neues deutsches Wörterbuch. Naumann und Göbel, Köln o.J. (1997), S. VI-XVI (gekürzt).
- Das neue deutsche Wörterbuch für Schule und Beruf, Heyne-Verlag. S. VIII-XXIII (Helfer = Heller).
- Heller, Klaus (1997): Die deutsche Sprache lebt. Orthografischer Konservatismus ist nicht dienlich. In: Schwarzwälder Bote, 17.1.1997, Beilage „Alltag und Wissen“, Nr. 3.
- Heller, Klaus (1997): Pro Rechtschreibreform. In: com! Das Online-Magazin. Heft 2, S. 76.
- Heller, Klaus (1997): Kollektivismus und Eigenbrötelei – Kein westöstlicher Diwan. In: Barz, Irmhild/Fix, Ulla: Deutsch-deutsche Kommunikationserfahrungen im arbeitsweltlichen Alltag. Heidelberg. (Sprache, Literatur und Geschichte 16).
- Heller, Klaus (1997): Verstaubte Ansichten. In: Stuttgarter Nachrichten, 8.2.1997, S. 19.
- Heller, Klaus (1997): Die Rechtschreibreform. Eine Zusammenfassung von Dr. Klaus Heller. Enzyklopädischer Verlag, 1996 (= Nachdruck der „Sprachreport“-Extraausgabe vom Januar 1996).
- Heller, Klaus (1997): Gegen orthografischen Konservatismus. In: Deutsche Lehrerzeitung, 7–8, 20.2.1997, S. 13. Nachdruck in: Leipziger Blätter 30 (Jubiläumsausgabe), S. 60–61: Wider den orthografischen Konservatismus.
- Heller, Klaus (1997): Das behände Känguru. In: DAAD Letter. Hochschule und Ausland 1, März 1997, S. 24.
- Nachdrucke in:
- Lingua Zeitschrift des schwedischen Fremdsprachenlehrerverbandes (LMS) 3, S. 26–27: Von Känguru, Kuss und Balletttänzern – Zuordnung von Lauten und Buchstaben.
- FHTW-Informationsblatt der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin, 3. Juni 1997, S. 19.
- Heller, Klaus (1997): Ohne Bruch mit Sprachtradition. Regelwerk dem Sprachwandel anpassen. In: Westfalen-Blatt „Rechtschreibreform“, 22.2.1997, S. 3–18.
- Heller, Klaus (1997): Rechtschreibung 2000. Lizenzausgabe für Litauen und Estland. Kaunas und Lizenzausgabe für Polen. Poznan o.J.

- Heller, Klaus (1997): Rechtschreibkommission beim IDS. In: Sprachreport 3, S. 14–15.
- Heller, Klaus (1997): Geleitwort zu „Rechtschreiblich. Mit Recht rechtgeschrieben“ von Paul Catteeuw und Gerd Wils. Kapellen 1997.
- Heller, Klaus (1997): Fremde Wörter heimisch gemacht. Die neue Rechtschreibung (2). In: DAAD Letter. Hochschule und Ausland 2, Juni 1997, S. 23. Nachdrucke in:
Lingua Zeitschrift des schwedischen Fremdsprachenlehrerverbandes (LMS) 4, S. 36–37.
- FHTW-Informationsblatt der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: Fremdwörter doch Glückssache? 4, Oktober 1997, S. 19.
- Heller, Klaus (1997): Großschreibung im Wortinnern? Nachdruck aus „Sprachreport“ 3/96 in: Sprachspiegel, 3, S. 98–100.
- Heller, Klaus (1997): Klein und groß für Groß und Klein. Die neue Rechtschreibung (3). In DAAD Letter. Hochschule und Ausland, 3, September 1997, S. 23.
- Nachdrucke in:
Lingua Zeitschrift des schwedischen Fremdsprachenlehrerverbandes (LMS), 5.
- Heller, Klaus (1997): Mehr Freiheit für den Bindestrich. Die neue Rechtschreibung (4). In: DAAD Letter. Hochschule und Ausland, 4.
- Heller, Klaus (1997): Rechtschreibreform: Turbulenzen. Und wie weiter? In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes 4.
- Heller, Klaus (1997): Rechtschreibreform – kein Ende der Turbulenzen. In: Mitteilungen der Alexander von Humboldt Stiftung (AvH-Magazin), Dezember 1997.
- Heller, Klaus/Güthert, Kerstin (1997): Das Märchen von tausendundeiner Differenz. Vergleichsstudie zur Quantität und Qualität der Abweichungen zwischen den marktführenden Wörterbüchern vor und nach Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung. In: Muttersprache 4, S. 339–353 (auch im Internet: <http://www.ids-mannheim.de/reform/maerchen.html>)
- Heller, Klaus/Scharnhorst, Jürgen (1997): Kommentar zum Wörterverzeichnis. In: Augst, Gerhard/Blüml, Karl/Nerius, Dieter/Sitta, Horst (Hg.): Zur Neuregelung der deutschen Orthographie. Begründung und Kritik. Tübingen. S. 269–290. (Germanistische Linguistik 179).
- Heller, Klaus (1997): Kein Schaden für die Sprache. In: DAG-Journal, 1.12.1997 (Pro und kontra).

Dr. Manfred Hellmann

Hellmann, Manfred W. (1997): Gefühlswörter, Wörter der Moral und Ethik in Texten der Wendezeit – Sprachliche Revolution oder Kommunikationsbarriere? In: Barz, Irmhild/Fix, Ulla unter Mitarbeit von

- Marianne Schröder (Hg.): Deutsch-deutsche Kommunikationserfahrungen im arbeitsweltlichen Alltag. Heidelberg. S. 113–152 (Sprache – Literatur und Geschichte. Studien zur Linguistik/Germanistik 16).
- Hellmann, Manfred W. (1997): Das „kommunistische Kürzel BRD“ – Zur Geschichte des öffentlichen Umgangs mit den Bezeichnungen für die beiden deutschen Staaten. In: Barz, Irmild/Schröder, Marianne (Hg.): Nominationsforschung im Deutschen. Festschrift für Wolfgang Fleischer zum 75. Geburtstag. Frankfurt/Main u. a. S. 93–107.
- Hellmann, Manfred W. (1997): Tendenzen der sprachlichen Entwicklung seit 1989 im Spiegel der Forschung. In: Der Deutschunterricht 1, S. 17–32.

Prof. Dr. Dieter Herberg

- Herberg, Dieter (1997): Aussageabsicht als Schreibungskriterium – ein alternatives Reformkonzept für die Regelung der Getrennt- und Zusammenschreibung (GZS). In: Augst, Gerhard/Blüml, Karl/Nerius, Dieter/Sitta, Horst (Hg.): Zur Neuregelung der deutschen Orthographie. Begründung und Kritik. Tübingen. S. 365–378. (Germanistische Linguistik 179).
- Herberg, Dieter (1997): *Beitritt, Anschluß* oder was? Heteronominativität in Texten der Wendezeit. In: Barz, Irmhild/Schröder, Marianne (Hg.): Nominationsforschung im Deutschen. Festschrift für Wolfgang Fleischer zum 75. Geburtstag. Frankfurt/Main. S. 109–116.
- Herberg, Dieter (1997): Neologismen im allgemeinen Wörterbuch oder Neologismenwörterbuch? Zur Lexikographie von Neologismen. In: Konerding, Klaus-Peter/Lehr, Andrea (Hg.): Linguistische Theorie und lexikographische Praxis. S. 61–68. (Lexicographica. Series Maior 82).
- Herberg, Dieter (1997): Vorwort zu: Adolphs, Ulrich, Der neue Rechtschreib-Trainer. Gütersloh.
- Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (1997): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Berlin/New York. VII/521 S. (Schriften des Instituts für deutsche Sprache 6).

Dr. Ursula Hoberg

- Hoberg, Ursula (1997): Die Linearstruktur des Satzes. In: Zifonun, Gisela/Hoffmann, Ludger/Strecker, Bruno u. a.: Grammatik der deutschen Sprache. Berlin u. a. S. 1495–1680.
- Hoberg, Rudolf/Hoberg, Ursula (1997): Der kleine Duden. Deutsche Grammatik. 2. überarb. Aufl. Mannheim. 420 S.

Prof. Dr. Werner Kallmeyer

- Kallmeyer, Werner (1997): Vom Nutzen des technologischen Wandels in der Sprachwissenschaft: Gesprächsanalyse und automatische Sprachverarbeitung. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 107, S. 124–152.

Dr. Heidrun Kämper

Deutsches Fremdwörterbuch. Begonnen von Hans Schulz, fortgeführt von Otto Basler, 2. Auflage, völlig neu bearbeitet im Institut für deutsche Sprache, bearbeitet von Gerhard Strauß (Leitung/Redaktion), Heidrun Kämper, Isolde Nortmeyer, Rosemarie Schnerrer, Oda Vietze. Band 3: Baby – Cutter. Berlin/New York. 852 S.

Henne, Helmut/Kämper, Heidrun/Objartel, Georg (1997): Das Wörterbuch im Visier – Hermann Pauls systematische Arbeit. 100 Jahre Deutsches Wörterbuch (1897–1997). In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 25, S. 167–199.

PD Dr. Inken Keim

Keim, Inken (1997): Eine Biographie im deutsch-polnischen Kontext: Marginalität, kulturelle Uneindeutigkeit und Verfahren der Tabuisierung. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 253–303. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Keim, Inken (1997): Formelhaftes Sprechen als konstitutives Merkmal sozialen Stils. In: Selting, Margret/Sandig, Barbara (Hg.) (1997): Sprech- und Gesprächsstile. Berlin/New York. S. 318–344.

Elstermann, Mechthild/Keim, Inken/Schmitt, Reinhold/Wolf, Ricarda (1997): Einleitung. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 1–25. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Dr. Michael Kinne

Kinne, Michael (1997): Neologismus und Neologismenlexikographie im Deutschen. Zur Forschungsgeschichte und zur Terminologie, über Vorbilder und Aufgaben. In: Deutsche Sprache 23/4, S. 327–358.

Kinne, Michael (1997): Türen schließen selbsttätig. In: Sprachreport 4, S. 15.

Kinne, Michael (1997): Und sieht auch noch gut aus. In: Der Sprachdienst 6, S. 196 f.

Dr. Wolfgang Klein

Schröder, Peter/Klein, Wolfgang/Nothdurft, Werner/Reitemeier, Ulrich (1997): Schlichtungsgespräche verstehen. Exemplarische Fallanalyse einer Güteverhandlung vor dem Schiedsmann. In: Schröder, Peter (Hg.): Schlichtungsgespräche. Ein Textband mit einer exemplarischen Analyse. Berlin/New York. S. 16–52. (Schriften des Instituts für deutsche Sprache 5.3).

Dr. Barbara Kraft

Kraft, Barbara (1997): Klassische Texte und Autoren der modernen

Sprachwissenschaft. Rezension zu Ludger Hoffmann (Hg.): Sprachwissenschaft. Ein Reader. Berlin/New York. 1996. In: Sprachreport 4, S. 13–14.

Lanzen, Christina/Kraft, Barbara (1997): Entwicklung des Widersprechens bei Vorschulkindern. Berlin. (Studien zur Grundschulpädagogik 3).

PD Dr. Katharina Meng

Hommel, Kerstin/Meng, Katharina (1997): Bildbezogene und bildunabhängige Ereignisdarstellungen in der Erwachsenen-Kind-Kommunikation. 2 Bände. Berlin. (Studien zur Grundschulpädagogik 2).

Dirk Michel

Michel, Dirk (1997): Zur 33. Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache. In: Sprachreport 2, S. 13.

Isolde Nortmeyer

Deutsches Fremdwörterbuch. Begonnen von Hans Schulz, fortgeführt von Otto Basler, 2. Auflage, völlig Neubearbeitet im Institut für deutsche Sprache, bearbeitet von Gerhard Strauß (Leitung/Redaktion), Heidrun Kämper, Isolde Nortmeyer, Rosemarie Schnerrer, Oda Vietze. Band 3: Baby – Cutter. Berlin/New York. 852 S.

Ulrich Reitemeier

Schröder, Peter/Klein, Wolfgang/Nothdurft, Werner/Reitemeier, Ulrich (1997): Schlichtungsgespräche verstehen. Exemplarische Fallanalyse einer Güteverhandlung vor dem Schiedsmann. In: Schröder, Peter (Hg.): Schlichtungsgespräche. Ein Textband mit einer exemplarischen Analyse. Berlin/New York. S. 16–52 (Schriften des Instituts für deutsche Sprache 5.3).

Vera de Ruiter

de Ruiter, Vera (1997): Kontrastives Sommer-„Mini“-Valenzkolloquium im IDS (Mannheim, 16. Juli 1996). In: Deutsche Sprache 23/4, S. 382–384.

Prof. Dr. Joachim Schildt

Schildt, Joachim (1997): Rezension: Reichmann, Oskar, Wegera, Klaus-Peter (1993): Frühneuhochdeutsche Grammatik, von Robert Peter Ebert, Oskar Reichmann, Hans-Joachim Solms und Klaus-Peter Wegera. Tübingen. In: Zeitschrift für deutsche Philologie 116/1, S. 113–117.
Schildt, Joachim (1997): Rezension: Roelcke, Torsten (1995): Periodisierung der deutschen Sprachgeschichte. Analysen und Tabellen. Berlin/New York. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Sprache und Literatur 119/2, S. 282–285.

Marcel Schilling

Schilling, Marcel (1997): „So Männa, kompliment, drei null das is natürlich schon ne tolle leistung“. Kommunikation von Fußballern in der Halbzeitpause. In: Sprachreport 2, S. 1–5.

Prof. Dr. Hartmut Schmidt

Schmidt, Hartmut (1997): Jacob Grimm, Hans Ferdinand Maßmann und die gotischen Handschriften der Ambrosiana. In: Reyer, Ruth/Friemel, Berthold (Hg.): Brüder Grimm Gedenken, 12. Stuttgart. S. 137–146.

Schmidt, Hartmut (1997): Plädoyer für eine moderne korpusbasierte deutsche Wortschatzforschung. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 27/106, S. 19–29.

Schmidt, Hartmut (1997): Real existierende Formelvariation. In: Konerding, Klaus-Peter/Lehr, Andrea (Hg.): Linguistische Theorie und lexicographische Praxis. S. 33–50. (Lexicographica. Series Maior 82).

Dr. Reinhold Schmitt

Reinhold Schmitt (1997): „Ich werde sie sehen lassen“ oder: Über die Möglichkeiten interaktiver Kulturvermittlung. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 26–71. (Studien zur Deutschen Sprache 8).

Schmitt, Reinhold (1997) in Zusammenarbeit mit Wolf-Andreas Liebert und Heike Rettig für Boehringer Mannheim GmbH: Konzeption und Erstellung der Gebrauchsanleitungen der Blutzuckermessgeräte DiaSTAR® und Glucotrend® premium.

Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.) (1997): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. 345 S. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Elstermann, Mechthild/Keim, Inken/Schmitt, Reinhold/Wolf, Ricarda (1997): Einleitung. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 1–25. (Studien zur Deutschen Sprache 8).

Dr. Rosemarie Schnerrer

Deutsches Fremdwörterbuch. Begonnen von Hans Schulz, fortgeführt von Otto Basler, 2. Auflage, völlig neu bearbeitet im Institut für deutsche Sprache, bearbeitet von Gerhard Strauß (Leitung/Redaktion), Heidrun Kämper, Isolde Nortmeyer, Rosemarie Schnerrer, Oda Vietze. Band 3: Baby – Cutter. Berlin/New York. 852 S.

Dr. Wilfried Schütte

Schütte, Wilfried (1997): „Neue Medien? Altes in Neuen und Neues in alten Medien.“ Bericht zum Kolloquium der Kommission für Sprachentwicklung (Mannheim, 28.–29.6.1996). In: Deutsche Sprache 24/3, S. 283–288.

PD Dr. Thomas Spranz-Fogasy

Spranz-Fogasy, Thomas (1997): Interaktionsprofile. Die Herausbildung individueller Handlungstypik in Gesprächen. Opladen. 275 S.

Dr. Doris Steffens

Steffens, Doris (1997): Rezension: Von „Buschzulage“ und „Ossinachweis“. In: Sprachreport 4, S. 12–13.

Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (1997): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Berlin/New York. VII/521 S. (Schriften des Instituts für deutsche Sprache 6).

Dr. Kathrin Steyer

Steyer, Kathrin (1997): Irgendwie hängt alles mit allem zusammen. Grenzen und Möglichkeiten einer linguistischen Kategorie 'Intertextualität'. In: Klein, Josef/Ulla Fix (Hg.): Textbeziehungen. Linguistische und literaturwissenschaftliche Beiträge zur Intertextualität. Tübingen. S. 83–106.

Steyer, Kathrin (1997): Reformulierungen. Sprachliche Relationen zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs. Tübingen. 294 S. (Studien zur deutschen Sprache 7).

Prof. Dr. Gerhard Stickel

Stickel, Gerhard (1997): Angewandte und abgewandte kontrastive Linguistik. In: Lepa, Karl/Sommerhage, Claus (Hg.): Triangulum – Germanistisches Jahrbuch für Estland, Lettland und Litauen. Tartu. S. 38–51.

Stickel, Gerhard (Hg.) (1997): Varietäten des Deutschen. Regional- und Umgangssprachen. Jahrbuch 1996 des Instituts für deutsche Sprache. Berlin/New York. VI/476 S. (Jahrbücher des Instituts für deutsche Sprache).

Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.) (1997): Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. 345 S. (Studien zur deutschen Sprache 8).

Dr. Angelika Storrer

Storrer, Angelika (1997): Grammatikographie mit Neuen Medien: Erfahrungen beim Aufbau eines grammatischen Informationssystems. In: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 27/106, S. 46–77.

Storrer, Angelika (1997): Kohärenzbildungshilfen in Text und Hypertext: Ein Vergleich. Elektronisch publiziert als Hypertext (Toolbook 4.0-Runtime), zugänglich unter: <http://www.ids-mannheim.de/grammis/storrer/vortrag.html>.

Storrer, Angelika (1997): Surfen – Browsen – Navigieren: Formen der Hypertextrezeption und deren Konsequenzen für die Hypertextgestaltung.

- Elektronisch publiziert als Hypertext (Toolbook 4.0-Runtime), zugänglich unter: <http://www.ids-mannheim.de/grammis/storrer/evortrag.html>.
- Storrer, Angelika (1997): Vom Text zum Hypertext – Die Produktion von Hypertexten auf der Basis „traditioneller“ wissenschaftlicher Texte. In: Knorr, Dagmar/Jakobs, Eva-Maria (Hg.): Textproduktion in elektronischen Umgebungen. Frankfurt/Main. S. 121–139.
- Storrer, Angelika/Freese, Katrin (1997): Wörterbücher im Internet. In: Deutsche Sprache 24/2, S. 97–153.

Dr. Gerhard Strauß

- Deutsches Fremdwörterbuch. Begonnen von Hans Schulz, fortgeführt von Otto Basler, 2. Auflage, völlig neu bearbeitet im Institut für deutsche Sprache, bearbeitet von Gerhard Strauß (Leitung/Redaktion), Heidrun Kämper, Isolde Nortmeyer, Rosemarie Schnerrer, Oda Vietze. Band 3: Baby – Cutter. Berlin/New York. 852 S.

Prof. Dr. Bruno Strecker

- Strecker, Bruno (1997): Ach, wie war es ehemals mit dem Bezeichnen so bequem. In: Sprachreport 4, S. 11–12.
- Strecker, Bruno (1997): Die Argumente des Prädikats. In: Zifonun, Gisela/Hoffmann, Ludger/Strecker, Bruno u. a.: Grammatik der deutschen Sprache. Berlin u. a. S. 727–787.
- Strecker, Bruno (1997): Aufbauende Operationen. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 788–898.
- Strecker, Bruno (1997): Grammatik aus funktionaler Sicht. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 595–604.
- Strecker, Bruno (1997): Das Prädikat. In: Zifonun et al., a. a. O., S. 676–726.

Dr. Elke Tellenbach

- Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (1997): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. Berlin/New York. VII/521 S. (Schriften des Instituts für deutsche Sprache 6).

Dr. Wolfgang Teubert

- Teubert, Wolfgang (1997): Language Resources for Language Technology. In: Tufis, Dan/Andersen, Poult (Hg.): Recent Advances in Romanian Language Technology. Bucuresti. S. 23–34. (Editura Academiei Romane).
- Teubert, Wolfgang (1997): Translation: Ontologies for Multilingual Applications? In: Proceedings of the Workshop „Corpus Use and Learning to Translate“. Bertinori/Forlì. Zugänglich unter: <http://www.sslmit.unibo.it/cult.htm>.
- Teubert, Wolfgang (1997): Translation and the Corpus. In: Marcinkevici-

ne, Ruta/Volz, Norbert (Hg.): The 2nd European Seminar Language Applications for a Multilingual Europe. Kaunas. S. 143–160. (Printing House of the Lithuanian Institute of Information Vilnius).

Oda Vietze

Deutsches Fremdwörterbuch. Begonnen von Hans Schulz, fortgeführt von Otto Basler. 2. Auflage, völlig neu bearbeitet im Institut für deutsche Sprache, bearbeitet von Gerhard Strauß (Leitung/Redaktion), Heidrun Kämper, Isolde Nortmeyer, Rosemarie Schnerrer, Oda Vietze. Band 3: Baby – Cutter. Berlin/New York. 852 S.

Dr. Peter Wagoner

Wagoner, Peter (1997): The Digitisation of Dialects. Databases and Sound Documents in the Archives of Spoken German. In: *iasa journal* 10, S. 9–22.

Wagoner, Peter (1997): Nach 40 Jahren. Zu individuellen Veränderungen gesprochener Sprache. In: Stickel, Gerhard (Hg.): *Varietäten des Deutschen. Regional- und Umgangssprachen. Jahrbuch 1996 des Instituts für deutsche Sprache. Berlin/New York. S. 291–307. (Jahrbücher des Instituts für deutsche Sprache).*

Wagoner, Peter/Bausch, Karl-Heinz (1997): *Tonaufnahmen des gesprochenen Deutsch. Dokumentation der Bestände von sprachwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Archiven. Tübingen. 252 S. (Phonai 40).*

Dr. Ricarda Wolf

Wolf, Ricarda (1997): Dumm gelaufen: Strukturelle Gründe für das Schicksal einer Gesprächsinitiative. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): *Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 72–115 (Studien zur deutschen Sprache 8).*

Wolf, Ricarda (1997): Zur stilistischen Relevanz intonatorischer Kontrastierung beim Formulieren. In: Selting, Margret/Sandig, Barbara (Hg.): *Sprech- und Gesprächsstile. Berlin/New York. S. 44–93.*

Elstermann, Mechthild/Keim, Inken/Schmitt, Reinhold/Wolf, Ricarda (1997): Einleitung. In: Schmitt, Reinhold/Stickel, Gerhard (Hg.): *Polen und Deutsche im Gespräch. Tübingen. S. 1–25.*

6. Kontakte des IDS zu anderen Institutionen, Studienaufenthalte und Besuche in- und ausländischer Wissenschaftler am IDS, Praktika, Besuchergruppen

6.1 Kontakte zu anderen Institutionen

Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Bonn
Arbeitskreis der Sprachzentren, Sprachlehrinstitute und Fremdspracheninstitute

Arbeitskreis für siebenbürgische Landeskunde, Gundelsheim
Arbeitsstelle Deutsches Wörterbuch, Berlin
Arbeitsstelle Deutsches Wörterbuch, Göttingen
Arbeitsstelle „Sprache in Südwestdeutschland“, Tübingen
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin
DANTE. Deutschsprachige Anwendervereinigung TEX e. V., Heidelberg
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn
Deutsche Gesellschaft für Sprachwissenschaft (DGfS)
Deutsche Gesellschaft für Dokumentation (DGD), Frankfurt a. M.
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn
Deutscher Germanistenverband
Deutscher Sprachatlas, Marburg
DIN-Normenausschuß Terminologie, Berlin
Dudenredaktion des Bibliographischen Instituts, Mannheim
EURALEX, European Association for Lexicography, Exeter
Fachverband Deutsch als Fremdsprache
Fachverband Moderne Fremdsprachen
Fremdsprachenhochschule Tianjin, VR China
Fritz-Thyssen-Stiftung, Köln
GLDV, Gesellschaft für linguistische Datenverarbeitung, Frankfurt
Geisteswissenschaftliches Zentrum Allgemeine Sprachwissenschaft,
Berlin
Gesellschaft für angewandte Linguistik e. V. (GAL)
Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS), Wiesbaden
Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH, Bonn
Goethe-Institut, München
Hugo-Moser-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft,
Essen
Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart
Inter Nationes, Bonn
International Association of Sound Archives (IASA)
Institut für niederdeutsche Sprache (INS), Bremen
Laboratoire d'Automatique Documentaire et Linguistique (LADL), Paris
Max-Planck-Institut für Psycholinguistik, Nijmegen
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien
Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart
Russische Akademie der Wissenschaften, Institut für russische Sprache,
Moskau
Stiftung Volkswagenwerk, Hannover
Universitäten Mannheim und Heidelberg sowie zahlreiche germanisti-
sche Institute an weiteren Universitäten und Hochschulen im In- und
Ausland
Verein zur Förderung sprachwissenschaftlicher Studien, Berlin

Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL), künftig: Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL)

6.2 Studienaufenthalte und Besuche in- und ausländischer Wissenschaftler am IDS

Satomi Adachi, M. A., Universität Tokyo, Japan, 19.9.1996–30.9.1997

Dr. habil. Peter Bassola, Jozsef-Attila-Universität, Szeged, Ungarn

Johanna Bottesch, Lucian-Blaga-Universität, Hermannstadt/Sibiu, Rumänien, 15.–30.10.1997

Dr. Evelyn Breiteneder, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für literarische Gebrauchsformen, Wien, Österreich, 10.–14.3.1997

Corinna Brockhaus, Ludwigshafen

Dr. Lali Kezba Chundadse, Tiflis, Georgien, 17.3.1997

Dr. Leslaw Cirko, Universität Breslau, Institut für Germanistik, Breslau, Polen, 1.10.1996–30.9.1997

Prof. Peter Colliander, Wirtschaftsuniversität, Kopenhagen, Dänemark

Prof. Dr. Tomasz Czarnecki, Universität Warschau, Institut für Germanistik, Universität Gdansk, Polen, 1.–4.9.1997

Prof. Dr. Jan Czocharalski, Institut für Germanistik, Warschau, Polen, 2.11.1996–31.6.1997

Dr. William John Dodd, University of Birmingham, Department of German Studies, Birmingham, England

Dana-Janetta Dogaru, Universität Mannheim, (Sibiu, Rumänien), 15.10.1996–15.3.1997

Elena Efimova, München, 2.7.1997

Emma Ghasarjan, Universität Mannheim, (Jerewan, Armenien), 16.10.1996–15.3.1997

Joanna Golonka, M. A., Pädagogische Hochschule Rzeszow, Polen, 10.3.–8.6.1997, 1.11.1997–31.1.1998

PD. Dr. Michael Grabski, Humboldt Universität Berlin, Institut für deutsche Sprache und Linguistik, Berlin, 20.1.–20.2.1997

Dr. Axel Grunwald, Universität Paris VIII, Paris, Frankreich, 9.–13.3.1997

Piklu Gautam Gupta, University of Manchester, Großbritannien, 27.–31.1.1997, 3.–9.11.1997

Prof. Masayoshi Hashimoto, Fremdsprachenhochschule Kyoto, Japan, 10.7.–30.9.1997

Kjell Heggelund, Tromsø, 21.–23.10.1997

Prof. Dr. Manshu Ide, Shinshu University, Nagano, Japan

Uta Itakura, Japan, September 1995–30.9.1997

Makato Itoh, University of Tsukuba, Institut für moderne Sprachen und Kulturen, Ibaraki, Japan, April 1997–März 1998

- Dr. Ljudmila Ivanova, Universität Kyrill und Method, Valiko Tirnovo, Bulgarien, 5.11.–21.12.1997
- Prof. Dr. Marja Järventausta, Universität Joensuu, Institut für interkulturelle Kommunikation, Savonlinna, Finnland, 1.2.–30.6.1997
- Fotini Kalemkeridou, Heidelberg
- Milla Kajanne, M.A., Wirtschaftsuniversität Helsinki, Finnland, 14.10.1996–17.1.1997
- Avgyro Karagiozidou, Neckarsulm
- Prof. Dr. Andrzej Katny, Universität Gdansk, Institut für Germanistik, Gdansk, Polen, 10.–15.3.1997
- Valerie Kervio-Berthou, Universität Nantes, Frankreich, 4.2.–31.3.1997
- Prof. Dr. Swetlana M. Kibardina, Pädagogische Universität Wologda, Wologda/Russland, 11.–13.11.1997
- Prof. Dr. Won-Sik Kim, University of Foreign Studies, Department of Linguistics, Seoul, Korea, Juli–September 1997
- Prof. Dr. Alan Kirkness, University of Auckland, Germanic Languages, Auckland, USA, 26.2.–1.4.1997
- Prof. Dr. Christian Korpiun, Essen, 19.11.1997
- Dr. phil. Elzbieta Kucharska, M.A., Uniwersytetu Wroclawskiego, Instytut Filologii Germanskiej, Wrocław, Polen, 1.10.1996–31.3.1997
- Cato Lambine, Germanistisches Institut, Universität Oslo, Norwegen, 21.10.–23.10.1997
- Prof. Duk Ho Lee, Seoul
- Ole Letnes, Hochschule Agder, Kristiansand, Norwegen, 31.10.–5.11.1997, 14.11.1997
- Prof. Chengyi Li, Institut für Übersetzung und Forschung der Werke von Marx und Engels, Peking, China, 1.4.–29.5.1997
- Amal Mohy Eddin, Ain. Schams Universität Kairo, Ägypten, 2.7.–29.9.1997
- Prof. Dr. Rachim Murjasow, Baschkirische Staats-Universität, Ufa, Russland, 1.6.–1.7.1997
- Dr. Pierre Emmanuel Njock Njock, Université de Yaounde, Cameroun, 2.5.–31.7.1997
- Prof. Dr. G. Olschanskij, Moskau, Russland, November 1997
- PD Dr. Ingemar Persson, Lund/Schweden, 24.–28.11.1997
- Prof. Dr. Ekaterina Protassova, Pädagogische Universität Moskau, Russland
- Stefania Ptaschnyk, M.A., Universität Lwiw, Ukraine, 10.11.1996–1.9.1997
- Prof. Dr. Ian Roe, University of Reading, Reading, England, 5.–12.11.1997
- Prof. Hans Rossipal, Linköping
- Prof. Dr. Danuta Rytel-Kuc, Uniwersytet Warszawski, Instytut Filologii Stowianskiej, Warschau, Polen

Franz Sager, Wien, Österreich

Dr. Sergej Samoshenow, Nishnij Nowgorod, Russland, 19.11.1997

Prof. Barbara Sandig, Saarbrücken

Prof. Pieter A. M. Seuren, Nijmegen, Niederlande, 11.–31.10.1997

Prof. Yoshijima Shigeru, M. A., Universität Tokyo, Fakultät für Allgemeine Bildung, Tokyo, Japan

Prof. Alena Simeckova, Prag

Silvana Simoska, Universität Hll. Kyrill und Method zu Skopje, Philologische Fakultät, Skopje, Makedonien, 1.–30.6.1997

Georgios Stayrou, Heidelberg

Dr. Frantisek Sticha, Universität Heidelberg

Dr. Magda Tamassy-Biro, Budapest, Ungarn, 27.11.–6.12.1997

Dr. Antoanita Topalova, Neue Bulgarische Universität, Institut für ausländische Studierende, Sofia, Bulgarien, 1.7.–31.8.1997

Prof. Michael Townson, School of Applied Language and Intercultural Studies, Dublin, Irland, 21.7.–1.8.1997

Motoyuki Tsunekawa, Kyushu-Universität, Institut für Sprachen und Kulturen, Tukuoka, Japan, 3.9.1996–29.6.1997

Michael Vinogradov, Pädagogische Hochschule, Ludwigsburg, 3.–8.3.1997

Prof. Han Wanheng, Tianjin, China, 10.11.1997–Herbst 1998

Prof. Dr. Wladimir Waschunin, Nishnij Nowgorod, Russland, 19.11.1997
Detlef Wilske, Vaasa, Schweden

Dr. Niclas Witton, Macquarie University, Department of German Studies, NSW, Sidney, Australien, 9.7.1996–9.1.1997

Yoshihisa Yamada, M. A., Gifu Keizai University, Gifu-Ogaki, 14.7.–4.9.1997

Dr. Erminka Zilic, Philosophische Fakultät der Universität Sarajevo, Jugoslawien, 16.12.1996–1.3.1997

6.3 Praktika am IDS

Ungeachtet der Tatsache, dass Praktika am IDS nicht vergütet werden können, ist ein wachsendes Interesse bei Studierenden an Praktika zu verzeichnen. In der Regel dauert ein Praktikum vier Wochen, die Studierenden sollten die Zwischenprüfung in Sprachwissenschaft abgelegt haben. Die Tätigkeitsbereiche werden nach Interesse der Studierenden von der Arbeitsstelle Öffentlichkeitsarbeit zusammengestellt.

1997 waren als Praktikanten am IDS:

Mario Baumann, 17.–21.3.1997 (Schulpraktikant); Esther Boppel, 17.2.–15.3.1997; Jelena Borovkova, 14.5.–9.7.1997; Arietta Depner 24.2.–18.3.1997; Hans-Werner Döring, 11.8.1997–30.9.1997; Eva Goldfuß-Siedl, 17.2.–11.4.1997; Nadja Mlinarzik, 3.2.–21.3.1997; Carla Moenig, 14.4.–7.5.1997; Anke Müller, 30.9.–24.10.1997; Arndt Reichert, 3.–

27.3.1997; Christina Schumacher, 3.7.–29.8.1997; Elisabeth Seitz, 3.–27.3.1997; Marc Sierl, 15.4.1997; Aleksey Sirvachyov, 12.8.–11.10.1997; Anne-Friederike Wilhelm, 7.7.–1.8.1997

6.4 Besuchergruppen

Im Jahr 1997 waren 9 Besuchergruppen – zusammen rund 180 Personen – Gäste im IDS (die Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler sowie Bibliotheksgäste nicht mitgezählt). Darunter waren Lehrerinnen und Referendare des Hessischen Lehrerinstitutes, eine russische, eine japanische und eine französische Studierendengruppe in Zusammenarbeit mit dem DAAD und dem Akademischen Auslandsamt der Universität Mannheim. Darüber hinaus informierten sich in- und ausländische Germanistik-Studierende von deutschen Universitäten im Rahmen ihrer Seminare über die Arbeit des IDS. Die Besuchergruppen erwartet ein möglichst auf ihre Interessen und Forschungsschwerpunkte zugeschnittenes Programm, das von einer allgemeinen Einführung in die Arbeit des IDS und von einer Bibliotheksführung umrahmt wird.

7. Gremien des Instituts für deutsche Sprache (Stand 1.12.1997)

7.1 Kuratorium (bis Juni 1997)

Vorsitzender: Prof. Dr. Friedhelm Debus, Universität Kiel

Stellvertreter: Prof. Dr. Wolfgang Klein, MPI für Psycholinguistik, Nijmegen (bis März 1997)

Prof. Dr. Walther Dieckmann, Freie Universität Berlin – Min.Rat Dr. Döll, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie – Prof. Dr. Hans-Werner Eroms, Universität Passau – Prof. Dr. Cathrine Fabricius-Hansen, Universität Oslo – Dr. Claudia Fraas, IDS – Helmut Frosch, IDS – Prof. Dr. Gerhard Helbig, Universität Leipzig – Ltd. Min.Rat Dr. Herberger, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg – Dr. Wolfgang Klein, IDS – Prof. Dr. Heinrich Löffler, Universität Basel – Bürgermeister Lothar Mark, Stadt Mannheim – LS Kantorczyk, Auswärtiges Amt – Dir. Peter Roschy, Vorsitzender des Vereins der Freunde des Instituts für deutsche Sprache, Mannheim – Prof. Dr. Barbara Sandig, Saarbrücken – Min.Rat. Schrade, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg – Prof. Dr. Peter Wiesinger, Universität Wien – Dr. Edeltraud Winkler, IDS Mannheim

7.1.1 Stiftungsrat

Vorsitzender: Ltd. Min.Rat Dr. Herberger, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Stellvertretender Vorsitzender: Reg.Dir. Dr. Manfred Pusch, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Prof. Dr. Friedhelm Debus, Universität Kiel (als Vertreter des Wiss. Beirats) – Bürgermeister Lothar Mark, Stadt Mannheim – Dir. Peter Roschy, Vorsitzender des Vereins der Freunde des Instituts für deutsche Sprache, Mannheim – VLR Schoenwaldt, Auswärtiges Amt – Min.Rat Schrade, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

7.1.2 Vorläufiger Wissenschaftlicher Beirat

Vorsitzender: Prof. Dr. Friedhelm Debus, Universität Kiel

Prof. Dr. Walther Dieckmann, Freie Universität Berlin – Prof. Dr. Hans-Werner Erms, Universität Passau – Prof. Dr. Cathrine Fabricius-Hansen, Universität Oslo – Prof. Dr. Gerhard Helbig, Universität Leipzig – Prof. Dr. Heinrich Löffler, Universität Basel – Prof. Dr. Barbara Sandig, Saarbrücken – Prof. Dr. Peter Wiesinger, Universität Wien

7.2 Direktor

Prof. Dr. Gerhard Stickel

7.3 Institutsrat (bis Juni 1997)

Direktor: Prof. Dr. Gerhard Stickel – **Abteilungsleiter:** Prof. Dr. Werner Kallmeyer (Pragmatik) – Prof. Dr. Hartmut Schmidt (Lexik) – Prof. Dr. Bruno Strecker (komm. Leiter Grammatik) – **Mitarbeitervertreter:** Dr. Mechthild Elstermann – Prof. Dr. Dieter Herberg – Wolfgang Rathke

7.3.1 Leitungskollegium

Direktor: Prof. Dr. Gerhard Stickel – **Abteilungsleiter:** Prof. Dr. Werner Kallmeyer (Pragmatik) – Prof. Dr. Hartmut Schmidt (Lexik) – Prof. Dr. Bruno Strecker (komm. Leiter Grammatik) – **Mitarbeiterausschussvorsitzende:** PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr

7.3.2 Mitarbeiterausschuss

Vorsitzende: PD Dr. Ulrike Haß-Zumkehr – **Stellvertreter:** Dr. Wilfried Schütte

Dr. Renate Pasch – Dipl.-Inf. Eric Seubert – Dr. Doris Steffens – Prof. Dr. Bruno Strecker – Dr. Annette Trabold

7.4 Wissenschaftlicher Rat

Ehrenmitglieder

Prof. Dr. Johannes Erben, Bonn – Prof. Dr. Hans Glinz, Wädenswil – Prof. Dr. Siegfried Grosse, Bochum – Prof. Dr. Peter von Polenz, Korlingen;

Ordentliche Mitglieder

Prof. Dr. Hans Altmann, München – Prof. Dr. Gerhard Augst, Siegen – Prof. Dr. Karl-Richard Bausch, Bochum – Prof. Dr. Anne Betten, Salzburg – Prof. Dr. Klaus Brinker, Hamburg – Prof. Dr. Karl-Dieter Bunting, Essen – Prof. Dr. Harald Burger, Zürich – Prof. Dr. Dieter Cherubim, Göttingen – Prof. Dr. Konrad Ehlich, München – Prof. Dr. Peter Eisenberg, Potsdam – Prof. Dr. Ulla Fix, Leipzig – Prof. Dr. Elisabeth Gülich, Bielefeld – Prof. Dr. Walter Haas, Freiburg/Schweiz – Prof. Dr. Franz Josef Hausmann, Erlangen – Prof. Dr. Helmut Henne, Braunschweig – Prof. Dr. Hans Jürgen Heringer, Augsburg – Prof. Dr. Rudolf Hoberg, Darmstadt – Prof. Dr. Werner Holly, Chemnitz – Prof. Dr. Ludwig Jäger, Aachen – Prof. Dr. Rudi Keller, Düsseldorf – Prof. Dr. Dieter Krallmann, Essen – Prof. Dr. Gotthard Lerchner, Leipzig – Prof. Dr. Hans Moser, Innsbruck – Prof. Dr. Horst Haider Munske, Erlangen – Prof. Dr. Uwe Pörksen, Freiburg – Prof. Dr. Rainer Rath, Saarbrücken – Prof. Dr. Oskar Reichmann, Heidelberg – Prof. Dr. Marga Reis, Tübingen – Prof. Dr. Gert Rickheit, Bielefeld – Prof. Dr. Horst Sitta, Herrliberg – Prof. Dr. Stefan Sonderegger, Uetikon – Prof. Dr. Dieter Stellmacher, Göttingen – Prof. Dr. Georg Stötzl, Düsseldorf – Prof. Dr. Erich Straßner, Tübingen – Prof. Dr. Hans Wellmann, Augsburg – Prof. Dr. Sigurd Wichter, Münster – Prof. Dr. Herbert Ernst Wiegand, Heidelberg – Prof. Dr. Norbert Richard Wolf, Würzburg – Prof. Dr. Dieter Wunderlich, Düsseldorf

Korrespondierende Mitglieder in Europa

Prof. Dr. Werner Abraham, Groningen, Niederlande – Prof. Dr. Pierre Bange, Lyon, Frankreich – Prof. Dr. Daniel Bresson, Aix-en-Provence, Frankreich – Prof. Dr. Jovan Djukanovic, Belgrad, Jugoslawien – Prof. Dr. Martin Durrell, Manchester, Großbritannien – Prof. Dr. Franciszek Grucza, Warschau, Polen – Prof. Dr. Regina Hessky, Budapest, Ungarn – Prof. Dr. Fernand Hoffmann, Luxemburg – Prof. Dr. William Jones, London, Großbritannien – Prof. Dr. Gottfried Kolde, Genf, Schweiz – Prof. Dr. Jarmo Korhonen, Helsinki, Finnland – Prof. Dr. Oddleif Leirbukt, Tromsø, Norwegen – Prof. Dr. Jacques Lerot, Louvain-la-Neuve, Belgien – Prof. Dr. Norbert Morciniec, Breslau, Polen – Prof. Dr. Henrik Nikula, Vaasa, Finnland – Prof. Dr. Pavel Petkov, Sofia, Bulgarien – Prof. Dr. Inger Rosengren, Lund, Schweden – Prof. Dr. Carlo Serra-Borneto, Rom, Italien – Prof. Dr. Emil Skala, Prag, Tschechische Republik – Prof. Dr. Anthony William Stanforth, Edinburgh, Großbritannien – Prof. Dr. Vural Ülkü, Mersin, Türkei – Prof. Dr. Paul Valentin, Paris, Frankreich – Prof. Dr. R. A. Wisbey, London, Großbritannien – Prof. Dr. Jean-Marie Zemb, Paris, Frankreich – Prof. Dr. Stanislav Zepic, Zagreb, Kroatien – Prof. Dr. Zoran Ziletic, Belgrad, Jugoslawien

Korrespondierende Mitglieder in Übersee

Prof. Dr. Elmer H. Antonsen, Urbana, Ill., USA – Prof. Dr. Michael Clyne, Clayton, Victoria, Australien – Prof. Dr. F. van Coetsem, Ithaca, N. Y., USA – Prof. Dr. Jürgen Eichhoff, University Park, Pennsylvania, USA – Prof. Tozo Hayakawa, Tokyo, Japan – Prof. Dr. Robert D. King, Austin, Texas, USA – Prof. Dr. Alan Kirkness, Auckland, Neuseeland – Prof. Dr. Byron J. Koekkoek, Buffalo, N. Y., USA – Prof. Dr. Herbert Kufner, Ithaca, N. Y., USA – Prof. Dr. Albert L. Lloyd, Philadelphia, Pennsylvania, USA – Prof. Dr. Stanley Starosta, Honolulu, USA

7.5 Kommissionen

Kommission für Rechtschreibfragen (bis März 1997)

Prof. Dr. Gerhard Augst, Siegen (Vorsitzender) – Prof. Dr. Dieter Nerijs, Rostock (Stellvertr. Vorsitzender) – Prof. Dr. Günther Drosdowski, Mannheim – Prof. Dr. Peter Eisenberg, Berlin – Dr. Klaus Heller, IDS – Prof. Dr. Dieter Herberg, IDS – Prof. Dr. Burkhard Schaefer, Siegen – Prof. Dr. Eberhard Stock, Halle – Prof. Dr. Peter Wiesinger, Universität Wien – Prof. Dr. Hermann Zabel, Dortmund

Auf der Grundlage der Wiener Erklärung vom 1. Juli 1996 zur Neuregelung der deutschen Rechtschreibung konstituierte sich Ende März 1997 im Institut für deutsche Sprache eine zwischenstaatliche Rechtschreibkommission. Diese Kommission ist ein selbständiges, im Auftrag der deutschen, österreichischen und schweizerischen Behörden tätiges Gremium, das seine Geschäftsstelle am IDS hat.

Kommission für Fragen der Sprachentwicklung

Prof. Dr. Werner Holly, Chemnitz-Zwickau (Vorsitzender) – Prof. Dr. Harald Burger, Zürich – Prof. Dr. Dieter Cherubim, Göttingen – Prof. Dr. Ulla Fix, Leipzig – Dr. Claudia Fraas, IDS – Prof. Dr. Josef Klein, Koblenz – Prof. Dr. Heinrich Löffler, Basel – Ltd. Reg. Dir. a. D. Dr. Walter Otto, Würzburg – Prof. Dr. Barbara Sandig, Saarbrücken – Dr. Werner Scholze-Stubenrecht, Mannheim – Prof. Dr. Hugo Steger, Freiburg – Dr. Annette Trabold, IDS

7.6 Beiräte

Beirat „Deutsches Fremdwörterbuch“

Prof. Dr. Oskar Reichmann, Heidelberg – Dr. Heino Speer, Heidelberg

Beirat „Erklärende Synonymik“

Prof. Dr. Herbert Ernst Wiegand, Heidelberg – Prof. Dr. Peter Rolf Lutzeier, London – Prof. Dr. Georg Meggle, Leipzig

Beirat „Rhetorik“

Prof. Dr. Barbara Sandig, Saarbrücken (Vorsitzende) – Prof. Dr. Walther Dieckmann, Berlin – Prof. Dr. Carl Friedrich Graumann, Heidelberg – Prof. Dr. Elisabeth Gülich, Bielefeld – Prof. Dr. Werner Holly, Chemnitz-Zwickau

8. Besondere Nachrichten

8.1 Personalia

– Promotion erfolgreich beendet

„Die Möglichkeit, das Doktorandenstipendium in diesem Hause zu genießen, war für mich ohne Frage eine sehr große Hilfe, ohne die diese Dissertation viel später und wer weiß ob überhaupt entstanden wäre. Für diese Risikobereitschaft des Instituts, mir als Paradebeispiel einer 'typischen' Polin ein Doktorandenstipendium zu erteilen, danke ich vielmals.“

Mit diesen Worten des Dankes beendete die polnische Stipendiatin Jarochna Dabrowska ihren 2-jährigen Aufenthalt am Institut für deutsche Sprache. Sie hatte eines der drei Doktoranden-Stipendien, die das IDS aus Mitteln eines Sonderprogramms von Bund und Ländern (HSP II) vergeben konnte. „Stereotype und ihr sprachlicher Ausdruck im Polenbild der deutschen Presse. Eine textlinguistische Untersuchung“, so lautet der Titel ihrer Dissertation, die an der Universität Mannheim vorgelegt wurde. In ihrer Arbeit setzt sich Dabrowska auf der Basis eines großen Zeitungskorpus mit der sprachlichen Realisierung von Stereotypen – „typisch polnisch“ – durch Journalisten auseinander, die dem Leser in verschiedenen Berichten unterschwellig mit vermittelt werden.

Eine Förderung junger Nachwuchswissenschaftler wird dem Institut 1998 kaum mehr möglich sein, da im Zuge allgemeiner Sparmaßnahmen alle drei Stipendien gestrichen wurden.

– Prof. Dr. Friedhelm Debus – 65 Jahre

Friedhelm Debus, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für deutsche Sprache und Professor für Germanistik an der Universität Kiel, feierte am 3. Februar 1997 seinen 65. Geburtstag. Pünktlich zur Geburtstagsfeier im germanistischen Seminar in Kiel erschien eine zweibändige Festschrift (Friedhelm Debus: Kleinere Schriften. Zum 65. Geburtstag am 3. Februar 1997 ausgewählt und herausgegeben von Hans Diether Grohmann und Joachim Hartig (2 Bände). Hildesheim/Zürich/New York: Olms, 1997) mit 40 ausgewählten Aufsätzen.

– Prof. Dr. Gerhard Stickel – 60 Jahre

Gerhard Stickel, Direktor des Instituts für deutsche Sprache, feierte am 9. Mai 1997 seinen 60. Geburtstag. In seiner Laudatio würdigte Werner Kallmeyer – im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Stickels Enga-

gement als Direktor des IDS. Da es sich aber in einem langjährigen Berufsleben nicht vermeiden lasse, dass sich Handlungen wiederholten oder die Hartnäckigkeit mancher Probleme Bestand habe, riet Kallmeyer dazu, auch künftig zwei Grundregeln aus dem Fußball zu beherzigen: „Bleiben Sie flexibel, entwickeln Sie immer neue Strategien und dann halten Sie so lange 'drauf, bis der Ball im Tor ist!'"

Anstelle einer herkömmlichen Festschrift erstellten Mitarbeiter und Gäste des Instituts unter der Federführung von Bruno Strecker eine Festschrift in Bild und Ton auf CD-Rom.

– Preis für IDS-Mitarbeiterin

Die wissenschaftliche Mitarbeiterin des IDS Priv. Doz. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr erhielt vom Kreis Mecklenburg-Strelitz den erstmals gestifteten und mit 10 000 Mark dotierten Daniel-Sanders-Kulturpreis für ihr Buch „Daniel Sanders“, das sich dem jüdischen Sprachforscher widmet.

– Seit 1997 ist Priv. Doz. Dr. Ulrike Haß-Zumkehr Mitglied der Redaktion der „Mitteilungen des Marbacher Arbeitskreises für die Geschichte der Germanistik“.

– Dr. Claudia Fraas wurde im SS 1997 umhabilitiert und von der Fakultät für Sprach- und Literaturwissenschaft der Universität Mannheim zur Privatdozentin für „Germanistische Linguistik“ ernannt.

– Dr. Inken Keim habilitierte sich im SS 1997 an der Universität Mannheim und wurde zur Privatdozentin für „Germanistische Linguistik“ ernannt.

– Prof. Dr. Gerhard Stickel wurde für weitere zwei Jahre zum Sektionssprecher der Sektion A der WBL/WGL (Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste bzw. Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibnitz) gewählt und für weitere drei Jahre in den Beirat Germanistik des Deutschen Akademischen Austauschdienstes berufen..

– Im Jahr 1997 verstarben Iris Wohlfahrt, Sekretärin der Arbeitsstelle Öffentlichkeitsarbeit und zuletzt der LDV sowie Prof. Dr. Otmar Werner, Freiburg, Mitglied des Wissenschaftlichen Rates.

8.2 Vermischtes

– Hugo-Moser-Preis

Der Förderpreis für germanistische Sprachwissenschaft der Hugo-Moser-Stiftung wurde Dr. Ulrike Demske (Leipzig) zur Eröffnung der 33. Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache am 11. März 1997 in Mannheim durch den Präsidenten des IDS, Prof. Dr. Debus, verliehen. Dr. Demske (36) ist wissenschaftliche Assistentin an der Universität Leipzig. Sie erhielt den Preis für die Durchführung ihrer Arbeit zum Thema: Syn-

chrone und diachrone Aspekte der Nominalphrase im Deutschen – Zu ihrer Syntax, Semantik und Morphologie.

– Deutsches Spracharchiv wird modernisiert

Institut für deutsche Sprache erhält Fördermittel von der Volkswagen-Stiftung

Das Institut für deutsche Sprache besitzt die größte Sammlung von Tonaufnahmen des gesprochenen Deutsch. Dort sind 12.000 Aufnahmen deutscher Dialekte und Umgangssprachen sowie eine Vielzahl von Gesprächen (Alltagsgespräche, Beratungsgespräche, Schlichtungsgespräche etc.) mit einer Aufnahmedauer von 3500 Stunden im Deutschen Spracharchiv archiviert.

Die Tonaufnahmen dieser einmaligen Sammlung gesprochener Sprache, die bis in die 50er Jahre zurückreichen, werden derzeit vom IDS durch Digitalisierung vor dem Verfall gerettet, d. h. die als Tonbänder vorliegenden Aufnahmen werden auf CDs gebrannt. Diese CDs werden dann in einem speziellen elektronischen Speicher ('Jukebox') gelagert, der ein Fassungsvermögen von 3000 CDs hat. Die Jukebox wurde speziell für das IDS angefertigt und ist derzeit die größte Anlage dieser Art in der Bundesrepublik. Wesentlichstes Manko dieses archivierten Datenmaterials ist bisher die mangelnde Aufbereitung und Zugänglichkeit für Benutzer. Dem wird jetzt Abhilfe geschaffen: Dank einer Sachbeihilfe der Volkswagen-Stiftung in Höhe von 735.000 DM soll das wertvolle Tonmaterial bis zum Jahre 2000 erfasst und besser erschlossen werden.

Zunächst wird eine Informationsdatenbank errichtet, die dem Benutzer erlaubt, mit dem Computer schnell recherchieren zu können, welche Tonaufnahmen im Archiv überhaupt zur Verfügung stehen.

Danach soll durch die Erstellung einer Volltext-Datenbank ermöglicht werden, spezielle Gesprächsaufnahmen bzw. Dialektbeispiele aufzufinden. Es müssen über 6000 vorliegende verschriftliche Fassungen der Tonaufnahmen in den Computer eingegeben werden. Diese Beispiele gesprochener Sprache liegen dann auch in Textform vor, so dass auf die Tonaufnahmen direkt zugegriffen werden kann. In einem letzten Schritt ist beabsichtigt, die Datenbanken und repräsentative Tonproben aus den Beständen des Spracharchivs im Internet zugänglich zu machen. Die so eröffneten Möglichkeiten stehen intern für Forschungsprojekte des IDS wie extern für Wissenschaftler von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen zur Verfügung. Der Zugang vor Ort wird durch diese technischen Maßnahmen uneingeschränkt gewährleistet, dem Benutzer bleibt mühevolleres Herausuchen von Bändern sowie das Auflegen und Suchen einzelner Ausschnitte erspart. Von außerhalb kann man über das Netz auf die auf einem eigenen Datenserver bereitgestellten Tonaufnahmen, Informationen und Texte zugreifen.

- Die Internet-Suchmaschine Lycos.de zählt die Sprachreport-Extra-Ausgabe des IDS im WWW (<http://www.ids-mannheim.de/pub/reform.html>) zu den 1000 besten Netzadressen
- Das Institut für deutsche Sprache war mit einem Informationsstand beim 3. Mannheimer Sprachfestival von Artes Liberales vom 12. – 15.5.1997 vertreten und präsentierte sich dort sowie beim Bonner Germanistentag vom 21. – 24.9.1997 außerdem durch Vorträge und Podiumsgespräche.

9. Personalstärke, Anschrift, finanzielle Angaben

9.1 Personalstärke (Stand: 1.11.1997)

Mitarbeiter (einschl. Teilzeit- und Projektmitarbeiter):

wissenschaftliche Angestellte:	64
(davon beurlaubt: 2)	
Verwaltungs-/technische Angestellte:	33
Projekt-Mitarbeiter:	4
Insgesamt:	103
Doktoranden:	1
Studentische Hilfskräfte	40

9.2 Anschrift

Institut für deutsche Sprache

R5, 6–13

D-68 161 Mannheim

Postanschrift:

Postfach 101 621

D-68 016 Mannheim

Telefon (0621) 1581–0

Telefax (0621) 1581–200

E-Mail: vorstand@ids-mannheim.de

internet: <http://www.ids-mannheim.de>

9.3 Haushalt des Instituts im Berichtsjahr

Einnahmen:

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg	DM 6.811.000,-
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	DM 6.811.000,-

Stadt Mannheim	DM 16.000,-
eigene Einnahmen	<u>DM 129.000,-</u>
	DM 13.767.000,-

Ausgaben:

Personalausgaben	DM 11.151.000,-
Sachausgaben	DM 2.538.000,-
Zuweisungen, Zuschüsse	DM 14.000,-
Investitionen	<u>DM 64.000,-</u>
	DM 13.767.000,-

Projektmittel:

Bund:

SERGES

Personalmittel	DM 260.000,-
Sachmittel	<u>DM 130.000,-</u>
	DM 390.000,-

VW-Stiftung:**Deutsch-chinesisches Verbvalenz-Wörterbuch**

Sachmittel	<u>DM 20.000,-</u>
	DM 20.000,-

Spracharchiv

Sachmittel	<u>DM 122.000,-</u>
	DM 122.000,-

Kommission der EU:**PAROLE**

Personalmittel	DM 70.000,-
Sachmittel	<u>DM 130.000,-</u>
	DM 200.000,-

TELRI

Personalmittel	DM 70.000,-
Sachmittel	<u>DM 255.000,-</u>
	DM 325.000,-

Summe der Projektmittel	DM 1.057.000,-
Institutioneller Haushalt	<u>DM 13.767.000,-</u>
	DM 14.824.000,-

10. Veröffentlichungen im Jahre 1997

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE SPRACHE

Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York

Band 5: Nothdurft, Werner / Stickel, Gerhard (Hg.): Schlichtung

Teil 5.2: Nothdurft, Werner: Konfliktstoff. Gesprächsanalyse der Konfliktbearbeitung in Schlichtungsgesprächen. VII, 192 S.

Teil 5.3: Schröder, Peter (Hg.): Schlichtungsgespräche. Ein Textband mit einer exemplarischen Analyse. 277 S.

Band 6: Herberg, Dieter / Steffens, Doris / Tellenbach, Elke: Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90. X, 522 S.

Zifonun, Gisela, / Hoffmann, Ludger / Strecker, Bruno u. a.: Grammatik der deutschen Sprache. 3 Bde., zus. XXXIX, 2569 S.

JAHRBÜCHER DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE SPRACHE

Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York

Redaktion: Franz Josef Berens

Stickel, Gerhard (Hg.): Varietäten des Deutschen. Regional- und Umgangssprachen. Jahrbuch 1996 des Instituts für deutsche Sprache. 476 S. Mit 24 Abb. und 33 Karten.

STUDIEN ZUR DEUTSCHEN SPRACHE

Forschungen des Instituts für deutsche Sprache

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für deutsche Sprache von Hartmut Günther, Bruno Strecker, Reinhard Fiehler
Gunter Narr Verlag, Tübingen

Band 6: Müller, Andreas Paul: 'Reden ist Chefsache'. Linguistische Studien zu sprachlichen Formen sozialer 'Kontrolle' in innerbetrieblichen Arbeitsbesprechungen. VIII, 371 S.

Band 7: Steyer, Kathrin: Reformulierungen. Sprachliche Relationen zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs. 294 S.

Band 8: Schmitt, Reinhold / Stickel, Gerhard (Hg.): Polen und Deutsche im Gespräch. 345 S.

Band 9: Wimmer, Rainer / Berens, Franz-Josef (Hg.): Wortbildung und Phraseologie. 271 S.

DEUTSCHES FREMDWÖRTERBUCH

Begonnen von Hans Schulz, fortgeführt von Otto Basler, völlig neu bearbeitet im Institut für deutsche Sprache

Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York

Band 3: Baby – Cutter

Bearbeitet von Gerhard Strauß (Leitung/Redaktion), Heidrun Kämper, Isolde Nortmeyer, Rosemarie Schnerrer, Oda Vietze.
852 S.

STUDIENBIBLIOGRAPHIEN SPRACHWISSENSCHAFT

Im Auftrag des Instituts für deutsche Sprache hg. von Ludger Hoffmann (bis Bd. 9); Manfred W. Hellmann (ab Bd 10)

Julius Groos Verlag, Heidelberg

Band 18: Földes, Csaba: Idiomatik / Phraseologie. 53 S. Diskette.

Band 19: Ammon, Ulrich: Nationale Varietäten der deutschen Sprache. 55S. Diskette.

Band 20: Nussbaumer, Markus: Sprache und Recht. 50 S. Diskette.

Band 21: Greule, Albrecht / Janich, Nina: Sprache in der Werbung. 50 S. Diskette.

Band 22: Lutzeier, Peter Rolf: Lexikologie. 51 S. Diskette.

PHONAI

Herausgegeben vom Deutschen Spracharchiv im Institut für deutsche Sprache

ab Bd. 28: Lautbibliothek der deutschen Sprache ab Bd. 40: Texte und Untersuchungen zum gesprochenen Deutsch. Herausgeber: Walter Haas/ Peter Wagener Max Niemeyer Verlag, Tübingen

Band 40: Wagener, Peter / Bausch, Karl-Heinz (Hg.): Tonaufnahmen des gesprochenen Deutsch. Dokumentation der Bestände von sprachwissenschaftlichen Forschungsprojekten und Archiven.

XVI, 252 S.

DEUTSCHE SPRACHE

Zeitschrift für Theorie, Praxis, Dokumentation

Im Auftrag des Instituts für deutsche Sprache hg. von Siegfried Grosse (Geschäftsführer), Hans Werner Eroms, Gisela Harras, Gerhard Stickel

Erich Schmidt Verlag, Berlin

Redaktion: Franz Josef Berens

Jahrgang 1997: 4 Hefte

SPRACHREPORT

Informationen und Meinungen zur deutschen Sprache

Hg. vom Institut für deutsche Sprache

Jahrgang 1997: 4 Hefte

11. Satzung des Instituts für Deutsche Sprache (IDS)¹

Sitz Mannheim

Vom 10.7.1997

Von der Stiftungsaufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidium
Karlsruhe, genehmigt gemäß § 6 Abs. 4 Satz 1 StiftG am 4.8.1997

§ 1 Name, Sitz und Rechtsform der Stiftung

- (1) Die Stiftung führt den Namen „Institut für Deutsche Sprache“ (Abkürzung: IDS). Sitz der Stiftung ist Mannheim.
- (2) Sie ist eine Stiftung des bürgerlichen Rechts.
- (3) Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Stiftungszweck

- (1) Die Stiftung verfolgt den Zweck, die deutsche Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte wissenschaftlich zu erforschen und zu dokumentieren. Sie pflegt die Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen Einrichtungen ähnlicher Zielsetzung und erbringt auch wissenschaftliche Dienstleistungen.
- (2) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig.

§ 3 Stiftungsvermögen

- (1) Das Grundstockvermögen der Stiftung besteht aus den Einrichtungsgegenständen, den Archiven und Bibliotheken des Instituts.
- (2) Die Stiftung wird finanziert
 1. aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg, der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Mannheim,
 2. aus Mitteln des Vereins Freunde des Instituts für Deutsche Sprache e. V.,
 3. aus Mitteln Dritter zur Erfüllung des Stiftungszwecks,
 4. aus Einnahmen aus der Tätigkeit des Instituts,
 5. aus Erträgen des Stiftungsvermögens.
- (3) Die Mittel dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Stifter und ihre Rechtsnachfolger dürfen in ihrer Eigenschaft als Stifter keine Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung erhalten. Niemand darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

¹ Aus Gründen der besseren Verständlichkeit werden einheitlich Funktionsbezeichnungen wie *Vertreter, Direktor, Abteilungsleiter, Vorsitzender* usw. gebraucht. Diese Ausdrücke sind geschlechtsunspezifisch gemeint. Es liegt nahe, die konkreten Funktionsträger als *Direktorin* oder *Direktor*, als *Abteilungsleiter* oder *Abteilungsleiterin* usw. zu bezeichnen.

- (4) Der Nachweis über die Verwendung der Mittel zu gemeinnützigen Zwecken ist durch ordnungsgemäße Aufzeichnungen über die Einnahmen und Ausgaben zu führen.

§ 4 Stiftungsorgane

Organe der Stiftung sind:

1. der Stiftungsrat
2. der Direktor
3. das Leitungskollegium
4. der Wissenschaftliche Beirat

§ 5 Zusammensetzung des Stiftungsrats

- (1) Der Stiftungsrat besteht aus
 1. zwei Vertretern des Landes Baden-Württemberg,
 2. einem Vertreter des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie,
 3. einem Vertreter des Auswärtigen Amts,
 4. einem von der Stadt Mannheim benannten Vertreter,
 5. einem vom Verein Freunde des Instituts für deutsche Sprache e. V. benannten Vertreter,
 6. dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats.
- (2) Die Mitglieder des Stiftungsrats nach Ziff. 1 bis 5 werden von den entsendungsberechtigten Einrichtungen bestellt. Sie können sich nach Maßgabe der Geschäftsordnung vertreten lassen.
- (3) Beschlüsse bedürfen der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder nach Abs. (1). Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- (4) Der Vorsitzende und sein Stellvertreter werden vom Stiftungsrat für vier Jahre gewählt.
- (5) Der Direktor nimmt an den Sitzungen des Stiftungsrats mit beratender Stimme teil. Der Stiftungsrat kann auch intern beraten und beschließen.
- (6) Die Mitglieder des Stiftungsrats sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten vom Institut auf Antrag Ersatz ihrer Aufwendungen nach den Reisekostenbestimmungen des Landes Baden-Württemberg.
- (7) Das Verfahren des Stiftungsrats regelt eine Geschäftsordnung.

§ 6 Aufgaben des Stiftungsrats

- (1) Der Stiftungsrat beschließt über Angelegenheiten, die für die Stiftung von grundsätzlicher Bedeutung sind, insbesondere über die Organisation, die mittelfristige Finanzplanung, den Wirtschaftsplan und andere wichtige finanzielle Angelegenheiten des Instituts. Beschlüsse mit grundsätzlicher finanzieller und organisatorischer Bedeutung für die

Stiftung bedürfen der Zustimmung der Mitglieder nach § 5 Abs. (1) Ziff. 1. u. 2.

- (2) Der Stiftungsrat überwacht die Führung der Stiftungsgeschäfte. Er stellt den Jahresabschluss fest und beschließt auf Grund eines in seinem Auftrag erstellten Prüfungsberichts über die Entlastung des Direktors.
- (3) Der Stiftungsrat beschließt im Benehmen mit dem Wissenschaftlichen Beirat über die Bestellung und Abberufung des Direktors.
- (4) Der Stiftungsrat beschließt nach Anhörung des Wissenschaftlichen Beirats und des Direktors über die Bestellung und Abberufung der Abteilungsleiter.
- (5) Der Stiftungsrat genehmigt den vom Leitungsgremium erarbeiteten und vom Wissenschaftlichen Beirat bestätigten mittelfristigen Forschungs- und Entwicklungsplan des Instituts.
- (6) Der Stiftungsrat kann dem Direktor in wichtigen Angelegenheiten Weisungen erteilen.

§ 7 Der Vorsitzende des Stiftungsrats

- (1) Dem Vorsitzenden des Stiftungsrats obliegt die Vorbereitung der Sitzungen des Stiftungsrats sowie die Herbeiführung von Beschlüssen auf schriftlichem Weg.
- (2) In Eilfällen kann der Vorsitzende anstelle des Stiftungsrats Entscheidungen treffen. Er hat den Stiftungsrat unverzüglich von den getroffenen Entscheidungen in Kenntnis zu setzen.

§ 8 Der Direktor

- (1) Der Direktor muss Wissenschaftler sein. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich nach §§ 86 und 26 BGB.
- (2) Er leitet das Institut entsprechend der in § 2 genannten Zweckbestimmung unter Beachtung der Beschlüsse der anderen Stiftungsorgane.
- (3) Er legt dem Stiftungsrat den vom Leitungskollegium erarbeiteten und vom Wissenschaftlichen Beirat bestätigten mittelfristigen Forschungs- und Entwicklungsplan vor.
- (4) Er ist verantwortlich für die Aufstellung des Wirtschaftsplans und den Vollzug des Haushalts.
- (5) Er legt dem Stiftungsrat innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahrs einen Tätigkeitsbericht und eine Jahresrechnung gemäß den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung vor.
- (6) Er schließt die Arbeitsverträge mit den Arbeitnehmern der Stiftung. Gegenüber den im Institut Beschäftigten nimmt er die Aufgaben eines Dienstvorgesetzten wahr.
- (7) Er bedarf der Zustimmung des Stiftungsrats für
 1. die Einstellung und Beförderung von Angestellten der Verg.Gr. Ia BAT und höher,

2. den Abschluss von Honorarverträgen mit Bezügen, die eine vom Stiftungsrat festgelegte Höhe überschreiten,
 3. die Annahme von Forschungsaufträgen und Drittmitteln, die einen vom Stiftungsrat festgelegten Umfang überschreiten,
 4. außergewöhnliche, über den Rahmen des laufenden Geschäftsbetriebs hinausgehende Rechtsgeschäfte.
- (8) Der Direktor bestellt einen der Abteilungsleiter zum stellvertretenden Direktor. Die Bestellung kann befristet sein. Sie bedarf der Zustimmung des Stiftungsrats. Der stellvertretende Direktor vertritt den Direktor bei dessen Verhinderung in allen Leitungsgeschäften. Ihm können vom Direktor bestimmte Geschäftsbereiche zur ständigen Besorgung übertragen werden.

§ 9 Das Leitungskollegium

- (1) Das Leitungskollegium besteht aus dem Direktor als Vorsitzendem, den Abteilungsleitern und dem Sprecher des Ausschusses der wissenschaftlichen Mitarbeiter nach § 13.
- (2) Es fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- (3) Das Leitungskollegium hat die Aufgaben,
 1. den mittelfristigen Forschungs- und Entwicklungsplan zu erarbeiten und mit dem Wissenschaftlichen Beirat zu erörtern,
 2. die Stellen bzw. Stelleninhaber den Abteilungen und zentralen Arbeitsstellen zuzuordnen,
 3. sonstige abteilungsübergreifende Angelegenheiten zu beraten,
 4. den Wirtschaftsplan des Instituts und den Vollzug des Haushalts zu beraten,
 5. unbeschadet anderer Begutachtungen die Qualität wissenschaftlicher Arbeiten und wissenschaftlicher Dienstleistungen des Instituts zu prüfen.
- (4) Das Leitungskollegium gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie bedarf der Zustimmung des Stiftungsrats.

§ 10 Der Wissenschaftliche Beirat

- (1) Der Wissenschaftliche Beirat besteht aus neun, davon mindestens zwei ausländischen Mitgliedern. Die Mitglieder werden vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Baden-Württemberg für die Dauer von vier Jahren auf Vorschlag des Stiftungsrats berufen. Der Stiftungsrat stellt hierfür das Benehmen mit dem Leitungskollegium und mit dem Wissenschaftlichen Beirat her. Einmalige Wiederberufung in Folge ist möglich. Die Mitglieder sollen in Forschung und Lehre aktive Wissenschaftler sein.

- (2) Der Wissenschaftliche Beirat wählt einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden auf die Dauer von vier Jahren.
- (3) Der Wissenschaftliche Beirat wird von seinem Vorsitzenden mindestens einmal jährlich einberufen. Er ist auch auf Wunsch des Stiftungsrats oder von mindestens drei Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats zu einer Sitzung einzuberufen.
- (4) Der Vorsitzende des Stiftungsrats, sein Stellvertreter und der Direktor können an den Sitzungen des Wissenschaftlichen Beirats mit beratender Stimme teilnehmen. Der Beirat kann auch intern beraten und beschließen.
- (5) Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten Ersatz für ihre Aufwendungen nach den Reisekostenbestimmungen des Landes Baden-Württemberg.
- (6) Das Verfahren des Wissenschaftlichen Beirats regelt eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Stiftungsrats bedarf.

§ 11 Aufgaben des Wissenschaftlichen Beirats

Der Wissenschaftliche Beirat berät die anderen Organe der Stiftung in fachlichen und fächerübergreifenden Fragen der Planung und Durchführung der Forschungsarbeiten und der wissenschaftlichen Dienstleistungen sowie der Kooperation mit anderen Forschungseinrichtungen im In- und Ausland. Es hat insbesondere folgende Aufgaben:

- (1) Er berät das Leitungskollegium bei der mittel- und langfristigen Forschungs- und Entwicklungsplanung und bestätigt diese.
- (2) Er bewertet im Dialog mit dem Leitungskollegium und den wissenschaftlichen Mitarbeitern in regelmäßigem Turnus die Forschungs- und Entwicklungsleistungen der einzelnen Abteilungen und Arbeitsstellen des Instituts, gegebenenfalls unter Hinzuziehung weiterer Sachverständiger.
- (3) Er berichtet den anderen Organen der Stiftung über die Bewertungen.
- (4) Er berät den Stiftungsrat bei den Berufungsverfahren für den Direktor und die Abteilungsleiter.

§ 12 Abteilungen

- (1) Mit Ausnahme zentraler Aufgaben werden die Forschungsaufgaben des Instituts in Abteilungen durchgeführt. Eine Abteilung kann mehrere Forschungsgruppen umfassen.
- (2) Jede Abteilung wird von einem durch den Stiftungsrat bestellten Abteilungsleiter geleitet. Er ist Vorgesetzter der Mitarbeiter der Abteilung. Arbeitsrechtlich relevante Maßnahmen hat er mit dem Direktor abzustimmen.
- (3) Der Abteilungsleiter beruft halbjährlich oder auf Antrag eines Drittels der hauptberuflichen Mitarbeiter der Abteilung eine Versamm-

lung aller Mitarbeiter der Abteilung ein, bei der die wichtigen Angelegenheiten der Abteilung erörtert werden.

§ 13 Ausschuss der wissenschaftlichen Mitarbeiter

- (1) Die wissenschaftlichen Mitarbeiter wählen einen Ausschuss von sieben Mitgliedern auf zwei Jahre. Einmalige Wiederwahl in Folge ist möglich. Der Ausschuss wählt einen Sprecher und dessen Stellvertreter. Der Ausschuss befaßt sich mit Angelegenheiten der wissenschaftlichen Mitarbeiter, soweit sie nicht in die gesetzliche Zuständigkeit des Betriebsrats fallen.
- (2) Die Wahlordnung bedarf der Zustimmung des Direktors.

§ 14 Mitarbeiter des Instituts

Die Mitarbeiter des Instituts werden nach den für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes des Landes Baden-Württemberg geltenden Grundsätzen beschäftigt und vergütet.

§ 15 Internationaler Wissenschaftlicher Rat

- (1) Zur Herstellung und zum Ausbau der wissenschaftlichen Kontakte des Instituts zur Hochschulforschung und zur Förderung des wissenschaftlichen Austausches im Aufgabenbereich des Instituts zwischen Forschern im In- und Ausland kann ein Internationaler Wissenschaftlicher Rat am IDS eingerichtet werden.
- (2) Die Mitglieder des Internationalen Wissenschaftlichen Rates sollen vorwiegend aus dem nichtdeutschsprachigen Ausland kommen und in Forschung und Lehre aktive Personen sein, die in der Lage sind, den wissenschaftlichen Austausch auf dem Gebiet der germanistischen Linguistik, insbesondere im Aufgabengebiet des IDS, nachhaltig zu fördern. Die Anzahl der Mitglieder soll höchstens 60 betragen.
- (3) Die Mitglieder werden vom Wissenschaftlichen Beirat auf Vorschlag des Leitungskollegiums auf die Dauer von sechs Jahren berufen. Wiederberufung ist möglich.
- (4) Die Mitgliedschaft endet
 1. nach Ablauf der Dauer der Berufung,
 2. durch Austritt
 3. durch Ausschluss
- (5) Sitzungen des Internationalen Wissenschaftlichen Rates finden in der Regel in jährlichem Abstand in Verbindung mit der jeweiligen Jahrestagung des Instituts statt.

§ 16 Rechnungsprüfung

- (1) Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung Baden-Württemberg und das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sind berechtigt, die Verwendung der Zuwen-

dungen durch Einsicht in die Bücher, Belege und sonstigen Geschäftsunterlagen sowie durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

- (2) Der Rechnungshof des Landes Baden-Württemberg und der Bundesrechnungshof haben ein gesetzliches Prüfungsrecht nach §§ 91 LHO/BHO.

§ 17 Satzungsänderung

Die Satzung kann mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen des Stiftungsrats, darunter den Stimmen der Mitglieder nach § 5 Abs.(1) Ziff. 1 bis 3 und nach Anhörung des Wissenschaftlichen Beirats und des Leitungskollegiums geändert werden. Die Beschlussfassung über eine Satzungsänderung kann nur erfolgen, wenn auf der Sitzung des Stiftungsrats drei Viertel der Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Ist das nicht der Fall, lädt der Vorsitzende zu einer weiteren Sitzung im Abstand von mindestens einem Monat ein. Auf dieser Sitzung genügt eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder; darauf muss der Vorsitzende in seinem Einladungsschreiben hinweisen.

§ 18 Auflösung der Stiftung

- (1) Bei einer Auflösung der Stiftung oder beim Wegfall ihres bisherigen Zwecks fällt das Vermögen der Stiftung an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder an eine steuerbegünstigt besonders anerkannte Körperschaft zur Verwendung für die in § 2 dieser Satzung angeführten steuerbegünstigten Zwecke. Diese Vermögensverfügung bedarf der Zustimmung der in § 5 Abs.(1) Ziff. 1 bis 3 genannten Mitglieder des Stiftungsrats.
- (2) Falls diese Stiftungsratsmitglieder nicht zustimmen, fällt das Vermögen im Verhältnis der geleisteten Zuschüsse an das Land Baden-Württemberg, die Bundesrepublik Deutschland und die Stadt Mannheim.
- (3) Der Beschluss über die Verwendung des Vermögens nach Abs. 1 und 2 darf erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

§ 19 Übergangsregelung

Bis zur konstituierenden Sitzung des neuen Wissenschaftlichen Beirats nehmen die externen wissenschaftlichen Mitglieder des bisherigen Kuratoriums (nach der Satzung vom 28.10.1994) die Aufgaben des Wissenschaftlichen Beirats nach § 11 der Satzung, der Vorsitzende des bisherigen Kuratoriums die Aufgaben des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats nach der neuen Satzung wahr.

§ 20 Inkrafttreten der Satzung

Die Satzung tritt mit Genehmigung durch die Stiftungsaufsichtsbehörde in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 28.10.1994 außer Kraft.

Deutsche Gegenwartssprache

Tendenzen und Perspektiven

Herausgegeben von Gerhard Stickel

1990. 420 Seiten. Broschiert. ISBN 3-11-012446-7

(Institut für deutsche Sprache – Jahrbuch 1989)

Dieter Herberg / Doris Steffens / Elke Tellenbach

Schlüsselwörter der Wendezeit

Wörter-Buch

zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/90

1997. X, 522 Seiten. Leinen. ISBN 3-11-015398-X

(Schriften des Instituts für deutsche Sprache 6)

Cornelia Schmitz-Berning

Vokabular des Nationalsozialismus

1998. XLII, 710 Seiten. Gebunden. ISBN 3-11-013379-2

Walter de Gruyter • Berlin • New York

SPRACHE, POLITIK, ÖFFENTLICHKEIT

Sprache im Umbruch

**Politischer Wandel im Zeichen von
„Wende“ und „Vereinigung“**

Herausgegeben von Armin Burkhardt und K. Peter Fritzsche

XXI, 314 Seiten. Mit einer Abbildung. 1992. Ganzleinen. ISBN 3-11-013613-9
(Band 1)

Sabina Schroeter

Die Sprache der DDR im Spiegel ihrer Literatur

Studien zum DDR-typischen Wortschatz

X, 241 Seiten. 1994. Ganzleinen. ISBN 3-11-013808-5
(Band 2)

Georg Stötzel/Martin Wengeler

Kontroverse Begriffe

**Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs
in der Bundesrepublik Deutschland**

In Zusammenarbeit mit Karin Böke, Hildegard Gorny,
Silke Hahn, Matthias Jung, Andreas Musolff, Cornelia Tönnesen

VII, 852 Seiten. 1994. Ganzleinen. ISBN 3-11-014652-5;
Broschur. ISBN 3-11-014106-X
(Band 4)

Karin Böke/Frank Liedtke/Martin Wengeler

Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära

Mit einem Beitrag von Dorothee Dengel

1996. XII, 496 Seiten. 1996. Leinen. ISBN 3-11-014236-8
(Band 8)

Walter de Gruyter • Berlin • New York